

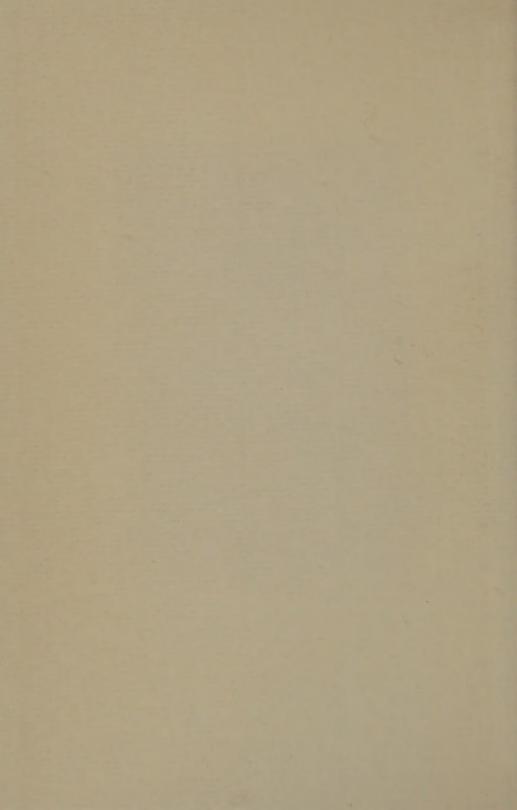
KIROHLIOHES JAHREUCH 1975



The Library SCHOOL OF THEOLOGY AT CLAREMONT

WEST FOOTHILL AT COLLEGE AVENUE CLAREMONT, CALIFORNIA





KIRCHLICHES JAHRBUCH 1975

KIRCHEINER JAHARIAH 1915

KIRCHLICHES JAHRBUCH

für die Evangelische Kirche in Deutschland

8020 A2 KS 5.102

1975

Begründet von Johannes Schneider

Herausgegeben von
Wolf-Dieter Hauschild und Erwin Wilkens
in Verbindung mit Georg Kretschmar
und Eduard Lohse
102. Jahrgang

GÜTERSLOHER VERLAGSHAUS
GERD MOHN

Best.-Nr. 04360 / ISSN 0075-6210
© Gütersloher Verlagshaus Gerd Mohn · Gütersloh 1980
Gesamtherstellung: Hubert & Co., Göttingen
Printed in Germany

Inhalt

Einleitung: Zur Lage der Evangelischen Kirche in Deutschland in 1975	
Von Eduard Lohse	13
Kirchliche und theologische Grundsatzfragen	
Von Wolf-Dieter Hauschild	19
1. Ekklesiologie der Volkskirche	19
Landesbischof i.R. H. Lilje: Verheißung für die Zukunft	
Kirchenpräsident i.R. M. Niemöller: Unser Blick wurde eng	20
Synodenvorlage des Rates der EKD "Kirche zwischen Auftrag und	
Erwartungen"	23 präch" 31
2. Altkirchliches Christusbekenntnis heute	32
Handreichung des Rates der EKD "Das Christusbekenntnis der Kirc	
Handreichung der Konferenz Bekennender Gemeinschaften "Nicänis Christusbekenntnis heute"	sches
3. Christen und Juden	38
"Christen und Juden". Eine Studie des Rates der EKD	
Beschluß der Synode der EKD betr. Zionismus	
4. Pfarrerberuf, Theologie, Amt	45
Kommissionsbericht der AKf "Zum Verhältnis des Dienstes von Pfa- und sogen. Mitarbeitern"	
Entwurf einer Verfassung der Nordelbischen EvLuth. Kirche	
Bischof H. O. Wölber: Das Pastorenamt und die Humanwissenschaft	
Prof. G. Sauter: Theologie als Beruf	53
Resolution der Konferenz von Vertretern der wissenschaftlichen The und der Kirchenleitungen	
Landesbischof H. Claß: Bericht vor der Württembergischen Landessy	
über die Theologiestudenten	
LAMBOURD II. Claim. 1110 State 15t day Laminado	30
5. Geistliches Amt und politisches Mandat	59
Entscheidung des Staatsgerichtshofes Bremen	61
Gutachten von Prof. Steiner	62

	Stellungnahme des Landeskirchenamtes der EvLuth. Kirche in Bayern Stellungnahme des Rechtsausschusses der Arnoldshainer Konferenz	64 65 66 68 69 70
2. Di	akonie	
Vo	on Heinrich-Hermann Ulrich	73
1	Allgemeine Entwicklung	73
1.	a) Soziale Aspekte der Gegenwart	.73
	b) Sicherung des sozialen Rechtsstaates	74
	c) Diakonie in der Öffentlichkeit	75
2	Theologische Aufgaben und Probleme	75
2.	Zum theologischen Verständnis der Diakonie	76
	"Leitlinien zum Diakonat"	76
3.	Dienste im volksmissionarischen Bereich	81
	a) Volkskirche und Volksmission	81
	b) Studien- und Bildungsaufgaben in der Volksmission	82 83
	c) Missionarische Verkündigung	84
	e) Volksmissionarisches Schrifttum	85
	f) Telefonseelsorge	86
4	. Mitarbeiter- und Ausbildungsfragen	87
	a) Zur Situation im Ausbildungswesen	87
	b) Diakonische Akademie	87
5	Dienste im Bereich der Sozial- und Jugendhilfe	88
	a) Frühkindliche Erziehung	88
	b) Schwangerschaftsprobleme Stellungnahme von Präs, Th. Schober zum Schwangerschaftsabbruch	89 90
	Zum Selbstverständnis der evangelischen Beratung zu § 218	91
	Der Stand der diakonischen und sozialen Maßnahmen zum Schwanger- schaftsabbruch	92

	c)	Altenhilfe	95 95
	d)	Behindertenhilfe	98
		Diakonischen Werkes	99
	e)	Hilfe für psychisch Kranke	101
6.	Di	ienste im sozialpolitischen und gesellschaftlichen Bereich	102
	a)	Mitwirkung bei der Sozialgesetzgebung	102
	b)	Krankenhausfragen	103
	c)	Ausländische Arbeitnehmer	104
	d)	Wort des Rates der EKD zum Tag des ausländischen Mitbürgers	105 108
	ĺ		100
7.	Di	enste im ökumenischen Bereich	108
			108
		Brot für die Welt	108
	b)	Katastrophenhilfe	109
	c)	Kirchen helfen Kirchen	111
	(a)	Austausch- und Studienprogramm	112
	υ,	Superation programme	112
In	ner	deutsche Ökumene. Das Verhältnis zur katholischen Kirche	
		Joachim Lell	115
ľ	OH .	Joachini Lan	113
1.	Da	s Heilige Jahr 1975	115
		Ökumenisch	115
		Innerkatholisch	116 117
	C)	Christlich – jüdisch	11/
2.	Th	eologische Annäherungen und Abgrenzungen	118
		Katholisch. Christologie, Mariologie	118
	b)	Evangelisch. Ordination. Eucharistische Gastbereitschaft Stellungnahme der Arnoldshainer Konferenz zur Ordination	120 120
		Beschluß der Generalsynode der VELKD zur Abendmahlsteilnahme	123
	c)	Zur Diskussion. Eucharistie. Amt	125
		Stellungnahme des Johann-Adam-Möhler-Instituts	125 127
		Studie des DÖSTA zur Interkommunion	127
		Prof. H. Schütte zur Amtsfrage	130 130
		Luther Self-Kathorischer Dialog uber den Filmat	100

	Bistum Münster/Ev. 1	Kirche von Westfalen: "Kirchen im Lehrgespräch" . 13	2
	3. Gemeinsame Synode	der Bistümer	6
			м
	4. Zusammenarbeit vor	Ort	8
	b) Erzbischof Degenhare	Einheitssekretariates	9
	d) Nizäa-Jubiläum in Be	chof Schäufele auf der EKD-Synode 14 erlin 14 der BRD 14	1
			3
	b) Ökumene in Taizé .	en	4
4.	4. Kirchliche Statistik Von Dieter Rohde		7
	1. Kirchengemeinden, K	irchenkreise, Pfarrstellen und Pfarrer 14	7
	b) Zahl der Pfarrerc) Pfarrstellen und Pfarr	28kirchen 14 14 14 15 15 uchs 15	9
	e) Pfarrer im Ruhestand	1.53	
	2. Ergebnisse der Statisti 1975)	ik über das kirchliche Leben (1974 und	5
	a) Kirchenmitgliederb) Taufen und Taufziffec) Konfirmationd) Trauungen und Trauz	175 rn	6 2 3
	1) Gottesalenstbesuch.	190	0

h) Ständige Kreise der Kirchengemeinden	195
i) Kirchentag	196
k) Gemeindetag	196
l) Brot für die Welt	196
m) Telefonseelsorge	. 197
n) Aufnahmen und Austritte	197
3. Aufkommen an Kirchensteuern 1975	223
nhang: Die evangelischen Kirchen in der Deutschen Demokratischen Republik	
Von Olaf Lingner	227
Einleitung: Informationen aus dem kirchlichen Leben in der DDR	227
1. Das politische "Bezugsfeld" der kirchlichen Arbeit	228
Übersicht und Einschätzung	228 229
2. Die Arbeit der Organe, Kommissionen und Ausschüsse des Bundes der Evangelischen Kirchen in der DDR	235
a) Bundessynode	235
dienst	236
Landesbischof Hempel über die Gemeinschaft der Gliedkirchen	239
Beschluß der Synode zum Bericht der Konferenz der Kirchenleitungen	240
b) Konferenz der Evangelischen Kirchenleitungen	240 243
Leitsätze zum konfirmierenden Handeln	255
Anlage 1 zu den Leitsätzen: Das konfirmierende Handeln der	051
Gemeinde mit Jugendlichen	256
sozialistischen Gesellschaft	257
Anlage 3 zu den Leitsätzen: Stellungnahme der Kommission für	0.00
Theologie	260
c) Bischofskonvent	261 262
Erklärung zur Zionismus-Resolution der UNO	267
d) Kommissionen und Ausschüsse	267
Diaspora-Studie der Theologischen Studienabteilung	269
Abschlußbericht der Kommission "Zeugnis und Gestalt der Gemeinde".	272

A

		Auszug: "Die Versammlungen der Gemeinde"	274 275
3.	Di	e ökumenische Arbeit	278
	a)	Übersicht und Einschätzung	278
	b)	DDR-spezifische Probleme der ökumenischen Arbeit Bericht der Konferenz der Kirchenleitungen: Überlegungen zu einer	281
		Konzeption für die ökumenische Arbeit	281 284
		Bischof Hempel, Bericht vor der Bundessynode	284
		Vertrauenskrise?	285
		Ansprache von Staatssekretär Seigewasser	288
	c)	Ökumenische Tagungen, Begegnungen, Konsultationen	290 291
		Bericht über die Konsultation in Budapest	271
		zum Thema "Die KSZE und die Kirchen"	293
		Bericht über das Forum der Vertreter der europäischen Öffentlichkeit für Sicherheit und Zusammenarbeit	296
	<i>d</i>)	V. Vollversammlung des ÖRK in Nairobi	297
	u	Arbeitsmaterialien	298
		Beiträge der Theologischen Studienabteilung	299
4.	Ki	rche und Staat	313
	a)	Politische Mitverantwortung der "Kirche im Sozialismus"	313
		Bericht der Kirchenleitung der Kirchenprovinz Sachsen	314
		Lehrprogramm zum Thema "Atheismus, Religion und Kirche im Sozialismus"	316
	b)	Spannungsfelder zwischen Kirche und Staat Bericht der Kirchenleitung der Kirchenprovinz Sachsen zur Situation	317
		auf dem Erziehungssektor	317
		Kanzelwort der Kirchenleitung der Kirchenprovinz Sachsen "Gegen Intoleranz, für Zusammenarbeit von Christen und Marxisten	318
		Bericht der Kirchenleitung der Kirchenprovinz Sachsen	320
		Brief der Synode der Ev. Kirche in Berlin-Brandenburg an die	221
		Gemeindekirchenräte Ungeklärte Fragen zwischen Kirche und Staat	321 323
	c)	Die "vertrauensvolle Zusammenarbeit" zwischen Christen und	0 4 0
		Marxisten bzw. Kirche und Staat	325
		Kirchliche Repräsentanten bei staatlichen Veranstaltungen OKR Lewek zum 8. Mai 1945	325 327
		Gesichtspunkte zum 30. Jahrestag des Endes des 2. Weltkrieges	328
		Gespräche zwischen Kirche und Staat	330
	4)	Diakonie	331
	uj	Die Ausbildungsvereinbarungen zwischen Staat und Kirche	332
Wich	tige	Ereignisse des Jahres 1975	335
/on	Per	sonen (Im Jahre 1975 verstorben)	341

Abkürzungsverzeichnis	 . 345
Personenregister	 . 349
Orts- und Sachregister	. 353

Einleitung Zur Lage der Evangelischen Kirche in Deutschland im Jahre 1975

Von Eduard Lohse

1. Gesellschaftspolitische Auseinandersetzungen, die in der Bundesrepublik Deutschland ausgetragen wurden, betrafen in starkem Umfang auch das Leben der Evangelischen Kirche in Deutschland und ihrer Gliedkirchen. Was immer an unterschiedlichen Meinungen in der Bevölkerung vertreten wird, spiegelt sich auch in Stellungnahmen und Verhaltensweisen kirchlicher Gruppen und Kreise wider. Hatte in den vorangegangenen Jahren die kritische Beurteilung des Vietnamkrieges und die leidenschaftliche Suche nach Gerechtigkeit und Frieden namentlich jugendliche Menschen intensiv beschäftigt, so nahm mit dem Ende der sich über 30 Jahre erstreckenden Kampfhandlungen das Interesse an den Vorgängen im Fernen Osten plötzlich so stark ab, daß kaum noch jemand von Vietnam und den Leiden der schwer geprüften Bevölkerung sprach. In den Vordergrund traten dagegen Probleme des eigenen Lebensbereiches.

Mit bis dahin unbekannter Dringlichkeit stellte sich die Frage nach einer angemessenen Energieversorgung der modernen Industriegesellschaft. Da feststeht. daß durch Öl nicht auf Dauer die erforderliche Energie gewonnen werden kann, mußte die Bundesregierung ein neues Energiekonzept entwickeln. Dabei kam der Nutzung von Kernenergie ein erheblich steigender Anteil zu. Zunächst waren diese Überlegungen, die auch den Bundestag beschäftigten, nur wenig beachtet worden. Doch mit einiger Verspätung begann sich Widerstand zu regen. Bürgerinitiativen riefen zum Protest in Wyhl und an anderen Orten auf, an denen Kernkraftwerke errichtet werden sollten. Sie forderten Schutz der bedrohten Umwelt und meldeten Protest gegen das Energieprogramm an. Berechtigte Einwände mischten sich alsbald mit radikaler Verneinung staatlicher Ordnung, so daß sich ein dichtes Geflecht kaum zu entwirrender Argumente herausbildete. Was kann und soll die Kirche sagen? Muß sie nicht dazu anhalten, die bedrohte Schöpfung als den Bereich menschlichen Wirkens zu begreifen, der auch für spätere Generationen erhalten bleiben muß? Aber kann christliche Predigt übersehen, daß nur durch Sicherung der Energieversorgung die erforderliche Zahl von Arbeitsplätzen erhalten bzw. gewonnen werden kann? Probleme, deren Gewicht sich in der Folgezeit verstärken sollte, begannen größere Kreise der Bevölkerung ernsthaft zu beschäftigen.

Schwere Erschütterungen wurden durch terroristische Überfälle ausgelöst, die von kleinen radikalen Gruppen verübt wurden, um die bestehende politische Ordnung zu verunsichern und einem von utopischen Vorstellungen geleiteten gesellschaftlichen Wandel den Weg zu bahnen. Angriffe richteten sich gegen einzelne Persönlichkeiten, die im öffentlichen Leben besondere Verantwortung tragen. In Berlin wurde der Kammergerichtspräsident v. Drenkmann er-

mordet. Einige Zeit später wurde der Sprecher der CDU in Berlin, Peter Lorenz, entführt. Den Entführern gelang es, die Freigabe inhaftierter Terroristen zu erzwingen, durch die das Leben des tödlich bedrohten Politikers gerettet werden konnte. Auf die Deutsche Botschaft in Stockholm wurde ein terroristischer Überfall verübt, der Todesopfer forderte. Zwar konnten in Stockholm die überlebenden Täter gefaßt werden; im übrigen aber mißlangen alle Versuche, die Vorgänge aufzuklären. Kurze Zeit schien es jedoch, als könnten zwei Mitarbeiter der Berliner Kirche schuldhaft in die terroristischen Aktionen verwickelt gewesen sein. Mit Verdächtigungen, die sich auch gegen den Bischof von Berlin richteten, wurde in der öffentlichen Auseinandersetzung nicht gespart. Der Kirche wurde vorgeworfen, mit linksradikalen Kreisen zu sympathisieren, sie nicht nur verständnisvoll begleitet, sondern auch gefördert zu haben. Gerichtliche Nachprüfungen ergaben dann aber keinerlei Anhaltspunkte dafür, daß derartige Verdachtsmomente und Vorwürfe berechtigt sein könnten. Gleichwohl blieben in weiten Kreisen kritische Vorbehalte gegenüber der Kirche haften.

Insgesamt zeichnete sich jedoch ein merklicher Rückgang öffentlicher Kritik an der Kirche ab. Die Welle der Kirchenaustritte wurde spürbar schwächer. Abmeldungen der Schüler vom Religionsunterricht kamen bei weitem nicht so häufig vor wie in den vorhergehenden Jahren. Viele junge Menschen zeigten sich wieder zu nüchterner Mitarbeit bereit und gaben zu erkennen, daß der Erörterung der Grundfragen menschlichen Lebens in einer notgedrungen stärker leistungsorientiert arbeitenden Schule wachsende Bedeutung zukommt.

2. Der Auftrag, den die Kirche in unserer Zeit zu erfüllen hat, war Gegenstand vieler Diskussionen innerhalb und außerhalb der Gemeinden. Immer wieder wurde die Forderung erhoben. Pfarrer und kirchliche Mitarbeiter sollten überhaupt auf politische Äußerungen verzichten. Hinter solcher Meinung steht jedoch vielfach der geheime Wunsch, die Kirche müsse zur Stabilisierung der eigenen Ansichten beitragen, dürfe sich aber nicht auf schwierige Auseinandersetzungen einlassen. Der Vorwurf verstummte nicht, die Pastoren hielten politische Predigten und trieben dadurch die Leute aus den Gottesdiensten hinaus. Solche Kritik mag im Einzelfall nicht unberechtigt sein, als verallgemeinernde Beurteilung trifft sie jedoch sicherlich nicht zu. Keiner der zahllosen Gottesdienste, in denen redlich gepredigt wird, ruft eine Schlagzeile in einer Zeitung hervor. Hingegen findet jede aus dem Rahmen fallende Außerung sogleich eine oft unverdiente Verstärkung durch die Berichterstattung in den Massenmedien. Wer daher von der Kirche nur durch Presse, Rundfunk und Fernsehen erfährt, muß fast unvermeidlich ein einseitiges Bild gewinnen. Die Wirklichkeit kirchlichen Lebens ist dagegen weitaus normaler und gesünder, als oberflächliche Betrachtung erkennen kann.

Die Synode der EKD hatte sich für ihre Tagung, die im November 1975 in Freiburg stattfand, das Thema "Volkskirche" gewählt. Dabei war sie von der Absicht geleitet, mit der Erörterung dieses vielschichtigen Problembereiches einen Beitrag zur Klärung der eigenen Aufgabe zu suchen. Vorbereitende Ausschüsse traten zu Arbeitstagungen zusammen. In einer größeren Anzahl von Entwürfen wurde zu beschreiben versucht, was Volkskirche ist und wie sie als Kirche Jesu Christi in unserer Zeit dem ihr gestellten Auftrag gerecht

werden kann. Keine der verschiedenen Vorlagen fand allseitige Zustimmung. Es erwies sich als unmöglich, in einer knappen Beschreibung Belastungen wie Chancen der Volkskirche hinreichend darzustellen. So endeten die Verhandlungen der Synode mit einem an alle Gemeinden gerichteten Aufruf, das grundsätzliche Ja zur Volkskirche weiter zu durchdenken und zu gestalten. Das Thema der Volkskirche bleibt also weiterhin gestellt.

Zu den weitreichenden Grundsatzentscheidungen, die umstritten blieben, gehörte nach wie vor die Neufassung des § 218 des Strafgesetzbuches. Da das Bundesverfassungsgericht die vom Bundestag verabschiedete sog. Fristenregelung als mit dem Grundgesetz nicht vereinbar verworfen hatte, mußte sich der Gesetzgeber abermals mit der Frage beschäftigen, wie eine gesetzliche Regelung gefunden werden kann, die einen besseren und wirksameren Schutz des werdenden Lebens zu bieten verspricht als die bisher geltenden gesetzlichen Bestimmungen. Die unantastbare Würde des Menschen und das Recht jedes Menschen auf körperliche Unversehrtheit müssen auf Grund des von der Verfassung gestellten Auftrages wirksam geschützt werden. Der Rat der EKD, der in der vorangegangenen Diskussion verschiedentlich Stellung genommen hatte, äußerte sich nach dem Spruch des Bundesverfassungsgerichts bewußt zurückhaltend.

3. Der Prozeß der Zustimmung, die die Landessynoden zur neuen Grundordnung der EKD zu erklären haben, nahm seinen Fortgang. Dabei blieb freilich offen, ob es gelingen würde, in allen Landeskirchen die erforderlichen
Mehrheiten bei den synodalen Abstimmungen zu erhalten. Deutlich begann
sich ein gegenläufiger Trend abzuzeichnen, der sich den Bemühungen um Herstellung größerer Gemeinschaft in der evangelischen Christenheit entgegenstellte und den Nachdruck kirchlichen Handelns auf die Wirksamkeit im unmittelbaren Lebensbereich legte. Dadurch wurden manche Hoffnungen, die
sich auf eine wirksame Kirchenreform gerichtet hatten, enttäuscht. Die Institution der Landeskirchen erwies sich weitaus stärker als gedacht. Nur nördlich
der Elbe schritt die Zusammenführung der Kirchen von Schleswig-Holstein,
Lübeck, Eutin und Hamburg langsam, aber erfolgreich voran.

In zunehmendem Maß meldeten sich evangelikale Gruppen und Gemeinschaften zu Wort. Verdient ihr Ruf, den Auftrag der Kirche entschlossen festzuhalten, Anerkennung und Gehör, so wirkte doch ihre Kritik, die sie gegen manche Erscheinungen im kirchlichen Bereich, vor allem aber gegen den Kirchentag geltend machten, zum nicht geringen Teil ungerecht und überzogen. Die Einrichtung eines Gemeindetages, den die evangelikalen Kreise einberiefen, wurde zu einer echten Konkurrenz zum Kirchentag. Dessen Präsidium erklärte anläßlich seines 25-jährigen Bestehens, der Kirchtentag solle die Vielfalt sowohl der christlichen Überzeugungen, theologischen Meinungen und kirchlichen Lebensformen als auch der politischen, wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Kräfte widerspiegeln, wie sie im Protestantismus und innerhalb der ganzen Ökumene vorhanden sind. Daher solle der Kirchentag weiterhin die Plattform sein, auf der sich Menschen unterschiedlicher Prägung und Ansichten begegnen und miteinander sprechen können. Es gelang, dem Kirchentag, der im Juni in Frankfurt a.M. stattfand, diese breite Basis zu er-

halten und sie zu festigen. Gottesdienste und Bibelarbeiten gaben dem Ablauf der vielen Veranstaltungen deutliches Gepräge, die Beteiligung seitens der jungen Generation war lebhaft und engagiert. Es zeigte sich, daß der Kirchentag nach wie vor imstande ist, für viele Menschen neue Begegnung mit Predigt und Leben der Kirche zu vermitteln.

In allen Bereichen kirchlichen Lebens wurde eine stärkere Hinwendung zu Gottesdienst, Gebet und Meditation spürbar. Das Beispiel der Kommunität von Taizé, die Gebet und Handeln nach dem Vorbild der alten Regel des "Bete und arbeite" zu verbinden sucht, übt auf viele junge Menschen starken Einfluß aus. Wie diese stärkere Betonung der Spiritualität auf dem Kirchentag zu bemerken war, so auch bei der Weltkirchenkonferenz in Nairobi, die im November zusammentrat. Geistliches Leben und politische Verantwortung wurden dabei nicht etwa als Gegensätze begriffen, sondern als zusammengehörende Einheit vollzogen. Feier des Gottesdienstes und gemeinsames Gebet wurden wieder als die Quelle der Kraft erkannt, aus der allein sich die Kirche zum Handeln in der Welt ermächtigt weiß. Diese Wiederentdeckung der Spiritualität wurde deshalb nicht als eine Abkehr von den Aufgaben verstanden, die der Christenheit in der Welt gestellt sind, sondern sie machte auf neue Weise die gesellschaftliche Dimension des Evangeliums und den Grund sichtbar, auf den die Kirche ihre Hoffnung setzt.

Begegnungen mit Vertretern der Kirchen in sozialistischen Ländern, insbesondere aus der DDR, wie sie bei ökumenischen Konferenzen und anderen Gelegenheiten möglich waren, festigten das Bewußtsein der Zusammengehörigkeit und gemeinsamen Verantwortung. Ungeachtet verschiedenartiger gesellschaftlicher Bedingungen, in denen die Kirchen leben, bleibt die Gemeinsamkeit, die alle Christen verbindet, weitaus stärker als alles andere, was sie trennen könnte. Die jeweils gegebenen Lebensverhältnisse, in denen sich die einzelnen Kirchen befinden, können durchaus dazu führen, daß auch unterschiedliche Stellungnahmen — etwa zu politischen Fragen — formuliert und abgegeben werden. Es wuchs jedoch die Bereitschaft, einander die Gründe für solche Entscheidungen zu erläutern und dadurch das Maß gegenseitigen Verstehens zu erweitern und zu vertiefen.

4. Weit stärker als in früherer Zeit sah sich evangelische Theologie durch Anfragen herausgefordert, die einerseits aus dem politischen Raum gestellt wurden, andererseits aus der Ökumene, besonders aus Lateinamerika und den Jungen Kirchen herüberkamen. Welche Verantwortung trägt die Kirche für die Welt? Was kann die Christenheit tun, um Ungerechtigkeit entgegenzuwirken, für Menschen einzutreten, die verachtet oder unterdrückt sind, und mehr Gerechtigkeit in der Welt zu schaffen? Wie ist das Verhältnis von Kirche und Gesellschaft zu gestalten?

Ein kennzeichnender Zug der theologischen Diskussion ist in immer neuen Versuchen zu sehen, mit dem Begriff der Theologie einen zweiten zu verbinden, der ihr Wesen genauer bestimmen sollte. Eine Theologie der Frage, eine Theologie der Hoffnung, eine Theologie der Politik, eine Theologie der Revolution und andere ähnliche thematische Überschriften tauchten auf. Wie steht es um solche Neuorientierungen der Theologie? Läßt sich das angehängte

Hauptwort auch in ein Eigenschaftswort verwandeln? Von einer fragenden oder einer hoffenden Theologie wird sich durchaus reden lassen. Wie aber sieht eine politische oder eine revolutionäre Theologie aus? In einem programmatischen Aufsatz, der zu Anfang des Jahres im Deutschen Allgemeinen Sonntagsblatt erschien, hat Eberhard Jüngel die Frage nach der Sache der Theologie erörtert und damit eine lange Diskussion ausgelöst. Worum geht es in der Theologie? Sie ist — so antwortet Jüngel — "Rede von Gott, und das heißt Rede von dem, der das Mögliche allererst möglich macht und das Unmögliche — das, was nicht sein soll — möglich zu machen verwehrt".

Der christliche Glaube wird weder aus dieser Welt begründet noch läßt sich in unmittelbarer Beziehung zu ihr sein Wesen bestimmen. Vielmehr wird er gerade dann, wenn er sich seines Abstandes von der Welt bewußt ist, sich ihr erst in jener Freiheit der Liebe zuwenden können, die allein zur Hingabe des Dienstes befähigt. Da – so sagt Jüngel – "über die letzte Zukunft durch Jesus Christus bereits zugunsten des Menschen entschieden ist, wird der Mensch einerseits von der Aufgabe einer letzten Sinngebung entlastet, andererseits aber zu einer Gestaltung der jeweils bevorstehenden Zukunft aufgefordert, die der in Jesus Christus bereits vollzogenen Sinngebung entspricht. Der Mensch hat also nicht die Aufgabe, weil nicht die Möglichkeit, aus der Erde ein Himmelreich zu machen."

Wenn über diese letzte Grundfrage aller Theologie, die die Reformation als die rechte Unterscheidung von Gesetz und Evangelium beschrieb, Übereinstimmung besteht, dann kann auf dieser Basis durchaus eine Vielfalt unterschiedlicher Meinungen als möglich anerkannt werden. Denn Christen müssen weder über die Gestaltung des Lebens der Gemeinde, der Gottesdienste und der Formen christlichen Handelns noch über politische Probleme in allen Punkten übereinstimmen. Sondern sie werden aus der sie tragenden Kraft des Glaubens die Fähigkeit gewinnen, den Dienst der Liebe auf mancherlei Art wirksam werden zu lassen und nach bestem Vermögen kraft ihrer Vernunft und Einsicht die anstehenden Entscheidungen zu treffen. Es stellt sich jedoch stets die Frage, wo diese Vielfalt an ihre um des Glaubens willen gesetzten Grenzen stößt.

Theologische Orientierung soll dazu dienen, die Kirche bei ihrer Sache festzuhalten bzw. sie zu ihrer Sache zurückzurufen, die sie allein und niemand anders in ihrem Dienst zu erfüllen hat. Arnoldshainer Konferenz und VELKD luden gemeinsam zu einer zweiten Arbeitstagung theologische Hochschullehrer und Vertreter der Kirchenleitungen in die Evangelische Akademie in Hofgeismar ein, die im Mai unter dem Thema "Theologie als Beruf" stattfand. Die Beratungen schärften bei allen Teilnehmern das Bewußtsein dafür, daß sie ihren Auftrag in Lehre und Handeln der Kirche in gemeinsamer Verantwortung zu erfüllen haben. Es wurde einmütig beschlossen, diese Begegnungen fortzusetzen, um im engen Kontakt miteinander zu bleiben.

5. Mit Jahresbeginn wurde die vom Bundestag verabschiedete Steuerreform wirksam. Sie brachte einige Entlastungen für die Steuerzahler. Die Zahl der Kinder wird nun nicht mehr bei der Berechnung des Steuerbetrages berücksichtigt; statt dessen wird ein Kindergeld gezahlt, dessen Beträge für das erste Kind 50,— DM, das zweite Kind 70,— DM, das dritte und alle weiteren Kinder 120,—

DM ausmachen. Bei der Berechnung der Kirchensteuer wird dieses Kindergeld in voller Höhe von der Maßstabsteuer abgezogen. Dadurch leisten die Kirchen einen wirksamen Beitrag zur Förderung von Familien mit Kindern. Diese Regelung hat jedoch zur Folge, daß viele Steuerpflichtige erheblich weniger Kirchensteuer als bisher zu entrichten haben bzw. überhaupt nicht mehr zur Kirchensteuer herangezogen werden. Dadurch trat ein erheblicher Ausfall an Kirchensteuern ein. Der Rückgang an kirchlichen Einnahmen wurde durch den Konjunktureinbruch, der weite Teile der Wirtschaft erfaßte, weit größer, als vorher angestellte Schätzungen angenommen hatten. Die Kirchen mußten infolgedessen eine sehr vorsichtige Haushaltspolitik treiben. Der Anteil der Personalkosten an den gesamten Aufwendungen stieg bis zu drei Viertel der Haushalte. Daher mußten erste Überlegungen angestellt werden, wie diese unverhältnismäßig hohe Belastung gesenkt werden könnte. In einigen Landeskirchen wurde erörtert, ob man Kürzungen an der Besoldung, insbesondere bei der Zahlung des Weihnachtsgelds vornehmen müßte. Nach genauer Prüfung wurde es möglich, allen kirchlichen Mitarbeitern ihre Bezüge in voller Höhe zukommen zu lassen. Doch meldete sich für die weitere Haushaltsplanung unüberhörbar die Frage, wie in Zukunft das Problem der Personalkosten so geordnet werden kann, daß einerseits der Dienst der Kirche keinen Schaden leidet, andererseits aber die Mitarbeiter angemessen besoldet werden können.

Die Frage der kirchlichen Finanzen ist in den größeren Zusammenhang der Suche nach einem neuen Lebensstil einzuordnen. Noch ist man von überzeugenden Antworten weit entfernt. Doch wächst das Bewußtsein, daß wir an Grenzen stoßen, die nicht leichtfertig überschritten werden dürfen, ohne daß schwerer Schaden für alle eintritt. Wie können Christen in Zukunft innerhalb der von ihnen erkannten und anerkannten Grenzen fröhlich und zuversichtlich leben und zeichenhaft darstellen, was es heißt, in unserer Zeit auf die befreiende und bindende Kraft des Evangeliums zu vertrauen? Eine Volkskirche, die alle Spannungen und Probleme der Gesellschaft, in der sie lebt, mitzutragen und mitzubedenken hat, wird sich dieser fundamentalen Frage zu stellen haben und muß dafür Sorge tragen, daß sie in der Öffentlichkeit mit dem gebotenen Nachdruck erörtert wird.

1. Kirchliche und theologische Grundsatzfragen

Von Wolf-Dieter Hauschild

Bei den Äußerungen zu grundsätzlichen Fragen, welche die evangelische Kirche und die in ihr getriebene Theologie betreffen (die ja von der wissenschaftlichen Wahrnehmung desselben Gegenstandes zu unterscheiden ist, weil diese ihre eigene Gesetzmäßigkeit hat) fällt für das Berichtsjahr auf, daß die verschiedenen Themenkomplexe sich direkt oder indirekt auf die übergreifende Thematik der Volkskirche, d.h. der heutigen Gestalt von Kirche beziehen. Anscheinend macht die evangelische Kirche sich selbst und ihre Grundlagen zunehmend zum Gegenstand der Reflexion.

1. EKKLESIOLOGIE DER VOLKSKIRCHE

Das Thema Volkskirche ist in den letzten Jahren von Theologie und Kirche auf allen Ebenen in der Vielfalt seiner Aspekte verhandelt worden. Die Frage nach der "Stabilität" der Volkskirche drängte sich dabei — nicht zuletzt angesichts der anschwellenden Kirchenaustrittsbewegung — in den Vordergrund (vgl. KJ 101, 1974, S. 17ff.). Mit jenem Thema verband sich 1975 der Rückblick auf das Jahr 1945 und auf den damals gebotenen kirchlichen Neuanfang, damit aber auch die Frage nach dem weiteren Weg unserer Kirche. Aus den vielfältigen Äußerungen zum Thema seien hier diejenigen von Hanns Lilje und Martin Niemöller herausgegriffen, weil ihr Urteil über die heutige Situation gerade wegen ihrer profilierten Mitwirkung am kirchlichen Aufbau der Nachkriegszeit von Belang ist 1.

LANDESBISCHOF I.R. D. DR. HANNS LILJE: VERHEISSUNG FÜR DIE ZUKUNFT

... Immerhin war es Grenze und Chance zugleich, was wir damals über die grundlegenden Ordnungen unseres Volkslebens denken und sagen konnten. Niemand wird behaupten, daß wir den Herausforderungen des geschichtlichen Augenblicks in vollem Umfange gewachsen gewesen waren. Aber mit Dankbarkeit, ja auch mit Bewegung gedenken wir derjenigen, die damals Einsicht und Mut besaßen, die komplizierte Aufgabe in Angriff zu nehmen. Dabei war es ein Zeichen der Ermutigung, daß in jener Situation weite Teile des Volkes bereit waren, sich auf die Fundamentalia des Lebens anreden zu lassen. Es war äußerst aufschlußreich, wer bereit war, diesen geistigen Weg in die Zukunft mit anzutreten. Daß später tragischerweise mit wachsendem Wohlstand die ethischen Kräfte und auch die Aufgeschlossenheit für den christlichen Glauben wieder nachließen, ist eine betrübliche Tatsache. Die Aufgabe, den "Geist von 1945" wachzuhalten und zum neuen positiven Einsatz zu bringen, steht immer noch vor uns. Im politischen Bereich war es erfreulich zu sehen, daß alte herkömmliche Trennungen keine besondere Bedeutung mehr hatten. Die Aufgabe des geistigen und wirtschaftlichen Wiederaufbaues nahm alle Kräfte

^{1.} Abdruck dieser Beiträge in LM 14, 1975, S. 242-244.

so in Anspruch, daß dahinter die alten klassischen Trennungen, zum Beispiel zwischen Arbeitern und Unternehmern sehr zurücktraten. Auch das Verhältnis der beiden großen Konfessionen zueinander erschien mit einem Male leichter, und die Aufgabe der gesamt-

kirchlichen Verständigung schien keine Schwierigkeiten zu bereiten ...

Aber die Aufgabe der Älteren, die bleibenden und unveräußerlichen Werte der Vergangenheit wachzuhalten, ist nicht erloschen. Wir brauchen Mut, uns zu dem geschichtlichen Weg unseres Volkes zu bekennen und die verbindlichen Fakten der jüngsten Vergangenheit zum Einsatz zu bringen. Das gilt ganz besonders für die Tatsache, daß in jenen Jahren der Umwälzung viele die Treue gegenüber der eigenen Überzeugung bewiesen haben. Daß damals viele bereit gewesen sind, für ihre Überzeugung mit ihrem Leben zu bezahlen, ist vermutlich einigen von den heute lebenden Jüngeren völlig unbegreiflich, und eine lange Kette von Fragen wacht auf, warum das so ist. Man wird entdecken, daß es ohne ein gedanklich klares Verständnis für die Fundamentalia unserer Existenz nicht geht. Wir müssen uns Klarheit darüber verschaffen, nach welchen Grundsätzen und aus welchen Grundeinsichten unserer Existenz wir leben wollen ...

Eine interessante Entwicklung hat die Frage nach der religiösen Haltung der Jüngeren angenommen. Wenn es für eine gewisse Zeit so schien, als würde das religiöse Interesse sich in immer größeren Abstraktionen verfangen, ist nun eine erstaunliche Rückkehr zu einfachen Aspekten des Glaubens eingetreten. Und damit ist der Weg freigelegt für ein neues Erwachen von Glaubensfragen bei jungen Menschen. Ohne Zweifel enthalten diese Ansätze eine Verheißung für die Zukunft. Es bedeutet eine besondere Verantwortung auf seiten der älteren Generation, diesen fruchtbaren Neuansätzen nicht mit Verständ-

nislosigkeit zu begegnen.

KIRCHENPRÄSIDENT I.R. D. MARTIN NIEMÖLLER: UNSER BLICK WURDE ENG

... Die gesamte Menschheit ist gegenwärtig - ob bewußt oder unbewußt, jedenfalls aber infolge dieses Sachverhalts - von Lebensangst befallen und dadurch wieder gelähmt oder auf hektischer Flucht vor der geahnten und gefürchteten Katastrophe. Diese Angst ist in den vergangenen drei Jahrzehnten nicht etwa weniger geworden; "man" hat sie vielfach sogar mit Absicht und gewinneshalber genährt und gepeppelt, um mit Rüstungsproduktion und Kriegsfinanzierung - absolut unproduktiven Geschäften - wirtschaftliche Vorteile auf Kosten anderer zu erzielen; "man" hat sogar im größten Stil Menschen und ganze Völker verkauft und sich dafür mit Millionen von Menschenleben bezahlen lassen. Wir "Christen" im deutschen Volk, wir - die "Kirche" - können leider nicht den Anspruch erheben, daß wir dieser fatalen Entwicklung Einhalt zu tun auch nur ernsthaft versucht hätten. Wir haben zwar 1945 ein "Schuldbekenntnis" abgelegt und haben damals behauptet, wir wollten ein "Neues" beginnen; aber das Neue wurde nur ein Abklatsch des Alten, weil wir wie gebannt auf die eigene Not blickten und die Not der anderen nicht einmal sehen wollten, wo wir sie verschuldet oder wenigstens mitverschuldet hatten.

Unser Blick hätte weit werden müssen - und wurde eng; wir sollten an unsere Mitmenschen denken - und dachten nur ans uns selber! Wir Christen, wir - die Kirche - hatten eben auch Angst, Angst um uns selbst. Und diese Angst ist uns schlecht bekommen, wir klammerten uns an das, was wir hatten oder zu haben meinten: die alte Ordnung, das alte Bekenntnis. Niemand machte uns das noch streitig, aber es wurde vergessen, daß das Alte neu werden, daß es gelebt sein will und muß. Aber uns war es genug, es zu "haben"! So kam denn die These auf: "Gott ist tot"; wir hatten ja nichts mehr vorzuweisen, was diese Behauptung Lügen gestraft hätte, und wußten nichts Besseres zu tun als "der Propheten Gräber zu schmücken", das heißt Kirchengeschichte zu treiben und eine Theologie der Hoffnung zu entwickeln. Aber leben läßt sich weder in der Vergangenheit noch in der Zukunft, sondern nur heute! Und die junge Generation will leben, will Bewegung, Handeln, Tun. Deshalb bleibt ihr eine restituierte, reorganisierte, reinstitutionalisierte, reaktionalisierte Kirche fremd, weil sie zum Heute nichts sagt und nur nachplappert, was andere schon vor ihr und klarer gesagt haben. Ob Gott tot ist, wer will das wissen?! Daß die Kirche tot ist, das ist der jungen Generation so gut wie gewiß, denn sie gibt ihr ja kein Le-

benszeichen mehr ...

Man kann es schon verstehen, daß es heute in der jungen Generation nur sehr wenige gibt, die von der Kirche noch etwas erwarten. Erstaunlicherweise ist aber die Jugend trotz solcher Enttäuschungen äußerst interessiert an der Frage nach dem Sinn unseres menschlichen Daseins und zutiefst bereit, sich zu engagieren, wo nur immer der Einsatz ihr als sinnvoll erscheint. Sie ahnt oder weiß es bereits, daß das Leben nicht mit Machtmitteln geschützt und gesichert werden kann, daß in einer Menschheit, in der bereits die Mehrzahl nicht einmal mehr das Existenzminimum zur Verfügung hat, nur noch völlige und praktizierte Solidarität die chaotische Selbstvernichtung verhindern kann; sie will deshalb nicht Militärdienst, sondern Entwicklungshilfe.

Hier sehe ich im Rückblick auf die 30 Jahre, die nun seit dem Ende des letzten großen Krieges vergangen sind, die ersten Anzeichen, daß doch noch etwas "Neues" werden könnte. Ich bin auch überzeugt und dankbar dafür, daß die ökumenische Bewegung Wegebereiterin dieses Neuen geworden ist und sich nicht als eine gemeinsame Interessenvertretung historisch gewordener, traditionell gebundener, organisatorisch etablierter Kirchen totgelaufen hat. Der Weltrat der Kirchen hat seit 1945, ehe er noch offiziell gegründet wurde (Amsterdam 1948), die Verantwortung der Christenheit für das Leben und Weiterleben der gesamten Menschheit proklamiert und ihre Erfüllung materiell bis an die Grenzen seiner Leistungsmöglichkeiten unterstützt; er hat auch seine Mitgliedskirchen zu diesem Dienst

aufgerufen und willig gemacht, und die Ergebnisse sind durchaus ermutigend.

Es ist auch verständlich, daß bei diesem Bemühen die Notwendigkeit gesellschaftlicher Struktur- und Verfahrensänderungen eine vordringliche Bedeutung bekommen hat. Dadurch ist allerdings zugleich eine neue, ganz große und unter Umständen verhängnisvolle Gefahr auf uns zugekommen: Versachlichung und Verdinglichung — das heißt aber die Entpersönlichung und schließlich Entmenschlichung — all unseres Mühens um menschliches Überleben. Hier müßte wohl, hier muß sogar ein Neues, nämlich ein neues Verstehen des Auftrages der Kirche, der Gemeinde Jesu Christi einsetzen. Es geht nicht um ein "anderes Evangelium", aber um die alte und ewig neue Frohe Botschaft, daß Gott, den "niemand je gesehen" hat, uns als Person in dem Menschen Jesus von Nazareth als Menschenbruder begegnet, damit wir Menschenkinder uns als Gotteskinder erkennen und anerkennen. Glaube ist und bleibt ein persönliches Verhältnis, das niemals zur Sache gemacht werden kann, und dies persönliche Verhältnis ist das ständige und lebendige Motiv, das wir nicht für uns selbst, sondern für den Menschenbruder, in dem unser Bruder und Herr unsere Solidarität und unseren Dienst erwartet. Ob die Kirche diesen Dienst zu tun bereit ist, wird für ihr Fortbestehen entscheidend sein, jedenfalls bin ich — als nun alter Mann, der zur Jüngerschaft Jesu gehören möchte — dessen gewiß.

In Liljes und Niemöllers Äußerungen klingen die beiden verschiedenen Konzeptionen der Nachkriegszeit an: Volkskirche oder parteiliche Avantgarde. Die theologische Begründung für erstere Konzeption ist naturgemäß schwieriger, weil sie sich nicht ohne weiteres unter Berufung auf die ekklesiologischen Modelle des Neuen Testaments oder der Bekenntnisschriften legitimieren kann. Aber ihre große Bedeutung besteht darin, daß die Theologie sich mit ihr auf die vorgefundene Wirklichkeit (einschließlich von deren mutmaßlicher Zukunft, über deren Gestalt heute mitentschieden wird) bezieht und nicht eine "ganz andere", wünschenswerte Gestalt von Kirche entwirft, die es allermeist gar nicht geben kann. Gerade der sich ankündigende Wandel der Volkskirche, mit dem die Entwicklung seit 1945 beendet wird, fordert die ekklesiologische Bemühung heraus.

LANDESBISCHOF D. EDUARD LOHSE ZUM THEMA VOLKSKIRCHE: "PROVISORISCH ODER FEST?"²

... Die Jahre des Wiederaufbaus sind zu Ende, ein neuer Abschnitt auf dem Weg der Kirche hat begonnen; eine Zeit der Prüfung und der Belehrung. Denn es ist heute nicht mehr selbstverständlich, Christ zu sein. Man braucht der Kirche nicht anzugehören, um eine geachtete Stellung im öffentlichen Dienst zu bekleiden. Kirchliche Sitte schwindet an vielen Stellen rasch dahin. Die Christen werden gefragt was sie glauben und ob sie auch wirklich nach ihrer Überzeugung handeln. Es kann sein, daß die Zahl der Christen in unserem Land allmählich abnimmt. Die finanziellen Mittel, die der Kirche zur Verfügung stehen, werden voraussichtlich geringer werden. Die Arbeitsbereiche der Kirche wird man kaum noch ausweiten können, an manchen Stellen sogar einschränken müssen.

Christen können solche Veränderungen nüchtern sehen und sollten sich über den Wandel, der sich langsam vollzieht, nicht täuschen. Auf keinen Fall aber sollten sie aus diesen Beobachtungen pessimistische Schlußfolgerungen ziehen. Denn dazu besteht kein Anlaß. Gewiß, wer sich heute als künftiger Pfarrer und Mitarbeiter der Kirche auf seinen Beruf vorbereitet, der sollte daran denken, daß er noch während der beiden ersten Jahrzehnte des kommenden Jahrtausends im aktiven Dienst stehen wird. Unsere Phantasie reicht nicht aus, um uns vorzustellen, wie dann die kirchliche Lage in unserem Land aussehen wird. Aber man sollte schon einmal den Versuch machen, sich auszudenken, wie es sein

könnte ...

Weil sie Gottes Volk in aller Welt ist, darum kann sich die Kirche nicht als Gruppe von den anderen Menschen absondern, sondern muß sie Kirche für das Volk bleiben: Volkskirche. Trotz des Verlustes vieler Mitglieder und mancher äußeren Erschwerung des Dienstes hat auch die Kirche in der DDR ihre volkskirchliche Struktur nicht aufgegeben, sondern hält sie bewußt fest, um Kirche für andere zu sein. Ihr Beispiel ist lehrreich für uns. Wer darauf vertraut, daß die Sache der Kirche nicht unsere, sondern die Christi ist, welcher unseretwillen arm geworden ist, der sollte sich daran erinnern lassen, daß wir zwar umsichtig planen und mit den uns anvertrauten Mitteln gewissenhaft umzugehen haben, daß wir uns aber nicht sorgen sollen. Denn Gott sorgt für uns und hat durch Christus schon ein für allemal für uns gesorgt. Wenn die Kirche sich diese Einsicht des Glaubens wieder in Erinnerung rufen läßt, dann wird sie erkennen, daß die äußerlich reichen Jahre, die hinter uns liegen, nichts anderes sein konnten als ein Provisorium.

Es muß auf dem Hintergrund dieser Überlegungen gesehen werden, wenn die Synode der EKD beschlossen hatte, sich dem Thema Volkskirche programmatisch zuzuwenden. Die epochale Bedeutung des Vorhabens ergibt sich aus dem Sachverhalt, daß Fragen der Ekklesiologie bzw. der Kirchentheorie im Protestantismus "kirchenoffiziell" kaum behandelt worden sind. Zumal die Grundfrage der Ekklesiologie, die Bestimmung von Wesen und Auftrag der Kirche, ist lehrmäßig nicht aufgearbeitet, was sich angesichts der zunehmenden Nötigung, Prioritäten für kirchliches Handeln zu setzen, als eklatanter Mangel herausstellt³. Man braucht gar nicht erst die Parallele zur katholischen "Gemeinsamen Synode" von Würzburg (s.u. S. 136) zu ziehen und festzustellen, daß die evangelische Kirche für eine derartige Aufgabe nicht gerüstet ist. "Es fehlt an einem theologischen Begreifen der Volkskirche." Immerhin: Daß ausgerechnet die EKD im

^{2.} Aus einem Beitrag in DS Nr. 42/1975.

^{3.} Zur Diskussion vgl. z.B. H.-O. Wölber: Die Kirche sucht ihre Prioritäten, EvK 8, 1975, S. 266-269; W. Lohff: In Schicksalsgemeinschaft mit der Gesellschaft, ebd. S. 464-466; W. Huber: Welche Volkskirche meinen wir? Über Herkunft und Zukunft eines Begriffes, LM 14, 1975, S. 481-486.

^{4.} So W. Lohff (s. Anm. 3), S. 465.

Jahre 1975 dies Thema aufgriff, ist im Kontext der kirchen- und theologiepolitischen Landschaft schon bemerkenswert.

Doch die übergroßen theologischen Schwierigkeiten wirkten sich auf Vorbereitung, Verlauf und Nacharbeit der Freiburger Synode immer wieder aus, so daß das Verhältnis dieser Bemühungen etwas dürftig blieb. Die EKD scheint derzeit kaum in der Lage, zu einem so schwierigen Thema eine einheitliche Stellung (weder in der Stellungnahme noch auch nur im Verfahren der Bearbeitung) zu finden. Die Polarisierungen verhinderten ein erfolgversprechendes Prozedieren schon im Ansatz. Der Vorbereitungsausschuß der Synode hatte das von ihm. unter Vorsitz von OLKR Dr. Hans-Gernot Jung, erarbeitete Papier etwas voreilig (unter Umgehung des Rates der EKD) als fertige Vorlage im Juli 1975 versandt und provozierte damit eine Reihe von heftigen Einsprüchen. Diese gingen dahin, daß die theologische Substanz der Vorlage zu dünn und die Beschreibung der kirchlichen Wirklichkeit zu negativ gefärbt wäre. Da eine Umarbeitung des Synodalpapiers sich als unmöglich erwies, ließ der Rat der EKD als Korrektiv dazu seinerseits von der Kirchenkanzlei eine Vorlage anfertigen. die sich in wichtigen Punkten an das Papier des Vorbereitungsausschusses anlehnte. Es kann als Unikum gelten, daß somit die EKD-Synode vom 2. bis 7. November 1975 in Freiburg zum Hauptthema ("Kirche zwischen Auftrag und Erwartungen") zwei widerstreitende Vorlagen hatte.

Die Ausschuß-Vorlage setzte bei einer problematisierenden Analyse der volkskirchlichen Wirklichkeit an ("Unsere Kirche ist zum Problem geworden"), konzentrierte sich auf die Deskription der Erwartungen, die evangelische Christen an "die Kirche" richten, und leitete daraus Konsequenzen für kirchliches Handeln ab. Die vom Rat beschlossene Vorlage verband diesen Ansatz mit dem Versuch, eine evangelische Lehre von der Volkskirche und deren Aufgaben zu formulieren. Schon rein formal ist übrigens bemerkenswert, daß hier erstmals eine grundsätzliche ekklesiologische Verlautbarung des Rates der EKD vorliegt⁵.

SYNODENVORLAGE DES RATES DER EKD "KIRCHE ZWISCHEN AUFTRAG UND EWARTUNGEN"

Vom 27. September 1976

Die Kirche ist die Versammlung aller Gläubigen, bei denen das Evangelium rein gepredigt und die heiligen Sakramente dem Evangelium gemäß dargereicht werden (Confessio Augustana VII).

Und wir reden nicht von einer erdichteten Kirche, die nirgends zu finden sei, sondern wir sagen und wissen fürwahr, daß diese Kirche, darin Heilige leben, wahrhaftig auf Erden ist und bleibt (Apologie VII,21).

Die eine, heilige, christliche Kirche, die wir im Credo bekennen, verwirklicht sich in vielfältiger Gestalt. Aus dieser Gestaltwerdung ergeben sich für jede Zeit spezifische Probleme kirchlichen Lebens und Handelns. In unserer Kirche wird heute vor allem das Problem diskutiert, das durch den Begriff "Volkskirche" angezeigt wird. Die innere Verbundenheit mit dem kirch-

^{5.} Texte mit den vorangegangenen Ausschußarbeiten in: Freiburg i.Br. 1975, BSynEKD 27, 1975, S. 395-421, 463-483. Vgl. auch epd-Dok Nr. 51/1975, S. 4ff.

lichen Leben ist keine Selbstverständlichkeit. Vielmehr empfinden evangelische Christen gegenüber "der Kirche" eine eigentümliche Distanz, die sich nicht selten in Unbehagen und Kritik äußert. Viele von ihnen vermissen eine überzeugende Antwort auf die Frage nach dem Sinn des Lebens; der Beitrag der Kirche zur Bewältigung der Nöte in unserer Welt und ihre Vorschläge zur Lösung heutiger Aufgaben werden oft als nicht ausreichend empfunden. Andere wiederum bedrückt der Zwiespalt zwischen dem, was Bibel und Bekenntnis über die Kirche sagen, und der Kirche, der sie im Alltag begegnen. Doch sie alle richten Erwartungen an die Kirche, die darauf zielen, daß diese ihrem Auftrag gerecht werden solle. Wie dieser Auftrag lautet, in welchem Handeln er wahrgenommen wird und wie sich dieses Handeln zu den vielfältigen Erwartungen verhält, das muß heute von neuem geklärt werden.

1. Kirche zwischen Auftrag und Erwartungen

1.1 Das Heil der Welt und der Auftrag der Kirche

Die Kirche ist die Gemeinschaft von Menschen, die ihr Leben durch Jesus Christus, seinen Tod, seine Auferstehung, seinen Geist bestimmt sein lassen – Leib Christi nach dem Zeugnis des Neuen Testaments. Sie hat von Christus her den Auftrag, der ganzen Menschheit die Botschaft vom Heil auszurichten: von der Sendung Christi, in der Gott sich dem Menschen zuwendet und ihm Freiheit, Versöhnung und Dienst ermöglicht.

Die Kirche ist damit die Gemeinschaft von Menschen, die durch diesen Auftrag bestimmt wird – Volk Gottes nach dem Zeugnis des Neuen Testaments. Sie wird von Gott auserwählt und gesandt; darin hat sie teil an der Sendung seines Sohnes. Ziel dieser Sendung ist die Herrschaft Gottes über alle Welt, das Reich Gottes. Nur als Kirche in Bewegung auf dieses Ziel hin und damit als Kirche für die Welt nimmt sie ihren Auftrag recht wahr

1.2 Wesen und Verwirklichung der Kirche

Die Kirche als Volk Gottes und Leib Christi ist nicht dasselbe wie die Gestalt, in der sie sich in den verschiedenen Zeiten durch ihr Handeln und ihre Gemeinschaft verwirklicht. Die Spannung zwischen dem Bekenntnis zur Kirche und der vorfindlichen Wirklichkeit von Kirche haben die Reformatoren durch die Unterscheidung von Verborgenheit und Sichtbarkeit der Kirche zum Ausdruck bringen wollen. In der zurückliegenden Geschichte ist immer wieder versucht worden, jene Spannung aufzuheben durch eine Aufteilung der sichtbaren Kirche in eine kleine Schar "wahrer Christen", die die "eigentliche" Kirche bilden, und eine große Menge von "Mehr-oder-weniger-Christen", die nur als "Randsiedler" gelten können. Eine solche Aufteilung ist nicht sachgemäß, weil nach evangelischer Lehre die Kirche aus getauften Menschen besteht, die "gleichzeitig Gerechte und Sünder" sind.

Nach dem Zeugnis des Neuen Testaments gibt es die Kirche immer nur in konkreter Gestalt. Darum sind die Glieder des Leibes Christi zugleich Mitglieder der verfaßten Kirche. Als Volk Gottes sind sie nicht ein abgesondertes Volk, sondern aus allen Völkern, allen Rassen, allen politischen und gesellschaftlichen Systemen, allen Schichten und allen Gruppen zusammengerufen, um der Durchsetzung der Herrschaft Gottes über die Welt zu dienen. Das hat zur Folge, daß die Kirche in ihrer konkreten Gestalt geprägt wird durch die verschiedenen geschichtlichen, kulturellen und gesellschaftlichen Bedingungen, unter denen Menschen als Christen leben. Weil sie diese Bedingungen ernst nehmen muß, ergeben sich daraus Konsequenzen für die Erfüllung ihres Auftrages. In unserer Situation als evangelische Kirche in Deutschland heißt das: Sie muß fragen, was es für ihr Handeln bedeutet, daß sie Kirche in unserer heutigen Gesellschaft, daß sie Volkskirche ist.

1.3 Streit um die Bestimmung des Auftrags

Welches Handeln der Erfüllung des Auftrags dient, ist in der Kirche umstritten, weil hinsichtlich der Bestimmung von Wesen und Auftrag der Kirche keine Einigkeit besteht. Die-

ser Streit ist positiv zu werten, wenn er der Klärung dient, welche Formen der Theologie wie der Verkündigung und welche Weisen der Gemeinschaft wie des christlichen Lebens dem Wesen der Kirche entsprechen. Er ist jedoch schädlich, wenn er auf die falsche Alternative "Volkskirche oder Bekenntniskirche" zielt. Diese beiden Gestalten von Kirche gehören zusammen. Weder dürfen der umfassende Charakter von Sendung und Auftrag der Kirche sowie die geschichtlichen Bedingungen unseres Christseins geleugnet werden, noch darf übersehen werden, daß die Kirche von der Entscheidung des einzelnen für Christus lebt.

Ein solcher Streit muß stets neu durchgehalten werden, ohne daß es zu einer Spaltung der Kirche kommen darf. Als Leib Christi wie als Volk Gottes hat die Kirche ihre Einheit nur in der vielfältigen Verschiedenheit der Glieder. Es muß freilich das Ziel sein, über die Differenzen hinaus zu einem tragenden Konsensus zu kommen. Denn angesichts ihres Auftrages und der Fülle von Aufgaben ist Gemeinschaft in der Kirche erforderlich.

1.4 Dienst in der Welt

Weil die Kirche auf die Herrschaft Gottes als Ziel der Welt bezogen ist, weist ihr Auftrag sie an die gesamte Menschheit wie an den ganzen Menschen. Diesen Auftrag kann sie nur in einer Vielfalt von Diensten ausführen, deren Grundformen unsere Väter mit der Dreiheit von "martyria, leiturgia, diakonia" bezeichneten: Bezeugen des Evangeliums durch Verkündigung und Leben in der Nachfolge; Gottesdienst in Dank und Lobpreis, Bitte und Fürbitte, Gemeinschaft untereinander und mit dem lebendigen Herrn; Dienst am Menschen durch Hilfe, Fürsorge, Verzicht, Solidarität im Mit-Kämpfen und Mit-Leiden. Nur so kann der Welt das Heil vermittelt werden. Da die rechte Ausübung jener Dienste auf die je spezifischen Nöte, Bedürfnisse und Schwierigkeiten der Menschen bezogen ist, kann es zum Auftrag der Kirche gehören, auch solche Dienste zu tun, die nicht sogleich als spezifisch christlich im herkömmlichen Sinne erkennbar sind. Wenn die Kirche sich für den Menschen einsetzt, bleibt sie ihrer Sendung treu.

1.5 Die Kirche und die "unkirchlichen" Christen

Christi Herrschaft ist nicht beschränkt auf den Raum der verfaßten Kirche, die durch bestimmte Ordnungen, Gemeinschaftsformen und Bekenntnisse charakterisiert wird. Außer den "wahrhaft Gläubigen" und den "Heuchlern und Bösen", die die reformatorischen Bekenntnisse als Glieder der Kirche nennen, gibt es – bedingt durch die besondere Geschichte der evangelischen Kirche in unserem Lande – Christen, die neben der verfaßten Kirche her leben. Diese bilden keine einheitliche Gruppe mit genau definierbaren Merkmalen.

Es gibt Christen, die getauft sind, jedoch weder glauben noch nach Gottes Willen leben. Es gibt Christen, die getauft sind, jedoch ihren Glauben, ihr Bekenntnis zu Christus, ihre Erneuerung durch den Heiligen Geist in anderen Formen als den traditionell kirchlichen äußern. Und es gibt Christen, die ihren Glauben sich selbst verbergen. Während die ersteren schon seit längerem als Adressaten der Evangelisation, der "inneren Mission" der Volkskirche ernstgenommen werden, stellt sich heute im Blick auf die letzteren mit besonderer Dringlichkeit die Frage, wie die Kirche ihrem Auftrag ihnen gegenüber gerecht werden kann.

1.6 Zwischen Auftrag und Erwartungen: Die Chance der Volkskirche

"Latentes Christentum" und "distanzierte Mitgliedschaft" in der Volkskirche dürfen nicht nur als Defizit gesehen, sondern müssen als Chance begriffen werden: In diesem Bereich unserer Kirche sind Erwartungen an das Handeln der Kirche lebendig, die aufgespürt werden müssen – Erwartungen, die sich in Nöten und Bedürfnissen, aber auch in Bereitschaft zum Dienst und zur Gemeinschaft äußern.

Gewiß kann der Auftrag der Kirche nicht von diesen Erwartungen her bestimmt werden, weil er ihr vom Herrn vorgegeben ist. Aber die Kirche kann ihren Auftrag nur so wahr-

nehmen, daß sie ihn in Beziehung setzt zu den Erwartungen, die ihr entgegengebracht werden. Die Volkskirche lebt von zweierlei: daß einige ihrer Mitglieder sich voller Hingabe für die Erfüllung des Auftrags der Kirche engagieren und daß daneben viele andere voller Erwartungen auf die verfaßte Kirche blicken. Die Chance der Evangelischen Kirche in Deutschland als Volkskirche liegt darin, daß sie diese Erwartungen aufnimmt und ihrem Auftrag gemäß erfüllt. Als "die Kirche aller" ist sie "Kirche für andere".

2. Erwartungen an den Dienst der Kirche

Die Erwartungen an die Kirche sind so vielschichtig und widersprüchlich, daß ihrem Handeln und Reden vieles gleichzeitig abgefordert wird: Zurückhaltung und Parteinahme, Kritik und Versöhnung, Bewahrung des alten und Fortschritt zu neuem. Deshalb ist es schwer für die Kirche, eindeutig zu sprechen, wenn sie für alle sprechen will. Und wenn sie eindeutig sprechen muß, wird sie kaum von allen verstanden werden. Würde sie versuchen, die an sie herangetragenen Erwartungen nur in einer Richtung zu erfüllen, wäre sie nicht mehr "die Kirche aller".

Die Kirche soll Richtung weisen und Halt geben, dem einzelnen bei seiner Lebensgestaltung wie der Gesellschaft bei der Lösung ihrer Probleme. Aber wie kann sie hier Unklares klären und Vielschichtiges einfach machen? Genügt es, wenn sie sich auf Grenzfragen des einzelnen und Grundfragen der Gesellschaft beschränkt? Wie kann sie sich auf aktuelle Einzelfragen einlassen, ohne im Streit der Meinungen unterzugehen?

Die Kirche soll zur Überwindung der Gegensätze in der Gesellschaft beitragen. Da sie Volkskirche ist, können in ihr die verschiedenen Gruppen ihre unterschiedlichen Interessen zur Geltung bringen. Die Meinungsgegensätze berühren die Grundlagen ihrer Verkündigung, ihres Bekenntnisses und ihrer Ordnung. Sie soll klären, ohne die Polarisierung zu zementieren; sie soll Verständnismöglichkeiten aufweisen, ohne zu Verschleierung und Scheinfrieden zu führen; sie soll am Streit um das Wahre und Richtige teilnehmen, ohne andersdenkende Menschen zu verurteilen.

Die Kirche, die von der Verheißung "eines neuen Himmels und einer neuen Erde" lebt, soll Vorhut auf dem Weg in die Zukunft sein und aus der Abhängigkeit von Mächten der Vergangenheit wie der Gegenwart befreien. Doch die ihr gegebene Verheißung weist ihr Handeln nicht eindeutig in eine bestimmte Richtung. Allem Engagement für eine bessere Zukunft muß die Einsicht zur Seite stehen, daß Gottes Reich "nicht von dieser Welt ist" und jede Verwirklichung von Neuem nicht auch schon die Verwirklichung des Guten ist.

Neben diesen allgemeinen Erwartungen an "die Kirche" gibt es eine Fülle einzelner Erwartungen an den Dienst der Kirche. Sie sind typisch für unsere volkskirchliche Situation und geben zu der Hoffnung Anlaß, daß die Kirche bei der Ausführung ihres Auftrags nicht ins Leere stößt, sondern auf vielfältige Bereitschaft trifft.

2.1 Sinngebung

Die Frage nach dem Sinn des Lebens wird in verschiedener Weise gestellt. Die religiöse Dimension gewinnt dabei neue Bedeutung. Von der kirchlichen Verkündigung erwartet der einzelne eine überzeugende Antwort auf die Grundfragen seiner Existenz. Sie soll zum Glauben führen, ihn verlebendigen, ihm Halt und Grund geben.

2.2 Wegweisung

Viele Menschen lassen ihre ethischen Überzeugungen, ihre Wertvorstellungen und Lebensformen weiterhin durch die Kirchen mitprägen. Die meisten Kirchenglieder stellen ihre Mitgliedschaft nicht in Frage, weil sie – wenn auch oft in ungeklärter Weise – von der Kirche Hilfe bei der Lebensgestaltung erwarten.

2.3 Begleitung

Die Mitglieder der Kirche wünschen nach wie vor in großer Zahl die Amtshandlungen Taufe, Konfirmation, Trauung und Begräbnis. So stellen sie sich an den entscheidenden Stationen ihres Lebenslaufes in den Zusammenhang der Gemeinde und sind für den Zuspruch des Evangeliums offen. Ihre seltenen Gottesdienstbesuche möchten sie als eine nicht zu unterschätzende Teilnahme am kirchlichen Leben gewertet wissen.

2.4 Lebensberatung

Viele Christen erwarten von der Kirche Hilfe und Rat im Blick auf persönliche Probleme. Die Diakonie wird nicht nur als eine Selbstverständlichkeit empfunden, sondern ist gerade in den neu aufbrechenden sozialen Nöten gefragt. Das Bedürfnis nach Seelsorge und Beratung ist angesichts des Verlustes hergebrachter Maßstäbe und zunehmender Unsicherheit des einzelnen stark gewachsen.

2.5 Soziale Hilfen

Nach wie vor wird erwartet, daß die Kirche Außenseitern der Gesellschaft wie Land- und Stadtstreichern, Alkoholikern und Strafentlassenen bei der Resozialisierung hilft. Die Kirche soll als Anwalt der Schwachen für die Randgruppen unserer Gesellschaft – z.B. die Behinderten und die ausländischen Arbeitnehmer – eintreten. Viele Menschen vertrauen darauf, daß die Kirche ihnen Hilfs- und Betreuungsmöglichkeiten anbietet, falls sie selber einmal in Not geraten. Auch bei Katastrophen in aller Welt gilt der Einsatz der Kirche als selbstverständlich.

2.6 Kontakte mit Anderen

In einer Gesellschaft, die durch ihre Lebensformen Kontaktarmut hervorruft und begünstigt, erwarten zumal Jugendliche, alte und alleinstehende Menschen von der Kirche Angebote zur Pflege von Gemeinschaft und Geselligkeit. Dies gilt vor allem in Neubausiedlungen, wo die Kirche oft erste Kommunikationsmöglichkeiten bietet. Auch der Besuchsdienst von kirchlichen Mitarbeitern und engagierten Gemeindegliedern kommt den Bedürfnissen vieler distanzierter Kirchenmitglieder entgegen.

2.7 Gespräch mit dem Pfarrer

In besonderer Weise richten sich die Erwartungen an den *Pfarrer* als an einen Menschen, der in einer unsicher gewordenen Zeit Helfer und Vorbild sein soll. Auch distanzierte Kirchenmitglieder sind offen für das Gespräch mit ihm und erwarten seinen Besuch. In ihm sehen sie die *personale Präsenz* der Kirche — einen Menschen, der für alle da ist.

2.8 Raum der Begegnung

Gerade angesichts der Polarisierungen in unserer Gesellschaft soll die Kirche ein neutraler Raum der Begegnung bleiben, wo verschiedene Menschen unbeschadet ihrer politischen Differenzen und sozialen Unterschiede Gemeinschaft miteinander, in verschiedenen Formen und auf verschiedenen Ebenen, finden können.

2.9 Beitrag zur Normenfindung

Für seine Orientierung im Gefüge der Gesellschaft und des öffentlichen Lebens sucht der einzelne nach zutreffenden Deutungen unserer Situation und einer tragfähigen Basis für die Bestimmung von Werten und Maßstäben. Von der Kirche erwartet er dabei, daß sie als unparteiliche Instanz ihm ein klärendes oder weiterführendes Wort sagt, insbesondere bei der Bestimmung der Grundwerte menschlichen Zusammenlebens.

2.10 Verantwortung für das Ganze

Im Bewußtsein des einzelnen wie der Öffentlichkeit gilt die Kirche in unserem Land nach wie vor als eine der gesellschaftlich relevanten Gruppen. Sie wird daher immer wieder aufgefordert, an der Lösung der großen sozialen, gesellschaftspolitischen und kulturellen Fragen mitzuarbeiten. Dabei wird aber eine einseitige parteipolitische Bindung der Kirche abgelehnt. Als ihr Beitrag im Streit der Meinungen wird erwartet, daß sie von ihrem Auftrag her nicht bloß Gruppeninteressen verfolgt, sondern das Wohl des Ganzen im Auge hat.

3. Aufgaben der Kirche

3.1 Die Überlieferung aktualisieren

Die Inhalte der biblischen Botschaft und der kirchlichen Lehre sind in ihrer geschichtlich bedingten Form vielen Mitgliedern der Kirche unverständlich, verschlossen oder unbekannt. Die Kirche lebt aber davon, daß das Evangelium in der Sprache unserer Zeit so zur Geltung kommt, daß auch den distanzierten Mitgliedern der Bezug auf ihre eigene Lebenserfahrung deutlich wird. Dies kann nicht nur auf der kognitiv-rationalen Ebene als Aufgabe von Theologie und Verkündigung geleistet werden. Die Aktualisierung des Evangeliums muß – unter Einbeziehung aller Erfahrungsebenen – in verschiedenen Formen erfolgen.

3.2 Verschiedenes gleichzeitig tun

Die Kirche bleibt nur dann Volkskirche, wenn sie versucht, der Vielfalt berechtigter Erwartungen ihrer disparaten Mitgliederschaft gerecht zu werden. Ekklesiologische Voraussetzung daßür ist, daß sie die distanzierte Zugehörigkeit einer Mehrheit von Christen, die keinen Zugang zu den herkömmlichen Formen des kirchlichen Lebens finden, als ein eigenständiges Kirchenverhältnis – neben demjenigen engagierter Christen – wertet. Demgemäßmuß der Begriff der "Gemeinde" erweitert werden und die Aktivität der Mitarbeiter nicht nur auf die versammelte Gemeinde gerichtet sein, sondern auch auf die Gemeinde, die kaum zur Darstellung kommt.

3.3 Sich um den einzelnen bemühen

Der Dienst der Kirche zielt immer wieder auf den einzelnen. Angesichts der genannten Erwartungen müssen die vielfältigen Formen kirchlicher Glaubens- und Lebenshilfe daraufhin überprüft werden, ob sie den einzelnen wirklich erreichen. Insbesondere Seelsorge und Besuchsdienst werden dadurch zur Bereitschaft herausgefordert, stets neu auf den Menschen als Gesprächspartner zuzugehen. Dem Gemeinschaftsbedürfnis der Vereinzelten und Einsamen muß in der Gemeinde Genüge getan werden sowohl auf der Ebene mitmenschlicher Kommunikation als auch in der Dimension geistlichen Lebens.

3.4 Den Gottesdienst reformieren

Das Leben der Kirche hat seine geistliche Mitte im Gottesdienst. Dies ist auch denen bewußt, die nicht regelmäßig am gottesdienstlichen Leben der Gemeinde teilnehmen. Unter Berücksichtigung der Erwartungen und Verstehensmöglichkeiten, der Lebensgewohnheiten und des Freizeitverhaltens gerade dieser Kirchenmitglieder muß das Gottesdienstangebot verstärkt überprüft werden. Neben den Gottesdienst in herkömmlicher Form sollen andere Gottesdienstformen treten, z.B. Familien-, Jugend- und Urlaubsgottesdienste, Gottesdienste mit besonderen musikalischen Stilmitteln oder mit Film- und Bildmeditationen, freie charismatische Versammlungen, von Gruppen gestaltete Gottesdienste. Die Kasualgottesdienste bei Taufe, Trauung und Begräbnis sowie die Gottesdienste an den hohen Feiertagen, denen die distanzierten Kirchenmitglieder besondere Erwartungen entgegenbringen, müssen angesichts ihrer Problematik wie ihrer Chance mit erhöhter Aufmerksamkeit gestaltet werden.

3.5 Vielfältige Kommunikationsformen entwickeln

In den bisher entwickelten Formen des Gemeindelebens, des kirchlichen Unterrichts und der Arbeit mit verschiedenen Gruppen und Altersstufen liegen viele brauchbare Ansätze vor, dem Auftrag der Kirche gerecht zu werden. Diese Versuche sind im Blick auf die Christen, die ein distanziertes Verhältnis zur traditionellen Kirchlichkeit haben, zu verstärken und auszuweiten. Z.B. nehmen viele von ihnen den Hausbesuch als ein Angebot zum Kontakt mit der Kirche gerne auf; auch durch Gemeindebriefe und die kirchliche Presse können sie angesprochen werden, sofern diese nicht nur auf die speziellen Interessen der Kerngemeinde zugeschnitten sind. Die übergemeindlichen Dienste dürfen nicht als Abweichung von der Norm kirchlichen Handelns angesehen werden, weil sie besonderen Bedürfnissen der Volkskirche entgegenkommen. Deswegen müssen z.B. die bisherigen Bemühungen in Familienberatung, Telefon- und Krankenhausseelsorge ausgebaut werden – auch und gerade in einer Zeit knapper werdender Mittel, die zur Konzentration der Kräfte ruft.

3.6 Mit Konflikten leben

Das Ineinander von Bekenntniskirche und Volkskirche, das Zusammenleben verschiedener Typen von Christen in derselben Kirche schafft auf allen Ebenen kirchlichen Handelns Probleme und Konflikte. Die Kirche muß es immer wieder lernen, mit diesen Konflikten fertigzuwerden, weil in ihrem Wesen als Leib Christi die Verschiedenheit ihrer Glieder begründet ist. Im Streben nach Einmütigkeit und Klarheit muß sie sich bemühen, eine Basis für den Konsensus im Grundsätzlichen zu schaffen und die Gegensätze so zu überbrücken, daß Formen gemeinsamen Lebens und Wege gemeinsamen Handelns gefunden werden können. Damit bezeugt sie ihr Vertrauen auf Gottes Verheißung: Im Volk Gottes wird der Menschheit eine neue Lebensmöglichkeit angeboten, die alle Zerrissenheit überwindet.

3.7 Ökumenische Verantwortung praktizieren

Das Nebeneinander der verschiedenen christlichen Kirchen in der Welt fordert nach wie vor die Bemühungen um Kirchengemeinschaft und Kircheneinheit auf den verschiedenen Ebenen heraus. Deshalb muß das theologische Gespräch sowohl mit der katholischen Kirche als auch mit den im Ökumenischen Rat zusammengeschlossenen Kirchen fortgeführt und vorangetrieben werden. Von besonderer Dringlichkeit ist heute die Solidarität mit den bedrängten Kirchen, die unter politischer Unterdrückung, sozialer und rassischer Diskriminierung leiden. Hier hat unsere Kirche im Gehorsam gegenüber ihrem Auftrag alle ihre Hilfsmöglichkeiten einzusetzen. Darüber hinaus gehört es zu ihrer weltweiten Verantwortung, wenn sie ohne Rücksicht auf ungerechte Kritik und ohne Sorge um den eigenen Bestand die Nöte, Schäden und Gefahren der Menschheit in den verschiedenen Regionen offen anspricht, ihre Ursachen namhaft macht und bei der Suche nach Lösungen hilft. Letztendlich nimmt die Kirche ihre Weltverantwortung nur dann recht wahr, wenn sie in aller Welt das Evangelium vom Heil in Jesus Christus verbreitet.

3.8 Der Resignation widerstehen

Die Kirche wird ihren Auftrag nur dann ausführen und den an sie gerichteten Erwartungen gerecht werden können, wenn sie vor der Fülle und Schwierigkeit heutiger Lebensprobleme nicht in Resignation ausweicht. Dies würde sie z.B. dann tun, wenn sie ihre Arbeit auf den innerkirchlichen Raum, auf die sog. Kerngemeinde oder auf den Bereich der privaten Innerlichkeit beschränkte. Weil sie eine Hoffnung hat, die die Welt überwindet, kann sie der Menschheit und unserer Gesellschaft einen Dienst leisten, wenn sie der Befangenheit im Gewohnten, der Angst vor dem Unüberschaubaren, dem Drang zum Zerstören und der Unfähigkeit zur Selbstbeschränkung durch Beispiele, Impulse und Modelle des Zusammenlebens entgegenwirkt.

Mit den genannten Aufgaben versucht die Kirche, ihrem Auftrag gerecht zu werden. Daran haben alle ihren Anteil, auch diejenigen, die vorwiegend nur Erwartungen an sie richten. Von allen Kirchenmitgliedern sind daher spezifische Beiträge zu erwarten:

 von den für die Kirche engagierten Gemeindegliedern Toleranz gegenüber denjenigen Kirchenmitgliedern, die genauso wie sie getauft sind, aber ihr Christsein in anderen Formen als sie leben, sowie die Bereitwilligkeit zur Gemeinschaft mit ihnen und den Einsatz für das komplexe Ganze der Volkskirche;

 von den distanzierten Mitgliedern der Volkskirche die Bereitschaft, ihre Erwartungen an die Kirche auszusprechen, aber auch Offenheit dafür aufzubringen, daß fremdgewordene Überlieferungen sich durch die kirchliche Verkündigung erschließen lassen und

ihnen so neue Wege öffnen können;

von den kritischen Gruppen, die an der Reform der Kirche arbeiten, aber oft an ihrer Erneuerungsfähigkeit zweifeln, daß sie sich nicht entmutigen lassen, aber auch die Einsicht gewinnen, daß nur in der Verbundenheit mit der Kirche das Engagement für das Evangelium zur Erneuerung der Kirche führen kann;

von den Kritikern, die immer nur ihrem Ärger über die Kirche Ausdruck geben und ggf. aus ihr austreten, daß sie die Kirche nicht alleinlassen, sondern für sie eintreten, indem sie das Gespräch mit den Amtsträgern, Mitarbeitern und ihrer Gemeinde stets

aufs neue suchen;

 von der theologischen Wissenschaft eine verstärkte Bemühung um Modelle christlichen Denkens und Handelns, die den Bedingungen unserer Zeit entsprechen, sowie um eine Lehre von der Kirche, die sowohl der biblischen Botschaft als auch unserer volkskirch-

lichen Wirklichkeit gerecht wird;

von den Kirchenleitungen, daß sie Mut zur entschiedenen Stellungnahme und zur Reform der Kirche mit Offenheit, Geduld und Toleranz gegenüber den vielfältigen Meinungen und Positionen in der Volkskirche verbinden und dazu helfen, daß der notwendige Streit um die Wahrheit offen ausgetragen, aber die Verhärtung verhindert wird:

von den Pfarrern wie allen anderen kirchlichen Mitarbeitern eine große Aufgeschlossenheit für die Erwartungen und Bedürfnisse der verschiedenen Typen von Christen; daß sie nicht müde werden, auf Menschen zuzugehen mit der Bereitschaft, ihnen Weggefährten zu sein und zu einer eigenständigen christlichen Existenz zu verhelfen; daß sie den Menschen nicht überwiegend mit Anforderungen begegnen, sondern sie annehmen, so wie Jesus Christus die Menschen angenommen hat;

von den in der Öffentlichkeit einflußreichen Christen, daß sie irreführende Klischees von der Kirche in der öffentlichen Meinung abzubauen helfen und der Kirche beistehen in dem Versuch, auf möglichst differenzierte Weise "Kirche für alle" unter

den heutigen gesellschaftlichen Bedingungen zu sein.

Erwartungen, die immer noch und immer wieder an unsere Kirche gerichtet werden, sind ein Zeichen der Ermutigung. Sie tragen dazu bei, die heute nötigen Aufgaben zu erkennen, damit der Auftrag der Kirche recht erfüllt wird.

Die Diskussion auf der Synode verlief so unbefriedigend wie die Vorbereitung, da die kontroversen Positionen in der Diskussion nicht klar artikuliert wurden und keine gemeinsame Plattform erreichten, sondern sich wechselseitig blockierten. Einerseits wurde es überhaupt abgelehnt, "Volkskirche" als Zielvorstellung für kirchliches Handeln zu akzeptieren (theologisch wie politisch zwar mit diametral entgegengesetzter Begründung)⁶. Andererseits erwies sich hinsichtlich der Anwendung und Begründung jenes Konzepts bei denen, die es akzeptierten, ein so

^{6.} Vgl. z.B. die Voten der Synodalen Prof. Goldschmidt (Berlin) und Dekan Henning (Esslingen) ebd. S. 168-170.

breites Spektrum der Meinungen, daß schon in diesem Lager eine Verständigung nicht vorankam⁷. So verständigte sich die Synode als Notlösung darauf, die Komplexität der Thematik dadurch zu reduzieren, daß jene Vorlegen unbearbeitet blieben und ein allgemein gehaltenes "Wort an die Gemeinden" jenseits aller Kontroversen verabschiedet wurde⁸. Der Entwurf dazu stammte von dem Synodalen Professor Eberhard Jüngel, was sich auch in der Endgestalt noch bemerkbar macht.

WORT DER SYNODE DER EVANGELISCHEN KIRCHE IN DEUTSCHLAND AN DIE GEMEINDEN: "EINLADUNG ZUM GESPRÄCH"

Vom 7. November 1975

Die Synode der Evangelischen Kirche in Deutschland hat auf ihrer Tagung im November 1975 in Freiburg begonnen, das Thema "Kirche zwischen Auftrag und Erwartungen" zu bearbeiten. Dabei haben wir erfahren, daß die Behandlung dieser Sache uns nicht polarisiert und trennt. Darum bitten wir unsere Gemeinden, mit uns an diesem Thema weiterzuarbeiten. Angesichts der Vielschichtigkeit der theologischen, sozialen und rechtlichen Probleme der Kirche und ihrer Stellung in unserer Gesellschaft legt die Synode den Gemeinden folgende Erfahrungen und Einsichten zur Einleitung für ihre Arbeit vor:

I.

Wir glauben: In unserer Armut sind wir reicher, als wir wissen.

Wir vertrauen darauf, daß Gott kommt. In der Person Jesu Christi kommt Gott

- in unsere notleidende Welt
- in unsere zerstrittene Kirche
- zu jedem einzelnen Menschen.

Das ist unser Reichtum.

Η.

Wir freuen uns über diesen Reichtum und feiern miteinander unsere Gemeinschaft mit dem kommenden Gott.

Wir wissen aber, wie einsam mancher Christ in der Kirche sitzt und wie fremd vielen der Gottesdienst geworden ist. Wir wollen lernen, wie Gottes Reichtum sich in unserer Armut durchsetzen kann.

Wir feiern Gottesdienst und bitten um die Gelassenheit des Glaubens, die stark macht zum Bestehen des Lebens und zu engagiertem Handeln.

Wir rufen zu Gott, er möge uns den Sinn zeigen, den er unserem Leben gab. Dazu ermutigt uns Jesus Christus, der für uns am Kreuz gestorben ist. Nun brauchen wir Schreie und Seufzer gequälter und sich quälender Menschen nicht zu verdrängen, sondern können sie mit unserer eigenen Klage vor Gott bringen.

III.

Weil Gott kommt, hören wir nicht auf, über ihn nachzudenken.

Wir wissen, daß wir immer wieder unzureichende Formeln gebrauchen, die Mißverständnisse und Streit hervorrufen. Wir bekennen uns zu demselben Jesus Christus, aber unsere Bekenntnisse sprechen wir oft gegeneinander. Das macht müde und traurig. Doch weil er kommt, suchen wir die Wahrheit in der Meinung des anderen und halten Konflikte aus.

IV.

Gott kommt in die notleidende Welt. Deshalb engagieren wir uns im politischen Leben.

^{7.} Die Plenumsdiskussion der Synode ebd. S. 154-174; 309-329, 367-394.

^{8.} Text nach BSynEKD 27, 1975, S. 526-528.

Einige von uns gehen auch neue Wege und machen Erfahrungen, die zum Reichtum unserer

Kirche gehören.

Wir wissen, wie umstritten die politische Aufgabe im einzelnen oft ist. Der Glaube der Kirche und die Wahrnehmung ihrer gesellschaftlichen Verantwortung scheinen auseinanderzufallen, doch zu dem Reichtum, den Gott schenkt, gehört auch der Mut, bei der Suche nach politischen Lösungen Konflikte auszutragen.

V.

Wir glauben: In unserer Armut sind wir reicher, als wir wissen. Deshalb vertrauen wir auf das Evangelium von Jesus Christus und verlassen uns auf seine Kraft, wenn wir es im Gottesdienst und im Alltag bezeugen. Wir wissen von unserer Unzulänglichkeit, aber wir trösten uns damit, daß Gott unseren Dienst will.

Die Synode bittet die Gemeinden, an dem Thema "Volkskirche" mitzuarbeiten. Wir freuen uns über alle, die uns helfen, klarere Antworten zu finden. Darum laden wir die Gemeinden ein, uns ihre Erfahrungen und Überlegungen mitzuteilen.

Der Umstand, daß dieses Ergebnis ohne Gegenstimmen gebilligt wurde, zeigt deutlich, wie die EKD-Synode vor einem grundlegenden, aber wohl zu anspruchsvollen Thema kapituliert hat. Diese Feststellung will der fraglosen Qualität jenes "Wortes" nichts abmarkten, doch es war eben keine Antwort auf die aufgeworfenen Probleme. Es bleibt abzuwarten, ob aus ihrem Beschluß, das "nicht abgeschlossene Thema Volkskirche" für eine erneute Behandlung in der Synode in geeigneter Form vorzubereiten, etwas Konstruktives wird. Die erbetenen Stellungnahmen der Gemeinden blieben so gut wie ganz aus. Offenbar hat die evangelische Kirche derzeit keine Möglichkeit, eine solche Thematik auf breiter Basis, d.h. in ihren offiziellen Vertretungsorganen befriedigend zu erörtern. Gleichwohl bleibt das Vorhaben begrüßenswert, von dem ekklesiologischen Grundproblem vorerst nicht abzulassen. Neben der EKD haben sich auch die theologischen Ausschüsse der VELKD und der EKU an diese Arbeit gemacht.

2. ALTKIRCHLICHES CHRISTUSBEKENNTNIS HEUTE

Die zentralen Fragen des Bekenntnisses sind in den vergangenen Jahren auf verschiedene Weise erörtert worden, vor allem auch hinsichtlich des prinzipiellen Aspekts der Geltung der Bekenntnisse (so besonders im Zusammenhang der Leuenberger Konkordie). Inhaltlich ging es um Themen, die den Bereich der politischen und sozialen Verantwortung berührten, aber auch um die für die evangelische Kirche grundlegenden Themen wie Taufe, Amt und Rechtfertigung⁹. Die von verschiedenen Seiten kommende Anregung, das Nicäa-"Jubiläum" (d.h. die 1650. Wiederkehr der Proklamierung des christologischen Bekenntnisses bzw. Dogmas von Nicäa im Jahre 325) zum Anlaß für eine Besinnung auf die Bedeutung des Christusbekenntnisses zu nehmen, griff

^{9.} Vgl. KJ 101, 1974, S. 24ff., 88ff.; KJ 100, 1973, S. 52ff.; KJ 99, 1972, S. 99ff. Thesen zur Rechtfertigungslehre der VELKD in: Rechtfertigung im neuzeitlichen Lebenszusammenhang, hg. von W. Lohff und C. Walther, Gütersloh 1974, S. 7-29.

der Rat der EKD mit einer grundsätzlichen Äußerung auf. Er tat dies übrigens nicht als einziger. Entscheidend war dabei weniger das etwas krumme "Jubiläum" als vielmehr die kirchenpolitische Situation, wobei es allerdings nicht um vordergründige Taktik ging. Die Christologie gehört im Gespräch mit den bekennenden Gemeinschaften der evangelischen Landeskirchen seit Jahren zu den umstrittenen Themen; aber auch im ökumenischen Gespräch wird von den verschiedenen Partnern der evangelischen Kirche immer wieder die Frage gestellt, wie sie es mit der Verbindlichkeit des altkirchlichen Dogmas halte. Man wird es deswegen im Sinne einer generellen Orientierung für nicht unwichtig halten dürfen, daß der Rat der EKD sich zu der Geltung und der wegweisenden Bedeutung des Nizänums äußerte 10.

DAS CHRISTUSBEKENNTNIS DER KIRCHE

Eine Handreichung des Rates der Evangelischen Kirche in Deutschland zum Nicäa-Gedenktag 325 – 1975

Vom 23. Mai 1975

Am 19. Juni vor 1650 Jahren wurde das erste ökumenische Konzil der Christenheit in Nicäa eröffnet. Der Rat der Evangelischen Kirche in Deutschland (EKD) nimmt diesen Gedenktag zum Anlaß, auf die bleibende Bedeutung des in Nicäa formulierten Bekenntnisses für Lehre und Leben der evangelischen Kirche hinzuweisen. Im Blick auf die gegenwärtigen Diskussionen über Person und Werk Jesu Christi sieht er diese Bedeutung vor allem in folgenden Punkten:

I.

Das Bekenntnis von Nicäa: "Jesus Christus – wahrer Gott" ist in einer Auseinandersetzung erfolgt, in der die Entfaltung des biblischen Christuszeugnisses strittig war. In der Sprache der damaligen Zeit wurde eine Entscheidung getroffen, die nach langem Streit von der gesamten Kirche als verbindliche Lehrgrundlage anerkannt wurde.

Ihre ökumenische Bedeutung zeigt sich darin, daß heute die verschiedensten Kirchen auf dem Boden des Nizänums stehen. Auch in der Evangelischen Kirche in Deutschland ist seine Geltung unangefochten und muß es bleiben. Liturgischen Ausdruck findet dies darin, daß es zunehmend als Glaubensbekenntnis im Gottesdienst gesprochen wird, und zwar in der auf dem zweiten ökumenischen Konzil in Konstantinopel beschlossenen Form.

Die Reformation hat nicht zuletzt durch ihre Bindung an die altkirchlichen Bekenntnisse zum Ausdruck gebracht, daß sie keine neue Kirche begründen, sondern die alte erneuern wollte. Deshalb fordert die Berufung auf die altkirchlichen Bekenntnisse dazu heraus, sich intensiv um das Christusbekenntnis und die Lehren der alten Kirche zu bemühen.

II.

Der bleibende Wert des Nizänums besteht darin, daß es den Offenbarungsanspruch und die Heilszusage feststellt, die in Person und Werk Jesu von Nazareth nach dem Zeugnis des Neuen Testaments gegeben sind. Die biblische Aussage, daß es wirklich Gott selber war, der in Christus die Welt mit sich selber versöhnte (2. Korinther 5,19), wird durch die Aussagen des Nizänums präzisiert: Jesus Christus ist "wahrer Gott aus wahrem Gott". Er ist "aus dem Sein des Vaters" und "wesenseins mit dem Vater", in seinem Gott-Sein mit der geschöpflichen Welt nicht vergleichbar. Nach diesen Worten ist Christus also nicht weniger als Gott, so als wäre er nur ein besonders begnadeter Mensch. Er ist aber auch nicht identisch mit Gott, so als würde Gott nur in der Person Jesu existieren.

^{10.} Vgl. epd-Dok Nr. 26a/1975; W.-D. Hauschild: Christusbekenntnis im Kirchenstreit, EvK 8, 1975, S. 347-350.

Die Aussagen des Nizänums können nicht als Verfremdung des biblischen Zeugnisses durch den Geist griechischer Philosophie abgewertet werden. Indem das biblische Christuszeugnis mit Hilfe der griechischen Philosophie formuliert wurde, konnte es sachlich unverkürzt festgehalten werden. Durch das Bekenntnis des vierten ökumenischen Konzils von Chalkedon wurde das Nizänum ergänzt und abgesichert: Jesus Christus ist nicht nur "wahrer Gott", sondern auch "wahrer Mensch, wesenseins mit uns".

III.

Das Bekenntnis zur wahren Gottheit und wahren Menschheit Jesu Christi bildet das Fundament der Heilsverkündigung. Denn es verbindet die Besinnung über Heil und Wohl der Menschheit mit dem Nachdenken über die Gegenwart Gottes in dieser Welt. Das Nizänum galt deswegen den Kirchenvätern zugleich als Richtschnur für die Lehre über Wesen und Bestimmung des Menschen: Jesus von Nazareth ist als Sohn und Ebenbild Gottes der Erlöser des alten und das Urbild des neuen Menschen.

Diesen Ansatz haben die Reformatoren mit ihrer Rechtfertigungslehre aufgenommen. Der Glaube, der den Menschen verändert, gründet in Jesus Christus, weil in ihm Gott für den Menschen da ist. Demgemäß bildet im Augsburgischen Bekenntnis (Artikel 1 und 3) die Lehre von Christus mit ihrem Bezug auf das Nizänum die sachliche Grundlage für die Aussagen über die Rechtfertigung des Menschen durch Gott. Das Nizänum erweist darin seine bleibende Aktualität: Aussagen über Heil und Wohl des Menschen können, wenn sie dem Evangelium entsprechen wollen, nicht losgelöst werden von dem Bekenntnis, daß der Heilsmittler Jesus Christus wesenseins mit Gott ist.

IV.

Das Nizänum wandte sich in der damaligen Situation gegen den verengten Schriftgebrauch der Arianer. Diese kirchliche Gruppe spielte das starre Festhalten an einzelnen Worten der Bibel aus gegen die Bemühungen, den von der Schrift gemeinten Inhalt in neuer Sprache unmißverständlich und zeitgemäß auszusagen. In diesem Sinne kämpfte der Kirchenvater Athanasius gegen die von den Arianern vertretene Lehre von Christus, die diese mit der Berufung auf einzelne Schriftstellen stützten, während sie das Nizänum als unbiblisch verwarfen.

Wenn heute in der evangelischen Kirche um die Bedeutung von Schrift und Bekenntnis für die Bezeugung des Heils in Christus gestritten wird, sollte bedacht werden: Lehre und Verkündigung erweisen sich nicht schon dadurch als schrift- und bekenntnisgemäß, daß sie bestimmte Begriffe und Aussagen nachsprechen, sondern erst dadurch, daß sie im Sinne des Nizänums dem heutigen Menschen die mit diesen Formulierungen gemeinte Sache nahebringen. Die Art, wie die Väter von Nicäa den Glauben für ihre Zeit in neue Worte faßten, kann uns heute zu zeitgemäßem Verkündigen und Bekennen ermutigen.

V.

Die wegweisende Bedeutung des Nizänums für Kirche und Theologie besteht darin: Mit seinen Aussagen über die zwischen Gott und Christus bestehende Wesenseinheit formuliert es eine Basis, die zwar Raum für unterschiedliche Deutungen läßt, aber solche Lehren über Person und Werk Christi ausschließt, die mit dem Grundsatz der wahren Gottheit Jesu Christi nicht vereinbar sind.

Wie zu allen Zeiten so gilt auch heute, daß Dogmen interpretiert werden müssen, damit sie verstanden werden können. Diejenigen Aussagen des Nizänums, die unter Benutzung der griechischen Philosophie formuliert sind, werden daher sachgemäß behandelt, wenn ihr Sinn mit Hilfe der Erkenntnis- und Aussagemöglichkeiten heutiger Exegese, Dogmatik und Philosophie überzeugungskräftig entfaltet wird. In diesem Sinn sind die Theologie und die kirchliche Verkündigung darauf angewiesen, sich stets neu am Nizänum zu orientieren.

Die auf dem Nizänum aufbauende Trinitätstheologie ist die dem Wesen des Christentums gemäße Lehre von Gott, der sich in der Geschichte offenbart hat und geschichtlich am Menschen handelt. Gerade die altkirchlichen Aussagen über Gott als Vater, Sohn und Heiligen Geist haben das Mißverständnis abgewehrt, als werde im christlichen Glauben der Monotheismus zugunsten eines heimlichen Polytheismus preisgegeben. Die Dreieinigkeitslehre muß die Grundlage für das Gespräch der Kirche mit den Weltreligionen bleiben.

VII.

Theologie und Kirche können durch ihre Verpflichtung, das Christuszeugnis der Welt von heute zu vermitteln, in eine doppelte Krise geführt werden: Die Verkündigung kann ihre Übereinstimmung mit dem Ursprung oder ihre Bedeutung für die Gegenwart verlieren. Alle Aktualisierung des Christusbekenntnisses ist darauf hin zu prüfen, ob sie mit dem übereinstimmt, was die Kirche zu allen Zeiten als Kirche Jesu Christi bekannt hat. Die bloße Wiederholung des altkirchlichen Christusbekenntnisses muß sich freilich fragen lassen, ob sie für eine Menschheit verständlich sein kann, die von Christus nichts weiß, aber von ihm zum Heil geführt werden soll.

Das Nizänum wurde der Kirche einst in einer schweren Krise geschenkt. Es kann auch heute der ganzen Christenheit dazu verhelfen, ihren Dienst in der Welt als Zeugnis von Christus auszurichten zur Ehre Gottes des Vaters, des Sohnes und des Heiligen Geistes.

Vielleicht ist es mehr als eine unbeabsichtigte Parallelität, wenn auch die katholische Deutsche Bischofskonferenz auf ihrer Herbstvollversammlung eine ausführliche Erklärung "Das Christusbekenntnis von Nizäa" abgab¹¹, in der dessen ökumenische Bedeutung ebenfalls betont wird und solche zeitgenössischen Deutungen des Nizänums abgelehnt werden, die es "in seiner grundlegenden Bedeutung relativieren oder mit höchst zweideutigen Ausdrücken interpretieren".

Ökumenische Gedenkfeiern wurden vor allem von traditionalistischen Kreisen veranstaltet, um den Anlaß zur Polemik gegen die "modernistischen Irrtümer" zu nutzen. Die Konferenz der Bekennenden Gemeinschaften in den evangelischen Kirchen Deutschlands verabschiedete in diesem Sinne am 3. September 1975 die folgende Handreichung zur Wiederholung ihrer bekannten Verwerfungen, wobei die positive Darlegung zum Thema bemerkenswert dürftig ausfiel 12.

NICÄNISCHES CHRISTUSBEKENNTNIS HEUTE

Handreichung der Konferenz Bekennender Gemeinschaften in den evangelischen Kirchen Deutschlands für die Gemeinden zum Nicäa-Jubiläum 1975

Gott lasse unser Bekenntnis Leben und unser Leben Bekenntnis sein! Hermann Bezzel

"Ich glaube an den einen Herrn Jesus Christus ... Gott von Gott, Licht von Licht, wahrhaftiger Gott vom wahrhaftigen Gott;

geboren, nicht geschaffen, mit dem Vater eines Wesens ..."

Mit diesen Worten bekannten vor 1650 Jahren die Väter der Christenheit auf dem Konzil zu Nicäa (325 n.Chr.) ihren Glauben an ihren Herrn und Erlöser in seiner ewigen Gottheit. Wir preisen Gott, den Heiligen Geist, daß er die Verheißung Jesu erfüllt hat:

.... der wird euch in alle Wahrheit leiten" (Joh. 16,13). Er hat seine Kirche mit Hilfe der

^{11.} Abgedruckt in HK 30, 1975, S. 558-560.

^{12.} Text in Info.-Bek. Nr. 52, 1975, S. 23-26.

grundlegenden Lehrentscheidungen jenes Konzils durch die Zeiten hindurch immer wieder bei der rettenden Wahrheit der Heiligen Schrift erhalten. Jesus Christus erweist sich gerade auch in unserer Zeit durch seine frohmachende Gegenwart als der eine göttliche Erlöser. Er sammelt und sendet, erweckt und bewahrt seine ihm dienende Gemeinde unter allen Völkern. Er tut es auch dort, wo sie um ihrer Treue zu ihm willen in Anfechtung und Leiden geführt wird. Darum stimmen wir mit den Christuszeugen und Märtyrern aller Zeiten in das inhaltlich unwandelbare Bekenntnis der Kirche ein und bekräftigen: "Jesus Christusgestern und heute und derselbe auch in Ewigkeit" (Hebr. 13,8).

II.

Doch wir wissen: Seit der Himmelfahrt Jesu Christi bis zu seiner Wiederkunft zielt die List des Feindes darauf hin, durch Verfälschung der Botschaft den biblischen durch einen anderen Jesus zu verdrängen (2.Kor. 11,4), um schließlich den Antichristen an seine Stelle zu setzen (2.Thess. 2,4). Diese Unterwanderung der Christusbotschaft geschieht heute in einem erschreckenden Ausmaß.

Wir begegnen einem anderen Jesus:

1. Bereits im Religionsunterricht der ersten Schuljahre, wenn Jesus nicht anders als jeder gläubige Christ nur auf Grund seines Glaubens als "Kind Gottes" bezeichnet wird;

2. In vielen Predigten und geistlichen Ansprachen, wenn dort Jesus lediglich als Anwalt

des Menschen oder als Parteigänger der Entrechteten gepriesen wird;

3. In verschiedenen Entwürfen modernistischer Theologie, wenn sie wie im Entmythologisierungsprogramm alle Wunder an Jesus und durch ihn leugnen und wenn sie nur seinem Wort, seiner "Sache" oder dem von ihm ausgelösten Geschichtsprozeß eine Wirksamkeit über seinen Tod hinaus zusprechen:

4. In der ökumenischen Missionstheologie, wenn sie von Christus als dem redet, der "in

der Nacht der Religionen schläft";

5. In zeitgenössischen Jesus-Büchern, wenn sie Jesus nur als vorbildlichen oder gar als anstößigen Menschen schildern, so daß sein Ruf zur Umkehr und zum Glauben an ihn nicht mehr gehört werden kann;

6. In religiösen Filmen, Schaupielen und Opern, wenn in ihnen Jesus als Harlekin oder

Superstar maskiert wird, um mit seiner Person Geschäft zu machen;

7. Auf Kirchentagen, wenn dort das altkirchliche Christusbekenntnis lächerlich gemacht werden darf mit Worten wie: "Die Kirchen jubelten ihren Christus empor", womit den Hörern seine Anrufung im Gebet unmöglich gemacht wird;

8. In Liturgischen Nächten, wenn ihre Teilnehmer mit dem altchristlichen Ruf "Kyrie

eleison, Herr, erbarme dich" ausgelassen zur Beatmusik tanzen;

- 9. In gruppendynamischen Sitzungen, wenn in ihnen die Gruppe die Rolle Christi als Erlöser zu spielen versucht und an die Stelle seiner Vergebung die soziale Annahme durch die Gemeinschaft trift;
- 10. In dem sich heute rasch verbreitenden "Christomarxismus" (d.h. einer Mischung biblischer und atheistisch-marxistischer Gedanken), wenn Führer des Ökumenischen Rates der Kirchen Revolutionen und Befreiungsbewegungen als Ausdruck des Erlösungswerkes Christiheute begrüßen oder wenn ein neo-marxistischer Philosoph (Ernst Bloch) Jesus gar als Erfüllung des Versprechens der Schlange, daß der Mensch Gott sein soll, darstellt und damit unter christlichen Theologen Zustimmung finden kann;

11. Im China-Programm ökumenischer Organisationen, wenn dort das Vorbild Christi als des "neuen Menschen" als durch die gesellschaftspolitische Entwicklung im maoisti-

schen China erfüllt dargestellt wird;

12. In zeitgenössischen Glaubensbekenntnissen, wenn dort behauptet wird, Jesus sei bei seiner Arbeit an der Veränderung aller Zustände zugrunde gegangen;

13. In politischen Nachtgebeten, wenn diese auf Jesus als Vorkämpfer des Sozialismus verpflichten;

14. In neuartigen Abendmahlfeiern, wenn es dort nicht um die Teilhabe am Leib und Blut Jesu Christi, sondern nur um "Durchbrechung gesellschaftlicher Trennwände" geht.

Alle diese Beispiele beweisen, wie tief heute die Aushöhlung des Bekenntnisses zu Christus bereits in das Leben von Kirche, Mission und Gemeinde eingedrungen ist. Besonders gefährlich ist bei vielen dieser Versuche, daß sich ihr widerchristliches Wesen verbirgt hinter dem Gebrauch biblischer Namen und altkirchlicher Begriffe, die mit bestrickendem zeitgeistigen Gedankengut verbunden werden. Allerdings sind sich nur wenige der daran Beteiligten des antichristlichen Hintergrundes dieser Bewegung bewußt; in Trübung des geistlichen Blickes meint man eher, die biblischen Anliegen von einst dem Menschen in seinen heutigen Fragen und Verstehensformen nahe zu bringen. Es bedarf deswegen oft eines feinen, vom Heiligen Geist am Worte Gottes geschärften Gehörs, um die Stimme des Guten Hirten von der des Mietlings zu unterscheiden. Wir beugen uns in Buße darunter, daß wir durch eigene Untreue dieses Gehör oft verloren haben und durch unseren Ungehorsam selber an der Verachtung und Verfälschung des biblischen Christuszeugnisses mitschuldig geworden sind. Wir bedürfen darum der immer erneuten Reinigung durch das Blut des Lammes.

III.

Weil wir unser Heil dem biblischen und keinem anderen Christus verdanken, sind wir mit den Christusgläubigen in allen Kirchen aufgerufen, in den geistlichen Verwirrungen und Anfechtungen der Gegenwart jeglicher Leugnung der wahren Gottheit und der wahren Menschheit Jesu abzusagen und zu widerstehen. So, wie das Konzil von Nicäa die Irrlehre des Arius verwarf, der in Anpassung an das modernistische Denken seiner Zeit aus dem ewigen Gottessohn ein – wenn auch hervorragendes – Geschöpf machte, so sind heute zu verwerfen

alle zeitgenössischen Verkürzungen der Person Jesu Christi zu einem vorbildlichen Menschen oder Offenbarer des göttlichen Willens:

alle Verflüchtigungen des geschichtlichen Jesus zu einem gemeinsamen Wahrheitsgrund aller menschlichen Religionen; alle Umdeutungen der Person und des Werkes Jesu Christi zum Urbild des "neuen Menschen", der sich in der Weltgeschichte verwirklichen soll.

Vielmehr wollen wir auf Grund der Heiligen Schrift und in dankbarer Bewahrung des Bekenntnisses von Nicäa mit unserem Glauben und Lehren, Leben und Leiden bezeugen: Jesus Christus ist der vor aller Zeit und Welt geborene Sohn des lebendigen Gottes, eines Wesens mit dem Vater, der um uns Menschen und um unserer Seligkeit willen vom Himmel gekommen und durch den Heiligen Geist von der Jungfrau Maria Mensch geworden ist.

Im Glauben an ihn und in der Lebensgemeinschaft mit ihm, in die wir durch die Wiedergeburt aufgenommen werden, haben wir teil an dem Heil, das er uns durch seinen stellvertretenden Kreuzestod und seine Auferstehung erworben hat.

In zuversichtlicher Hoffnung und liebendem Gehorsam erwarten wir seine sichtbare Wiederkehr: Jesus Christus wird kommen, um die Lebenden und Toten zu richten und die Seinen zu sich zu nehmen, und sein ewiges Reich in Herrlichkeit aufzurichten.

Ihm, der mit dem Vater und dem Heiligen Geist lebt und regiert von Ewigkeit zu Ewigkeit, sei Lob, Preis und Anbetung! Amen.

Die Ökumenische Bedeutung des Christusbekenntnisses kam schließlich auch darin zum Ausdruck, daß die Vollversammlung der ÖRK in Nairobi (im Dezember 1975) in Sektion I die weitgespannte Thematik "Bekenntnis zu Christus heute" behandelte. In ihrem Ergebnis spielte allerdings der Rekurs auf die altkirchliche Tradition keine Rolle. Stattdessen wird der Versuch unternommen, die lebendige Dynamik des Bekenntnisses als "Bekehrung zu Christus" gegen die es hindernden Strukturen der Welt zur Geltung zu bringen ¹³. Damit ist ein bedeutsamer Anlaß für eine gesamtevangelische Verständigung über das Christusbekenntnis gegeben — es wird die Aufgabe der europäischen Kirchen bleiben zu verdeutlichen, warum dabei das altkirchliche Bekenntnis nicht außer acht gelassen werden darf.

^{13.} Text in: Bericht aus Nairobi 1975, hg. von H. Krüger und W. Müller-Römheld, Frankfurt 1976, S. 5-22.

3. CHRISTEN UND JUDEN

Der theologische Dialog mit dem Judentum wird in der evangelischen Kirche bislang nur von einer Minorität neben den kirchen-offiziellen Bahnen geführt. (Die seit 1961 bestehende Arbeitsgemeinschaft Juden und Christen beim Deutschen Evangelischen Kirchentag gehört ja nur bedingt zu diesen offiziellen Institutionen 14.) Deswegen hatte der Rat der EKD 1967 eine Studienkommission "Kirche und Judentum" berufen, deren Aufgabe es war, die unterschiedlichen Auffassungen der evangelischen Christen in Deutschland gegenüber dem Judentum zu klären und eine Gesprächsbasis zu formulieren. Diese Kommission setzte sich aus renommierten Judaisten, Alt- und Neutestamentlern, insgesamt aus solchen Theologen zusammen, die den christlich-jüdischen Dialog bisher maßgeblich gefördert haben. 1973 wurde sie mit der Ausarbeitung einer Studie als Orientierungshilfe für die Gemeinden über das beiderseitige Verhältnis beauftragt, nachdem die katholische Kirche auf dem Vaticanum II mit ihrer Erklärung über das Verhältnis der Kirche zu den nicht-christlichen Religionen (1965) vorangegangen war. Das vorgelegte Ergebnis wurde trotz einiger Bedenken zu einzelnen Punkten der Studie, die sich insbesondere gegen eine Verharmlosung der bestehenden Gegensätze und eine partielle Suspendierung der Wahrheitsfrage (vor allem in der Ekklesiologie, Gotteslehre und Christologie) richteten, vom Rat der EKD am 24. Mai 1975 verabschiedet.

Fraglos stellt diese Studie einen Meilenstein dar, wenn man die religiösen und theologischen Wurzeln des deutschen Antisemitismus bedenkt. Sie ist die erste ausführliche offizielle Stellungnahme zum Problemkomplex. Ihre Intention geht demgemäß dahin, vor allem die zwischen Juden und Christen vorhandenen theologischen und religiösen Gemeinsamkeiten auszusagen, weil diese immer noch zu wenig allgemein bewußt sind; dabei sollen aber die unbestreitbaren Unterschiede nicht geleugnet werden, auch wenn sie nicht eigens thematisiert werden. Zunächst werden deshalb die gemeinsamen Wurzeln beschrieben (Teil I), dann das "Auseinandergehen der Wege" (Teil II) und die heutige Situation im Verhältnis beider Religionen (Teil III).

CHRISTEN UND JUDEN

Eine Studie des Rates der Evangelischen Kirche in Deutschland (Auszug) 15

I. Gemeinsame Wurzeln

Die christliche Gemeinde hat ihre Wurzeln im Judentum. Jesus lebte und lehrte innerhalb des jüdischen Volkes. Er selbst wie auch seine Jünger und die Apostel waren Juden; sie hatten teil am Glauben und an der Geschichte ihres Volkes. Innerhalb ihrer jüdischen

14. Vgl. deren Studien: Der ungekündigte Bund, Stuttgart 1961; Das gespaltene Gottesvolk, Stuttgart 1966.

^{15.} Vollständiger Text: Christen und Juden. Eine Studie des Rates der Evangelischen Kirche in Deutschland, Gütersloh 1975 (abgedruckt in: Die Denkschriften der EKD Bd. I/2, GTB 414, Gütersloh 1978, S. 119–174). Vgl. dazu R. Rendtorff: Vom Stamm Abrahams, EvK 8, 1975, S. 496f.; F.-W. Marquardt: Die Juden und ihr Land, Hamburg 1975 (Siebenstern-TB 189).

Umwelt verkündigten sie das Neue ihrer Botschaft: daß in der Person Jesu der erwartete Messias gekommen und mit seiner Auferweckung die Endzeit angebrochen sei.

Aus der Annahme oder Ablehnung dieser Botschaft entstanden Unterschiede und Gegensätze. Sie blieben zunächst noch innerhalb eines gemeinsamen Rahmens, führten dann aber zu einer Verselbständigung der christlichen Gemeinde und schließlich zur völligen Trennung zwischen Christen und Juden. Im Verlauf dieser Entwicklung haben beide Glaubensgemeinschaften in gegenseitiger Abgrenzung ihr unverwechselbar eigenes Gepräge erhalten.

Auch durch diese Trennung ist das beiden Gemeinsame nicht verlorengegangen. Die Gemeinsamkeiten stehen seither im Gesamtzusammenhang des christlichen oder des jüdischen Glaubens und werden von daher bestimmt; zugleich eröffnen diese Gemeinsamkeiten die Möglichkeit zu neuer Begegnung und zum Bedenken gemeinsamer Verantwortung in der heutigen Welt.

1. Der eine Gott

Juden und Christen bekennen sich zu dem einen Gott, dem Schöpfer und Erlöser.

Wenn wir als Christen von Gott reden, dann sind wir mit den Juden der Überzeugung, daß der Gott, der in der Heiligen Schrift bezeugt wird, einer ist. Es ist eine grundlegende Erkenntnis seit der Frühzeit Israels, daß Gott als Schöpfer und Erlöser Ausschließlichkeit beansprucht. Gerade darin unterschieden sich die Juden schon in alttestamentlicher Zeit von den anderen Völkern, die eine Mehrzahl oder gar Vielzahl von Göttern anerkannten und verehrten. Dies war von Anfang an auch ein besonderes Kennzeichen der Christen, und in den ersten Jahrhunderten der christlichen Geschichte wurden ebenso Juden wie Christen wegen ihres Bekenntnisses zu dem einen Gott angefeindet und verfolgt ...

2. Die Heilige Schrift

Juden und Christen gründen ihren Glauben auf die gemeinsame "Schrift" (das "Alte Testament"), auf die auch das "Neue Testament" der Christen bezogen ist ...

In der Geschichte der Kirche wurde um das Verständnis des Alten Testaments immer wieder gerungen. Es gab auch wiederholt Versuche, einzelne Bücher des Alten Testaments abzuwerten oder ihm insgesamt die Anerkennung als Teil der Heiligen Schrift abzusprechen. Derartige Versuche wurden aber von der Kirche abgewiesen, weil sie den Gott Abrahams, Isaaks und Jakobs als den Vater Jesu Christi bekennt. So bleibt das Alte Testament, die Heilige Schrift der Juden, zugleich einer der beiden Bestandteile der christlichen Bibel.

3. Das Volk Gottes

Juden und Christen verstehen sich beide als Volk Gottes.

Nach alttestamentlichem Glauben ist Gott, der Schöpfer und Herr der Welt, zugleich der Gott seines Volkes Israel, das er erwählt und mit dem er einen Bund geschlossen hat. Die Begründung dafür wird nicht in Vorzügen oder Verdiensten des Volkes gesehen, sondern allein in der Zuwendung und Liebe Gottes.

Diese Liebe Gottes zu seinem Volk fordert zugleich die Liebe des Volkes zu seinem Gott, die sich im Tun des göttlichen Willens äußert. Am Sinai sind die Gebote offenbart worden, nach denen Israel als Volk leben soll. Auch wenn das Volk als Ganzes hinter dem geforderten Gehorsam zurückbleibt, verkündigen die Propheten, daß Gott an der Erwählung festhält und sein Volk zur Umkehr führen wird, so daß es künftig seinen Willen voll und ganz tun kann.

Von diesem grundlegenden Selbstverständnis als Volk Gottes sind die Juden bis heute bestimmt. Das findet seinen ständigen Ausdruck in den Gebeten, in denen es heißt: "Du hast uns erwählt und hast uns geheiligt unter allen Völkern." Und trotz der Erkenntnis, daß ein großer Teil des Volkes die Gebote Gottes nicht vollständig erfüllt, sagt die jüdische Überlieferung: "Ganz Israel hat Anteil an der kommenden Welt." Die Erwählung Gottes bleibt bestehen um des Bundes willen, den Gott mit den Vätern geschlossen hat

Auch das Neue Testament spricht vom Volk Gottes. Damit ist zunächst das Volk Israel gemeint. Jesus sagt, daß er zu den "verlorenen Schafen des Hauses Israel" gesandt ist (Matthäus 15,24). Auch Paulus bestätigt den Juden, daß sie das Volk Gottes sind und bleiben: "Gott hat sein Volk nicht verstoßen" (Römer 11,2); und er erwartet, daß sie jetzt oder in Zukunft an dem durch Christus erschlossenen Heil teilhaben werden.

In der christlichen Verkündigung werden die Schranken der Zugehörigkeit zu einem bestimmten Volk aufgehoben; alle, die an Jesus Christus glauben, sind Abrahams Kinder und Erben der Verheißung, die dem Volk Israel gegeben ist. So entsteht nun die Kirche

als Volk Gottes aus Juden und Heiden ...

Das Neue Testament überträgt mit dem Begriff "Volk Gottes" zugleich grundlegende Elemente des alttestamentlichen Bundesgedankens auf die christliche Gemeinde. Sie wird als "das auserwählte Geschlecht, das königliche Priestertum, das heilige Volk, das Volk des Eigentums" bezeichnet, wie es im Alten Testament vom Volk Israel gesagt ist (1.Petrus 2.9/2.Mose 19.5.6).

So verstehen sich Juden und Christen beide als Volk Gottes. Sie sind trotz ihrer Geschiedenheit dazu berufen und bestimmt, Zeugen Gottes in dieser Welt zu sein, seinen Willen

zu tun und der zukünftigen Vollendung seiner Herrschaft entgegenzugehen.

4. Der Gottesdienst

Juden und Christen sprechen ihren Glauben im Gottesdienst aus, in dem sich vielfältige

Gemeinsamkeiten finden.

Juden und Christen versammeln sich im Gottesdienst zum Hören auf Gottes Wort, zum Bekenntnis ihres Glaubens und zum Gebet. Daraus ergeben sich gemeinsame Grundelemente ihrer Gottesdienste, durch die sich beide von den meisten anderen Religionen unterscheiden. Diese Gemeinsamkeit beruht auf der Tatsache, daß sich beide an die göttliche Offenbarung gebunden wissen, die in der Heiligen Schrift bezeugt ist. Dabei wird bei Juden und Christen das gesamte Leben der Gläubigen mit einbezogen: durch Glaube und Gehorsam soll es als Antwort auf das gehörte Wort Gottes selbst insgesamt zu einem Gottesdienst werden ...

5. Gerechtigkeit und Liebe

Juden und Christen sind in ihrem Glauben und Handeln bestimmt durch die Wechselbeziehungen zwischen Gerechtigkeit und Liebe.

Christen und Juden sind in ihrem Selbstverständnis dadurch geprägt, daß sie sich beide von dem einen Gott zu Partnern in seinem Bund erwählt wissen. In dieser Erwählung hat Gott sowohl seine Liebe als auch seine Gerechtigkeit offenbart. Darin gründet für beide die Verpflichtung, Gerechtigkeit und Liebe in dieser Welt zu verwirklichen ...

Auch nach christlichem Verständnis gehören Gerechtigkeit und Liebe eng zusammen. Für den Christen ist jedoch die rechtfertigende Tat Gottes in Jesus Christus die entscheidende Voraussetzung dafür, daß Gerechtigkeit und Liebe sich bei den Menschen verwirklichen können. So gibt es bei Christen und Juden tiefgehende Unterschiede in der Begründung von Gerechtigkeit und Liebe. Dennoch bestehen weitreichende Gemeinsamkeiten im Verständnis konkreter Forderungen. Daher können Christen und Juden sich gemeinsam darum bemühen, Gerechtigkeit und Liebe in der Welt zu verwirklichen und dadurch dem Frieden zu dienen.

6. Geschichte und Vollendung

Juden und Christen leben auch in der Trennung aus der gemeinsamen Geschichte Gottes mit seinem Volk, deren Vollendung sie erwarten ...

Christen bekennen, daß in Jesus Christus die prophetischen Verheißungen vom Bund Gottes mit seinem Volk neue und weiterführende Gestalt gewonnen haben, um die Welt der Vollendung entgegenzubringen. An diesem Punkt besteht die die Trennung begründende Spannung: für die Juden führt die Verwirklichung der Tora zur Vollendung, für die

Christen liegt das Heil im Glauben an den bereits gekommenen Messias Jesus und in der

Erwartung seiner Wiederkunft.

Dennoch verpflichten die bestehenden Gemeinsamkeiten Christen und Juden, diese Spannung auszuhalten und sie im Blick auf die von beiden erwartete Vollendung der Geschichte fruchtbar zu machen. Christen und Juden sind dazu berufen, ihre Verantwortung für die Welt nicht gegeneinander oder nebeneinander, sondern miteinander nach Gottes Willen wahrzunehmen.

II. Das Auseinandergehen der Wege

Der Glaube von Juden und Christen hat gemeinsame Wurzeln, jedoch sind ihre Wege im Laufe der Jahrhunderte immer weiter auseinandergegangen. Die Gegensätze entzündeten sich besonders an folgenden Fragen: ob Jesus der Messias sei; wie die Heilige Schrift auszulegen sei; was unter "Volk Gottes" zu verstehen sei; in welcher Weise die Glaubensaussagen entfaltet werden müßten. Die sich widersprechenden Antworten darauf und der jeweils damit verbundene Wahrheitsanspruch stehen bis heute zwischen Juden und Christen.

So wurde die gegenseitige Abgrenzung unausweichlich; hinzu kamen in zunehmendem Maße offene Feindschaft und Verfolgung, die aber auch aus vielfältigen anderen Motiven gespeist wurden. Wurden in der Anfangszeit die Christen von Juden angefeindet, so waren schon bald die Juden die Verfolgten. Oft war die Existenz bedroht, ungezählte Juden verloren im Verlauf der jahrhundertelangen Auseinandersetzungen ihr Leben,

So entstand eine scheinbar unversöhnliche Feindschaft zwischen Juden und Christen und überdeckte die Gemeinsamkeiten immer mehr, ohne sie jedoch völlig aufheben zu können. Wir stehen heute vor der Frage, ob und inwiefern die bestehenden Gemeinsamkeiten trotz wesentlicher Differenzen zum Ansatz einer Verständigung werden können.

1. Der Glaube an Jesus, den Christus

Durch den Glauben an Jesus als den Messias gerieten die ersten Christen in Gegensatz zu anderen jüdischen Gruppen, traten jedoch zunächst noch nicht aus dem Judentum heraus ...

2. Die Auslegung der Heiligen Schrift

Die auf Jesus Christus bezogene Auslegung der Schrift und die Entfaltung des Glaubens an seine Einzigartigkeit führte zu weiterer Entfernung vom Judentum ...

3. Christliche Gemeinde und Volk Gottes

Die aus Juden und Heiden bestehende christliche Gemeinde verstand sich als Volk Gottes und geriet dadurch in einen Konflikt mit dem gleichen Anspruch des jüdischen Volkes.

Die ersten christlichen Gemeinden wurden zwar zunächst noch als eine von mehreren Glaubensrichtungen im Judentum angesehen; die Darstellung der Apostelgeschichte und im besonderen das Wirken des Apostels Paulus zeigen jedoch eine Entwicklung, die schon bald aus dem Rahmen der jüdischen Gemeinschaft herausführte. Die christlichen Gemeinden nahmen nämlich außer Juden immer mehr Heiden auf und forderten von diesen nicht zugleich den Eintritt in das Judentum. So wurde der Anteil der Judenchristen immer geringer.

In dem Maße, in dem die christlichen Gemeinden überwiegend aus Mitgliedern nichtjüdischer Herkunft bestanden, konnten die Juden sie auch nicht mehr als zu ihrem Volk gehörig anerkennen. Deshalb wurde es für diejenigen Juden, die die Taufe im Namen Jesu empfangen hatten, schwierig, die Gemeinschaft mit ihrem Volk aufrechtzuerhalten. Den Christen anderer Herkunft war ohnehin an einer solchen Gemeinschaft weniger gelegen.

Die christlichen Gemeinden wurden dadurch mehr und mehr zu einer eigenständigen Größe. Die Aufnahme in die Gemeinden durch die Taufe wurde als Aufnahme in das Volk Gottes verstanden. Die Bedeutung der natürlichen Volkszugehörigkeit trat demgegenüber in den Hintergrund. So entstand die "Kirche aus Juden und Heiden".

Für Christen und Juden ergab sich daraus ein unterschiedliches Verständnis dessen, was Volk Gottes ist. Denn für Juden blieb nach wie vor die Zugehörigkeit zum Volk Gottes gleichbedeutend mit der zum jüdischen Volk. Das bedeutete, daß sowohl Juden wie Christen das Erbe der Geschichte des Volkes Gottes seit den Tagen Abrahams für sich in Anspruch nahmen. Jedoch beschrieben die Christen die Gemeinschaft der Glaubenden auch mit anderen, stärker auf Jesus Christus bezogenen Vorstellungen. Dabei bedienten sie sich des biblischen Begriffes "Volk Gottes" und verwendeten diesen als Selbstbezeichnung für "Kirche".

Der Konslikt über die Zugehörigkeit zum Volk Gottes hat das Verhältnis von Juden und Christen durch die Jahrhunderte hindurch aufs schwerste belastet. Bis heute verbindet sich damit die Frage, ob der Anspruch der einen, Volk Gottes zu sein, den gleichen Anspruch

der anderen ausschließen müsse ...

III. Juden und Christen heute

Durch das starke Übergewicht der Christen wurde die kleine jüdische Minderheit im Verlauf einer langen Entwicklung in eine Außenseiterrolle gedrängt. In der jüngsten Geschichte führte der Judenhaß zum Versuch der totalen Vernichtung der Juden durch den Nationalsozialismus.

Doch gerade im Zusammenhang mit dieser Katastrophe ergab sich eine Neubesinnung unter Christen und Juden. Viele Christen begannen aus dem tiefen Erschrecken über das Geschehene heraus neu über die Grundlagen ihres Glaubens nachzudenken und entdeckten dabei auch wieder dessen Verwurzelung in der alttestamentlich-jüdischen Tradition; zugleich erkannten sie, daß die Juden den Gott als ihren Vater anrufen, als dessen Kinder sich auch die Christen verstehen; so wurden sie sich dessen bewußt, daß die Juden die nächsten Nachbarn der Christen sind. Viele Juden gewannen durch die Gründung des Staates Israel im Lande ihrer Väter ein neues Selbstverständnis.

So sind für eine neue Begegnung zwischen Juden und Christen Voraussetzungen entstanden, die zum gegenseitigen Verstehen führen und ihren Ausdruck auch in der gemeinsamen Verantwortung gegenüber der Welt aus dem Glauben an den einen Gott finden sollen ...

3. Der Staat Israel

Der heutige Staat Israel ist eine politische Größe; er stellt sich aber zugleich in den Rahmen der Geschichte des erwählten Volkes ...

Als politische Größe ist der Staat Israel heute in den Formen eines modernen säkularen Staates, als parlamentarische Demokratie organisiert. Auch die Staatsbildungen des Volkes im Altertum waren in den Formen ihrer Zeit organisiert. Für den modernen Staat gilt jedoch ebenso, daß mit solcher Charakterisierung seine Bedeutung noch nicht voll erfaßt ist: Mit seinem Namen Israel und in seiner Gründungsurkunde stellt er sich ausdrücklich in die biblische Tradition des Judentums und damit in den Zusammenhang der Geschichte des erwählten Volkes; er hat es sich zur Aufgabe gemacht, die Existenz dieses Volkes im Lande seiner Väter zu sichern.

Dies ist auch für Christen von Bedeutung. Sie haben nach allem Unrecht, das Juden — besonders durch Deutsche — angetan worden ist, die Verpflichtung, den völkerrechtlich gültigen Beschluß der Vereinten Nationen von 1974 anzuerkennen und zu unterstützen, der den Juden ein gesichertes Leben in einem eigenen Staat ermöglichen soll. Zugleich haben Christen sich aber auch nachdrücklich für einen sachgemäßen Ausgleich zwischen den berechtigen Ansprüchen beider, der palästinensischen Araber und der Juden, einzusetzen. Weder dürfen allein den palästinensischen Arabern die Folgen des Konflikts auferlegt sein noch darf allein Israel für die Auseinandersetzungen verantwortlich gemacht werden. Darum müssen an den Bemühungen um einen dauerhaften Frieden im Nahen Osten auch die mitwirken, die nicht unmittelbar Beteiligte sind. Der Mitarbeit an dieser Aufgabe können sich Christen, gerade auch in Deutschland, nicht entziehen. Sie werden dabei auch den Kontakt zu den arabischen Christen verstärken müssen, die durch den Konflikt in eine besonders schwierige Lage gebracht worden sind.

4. Juden - Christen - Deutsche

Die Christen in Deutschland können und dürfen nicht vergessen, welche Verbrechen im Namen des deutschen Volkes an den Juden begangen worden sind, und treten darum für neue Beziehungen zu allen Juden ein.

Als Christen bedenken wir die besonderen Schwierigkeiten, die sich aus den Beziehungen der Deutschen zum jüdischen Volk ergeben haben. Die lange gemeinsame Geschichte von Juden und Christen in Deutschland hat zu vielfältiger gegenseitiger Anregung wie Ablehnung geführt. Die immer wieder auftretende Judenfeindschaft hat neben religiösen auch wirtschaftliche, politische und kulturelle Ursachen. Eine besondere Zuspitzung erführt der Judenhaß im Deutschland des 19. und 20. Jahrhunderts auf der Grundlage christlich-germanischer und rassistischer Ideologien. Er führte in letzter Konsequenz zu der Judenverfolgung nach 1933 und schließlich zum Mord an etwa 6 Millionen Juden in Europa ...

Aus den schuldhaften Versäumnissen dieser Vergangenheit erwächst uns als Christen in Deutschland die besondere Verpflichtung, die neu aufkommende Judenfeindschaft, auch in der Gestalt des politisch und sozial motivierten "Antizionismus", zu bekämpfen und an der Neugestaltung des Verhältnisses zu den Juden mitzuarbeiten.

5. Gemeinsame Aufgaben

Christen und Juden sind in der gegenwärtigen Weltsituation herausgefordert, ihre Verantwortung zur Gestaltung der Welt wahrzunehmen, die ihnen aus ihrem gemeinsamen Glauben an den einen Gott erwächst.

Die heutigen Bemühungen um die Neugestaltung des Verhältnisses zwischen Christen und Juden haben die trotz aller Gegensätze weiterhin bestehenden Gemeinsamkeiten wieder stärker ins Bewußtsein gerückt. Daraus ergibt sich die Aufgabe, diese Gemeinsamkeiten in Glauben und Leben in der Gegenwart und für die Zukunft konkret zu entfalten.

Nach allem, was vorhergegangen ist, muß dabei sehr behutsam vorgegangen werden. Es lassen sich nur erste Ansätze aufzeigen. Ausgangspunkte könnte die gemeinsame Überzeugung sein, daß der Mensch als Gottes Ebenbild Verantwortung für die Erde wahrnimmt. Darin ist auch die Verantwortung für die Gestaltung des menschlichen Lebens eingeschlossen.

Menschen verschiedener Religionen und Überzeugungen in allen Kontinenten kämpfen heute um eine menschenwürdigere Welt. Zur Teilnahme an diesem Ringen sind Christen und Juden verpflichtet: Durch ihren Glauben an den einen Gott, der eine Menschheit geschaffen hat, sind sie – zusammen mit den Moslems – dazu herausgefordert, für die Solidarität aller Menschen einzutreten. Ohne diese Überzeugung, daß jeder Mensch vor Gott gleiche Würde hat, ist auch die Entfaltung der Menschenrechte in der Neuzeit nicht denkbar.

Die Vereinten Nationen haben in der "Allgemeinen Erklärung der Menschenrechte" vom 10. Dezember 1948 die Rechte aller Menschen proklamiert. Um so erschreckender ist es, wie weit die Wirklichkeit hinter diesem Programm zurückbleibt. Dies gilt im Blick auf das Fehlen sozialer Gerechtigkeit wie auf Diskriminierung, Verfolgung, Mißhandlung aus rassischen, religiösen und politischen Gründen.

Die Heilige Schrift, der sich Juden und Christen verpflichtet wissen, betont die Zuwendung Gottes zu den Benachteiligten und Entrechteten. Darum ist es eine Aufgabe für die Christen, sich zusammen mit den Juden gegen die Herrschaft derer zu wenden, die sich auf Kosten der Schwachen durchsetzen und bereichern.

Eine weitere vordringliche Aufgabe ist trotz aller in die Augen springenden Schwierigkeiten das Bemühen um ein Zusammenwirken von Christen, Juden und Moslems für die Sache der Gerechtigkeit und des Friedens im Nahen Osten.

Die immer offenkundiger werdende Bedrohung der menschlichen Existenz durch die Folgen der technischen Zivilisation macht es unabweisbar, die Welt neu als Schöpfung Gottes zu erfassen und mit ihr nach dem Auftrag Gottes sachgerecht umzugehen. Das be-

deutet Abkehr von einer Haltung, in der der Mensch sich selbst zum Maßstab aller Dinge macht, die Welt ausschließlich für seine Interessen ausbeutet und dabei abhängig wird von

dem, was er selbst geschaffen hat.

Es wird zunächst darum gehen, daß Christen und Juden sich der Gemeinsamkeiten in ihrer Verantwortung für die Gestaltung der Welt bewußt werden und deren Verwirklichung in Angriff nehmen. Dabei werden sich neue Bereiche gemeinsamen Handelns erschließen.

6. Begegnung und Zeugnis

Bei der Begegnung von Christen und Juden geht es darum, die Unterschiede im Bekenntnis zu dem einen Gott für das wechselseitige Zeugnis fruchtbar zu machen. Für die Christen bedarf die Frage, wie sie ihr Zeugnis gegenüber den Juden vertreten, ständig neuer

Überlegung.

Christen und Juden verstehen und bekennen ihren Glauben an den einen Gott, der sich in der Geschichte offenbart hat, je in eigener Auslegung. Im Zentrum des Glaubens steht für die Juden die Tora als Plan und Werkzeug Gottes zur Gestaltung und Vollendung der Wett, für die Christen Jesus Christus in seiner Heilsbedeutung für alle Menschen. Eine Begegnung von Christen und Juden kann angesichts solcher Gemeinsamkeit und Unterschiedenheit nicht bei gegenseitigem Kennenlernen stehenbleiben. In ihr liegt nämlich die Möglichkeit, im gemeinsamen Hören auf die Heilige Schrift zu einer Bereicherung und Klärung des eigenen Glaubens zu kommen. Je offener und intensiver solche Begegnung geschieht, um so freimütiger wird auch das Trennende zur Sprache kommen können.

Das Bezeugen des eigenen Glaubens ist für beide unaufgebbar: Gottes Auftrag macht aus dem Glaubenden den Zeugen, der seine Identität als Christ oder Jude in Wort und Tat zu verwirklichen hat. Begegnungen auf dieser Grundlage haben allerdings nur Aussicht auf Ertrag, wenn sie unter gewissenhafter Berücksichtigung der langen und leid-

vollen Geschichte der gegenseitigen Beziehungen erfolgen ...

Die für eine fruchtbare Begegnung notwendige Bezeugung des eigenen Glaubens ist durch Mängel und Fehlformen christlicher Praxis in der Vergangenheit in hohem Maße belastet. Selbst heute gibt es noch missionarische Praktiken, die gerade Juden begründeten Anlaß zu Mißtrauen bieten; sie werden jedoch seitens der Kirche entschieden abgelehnt, auch von denen, die für ein missionarisches Zeugnis gegenüber den Juden eintreten.

Solcher Mißbrauch entbindet die Christen nicht von dem glaubwürdigen Bemühen, dem Evangelium gemäß Rechenschaft zu geben über den "Grund der Hoffnung, die in euch

ist" (1. Petrus 3,15). Glaube kann nicht sprachlos bleiben.

Nach allem, was geschen ist, herrscht heute in der Frage, wie das christliche Zeugnis gegenüber Juden in der richtigen Weise Gestalt gewinnen kann, eine große Vielfalt der Meinungen. Die Diskussion darüber kreiste in den vergangenen Jahren vor allem um die beiden Begriffe "Mission" und "Dialog". Häufig wurden sie als einander ausschließende Gegensätze verstanden. Inzwischen ist aber die Einsicht gewachsen, daß Mission und Dialog zwei Dimensionen des einen christlichen Zeugnisses sind. Diese Einsicht entspricht auch dem neueren Verständnis von christlicher Mission überhaupt.

Nicht nur der Begriff "Mission", sondern auch der Begriff "Dialog" ist für Juden als Beschreibung des christlichen Zeugnisses belastet. Deshalb stehen die Christen heute vor der Aufgabe, neu darüber nachzudenken, wie sie ihr Zeugnis, daß Jesus Christus Heil für alle Menschen bedeutet, im Blick auf die Juden verstehen, wie sie es benennen und

welche Gestalt sie ihm geben sollen.

Die Kirche wird es dabei nicht unterlassen dürfen, freimütig auszusprechen, daß sie selbst des Gespräches mit dem Judentum bedarf; denn sie stößt hier auf Erfahrungen mit dem Gott der Bibel, die jedem Christen helfen können, das Verständnis seiner Identität wesentlich zu vertiefen. Dies ist von grundlegender Bedeutung für weiterführende Möglichkeiten der Begegnung von Christen und Juden.

Die Studie löste, wie nicht anders zu erwarten war, auf beiden Seiten ein zwiespältiges Echo (z.B. hinsichtlich der Zulässigkeit oder Preisgabe der Juden-

mission) aus ¹⁶. Insgesamt aber überwog die Auffassung, daß mit ihr ein bedeutsamer Schritt nach vorne getan worden war. Aktuelle Bedeutung bekam das in ihr zutage tretende Verständigungsbemühen in Folge der Verurteilung des Zionismus als Rassismus durch die UNO-Vollversammlung (Oktober 1975). Die kurz darauf tagende EKD-Synode beschloß daraufhin, die besondere Verantwortung der evangelischen Kirche für das Existenzrecht des jüdischen Staates dadurch wahrzunehmen, daß durch die Erarbeitung einer Verständnishilfe zur Problematik des Zionismus für die deutsche Öffentlichkeit der Möglichkeit begegnet würde, auf dem Umweg über einen neuen Antizionismus alte Judenfeindschaft zu ermuntern oder zu dulden ¹⁷.

BESCHLUSS DER SYNODE DER EVANGELISCHEN KIRCHE IN DEUTSCHLAND BETR. INITIATIVEN IN SACHEN ZIONISMUS

Vom 6, November 1975

Die Synode bittet den Rat der Evangelischen Kirche in Deutschland, alles ihm mögliche zu tun, daß eine sachgerechte Darstellung und Beurteilung des Zionismus in der Öffentlichkeit, in den Schulen, in den Bildungseinrichtungen und vor allem in den internationalen Gemien gegeben wird. Auf dem Umweg "Antizionismus" dürfen nicht alte und neue Judenfeindschaften geweckt oder geduldet werden.

Der Rat der EKD wird gebeten, die Bundesregierung und ihre internationalen Vertretungen zu ermutigen, ihre ablehnende Stellungnahme gegenüber Definitionen aufrechtzuerhalten, die den Konflikt in Nahost, das Wesen und die Vielfalt des Zionismus sowie die Wirk-

lichkeit des Rassismus falsch interpretieren.

Unsere Kirche trägt – wie unser Staat – eine besondere Verantwortung für das Existenzrecht des jüdischen Staates (vgl. Studie "Christen und Juden" des Rates der Evangelischen Kirche in Deutschland 1975 III 3). Sie setzt sich für ein Verständnis der Bewegungen ein, die um Befreiung der Menschen aus der Unterdrückung ringen. Sowohl der Zionismus wie viele Emanzipationsbewegungen der Dritten Welt gehören zu diesen Bewegungen. Die deutsche Delegation für die 5. Vollversammlung des Ökumenischen Rates der Kirchen in Nairobi wird gebeten, sich dort in diesem Sinne einzusetzen.

4. PFARRERBERUF, THEOLOGIE, AMT

Der Begriff Volkskirche ist im 19. Jahrhundert in kritisch-programmatischer Absicht gebildet worden und wurde von nicht wenigen Theologen (voran Schleiermacher) gegen die Behörden- und Pastorenkirche ausgespielt. Das hatte zur Beförderung allgemeiner Reformen damals seinen guten Sinn. Heute ist es so, daß innerhalb der Organisationsform "Volkskirche" das Pfarramt nach wie vor eine wichtige, wenn auch nicht mehr die ausschlaggebende Funktion hat. Das gilt jedenfalls für die Reformvorschläge, die die kirchlichen Aufgaben stärker auf die verschiedenen Dienste (haupt-, neben- und ehrenamtliche) verteilen, wenngleich die empirischen Untersuchungen feststellen, daß

16. Vgl. z.B. die Beiträge in epd-Dok Nr. 40a/1975. 17. Vgl. BSynEKD 27, 1975, S. 519f. Die Verständnishilfe "Was ist Zionismus?" in: Die Denkschriften der EKD I/2 (s. A. 15), S. 175-212. die Kirchenmitglieder immer noch vor allem im Pfarrer die Repräsentanz der Kirche sehen 18.

Die Personalsituation der evangelischen Kirche in den vergangenen 20 Jahren ist durch den Mangel an hauptamtlichen Kräften und Nachwuchs gekennzeichnet gewesen. Bei den Pfarrstellen führte das dazu, daß allzuviele Gemeinden mit den Problemen einer notdürftigen Vakanzwirtschaft fertig werden mußten. Im Jahre 1975 wurde erstmals der kirchlichen Öffentlichkeit bewußt, daß jetzt - bedingt durch Veränderungen in unserem Bildungs- und Beschäftigungssystem - ein Umschwung einsetzt, der bald schon vor die entgegengesetzte Problematik stellen wird, was die Kirche mit den viel zu hohen Nachwuchszahlen anfangen soll. Durch diese neue Situation ist die Kirche jedenfalls in neuer Weise vor die Notwendigkeit einer langfristigen Planung gestellt. Dabei ist die Gefahr nicht von der Hand zu weisen, daß die langdiskutierte Strukturreform der Ämter und Dienste zuungunsten der sogenannten Mitarbeiter, deren Arbeitsbereiche mit denjenigen der Pfarrer sich überschneiden, ad acta gelegt werden, weil die große Zahl der Pfarrer die alten Tendenzen zur "Pastorenkirche" neu beleben könnte. In diesem Zusammenhang ist es wichtig, daß seitens der Vereinigten Evangelisch-Lutherischen Kirche Deutschlands und der Arnoldshainer Konferenz der Versuch unternommen wurde, ein neues Gesamtkonzept für diese kirchlichen Berufe zu initiieren.

Der von einer gemeinsamen Kommission im März 1975 fertiggestellte Arbeitsbericht versuchte, über eine Problemskizze zu pragmatischen Empfehlungen zu kommen, die durch Einzelreformen in Ausbildung, Fortbildung und Dienstrecht die Gesamtaufgabe zu lösen befördern sollten. Doch sowohl in der Vollkonferenz der AKf als auch – und zwar vor allem – in der Kirchenleitung der VELKD wurden Bedenken laut, in der letzteren besonders gegen das vorausgesetzte Amtsverständnis. Trotzdem wurde das Papier an die Gliedkirchen zur Beratung weitergegeben, so daß abgewartet werden muß, welche konkreten Folgerungen sich ergeben – Planung auf dem Personalsektor hat sich bislang noch nicht als Stärke der evangelischen Kirche erwiesen.

ZUM VERHÄLTNIS DES DIENSTES VON PFARRERN UND SOGEN. MITARBEITERN

Arbeitsbericht der Kommission "Kirchliche Dienste" von AKf und VELKD (Auszug) 19

II. Die an Lösungsvorschläge zu stellenden Forderungen

2. Es ist zu berücksichtigen, daß die Kirche nicht nur spezielle Dienstleistungen zu erbrin-

19. Rd.schr. AKf vom 14.3.1975.

^{1.} Bei der Neuordnung und der Abgrenzung der Handlungsfelder auf der Gemeindeebene unter Einschluß des Pfarramtes ist davon auszugehen, daß das eine kirchliche Amt sich in verschiedene Dienste (Ämter) gliedert. Die Uneinheitlichkeit der verschiedenen Berufsbezeichnungen für "Mitarbeiter" bedarf einer Neuordnung der Nomenklatur, die den genannten ekklesiologischen Aspekt berücksichtigt.

^{18.} Vgl. Wie stabil ist die Kirche? hg. von H. Hild, Gelnhausen 1974, S. 275-283; P. Krusche: Der Pfarrer in der Schlüsselrolle, in: Erneuerung der Kirche. Stabilität als Chance? hg. von J. Matthes, Gelnhausen 1975, S. 161-188.

gen hat, sondern in Personen in einem undifferenzierten Sinne für den Menschen präsent sein muß. Dies gilt bisher in erster Linie für die durch die Person des Gemeindepfarrers vermittelte Zuständigkeit und Anwesenheit der Kirche; es könnte freilich auch analog für "Mitarbeiter" gelten.

3. Die Allzuständigkeit des Pfarrers muß überprüft werden. Zuständigkeit richtet sich nach

sachlicher Kompetenz.

4. Die akademische Ausbildung des Pfarrers mit ihren wissenschaftlichen Anforderungen ist beizubehalten.

- 5. Die Ausbildung und Zugänge zum Pfarramt auf dem nichtuniversitären Bildungsweg sollten nur unter Anlegung strenger Maßstäbe ermöglicht werden und Ausnahme bleiben.
- 6. Entsprechend seiner Ausbildung sind dem "Mitarbeiter" Selbständigkeit, Zuständigkeit und Verantwortlichkeit zuzubilligen.
- 7. Dementsprechend ist eine kompetente Fachaufsicht, die von der Dienstaufsicht zu unterscheiden ist, vorzusehen.
- 8. Regelungen für die Fortbildung und Weiterbildung kirchlicher "Mitarbeiter" sollten eine vertikale und horizontale Durchlässigkeit ermöglichen.

III. Perspektiven für mögliche Lösungen

- 1. Grundlegende Dimension kirchlichen Handelns ist die Vermittlung des Evangeliums mit der Alltagswelt der Gemeindeglieder.
- 1.1 Bei der praktischen Durchführung wird herkömmlich in folgender Weise unterschieden:

1.1.1 Gottesdienst, Unterricht, Seelsorge, Diakonie.

- 1.1.2 Als Adressaten der Vermittlung kommen in Frage: ein disperses Publikum (z.B. Gemeindebrief), ein Präsenzpublikum (z.B. Gottesdienst), eine vorgegebene Gruppe (z.B. Hausabendmahl), eine funktionale Gruppe (z.B. Helferkreis), eine intentionale Gruppe (z.B. Akademiker-Hauskreis), ein einzelnes Gemeindeglied.
- 2. Aus keiner dieser Differenzierungen läßt sich eine überzeugende Aufteilung der Funktionen zwischen Pfarrer und "Mitarbeiter" gewinnen. Eine Aufteilung der Funktionen muß sich vielmehr an den kirchlichen (parochialen wie überparochialen) Handlungsfeldern und den für sie spezifischen Methoden orientieren.
- 3. Zur Aufgliederung der herkömmlichen kirchlichen Arbeitsbereiche werden verschiedene Schemata angewandt. Wir schlagen folgende Aufgliederung vor, die zwischen einzelnen Handlungsfeldern differenziert und nach sachlich zusammengehörigen Arbeitsbereichen zusammenfaßt.
 - 3.1 Handlungsfelder des kervgmatisch-pastoralen Arbeitsbereiches

Gottesdienst und Predigt

Kasualien und Kasualgespräch

Biblische Textinterpretation und theologische Information in Bibelstunden, Seminaren

und Gesprächskreisen (intentionale Gruppenarbeit)

Gemeindeaufbau: Bewußtmachung der Bindung und Verpflichtung der Gemeinde im Bereich von Kirche, Mission und Ökumene sowie von Gesellschaft und Öffentlichkeit

Funktionale Gruppenarbeit (z.B. Helferkreise)

Präsenz der Kirche in der Öffentlichkeit

3.2 Handlungsfelder des katechetisch-pädagogischen Arbeitsbereiches

Kindergarten - Vorschulische Erziehung

Kindergottesdienst

Religionsunterricht

Konfirmandenunterricht

Jugendarbeit

Erwachsenenbildung

Mitarbeiterschulung

3.3 Handlungsfelder des poimenischen Arbeitsbereiches

Seelsorge an einzelnen und in Gruppen

Seelsorge in Krankenhäusern und Rehabilitationszentren

Seelsorge an körperlich und geistig Behinderten

Seelsorge in Gefängnissen

Telefonseelsorge

Beratung in Ehefragen

Beratung in Erziehungsfragen

Beratung für Suchtgefährdete

Beratung im Hinblick auf § 218

3.4 Handlungsfelder des diakonischen Arbeitsbereiches

Krankenhilfe und -pflege Altenarbeit und -pflege

Sozialarbeit als Einzelfallhilfe, Gruppenarbeit und Gemeinwesenarbeit

Sozialarbeit als gesellschaftliche Diakonie

Rehabilitationshilfe

Sozial- und Erziehungsarbeit in Heimen

3.5 Handlungsfelder des administrativen Arbeitsbereiches

Gemeindeleitung, Organisation und Arbeitsplanung

Verwaltung der Gemeinde, ihrer Finanzen und ihres Besitzes

Einbindung der Gemeinde in das Leben und die Ordnung der Kirche

Die einzelnen Arbeitsbereiche sind nicht voneinander zu trennen; vielmehr sind sie miteinander verzahnt, überschneiden einander und sind vor allem aufeinander angewiesen. Das kommt schon darin zum Ausdruck, daß sie lange Zeit insgesamt der Verantwortung des Pfarrers übertragen waren und dieser auch heute noch in vielen Gemeinden in allen Arbeitsbereichen tätig ist ...

5. Die Tätigkeiten von Pfarrern und "Mitarbeitern" können weder heute noch in nächster Zukunft so schematisch differenziert werden, daß einer der 5 Arbeitsbereiche der Alleinzuständigkeit von Pfarrer oder "Mitarbeiter" zugewiesen werden kann. Vielmehr muß die Differenzierung bei der Ausgliederung von begrenzten Handlungsfeldern ansetzen.

5.1 Ein erster Ansatz für eine derartige Ausgliederung ergibt sich von der je spezifischen Ausbildung von Pfarrern und "Mitarbeitern" her, wobei die Realisierung neuer Ausbildungsformen vorausgesetzt ist. Die Ausgliederung sollte mit Quantifizierungen arbeiten: "Wer ist von seiner Ausbildung her *eher* befähigt zu …?" (z.B. zum Kindergottesdienst, Telefonseelsorge).

5.1.1 Der Pfarrer als universitär ausgebildeter Theologe ist eher für die Aufgaben zuständig, die selbständiges Urteilsvermögen im Bereich der Theologie und entsprechende

Applikation an die "Adressaten" erfordern.

5.1.2 Die "Mitarbeiter" sind von ihrer Ausbildung an Hochschulen, Fachhochschulen oder Fachschulen her eher für die Aufgaben zuständig, die pädagogische, psychologische und diakonische Fähigkeiten und Fertigkeiten erfordern, z.B. Gruppenarbeit in den verschiedenen Altersstufen, Hilfeleistungen karitativer, medizinischer oder "materieller" Art.

5.2 Ein weiterer Ansatz für die Ausgliederung läßt sich aus der Antwort auf die Frage gewinnen, welche Aktivität stärker parochial-gebunden bleiben muß und welche auch über-parochial (in einer Gesamtgemeinde oder einem Kirchenkreis bzw. von dort aus)

getan werden kann.

- 5.2.1 Die unter 3.1 geschilderten Aktivitäten (Handlungsfelder des kerygmatisch-pastoralen Arbeitsbereiches) werden personal wie parochial gebunden bleiben müssen. Es soll die "personale Präsenz und Erreichbarkeit von Pfarrern (als Pastoren) im Leben der Gesellschaft und der einzelnen Mitglieder" ("Wie stabil ist die Kirche?" S. 281) sicherstellen, aber auch den Willen der Kirche und der Pfarrer unterstreichen, Verantwortung für die Parochie zu übernehmen. Das gilt selbstverständlich auch für "Mitarbeiter", die in diesem Arbeitsbereich tätig sind.
- 5.2.2 Die unter 3.2-3.5 aufgeführten Handlungsfelder (des katechetisch-pädagogischen, des poimonischen, des diakonischen und des administrativen Arbeitsbereiches) kommen mit einzelnen Arbeitsgebieten in jeder Parochie vor, sind aber zugleich für eine überparochiale Zuständigkeit offen. Daneben gibt es in ihnen Aufgaben, die von vornherein nur für einen größeren Bereich in Angriff genommen werden können.

5.3 Eine solche Aufteilung (s. 5.1 und 5.2) darf allerdings nicht ausschließlich, sondern nur in der Konzentration der Tätigkeitsmerkmale und Anforderungen gelten: Aufgabenbereich der "Mitarbeiter" ist mehr die direkte problemfeld- und projektorientierte Arbeit z.B. in Form von Jugendarbeit, Erwachsenenarbeit (incl. Altenarbeit), Sozialarbeit. Dazu gehört u.U. auch der Konfirmandenunterricht, sofern für bestimmte Konfirmandengruppen oder bestimmte Unterrichtsziele nicht primär theologische Fähigkeiten gefordert sind.

Welche Probleme entstehen, wenn man in dieser komplizierten Frage über den unzureichend reflektierten status quo hinauskommen will, zeigt der Streit in Nordelbien über die einschlägigen Artikel der neuen nordelbischen Kirchenverfassung. Diese Verfassung zeichnet sich durch eine bemerkenswerte Zurückhaltung beim Gebrauch von Theologie lutherischer Prägung aus. Ihre Bestimmungen über das kirchliche Amt sind funktionalistisch orientiert. Der grundlegende Mangel besteht darin, daß sie das für lutherische Ekklesiologie konstitutive Gegenüber von Amt und Gemeinde auflöst. In dem Entwurf zur ersten Lesung vom 30. November 1974, der den Streit auslöste, werden nicht nur die Aussagen, die in herkömmlichen lutherischen Verfassungen über "das Amt" gemacht werden, in die Aussagen über die Gemeinde integriert, so daß sie als "Auftrag der Kirchengemeinden" erscheinen, sondern es wird überhaupt auf den Begriff Amt verzichtet. An dessen Stelle tritt die "Aufgabe". Nun wäre das noch ein durchaus möglicher Neuansatz, wenn nicht insgesamt eine bedenkliche Verkürzung in der Ekklesiologie zugrundeläge 20. Lutherische Tradition und ökumenische Diskussion werden hier kühn beiseitegelassen. Der Ansatz der Kirchenverfassungsreform der Zeit nach 1945 ist aufgegeben worden, dogmatisches Denken beeinflußt kaum noch das Kirchenrecht. Nicht von ungefähr also legte das Geistliche Ministerium der Hamburger Kirche in einem Gutachten Einspruch ein, dem sich das Lübecker Ministerium anschloß: Die Bestimmungen über das geistliche Amt seien bekenntniswidrig²¹.

ENTWURF EINER VERFASSUNG DER NORDELBISCHEN EVANGELISCH-LUTHERISCHEN KIRCHE (AUSZUG)

Vom 30. November 1974

II. Die Kirchengemeinde

6. Pastoren und Mitarbeiter

Artikel 19

Alle, die im Dienst der Kirchengemeinde stehen, sorgen dafür, daß in allen Arbeitsbereichen der Auftrag der Kirchengemeinde wahrgenommen wird.

Artikel 20

(1) Die besondere Aufgabe der Pastoren liegt in der Sammlung der Gemeinde durch die Verkündigung des Evangeliums in Wort und Sakrament im Gottesdienst und in den kirchlichen Amtshandlungen; sie tragen Verantwortung für den Auftrag zur Seelsorge und Unterweisung. Damit dienen sie der Einheit der Kirche.

21. Vgl. die Zusammenfassung in LM 14, 1975, S. 168.

^{20.} Dazu s. G. Gaßmann: Von der Ökumene lernen. Zum Streit um das geistliche Amt in Nordelbien, LM 14, 1975, S. 215f.

(2) Die Mitarbeiter nehmen im Rahmen ihres Dienstauftrages verantwortlich an der Ausrichtung von Verkündigung, Seelsorge und Unterweisung teil.

Artikel 21

(1) In Verkündigung und Seelsorge sind die Pastoren im Rahmen ihrer Ordinationsverpflichtung frei und nicht an Weisungen gebunden. Sie haben das Beichtgeheimnis und die seelsorgerliche Schweigepflicht zu wahren. Entsprechendes gilt für die Mitarbeiter, die am Verkündigungs- und Seelsorgeauftrag teilhaben.

In der heftigen Diskussion zwischen "Traditionalisten" und "Funktionalisten" konnte das entscheidende Konstruktionsprinzip der Verfassung, die Integration des Amtes in die Gemeinde, nicht mehr geändert werden — wohl aus kirchenpolitischen Gründen, weil in dieser Phase der Verhandlungen niemand ein Scheitern der Verfassung und damit des Kirchenzusammenschlusses bewirken mochte. So begnügte man sich damit, wenigstens insoweit Anklänge an das in der Präambel beschworene lutherische Bekenntnis einzuarbeiten, als dadurch das Mißverständnis abgewehrt werden konnte, die Amtsträger seien — weil das Amt eine Funktion der Gemeinde sei — bloße Beauftrage der Kirchengemeinde für besondere Aufgaben. Der folgende Text des Entwurfs vom 29. November 1975 ist identisch mit dem endgültigen Verfassungstext von 1976:

II. Die Kirchengemeinden

6. Pastoren und Mitarbeiter

Artikel 19

Das der Kirche anvertraute Amt glieder sich in verschiedene Dienste. Die in diese Dienste haupt-, neben- und ehrenamtlich Berufenen tragen die Verantwortung dafür, daß jeweils in ihren Aufgabenbereichen der Auftrag der Kirche wahrgenommen wird. Damit dienen sie der Einheit der Kirche.

Artikel 20

- (1) Der besondere Dienst der Pastoren, der ihnen mit der Ordination übertragen wird, liegt in der Sammlung der Gemeinde durch die öffentliche Verkündigung des Evangeliums in Wort und Sakrament im Gottesdienst und in den Amtshandlungen. Die Pastoren tragen die Verantwortung für den Dienst der Seelsorge und der Unterweisung.
- (2) In der Verkündigung und Seelsorge sind die Pastoren im Rahmen der Ordinationsverpflichtung frei und an Weisungen nicht gebunden. Sie haben das Beichtgeheimnis und die seelsorgerliche Schweigepflicht zu wahren.

Artikel 21

Die Mitarbeiter nehmen im Rahmen ihres besonderen Dienstes verantwortlich an der Ausrichtung von Verkündigung, Seelsorge und Unterweisung teil. Für sie gilt Artikel 20 Absatz 2 entsprechend.

Die Neuformulierung von Art. 19 läßt erkennen, daß die Systematik jetzt nicht mehr stimmt. Der beibehaltene Begriff "Mitarbeiter" (sc. des Pastors!) und die Verteilung der Aussagen über Pastoren und Mitarbeiter auf zwei verschiedene Artikel verweisen darauf, daß das in dem oben zitierten Bericht von AKf und VELKD anvisierte Problem der Neustrukturierung nur ansatzweise gelöst ist. Der Verzicht auf dogmatische Klärung der Amtsproblematik wirkt somit dem begrüßenswerten praktischen Reformimpuls entgegen.

Die grundsätzlichen Divergenzen, die hier beim Amtsverständnis aufbrachen, verdeutlichte der Hamburger Bischof in einem Zeitschriftenbeitrag vom Februar 1975.

BISCHOF H.-O. WÖLBER: DIE EIGENART DES AUFTRAGS DAS PASTORENAMT UND DIE HUMANWISSENSCHAFTEN (AUSZUG) 22

Wozu ist der Pastor da? Bei der Erörterung dieser Frage spielen heute meist sozialpsychologisch begründete Vorstellungen eine Rolle, die das System Kirche den gesellschaftlichen Lebensformen anzugleichen versuchen. Man will dann die "Pastorenkirche", das heißt mißverstandene Autorität abbauen. So wie man Demokratie heute versteht, hat der Pastor als Experte für Theologie für eine dialogische Gemeinde partnerschaftlich bereitzustehen. Seine Rolle wird begriffen wie sonst die Rollenverteilung in der Gesellschaft, inszeniert als das große Gleichgewicht der Interessen und als die Funktionszuteilung unter Spezialisten. Kirchlich sagt man dann: der "Dienste". Dabei kann seine Rolle auch anderen humanwissenschaftlichen Perspektiven untergeordnet werden. Es heißt, er sollte sich möglichst weiterhin spezialisieren, etwa als Pädagoge, Beratungsexperte. Am Ende steht der Dienstleistungspastor.

Der vorherrschende Pragmatismus solcher Anschauungsweisen läßt vorrangig auf Verhaltensforschung, die sich kommunikationstechnisch und gesellschaftlich auswerten läßt, zurückgreifen. Theologische Gegenvorstellungen haben kaum Durchschlagskraft. Wer vom "Amt des Pastors" oder vom "Gegenüber von Amt und Gemeinde" spricht, scheint nur

alte Systeme stabilisieren zu wollen ...

Der Priester, Pfarrer usw. ist also Mittler einer Struktur, nämlich des Rituals und des Symbols. Man muß das freilich weit genug fassen. In diesen Rahmen gehört die Struktur der Ansage bzw. der Verkündigung, sagen wir also des Predigers. Hierher gehört der Liturg und der Beichtiger. Hierher gehört der Seelsorger, der ja nicht einfach Berater wäre, sondern die versöhnende Heilszuwendung auszurichten hat. Hierher gehört — trotz allem sei es gesagt — der "Hirte", eine Aufgabe, die ja nicht autoritäre Herrschaft oder sentimentale Begegnung mit "Jesu Schäflein" zu bedeuten braucht, sondern in ihrem Sachgehalt religionspsychologisch und theologisch jene "Leitung" meint, die sich dialektisch aus der Anwaltschaft für den empfangenen Auftrag ergibt. Es braucht nichts anderes zu sein als die These: Wir haben dich für etwas bestellt, nun richte es uns auch aus, und zwar in dem spezifischen Medium: sine vi humana sed verbo ...

Wir zeigen an, daß der religiöse Kontext sich nicht einfach auf jedes Sozialsystem verrechnen läßt beziehungsweise daß er spezielle Sozialsysteme verlangt. Sieht man heute zum Beispiel auf den Streit über die Beziehungen des geistlichen Amtes zu den anderen offiziellen Funktionen der christlichen Gemeinde — man sagt "Dienste" —, so scheint das angesichts der Bestandsaufnahme der Volkskirche mit dem hier offenbar so unbefangen erwarteten Primat der Rollenzuweisung an den Pastor eher ein Streit der Funktionäre über ihre gegenseitigen Rechte und ihre Plazierung zu sein. Natürlich ist es der Überlegung wert, wie man hier falsche Autoritäten abbaut und das Zusammenleben als Partizipation gestaltet. Aber es kann eben auch sein, daß das dann gesuchte System eine not-

wendige Struktur verdrängt.

Zum Beispiel wird das Dilemma an dem Versuch einer neuen Kirchenverfassung, nämlich der nordelbischen, ganz deutlich. Auf der Gemeindeebene gerät das geistliche Amt ganz in den Kontext von Demokratie, so wie man das landläufig versteht. Alle klassischen Begriffe wie Predigtamt, Pfarramt, Amt der Kirche oder geistlicher Dienst werden in der genannten Verfassung nicht umsonst getilgt. Es bleibt die Berufsbezeichnung Pastor in dem Kooperativ Gemeinde. Hier ist er Vollzugsorgan für Gottesdienst, ein Kultbeamter für christlichen Kult. Als solcher macht er natürlich etwas von der Einheit der Gemeinde

^{22.} LM 14, 1975, S. 88-90. Vgl. H.-O. Wölber: Was ist das Amt des Pfarrers? Eine aktuelle Auslegung des Augsburger Bekenntnisses, LM 15, 1976, S. 451-454.

sichtbar. Sein Tun ist aber keine eigentliche konstitutive Spezialität. Konstitutiv ist die Gemeinde mit vielen anderen "Diensten" daneben, darüber hinaus und damit verzahnt. Alles bleibt angewiesen auf das gegenseitige demokratische Funktionieren. Auf der institutionellen Zwischenebene, bei dem Kirchenkreis, wird dagegen das Propstenamt ausdrücklich kybernetisch verstanden. Es hat einen "leitenden geistlichen Dienst". Andererseits wird das Bischofsamt zum Dienst eines Spirituals. Der Sprengel ist ausschließlich ein geistlicher Aufsichtsbezirk. In jedem Fall hat die institutionell pragmatische Leitvorstellung die Oberhand. Auf der Ebene der Gemeinde wird die Pastorenkirche abgebaut, auf der Ebene Propst soll Kirche im technisch überschaubaren Bereich funktionieren. Angesichts der Größenordnung dieser Art bedarf es der "Leitung". Auf der Ebene Sprengel würde dagegen "Leitung" sehr viel Macht bedeuten. Hier muß das Ende jeder Form von Hierarchie erreicht werden. Darum hat der Bischof nur eine spirituelle Leitung, also Leitung nun wiederum nicht eingebunden in demokratisch verantwortliche Entscheidungsorgane seines Bereiches.

Nordelbien scheint die erste Kirchenverfassung zu sein, bei der der Verzicht auf reformatorische und ökumenische Prinzipien hinsichtlich des geistlichen Amtes spürbar durchschlägt und organisationssoziologische Prinzipien die Oberhand gewinnen. Dabei "passiert" der Verlust der grundlegenden Funktionsrichtung Kirche, die sich der Ausrichtung des Evangeliums verdankt. Es "passiert" auch der Verlust der Identität des geistlichen Amtes, das man essentiell als Amt verstehen muß, wenn man sich denn an die lutherischen Bekenntnisschriften hält. Hier aber wird es aus organisationssoziologischen Gründen auf ver-

schiedenen Ebenen sehr unterschiedlich verstanden.

Dieses Beispiel sei genannt, um zu zeigen wie einerseits religionspsychologische Struktur und andererseits eine theologische Struktur durch eine Gesellschaftsstruktur ausmanövriert werden kann. Die Idee der sozialen Partizipation hat die Oberhand über die religionssoziologische Grundstruktur, Symbol, Symbolfigur, Ritual.

Die Reform der theologischen Ausbildung, die seit zehn Jahren intensiv betrieben ist, wurde bewußt an der volkskirchlichen Praxis des Pfarrerberufs orientiert (vgl. KJ 101, 1974, S. 118f.). Dadurch ist das Verhältnis der Theologie zu den empirischen Wissenschaften (bzw. den Humanwissenschaften), das heute in allen theologischen Disziplinen in je spezifischer Weise thematisiert wird, zum wissenschaftstheoretischen und ausbildungspraktischen Grundproblem geworden und berührt auch die Beziehungen zwischen den Vertretern der theologischen Wissenschaft und den Kirchenleitungen. Eine erste Konsultation dieser beiden Institutionen im Jahre 1973 zum Thema "Kirchenleitung und wissenschaftliche Theologie" hatte die Notwendigkeit gezeigt, kontinuierliche Gespräche zu führen²³. Fortgesetzt wurde das 1975 durch eine Konsultation zum Thema "Theologie ein Beruf in unserer Gesellschaft" (7.-10. Mai in der Evangelischen Akademie Hofgeismar), zu der die AKf gemeinsam mit der VELKD eingeladen hatte 24. Es zeigte sich, daß diese Konsultationen - gerade im Vergleich zu früheren Zeiten, wo zwischen Fakultäten und Kirchenleitungen ein eher kühles Verhältnis bestand - eine gute Möglichkeit des Gedankenaustausches und der gemeinsamen Willensbildung bieten. In der diesjährigen Thematik wurde von vornherein zum Ausdruck gebracht, inwiefern beide Bereiche aufeinander bezogen sind. Der Berli-

^{23.} Vgl. KJ 100, 1973, S. 45-47; T. Rendtorff und E. Lohse: Kirchenleitung und wissenschaftliche Theologie, ThExh 179, München 1974.

^{24.} Abdruck der Texte in: G. Sauter und Th. Strohm: Theologie als Beruf in unserer Gesellschaft, ThExh 189, München 1976. Vgl. auch den Kommentar von K.-F. Daiber: Theologie als Beruf, LM 14, 1975, S. 292f.

ner Theologieprofessor Theodor Strohm trug eine weitgespannte Problemskizze "Theologie und Kirche in der Begegnung mit den Humanwissenschaften — Aspekte theologischer Existenz im Zeichen der Verwissenschaftlichung der Welt" vor. Prof. Gerhard Sauter (Bonn) referierte zum Thema "Theologie als Beruf"; aus seinen vielbeachteten grundsätzlichen Ausführungen sei hier ein Auszug gebracht.

PROF. GERHARD SAUTER: THEOLOGIE ALS BERUF (AUSZUG) 25

Daß das Berufsbild des Theologen so eng mit dem Gespür für die Bedrohung sinnhafter menschlicher Existenz in unserer Welt verbunden ist, scheint mir eine erste und Kardinalfrage unseres Themas "Theologie als Beruf" zu sein. Wenn die Theologie diese Frage für die Träger ihrer Arbeit namhaft macht, wenn die Theologie zum Anwalt oder gar zum Ausdruck dieser Fragen wird, dann wird ihr Platz in der Gesellschaft in gefährlicher Weise eindeutig. Warum studiert man Theologie? Die Antworten auf diese Frage, die heute in so manchen krampfhaften "Motivationsanalysen" gegeben werden, verraten, daß viele unserer Studenten in jüngster Zeit die Theologie gewählt haben, weil sie für sich persönlich in einer total rationalisierten Lebenswelt keinen Platz mehr sehen. In der Theologie spiegelt sich diese Einstellung in der verbreiteten Abneigung gegen alles, was bloß funktioniert, und in der Option für alles Schöpferische, Ursprüngliche, das, was nicht konstruiert, abstrakt und theoretisch ist. Es ist der personalisierte Protest des Lebendigen oder dessen, das man dafür

hält, gegen die bloße Funktionsgerechtheit.

Aber ist das wirklich der Beruf der Theologie? Hier müssen wir wohl sorgfältig unterscheiden lernen: Ganz sicherlich kann und soll Theologie nicht für bloße Sachen und Dinge. Funktionen und Abläufe, sondern für den Menschen in seiner gefährdeten Menschlichkeit zuständig sein. Aber die Frage ist doch, worin denn diese Bedrohung wirklich besteht. Sie kann nur dann deutlich werden, wenn die Verheißung Gottes, seine Segensverheißung für die bedrohte Welt und ihre Zukunft ausgesprochen wird. Diese Verheißung geht nicht im Widerstreit von Technik und Leben auf, nicht in der Unvereinbarkeit technokratischer Machtausübung mit dem Engagement für Werte und menschenwürdige Ziele. Der Platz der Theologie ist vielmehr dort, wo die Grenzen menschlicher Orientierung (vor allem menschlicher Handlungsorientierung) deutlich werden oder deutlich werden müßten, dort also, wo - und zwar nicht irgendeinmal, sondern jetzt! - die Grenzen unserer Erwartungen sich mit den Grenzen menschlicher Möglichkeiten decken. Der Beruf der Theologie, Gottes Verheißungen auszusprechen und in eine Situation hineinzusprechen, sagt in bestimmten, vorher nie abstrakt auszumittelnden Fällen, daß und wie die Grenzen unserer Hoffnung unverhältnismäßig sind zu dem, was wir tun und dem, was wir meinen leisten zu sollen. Verheißung haben heißt doch, gerade auch dann hoffen können, wenn tief verwurzelte Pläne durchkreuzt werden und Erwartungen beschnitten oder eingeschränkt werden müssen. Hat nicht die Theologie ihren maßgebenden Beruf darin - so möchte ich ganz direkt fragen -, auf eine durchaus denkbare und absehbare Zukunft vorzubereiten, die alle Verantwortlichen gerade abwenden wollen: eine Katastrophe menschlicher Geschichte wie auch "nur" vieler persönlicher Lebenspläne? Das heißt natürlich nicht, die Theologie auf eine Krisenstimmung, einen Kulturpessimismus oder Resignation einzuschwören, sondern uns darauf vorzubereiten, daß wir unser Leben - auch dies sei gleichfalls unvermittelt gesagt - in Gottes Hand zurückgeben können und nicht untergehen müssen, auch wenn alles hinfällig werden mag. Der Beruf der Theologie besteht dann gerade nicht in der Abkehr vom Planen und vernünftigen Gestalten, sondern in der Mitverantwortung für planendes und gestaltendes Verhalten in der Welt. Hier gilt es, das Letzte vom Vorletzten zu unterscheiden, die Zeit und die in ihr gegebenen Möglichkeiten nicht dadurch zu verfehlen, daß man sich in vorgestellte Endgültigkeiten verrennt und für das Ganze hält, was nur vorläufig sein kann ...

Das besondere Problem der Theologie als Beruf zeigt sich nun in der Verknüpfung des

^{25.} Ebd. S. 13f., 15, 18-20.

Gegenstandes der Theologie und dem, was "theologische Existenz" heißt. Ist diese Existenz ein Sonderfall menschlichen Daseins, oder vielleicht auch die tiefste Wahrheit menschlichen Lebens in all seiner Unableitbarkeit und Unbedingtheit? Nein, die theologische Existenz ist der neue Mensch in der Verheißung an den alten Menschen, an den Menschen, der wir sind mit unserer Herkunft und unseren Zielsetzungen ...

Wird die theologische Existenz auf den Pfarrer reduziert, dann löst er sich nicht nur in unheilvoller Weise aus der Existenz der Kirche und aller, die hier Verantwortung tragen, sondern er verdirbt auch die Theologie. Sie wird reduziert auf eine wertvermittelnde und expressive Haltung des Theologen in der Welt. Die theologische Existenz wird nun zur Demonstrationsfigur für ein besonderes Verhältnis zum menschlichen Sein und menschlichen Handeln, ein Verhalten exponierter Menschen, das ihr besonderes Verhältnis zur Wahrheit, die ihr Leben begründet und trägt, zum Ausdruck bringen soll. Und der Theologe wird so leicht zu einer Problemgestalt, die die Krisen von Werten und Normen innerhalb des geschichtlichen Wandels an sich selber in besonderer Weise erfährt und dann anderen mitteilt. Sie kann dann ihre Glaubwürdigkeit nur dadurch gewinnen. daß sie ihre eigenen Probleme überzeugend vermittelt. Im Blick darauf sollten wir die Frage - die uns immer wieder beschäftigt -, was die Theologie für den Theologen bedeutet, einmal umkehren und bedenken, warum es des Theologen für die Theologie bedarf. Die Antwort kann nur lauten: Weil Theologie mitgeteilt werden soll - aber diese Mitteilung kann nur eine indirekte Mitteilung sein; eine Mitteilung, in der ein Mensch dem anderen nicht "etwas", sondern "sich selber" mitteilt, aber nicht, um den anderen zu ziehen, sondern sich im wirklich Mitgeteilten selbst aufzugeben.

In der sogenannten Betroffenheit des Theologen durch das, wovon er spricht, im Anspruch des "tua res agitur", liegt also eine höchst subtile Gefährdung beschlossen. Sie kann dort zum Austrag kommen, wo die theologische Ausbildung von einem Verständnis der Berufspraxis geleitet wird, die nur die Funktion des Pfarramtes oder gar ihre historische und soziale Problematisierung zum Inhalt hat. Wenn ich hier ein persönliches Wort einflechten darf: Ich verdanke denjenigen meiner theologischen Lehrer am meisten, die uns gezeigt haben, sowohl die Fragen der späteren Berufsausübung wie auch die eigenen Lebensprobleme im Horizont der Theologie als einer Tätigkeit zu bedenken, die ihre eigene Dignität und ihre eigene Würde, ihre eigene Sachlichkeit hat, die darum für verschiedenartige Probleme, auch für unerwartete Aufgaben der Praxis, befähigt und disponibel hält. Darum sind auch Vorurteile gegen die Theorie in der Theologie durchaus fehl am Platze, wenn unter "Theorie" diejenige Orientierung zu verstehen ist, die sich auf längere Zeiträume, auf die Regelhaftigkeit von Sachverhalten und Situationen und auf Strukturzusammenhänge erstreckt. Dagegen befürchte ich bei einer sog, praxisbezogenen Ausbildung gerade in der ersten Phase des theologischen Studiums nichts so sehr wie die monomane Fixierung auf bestimmte Funktionen der Kirche, die im Horizont einer Situationsbewältigung gerade zeitgemäß sind, so daß in einer veränderten Lage diese Ausbildung rasch veraltet sein wird. Sollte sich die Theologie indessen begnügen, auf aktuelle Herausforderungen zu antworten, deren Formulierung ja meistens sehr undurchsichtig bleibt und von höchst zufälligen Faktoren abhängig ist, dann dächte sie so kurzfristig, daß sie nur noch ein Reflex ihrer Situation sein könnte. Sie wäre aber nicht überholungsbedürftig wie jede auf einen klaren Fortgang ihrer Erkenntnis bedachte Wissenschaft, die auch bei raschen und umwälzenden Veränderungen, sogar bei der Revision ihrer Grundlagen, die inneren und äußeren Gründe dieser Wandlungen mit ihren Grundlagen sinnvoll zu vermitteln ver-

Theologie hat einen Teil ihres Berufes darin, daß sie Menschen dazu erzieht, um nicht zu sagen: trainiert, selbst ganz mit im Spiel zu sein, wenn sie bei der "res" der Theologie sind, gerade wenn sie nicht sich selbst darstellen und sich nicht selbst explizieren, sondern auf das hinweisen in ihrem Reden und Handeln und Existieren, was Menschen zu gemeinsamer Erkenntnis führt, die allemal größer ist als individuelle und persönlich mitteilbare Erlebnisse. Der Beruf der Theologie besteht zu einem guten Stück darin, den Theologen zu hindern, als Katalysator der Wahrheit der Theologie in Erscheinung zu treten, Theologie und Glaube zu verwechseln und Theologie zur Selbstdarstellung seines Glaubens und seiner Glaubensprobleme zu mißbrauchen.

Die Konsultation, die sich vor allem auf den Problembereich Theologie-Erfahrungswissenschaften konzentrierte, brachte naturgemäß kein formuliertes Ergebnis. Doch daß sie einen geglückten Fall von Kooperation und Verständigung an diesem neuralgischen Punkte darstellte und die Institutionalisierung derartiger Gespräche beförderte, ist immerhin ein nicht unerhebliches Ergebnis. Die verschiedenen thematisierten Aspekte werden in dem Schlußkommique angesprochen:

RESOLUTION DER KONFERENZ VON VERTRETERN DER WISSENSCHAFTLICHEN THEOLOGIE UND DER KIRCHENLEITUNGEN IN HOFGEISMAR

Vom 10. Mai 1975 26

1. Zunächst stellt sich die Frage, wie die Berufsausübung des Pfarrers ihre Prioritäten empfängt, d.h. in welcher Weise der theologische Auftrag und die dem Pfarrer begegnenden aufligigen und die dem Pfarrer begegnenden aufligigen und die dem Pfarrer begegnen-

den religiösen und gesellschaftlichen Erwartungen aufeinander bezogen sind.

Es ist nicht ohne weiteres möglich, pfarramtliche Praxis allein aus theologischen Einsichten zu begründen, vielmehr ist die religiöse und gesellschaftliche Situation als Horizont in die Besinnung einzubeziehen. Damit ist die Aufgabe gestellt, das Verhältnis der Grundaussagen des christlichen Glaubens zu erfahrungswissenschaftlichen Erkenntnissen, ihren Methoden und Grenzen zu erörtern. Das muß in allen Phasen der theologischen Ausbildung, gerade auch im Hochschulstudium geschehen. (Damit wird eine Fülle von Fragen der Studienreform und der Verklammerung der Ausbildungsphasen aufgeworfen, die weiterer Behandlung bedürfen.) Eine Fortsetzung der Konsultation wurde von allen Beteiligten gewünscht.

2. Bei der Erörterung der heutigen Berufssituation des Theologen ging man davon aus, daß es nach wie vor seine zentrale Aufgabe ist, die Wahrheit des christlichen Glaubens in dem Bezugsrahmen der gesellschaftlichen Wirklichkeit zu bezeugen. Dabei wurde besonders die Unersetzlichkeit der Bibel und ihrer Auslegung für die verschiedenen kirch-

lichen Handlungsfelder betont und in ihrer Bedeutung diskutiert.

Die Bemühung um inhaltliche Glaubensaussagen muß davon ausgehen, daß Normen in der gesellschaftlichen Wirklichkeit immer schon vorhanden sind. Dabei geht es auch um die Verständigung über mögliche Handlungsfelder kirchlicher Praxis über die traditionelle Amtstätigkeit hinaus. Hierbei können die Erfahrungswissenschaften helfen, die Komplexität der Erscheinungen zu mindern, Konflikte zu analysieren, Alternativen aufzustellen und Entscheidungen vorzubereiten. Die Sprache des Glaubens vermittelt das Wissen, daß es mehr gibt, als erfahrungswissenschaftliche Rationalität aufweisen kann.

3. Als einer der zentralen Begriffe heutiger Diskussion fand der Begriff der Emanzipation eingehende Erörterung. Dabei wurde die christliche Freiheit unterschieden von der Freiheit individueller Selbstverwirklichung und beschrieben als Bereitschaft zur Über-

nahme des Scheiterns und zur Selbstannahme in Vergebung.

Daß Theologen an staatlichen Universitäten ausgebildet werden, wird immer noch von nicht wenigen — sowohl außerhalb der Kirche als auch innerhalb ihrer — als problematisch empfunden. Die Versuche der evangelikalen Kreise, diese Praxis zu ändern, sind nur ein besonders zugespitzter Ausdruck der Frage, ob die spezifischen geistlichen Bedürfnisse und die kirchlichen Interessen in der universitären Ausbildung angemessen berücksichtigt werden können. Nimmt man jedoch die Konsultation von Hofgeismar, dann kann eine solche

Fragestellung nur als unangemessene Reaktion auf die Komplexität der Aufgabe "Theologie als Beruf in unserer Gesellschaft" betrachtet werden. Landesbischof Claß hat vor der württembergischen Synode, die die begrenzte Zulassung freier Ausbildungsstätten durchgesetzt hatte, die herkömmliche Praxis verteidigt.

LANDESBISCHOF D. HELMUT CLASS: BERICHT VOR DER WÜRTTEMBERGISCHEN LANDESSYNODE (AUSZUG)

Vom 24. November 1975 27

Junge Menschen, die sich auf das Studium der Theologie an einer Universität einlassen, begeben sich auf einen nicht einfachen Weg. Sollen sie aber später als Gesprächspartner im geistigen Ringen der Zeit bestehen, so kann ihnen die Auseinandersetzung mit Methoden und Ergebnissen heutiger Wissenschaft nicht erspart bleiben.

Deshalb halten wir daran fest, daß die Theologie ihren Platz an der Universität haben muß und am wissenschaftlichen, interdisziplinären Gespräch teilnimmt. Es war schon immer ein schmerzhafter, aber ein bereichernder Vorgang, wenn Studenten ihre eigenen Positionen in Frage stellen, gleichzeitig aber neue Horizonte des Glaubens erschlossen werden. Die Vielzahl der Fragestellungen und Antworten glaubender Menschen aus zweitausend Jahren Kirchen- und Theologiegeschichte ordnen den einzelnen in die große Gemeinschaft glaubenden Denkens ein und machen ihm seine Begrenzung heilsam deutlich

Wenn wir Theologiestudenten der Zugluft der Wissenschaft aussetzen, sind wir als Kirche verpflichtet, sie auf ihrem Weg zu begleiten. Diese Aufgabe ist auch den Universitätslehrern gestellt, zumal heute die Theologie innerhalb von wenigen Semestern zu einem "Massenfach" geworden ist. Anonymität, Vereinsamung und Konkurrenzdenken nehmen zu. Um diesen Nöten entgegenzuwirken, hat der Oberkirchenrat den Theologiestudenten einen theologischen Begleiter angeboten, der sie in ihrem Studium beraten und ihnen die Möglichkeit zu seelsorgerlichen Gesprächen geben kann. Über 120 Gespräche von durchschnittlich einstündiger Dauer wurden in diesem Jahr mit ihnen geführt. Ein Ausbau dieses Angebots für höhere Semester und auch auswärts Studierende ist nötig.

Für die künftige Entwicklung der Volkskirche ist es nicht unwesentlich, daß – abgesehen von der bildungspolitisch bedingten Zunahme der Theologiestudentenzahlen (von 6134 im Jahre 1974 auf 7202 im Studienjahr 1975/76, was eine Steigerung um 17,5% bedeutet) – bei vielen Studienanfängern auch eine starke religiöse Motivation mitwirkt. Dazu Bischof Claß in dem eben zitierten Bericht (ebd):

Als hauptsächliche Motivation für das Theologiestudium sind jedoch in den Beratungsgesprächen folgende Punkte deutlich geworden:

Der Beruf des Pfarrers wirkt anziehend, weil er die Möglichkeit eröffnet, für Menschen etwas zu tun in der Verkündigung und durch soziales Engagement.

Die Mehrzahl der Studenten wurde durch die Zusammenarbeit mit ihrem Heimatpfarrer im Jugendkreis oder im Kindergottesdienst für die Theologie gewonnen. Viele unserer ständigen und unständigen Pfarrer führen demnach ihr Amt so, daß der Pfarrberuf für junge Menschen anziehend wirkt.

Vom Studium der Theologie versprechen sich viele eine Antwort auf die Frage nach dem Sinn des eigenen Lebens. Sie erhoffen Orientierung im Problemgeflecht unserer Zeit

²⁷. Separatdruck des Berichts "Die Kirche – ein geistliches Haus", Stuttgart 1975, S. 22f.

und suchen Antwort auf die Frage nach Gott. Immer wieder wird auch die Erwartung ausgesprochen, durch das Studium ein Bekehrungserlebnis theologisch aufarbeiten und verstehen zu können.

Während ihres Studiums beteiligt sich die Mehrzahl der Studenten aktiv am Leben in den Kirchengemeinden.

Unter den Studenten stellen wir eine stärkere Zuwendung zu den theologischen Fächern im engeren Sinne fest. Gesellschaftspolitische Engführungen wurden als solche erkannt. Es wäre jedoch nicht gut, wenn die berechtigten Anfragen der letzten Jahre an die theologische Ausbildung allzuschnell vergessen würden.

Zusammenfassend möchte ich sagen: Motivation und Gemeindebezogenheit der Mehrzahl unserer Studenten machen Freude. Im übrigen sollten wir es nicht vergessen, daß wir jahrelang den Mangel an Theologiestudenten beklagt haben. Wir haben Gott gebeten, er möge Arbeiter in seine Ernte senden. Jetzt, da diese Bitte über Erwarten in Erfüllung zu gehen scheint, entstehen da und dort Bedenken, und dies vorwiegend aus finanziellen Gründen. Werden wir diese jungen Theologen alle einstellen können? Diese Frage legt sich natürlich nahe und muß in absehbarer Zeit beantwortet werden. Werden wir, die wir in der Kirche arbeiten, notfalls zu finanziellen Verzichten bereit sein? Diese Überlegungen gehören dazu, wenn wir sagen: Die Kirche muß sich auf neue Herausforderungen und Entwicklungen einstellen. Aller Wahrscheinlichkeit nach wird sich das Berufsbild des Pfarrers weiter wandeln, aber wir können schon heute sagen: Wir werden nicht weniger, sondern mehr Pfarrer brauchen.

Diese württembergische Diagnose wird durch die Erfahrungen aus anderen Landeskirchen bestätigt. Im Bericht des Landeskirchenrates der Evangelisch-Lutherischen Kirche in Bayern heißt es ²⁸:

Studienmotivation: Die erkennbaren Faktoren für die Studien- und Berufsmotivation sind gleichgeblieben: Elternhaus – Religionsunterricht – Gemeindeleben (Jugendarbeit). In den letzten 2 Jahren wird in zunehmendem Maße ein pietistischer Impetus wirksam. Die Studienbeschränkung durch numerus clausus in anderen Fächern ist ein mitwirkender, aber nicht der bestimmende Faktor für den erfreulichen Aufwärtstrend bei den Studienanfängern.

Interessenorientierung: Kennzeichnend für die studentische Generation Mitte der siebziger Jahre scheinen folgende Beobachtungen. Sie sind stärker berufsorientiert als früher. Der Dienst in der Kirche als Pfarrer steht als Ziel vor Augen.

Sie sind stärker praxisorientiert. Die Verpflichtung zu einem mehrwöchigen Praktikum während des Studiums wird allmählich begrüßt.

Sie sind stärker am kirchlichen Geschehen interessiert. Das Verlangen nach Mitwirkung, Mitbestimmung und kritischem Engagement sucht angemessene Formen.

Sie bemühen sich stärker um Pflege der praxis pietatis als in früheren Jahren.

Das unmittelbare politische Engagement tritt zurück. Der Eros zum wissenschaftlichen Arbeiten ist nicht so ausgeprägt wie bei vorlaufenden Generationen.

Biblische und praktische Theologie werden schwerpunktmäßig studiert, das Interesse an Historischer und Systematischer Theologie läßt nach.

Die kultur- und sozialgeschichtliche Rolle, die das evangelische "Pfarrhaus" in der Vergangenheit gespielt hat, ist bekannt und immer wieder gewürdigt worden. Deswegen haben Veränderungen, die in diesem Bereich vonstatten gehen, als Indikatoren eine Bedeutung, die über das bloße berufsständische Interesse hinausgeht. In der Tat stehen wir mitten in einem Prozeß, der unter der Zielvor-

^{28.} Fünf Jahre im Leben der Evang.-Luth. Kirche in Bayern. Bericht des Landeskirchenrates ... 1975, S. 24.

stellung "Neudefinition der Pfarrerrolle" zunächst Probleme für kirchenleitendes Handeln aufwirft, darüber hinaus aber Veränderungen im Gefüge des kirchlichen Lebens bringt, die den bisherigen Charakter der Volkskirche auch von dieser Seite her tangieren. Der Ratsvorsitzende der EKD hat diese Problematik vor dem Westfälischen Pfarrertag am 16. April 1975 nüchtern in ihren vielfältigen Aspekten zur Sprache gebracht.

LANDESBISCHOF D. HELMUT CLASS: WIE STABIL IST DAS PFARRHAUS? (AUSZUG)

Vom 16. April 1975 29

Es gibt das Pfarrhaus nicht mehr so, wie es Luther als Alternative zum priesterlichen Zölibat geschaffen hat, wie es nach der Katastrophe des Dreißigjährigen Krieges als erstaunlich intakte Lebenszelle in einem totkranken Volkskörper wirkte, oder so, wie es sogar noch im Dritten Reich wegen seiner kulturellen und geistigen Leistungen anerkannt war. Durch Jahrhunderte scheint das Pfarrhaus zu den relativ stabilen Größen gehört zu haben. Eindrucksvoll ist seine Geschichte im deutschen Pfarrhaus-Archiv in Eisenach dokumentiert. Heute wird Instabilität erfahren ... Nach wie vor aber verstehe ich das Pfarrhaus als eine geistliche Größe, die man von außen her nur unzureichend beurteilen kann. Die Bibel weist uns mit ihren Verheißungen und Drohungen darauf hin, daß wir mit unerwartetem Entzug von Lebensmöglichkeiten ebenso zu rechnen haben wie mit unvorhersehbaren Hilfen. Deshalb haben übrigens auch die von kirchlichen Soziologen und Futurologen vorgetragenen Modellentwürfe für das Pfarrhaus der Zukunft nur eine relative Weisungskraft ...

I. Das Pfarrhaus als "Gemeinde-Haus"

Es ist üblich geworden, nicht nur von Erwartungen der Gemeinde an den Pfarrer, sondern von einem Erwartungsdruck zu reden. Diese Denk- und Redeweise hat sich verdächtig rasch ausgebreitet. Soll damit etwas verdeckt werden? Da und dort gibt es bereits Pfarrer und Pfarrhäuser, von denen immer mehr Menschen immer weniger und möglicherweise bald gar nichts mehr erwarten. Dies scheint mir eine wirkliche Misere zu sein. Solange man etwas von einem Pfarrer erwartet – besser zu viel als zu wenig –, braucht er nicht zu verzagen. Möglicherweise steht hinter dem, was manche als Erwartungsdruck beklagen, die elementare Suche vieler Zeitgenossen nach einem Menschen, der – wie Jesus – auf Schicksale anderer warten kann, um sich ihrer anzunehmen.

"Durch unser Pfarrhaus gehen wöchentlich im Schnitt etwa 300 Personen", so berichtete im März dieses Jahres ein Dorfpfarrer, der seit 4 Jahren auf seiner ersten Stelle arbeitet. Was steht dahinter?

Ein kontaktfähiges "menschliches" Pfarrersehepaar, das sich nicht isolieren will und läßt; die Einsicht bei Pfarrer und Gemeinde, daß der Pfarrer nur im Vollzug der Verkündigung ein Gegenüber zur Gemeinde darstellt, sonst aber ihr Glied und ihr Beauftragter ist; dazu nicht ungünstige äußere Voraussetzungen — man kann sich in den Räumen des Pfarrhauses wohlfühlen.

"Unser Pfarrhaus ist vom Leben der bürgerlichen Gemeinde und der Kirchengemeinde fast völlig abgeschnitten", beklagen andere Dorfpfarrer in den letzten Jahren. In solchen Fällen können schlechte Gewohnheiten im Spiel sein. "Man" geht grundsätzlich und seit Menschengedenken nicht in das Pfarrhaus. Es war schon immer so, daß die Kontakte zwischen Pfarrhaus und Gemeinde sich auf ein Minimum, d.h. auf amtliche Besuche, Kasualien oder unvermeidliche Bittgänge beschränkten. Jeder, der die Gettosituation des Pfarrhauses zu durchbrechen wagt, hat möglicherweise mit Sanktionen zu rechnen. Ob der Mangel an geeigneten Räumen oder die ungastliche Ausgestaltung vorhandener Räume

^{29.} Vollständiger Text in epd-Dok Nr. 19a/1975.

mit hereinspielt, sei dahingestellt. Es ist in jedem Fall schwer, wenn auch nicht unmöglich, irgendwann zerstörtes Vertrauen wieder aufzubauen ...

II. Ehe

Die richtige Feststellung, das Pfarrhaus habe teil an den Wandlungen und offenkundigen Krisenerscheinungen der Institution Ehe, führt nicht sehr weit. Wichtiger ist die Frage, ob es unserer Gesellschaft gelingt, wieder zu gemeinsam anerkannten Grundvorstellungen von einer "guten Ehe" vorzudringen ...

Ehe ist Geschenk und Gelegenheit zur Einübung von Römer 15,7: "Nehmet einander an, gleichwie uns Christus hat angenommen zu Gottes Lob." In einer Pfarrersehe muß dies "annehmen" gelebt werden im Kontext der speziellen Situationen des Dienstes im

Pfarramt ...

Eine Pfarrersehe ist darauf angeweisen, daß es gelingt, das am neutestamentlichen Zeugnis orientierte Verständnis des kirchlichen Auftrags in das gemeinsame Leben zu integrieren. Besteht hier Uneinigkeit, so entsteht zumindest eine erhebliche Belastung, vielleicht sogar eine Bedrohung des im Gewissen verankerten Einvernehmens. Ein Dissens an diesem Punkt setzt der Pfarrersehe wesentlich mehr zu als die häufig – und nicht nur von der Frau – beklagte arbeitsmäßige Überlastung des Pfarrers. Es gibt auch Scheidungen von Pfarrersehen, wobei Frühehen z.T. besonders gefährdet erscheinen. Ihre Zahl ist alarmierend ...

IV. Geistliches Lehen

... Es ist – gegen die erklärte Absicht vieler Kollegen – heute mit erheblichen Ausfällen an Gebet, persönlichem Bibelstudium, Umgang mit der Gebetsliteratur der Kirche und ihren klassischen Erbauungsbüchern zu rechnen. Der Kampf um die akustische und psychische Stille erfordert eine eindeutige Überzeugung und einen festen Willen. Wohl dem, der diesen Kampf nicht erst in einer späten Phase seines Lebens beginnt!

Frömmigkeit, geistliche Ordnung und Sitte sind in das Schußfeld der Kritik und Selbstkritik geraten. Wenn die Polarisierungen in unserer Kirche dazu führen sollten, daß ernsthafte Versuche zu einem festgeordneten geistlichen Leben des Pfarrers als eine Sonderangelegenheit pietistisch oder hochkirchlich gesonnener Kollegen abgewertet würden, ent-

stünde großer Schaden für die Kirche.

Manche älteren Pfarrer reagieren ausweichend, ängstlich oder auch verärgert, wenn man sie auf ihre vita spiritualis anspricht. Gewiß ist die Möglichkeit eines gesetzlich mißverstandenen Mißbrauchs geistlicher Lebensregeln nicht auszuschließen. Aber falscher Gebrauch hebt den rechten Gebrauch nicht auf. Man sollte, was der Gesetzlichkeit verdächtigt werden kann, auch nicht allzu rasch so deuten, daß hier neurotische Elemente zugrunde lägen. Eine grundsätzliche Diffamierung geistlicher Ordnung im Zeichen einer solchen Diagnose verrät wenig Wirklichkeitssinn.

Mir scheint die Stunde gekommen zu sein, wo es gilt, mehr Frömmigkeit mit mehr

Selbstverständlichkeit zu üben.

5. GEISTLICHES AMT UND POLITISCHES MANDAT

Das Thema Kirche und Politik berührt nicht nur das Verhältnis zu Staat und Gesellschaft, sondern auch die interne Struktur der Kirche, wie die Diskussion um die Mitgliedschaft von Pfarrern in kommunistischen Parteien zuletzt exemplarisch gezeigt hat (vgl. KJ 101, 1974, S. 24ff.). Hierbei geht es um die Kunst des theologischen Unterscheidens zweier verschiedener, aber nicht getrennter Bereiche; und wie strittig das in concreto ist, zeigt die Diskussion des

Jahres 1975/76 über die Kompatibilität von geistlichem Amt und politischem Mandat. Diese Diskussion brachte Äußerungen grundsätzlicher Art, die über den konkreten Anlaß und die Tagesaktualität hinausreichen – vor allem deswegen, weil es hier um die Autonomie der Kirche gegenüber dem Staat ging 30.

Ausgelöst wurde die Diskussion durch ein Urteil des Staatsgerichtshofes der Freien Hansestadt Bremen vom 15. Januar 1975, wonach die Regelung des Kirchengesetzes der Bremischen Evangelischen Kirche vom 28. März 1973, die zu Parlamentariern im Bundestag oder Landtag gewählte Pfarrer und Kirchenbeamte während der Dauer ihres Abgeordnetenmandats vom Dienst beurlaubte. "nach bremischem Verfassungsrecht im staatlichen Bereich nicht zulässig" sei. Die Bremer Kirche hatte mit ihrem Gesetz nur das nachgeholt, was die übrigen Gliedkirchen der EKD schon früher in ihren Pfarrergesetzen (o.ä.) geregelt hatten, wobei diese zumeist nicht eine Beurlaubung, sondern eine Versetzung in den Wartestand oder in den Ruhestand vorsahen. Aufgrund der Initiative von drei Abgeordneten der Bremer Bürgerschaft, die als kirchliche Bedienstete betroffen waren, rief diese - auf gemeinsamen Antrag aller Fraktionen - am 28. Juni 1973 den Bremer Staatsgerichtshof an, um die Verfassungskonformität jener Bestimmung zu prüfen, "wonach Pfarrer und Kirchenbeamte für die Dauer ihres Abgeordnetenmandats in der Bremischen Bürgerschaft gegen ihren Willen als beurlaubt gelten".

Der Staatsberichtshof stellte die Verfassungswidrigkeit der kirchlichen Regelung fest, weil dadurch das Verbot der Abgeordnetenbehinderung nach Art. 48 des Grundgesetzes verletzt würde. Die Frage, ob diese Verfassungsbestimmung auch die Kirchen in ihrem internen Bereich binde, also insofern ihre verfassungsmäßige Autonomie einschränke, wurde mit dem Hinweis auf die "Schrankenklausel" des Grundgesetzes (Art. 140 GG in Verb. mit Art. 137 Abs. 3 WRV) bejaht: "Das verfassungsrechtliche Verbot der Abgeordnetenbehinderung als ein für alle geltendes Gesetz ... kann auch nicht zugunsten der Kirche durchbrochen werden," Die Autonomie der Kirche gelte nur für ihren "Eigenrechtsbereich, wie z.B. Dogma und Liturgie", nicht aber für den Überschneidungsbereich zum Staat hin. Zur Begründung dieser wichtigen Differenzierung verwies der Staatsgerichtshof auf die kirchlichen Regelungen, die dem Pfarrer eine politische Betätigung nicht grundsätzlich verweigerten, und folgerte, daß die Unvereinbarkeitsbestimmungen nicht in der Lehre über das Wesen des Amtes, sondern lediglich in praktischen Erwägungen über die Erschwerung der Amtsausübung begründet wären.

^{30.} Zusammenstellung der wichtigsten Dokumente bei D. Dahrmann (Hg.): Kirchliches Amt und politisches Mandat, Hannover 1977. Zur Gesamtproblematik vgl. auch H. Maurer, Freiheit und Bindung kirchlicher Amtsträger. Zur politischen Betätigung der kirchlichen Amtsträger, insbesondere der Pfarrer, ZevKR 19, 1974, S. 30-72.

ENTSCHEIDUNG DES STAATSGERICHTSHOFES DER FREIEN HANSESTADT BREMEN (AUSZUG)

Vom 15. Januar 1975 31

Die Gliedkirchen der Evangelischen Kirche in Deutschland gehen in ihren Aussagen und gesetzlichen Regelungen in letzter Zeit offensichtlich von dem – allerdings mit Rücksicht auf das Kirchenamt behutsam zu handhabenden – Recht des Pfarrers auf politische Betätigung aus, wie z.B. aus der "Stellungnahme des Rates der Evangelischen Kirche in Deutschland zur Mitgliedschaft von Pfarrern in politischen Parteien" vom 28. Mai 1973 zu entnehmen ist: "Die Mitgliedschaft eines Pfarrers in einer politischen Partei ist als Ausübung staatsbürgerlicher Rechte anzusehen", solange nicht eine – radikale – Partei durch ihre weltanschauliche Ausrichtung und ihre strenge Parteidisziplin die Freiheit der Verkündigung des Evangeliums und den Dienst der Kirche in Staat und Gesellschaft einschränkt ...

Diese gewandelte Auffassung hat allerdings in den Kirchengesetzen der evangelischen Kirchen in Deutschland für den Fall der Übernahme eines politischen Mandats durch kirchliche Amtsträger noch keinen einheitlichen Niederschlag gefunden. Die meisten — dem § 1 BremKG im wesentlichen gleichlautenden — Inkompatibilitätsbestimmungen lassen aber auch nicht erkennen, daß die Kirchen die gleichzeitige Innehabung von kirchlichem Amt und politischem Mandat aus ihrem Selbstverständnis versagen müssen. Die kirchlichen Inkompatibilitätsbestimmungen beruhen danach nicht auf Gründen des Glaubens und der Lehre, sondern auf der sachlichen Erwägung, daß die Ausübung eines Kirchenamtes neben dem parlamentarischen Mandat für den kirchlichen Amtsträger aus zeitlichen und physischen Gründen zum Nachteil der Kirchengemeinde erschwert sein könnte ...

Der Kirchengesetzgeber begründet bei grundsätzlicher Anerkennung des Rechts auf freie ungehinderte Ausübung des Mandats die Regelung in § 1 BremKG mit der Sorge um die zeitliche Beanspruchung des Abgeordneten: Die Unvereinbarkeit ergebe sich aus der "faktischen" Unmöglichkeit, das Kirchenamt und das Abgeordnetenmandat nebeneinander auszuüben; das Kirchenamt sei so beschaffen, daß neben ihm andere Aufgaben, die höhere Ansprüche stellen, nicht oder kaum wahrgenommen werden könnten. Insofern sei also das Abgeordnetenmandat und das Kirchenamt "nicht ohne weiteres vereinbar" …

Gegenüber diesen Aussagen des Kirchengesetzgebers können die Ausführungen des Bevollmächtigten der Bremischen Evangelischen Kirche im Termin zur mündlichen Verhandlung vor dem Staatsgerichtshof, daß es Gründe der Seelsorge gewesen seien, die zu der Inkompatibilitätsregelung in § 1 BremKG geführt hätten, nicht überzeugen. Der Kirchengesetzgeber hat auch nicht einmal die Sorge um die Integrität des Predigtamtes zur Begründung der Inkompatibilitätsbestimmungen herangezogen. Glaubensgründe können auch schon deshalb nicht im Vordergrund der Inkompatibilitätsregelung gestanden haben, weil der kirchliche Amtsträger nur für die Dauer des politischen Mandats als beurlaubt gilt. Er kommt nach Ablauf der 4jährigen Legislaturperiode oder auch später, falls eine Wiederwahl erfolgt sein sollte, in seine Kirche zurück, ohne daß auf Seiten der Kirche Bedenken ausgesprochen sind, die politisch-parlamentarische Tätigkeit ihres Amtsträger könne Auswirkungen auf die wiederaufzunehmende kirchlich-seelsorgerische Tätigkeit haben. Auch deshalb kann der Staatsgerichtshof nicht erkennen, daß das Selbstverständnis der Kirche - jedenfalls der Bremischen Evangelischen Kirche - ein so starkes Gewicht gegenüber dem Verbot der Abgeordnetenbehinderung aufweist, daß es bei Abwägung der sich gegenüberstehenden Rechtsgüter überwiegt.

Mit dieser Wertung begab sich der Staatsgerichtshof nicht nur auf das Gebiet der Theologie, sondern dekretierte staatlicherseits eine bestimmte Lösung für den innerkirchlichen Kernbereich des geistlichen Amtes. Es stellte sich die Frage,

^{31.} Vollständiger Text ebd. S. 19ff.

ob damit nicht an einer entscheidenden Stelle die Trennung zwischen Staat und Kirche aufgehoben würde, weil eine solche Wertung, verbunden mit einer Vorschrift für die kirchliche Gesetzgebung doch wohl einen gravierenden Eingriff des Staates in das Leben der Kirche darstellte. Deswegen rief die Bremische Evangelische Kirche, vertreten durch ihren Bevollmächtigten, den Münchner Staatskirchenrechtler Prof. Dr. Axel v. Campenhausen, das Bundesverfassungsgericht an, damit dieses die Entscheidung des Staatsgerichtshofes als verfassungswidrig aufhöbe. Als Begründung gab sie an, in ihrem Grundrecht der Bekenntnisfreiheit nach Art. 4 GG verletzt worden zu sein 32. Untermauert wurde die Klage durch ein umfangreiches Gutachten des Wiener Kirchenrechtlers Prof. Dr. Christoph Link, das sich auf die reformatorische Lehre vom geistlichen Amt berief³³. Der Gutachter der Bremer Bürgerschaft, der Bielefelder Staatsrechtler Prof. Dr. Hugo Steiner, der schon vor dem Staatsgerichtshof diese vertreten hatte, berief sich demgegenüber auf die Begründung, die die Bremer Kirche selber in der Vorlage ihres Gesetzes gegeben hatte - eine Begründung, die man nur als theologisch unzureichend und, wie die Folgen gezeigt haben, grob fahrlässig ansehen kann.

RECHTSGUTACHTEN VON PROF. DR. HUGO STEINER (AUSZUG) Vom 11. Februar 1976 34

Manches spricht daß die Kirche sich auf Art. 4 Abs. 2 GG als einen Schutz derjenigen Formen der Glaubensfreiheit berufen kann, die sich als Kultusausübung im traditionellen Sinne begreifen lassen ... Doch kann diese Frage hier im Ergebnis offenbleiben. Wesentlich für die Entscheidung über die vorliegende Verfassungsbeschwerde ist dagegen die Feststellung, daß Art. 4 GG jedenfalls nur solches kirchliches Handeln schützt, das sich als unmittelbare Entfaltung der Glaubens- und Bekenntnisgrundlagen darstellt. Denn die Funktion dieses Grundrechts ist die "Gewähr der Freiheit des eigentlichen religiösen Lebens und Wirkens der Kirchen und Religionsgemeinschaften" ...

Jedenfalls läßt sich im hier zu beurteilenden Falle – legt man das Selbstverständnis der Inkompatibilitätsanordnung in der Bremischen Evangelischen Kirche, aber auch in den übrigen evangelischen Landeskirchen zugrunde – kein Eingriff des StGH in den Bereich kirchlicher Rechtsetzung feststellen, der sich als Entfaltung von Glaubens- und Bekenntnisgrundlagen darstellt. Zu dem durch Art. 4 Abs. 1 und 2 GG geschützten Kernbereich gehört zwar prinzipiell das geistliche Amt und die ihm kirchengesetzlich gegebene Ausgestaltung. Diese Zuordnung hat aber nicht zur Folge, daß Art. 4 Abs. 1 und 2 GG alle durch Kirchengesetz in bezug auf das Pfarramt getroffenen Regelungen erfaßt. In den Schutzbereich dieses Grundrechts fallen vielmehr nur solche Bestandteile der kirchlichen Amtsordnung, in denen kirchlicher Glaube und kirchliches Bekenntnis unmittelbar zum Ausdruck kommen ...

Der Gutachter [sc. Prof. Link] will den spezifisch kirchlichen Gehalt der Inkompatibilitätsvorschrift des § 1 BremKirchG damit begründen, daß er die Verpflichtung des Pfarrers "zur vollen Hingabe" an seinen Beruf (§ 13 Abs. 1 Satz 1 Brem. PfarrerG) als ein "theologisches Kriterium" des Pfarramtes betrachtet … Immerhin fällt auf, daß diejenigen theologischen Autoren, auf die der Gutachter zur Begründung seiner These verweist, die theologische Unabdingbarkeit der uneingeschränkten Verfügbarkeit des Pfarrers für seine Gemeinde

^{32.} Text der Verfassungsbeschwerde ebd. S. 35ff.

^{33.} Text ebd. S. 86ff.

^{34.} Text ebd. S. 124ff.

nicht behaupten ... Auch gibt zu denken, daß sich die kirchenrechtliche Literatur keineswegs in der Frage einig ist, worin der glaubensmäßige Grund für die kirchlichen Inkom-

patilibitätsvorstellungen zu finden ist ...

Doch können diese Beobachtungen letztlich auf sich beruhen. Denn zum einen kann es für die Bewertung des § 1 BremKirchG nicht allgemein auf die vom Gutachter angeführte "kirchengeschichtliche Tradition" und die Vorstellungen der "reformatorischen Theologie" ankommen, wenn die Erwägungen bekannt sind, die den Gesetzgeber der Bremischen Evangelischen Kirche bei seiner Regelung bestimmt haben. Zu diesen Erwägungen gehört aber nicht die Vorstellung einer "theologisch begründete(n) vollständige(n) Inpflichtnahme" des Pfarrers. Die Vorlage zu Nr. 9 der Tagesordnung der 53. Sitzung des Kirchentages der Bremischen Evangelischen Kirche, die die Begründung des BremKirchG enthält, ist in dieser Frage unmißverständlich. Sie gibt der Unvereinbarkeit von Pfarramt und Mandat keinerlei theologische Begründung (S. 3f.). Die Inkompatibilität wird als rein "faktische" bezeichnet und aus der praktischen Eigenart des gemeindlichen Pfarramtes abgeleitet. Man kann auch nicht davon ausgehen, daß die vom Gutachter für die Konzeption des geistlichen Amtes in Anspruch genommene theologische Aussage in der Begründung des BremKirchG versehentlich unterblieb. Dagegen spricht, daß in bezug auf das Gebot der unbegrenzten Verfügbarkeit des Amtsträgers Pfarrer und Kirchenbeamte" gleichgestellt werden (S. 3f.), obgleich aus der Sicht des Gutachtens und der Evangelischen Kirche überhaupt theologische Überlegungen nur für den erstgenannten Personenkreis Bedeutung haben. Dies macht deutlich, daß den Gesetzgeber der Bremischen Evangelischen Kirche nicht die vom Gutachter angeführten Überlegungen bestimmt haben ...

Die Rüge der Beschwerdeführerin, die Entscheidung des StGH verletze Art. 4 GG, weil sie "in Erörterungen theologischer Natur eintritt, die kirchliche Regelung bewertet und aufgrund der theologischen Überlegungen für unzulässig erklärt" (so Beschwerdeschrift

S. 39; ähnlich S. 41 und S. 43f.), ist nicht begründet.

Zu den wichtigsten, auch der vorliegenden Stellungnahme zugrunde liegenden Erkenntnissen des 1. Senats des BVerfG in seinem Beschluß vom 16. Oktober 1968 gehört die Feststellung, daß der Staat und insbesondere die zur verbindlichen Rechtsanwendung berufenen staatlichen Stellen bei der Beurteilung dessen, was "Religionsübung" i.S. des Art. 4 Abs. 2 GG ist, das jeweilige kirchliche Selbstverständnis nicht außer Betracht lassen dürfen ...

Die vorliegende Verfassungsbeschwerde gibt keinen Anlaß, die Frage nach Bedeutung und Ermittlung des kirchlichen Selbstverständnisses umfassend aufzugreifen. Denn einmal hat der StGH bei der Bewertung des § 1 BremKirchG das Verständnis dieser Bestimmung durch die Bremische Evangelische Kirche berücksichtigt. Einwendungen können sich also allenfalls aus der Methode ergeben, die der StGH angewandt hat. Aber auch die Frage nach den Möglichkeiten und Grenzen bei der Feststellung der kirchlichen Selbsteinschätzung einer Maßnahme oder Regelung weist im vorliegenden Falle eine die Problematik vereinfachende Besonderheit aus. Denn der StGH hatte ein kirchliches Selbstverständnis zu ermitteln, das in einem formellen Gesetzgebungsverfahren seinen Ausdruck gefunden hat. Steht aber die innerkirchliche Bewertung einer Gesetzesvorschrift in Frage und bedarf es dazu der Ermittlung der mit dieser Vorschrift verbundenen kirchlichen Vorstellungen, so liegt es nahe, auf die Gesetzesberatungen und die Gesetzesbegründung zurückzugreifen. Ein klarerer und kompetenterer Ansatz für die Ermittlung des kirchlichen Selbstverständnisses als das dem staatlichen parlamentarischen Verfahren nachgebildete, auf Diskussion und Offenlegung der maßgeblichen Gesichtspunkte angelegte und mit amtlichen Äußerungen verbundene Gesetzgebungsverfahren der evangelischen Kirche ist kaum denkbar.

In diesem Verfassungsrechtsstreit ging es also um die Frage, ob die kirchlichen Unvereinbarkeitsbestimmungen aus Gründen des Glaubens und der Lehre erlassen worden seien und der Bremer Staatsgerichtshof mithin das Bekenntnis der Kirche berührt habe. Deswegen wurde die Evangelische Kirche in Deutschland als Vertretung ihrer Gliedkirchen vom Bundesverfassungsgericht am 30. Juni 1975 zu einer Stellungnahme in dieser Sache aufgefordert. Da nach allen

gliedkirchlichen Gesetzen die Inkompatilität gegeben war, galt es, die theologische Begründung dafür zu erheben. Aus den Äußerungen der Landeskirche seien hier zwei Beispiele für die herrschende Lehre angeführt.

STELLUNGNAHME DES LANDESKIRCHENAMTES DER EV.-LUTH. KIRCHE IN BAYERN (AUSZUG)

Vom 12. September 1975 35

Das Grundrecht der ungestörten Religionsausübung (Art. 4 Abs. 2 GG) steht auch der Kirche als inländische juristische Person zu (Art. 19 Abs. 3 GG).

Seit der Entscheidung des Bundesverfassungsgerichts (Band 24, S. 236, 246) kann auch kein Zweifel daran bestehen, daß zur Religionsausübung im Sine des Art. 4 Abs. 2 Grundgesetz außer sämtlichen kultischen Handlungen und allen Maßnahmen, die der Pflege und Förderung des religiösen Bekenntnisses und der Verkündigung des Glaubens dienen, auch die Regelung zentraler kirchlicher Ordnungen gehört. Um eine solche handelt es sich jedoch jedenfalls bei der kirchengesetzlichen Regelung des Amtes der Verkündigung und der Sakramentsverwaltung. Nach der lutherischen Lehre vom Amt in der Kirche handelt es sich bei dem Verkündigungsamt nicht nur um eine bloß der äußeren Ordnung willen notwendige Einrichtung der Gemeinde, sondern um eine wirkliche Stiftung Christi (Confessio Augustana V Abs. 1). Zur ungestörten Religionsausübung der Kirche gehört es daher, daß sie selbst bestimmen kann, was mit dem Amt der Verkündigung und Sakramentsverwaltung vereinbar ist. Dabei kann es nach dem zitierten Urteil des Bundesverfassungsgerichts ausschließlich auf das kirchliche Selbstverständnis ankommen - wie es durch das Bekenntnis bestimmt ist. Da Gott das Predigtamt eingesetzt hat und das Evangelium und die Sakramente gegeben hat, um durch diese Mittel durch den Heiligen Geist den Menschen, die daran glauben, zu helfen, muß es Aufgabe der kirchenleitenden Organe sein, dafür zu sorgen, daß die Träger des Verkündigungsamtes unter Umständen auch gegen ihren Willen - daran gehindert werden, durch ihr Verhalten sich von ihrem eigentlichen Auftrag zu entfernen, zu dem sie sich bei der Ordination verpflichtet haben und vor Gott und der Gemeinde dafür in Anspruch genommen worden sind. Wenn nach Auffassung der berufenen Organe der Kirche z.B. Teilnahme am politischen Wahlkampf und Ausübung des politischen Mandates dem Amt der Verkündigung und Sakramentsverwaltung in Widerspruch steht, so ist insoweit eine ungestörte Religionsausübung der Kirche nur möglich, wenn sie rechtlich nicht daran gehindert wird, ihre Amtsträger auch gegen ihren Willen zu verpflichten, sich für die Dauer ihres politischen Amtes entweder für ihr Amt in der Kirche oder ihr politisches Amt zu entscheiden. Die gegenteilige Auffassung würde übersehen, daß die Kirche als Institution nur durch ihre Amtsträger und ihre Glieder handeln kann.

Das Grundrecht der Kirche auf ungestörte Religionsausübung gemäß Art. 4 Abs. 2 GG ist verletzt, wenn ein staatliches Gericht für sich in Anspruch nimmt, die Motive einer kirchengesetzlichen Regelung zu prüfen, die Bestimmungen über die Amtsausübung von Trägern des geistlichen Amtes treffen. Insofern unterscheidet sich der Grundrechtsträger Kirche nicht von Grundrechtsträgern, die natürliche Personen sind. In jedem Falle ist es dem Gericht verwehrt, Überlegungen darüber anzustellen, ob der betreffende Akt der Religionsausübung theologisch sinnvoll oder gerechtfertigt ist. Entscheidend ist allein, ob es sich überhaupt um Religionsausübung handelt. Sowohl der einzelne Bürger als auch die Kirche als Grundrechtsträger ist nicht verpflichtet, die wirklichen oder vollständigen Gründe in irgendeiner Weise dafür darzulegen, warum gerade in der vorliegenden Weise die Religionsausübung vorgenommen werden soll.

^{35.} Vgl. den gekürzten Text ebd. S. 53.

STELLUNGNAHME DES RECHTSAUSSCHUSSES DER ARNOLDSHAINER KONFERENZ (AUSZUG)

Vom 16. Oktober 1975 36

Unbestritten ist das Ämter- und Dienstrecht wesentlicher Bestandteil des kirchlichen Selbstbestimmungsrechts. Zu Unrecht scheidet der Staatsgerichtshof das kirchliche Dienstrecht in einen inneren und äußeren Bereich und kommt durch diese Aufspaltung zu dem Schluß, daß die Inkompatibilitätsregelung der Bremischen Kirche überwiegend äußere Gründe hat und am staatlichen Recht zu messen ist. Demgegenüber ist festzustellen, daß nur die ganzheitliche Betrachtungsweise des eigenständigen Dienstrechts und des kirchlichen Selbstbestimmungsrechts überhaupt im Konfliktfall zu befriedigenden Ergebnissen führen kann.

Die Schrankenklausel von Art. 137 WRV erfüllt eine Ausgleichsfunktion und verlangt eine Güterabwägung. Je mehr eine Entscheidung der Kirche auf der Grundlage ihres Bekenntnisses beruht, umso mehr haben kollidierende staatliche Rechtsvorschriften zurückzutreten und umgekehrt. Grundsätzlich ist Art 48 GG zwar geeignet, als Schranke im Sinne des "für alle geltenden Gesetzes" wirksam zu werden. Jedoch versagt die Vorschrift gegenüber einer Inkompatibilitätsregelung im Blick auf das kirchliche Amt, denn das kirchliche Amt gehört zum Kernbereich der autonomen Kirche; es ist keine "äußerliche" Einrichtung, sondern Stiftung Christi. Die Inkompatibilitätsregelungen in den Kirchengesetzen der Kirchen der Arnoldshainer Konferenz, die der bremischen Regelung entsprechen oder ihr vergleichbar sind, beruhen nicht auf praktischen, sondern auf theologischen Gründen, die sich aus dem besonderen Charakter des geistlichen Amtes ergeben. Der Pfarrer ist an die ganze Gemeinde gewiesen. Dies bei allen Äußerungen zu Fragen des öffentlichen Lebens und bei politischer Betätigung zu bedenken, gehört zu seinen in der Ordination eingegangenen Amtsverpflichtungen.

Ein dezidiertes parteipolitisches Engagement des Pfarrers, das mit der Übernahme eines Mandats jedenfalls in Bundestag und Landtag verbunden ist, hindert seine Arbeit in Verkündigung und Seelsorge, weil es die Hörbereitschaft jeweils eines Teils der Gemeindeglie-

der vermindert oder sogar ausschließt.

Ein dezidiertes parteipolitisches Engagement bringt die Gefahr mit sich, daß Spaltungen in der Gemeinde entstehen und vertieft werden, die so weit gehen können, daß die geistliche Gemeinschaft – insbesondere die gottesdienstliche Gemeinschaft – zerbricht. In jedem Falle aber gerät der parteipolitisch engagierte Pfarrer in die Gefahr einer Konfliktsituation, welche die Glaubwürdigkeit seiner Verkündigung und Seelsorge zumindest aus der Sicht des andersdenkenden Gemeindegliedes beeinträchtigt. Es ist daher dem Pfarrer zuzumuten und im Interesse der Seelsorge notwendig, daß er sich für den einen oder den anderen Auftrag entscheidet.

Angesichts der grundsätzlichen, durch den Bezug auf die Bekenntnisfreiheit gem. Art. 4 GG markierten Bedeutung der Auseinandersetzung stellt sich die Frage, ob der übliche Rekurs auf die seelsorgerliche Tätigkeit der Pfarrers und seine Verpflichtung gegenüber der ganzen Gemeinde tatsächlich die einzige und letztlich bestimmende Begründung sein kann. Für diese Begründung gibt es ja keinen direkten Anhaltspunkt an den Bekenntnisschriften, sondern nur Schlußfolgerungen aus deren Intention (auch z.B. aus CA 14). Den — in der bisherigen Argumentation wohl erstmaligen — Versuch, das Problem direkt auf die Normen der Bekenntnisschriften zu beziehen, unternahm die EKD in ihrer Äußerung gegenüber dem Bundesverfassungsgericht. Der Rat der EKD berief sich aufgrund einer von der Kirchenkanzlei angefertigten Stellungnahme darauf, daß bei der Frage

^{36.} Vgl. die Zusammenfassung ebd. S. 62f.

der Kompatibilität die Fundamentaldefinition der Confessio Augustana Art. 5 und 7 tangiert werde, weil das geistliche Amt primär Verkündigungsamt sei. Damit ging er über die bis dato grundlegende Entschließung der EKD-Kirchenkonferenz vom 3. Mai 1949 (Abl. EKD 1949, S. 93) hinaus, die zwar die evangelischen Christen allgemein zu parteipolitischem Engagement aufgerufen, aber die Pfarrer aufgefordert hatte, "sich um der rechten Ausübung ihres Dienstes willen, den sie allen ohne Ansehen der parteipolitischen Zugehörigkeit schuldig sind, von der aktiven Beteiligung an Parlamenten und Parteien" fernzuhalten.

VOTUM DES RATES DER EKD

Vom 5. November 1975

Die gleichzeitige Wahrnehmung von geistlichem Amt und politischem Mandat ist aus Gründen des Glaubens und der Lehre abzulehnen, weil dadurch die Normen des geistlichen Amtes (Reinheit der Verkündigung und Dienst an der ganzen Gemeinde) verletzt sowie das Wesen des politischen Dienstes der Kirche verfälscht werden.

STELLUNGNAHME DER KIRCHENKANZLEI DER EKD (AUSZUG)

Vom 27. November 1975 37

Nach § 1 des Bremer Pfarrergesetzes vom 15. Februar 1955 ist das Amt des Pfarrers "seinem wesentlichen Inhalt nach Dienst am Wort und am Sakrament". Diese Bestimmung stimmt mit den Bekenntnissen und dem Stand der Lehre in den Gliedkirchen der Evangelischen Kirche in Deutschland überein. Zur Kompatibilität von geistlichem Amt und politischem Mandat sind von der kirchlichen Lehre über das geistliche Amt folgende Feststellungen zu treffen:

1. Das geistliche Amt ist seinem Wesen nach Amt der Verkündigung des Evangeliums (vgl. Confessio Augustana Art. 5). Nach Confessio Augustana Art. 7 ist die Reinheit der Verkündigung Wesensmerkmal der Kirche. Jede Verkündigung ist an die Heilige Schrift und an das Bekenntnis der Kirche gebunden. Aus dieser Bindung ist die Stellung des geistlichen Amtes in der Kirche und die Verpflichtung des Amtsträgers gegenüber dem Evangelium und der Gemeinde zu bestimmen.

2. In der Evangelischen Kirche in Deutschland ist unbestritten, daß der Dienst der Kirche und damit auch des in ihr geordneten geistlichen Amtes die politische Dimension des Menschen und des menschlichen Zusammenlebens mit erfaßt. Dieser politische Dienst der Kirche ist besonderer Art. Auf der einen Seite darf er sich nicht darauf beschränken, allgemeine sittliche Grundsätze zu vertreten. Auf der anderen Seite muß er sich davor hüten. in den Kompetenzbereich staatlicher Organe einzudringen. Dies geschieht immer dann, wenn kirchliche Organe und Amtsträger ohne zwingende Notwendigkeit unter Berufung auf den kirchlichen Auftrag für bestimmte politische Einzelentscheidungen optieren. Wohl soll der politische Dienst der Kirche möglichst konkret geschehen, um Gewissen beraten zu können. Das Maß der Konkretion ist aber gegenüber jeder Entscheidungsfrage neu zu bestimmen. Aus diesem Grund schließt das vom Wesen der Kirche her vertretbare Verständnis ihres politischen Dienstes eine Unabhängigkeit von parteipolitischer Bindung ein. Deswegen wird in den einschlägigen Gesetzen und Ordnungen innerhalb der EKD von den Trägern des geistlichen Amtes parteipolitische Zurückhaltung gefordert (vgl. auch die Stellungnahme des Rates der EKD zur Mitgliedschaft von Pfarrern in politischen Parteien vom 28. Mai 1973).

^{37.} Vollständiger Text ebd. S. 46ff. – Hier wird nur der theologische Teil abgedruckt, der dem Rat der EKD bei seinem Votum vorlag; vgl. die separate Veröffentlichung in LM 15, 1976, S. 103f.; EvK 10, 1976, S. 108f.

- 3. Indem die Kirche dieses Verständnis ihres politischen Dienstes wahrt, leistet sie einen wichtigen Dienst am politischen Gemeinwesen. Politische Entscheidungen ergeben sich aus der Arbeit geordneter staatlicher Organe. In einer repräsentativen parlamentarischen Demokratie ist dabei ein parteipolitisch bedingter Meinungsstreit unvermeidlich und legitim, der auf Entscheidungen für eine möglichst gute weltliche Ordnung für den Menschen zielt. Dieser Meinungsstreit droht aber zuzeiten zu einem Kampf um letzte Wahrheiten zu werden und damit das öffentliche Leben zu vergiften. Ein recht verstandener politischer Dienst der Kirche hat einer solchen Entwicklung entgegenzuwirken. Er wird beeinträchtigt, wenn ihre Amtsträger als Mandatsträger am parteipolitischen Meinungsstreit unmittelbar beteiligt sind.
- 4. Das geistliche Amt Predigtamt ist ein öffentliches Amt (vgl. Confessio Augustana Art. 14: "publice docere"), das seinen Träger als einen ordentlich berufenen Repräsentanten der Kirche gegenüber seiner Gemeinde legitimiert, das Amt auszuüben. Die öffentliche Wahrnehmung dieses Amtes ist nicht auf die Predigttätigkeit in Gottesdienst und Amtshandlungen beschränkt, sondern umfaßt das gesamte öffentliche Reden und Auftreten des Amtsträgers. Soweit ein Pfarrer durch sein Reden und Handeln am politischen Dienst der Kirche teilnimmt, darf er dies nur innerhalb der Grenzen, die diesem politischen Dienst vom Wesen der Kirche her gezogen sind, und in der Bindung an die Normen des geistlichen Amtes (Reinheit der Verkündigung und Dienst an der ganzen Gemeinde).
- 5. Der Träger des geistlichen Amtes unterliegt nicht nur den besonderen Rechten und Pflichten, die ihm dieses Amt gewährt oder auferlegt. Er nimmt im demokratischen Rechtsstaat gleichzeitig teil an den Rechten und Pflichten eines Bürgers. In der Wahrnehmung und Beanspruchung dieser Rechte und Pflichten bleibt er aber seinem geistlichen Amt verpflichtet. Sofern er von seinem Recht auf parteipolitische Betätigung und Ausübung eines parlamentarischen Mandats Gebrauch macht, gerät er in ein Spannungsfeld, auf dem eine Pflichtenkollision nahezu unausbleiblich ist, weil das geistliche Amt ihn zu parteipolitischer Unabhängigkeit verpflichtet. Durch eine öffentliche Betätigung für eine politische Partei und damit gegebene Festlegung ist er in dieser Unabhängigkeit gefährdet. Wenn auch eine Unterscheidung zwischen einem Verhalten im kirchlichen Amt und im parteipolitischen Einsatz theoretisch denkbar erscheint, so ist sie doch im praktischen Leben des Amtsträgers eine Überforderung. Auf keinen Fall läßt sich jene Unabhängigkeit noch glaubwürdig vertreten, wenn ein Amtsträger der Kirche ein parlamentarisches Mandat übernimmt. das ihn an eine politische Handlungsgemeinschaft bindet, die auf Lovalität ihrer Mitglieder angewiesen ist. Ein Amtsträger der Kirche, der gleichzeitig politischer Mandatsträger ist, setzt sich ständig der Versuchung aus, die Grenzen zwischen den in der Wahrnehmung politischer Verantwortung verschiedenartigen Verpflichtungen nicht mehr unterscheiden zu können. Es kommt im Ergebnis zu einer Vermischung, die nicht nur den besonderen politischen Dienst der Kirche verdirbt, sondern auch die parteipolitische Auseinandersetzung auf die Ebene des Kampfes um letzte Wahrheiten verschiebt,
- 6. Durch die gebotene parteipolitische Loyalität gerät der Amtsträger, der zugleich parlamentarischer Mandatsträger ist, als Prediger des Evangeliums in einen Konflikt, der sich aus dem Widerstreit zwischen ausschließlicher Bindung an die Normen der Verkündigung und der parteipolitischen Bindung ergibt. "Reine Predigt" des Evangeliums im Sinne der Confessio Augustana heißt für den Amtsträger, daß gemäß seiner Amtsverpflichtung die Norm für seine Stellungnahmen zu Glaubens- und Lebensfragen allein das Evangelium sein muß, wie es in der Bibel bezeugt, in die Bekenntnisse der Kirchen aufgenommen und in der theologischen Lehre auf die heutige Situation bezogen wird. Die innere Freiheit des Amtsträgers, sich allein nach dieser Norm zu richten, wird durch die aus der Mandatsübernahme folgende Loyalität gegenüber Programmen und Beschlüssen seiner Partei oder Fraktion beeinträchtigt. Nach außen hin gibt er durch diese Bindung begründeten Anlaß zu der Annahme, daß die Bindung an das Evangelium nicht mehr die alleinige Norm für sein Reden und Handeln als Amtsträger ist.

7. Der Träger des geistlichen Amtes ist allen Gliedern seiner Gemeinde bzw. allen Adressaten seines Dienstes in gleicher Weise verpflichtet und auf ihr Vertrauen angewiesen. Als Inhaber eines politischen Mandats kann er es nicht vermeiden, den Verdacht zu erzeugen,

daß auf seine kirchliche Amtsführung auch parteipolitische Bindungen und Interessen einwirken, so daß er nicht mehr uneingeschränkt und in gleicher Weise für alle da sein kann. Es besteht die Gefahr, daß seine Gemeinde sich in seine politischen Anhänger und Gegner spaltet und er dadurch die Vertrauensbasis für sein Wirken als unabhängiger Seelsorger der ganzen Gemeinde verliert. Dieser seelsorgerlich-praktische Aspekt ist nach evangelischer Lehre konstitutiver Bestandteil des Amtsverständnisses.

Schlußfolgerung

Die gleichzeitige Wahrnehmung von geistlichem Amt und politischem Mandat ist — entgegen der Begründung des Staatsgerichtshofs der Freien Hansestadt Bremen — "aus Gründen des Glaubens und der Lehre" abzulehnen, weil dadurch die Normen des geistlichen Amtes (Reinheit der Verkündigung und Dienst an der ganzen Gemeinde) verletzt sowie das Wesen des politischen Dienstes der Kirche verfälscht werden. Es werden Grenzen überschritten, die mit der Amtsverpflichtung gesetzt sind. Deshalb muß die Kirche für sich das Recht in Anspruch nehmen, in ihren Ordnungen für das geistliche Amt auf die Beachtung dieser Grenzen zu drängen und Grenzüberschreitungen entgegenzuwirken.

Diese Stellungnahme wurde in der öffentlichen Diskussion - wie angesichts der Polarisierung hinsichtlich der Beziehung von Ekklesiologie und politischer Ethik nicht anders zu erwarten war - teils begrüßt, teils aber auch heftig abgelehnt. Hier zeigte sich, wie schwierig die Differenzierung zwischen der politischen Dimension der kirchlichen Verkündigung und der politischen Bindung des Amtsträgers ist. Blankes Unverständnis für die Problematik äußerte die FDP-Politikerin und Bundestagsvizepräsidentin Lieselotte Funcke, Mitglied der EKD-Synode und der Kammer für Öffentliche Verantwortung, die zu dem maßgeblichen Autoren der FDP-Thesen über die Trennung von Staat und Kirche gehört hatte: "Ist denn Politik so böse, daß sie mit dem Pfarramt in der Gemeinde nicht vereinbar ist?" 38 Der SPD-Bundestagsabgeordnete und Pfarrer Udo Fiebig warf der EKD vor, hier eine lutherische Amtsauffassung zu vertreten, die dem Pfarrer "eine ganz herausgehobene Stellung in der Gemeinde" gebe, und zu unterstellen, "daß ein Pfarrer, der ein politisches Mandat habe, von vornherein nicht mehr auf dem Boden des Evangeliums stehe und von der Kanzel herab Parteipolitik betreibe" 39.

Ebenso argumentierte der schwäbische Pfarrer Karl-Hans Kern, seit 1967 Bundestagsabgeordneter der SPD, in einem Zeitungsartikel.

STELLUNGNAHME DES SPD-MDB PFARRER K.-H. KERN (AUSZUG)

Vom 5. März 1976 40

Entweder ist die Politik ein so schmutziges Geschäft, daß sich alle Christen daraus zurückziehen müssen, oder es gibt eine gemeinsame Verantwortung der Christen auch in der Politik.

Eine Einteilung, nach der die Pfarrer zu schade sind für das schmutzige Geschäft und daher "nur die Laien" sich die Hände schmutzig machen sollen, ist theologisch nicht zu begründen. Es geht nicht, das geistliche Amt und den geistlichen Amtsträger so der Welt

^{38.} epd-ZA Nr. 28 vom 10.2.1976.

^{39.} epd-ZA Nr. 26 vom 6.2.1976.

^{40.} Deutsche Zeitung Christ und Welt vom 5.3.1976, S. 20.

zu entziehen, wie es in der Stellungnahme der Kirchenkanzlei geschieht. Um Mißverständnissen vorzubeugen, muß ich sagen, daß ich es nicht für möglich halte, neben einem Bundestagsmandat von 80 bis 120 Wochenstunden auch noch ein Gemeindepfarramt zu versehen. Aus praktischen Gründen geht beides zugleich nicht. Aber nicht wie die Kirchenkanzlei meint – aus theologischen Gründen ...

Daher kann dieser Streit nur mit juristischen und nicht mit theologischen Kriterien entschieden werden. Es geht also um das Organisationsrecht der Kirche, nicht um Glau-

be und Lehre der Kirche ...

Die Kirchenkanzlei der EKD veröffentlicht eine "theologische Stellungnahme", in der dem politisch tätigen Pfarrer Grenzüberschreitungen unterstellt werden, es wird jedoch nicht gesagt, von welcher Grenze dabei die Rede ist. Die "theologische Stellungnahme" mag von der Prozeßlage her begründet sein, mit evangelischer Theologie hat sie jedoch recht wenig zu tun.

In der "Süddeutschen Zeitung" wies deren juristischer Redakteur Dr. Robert Leicht in einem ausführlichen Leitartikel auf die verfassungspolitische Problematik der EKD-Stellungnahme hin.

R. LEICHT: "VOLKSVERTRETER AUF DER KANZEL?" 41

Diese ins Prinzipielle gehobene Auseinandersetzung könnte – so einfach das sachlich wie personell recht begrenzte Problem in der Praxis zu regeln wäre – auf lange Sicht sowohl für die evangelische als auch für die katholische Kirche recht brisant werden. Denn im Grunde geht es um die Frage, ob innerkirchliche Regelungen imstande sind, grundrechtsähnliche Garantien des staatlichen Verfassungsrechts zu verkürzen ...

Die gewissermaßen amtstheologische Argumentation stellt den allumfassenden vielseitigen geistlichen Auftrag des Pfarrers gegen eine allumfassende einseitige politische Verpflichtung des Mandatsträgers. Aber einmal abgesehen davon, ob ein solches Argument ausreicht, Verfassungsrecht außer Kraft zu setzen, wäre einmal näher zu überlegen, ob es überhaupt in sich schlüssig ist. Man kann gar nicht bestreiten, daß Parteipropaganda von der Kanzel unerträglich wäre. Nur: Wer sagt denn, daß die Übernahme eines durch eine Partei vermittelten Mandats den Inhaber zur Borniertheit und Einseitigkeit verpflichtet? Die Argumentation der Amtskirche stilisiert zunächst die politische Loyalität zu einer Bindung ähnlicher Intensität und Ausschließlichkeit, wie sie der Glaubensentscheidung entspricht, um hernach beide gegeneinander auszuspielen — und dies im Gegensatz zur Verantwortung der Abgeordneten gegenüber allen Wählern ...

Vor allem aber müßte die Amtskirche die Vermutung ausräumen, daß es ihr in Wirklichkeit gar nicht nur um die angeblich unaufhebbare Pflichtenkollision eines solchen Pfarrers geht. Sie befürchtet wohl auch, daß die traditionelle "volkskirchliche" Gemeinde einer Herausforderung, wie sie ein Mandatsträger auf der Kanzel zweifellos darstellen würde, nicht gewachsen wäre. Aber Angst ist immer ein schlechter geistlicher Ratgeber!

Leicht macht in diesem Zusammenhang auch auf die Problematik der kirchlichen Regelungen aufmerksam, die ein kommunalpolitisches Mandat von der Inkompatibilität ausnehmen. Die Begründung, daß die Kommunalpolitik weniger parteipolitisch polarisiert und stärker an den Sachfragen orientiert sei, stellte er durch den zutreffenden Hinweis in Frage, daß "gerade die in der Kommunalpolitik vorherrschende räumliche und sachliche Problem- und Interessennähe … den Mandatsträger viel häufiger in den Zwang dezidierter Stellungnahme" bringe. Wenn es der EKD und ihren Gliedkirchen um die Freiheit

^{41.} Süddeutsche Zeitung vom 27.4.1976, S. 4.

des politischen Dienstes der Kirche geht, wird man in der Tat diese Inkonse-

quenz schleunigst beseitigen müssen.

Das Bundesverfassungsgericht gab am 21. September 1976 der Beschwerde der Bremer Kirche statt und hob das Urteil des Staatsgerichtshofes auf. Seine Urteilsbegründung ist vor allem in staatskirchenrechtlicher Hinsicht bemerkenswert, weil sie eine weitgehende Auslegung von Art. 140 GG, betreffend die Selbständigkeit der Kirche, gibt. Dies dürfte die weitere Diskussion über die Stellung der Kirchen in der Bundesrepublik nachhaltig bestimmen. Hier wird nur auf die für diesen Bericht einschlägige Thematik eingegangen. Anders als der Bremer Staatsgerichtshof hat das Bundesverfassungsgericht nicht eine eigene Würdigung des theologischen Sachverhalts, der der kirchlichen Regelung zugrunde liegt, abgegeben, sondern sich — wie verfassungsrechtlich geboten — darauf beschränkt, die Stellungnahme der evangelischen Kirche, daß es um eine Frage des Glaubens und der Lehre ginge, zu akzeptieren. Demgemäß stellte das Gericht fest, daß die Autonomie der Kirche bei der Ausgestaltung des geistlichen Amtes Vorrang habe gegenüber einer extensiven Interpretation der "Schrankenklausel". Eine Abgeordnetenbehinderung liege nicht vor.

BESCHLUSS DES BUNDESVERFASSUNGSGERICHTS (AUSZUG)

Vom 21. September 1976 42

Erforderlich ist also, damit der Anwendungsbereich des Art. 48 GG berührt wird, ein Verhalten, das die Übernahme oder Ausübung des Abgeordnetenmandats erschweren oder unmöglich machen soll. Die mit dieser Intention gesetzte Erschwerung oder Verhinderung wird von Verfassungs wegen verboten, nicht aber eine in eine ganz andere Richtung zielende Handlung, die nur unvermeidlicherweise die tatsächliche Folge oder Wirkung einer Beeinträchtigung der Freiheit, das Mandat zu übernehmen und auszuüben, hat — wie sie viele andere faktische Umstände auch nach sich ziehen ... Die in Rede stehende kirchengesetzliche Regelung wird nicht im entferntesten durch die Intention getragen, den Abgeordnetenberuf zu erschweren. Die Begründung zum Gesetz läßt das Gegenteil erkennen. Die Rich-

tung, in die die Regelung zielt, ist: Das geistliche Amt soll nicht leiden ...

Es gibt kaum eine Angelegenheit, die die Kirchen nach ihrem Selbstverständnis eigenständig zu ordnen berufen sind, die nicht auch einen gesellschaftspolitischen Aspekte hätte. Und es gibt deshalb auch kaum eine Regelung, die nicht mit Auswirkungen "hinübergreift" in einen Bereich des Öffentlichen, des Gesellschaftlichen, also in den Bereich, innerhalb dessen der Staat ordnen kann. Gerade die etwa für die christlichen Kirchen nach ihrem Selbstverständnis wesentlichen Dinge, insbesondere ihr von Christus stammender Auftrag (Lehre, Predigt und Sakramentenspendung; Heilsdienst an der Welt) und ihre Struktur, bedürfen der rechtlichen Ordnung. Und diese hat natürlich ihre Wirkungen, ihre Berührung mit der staatlichen Ordnung und kann dennoch gerade nicht durch die staatliche Ordnung begrenzt werden, es sei denn um den Preis der Abhängigkeit der kirchlichen Ordnung von der staatlichen Ordnung. Selbst ein so spezifisch kircheninternes Institut wie die Beichte hat seine Berührung mit dem staatlichen Rechtskreis; nach Kirchenrecht gilt für den Seelsorger das unverbrüchliche Gebot des Beichtgeheimnisses. Darauf nimmt heute das einfache staatliche Gesetz Rücksicht, indem es dem Seelsorger ein Zeugnisverweigerungsrecht gibt. Aber dem Staat wäre verwehrt, dieses Zeugnisverweigerungsrecht zurückzunehmen und dadurch der kirchlichen Regelung eine Schranke zu setzen mit dem Ergebnis, daß der Seelsorger rechtlich verpflichtet wäre, wie Jedermann als Zeuge im Prozeß zu erscheinen und das Beichtgeheimnis preiszugeben.

^{42.} Vollständiger Text bei Dahrmann (s. Anm. 30), S. 204-227.

Im vorliegenden Fall geht es um eine kirchenrechtliche Regelung eines für die Kirche ganz zentralen Sachverhalts, um die rechtliche Folgerung aus dem Verständnis vom kirchlichen Amt. Hier wird die Kirche durch eine Regelung im staatlichen Recht nicht betroffen wie der Jedermann, sondern in ihrem spezifischen Anderssein. § 1 BremKG enthält eine Regelung, die aus dem Selbstverständnis der Kirchen folgt (vgl. z.B. Thielicke, Theologische Ethik, III. Band, Nr. 1663f.; K. Barth, Die Ordnung der Gemeinde 1955; Grundmann in der Festschrift für Joh. Heckel, S. 144ff.). Die evangelische Kirche unterscheidet das geistliche Amt in einem abstrakten Sinn als Auftrag des Herrn und Dienst am Wort Gottes, die rechtliche Grundlage und rechtliche Umhegung als äußere Voraussetzung für die Ausübung des Amtes: das Dienstverhältnis, und schließlich das konkrete Amt, das innerhalb des Dienstverhältnisses durch Einführung übertragen wird: das Amt des Pfarrers einer Gemeinde (vgl. § 1 Pfarrergesetz der Bremischen Evangelischen Kirche vom 25. Februar 1955, Abl. EKD S. 166); im konkreten Amt des Pfarrers wirkt sich das geistliche Amt im erstgenannten Sinn, der Auftrag und Dienst nach der Lehre der Kirche, aus: die Seelsorge, die Predigt, die Spendung der Sakramente und die Werke der Diakonie; Pfarrer sein heißt für die Kirche, sich ungeteilt dem Auftrag des Herrn, dem Dienst am Wort Gottes widmen, heißt allen Gliedern der Gemeinde gleich nahestehen. Die Fülle dieser Pflicht aus dem geistlichen Amt läßt sich nicht rechtlich normieren. Das Recht (d.h. die rechtliche Regelung des Dienstverhältnisses) hat insoweit die Funktion einer "flankierenden Maßnahme", nämlich die ungestörte Erfüllung des geistlichen Dienstes zu schützen und Gefährdungen und Behinderungen, die den Pfarrer bei der Ausübung seines Dienstes bedrängen können, abzuwehren. Das Recht mag insoweit mehr oder weniger der ihm zukommenden Funktion Genüge tun; aber was immer es zum Schutz des Amtes zu regeln unternimmt, ist nach Auffassung der Kirche vom Amt her "gefordert". Es gehört also zu den ganz wesentlichen Anliegen der Kirche, daß der Pfarrer sich seinem frei gewählten Dienst in der Kirche ungeteilt widmet und nicht neben dem kirchlichen Amt des Pfarrers das für die Gesellschaft sehr wichtige und nicht minder Zeit und Kraft raubende Amt im öffentlichen Leben des verfaßten Staates als Abgeordneter in einem Landes- oder im Bundesparlament ausübt und daß der Pfarrer nicht parteipolitische Aktivität entwickelt, die innerhalb der Gemeinde je nach der Nähe des Gemeindemitglieds zu der einen oder anderen politischen Partei Zustimmung oder Ablehnung erfährt und damit in der Regel Spannung in die Gemeinde hineinträgt.

Es kommt nicht darauf an, ob diese Unvereinbarkeit von kirchlichem und weltlichem Amt objektiv in jedem Fall, in dem ein Pfarrer Abgeordneter im Parlament wird, besteht oder nicht; es kommt vor allem nicht darauf an, ob dem Gericht einleuchtet, daß die Kirche um ihrer Glaubwürdigkeit und der Glaubwürdigkeit ihrer Diener willen die gleichzeitige Wahrnehmung von Pfarr- und Abgeordnetenmandat ausschließt; es kommt nur darauf an, daß die Kirche diese Regelung als von ihrem Selbstverständnis gefordert für nötig hält. Und das kann nicht bezweifelt werden, wenn, wie die Evangelische Kirchenkanzlei dargelegt hat, so gut wie alle evangelischen Kirchen in der Bundesrepublik Deutschland in der einen oder anderen Form Vorsorge getroffen haben, daß beide Ämter, das des Pfarrers

und das des Abgeordneten, nicht gleichzeitig ausgeübt werden können.

Bei der kirchenrechtlichen Regelung, die dem eben dargelegten Zweck dienen soll, hat sich die Bremische Evangelische Kirche ein hohes Maß von Zurückhaltung auferlegt: Sie fordert nicht die Wahl zwischen geistlichem Amt und weltlichem Amt, sondern beläßt dem Pfarrer, der ein Abgeordnetenmandat wahrnimmt, sein Pfarramt. Nur die aus dem Dienstverhältnis fließenden Funktionen ruhen. Es bleiben ihm ungekürzt die aus dem (abstrakten) Amt herrührenden Kompetenzen, wo immer er (außerhalb des Gemeindedienstes) darum gebeten wird, zu predigen und die Sakramente zu spenden. Dazu benötigt er (wie auch der amtierende Pfarrer außerhalb seiner Gemeinde) nur die Zustimmung der zuständigen Kirchenbehörde, die ihm nach allgemeinen für jeden Pfarrer geltenden Grundsätzen erteilt wird (das sog. Dimissoriale). Davon abgesehen wird ihm nicht etwa die mit seinem Amt verbundene Besoldung vorenthalten, sie erfährt nur eine Kürzung, die mehr als wettgemacht wird durch die mit dem Abgeordnetenmandat verbundene Entschädigung (vgl. § 2 BremKG). Das Kirchengesetz verzichtet schließlich darauf, die Inkompatibilität auszudehnen auf den Fall, daß der Pfarrer in eine kommunale Vertre-

tung gewählt wird. Daraus läßt sich nicht schließen, daß die Regelung des § 1 BremKG nicht vom evangelischen Kirchenverständnis her gefordert sei. Es liegt vielmehr näher anzunehmen, daß hier die Kirche etwas "toleriert", was "an sich" mit dem vom Kirchenverständnis her Geforderten nicht vereinbar ist. Insofern ist auch dies ein Ausdruck der "Großzügigkeit", der Zurückhaltung gegenüber dem Staat und seinen Gemeinwohlinteressen …

§ 1 BremKG regelt also eine innere Angelegenheit der Kirche, die jedenfalls keine unmittelbare Rechtswirkung – allenfalls eine mittelbare faktische Wirkung – im staatlichen Zuständigkeitsbereich entfaltet. Ihr steht also eine Schranke des für alle geltenden Gesetzes nicht entgegen.

A. v. Campenhausen hat die Bedeutung des Urteils u.a. auch darin gesehen, daß es ein Anstoß sein könnte, das Selbstverständnis der Kirche zu klären, "damit der Unterschied zwischen dem kirchlichen Auftrag einerseits und der politischen Verantwortung der Christen andererseits deutlicher wird"⁴³. Dem ist zuzustimmen, wenn nicht daraus die fatale Konsequenz gezogen wird, beides sachlich zu trennen. Der Rechtsstreit ging um die Freiheit des geistlichen Amtes – nicht vom politischen Handeln, sondern zur rechten Wahrnehmung des Auftrags der Kirche, der immer auch die politische Dimension einschließt.

^{43.} A. v. Campenhausen: Schutz des geistlichen Amtes, LM 15, 1976, S. 625f.

2. Diakonie

Von Heinrich-Hermann Ulrich

1. ALLGEMEINE ENTWICKLUNG

a) Soziale Aspekte der Gegenwart

Der australische Biologe Charles Birch hat in seinem Referat "Schöpfung, Technik und Überleben der Menschheit" auf der Weltkirchenkonferenz in Nairobi im November 1975 unsere Welt mit einer "Titanic auf Kollisionskurs" verglichen, wobei der vor uns liegende Eisberg eine kritische Masse aus "Rohstoffverknappung, Umweltverschmutzung und Verschlechterung der Lebensqualität" darstellt, die verheerende Wirkungen haben kann. Führt man diesen Vergleich weiter, so wird man sagen können, daß die unsichtbaren Teile des Eisbergs — "der Zerfall der sozialen, politischen und wirtschaftlichen Strukturen" und "die geistige Desorientierung über den Sinn des Lebens" — das Schiff unserer abendländischen Gesellschaft offenbar schon gestreift und zum Beben gebracht haben. Jedenfalls hat es den Anschein, daß der Schock der Ölkrise an der Jahreswende 1973/74 tief sitzt und eine Finanz- und Wirtschaftskrise ausgelöst hat, die eine spürbare Erschütterung des politischen und wirtschaftlichen Gefüges unserer Gesellschaft bedeutet.

Ein deutliches Signal in dieser Richtung ist vor allem die Zahl von fast einer Million Arbeitslosen und die Aussicht, daß ein erheblicher Teil dieser Ziffer strukturellen, d.h. dauerhaften Charakter haben wird. Der Wohlstand in Deutschland ist mithin fragwürdiger, als man im allgemeinen anzunehmen pflegt, wie der rheinland-pfälzische Sozialminister Dr. Heinrich Geissler in einer 1975 erschienenen Dokumentation dargestellt hat. Danach ist der Sozialhilfeaufwand der Bundesrepublik von ca. 5.7 Millarden DM (1973) in nur einem Jahr auf ca. 7.1 Milliarden DM (1974) gestiegen, d.h. um über 25%. Rund zwei Millionen Haushalte mit 5,8 Millionen Personen - das sind 9% aller Haushalte in der Bundesrepublik - lagen mit ihrem monatlichen Nettoeinkommen im Jahr 1974 unter den Bedarfssätzen der Sozialhilfe. Natürlich sind es Minderheiten, um die es sich hier handelt: Rentner, ältere Frauen, Behinderte, Dauerkranke und kinderreiche Familien. Doch in ihrer Summierung ergeben sie eine stattliche Zahl. Nimmt man die Kostenexplosion im Gesundheitswesen hinzu sowie die Unsicherheit. die durch die Diskussion über die künftige Rentengestaltung entstanden ist, so muß man mit einem Kumulationseffekt rechnen, der sich nicht nur im psychologischen, sondern auch im sozialen Bereich spürbar auswirkt.

Symptomatisch für diese Entwicklung mag die Tatsache sein, daß in letzter Zeit die Zahlen der Nichtseßhaften, der Süchtigen, der psychisch Kranken und der Lebensmüden auffällig in die Höhe geschnellt sind. Allein im Jahr 1974 stieg die Ziffer der zentral gemeldeten Nichtseßhaften um 30%, das sind 13000 Menschen. In gleicher Weise mußte eine rasche Zunahme der Alkoholismus registriert werden, besonders bei Jugendlichen. Wie breit der Strom psychischer Störungen und Erkrankungen ist, zeigt nicht zuletzt das Ergebnis

der Enquête zur "Lage der Psychiatrie in der Bundesrepublik", die 1975 veröffentlicht wurde. Demnach erkranken jährlich rund eine Million Bundesbürger wegen seelischer Krisen, davon 200 000 so schwer, daß sie klinisch behandelt werden müssen. 13 000 begehen jährlich Selbstmord. Insgesamt gehören 10–15% der Bevölkerung zu den psychisch Erkrankten, eine erschütternd hohe Zahl, die von der Statistik der Telefonseelsorge bestätigt wird.

b) Sicherung des sozialen Rechtsstaates

Für die Diakonie bedeutete diese psychische und soziale Situation, wie sie sich 1975 dargestellt hat, eine nachhaltige *Herausforderung*, bei deren Annahme und Bewältigung sie sich im Bunde wußte mit allen, die an der Sicherung des sozialen Rechtsstaates arbeiten.

In diesem Sinne hat der Präsident des Diakonischen Werkes der EKD, Dr. Theodor Schober, in seinem Bericht vor der EKD-Synode in Freiburg (1.-7.11.1975) eine ebenso erfreuliche wie eindrucksvolle Bilanz aus den drei Jahrzehnten der Nachkriegszeit gezogen: "Der wirtschaftliche Aufstieg wurde genutzt, aber auch die Ausformung eines freiheitlichen sozialen Rechtsstaates und die von Jahr zu Jahr wachsende finanzielle Potenz unserer Kirche. Dies alles hat zusammengewirkt, um die Entfaltung unserer Diakonie im In- und Ausland und auf fast allen Arbeitsfeldern zu fördern ... Seitdem stieg z.B. die Zahl der hauptamtlichen Mitarbeiter in der Diakonie um über 60% an, die Zahl der Betten in unseren Altenheimen um fast 75%, die Zahl der Kindergartenplätze ebenfalls um 75% ... Damit ist zugleich die Zeit nennenswerter Ausweitung der Diakonie, jedenfalls im Grundsatz, abgeschlossen."

Das Verhältnis von öffentlicher und freier Sozialarbeit im Rahmen des sozialen Rechtsstaates ist, wie aus diesem Bericht hervorgeht, konstruktiv. Doch ist es auch 1975 nicht frei von Konflikten und Auseinandersetzungen gewesen. Dies zeigte sich besonders in der Diskussion um das sogenannte "Regionalprinzip", das eine "bürgernahe" und "flächendeckende" Versorgung aller Bundesbürger, die auf soziale und pflegerische Hilfe Anspruch haben, verwirklichen soll.

Das Diakonische Werk hat dazu – speziell im Blick auf die Behindertenhilfe, doch mit gleicher Konsequenz auch für alle übrigen Arbeitsbereiche – eine Stellungnahme erarbeitet, in der die bürgernahe und flächendeckende Versorgung grundsätzlich bejaht wird. Allerdings wird davon ausgegangen, daß die "Gewährleistung eines pluralen Angebots" und damit die "Einbeziehung aller Einrichtungen, Maßnahmen und Dienste der Diakonie in ein auf den regionalen Bedarf abgestimmtes Hilfesystem" gesichert ist. "Bundeseinheitliche Normen" dürfen dabei nicht vom Staat vorgegeben werden, sondern müssen Ergebnis eines Zielsetzungsprozesses aller Beteiligten" sein. Das "zentrale Planungssystem der öffentlichen Hand", wie es gelegentlich in dirigistischer Weise praktiziert wird, wird damit einer deutlichen Kritik unterworfen, und es wird stattdessen ein "dezentralisiertes Planungsverfahren" gefordert, in das alle Beteiligten einbezogen werden.

Was die Zusammenarbeit im Rahmen der Bundesarbeitsgemeinschaft der Freien Wohlfahrtspflege anbetrifft, so haben sich gemeinsame Stellungnahmen in Konfliktfeldern nicht immer erreichen lassen. Doch hat sich die Zusammenarbeit gefestigt, insbesondere mit der Caritas der Katholischen Kirche.

Bedeutsam war in diesem Zusammenhang die Erarbeitung von Grundsätzen über die "Ökumenische Zusammenarbeit und Zusammenarbeit mit nichtkirchlichen Trägern im Bereich sozialer Einrichtungen und Maßnahmen", die der Deutsche Caritasverband im Auftrag

der Deutschen Bischofskonferenz und in Zusammenarbeit mit dem Diakonischen Werk 1975 aufgestellt und herausgegeben hat. Die Diakonische Konferenz hat diese Grundsätze auf ihrer Tagung vom 6. bis 9.4.1975 in Kaiserswerth als Ausgangspunkt weiterer Verhandlungen bezeichnet mit dem Ziel, "die Grundsätze einer profilierten und gemeindebezogenen sozialen Arbeit der beiden Kirchen und einer sinnvollen Kooperation auf allen Ebenen so in die Praxis zu übertragen, daß gewachsene Zusammenarbeit nicht gestört wird, daß vorhandene Unterschiede in der Grundrichtung der Arbeit nicht überspielt werden und daß die Kooperation mit allen anderen Verbänden der freien Wohlfahrtspflege weitere Förderung erfährt".

c) Diakonie in der Öffentlichkeit

Daß der Stellenwert der Diakonie in der Öffentlichkeit einen höheren Rang erreicht und sich im Spektrum der gesamtkirchlichen Dienste weiter gefestigt hat, ist hauptsächlich zwei sich ergänzenden Faktoren zuzuschreiben: der allgemeinen Aufgeschlossenheit für soziales Handeln und der zunehmenden Bereitschaft der Medien, die weitgefächerten Dienste der freien Wohlfahrtspflege als notwendige, unverzichtbare Angebote an die Gesellschaft publizistisch herauszustellen.

Im Berichtsjahr gab es deshalb wieder eine Vielzahl von Veröffentlichungen in der Presse und von Sendungen in Funk und Fernsehen. Über einen Ausschnittdienst wurden 27 000 Abdrucke von Einzelmeldungen oder Berichte über diakonische Aktivitäten im Bundesgebiet und in West-Berlin registriert. Diese spiegelten nicht nur den Alltag der Diakonie wider, sie zeigten auch Probleme auf, die zu meistern gemeinsame Sache von öffentlicher und freier Wohlfahrtspflege ist. Die beiden zentralen Informationsdienste "Diakonie aktuell" und "Diakonie Korrespondenz" waren maßgeblich an dieser Nachrichtenvermittlung beteiligt und erwiesen sich dabei als effizienter Kommunikationsfaktor.

Ab. 1.1.1975 erschienen die beiden zentralen Zeitschriften "DIAKONIE" und "diakonie report" in neuem Gewande. Die Neugestaltung erwies sich als richtig, insbesondere für die "DIAKONIE", die in kurzer Zeit ihre Abonnentenzahl um 80% steigern konnte.

Die 4. bundesweite PR-Aktion "Monat der Diakonie" im September 1975 hatte wieder eine weite Wirkung. Sie stellte schwerpunktartig drei diakonische Aufgabenbereiche heraus: Alte Menschen in ihrer Häuslichkeit, alkoholkranke Jugendliche und Nichtseßhafte. Mit einem breit angelegten Instrumentarium wurden an verschiedene Zielgruppen Informationen über diese drei unterschiedlichen Gruppen in unserer Gesellschaft gestreut mit dem Ziel, Vorurteile abzubauen und Mitbürger zu einem partnerschaftlichen Verhalten zu ermutigen.

Auf dem Kirchentag 1975 in Frankfurt/M. war die Diakonie mit einem Informationszentrum präsent, in dem die Bereiche Alte Menschen, Behinderte, Gefährdete (Straffällige, Nichtseßhafte, Suchtkranke u.ä.), Junge Menschen (Adoptionshilfe u.ä.), Ausländische Arbeitnehmer. Kranke und Brot für die Welt dargestellt wurden.

Die begonnene Broschürenreihe über diakonische Arbeitsbereiche wurde im Berichtsjahr mit Broschüren über Jugendliche Ausländer, Straffällige, Psychisch Kranke, Alte Menschen und Umsiedler fortgesetzt.

2. THEOLOGISCHE AUFGABEN UND PROBLEME

Auf der 12. Internationalen Konferenz der Vereinigung DIAKONIA, an der 500 Diakonissen aus aller Welt teilnahmen, hielt der Präsident des Diakonischen Werkes der EKD, Dr. Theodor Schober, am 25.7.1975 in Bethel ein Referat

über das Thema "Evangelium leben in einer zerbrochenen Welt", in dem er ausführte, daß Diakonie nicht nur eine kirchliche Funktion sei, sondern daß das Hilfehandeln der Diakonie auch ständig "durch das Evangelium qualifiziert" werden müsse: "Diakonie soll die Teilhabe am Versöhnungs- und Befreiungswerk Gottes in Christus deutlich machen. Sie ist nicht nur Zeugnis von Gottes barmherziger, sondern auch von Gottes befreiender Liebe. Sie hat den Auftrag, die personalen Bezüge zu stärken und die Ganzheitlichkeit des Menschen auch darin ernst zu nehmen, daß sie viele Entfaltungsmöglichkeiten seiner Gaben zugunsten anderer anbietet."

Eine starke Unterstreichung erfuhren diese Gedanken auf der Weltkirchenkonferenz in Nairobi 1975. Die Linien, die in Bangkok 1973 und Lausanne 1974 über die unauflösliche Zusammengehörigkeit von Evangelisation und sozialem Handeln angelegt waren, wurden aufgenommen und weitergeführt, ge-

wiß nicht ohne Korrekturen, aber doch in gleicher Intention.

Dabei wurde besonders beachtet, was Bischof Mortimer Arias von der Evangelisch-methodistischen Kirche in Bolivien zum Konzept des ganzheitlichen Handelns sagte: "Wahrhafte Evangelisation ist ganzheitlich: das ganze Evangelium für den ganzen Menschen und für alle Menschen. Adressat der Evangelisation ist der Mensch in seiner Ganzheitlichkeit: in seiner Individualität und Sozialität, in Leib und Geist, in Zeitlichkeit und Ewigkeit. Wir nehmen die Auffassung nicht hin, daß Evangelisation allein Rettung der Seelen und ausschließlich Suche nach einem besseren Jenseits für den einzelnen sei … Wir nehmen es auch nicht hin, daß das Evangelium schlechthin auf ein Dienst- oder soziales Entwicklungsprogramm reduziert wird. Wahrhafte Evangelisation ist leibhaftig: sie ist Verkündigung in Worten und Werken und in einer konkreten Situation."

Als eine Zusammenfassung der gegenwärtigen Konzeption diakonischer Arbeit verabschiedete die Diakonische Konferenz auf ihrer Tagung vom 6. bis 9.4.1975 in Kaiserswerth "Leitlinien zum Diakonat" zusammen mit Empfehlungen für einen Aktionsplan. Ziel dieser Leitlinien ist die dem Evangelium gemäß gestaltete Präsenz der Gemeinde im sozialen Bezugsfeld.

LEITLINIEN ZUM DIAKONAT

Vom 9. April 1975

Vorwort

Veranlaßt durch die schnellen und weitreichenden Veränderungen im gesamten Sozialwesen, die auch in der Diakonie zu neuen Entwicklungen, neuen Arbeitsfeldern und neuen Berufen geführt haben, hat sich die Diakonische Konferenz mit der Frage befaßt, welche personellen und strukturellen Konsequenzen sich daraus für die Ordnung der diakonischen Arbeit ergeben.

Dabei war einerseits zu beachten, daß die Diakonie aufgrund ihrer Geschichte eine größere organisatorische Vielfalt aufweist als andere Arbeitsfelder der Kirche. Andererseits hat sich gezeigt, daß die Zugehörigkeit der Diakonie zum Gesamtauftrag der Kirche die verschieden geprägten Gliedkirchen und Diakonischen Werke vor gleichartige Probleme und Aufgaben stellt.

Deshalb hat die Diakonische Konferenz "Leitlinien zum Diakonat" erarbeitet, die einen Rahmen für die Entwicklung künftiger Strukturen, Gesetze und Ordnungen bieten.

Die Leitlinien erheben nicht den Anspruch, erschöpfende theologische Aussagen zu machen, auch können sie Kirchengesetze nicht ersetzen. Sie werden den Kirchen und

ihren Diakonischen Werken übergeben mit der Bitte um Berücksichtigung bei ihrer eigenen Arbeit an den Fragen des Diakonats.

1. Allgemeine Aspekte

- 1.1. Die Kirche steht unter dem Auftrag, durch ihre Verkündigung, durch ihr Sein und Handeln, die im Evangelium von Jesus Christus bezeugte Liebe Gottes der Welt mitzuteilen.
- 1.2. In Verantwortung für das Evangelium sind verschiedene Dienste eingesetzt, die gemeinsam das eine gegliederte Amt der Kirche bilden. Diesem fällt die Aufgabe zu, die der Gemeinde verliehenen Gaben zur Entfaltung zu bringen.

1.3. Diakonie ist Präsenz der Gemeinde im sozialen Bezugsfeld. Um diese Präsenz dem

Evangelium gemäß zu gestalten, bildet die Gemeinde den Diakonat.

1.4. Der Diakonat braucht auf allen Ebenen des kirchlichen Lebens (Gemeinde, Kirchen-

bezirk, Landeskirche) für seinen Dienst den notwendigen Entfaltungsraum.

1.5. Weil das Verhalten der Gemeinde zu ihrer Umwelt vom Evangelium bestimmt ist, ist sie jedermann verpflichtet. Bei aller Abgrenzung gegenüber anderen Heilslehren ist Diakonat darum offen für die Zusammenarbeit mit anderen Gruppen im sozialen Bezugsfeld, die dem Wohl des Menschen dienen.

2. Strukturelle Aspekte

2.1. Die Ortsgemeinde

2.1.1 Jede Gemeinde sollte prüfen – gegebenenfalls in Zusammenarbeit mit anderen Gemeinden –, welche diakonischen Aktivitäten und Einrichtungen, Mitarbeiter und Dienste in ihrer Mitte vorhanden sind und gebraucht werden. Notwendig ist eine sinnvolle Zuordnung und Unterstützung.

2.1.11 Zu den hauptberuflichen – voll- und teilzeitbeschäftigten – Mitarbeitern im Diakonat der Gemeinde zählen z.B.: Krankenschwester, Familien- und Altenpflegerin, Dorfhelferin, Erzieherin, Sozialpädagoge, Sozialarbeiter, Gemeindehelferin, Diakon und Dia-

konisse.

2.1.12 Dienstgruppen sind notwendig, die bestimmte Bereiche diakonischer Arbeit wahrnehmen: Kranken- und Altenhilfe, Besuchsdienst und Nachbarschaftshilfe, Behinderten- und Problemgruppenhilfe, oekumenische Diakonie u.a.m.

2.1.13 Fachleute, die zur Gemeinde gehören und deren Beruf für eine diakonische Tätigkeit von Bedeutung ist, sollten gebeten werden, sich als ehrenamtliche oder neben-

berufliche Mitarbeiter zur Verfügung zu stellen.

2.1.2 Das Leitungsgremium der Gemeinde (Kirchenvorstand, Kirchengemeinderat, Presbyterium) beruft den Diakonieausschuß. Ihm sollen angehören: Mitarbeiter nach Ziff. 2.1.11-2.1.13, ein Mitglied des Kirchenvorstandes (2.1.31) sowie Vertreter sozialer und diakonischer Einrichtungen und Aktivitäten.

2.1.21 Der Diakonieausschuß ist dem Leitungsgremium der Gemeinde verantwortlich. Er hat die Aufgabe, die in der Gemeinde vorhandenen Gaben und Kräfte für den Diakonat zu entdecken, zu gewinnen, zuzurüsten und zum Einsatz zu bringen. Er geht den sozialen Notständen in der Gemeinde nach, sorgt für die notwendigen Fachkräfte sowie für die Bildung von Dienstgruppen und begleitet sie in ihrem Dienst (vgl. Ziff. 2.1.11-2.1.13).

2.1.22 Der Diakonieausschuß bemüht sich um Kontakt mit den örtlichen Trägern der öffentlichen und freien Wohlfahrtspflege und anderen sozial tätigen Gruppen sowie mit übergemeindlichen diakonischen Stellen und Einrichtungen. Er setzt sich dafür ein, daß die notwendigen Mittel im Haushaltsplan der Gemeinde zur Verfügung gestellt werden.

2.1.3 Das Leitungsgremium soll funktional gegliedert werden. Dabei sind möglichst viele Mitglieder des Kirchenvorstandes an der Mitverantwortung für verschiedene Bereiche

des Gemeindelebens zu beteiligen.

2.1.31 Ein Mitglied des Leitungsgremiums ist in besonderer Weise für den diakonischen Bereich verantwortlich. Dieses Mitglied (z.B. Diakoniepresbyter in Rheinland und West-

falen) sorgt dafür, daß der Diakonieausschuß bei der Beratung von diakonischen Fragen im Kirchenvorstand gehört und rechtzeitig in die Vorbereitung von Beschlüssen eingeschaltet wird (Berichtsrecht, Anhörungsrecht). Der Kirchenvorstand ist verpflichtet, Beschlüsse und Stellungnahmen zu begründen, die den Vorschlägen des Diakonieausschusses zuwiderlaufen.

2.1.32 Einmal im Jahr sollte sich das Leitungsgremium der Gemeinde über jedes Arbeitsgebiet eingehend informieren. Der Diakonieausschuß berichtet jährlich dem Leitungsgremium der Gemeinde, dabei sollte Mitarbeitern im Diakonat - auch ehrenamtlichen - Gelegen-

heit zu Bericht und Gespräch gegeben werden.

2.1.33 Haupt- und nebenberufliche Mitarbeiter sollten in das Leitungsgremium der Gemeinde gewählt oder berufen werden können, um Fachkompetenz in die Entscheidungsprozesse einzubringen. Ihr Anteil sollte aber 20% nicht übersteigen. Bei Beratungen von Fragen ihres Fachbereiches im Kirchenvorstand sind haupt- und nebenberufliche Mitarbeiter zu hören.

2.2. Die mittlere Ebene

2.2.1 Die Struktur der heutigen Gesellschaft erfordert die Ausformung des Diakonats auf verschiedenen Ebenen: außer auf der Ebene der Ortsgemeinde auch auf der mittleren Ebene des Kirchenbezirks (Dekanat, Propstei, Kirchenkreis o.ä.) und der Landeskirche. Jede Ebene hat ihre eigene Bedeutung. Die Verantwortungsträger der verschiedenen Ebenen müssen zusammenarbeiten und sich wirksam ergänzen. Der Ausbau der mittleren Ebene

(Kirchenbezirk, Stadt- oder Landkreis) hat heute Vorrang.

2.2.2 Für viele bedrängende Nöte in den Gemeinden ist Hilfe bei den gegenwärtigen gesellschaftlichen Gegebenheiten nur noch im Zusammenschluß wirksam zu leisten. Dies gilt z.B. für die Einrichtung von zentralen Diakoniestationen (Sozialstationen), Beratungsstellen (Ehe, Familie, Erziehung, Sozialberatung, Suchtkranke und dgl.), Ausländerhilfe oder Erholungs- und Freizeitmaßnahmen. Ebenso kann vielfach nur auf mittlerer Ebene die erforderliche Abstimmung mit den öffentlichen und freien Trägern der Wohlfahrtspflege hergestellt sowie die notwendige Informations- und Fortbildungsarbeit im Sinne der

Befähigung der Gemeinden geleistet werden.

2.2.21 Für die Zusammenfassung und Aktivierung dieser Dienste wird ein Ausschuß gebildet, der sich um die besonderen diakonischen Aufträge der mittleren Ebene bemüht. Dieser Ausschuß benötigt eine von Fachkräften besetzte, zentrale Dienststelle. Unbeschadet der Rechtsform dieser Bündelung diakonischer Verantwortung auf mittlerer Ebene (diakonische Bezirksstelle, Kreisstelle für Diakonie, Diakonieverband o.ä.) ist ihre enge Verbindung zur Bezirkssynode unerläßlich. Sachgemäß erscheint folgende Regelung: die Bezirkssynode beruft einen diakonischen Bezirksausschuß, der die Gemeinden und diakonischen Einrichtungen einbezieht und in dem auch Mitarbeiter angemessen vertreten sind. Dieser Bezirksausschuß ist der Bezirkssynode ebenso zuzuordnen, wie das auf Ortsebene für Diakonieausschuß und Leitungsgremium gilt (Jahresbericht, Etatrecht, delegierte Verantwortung) (vgl. Ziff. 2.1.2ff.).

2.3. Gliedkirchliche und EKD-Ebene

2.3.1 Die gliedkirchlichen Diakonischen Werke sollten so strukturiert und ausgestattet sein, daß sie die erforderliche Arbeit wirkungsvoll leisten können. Ihre Beteiligung an den landeskirchlichen Entscheidungsgremien (Synode und Kirchenleitung) ist durch die Kirchenordnung sicherzustellen. Dies entspricht auch der Mitwirkung der kirchenleitenden Organe in den gliedkirchlichen Diakonischen Werken. (Wünschenswert ist z.B., daß der Leiter des gliedkirchlichen Diakonischen Werkes im Exekutivorgan der Kirchenleitung diakonische Sachkenntnis einbringt und in ihren Informations- und Konsultationsfluß einbezogen ist.)

2.3.2 Die Regelung des Diakonats auf gesamtkirchlicher Ebene (EKD) ist nach den in Ziff. 2.3.1 entwickelten Leitlinien vorzunehmen. Hier ist besonders die Arbeit der Fachverbände

sowie die oekumenische Zusammenarbeit zu bündeln und zu ordnen.

2.4. Anstalten und Einrichtungen

2.4.1 Diakonische Anstalten und Einrichtungen sind eine besondere Form der Verwirklichung des Diakonats. Sie können verschiedenen Ebenen zugeordnet sein. Sie stehen nicht außerhalb der Gemeinden, sondern werden von ihnen mitgetragen und sollten darum auch von ihnen mitverantwortet werden können.

2.4.2 Diakonische Anstalten und Einrichtungen im übergemeindlichen Bereich tragen zur Sensibilisierung der Gemeinden für bestimmte gesellschaftliche Vorgänge und Notstände bei. Sie helfen mit, Herausforderungen der Gegenwart zu erkennen und zu bewältigen. Sie bieten

sich an als Zentren diakonischer Bildung und Einübung.

2.4.3 Die Gemeinde sollte sich als Empfangsraum für Menschen verstehen, die nach stationärem Aufenthalt aus diakonischen und anderen Einrichtungen entlassen sind und weitere Begleitung brauchen. Hierzu ist, in geistlicher Korrespondenz, ein ständiger wechselseitiger Lernprozeß notwendig. Die Anstalten und Einrichtungen tragen durch Information und Lehrangebote dazu bei, die Gemeinden durch Rückfluß von Erfahrungen, durch Mitarbeiter, durch Bereitstellung der dafür notwendigen Mittel (vgl. 2.1.21f.).

3. Personelle Aspekte

3.1. Die hauptberuflichen Mitarbeiter

- 3.1.1 Hauptberufliche Mitarbeiter müssen Fachkompetenz einbringen, die in staatlich anerkannter oder entsprechender kirchlicher Ausbildung erworben und nachgewiesen wird. Die Ordnung ihrer Tätigkeitsfelder muß die Notwendigkeit von Fachkompetenz erkennen lassen.
- 3.1.2 Der hauptberufliche Mitarbeiter braucht ein Verständnis für den Gesamtauftrag der Kirche. Er muß den Zusammenhang der eigenen Tätigkeit mit dem Gesamtauftrag, die Auswirkung des Evangeliums auf den Fachauftrag erkennen und vertreten können. Dazu müssen innerhalb der Kirche entsprechende Möglichkeiten angeboten werden, die den ständigen Prozeß der Rückkoppelung des Fachauftrages zum Evangelium erleichtern. Die Beheimatung in einer Gemeinde sollte hierzu hilfreich sein.

3.1.3 Die Mitgliedschaft in Leitungsgremien und Übernahme einer Leitungsfunktion setzen die Bereitschaft zur Identifikation mit dem Gesamtauftrag der Kirche voraus.

3.1.4 Eine gottesdienstliche Einführung für Mitarbeiter sollte dort ermöglicht werden, wo sie gewünscht wird. Dafür ist eine Handreichung zu erarbeiten (vgl. 4.).

3.1.5 Jeder hauptberufliche Mitarbeiter in Verkündigung und Diakonie braucht

- eine Beschreibung seines Tätigkeitsfeldes und der Erwartungen des Anstellungsträgers;

- fachliche Beratung;

- geordnete, regelmäßige Kontakte zum Entscheidungsgremium für seine Tätigkeit;
- Sicherstellung der regelmäßigen Information für seine Tätigkeit und für deren Zusammenhang mit dem Gesamtauftrag der Kirche;
- Kooperation mit Mitarbeitern anderer Fachkompetenzen, die im Zusammenhang mit dem Gesamtauftrag tätig sind;

- Verankerung des Rechts auf fachliche Fort- und Weiterbildung.

3.1.51 Die Landeskirchen sollten das Recht der Mitarbeiter auf eine angemessene Mitwirkung in Entscheidungsgremien, auf Fort- und Weiterbildung sowie fachspezifische Beratung und Begleitung verbindlich regeln.

3.2. Die ehrenamtlichen Mitarbeiter

- 3.2.1 Aufgabe der Gemeinde ist es, die gemeindlichen Tätigkeiten so aufzufächern, daß sich viele Gemeindemitglieder an der Erfüllung des Gesamtauftrages der Gemeinde beteiligen können. Die Tätigkeitsfelder sind im Hinblick auf die Mitarbeit der Gemeindeglieder so zu organisieren, daß eigenständige Tätigkeiten von Mitarbeitern und Mitarbeitergruppen möglich werden.
 - 3.2.2 Ehrenamtliche Mitarbeiter bieten der Gemeinde und Kirche zur Erfüllung von Teil-

bereichen des Gesamtauftrages an: Beteiligungsbereitschaft, eigene Fähigkeiten, vorhandene Fachkenntnisse, erworbene Lebenserfahrung und Umweltbeziehungen.

3.2.21 Ihr Angebot zur Mitarbeit sollte zeitlich begrenzt erwartet und angenommen werden.

3.2.3 Ehrenamtliche Mitarbeiter erfüllen ihre Tätigkeit stellvertretend für die Gesamtheit der Gemeindeglieder; sie sind deshalb zu beauftragen.

3.2.31 Ihre Beauftragung und ihr Platz in der Gemeinde ist dieser bekanntzugeben. Hier erfolgt auch Dank und Anerkennung. Für die gottesdienstliche Einführung gilt 3.1.4 und 4.

3.2.4 Absprachen über sinnvolle Gestaltung, fachlichen Umfang und zeitliche Begrenzung der Tätigkeit helfen, Möglichkeiten ehrenamtlicher Mitarbeit zu erschließen und Mitarbeiter zu gewinnen. Die Mitarbeiter haben Anspruch auf sachgemäße Zurüstung sowie auf fachliche Beratung und Begleitung (vgl. 3.1.5).

3.2.5 Für Kontakte zu Entscheidungsgremien, für Information und Kooperation gelten bei ehrenamtlichen Mitarbeitern die gleichen Ordnungen wie bei haupt- und nebenberuflichen

3.2.6 Ehrenamtlichen Mitarbeitern soll Ersatz für die ihnen durch ihre Tätigkeit entstandenen Unkosten angeboten werden.

3.3. Bruderschaftliche, schwesternschaftliche und andere genossenschaftliche Zusammenschlüsse

3.3.1 Bruderschaftliche, schwesternschaftliche und andere genossenschaftliche Zusammenschlüsse prägen seit langem weite Bereiche evangelischer Diakonie in Deutschland. Diese Gemeinschaften sind eine Form evangelischen Lebens in der Einheit von Anbetung, Zeugnis und Dienst. Sie leben und bilden sich neu aus der unmittelbaren Begegnung mit dem Evangelium. Diese Zellen verpflichteter Gemeinschaft haben exemplarische und stellvertretende Bedeutung. Keine Kirche kann ohne Schaden auf sie verzichten.

3.3.2 In dieser Verbindung von Gemeinschaft und Dienst entsprechen sie einem elementaren Bedürfnis von Menschen, die auch heute nach sozialer Verantwortung aus gelebtem Glauben fragen. Als ein diakonisches Bauelement unter anderen mahnen diese alten und neu entstehenden Gemeinschaften die ganze Kirche an ihren diakonischen Grundauftrag und an die Chancen ihrer Erneuerung. Sie entbinden die Gemeinden nicht vom Aufbau eigener

Diakonie, sondern bestärken und fördern sie darin.

3.3.3 Kirchenleitungen und Diakonische Werke anerkennen und fördern diese Gemeinschaften, die ihrerseits ihren Dienst und ihre Erfahrungen in das Ganze der Kirche einbringen. Einsegnungen und Einführungen durch Bruder- und Schwesternschaften sollten nach Absprache zwischen Kirchenleitungen und Gemeinschaften als kirchliche Beauftragung gelten (vgl. 3.1.4 und 4.2.4).

4. Gottesdienstliche Aspekte

4.1 Gottesdienst und Diakonie

4.1.1 Der Gottesdienst repräsentiert die Wirklichkeit der Kirche. Darum findet auch die

Diakonie der Kirche im gottesdienstlichen Geschehen ihren Ausdruck.

4.1.2 Die Mitteilung der Barmherzigkeit Gottes in Jesus Christus ist die Ursache und Kraft aller Diakonie. Darum muß die Predigt die diakonische Dimension der Verkündigung stärker bewußt machen.

4.1.3 Die hilfebedürftigen Gemeindeglieder sollten so in den Gottesdienst einbezogen werden, daß das verkündigte Wort glaubhaft wird. Dazu gehören auch äußere Voraussetzun-

gen, die zu schaffen sind.

- 4.1.4 Die Gemeinde ist über soziale Nöte und diakonische Aktivitäten durch Abkündigungen zu informieren. Abkündigungen und Fürbittgebete sind stärker aufeinander zu beziehen. Gemeindeglieder, die diakonische Verantwortung tragen, sollen an den Abkündigungen und Fürbittgebeten beteiligt werden. Ebenso ist der diakonische Bezug des Opfers deutlich zu machen.
 - 4.1.5 Auch offene Gottesdienstformen sollten aus diakonischer Verantwortung erprobt

werden, da sie in der volkskirchlichen Situation eine hilfreiche Gemeinschaft ermöglichen, ohne die Verkündigung zu verkürzen.

4.1.6 Bei der Ausgestaltung der Abendmahlsfeiern ist auf Kranke und Behinderte Rücksicht zu nehmen. Bei der Austeilung sollen auch diakonische Mitarbeiter mitwirken.

4.2. Beauftragungen

4.2.1 Die gottesdienstliche Dimension des Diakonats kommt auch in den Formen der Beauftragung zum Ausdruck (vgl. 3.1.4).

4.2.2 Wer im Namen der Gemeinde für die Diakonie Verantwortung übernimmt, sollte

der Gemeinde im Gottesdienst vorgestellt werden.

4.2.3 Darüber hinaus sollte für Träger diakonischer Verantwortung eine gottesdienstliche Beauftragung vorgesehen werden, wie sie bei der Einführung von Kirchenältesten üblich ist. Die dafür geltenden gliedkirchlichen Ordnungen sollten in diesem Sinne überarbeitet und

für Mitarbeiter im Diakonat angewandt werden (vgl. 3.1.).

4.2.4 Wenn hauptberufliche Mitarbeiter im Diakonat ihre Bereitschaft zur lebenslangen Identifikation mit dem Auftrag der Kirche erklären und für die diakonische Arbeit bleibend beruflich verfügbar sein wollen, können sie öffentlich vor der Gemeinde beauftragt und eingesegnet werden. Diese gottesdienstliche Handlung soll erkennbar machen, daß das eine gegliederte Amt der Kirche in unterschiedlichen Diensten wirkt. Die bisher schon üblichen Einsegnungen im Bereich diakonischer Bruder- und Schwesternschaften sollen im Sinn dieser Vorschläge gewertet werden (vgl. 3.3.3).

3. DIENSTE IM VOLKSMISSIONARISCHEN BEREICH

a) Volkskirche und Volksmission

Die "Zukunft der Volkskirche" war das zentrale theologische Thema der Synode der Evangelischen Kirche in Deutschland auf ihrer Tagung im November 1975 in Freiburg i.Br. Dabei löste der Bericht des Ratsvorsitzenden, Landesbischof D. Helmut Claß, eine lebhafte Debatte aus, hatte er doch – gerade um der Zukunft der Volkskirche willen – eine Konzentration auf die Verkündigung und den geistlichen Aufbau der Gemeinde gefordert. Unüberhörbar warf er die Frage auf, welche Qualität denn die Präsenz der Kirche in der Öffentlichkeit noch haben könne und wie sie als "Volkskirche" weiter existieren solle, wenn sie keine spirituelle und missionarische Ausstrahlungskraft mehr besitze.

Im Jahresbericht 1975 der Arbeitsgemeinschaft Missionarische Dienste (Volksmission) heißt es zu diesem Thema: "Auf der EKD-Synode in Freiburg verstärkte sich der Eindruck, daß die Zukunft der Volkskirche zunehmend Sorgen bereitet ... Zwar sind die Zahlen der Kirchenaustritte offenbar niedriger als im Vorjahr; doch darf diese Feststellung nicht darüber hinwegtäuschen, daß die Auswanderung aus den Kirchen noch längst nicht zum Stillstand gekommen ist. Dabei ist besonders alarmierend, daß sich einerseits mancher Widerstand gegen die Kirche verstärkt bis hin zum Wiedererwachen eines militanten Atheismus, andererseits unter den Ausgetretenen immer häufiger Menschen zu finden sind, denen die Verkündigung und das Leben der volkskirchlichen Gemeinden zu wenig christliche Substanz bieten und die sich deshalb den Freikirchen und Gemeinschaften zuwenden. Außerdem ist festzustellen, daß – besonders in den großstädtischen Ballungszentren – keineswegs mehr alle Kinder zur Taufe gebracht werden."

Aus diesem Grunde ist die Bereitschaft der Landeskirchen gewachsen, der evan-

gelistisch-volksmissionarischen Aufgabe im eigenen Land erhöhte Aufmerksamkeit zu widmen. In Bayern hat die Landessynode Evangelisation als Schwerpunktthema vorgesehen, wozu der Landessynodalausschuß eine Klausurtagung durchgeführt und eine Thesenreihe diskutiert hat. Ein ähnlicher Trend wird aus dem Rheinland gemeldet: "Der missionarische Dienst steht im Prioritäten-Katalog der Landeskirchen obenan. Besuchsdienst ist unverändert stark gefragt. Neue Ansätze im Bereich der Evangelisation, ebenso zunehmende Fragen und ein Verlangen nach evangelischer Spiritualität unter Theologen und Laien sind vorhanden." In Hamburg, wo von 1970–1974 im Durchschnitt 9,1% die Kirche verlassen haben, hat Bischof D. Dr. Hans-Otto Wölber in einem Brief an die hamburgische Pastorenschaft die These vertreten, daß die Kirche ihren Charakter als Volkskirche nur dann bewahren könne, wenn sie in ihrer Verkündigung eindeutiger, in ihrer Gemeindepraxis mitgliedbewußter und in ihrer Zuwendung zu den Fernstehenden und Entfremdeten offener werde.

Dieser Trend ist auch in der Ökumene zu spüren. Nimmt man beispielsweise die Dokumente der letzten Weltkirchenkonferenz zur Hand, die vom 23.11. bis 10.12.1975 in Nairobi tagte, so fallen zwei Stichworte auf, die der Tagung offenbar eine besondere Richtung und Qualität gegeben haben: Evangelisation und Spiritualität. Die Aktivitäten der Kirche im politisch-sozialen Raum werden damit nicht zurückgenommen, denn es ging in Nairobi auch um die Herstellung von mehr Gerechtigkeit und Solidarität unter den Völkern. Aber es war die Sorge spürbar, daß über der Hinwendung zur Welt die unentbehrliche geistliche Autorisation und Tiefe des kirchlichen Handelns, die mit den Begriffen Spiritualität und Evangelisation umschrieben ist, verlorengehen könnte.

Nimmt man zu diesen Beobachtungen hinzu, daß auch die Katholische Kirche ein Dokument zur Frage der Evangelisation herausgebracht hat, das sich in

ein Dokument zur Frage der Evangelisation herausgebracht hat, das sich in ähnlichen Gedankengängen bewegt, so ist diese Entwicklung für die Volksmission ebenso ermutigend wie herausfordernd. Ermutigend: weil hier Impulse und Bewegungen spürbar sind, die den eigenen Intentionen entgegenkommen. Herausfordernd: weil die Gedanken und Überlegungen, die in den genannten Dokumenten zur Sprache kommen, in die eigene Praxis übersetzt sein wollen. Daran entscheidet sich in der Tat die Zukunft der Volkskirche. Denn wie immer man den Begriff Volkskirche verstehen mag, zukunftsträchtig ist er nur, wenn man ihn — wie Landesbischof Claß auf der EKD-Synode in Freiburg — im missionarischdiakonischen Sinne interpretiert: "Die Zeit der Betreuungskirche läuft unweigerlich aus. Die Zeit einer missionarischen Kirche muß beginnen. Eine Kirche, die sich damit begnügt, ihre Glieder wunschgemäß zu betreuen und sie nicht befähigt, die Sache Gottes in der Welt von heute verantwortlich und verständlich zu vertreten, hat kaum Zukunft "

b) Studien- und Bildungsaufgaben in der Volksmission

Die Studienstelle der Missionarischen Dienste (Volksmission) beschäftigte sich im Berichtsjahr — entsprechend dem zunehmenden Interesse an Predigt, Seelsorge und Evangelisation — besonders mit Kommunikationsproblemen der Ver-

kündigung. Ihren Niederschlag fand diese Arbeit u.a. in "fünf Studienbriefen zur Predigt" sowie in dem Studienheft "Predigen lernen". Die darin enthaltenen Anleitungen zur kommunikationstheoretischen Reflexion der Verkündigung haben als Studienmaterial für die Aus- und Weiterbildung von Theologen, Prädikanten und Gemeindemitarbeitern volle Anerkennung gefunden, auch im katholischen Bereich.

Das Thema "Evangelisation und Kommunikation" stand auch im Mittelpunkt der Jahrestagung der Arbeitsgemeinschaft Missionarische Dienste (AMD), die vom 22. bis 26.4.1975 in Berlin stattfand. In Vorträgen und Gruppenarbeit wurde deutlich, daß das evangelistische Handeln als ein Kommunikationsvorgang besonderer Art gewertet werden muß. Aufgabe der Evangelisation ist es daher immer wieder, die Bemühungen um eine glaubenweckende Mitteilung des Evangeliums so zu gestalten, daß sie diesen besonderen Voraussetzungen gerecht wird.

Eine Fortsetzung der Studienarbeit um die Kommunikationsprobleme der Verkündigung bedeutete die Fachkonferenz "Evangelisation, Theologie und Publizistik" auf der sich vom 15. bis 18.3.1976 in Altenkirchen-Wölmersen 20 Universitätsprofessoren, Dozenten von missionarischen Ausbildungsstätten, Evangelisten und Publizisten trafen, um über aktuelle Fragen der missionarischen Verkündigung zu beraten, Elemente einer Theologie der Evangelisation zusammenzutragen und Probleme der Öffentlichkeitswirkung zu diskutieren.

Die Ergebnisse der Studienarbeit wurden jedoch nicht nur publizistisch weitergegeben, sondern ebenso in Fortbildungsveranstaltungen. Der 40. Lehrgang vom Seminar für missionarische Verkündigung und Gemeindeaufbau fand mit 25 Teilnehmern aus Landes- und Freikirchen unter dem Thema "Glaubenweckende Predigt" vom 10. bis 14.11.1975 auf Schloß Schwanberg statt. Darüberhinaus beteiligte sich die Studienstelle an Fortbildungsprojekten in verschiedenen Landeskirchen sowie an Lehrgängen für Verkündigungs- und Gemeindefragen in diakonischen Einrichtungen.

Auf dem Gebiet der Ausbildung von Mitarbeitern für gemeindliche und missionarische Dienste zeichnet sich gegenwärtig eine interessante Entwicklung ab. Während man noch vor einigen Jahren vermutete, daß diese Mitarbeitergruppen unbedingt einen Abschluß an einer staatlich anerkannten Fachschule oder Fachhochschule brauchen, hat sich die Meinung von Bildungspolitikern in der EKD inzwischen grundlegend geändert. Man erkennt, daß die Missionarischen Ausbildungsstätten aus einem Bedürfnis der Gemeinde entstanden sind und daß — wie diese Ausbildungsstätten selbst berichten — gegenwärtig eine stetig steigende Zahl von Bewerbern vorhanden ist, die in eine gemeindliche oder übergemeindliche missionarische Arbeit gehen wollen. Diese Einsicht unter bildungspolitisch Verantwortlichen in der EKD dürfte neben den Tatsachen, die für sich sprechen, auf die Aktivität der Konferenz missionarischer Ausbildungsstätten zurückzuführen sein, die im Jahre 1971 gebildet wurde.

c) Missionarische Verkündigung

Die erneute Zuwendung zur Evangelisation zeigt sich nicht nur im theologischen Bereich, sondern ebenso in der vermehrten Nachfrage seitens der Gemeinden. Dabei werden mancherorts neue Versuche mit aufgelockerten Formen gemacht, wobei vielfach zugleich Besuchsdienstgruppen sowie überhaupt eine enge Verbin-

dung der evangelistischen Verkündigung mit dem Gemeindeaufbau in Vorbereitung, Durchführung und Nacharbeit angestrebt wird. Großevangelisationen und Missionarische Wochen – oft auf der Basis der Evangelischen Allianz – haben einen erstaunlichen Zulauf zu verzeichnen. Selbst in Mittel- und Kleinstädten wurden abendliche Besucherfrequenzen bis zu 800 Personen erreicht.

Aufgaben gemeinsamer missionarischer Verkündigung ergaben sich im Berichtsjahr vor allem auf dem 16. Deutschen Evangelischen Kirchentag, der vom 11. bis 15.6.1975 in Frankfurt stattfand. Im Kirchentagsgelände selbst wirkten Vertreter der Missionarischen Dienste einerseits bei den Bibelarbeiten und Arbeitsgruppen mit, andererseits bei Gestaltung und Durchführung von "Morgengebet zum Tage" und "Abendgebet zur Sache", die dem Kirchentag wiederum seine geistliche Mitte gaben. Darüberhinaus waren zahlreiche Gruppen tätig, die die Botschaft des Kirchentages in die große Stadt hinaustrugen: auf Straßen und Plätze, in Säle und Versammlungsräume, in Parks und Erholungsgebiete, in Krankenhäuser und Altersheime.

Als Instrument der Zusammenarbeit mit anderen Partnern hat sich der Arbeits-kreis für evangelistische Aktionen (AfevA) bewährt, der seit 1972 existiert. Er dient einerseits der regelmäßigen Konsultation auf dem Gebiet der Evangelisation zwischen der Arbeitsgemeinschaft Missionarische Dienste, den Freikirchen und Gemeinschaften, andererseits der Entwicklung gemeinsamer Unternehmungen. So fanden 1975 eine "Konferenz über evangelistische Musik" in Böblingen und eine Fachkonferenz "Evangelisation und Gemeinde" in Wöllmersen statt.

d) Missionarische Dienste in Freizeit und Erholung

Das auffallendste Merkmal der Entwicklung im Freizeitbereich war im Berichtsjahr die trotz der wirtschaftlichen Rezession immer noch steigende Zahl der Urlauber in den Erholungsgebieten des In- und Auslands. Dies ist ein Zeichen dafür, daß die Freizeit – unabhängig von konjunkturellen Schwankungen der Wirtschaftslage – ein Strukturelement der modernen Industriegesellschaft darstellt, "ein Paßstück im Lebensganzen" (Hans Schulze). Die Kirche wird sich deshalb in der Organisation ihrer Dienste mehr und mehr darauf einstellen und ihre Präsenz in diesem Bereich missionarisch und diakonisch stärker ausformen müssen.

Bedeutsam für die weitere Entwicklung war insbesondere die Konzeption der "freizeitorientierten Gemeindearbeit", für die das Rheinland eine Handreichung herausgegeben hat. Diese Freizeitorientierung der Gemeindearbeit macht sich naturgemäß vorwiegend im Naherholungsbereich bemerkbar, in dem sich eine Vielfalt von Diensten angesiedelt hat: von der Stadtranderholung bis zu Gemeindefreizeiten und den Wald- und Parkgottesdiensten der "Kirche im Grünen". In einer Ausflüglerkirche am Rande von West-Berlin wurden in der letzten Saison 50 000 Besucher gezählt, und Württemberg meldet, daß die "Kirche im Grünen" im Berichtsjahr 1975 nicht weniger als 150 Gottesdienste durchgeführt hat, an denen 17 000 Menschen beteiligt waren.

Da in den letzten Jahren die Aufarbeitung theologischer Fragen eine gewisse Dringlichkeit bekommen hatte, standen diese Fragen im Berichtsjahr sowohl in einer "Theologischen

Studientagung" für die Leiter der Campingdienste (6.-11.4.1975 in Bad Dürkheim) im Vordergrund als auch in einer Akademietagung des Evangelischen Arbeitskreises für Freizeit und Erholung (6.-9.10.1975 in Bad Boll), auf der das Thema behandelt wurde: "Daß

sie das Leben haben - Theologische Aspekte der Freizeitproblematik."

Das Thema "Freizeit und Erholung als Aufgabe für Verkündigung und Diakonie der Kirche" stand schließlich auch im Mittelpunkt der Großen Geschäftsführer-Konferenz des Diakonischen Werkes der EKD am 20./21.11.1975 in Frankfurt. Aufgrund eines einführenden Referats wurden die Konsequenzen für die gesamte Diakonie in verschiedenen Arbeitsgruppen herausgestellt: in Freizeitpolitik und Freizeitpädagogik, in missionarisch-seelsorgerlichen und publizistischen Diensten, im Kur- und Erholungswesen, in Familien-, Behinderten-, Alten- und Ausländerarbeit.

e) Volksmissionarisches Schrifttum

Die publizistischen Bemühungen der AMD haben im Berichtsjahr wiederum einen günstigen Widerhall gefunden. So haben die Studienbriefe nach Erscheinen von 28 Heften die Gesamtauflage von 500000 Stück erreicht. Auch die Zeitschrift "Das missionarische Wort" zeigt steigende Tendenz in ihrer Auflagenhöhe, und die "Studienreihe für missionarische Verkündigung und Gemeindeaufbau" findet ihre Abnehmer.

Einem vorhandenen Bedürfnis sucht das Schrifttum zur Bibelwoche zu entsprechen. Das Arbeitsheft zur 37. Bibelwoche über Markustexte wurde in fast 12 000 Exemplaren verbreitet, und das zur 38. Bibelwoche über die David-Geschichten war schon bald nach Erscheinen mit über 13 000 Exemplaren fast ausverkauft. Die Hefte für die Gemeinde zu diesen beiden Bibelwochen erreichten Auflagen von je etwa 45 000 Stück.

Was das volksmissionarische Kleinschrifttum anbetrifft, so zeigt sich, daß das Schrifttum neuen Typs einen großen Abnehmerkreis findet. Dies gilt besonders von der Foto-Text-Reihe "Wir in der Welt von heute und morgen", deren letzten beiden Bände wie die vorigen mehrere Auflagen bis zu 100000 Stück erreichten.

Aber auch das volksmissionarische Schrifttum im Bereich "Freizeit und Erholung" konnte in großer Menge abgesetzt werden: "Für jeden freien Tag" Heft 5 in 300 000 Exemplaren, "An jedem neuen Tag" Heft 3 in 150 000 Exemplaren. Hinzu kommen Nachdrucke der bereits früher erschienenen Hefte in Höhe von 100 000 Stück. Das Liederheft "Schöner freier Tag" wurde für die Saison 1976 mit 45 000 Stück nachgedruckt. Von der "Ideenkiste — Anregungen für Dienste der Kirche in der Freizeitwelt" wurde eine Neuauflage von 2000 nötig.

Ein beachtlicher Faktor in diesem Bereich ist auch die Arbeit der Evangelischen Buchhilfe. Sie berichtet, daß 1 800 Gemeinden regelmäßig mit wöchentlich 130 000 Predigtverteilblättern "Wort für die Woche" beliefert werden, wozu außer Bibelleseplan und Monatssprüchen noch manches andere Verteilmaterial kommt, insbesondere Krankenlesemappen und Faltblätter mit biblischen oder geistlichen Texten.

Erfreulich ist die Fortsetzung der "Aktion Glaubensinformation", von deren bisher erschienenen 16 Briefen die Auflagenhöhe zwischen 250 000 und 300 000

Stück liegen, sowie die Verbreitung des neuen "Evangelischen Erwachsenen-Katechismus", der in einem Jahr über 100 000 Abnehmer fand.

f) Telefonseelsorge

Umfang und Intensität der Telefonseelsorge waren im Berichtsjahr weiter in schnellem *Wachstum* begriffen. So wurden 8 neue Stellen gegründet, wodurch die Gesamtzahl in der Bundesrepublik auf 55 Stellen angehoben ist (24 evang., 15 kath., 16 ökumenisch). Auch an der erhöhten Anrufefrequenz läßt sich die erhöhte Nachfrage ablesen: die Zahl der Anrufer hat von 300 000 im Jahr 1974 auf 420 000 im Jahr 1975 zugenommen. Das ist ein Zuwachs von 40%, mit dem die Mitarbeiterzahlen kaum Schritt halten konnten, obwohl auch sie um 25% gestiegen sind (von ca. 2 600 auf ca. 3 300).

In der Statistik der Anrufer dominieren nach wie vor zwei große Themenkreise, deren Anteil relativ konstant geblieben ist: einerseits Partnerschaftsprobleme der Geschlechter (18,6%), andererseits Konflikte und Krisen, denen psychische Störungen und Krankheitssituationen zugrunde liegen (21,2%). Auch besondere Lebenssituationen (Vereinsamung, Kommunikationsbedürfnis und dgl.) und Schicksalsschläge (plötzliche Erkrankung, Todesfälle nächster Angehöriger und dgl.) spielen eine wesentliche Rolle (12,1%). Kaum verändert haben sich die Zahlen für gestörte Umweltbeziehungen (Generationskonflikte, Verhaltensstörungen und dgl.) mit 9,6% sowie Anrufe aus religiös-weltanschaulichen Motiven mit 3,9%, wobei allerdings bedacht werden muß, daß Glaubens- und Sinnfragen bei vielen anderen Problemen eingeschlossen sind. Mit 6,7% schlagen wirtschaftliche und soziale Probleme zu Buche, wobei die wachsende Arbeitslosigkeit in spürbarer Weise ihre Schatten wirft und sich auch auf andere Bereiche auswirkt (Zunahme von Suchterkrankungen, psychischen Störungen und Selbstmordgefährdungen.)

Erfreulich ist, daß die Telefonseelsorge in der öffentlichen Meinung immer stärker ein positives Image bekommt. Durch Presseveröffentlichungen in "Der Spiegel", "Die Zeit", "FAZ" und anderen Organen sowie durch sechs Studien mit dem Titel "Rufzeichen" im Zweiten Deutschen Fernsehen und eine vom ZDF ausgestrahlte Podiumsdiskussion wurde sie gerade im Berichtsjahr stark in das allgemeine Bewußtsein gerückt.

Gefestigt hat sich in den vergangenen Jahren die ökumenische Zusammenarbeit. Dies gilt sowohl für die Situation vor Ort wie in der Tagungsarbeit der beiden TS-Verbände. Auf der Konferenz aller Leiter von TS-Stellen, die vom 7. bis 9.3.1975 in Hamburg stattfand, wurden daher "Leitlinien einer Zusammenarbeit zwischen der Evangelischen Konferenz für Telefonseelsorge und der Katholischen Arbeitsgemeinschaft Telefonseelsorge und Offene Tür" verabschiedet, die richtungsweisend für die Zukunft sein sollen.

4. MITARBEITER- UND AUSBILDUNGSFRAGEN

a) Zur Situation im Ausbildungswesen

Am Ende des Sommersemesters 1975 verließ der erste, durchgehend auf Fachhochschulebene ausgebildete Studienjahrgang die 1971 errichteten Fachhochschulen. Der Absolvent einstmals sehr gewünschter qualifizierter Ausbildungsgänge wurde jedoch keineswegs mit offenen Armen empfangen. Vielmehr muß er damit rechnen, in nächster Zeit keinen Arbeitsplatz zu bekommen. Haben die Fachhochschulen für Sozialwesen – so muß man demnach fragen – in den ersten fünf Jahres ihres Bestehens einen eigenen Ort im Ausbildungsgefüge unserer Gesellschaft gefunden? Oder war ihre Einrichtung verfehlt?

Sachkundige Beurteiler sind der Meinung: Die Fachhochschulen haben wesentlichen Anteil an einer Qualitätsverbesserung der Jugend- und Sozialhilfe. Aber bei Anstellungsträgern und Berufsverbänden, in Ministerien, Parlamenten, Kirchenleitungen und Synoden fragt man kritisch: War die Entscheidung, Fachhochschulen im Tertiärbereich des Bildungswesens zu schaffen, nicht eine Fehlentscheidung?

Niemand kann im gegenwärtigen Zeitpunkt darüber eine sichere Auskunft geben. Notwendig wären deshalb Kriterien, an denen man sich orientieren könnte, beispielsweise:

- Verläßliche Schätzungen des Mitarbeiterbedarfs in den nächsten Jahren.

 konkrete Aussagen über Ziele und Aufgaben von Stellen in der sozialen und sozialpädagogischen Arbeit (zu gewinnen über Arbeitsplatzbeschreibungen), oder

Beschreibung von Fähigkeiten, die zur Erfüllung von Aufgaben und Zielen dienen,
 Angabe der voraussichtlich für Jugendhilfemaßnahmen zur Verfügung stehenden Mittel,

 Darstellung von Schwerpunktaufgaben und das von ihnen abzuleitende Anforderungsprofil von Stellen.

Vor zwei Jahren, auf dem Höhepunkt des Versuches, die Zukunft der Jugendund Sozialhilfe vorzuplanen, vermutete man, daß der Mangel an Mitarbeitern auf Jahre hinaus nicht zu decken sein werde. Heute befürchtete man wachsende Zahlen arbeitsloser Erzieher, Sozialpädagogen oder Diplompädagogen. Vermutungen und Befürchtungen sind aber wenig fundiert. So wird man ohne Absprachen zwischen Fachhochschulen für Sozialwesen, wissenschaftlichen Hochschulen, berufsbildenden Ausbildungseinrichtungen und Vertretern der sogenannten Praxis nicht weiterkommen. Die Ausbildungskapazitäten müssen mit den verschiedenen Partnern offen diskutiert werden. Für manche Ausbildungsstätte wird sich die Existenzfrage stellen. Das gilt insbesondere auch für die Fachschulen, deren Zahl sich in verschiedenen Bundesländern während der letzten drei Jahre mehr als verdoppelt hat. Das rasche Ansteigen der Zahl von Fachschulen und eine oft noch nicht abgeschlossene Konsolidierung der Schulen hat dazu geführt, daß die Qualität der Berufsausbildung noch nicht überall dem entspricht, was eine anspruchsvoller gewordene Berufspraxis erwartet.

b) Die Diakonische Akademie

Die Diakonische Akademie hat Ende 1975 ihr 4. Jahresprogramm herausgegeben. Im Jahr 1976 finden 55 Fortbildungsveranstaltungen statt. Die Fort-

bildungsangebote richten sich an leitende Mitarbeiter, Fortbilder, Praxisberater (Supervisoren) und Spezialisten in verschiedenen Fach- und Arbeitsbereichen.

Das Ziel dieser Fortbildungsangebote wurde vom Dozentenkollegium unter Zustimmung von Kuratorium und Diakonischem Rat folgendermaßen formuliert:

"Die Diakonische Akademie will Mitarbeitern helfen, ihre Arbeit im sozialen Bezugsfeld sachgerecht und dem Evangelium gemäß zu gestalten.

Ihre Ziele sind deshalb:

- Förderung der Qualifikation von Mitarbeitern f
 ür den Umgang mit Klienten durch Fortbildung.
- Ermutigung der Mitarbeiter durch eine Hilfe zur Klärung der persönlichen Probleme, der beruflichen und gesellschaftlichen Rolle.
- Die F\u00f6rderung von Einrichtungen, regionalen und fachlichen Organisationen, insbesondere des Diakonischen Werkes, bei ihrem Bem\u00fchen, sich weiterzuentwickeln und ihre Organisations- und Arbeitsweisen aufeinander abzustimmen.

Diese Ziele werden angestrebt durch Befähigung

- zu problembewußter und zielgerichteter Arbeit,
- zur Entwicklung und Verwirklichung von Konzeptionen,
- zum phantasievolleren Eingehen auf die Bedürfnisse des Klienten,
- zu persönlicher und fachlicher Auseinandersetzung mit Fragen des beruflichen Alltags,
- zur Veränderung des eigenen Verhaltens,
- zu schöpferischem Handeln,
- zu besserer Zusammenarbeit zwischen einzelnen Einrichtungen,
- zu besserer Planung und Abstimmung in den verschiedenen Arbeitsbereichen,
- zur Durchführung besserer Ausbildungen.

Die Diakonische Akademie ist Mitglied der Konferenz Zentraler Fortbildungsinstitutionen für Jugend- und Sozialarbeit in der Bundesrepublik Deutschland.

Die Diakonische Akademie richtet ihr Angebot auf sechs Bezugsfelder: Altenhilfe, Behindertenhilfe, Familienhilfe, Gefährdetenhilfe, Jugendhilfe, Krankenhilfe, und grenzt innerhalb dieser Bereiche ihr Angebot vor allem auf die Zielgruppen leitende Mitarbeiter, Fortbilder und Spezialisten ein.

Dazu kommen weitere (lang- bzw. kurzfristige und übergreifende) Fortbildungsangebote für Mitarbeiter aus Landesverbänden der öffentlichen wie freien Sozial- und Jugendhilfe."

Die Entwicklung der Diakonischen Akademie zeigt eine erfreuliche Bilanz: Belegten 1973 insgesamt 1 135 in der Sozialarbeit und im Dienst am Nächsten stehende Frauen und Männer die Veranstaltungsreihen, so erhöhte sich 1974 ihre Zahl auf 1 274, im Jahr 1975 haben insgesamt 1 450 Personen die Diakonische Akademie durchlaufen. Weitere 300 Teilnehmer besuchten zentralisiert veranstaltete Kurse und Anwenderseminare. Damit war die Akademie im Jahr 1975 kapazitätsmäßig voll ausgelastet.

5. DIENSTE IM BEREICH DER SOZIAL- UND JUGENDHILFE

a) Frühkindliche Erziehung

Das Diakonische Werk der Evangelischen Kirche in Deutschland und die Evangelische Bundesarbeitsgemeinschaft für Sozialpädagogik im Kindesalter e.V. haben im Einvernehmen mit der Kirchenkanzlei der Evangelischen Kirche in Deutschland und dem Bildungspolitischen Ausschuß sowie intensiver Mitarbeit

des Comenius-Institutes 1975 eine Expertengruppe von zwölf Vertretern aus Kirche, Diakonie, Wissenschaft, Praxis und evangelischen Fachverbänden zur kirchlichen Kindergartenarbeit mit der Entwicklung eines religionspädagogischen Förderprogramms für den Kindergarten beauftragt. Ab 1.8.1975 hat die Hauptgeschäftsstelle des Diakonischen Werkes ihren wissenschaftlichen Mitarbeiter für frühkindliche Erziehung mit der Geschäftsführung des religionspädagogischen Förderprogramms betraut. Im November 1975 ist das erste Arbeitsheft für dieses Programm mit dem Titel "Das religionspädagogische Förderprogramm – Ziele, Aufgaben, Arbeitsformen" erschienen. Dieses Heft stößt mit seinem Konzept von Kindergartenarbeit in christlicher Verantwortung bei den Mitarbeitern in den Kindergärten und auch in der Öffentlichkeit auf reges Interesse.

Das religionspädagogische Förderprogramm verfolgt zwei Ziele:

Theoretische Klärung und breite praktische Unterstützung, Ergänzung und Verstärkung der religionspädagogischen Arbeit in den Kindergärten kirchlicher Trägerschaft und in den Einrichtungen der Ausbildung, Fortbildung und Beratung von Erziehern, sowie eine Förderung der Kommunikation, Koordination und Kooperation zwischen Kindergarten, Elternhaus und Trägern von Kindergartenarbeit.

Religionspädagogische Ergänzung bzw. Erweiterung der Curricula (bzw. der didaktischen Materialien und Arbeitshilfen), die aus den Modellversuchen der Länder erwachsen sind und in einem von Bund und Ländern gemeinsam getragenen Erprobungsprogramm für Drei-, Vier- und Fünfjährige zusammengefaßt und von ca. 240 Kindergärten erprobt werden sollen. Etwa 50 evangelische Einrichtungen aus fast allen Landeskirchen sind

zur Teilnahme an diesem Erprobungsprogramm benannt worden.

Die Expertengruppe erarbeitet Empfehlungen und Arbeitshilfen für die sozialpädagogischen Einrichtungen für Drei- bis Sechsjährige in kirchlicher Trägerschaft, besonders für die evangelischen Kindergärten, die in das Erprobungsprogramm einbezogen sind. Durch regelmäßige Arbeitstagungen werden darüber hinaus die am religionspädagogischen Förderpro-

gramm beteiligten Einrichtungen auf regionaler Ebene unterstützt.

Die Arbeitshefte – mit einem Umfang von ca. 100 Seiten und einem Preis von 5, – DM – stellen das Rückgrat des Förderprogramms dar. Sie behandeln einzelne Themenbereiche unter praktischen und theoretischen Gesichtspunkten, z.B. "Schöpfung", "Situationsansatz und Religionspädgogik", "Aufgaben und Methoden der Fortbildung", "Medien", "Erzählen im Kindergarten", "Kinder lernen Konflikte zu bewältigen", "Elternarbeit", "Wie Kinder glauben und lernen". Die Reihe kann beliebig ergänzt werden.

Das religionspädagogische Förderprogramm versteht sich als freibleibendes Angebot und setzt eine regionale Infrastruktur voraus. Landeskirchen und Träger von Kindergärten haben die Möglichkeit und entscheiden selbständig, was sie aus dem Angebot des Förderprogramms für ihren Bedarf übernehmen wollen. Regionale Arbeitsstellen und landeskirchliche Gremien, die in eigener Zuständigkeit für die kirchlichen Kindergärten ihres Bereiches tätig sind, können andererseits ihre Ergebnisse der Expertengruppe für die Gesamtarbeit und die Darstellung im Rahmen des Förderprogramms überlassen.

b) Schwangerschaftsprobleme

Am 15.6.1974 hatte die Bundesregierung mit absoluter Mehrheit ein Gesetz beschlossen, das die sogenannte "Fristenregelung" zuließ. Dieses Gesetz wurde aufgrund einer Normenkontrollklage, die fünf Länder und die CDU/CSU-

Bundestagsfraktion angestrengt hatten, am 25.2.1975 vom Bundesverfassungsgericht aufgehoben. In einer ersten Stellungnahme zu dieser Entscheidung äußerte sich der Präsident des Diakonischen Werkes noch am gleichen Tage.

STELLUNGNAHME VON PRÄSIDENT THEODOR SCHOBER ZUM URTEIL DES BUNDESVERFASSUNGSGERICHTS

Vom 25. Februar 1975

Die Karlsruher Entscheidung gegen die Fristenregelung darf weder Sieger oder Besiegte zurücklassen noch für Wahlkämpfe, Gerichtsschelte oder Parteipolemik ausgeschlachtet werden. Was allein auf dem Spiele stand und steht, ist die unantastbare Würde jedes Menschen und sein Recht auf Leben und körperliche Unversehrtheit, wobei es in diesen Grundrechten keinen Unterschied zwischen geborenem und ungeborenem Leben geben darf. Der von uns immer gefürchtete Signalcharakter einer nicht nur auf schwere persönliche Notlage zielenden Fristenregelung ist durch die Verfassungsgerichtsentscheidung vermieden. Das ist zu begrüßen, auch im Blick auf die kaum auszudenkenden Zumutungen, die im Fall der Fristenregelung auf Ärzte, Schwestern und Krankenhäuser zugekommen wären.

Freilich kann die Gerichtsentscheidung keine Lösung der wirklich ernsten Konfliktfälle im Falle unerwünschter Schwangerschaft bringen. Der Paragraph 218 muß durch den Gesetzgeher reformiert werden. Es ist zu wünschen, daß sich jetzt die Parteien endlich zu einer Gesetzesregelung bereitfinden, die nichts anderes zum Ziele hat, als schwere menschliche Notlagen im Bereich der Schwangerschaft zu lindern und dazu beizutragen, die Zahl der nicht unbedingt nötigen Unterbrechungen erheblich zu vermindern. Dazu wird es einer erweiterten Indikationsregelung bedürfen, auf die die Übergangsbestimmungen bereits hinweisen. Wesentliche Bedeutung muß den Beratungsangeboten zukommen, an denen sich auch die Kirche beteiligt. Hier sind nicht bloß Teilaspekte, sondern die ganzheitliche menschliche Situation zu bedenken. Etwas Gutes hat diese ganze Diskussion sicher gehabt: das Gespräch über Not- und Konfliktsituationen durch ungewollte Schwangerschaft wurde neu geweckt. Die eigentliche Aufgabe aber beginnt jetzt erst: Gerade weil christliche Gemeinden ein bedingungsloses Ja zum Leben sagen, müssen sie mit aller Kraft daran mitwirken, daß unser Alltag kinderfreundlicher wird. Von der Haltung der Christen, ihrer Hilfsbereitschaft, ihrem Einfallsreichtum und ihrem Verständnis für überlastete. überforderte Familien und die alleinstehenden Mütter wird es mit abhängen, ob die Verantwortung für alles Leben in unserer Gesellschaft zunimmt. Dazu gehört, daß jede Diffamierung von vornherein ausgeschlossen ist und dem Mut zum Kind - auch zum ungewollten und nichtehelichen Kind - ein hoher Stellenwert eingeräumt wird. Ein Umdenken in diesem Sinne sollte vor allem in der Kirche seinen Ausgangspunkt finden: durch Verkündigung und Seelsorge sowie durch thematisch auf dieses Ziel ausgerichtete Veranstaltungen und Angebote. Nur wer dazu bereit ist, kann die Entscheidung von Karlsruhe auch gegen alle emotionalen Demonstrationen begrüßen und mitvertreten, zumal wenn er weiß, wie verheerend in manchen anderen Ländern die schrankenlose gesetzliche Freigabe der Schwangerschaftsunterbrechung gewirkt hat und noch wirkt. Am Leben ohne Not zu manipulieren, rächt sich eben doch.

Die Bemühungen des Diakonischen Werkes um Konkretisierung der Flankierenden Maßnahmen zu einer Reform des § 218 hatten schon früh begonnen. Bereits im Jahre 1973 wurde eine Expertengruppe eingesetzt, die ein Dokument erarbeitete mit dem Titel "Hilfen in Konflikts- und Notsituationen ungewollter Schwangerschaft". Dieses Dokument hat sich der Diakonische Rat am 12.12.1973 zu eigen gemacht und sich mit dem darin enthaltenen Katalog von Verbundmaßnahmen an die Synode der EKD, an die Synoden und Leitungen der Gliedkirchen sowie an die Werke der Kirche gewandt mit dem dringenden Appell, "die zur Verwirk-

lichung dieser Dienste notwendigen personellen und finanziellen Konsequenzen großzügig, schnell und unkonventionell in mutiger Kooperation zu ziehen".

Im einzelnen enthält der Katalog folgende Empfehlungen:

- Mitarbeit bei der Gesetzgebung (z.B. Verbesserung des Familienlastenausgleichs, des Mutter-

schutzes, der Krankenversicherungs- und Sozialhilfeleistungen usw.),

 Abbau negativer Verhaltensweisen zugunsten einer positiven Einstellung zu Kindern und Familien (z.B.durch Bewußtseinsbildung, durch Einrichtung von Kindergärten und Kindertagheimen usw.),

 konkrete Hilfsangebote in akuten Notsituationen (z.B. Beratungsdienste, p\u00e4dagogischer Beistand, finanzielle Hilfe, Wohnungshilfe, Hilfen f\u00fcr alleinerziehende M\u00fctter usw.).

 Hilfen für Sondergruppen (z.B. ausländische Arbeitnehmerinnen, sozial schwache Gruppen usw.).

Dazu wurde ein Prioritätenkatalog vorgeschlagen, der folgende Punkte umfaßt:

- Gewinnung und Anleitung von "Kontaktpersonen" (in den Gemeinden),

- Ausbau der Beratungsstellen (auch für die Aus- und Fortbildung von Mitarbeitern),

- Bereitstellung pädagogischer Hilfen (insbesondere für alleinerziehende Mütter),

 Schaffung eines regionalen Sonderfonds für schnelle und unkonventionelle finanzielle Hilfen in akuten Notlagen,

finanzielle Hilfen für Heime/Wohngruppen für Mutter und Kind mit überregionaler Bedeutung (Fürth, Heidelberg).

In weiterführenden Konsultationen am 28.2.1974 und 28./29.10.1974, an denen auch Vertreter der Kirchenkanzlei der EKD, der Gliedkirchen der EKD und ihrer Diakonischen Werke, der Evang. Frauenarbeit in Deutschland, der Evang. Aktionsgemeinschaft für Familienfragen sowie der Evang. Konferenz für Familien- und Lebensberatung beteiligt waren, wurden diese Empfehlungen konkretisiert.

ZUM SELBSTVERSTÄNDNIS DER EVANGELISCHEN BERATUNG ZU § 218 STGB

Im Zusammenhang mit dem Problemkreis § 218 StGB erscheint es uns erforderlich, noch einmal auf das "Selbstverständnis evangelischer Beratung" hinzuweisen, wie es sich in den Diskussionen unserer Konsultationen am 28.2.1974 und 28./29.10.1974 als gewissensmäßig verantwortbar und respektierbar dargestellt hat:

1. Es besteht Einmütigkeit darüber, daß es um die Erhaltung des Lebens geht – wie auch in der parlamentarischen Diskussion die Vertreter aller politischen Richtungen und die Verfechter der verschiedenen Gesetzesvorlagen den Vorrang der Erhaltung des Lebens be-

tont haben.

2. Einmütigkeit besteht auch darin, daß die Frau die Entscheidung selbst fällen muß und der Berater ihr nur eine Entscheidungshilfe geben kann. Diese Entscheidungshilfe sollte so konkret und wirksam wie möglich sein, jedoch eine einseitige Überredung in eine bestimmte Richtung vermeiden. Die Entscheidung der Frau, auch wenn der Berater sie persönlich nicht billigt, muß respektiert und darf nicht verurteilt werden.

3. Einmütigkeit wurde auch darin festgestellt, daß die Beratung auch offen sein muß für

die Frauen mit Konflikten nach einem Abbruch.

4. Schwierigkeiten werden für die Beratung aufgrund des Zeitdruckes und der fehlenden Bereitwilligkeit zur Beratung aufgrund eines gesetzlichen Zwanges gesehen. Auch stellt sich die Frage nach der Entscheidungsfreiheit der Frau in den Fällen, in denen eine echte Entscheidungsunfähigkeit vorliegt. An diesen Problemen muß weitergearbeitet werden.

5. Hinsichtlich der personellen und fachlichen Qualität der Beratungsstellen werden Unterschiede unter der Voraussetzung akzeptiert, daß in der Erkenntnis der eigenen Grenzen die Zusammenarbeit mit Beratungsstellen mit anderen fachlichen Schwerpunkten intensiv gepflegt wird. In ein so verstandenes Rahmenkonzept evangelischer Beratung würden auch die sogenannten "Kontaktpersonen" im Vorfeld der Beratung gehören.

6. Von den Teilnehmern an der Konsultation am 28.2.1974 wurde folgende Empfehlung beschlossen:

Eine Spezialberatungsstelle (ggf. in Verbindung mit einer Erziehungs-, Lebens- und Familienberatungsstelle) sollte mindestens mit einer Sozialarbeiterin mit entsprechender Qualifikation (spezielle Kenntnisse über Schwangerschaft, Familienplanung usw.; Fortbildung in Casework unter Supervision; Befähigung zur Anamneseerstellung; Teilnahme an themenzentrierten gruppendynamischen Veranstaltungen; Teamfähigkeit) besetzt sein. Die Zusammenarbeit mit einem Gynäkologen muß vertraglich festgelegt sein. Die Vertragsabmachungen müssen auch Sprechstunden und Kostenregelung in Einzelfällen – soweit sie nicht von der Krankenkasse abgedeckt sind – betreffen. Außerdem sind bei Bedarf weitere Fachleute, wie Pfarrer, Juristen, Psychologen u.a. hinzuzuziehen. Regelmäßige Teamgespräche aller Mitarbeiter der Beratungsstelle sind durchzuführen.

Beratungsstellen in Verbindung mit einem Krankenhaus, insbesondere mit gynäkologischen Abteilungen, dienen der Ergänzung der gynäkologischen Beratung, um die Basis für die Entscheidung der Frau und des Arztes zu verbreitern. Es sollte sich um eine ganzheitliche (ethische, medizinische, psychologische, sozialpädagogische und seelsorgerliche) Betreuung während der Konfliktphase handeln. Dem Beraterteam sollen angehören der Gynäkologe des Krankenhauses, eine Sozialarbeiterin mit entsprechenden Qualifikationen (s.o.), möglichst ein Psychologe mit Ausbildung in klinischer Psychologie, ein Seelsorger mit Zusatzausbil-

dung in psychologisch fundierter Gesprächsführung (z.B. CPT-Ausbildung).

Ein Bericht vom August 1975 über den Stand der diakonischen und sozialen Maßnahmen im Zusammenhang mit der Frage des Schwangerschaftsabbruchs sei im Wortlaut zitiert:

Das Karlsruher Urteil hat insofern eine günstige Auswirkung, als jetzt bei der sicheren Erwartung einer Indikationsregelung unter Berücksichtigung der persönlichen Lebensbelastungen der Schwangeren die Beratungsaufgaben deutlicher gesehen und die Vorstellungen darüber somit konkreter werden. Eindeutig und vorrangig muß es dem Gesetzgeber jetzt um den Schutz des Kindes gehen, gegen den nur Leben und Gesundheit der Mutter oder eine unverhältnismäßig große, anders nicht zu behebende Belastung aufgerechnet werden darf. Die damit gegebene Leitlinie entspricht dem Beschluß der EKD-Synode auf ihrer Tagung im Januar 1974. Darin heißt es: "Für Fragen des Schwangerschaftsabbruches kann es keine in jeder Hinsicht überzeugende "Lösung" geben, weil jeder, auch der legale, Schwangerschaftsabbruch ungeborenes Leben beendet. Als Christen glauben wir, daß auch dieses Leben unter dem Gebot Gottes steht."

Zu dieser Auffassung muß sich die evangelische Beratung offen bekennen, ohne befürchten zu müssen, daß in der Bevölkerung die evangelischen Beratungsstellen als "Überredungsstellen" gegen einen Schwangerschaftsabbruch mißverstanden und deshalb von Frauen, die an einen Abbruch denken, gemieden werden. Gerade in der psychisch belasteten Phase der ersten Schwangerschaftsmonate kann die Erwartungshaltung gegenüber der Beratung auch bei den an einen Schwangerschaftsabbruch denkenden Frauen oft unklar sein. Entscheidend für die Auswahl der Beratungsstelle wird das Vertrauen sein, das ihr entgegengebracht wird. Dieses setzt voraus, daß keine Frau, wie sie sich auch immer zu ihrem werdenden Kind stellt, befürchten muß, wegen ihres Verhaltens verurteilt zu werden, sondern hoffen kann, daß sie in ihrer persönlichen Not angenommen wird. Dies gilt besonders für den Fall, daß Rat und Hilfe in den Konflikten gebraucht werden, die sich nach einem — auch legalen — Abbruch einstellen. Die evangelische Beratung kann dazu mit dem Hinweis auf die Vergebung helfen, weil Christus auch von der Last der Schuld gegen ein werdendes Leben befreien kann.

Zielsetzung

Die Zielsetzung evangelischer Beratung ergibt sich aus den dargelegten grundsätzlichen Gedanken.

Jedes Leben - das ungeborene wie das der Mutter - steht in gleicher Weise unter dem

Schutz Gottes. Für den Schutz des Lebens einzutreten ist damit ein Gebot Gottes, dessen Erfüllung Aufgabe und Auftrag evangelischer Beratung ist. Diese hat also alle ihr zur Verfügung stehende Hilfe zu bieten, damit Leben erhalten bleibt. Steht Leben gegen Leben und kann das eine Leben nur auf Kosten oder zu unerträglichen Lasten des anderen Lebens erhalten werden, so muß die Hilfe darin bestehen, die dadurch entstehenden Konflikte auszutragen und die richtige Entscheidung zu finden. Dabei sind alle Möglichkeiten der Hilfe einzusetzen, um die Belastungen für die Schwangere und ihre Familie erträglich zu machen oder zu beseitigen und dem Kind den für seine Entwicklung notwendigen Lebensraum zu geben. Der Beitrag der Beratungsstelle darf nicht in der Beteiligung an der Entscheidung über die Indikation bestehen. Das Vertrauen der Ratsuchenden darf weder durch die Furcht vor einer negativen Beeinflussung der Begutachtung durch den Berater noch durch die Hoffnung auf eine unverbindliche und lediglich formale Konsultation zur Erfüllung einer Gesetzesvorschrift noch durch das Mißverständnis einer Anwaltschaft für einen Abbruch belastet werden.

Die Freiheit der Schwangeren zur Entscheidung ist zu respektieren, auch wenn sie der Vorstellung des Beraters nicht entspricht. Bei der Durchführung des Antrags- und Abbruchverfahrens mitzuwirken, muß der Gewissensentscheidung des einzelnen Beraters ebenso wie des Arztes und des Pflegepersonals überlassen bleiben.

Arbeitsweise der Beratung

Die Beratung erstreckt sich auf

a) Konfliktberatung.

die die individuelle Situation der Schwangeren in ihren personalen (Ehepartner, Freund, Familie) und sozialen (Wohnung, Unterhalt, Arbeit, Berufsausbildung) Lebensumständen betrifft. Es ist die augenblickliche, aber auch die zukünftige Situation zu bedenken.

b) Information, Beratung über und Vermittlung von konkreten sozialen Hilfen. Konkrete soziale Hilfen sind wesentlicher Bestandteil der Beratung, insbesondere als Alternativ-Angebot zum Schwangerschaftsabbruch und zur Überwindung der ersten Schocksituation.

Zu den Hilfeangeboten gehören u.a.:

Materielle Hilfen

- bei wirtschaftlichen Engpässen infolge Schwangerschaft und Geburt eines Kindes;
- bei der Wohnraumbeschaffung (Umzug, Erweiterung des Hausrates);
- bei der Inanspruchnahme von Leistungen für Mutter und Kind, für die keine Kostenträger in Anspruch genommen werden können (Beiträge und Pflegekosten für Kindergarten, Kindertagheim, Tagespflegestelle, Familienpflegerin, Müttergenesung, Familienerholung u.a.)

Außerdem Hilfen bei:

- Wahrnehmung von Ansprüchen sozialer Sicherung;
- Bereitstellung eines Heimplatzes vor und nach der Entbindung;
- Vermittlung von Tagespflegestellen u.a.

Langfristige Hilfen

- pädagogischer Beistand;
- Hilfe bei der Aufstellung eines Lebensplanes:
- Hilfe bei der beruflichen Eingliederung (Ausbildung);
- Beratung über Adoption u.a.

c) Sexualerziehung, Beratung und Hilfe zur verantwortlichen Elternschaft (Familienplanung)

Keine Beratungsstelle kann auf diese Aufgabe verzichten, da nicht erst eine bereits eingetretene ungewollte Schwangerschaft, sondern auch die Beziehungen der Partner untereinander und die Eltern-Kind-Beziehungen Probleme und Konflikte enthalten, deren Ursachen nur durch fachkundige (auch ärztliche) Beratung erkannt und behoben werden können.

Das gesamte Beratungsfeld ist so groß, daß das erforderliche Spezialwissen nicht von einzelnen Personen und Institutionen geboten werden kann, sondern sich auf mehrere Fachkräfte und spezielle Einrichtungen verteilen muß. Beratung muß also kooperativ angelegt

sein und grundsätzlich in enger Zusammenarbeit mit anderen Beratungsdiensten und Einrichtungen der praktischen Hilfe stehen. Das sind u.a.

- 1. Ehe- und Familienberatung,
- 2. Erziehungsberatung,
- 3. Jugendberatung,
- 4. Drogenberatung,
- 5. Ortsstellen der Diakonie/Gemeindedienste,
- 6. Einrichtungen der Jugendhilfe,
- 7. Diakonie-Sozialstationen,
- 8. Krankenhäuser, insbes. deren gynäkologische Abteilungen, und ihr Sozialdienst,
- 9. Mutter-Kind-Heime/Wohngruppen,
- 10. Familienhilfe.
- 11. Familienbildungsstätten,
- 12. Schulen,
- 13. Telefonseelsorge.

Große Bedeutung kommt der Zusammenarbeit mit Ärzten zu, die bei der künftigen Regelung entscheidend mitwirken werden. Nach Möglichkeit sollte daher die evangelische Beratungsstelle die Mitarbeit von Ärzten vertraglich sicherstellen. Darüberhinaus ist enge Zusammenarbeit mit freipraktizierenden und mit Krankenhausärzten zu pflegen.

Bei der zu erwartenden Einbeziehung einer sozialen Bedrängnislage der Schwangeren in die Indikation als Voraussetzung zu einem legalen Schwangerschaftsabbruch ist der Arzt mit seiner dafür vorgesehenen Beratung allein überfordert.

Die Möglichkeit einer Beratung über die ärztliche Diagnose und medizinische Konsultation hinaus ist in der Bevölkerung erst wenig bekannt und auch ihre Inanspruchnahme noch nicht üblich. Diese Scheu vor einer nichtärztlichen Beratungsstelle muß überwunden werden. Es liegen Erfahrungen vor, daß diese psychologischen Barrieren durch die Telefonseelsorge und durch sogenannte Kontaktpersonen, d.h. ehrenamtlich tätige Frauen, aber auch Männer aus den Kirchengemeinden mit besonderer Begabung, wenn möglich mit Erfahrungen aus pädagogischer oder sozialer Berufstätigkeit, am ehesten abgebaut werden können.

Diese Tätigkeit im Vorfeld der Beratung gehört zum Gesamtkomplex evangelischer Beratungsarbeit und stellt die Verbindung zu den Kirchengemeinden dar, ohne die letztlich kein diakonischer Dienst arbeiten kann.

Für die personelle Besetzung der Beratungsstellen wurden die nachstehenden Vorschläge erarbeitet, die die unterschiedlichen Schwerpunkte der einzelnen Institutionen berücksichtigen. Sie sind als Empfehlungen zu verstehen, welche Variationen aufgrund örtlicher Gegebenheiten zulassen.

Für Spezialberatungsstellen (ggf. in Verbindung mit einer Erziehungs-, Lebens- und Familienberatungsstelle) wird empfohlen:

- Mindestens eine Sozialarbeiterin mit entsprechender Qualifikation (spezielle Kenntnisse über Schwangerschaft, Familienplanung usw.; Fortbildung in Casework unter Supervision; Befähigung zur Anamneseerstellung; Teilnahme an themenzentrierten gruppendynamischen Veranstaltungen; Teamfähigkeit).
- Ein Gynäkologe auf vertraglicher Basis. Die vertraglichen Abmachungen müssen betreffen: Sprechstunden nach Vereinbarung, Kostenregelung im Einzelfall soweit nicht von der Krankenkasse abgedeckt –.
- Regelmäßige Teamgespräche mit den Mitarbeitern der Beratungsstelle unter Hinzuziehung anderer Fachleute: Pfarrer, Juristen, Psychologen u.a.

Für Beratungsstellen in Verbindung mit einem Krankenhaus als Ergänzung der gynäkologischen Beratung, um die Basis für die Entscheidung der Frau und des Arztes zu verbreitern, und als eine ganzheitliche (ethische, medizinische, psychologische, sozialpädagogische und seelsorgerliche) Betreuung während der Konfliktphase wird empfohlen:

- Gynäkologe des Krankenhauses;
- Sozialarbeiterin wie bei der Spezialberatungsstelle (s.o.);
- möglichst ein Psychologe mit Ausbildung in klinischer Psychologie;
- ein Seelsorger mit Zusatzausbildung in psychologisch fundierter Gesprächsführung (z.B. CPT-Ausbildung).

Für Beratungsstellen für Ausländerinnen, für die wegen ihrer aus der heimatlichen Lebensauffassung mitgebrachten Vorstellungen über Schwangerschaft und Geburt besondere Informations- und Beratungsmaßnahmen erforderlich sind, wird empfohlen:

Wie in der Spezialberatungsstelle, jedoch mit ausländischen Sozialbetreuerinnen besetzt,

die für diese Aufgabe zusätzlich ausgebildet werden.

Für Beratungsstellen in sozialen Brennpunkten (z.B. Obdachlosensiedlungen und Notunterkünften für Familien, die aus ihren Wohnungen ausgewiesen wurden), wo zusätzliche Probleme zur Schwangerschaft und Mutterschaft auftreten, die mit der besonderen Lebenssituation zusammenhängen, wird empfohlen:

Wie bei einer Spezialberatungsstelle, jedoch erweitert um Mitarbeiter der Gemeinwesen-

arbeit, um die notwendige umfassende Sozialisationshilfe zu leisten.

c) Altenhilfe

Der Deutsche Evangelische Verband für Altenhilfe veranstaltete vom 21. bis 23.4.1975 in Berlin seine alljährliche Bundestagung mit dem Thema "Recht auf Leben – Recht auf Sterben". Im Rahmen dieser Bundestagung wurde gleichzeitig das dritte Schwerpunktprogramm des Diakonischen Werkes eröffnet, das sich nach dem Beschluß der Diakonischen Konferenz vom 9.4.1975 für die nächsten drei Jahre auf den Bereich der Altenhilfe erstrecken und drei Ziele verwirklichen soll:

- Qualifizierung evangelischer Altenhilfe,

- Stärkung der Mitarbeiter in der Altenhilfe,

- Bewußtseinsbildung in der Öffentlichkeit.

Im Rahmen dieses Schwerpunktprogramms wurde das nachfolgend im Wortlaut wiedergegebene Dokument von der Bundestagung autorisiert:

DIAKONIEEIGENE PERSPEKTIVEN IN DER ALTENHILFE

Vom April 1975

I. Wie begründen wir evangelische Altenhilfe?

1. Der Mensch ist durch das Evangelium zur Gemeinschaft mit Gott und seinen Mitmenschen berufen.

Durch die Zuwendung Gottes empfängt er sein Leben und seinen Wert. Er kann darum dieses Leben, wie es ihm gegeben wird, in Dankbarkeit annehmen und führen. Diese Güte Gottes erfährt er auch darin, daß er sich in Gemeinschaft mit anderen vorfindet. Ihnen gilt gleichermaßen die Zuwendung Gottes. Darum kann der Mensch sein Leben in Öffnung zum Anderen, in Annahme und wechselseitiger Hilfe verwirklichen.

2. Der Mensch ist durch das Evangelium zur verantwortlichen Gestaltung der Welt und seines Lebens berufen. Als Geschöpf Gottes ist der Mensch eingebunden in die Zusammenhänge dieser Welt. Als Ebenbild Gottes hat er den Auftrag und die Freiheit, die Schöpfung weiterzuentwickeln, sich nutzbar zu machen und zu bewahren. Dies geschieht in der Verantwortung vor Gott und in der Verantwortung für die Menschen und die Welt.

3. Der Mensch erfährt ständig die Grenzen seiner Möglichkeiten, seine Endlichkeit und die schuldhafte Gebrochenheit seiner Beziehungen zu Gott, Mensch und Welt.

Für den alten Menschen werden diese Grenzen besonders bedrängend im Nachlassen seiner Kräfte, in Krankheit und Sterben. Diese Leiden versteht er oft als Abwendung Gottes. Der zunehmende Verlust seiner sozialen Beziehungen kann bis zur völligen Vereinsamung führen.

Die Geringschätzung des Lebenswertes im Alter und die Verdrängung der Zukunftsängste durch die Umwelt verstärken sein negatives Selbstverständnis und isolieren ihn. Der an

Arbeit und Leistung gebundene Wertbegriff in der technisch-industriellen Gesellschaft nimmt dem alten Menschen seine sozialen Funktionen, führt ihn vielfach in wirtschaftliche Not und drängt ihm das Bewußtsein seines Unwertes auf. So fühlt er sich aus der Gemeinschaft mit Gott und den Menschen ausgeschlossen und empfindet sein Dasein als Alleinsein. In dieser Not des alten Menschen spitzt sich die Frage nach Bestimmung und Erfüllung des menschlichen Lebens zu.

4. Im Leben und Wirken Jesu tritt Gott in eine helfende Beziehung zur Welt und öffnet

dem Menschen den Zugang zur Gemeinschaft mit ihm.

Im Menschsein Jesu, in seinem Leidensweg und Kreuzestod erfährt der Mensch, daß diese Gemeinschaft mit Gott auch in Schuld, im Leiden, in letzter Verlassenheit, im Sterben und im Tod nicht aufhört.

In der Auferstehung Jesu gewinnt er Anteil am unvergänglichen Leben Gottes in seiner

Im Vertrauen darauf wird er der Liebe Gottes gewiß die auch seine Zukunft bestimmt. So wird er frei von Ängsten und kann bis zuletzt ein Hoffender bleiben. Selbst als alter Mensch kann er sich und andere in aller menschlichen Gebrochenheit bejahen und auch im Dasein für andere die Erfüllung des eigenen Daseins finden.

Diesen Glauben zu stärken und dem Menschen gerade in der letzten Phase seines Lebens durch Wort. Tat und Sakrament Hilfe zur Verwirklichung seiner Bestimmung zu geben, ist

wichtigste Aufgabe der christlichen Gemeinde in ihrer Fürsorge für alte Menschen.

II. Was wollen wir in der evangelischen Altenhilfe?

Aus der oben entfalteten Grundlegung ergeben sich für die evangelische Altenhilfe als Auftrag der Gemeinde folgende Zielvorstellungen:

1. (Zu I, 1): Würde und Wert des menschlichen Lebens aus seiner Bestimmung von Gott her erfordern die ehrfürchtige Begegnung mit jedem alten Menschen, mag er noch so schwierig und hilfsbedürftig sein. Evangelische Altenhilfe sieht das Alter als eine Lebensstufe an, die in sich sinnvoll ist. Sie darf sich nicht in äußerer Versorgung erschöpfen; sie muß Lebenshilfe im persönlichen und sozialen Bereich sein. Dazu gehört z.B.: Hilfe bei der Vorbereitung und Gestaltung des Alters sowie Ermöglichung, Erhaltung und Einübung von Gemeinschaftsbeziehungen.

2. (Zu I. 2): Evangelische Altenhilfe will dem alten Menschen eine verantwortliche Lebensgestaltung ermöglichen. Sie bemüht sich um eine gesundheitliche Rehabilitation und Aktivierung sowie um die partnerschaftliche Gestaltung der Beziehungen zwischen

den Gruppen der Mitarbeiter und der alten Menschen.

Die Gruppe der alten Menschen ist ein wesentlicher und unverzichtbarer Bestandteil der Gesellschaft, der nicht nur toleriert werden darf. Diese Einstellung muß sich in der Öffentlichkeit, bei dem alten Menschen selbst und bei den Mitarbeitern der Altenhilfe durchsetzen.

3. (Zu I, 3): Evangelische Altenhilfe will die Endlichkeit und Gebrochenheit des menschlichen Lebens nicht verdrängen und die Bedingtheit menschlicher Hilfe nicht überspielen. Sie will vielmehr zur Einsicht in die Grenzen der menschlichen Existenz, zu ihrer Annahme und zum rechten Umgang mit ihnen anleiten.

4. (Zu I, 4): Evangelische Altenhilfe hat teil an der helfenden Beziehung Gottes zur Welt in Jesus Christus. Sie bezeugt in Wort und Tat die Hoffnung, die über alle menschlichen Grenzen hinausgeht. Sie bietet die Gemeinschaft an, die sich in gefeiertem und gelebtem Gottesdienst darstellt.

III. Wie verwirklichen wir evangelische Altenhilfe?

Die Verwirklichung der evangelischen Altenhilfe geschieht vor allem in Hinblick auf den alten Menschen selbst, die Gesellschaft, die Gemeinde und die Mitarbeiter der Altenhilfe.

1. Einrichtungen der stationären und ambulanten Altenhilfe sind so zu planen und zu gestalten, daß sie

Würde und Wert aller alten Menschen wahren,

die Selbständigkeit und Mündigkeit auch für die Schwierigkeiten und Hilfsbedürftigen soweit als möglich anstreben und gerade den Vereinsamten Gemeinschaftsbezüge ermöglichen und erhalten.

Vordringlich zu fördern sind folgende Einrichtungen:

Pflegeeinrichtungen, Altenkrankenheime, geriatrische Krankenhäuser, Einrichtungen für geistig und psychisch behinderte alte Menschen, ambulante Pflege- und Hilfsdienste, Altentagesstätten und Altenbegegnungsstätten, Altenarbeit im Rahmen der Erwachsenenbildung.

2. Evangelische Altenhilfe braucht zur Verwirklichung ihrer Ziele qualifizierte Mitarbeiter. Dazu bedarf es fachlich und theologisch qualifizierter Angebote für Ausrichtung und Ausbildung, Fortbildung und Zurüstung. Dabei muß vor allem die Praxis von der theologischen Grundlegung her ständig kritisch durchdacht werden.

Von den Trägern der diakonischen Einrichtungen sind die entsprechenden Voraussetzun-

gen zu schaffen:

Bemühungen um eine Diakoniewissenschaft,

Ausweitung und Verbesserung der Ausbildungsmaßnahmen und gezielte Auswahl der Bewerber für diese Maßnahmen.

Angebote von eigenen Fortbildungsmaßnahmen und Ermöglichung der Teilnahme an

anderen Fortbildungsveranstaltungen (Freistellung und Kostenübernahme).

Zur Ausbildung und Fortbildung der Mitarbeiter in der evangelischen Altenhilfe gehört unaufgebbar die Befähigung zum seelsorgerlichen Gespräch und Handeln. Dazu ist es erforderlich, daß der Mitarbeiter an sich selbst Seelsorge erfährt.

3. Die evangelische Altenhilfe muß Einfluß nehmen auf die gesellschaftlichen Bedingungen, unter denen die alten Menschen leben. Dies geschieht z.B. durch:

die eigene Öffentlichkeitsarbeit.

Einwirken auf die öffentlichen Medien im Blick auf ein positives Bild vom alten Menschen (Bewußtseinsbildung, gewandelte Einstellung),

Initiative und Mitwirkung bei gesellschaftspolitischen Maßnahmen (soziale Gesetz-

gebung, Stadtplanung u.a.).

Anregung und Unterstützung pädagogischer Maßnahmen, welche auf die Aufgaben des Alters frühzeitig vorbereiten (Kindergarten, Schule, Ausbildungsstätte u.a.),

Zusammenarbeit mit anderen gesellschaftlichen Institutionen (Wohlfahrtsverbände,

Kommunen, Arbeitsämter u.a.).

Die evangelische Altenhilfe weiß, daß durch die Grenze der menschlichen Existenz auch ihre Hilfsmöglichkeiten begrenzt sind. In ihrem Tun bezeugt sie eine Hoffnung, die sich nicht auf menschliche Möglichkeiten gründet.

4. In der evangelischen Altenhilfe findet der Auftrag der Gemeinde am alten Menschen

seinen Ausdruck. Zur Erfüllung dieses Auftrages gehört vor allem:

Dankbares Annehmen der alten Menschen als wichtige Gruppe der Gemeinde;

Zusammenleben und wechselseitiges Geben und Nehmen zwischen den Generationen (Gemeindefeiern und -veranstaltungen, offene Kreise und Gruppen u.a.);

Durchführung von Gemeindeseminaren zur Schulung von Mitarbeitern für häusliche Kranken- und Familienpflege, Nachbarschaftshilfe, Besuchsdienst u.ä., Hilfen zur Zusammenarbeit von hauptamtlichen und freiwilligen Mitarbeitern, fachliche Begleitung der freiwilligen Mitarbeiter;

Anstellung von hauptamtlichen Mitarbeitern auf örtlicher oder überörtlicher Ebene für

die gemeindliche Altenarbeit,

Aufnahme und Intensivierung von wechselseitigen Beziehungen zwischen Gemeinden und Heimen, sowie zwischen offener und geschlossener Altenarbeit (z.B. Gemeindeveranstaltungen und Feste, Besuchs-, Vorlese- und Briefschreibdienste, Begleitung bei Ausgängen, Gottesdienstübertragungen, gegenseitiges Angebot therapeutischer, sozialer und kultureller Dienste, Mitwirkung der Fachkräfte aus den Heimen an den Gemeindeseminaren und dgl.);

Entwicklung einer auf die veränderte Lage und Aufnahmefähigkeit der alten Menschen ausgerichtete Seelsorge (besonderer Umgang, Gespräch und Zuspruch auch für die nicht mehr aktivierbaren alten Menschen, Sterbehilfe als Vorbereitung, Begleitung und Hilfe

beim Sterben).

Verkündigung der Zuwendung Gottes und das Angebot der von ihm gestifteten Gemeinschaft in der Feier des Hl. Abendmahls, in welchem Leben, Hoffnung und Freude für Gegenwart und Zukunft verbürgt werden.

d) Behindertenhilfe

Die Aktivitäten im Bereich der Behindertenhilfe waren zum Teil Reaktionen auf "von außen" gesetzte Tatbestände. So wurden im Zusammenhang mit dem Heimgesetz Fragen der staatlichen Kontrolle diskutiert und Überlegungen zu "Mindestanforderungen" in stationären Einrichtungen angestellt, die sich allerdings auf die im Vorjahr verabschiedeten "Empfehlungen für die Pflege, Therapie und Förderung geistig Behinderter in Heimen und Anstalten" beziehen konnten.

Da die vom Gesetz geforderte "Mitwirkung der Heimbewohner" vor allem in Einrichtungen für geistig Behinderte nicht möglich schien, wurde eine Alternative erarbeitet. Sie wird inzwischen auf der Grundlage gemeinsamer Empfehlungen auch in Einrichtungen des Deutschen Caritasverbandes praktiziert. Die gesetzlichen Vertreter von geistig Behinderten wählen einen "Beirat des Heimes", der gegenüber der Einrichtung die Interessen der Bewohner vertritt.

Die im Schwerbehindertengesetz angesprochenen und von der Bundesanstalt für Arbeit konkretisierten "Mindestanforderungen" für Werkstätten für Behinderte ließen Kontroversen deutlich werden, die noch nicht beigelegt sind. Während auf der einen Seite die Werkstatt für Behinderte vor allem unter arbeitsmarktpolitischen und wirtschaftlichen Gesichtspunkten gesehen wird, vertritt die Diakonie im Verein mit den anderen Spitzenverbänden der Freien Wohlfahrtspflege das Konzept, in dem die Werkstatt für Behinderte als Ort der beruflichen und sozialen Rehabilitation definiert wird.

Bedeutungsvoll für die Arbeit der Behindertenhilfe dürfte die Frage der Regionalisierung werden, d.h. der Begrenzung des Einzugsbereichs von Einrichtungen der Behindertenhilfe, die nach Vorliegen des Zwischenberichtes und unter dem Eindruck des Abschlußberichtes der Sachverständigenkommission zur Erarbeitung einer Enquête über die Lage der Psychiatrie in der Bundesrepublik Deutschland diskutiert wurde.

Im Bereich der Gesetzgebung führte die Ablehnung eines Gesetzentwurfes zur unentgeltlichen Beförderung Behinderter im Personenverkehr durch den Bundesrat zur Verabschiedung und Veröffentlichung einer Stellungnahme des Diakonischen Werkes der EKD mit dem Ziel, die vom Schwerbehindertengesetz geförderte Gleichstellung aller Behinderten zu verwirklichen. Eine weitere Stellungnahme betraf die Sterilisation geistig Behinderter. Da ein Gesetzentwurf der Bundesregierung im Rahmen eines Fünften Gesetzes des Strafrechts eine solche Möglichkeit nicht mehr vorsah, wurde nach Absprache mit den Diakonischen Werken der Gliedkirchen eine vom Verband evangelischer Einrichtungen für geistig und seelisch Behinderte erarbeitete Äußerung zu dieser Frage dem Bundesjustizministerium und dem Strafrechtssonderausschuß des Deutschen Bundestages zugeleitet und schließlich veröffentlicht. Diese Initiative stieß in der Öffentlichkeit auf großes Interesse, das Echo war überwiegend positiv.

ZUR FRAGE DER STERILISATION GEISTIG BEHINDERTER

Stellungnahme des Diakonischen Werkes der EKD

Vom 3. Oktober 1975

1. Die vorliegende Stellungnahme wurde im Bereich des Diakonischen Werkes der Evangelischen Kirche in Deutschland, besonders innerhalb des Verbandes evangelischer Einrichtungen für geistig und seelisch Behinderte e.V., beraten.

Anlaß waren die vorliegenden Gesetzentwürfe zur Ergänzung des § 226 StGB, in denen die Möglichkeit der Sterilisation einwilligungsunfähiger geistig Behinderter abweichend von der bisherigen Rechtslage entfallen soll.

Zur Zeit ist eine Sterilisation solcher Personen möglich nach Einwilligung des gesetzlichen

Vertreters, des Vormundschaftsgerichtes und nach Maßgabe ärztlicher Gutachten.

Im Gegensatz zu der dem Regierungsentwurf vom 9.2.1972 beigefügten Begründung sieht das Diakonische Werk unter Berücksichtigung der heutigen rechtsstaatlichen Verhältnisse nicht die Gefahr des Mißbrauchs wie in den Jahren des NS-Regimes.

2. Alle drei Entwürfe zur anstehenden Gesetzesreform sehen eine rechtliche Grundlage zur freiwilligen und straffreien Sterilisation einwilligungsfähiger Personen vor (Bundesregierung vom 9.2.1972, Dr. Müller-Emmert vom 4.3.1973 und Fraktionen der SPD und FDP vom 21.3.1973).

Nicht vorgesehen ist in den Gesetzentwürfen die Möglichkeit der Sterilisation von Personen, die infolge ihrer geistigen Behinderung nicht wirksam einwilligen können,

Dabei wird die Schwierigkeit einer Legislative nicht verkannt, daß viele Bürger, insbesondere Christen, in unserem Land schon vom Terminus "Sterilisation" her an Praktiken der nationalsozialistischen Herrschaft erinnert werden.

3. Eine Regelung für Personen, die zur wirksamen Einwilligung nicht fähig sind und in absehbarer Zeit nicht fähig werden, darf aber gerade dann nicht unterbleiben, wenn das Ziel ihrer Förderung eine möglichst weitgehende Angleichung an die Lebensformen der sie umgebenden Gesellschaft ist (Normalisierungsprinzip).

Berücksichtigung finden müssen dabei das Recht des geistig behinderten Menschen auf Entfaltung seiner Persönlichkeit und der Schutz, dessen der geistig behinderte Mensch in

besonderem Maße bedarf.

Das Recht auf Entfaltung der Persönlichkeit verbietet eine nach Geschlechtern getrennte Verwahrung geistig behinderter Menschen. Möglich sein sollten neben der Teilnahme am Leben der Gemeinschaft auch partnerschaftliche Beziehungen geistig Behinderter untereinander.

Dabei ist unter anderem zu berücksichtigen

die Erkenntnis, daß die stimulierenden Anreize, denen Behinderte unter dem "Normalisierungsprinzip" ausgesetzt sind, nur teilweise gesteuert werden können,

der ungenügende Schutz durch Antikonzeptionsmittel,

das Unvermögen, verantwortliche Elternschaft zu praktizieren und

die Gefahr folgenschweren Mißbrauchs durch Nichtbehinderte.

Dagegen kann im Einzelfall wirksam nur eine Sterilisation den erforderlichen Schutz bieten.

4. Das Diakonische Werk der Evangelischen Kirche in Deutschland unterstützt deshalb die Stellungnahme der Bundesvereinigung Lebenshilfe vom 21.2.1974.

Das Diakonische Werk fordert, daß bei einer vorgesehenen Neuregelung des § 226 StGB die Möglichkeit der Sterilisation geistig behinderter Menschen beiderlei Geschlechts ohne Altersbegrenzung im Einzelfall unter bestimmten und begrenzten Voraussetzungen erhalten bleibt bzw. geschaffen wird.

Um die Gefahr eines Mißbrauchs weiter zu verringern, hält es das Diakonische Werk darüber hinaus für erforderlich, daß im individuellen Entscheidungsverfahren auch Personen gehört werden, die dem betroffenen geistig Behinderten nahestehen, insbesondere Eltern und mit der Fürsorge für ihn befaßte und sein Vertrauen genießende Personen.

Die Berücksichtigung eines bestehenden Vertrauensverhältnisses soll sicherstellen, daß Sterilisationen nicht gegen den Willen geistig Behinderter und ohne zwingende Notwendig-

keit durchgeführt werden.

5. Das Diakonische Werk der Evangelischen Kirche in Deutschland setzt sich dafür ein, daß eine Sterilisation einwilligungsunfähiger geistig Behinderter möglich sein soll, wenn folgende Voraussetzungen gegeben sind:

a) Antrag des gesetzlichen Vertreters und

b) Feststellung der Indikation durch eine unabhängige ärztliche Gutachterstelle und

c) Anhörung des Behinderten, soweit dies möglich ist und

d) Zustimmung des Vormundschaftsgerichts nach Anhörung mindestens einer Persönlichkeit, die der geistig behinderten Person nahe steht.

Von einer Altersbegrenzung sollte abgesehen werden.

Was die gemeindebezogenen Aktionen des Diakonischen Werkes anbetrifft, so waren sie gekennzeichnet von dem Bemühen, Verständnis für Behinderte zu wecken und das Engagement der Gemeinde zu verstärken. Es wurde eine "Anleitung zur Durchführung von Ferienmaßnahmen für Behinderte und ihre Angehörigen" mit einem detaillierten Verzeichnis von über 100 behindertengerechten Ferienheimen herausgebracht sowie neben einem Faltblatt auch "Materialien für einen Gottesdienst".

Entsprechend dem Auftrag der Diakonischen Konferenz 1975 in Kaiserswerth, um eine "geordnete Vereinfachung" innerhalb der mit der Hilfe für Behinderte befaßten gliedkirchlichen Diakonischen Werke und Fachverbände bemüht zu sein, wurden die Gespräche zwischen den Verbänden und Diakonischen Werken fortgesetzt. Auch wenn Strukturveränderungen nicht erhofft werden, soll eine "Konferenz der diakonischen Behindertenhilfe" eine verbindlichere Plattform zur gegenseitigen Information und Koordination für Fach- und Landesverbände darstellen.

Im Bewußtsein des gemeinsamen Zieles, die Integration Behinderter zu fördern und das Engagement der christlichen Gemeinde zu verstärken, wurde von Vertretern der Arbeitsgemeinschaft der Evangelischen Jugend/Freiwillige Soziale Dienste und Vertretern der Diakonischen Werke der Gliedkirchen der EKD ein gemeinsames Papier erarbeitet, in dem zur Gründung regionaler Arbeitsgemeinschaften "Offene Behindertenhilfe" aufgefordert wird, um die Maßnahmen von Kirche und Diakonie vor Ort zu koordinieren und zu verstärken.

Unter dem Eindruck der Gründung der überkonfessionellen "Arbeitsgemeinschaft der Werkstätten für Behinderte in der Bundesrepublik Deutschland" ergab sich eine erfreuliche Zusammenarbeit.

Der "Verband evangelischer Einrichtungen für geistig und seelisch Behinderte e.V." sowie der "Verband Evangelischer Einrichtungen der Nichtseßhaftenhilfe" beschlossen einen gemeinsamen Werkstattausschuß auf Bundesebene und verzichteten damit auf verbandsinterne Aktivitäten zu allen Fragen der "Werkstatt für Behinderte".

In diesem Zusammenhang muß der Ausbau des Konzeptes für die Berufsbildungswerke gesehen werden. 6 Berufsbildungswerke befinden sich in diakonischer Trägerschaft. Für das Berufsbildungswerk, das die Lehrausbildung für den jugendlichen Behinderten durchführt, gelten im wesentlichen die Grundsätze moderner Berufsausbildung. Um ein größeres Spektrum von Berufsmöglichkeiten anbieten zu können, wird seine Größenordnung heute nicht mehr unter 250 Plätzen liegen dürfen. Aufgrund der vorliegenden, jahrelangen Erfahrungen hat sich herausgestellt, daß folgende Spezialisierung bei Berufsbildungswerken unvermeidbar ist:

- Körperbehinderte (evtl. mit Hörgeschädigten),
- Lernbehinderte und geistig Behinderte,
- Epileptiker.

Wenn es in den kommenden Jahren gelingen sollte, eine Reihe durchaus realisierbarer Voraussetzungen zu erfüllen und das Netz der beruflichen Eingliederungshilfe auszubauen.

können 80 Prozent aller Behinderten im berufsfähigen Alter vollwertig in das berufliche und soziale Leben eingegliedert werden, sofern es für sie Arbeitsplätze gibt.

Mit dem Jahr 1975 wurde das dreijährige Schwerpunktprogramm zur Behindertenhilse abgeschlossen. Einer der wichtigsten Erträge dürsten die "Empfehlungen des Diakonischen Werkes der EKD für die Pflege, Therapie und Förderung geistig Behinderter in Heimen und Anstalten" sein, die im Berichtsjahr verabschiedet wurden. In dem umfassend angelegten Dokument finden sich Ausführungen zu folgenden Aufgaben und Problemen der Arbeit an geistig Behinderten:

- das Selbstverständnis diakonischer Einrichtungen für geistig Behinderte,
- der Personenkreis,
- die Aufgaben und Ziele stationärer Einrichtungen.
- die Frage des Wohnens und der Raumbedarf.
- das Leben im Heim,
- das Verhältnis des Mitarbeiters zum Behinderten,
- das Zusammenleben der Geschlechter,
- der Umgang mit Geld,
- die Benutzung von Fahr- und Motorrädern,
- Rauchen und Alkoholgenuß.
- Arbeit und Freizeit.
- soziale Eingliederung,
- Elternarbeit,
- Mitarbeiterfragen.

e) Hilfe für psychisch Kranke

Die Arbeit mit Angehörigen von psychisch Kranken konnte dadurch ausgeweitet werden, daß neben der Evangelischen Akademie Bad Boll, die in Zusammenarbeit mit der Hauptgeschäftsstelle bereits seit sieben Jahren Wochenendtagungen für Angehörige veranstaltet, im Jahre 1975 auch die Evangelische Akademie Bad Segeberg unter Mitwirkung der Hauptgeschäftsstelle eine solche Tagung für den norddeutschen Raum durchführte. Die Tagungen waren so angelegt, daß neben kurzen informierenden Einführungsreferaten die Kleingruppenarbeit im Mittelpunkt stand, wobei ein Psychiater und ein Psychotherapeut als Fachberater fungierten.

Ein anderer Tagungsstil wurde in der Evangelischen Tagungsstätte Löwenstein für Angehörige von psychisch Kranken aus dem Einzugsgebiet des Psychiatrischen Landeskrankenhauses Weinsberg erprobt, wobei sich Ärzte, Psychotherapeuten, Sozialarbeiter und der evangelische Klinikpfarrer aus dem Psychiatrischen Landeskrankenhaus Weinsberg beteiligten. Das Resultat der Tagung war der Beschluß, monatliche Treffen für Angehörige im Psychiatrischen Landeskrankenhaus durchzuführen. Dabei sollen Gruppengespräche und, wenn nötig, Einzelgespräche mit dem behandelnden Arzt, dem Pfarrer und den Sozialarbeitern angeboten werden.

Daß solche Hilfen dringend nötig sind, liegt auf der Hand, denn die Angehörigen sind oft verängstigt und klagen über Zeitmangel und Unverständnis der behandelnden Ärzte. Das Vertrauen zur klinischen Psychiatrie ist gering, und die Verwirrung durch die verschiedenen Auffassungen der Psychiater klingt bei den Angehörigen immer wieder durch. Die Belastung der gesamten Familie durch die Pflege des Kranken ist groß, und sie gerät nicht selten in eine gefährliche Isolierung. Viele Angehörige schildern als besonders belastend die unbewältigten Schuldgefühle,

die durch Ärzte und Psychologen — sowohl in persönlichen Gesprächen als auch in der einschlägigen Literatur — erzeugt werden, da sie immer wieder darauf hinweisen, daß das Versagen der Familienangehörigen in früher Kindheit und Jugend irreparable Schäden bei den Kranken verursacht hat. Hilfen zur Bewältigung dieser Schuldgefühle sind dringend nötig, gerade aus den Quellen des christlichen Glaubens.

Dem Gespräch zwischen ehrenamtlichen und hauptamtlichen Mitarbeitern in der Hilfe für psychisch Kranke war wiederum die traditionelle Kirchberg-Tagung gewidmet, die von der Hauptgeschäftsstelle alljährlich durchgeführt wird. Die gemeinsame Zurüstung beider Gruppen erweist sich als ein wichtiger Impuls zur Integration von Gemeinde und Diakonie in der Hilfe für psychisch Kranke.

6. DIENSTE IM SOZIALPOLITISCHEN UND GESELLSCHAFTLICHEN BEREICH

a) Mitwirkung bei der Sozialgesetzgebung

Die zur Durchführung des seit 1.1.1975 geltenden Heimgesetzes notwendigen Rechtsverordnungen sind verzögert worden, weil ihre Formulierung Schwierigkeiten macht, die nicht zuletzt in den wenig realistischen Vorstellungen begründet sind, die der Gesetzgeber bei der Konzipierung des Heimgesetzes hatte.

Paragraph 5 des Heimgesetzes bestimmt, daß die Bewohner der Altenheime durch einen Heimbeirat in Angelegenheiten des Heimbetriebs mitwirken. Durch Rechtsverordnung soll diese Mitwirkung im einzelnen geregelt werden. Zu einem entsprechenden Entwurf des Bundesministeriums nahmen die Mitgliedsverbände der BAG einzeln Stellung. Das Diakonische Werk hat — wie auch der Caritasverband und der Paritätische Wohlfahrtsverband — in seiner Stellungnahme vom 17.9.1975 diesen Entwurf als zu kompliziert und zu sehr in Einzelheiten gehend abgelehnt und eine praxisnähere, flexiblere Regelung der Mitwirkung der Heimbewohner gefordert.

Der Entwurf eines Berufsbildungsgesetzes, der dem Deutschen Bundestag vorliegt, enthält abgestufte Sonderregelungen für die berufliche Bildung Behinderter, für die berufliche Bildung in der Erziehungshilfe sowie für die berufliche Bildung im Strafvollzug. Vom Bundestagsausschuß für Bildung und Wissenschaft wurde der Rat der Evangelischen Kirche in Deutschland eingeladen, bei einer öffentlichen Anhörung zur Neufassung des Berufsbildungsgesetzes am 24.9.1975 durch einen Vertreter Stellung zu den genannten Sondervorschriften zu nehmen. Bei dieser Anhörung, die von einem Mitarbeiter der Hauptgeschäftsstelle des Diakonischen Werkes wahrgenommen wurde, wurden die vorgesehenen Sonderregelungen insgesamt bejaht, jedoch zu einzelnen Vorschriften über die berufliche Bildung Behinderter Änderungswünsche vorgetragen, die sich aus der Sicht der Diakonie ergeben.

Die Herabsetzung des Volljährigkeitsalters auf 18 Jahre vom 1.1.1975 an, erwies sich für viele junge Menschen als ein Danaergeschenk. Besondere Probleme ergaben sich für die jungen Menschen, denen nach § 6 JWG als Erziehungshilfe

Maßnahmen der schulischen und beruflichen Bildung gewährt wurden. Diese mußten nach geltendem Recht mit Erreichen der Volljährigkeit abgebrochen werden. Gemeinsam mit der Arbeitsgemeinschaft für Jugendhilfe und der Obersten Landesjugendbehörde von Baden-Württemberg hat deshalb das Diakonische Werk im Januar 1975 einen Gesetzesantrag vorbereitet, um denjenigen jungen Volljährigen die Fortsetzung der eingeleiteten Maßnahmen zu ermöglichen, die das beantragen und bereit sind, an deren Erfolg mitzuwirken. Eine Gesetzesbestimmung, die dies regelt, ist am 19.12.1975 als § 6 Abs. 3 JWG in Kraft getreten.

Im Rahmen der Beratungen der Entwürfe des Adoptionsgesetzes und des Adoptionsvermittlungsgesetzes wurden im Spätherbst 1975 von dem Rechtsausschuß und dem Ausschuß für Jugend, Familie und Gesundheit des Deutschen Bundestages Sachverständige – darunter zwei Mitarbeiter des Diakonischen Werkes – zu einer Anhörung eingeladen. Bei den Abgeordneten fand vor allem der Hinweis große Beachtung, daß zwar die angestrebte Erleichterung und Beschleunigung des Adoptionsverfahrens im Interesse des einzelnen Kindes wünschenswert ist, daß aber dieses Bestreben nicht auf Kosten der bei der Auswahl und Zusammenführung von Adoptiveltern und -kindern anzuwendenden Sorgfalt gehen darf.

In einer Rechtsverordnung soll der in § 72 Abs. 1 des Bundessozialhilfegesetzes genannte Personenkreis abgegrenzt werden, bei dem besondere soziale Schwierigkeiten der Teilnahme am Leben in der Gemeinschaft entgegenstehen. Darüberhinaus soll in dieser Rechtsverordnung Art und Umfang der Hilfemaßnahmen festgelegt werden. Da die Praktiker auf den Erlaß dieser Rechtsverordnung drängten, legte die Bundesarbeitsgemeinschaft der Freien Wohlfahrtspflege dem Familienministerium einen vom Diakonischen Werk vorbereiteten Entwurf vor, der bei der Abgrenzung des Personenkreises auf eine Aufzählung bestimmter Typengruppen verzichtet und stattdessen einer Umschreibung der sozialen Schwierigkeiten, die sowohl in der Person des einzelnen als auch in der Umwelt ihre Ursache haben können, den Vorzug gibt. Diese praxisnahen Vorschläge haben weitgehend in die inzwischen dem Bundesrat zugeleitete Rechtsverordnung Eingang gefunden.

b) Krankenhausfragen

Die mit dem Krankenhausfinanzierungsgesetz vom 29.6.1972 eingeleitete Reform des Krankenhauswesens hat die anstehenden Probleme nicht lösen können. Nicht nur die Krankenhäuser, sondern das gesamte System unseres Gesundheitswesens sind in den Mittelpunkt einer äußerst kontroversen Diskussion gerückt, die den Eindruck vermittelt, als seien die vielschichtigen Probleme heute nur in Randgebieten, aber nicht im Kern lösbar. Dabei haben sich zwei entgegengesetzte Standpunkte herausgeschält. Auf der einen Seite steht die Erkenntnis, daß die rein naturwissenschaftlich orientierte Medizin der letzten 100 Jahre auf einem Höhepunkt angelangt ist, der zugleich ihre Krise und die Notwendigkeit der Umkehr markiert, wobei die ganzheitliche Betrachtungsweise, die Rolle der Gemeinschaft im Heilungsprozeß und die Mobilisierung der Selbstheilungskräfte wieder in den Vor-

dergrund rücken. Auf der anderen Seite wird argumentiert, daß der Fortschritt der naturwissenschaftlichen Medizin als unumkehrbarer Prozeß mit einem echten Gewinn an medizinischen Möglichkeiten zu sehen sei, den man nur zum Schaden von Lebens- und Überlebenschancen bremsen oder gar rückgängig machen könne.

Diese hier etwas vereinfacht dargestellte Problematik hat einen spürbaren Ausdruck in der Tatsache gefunden, daß die Kosten des Gesundheitswesens in den letzten Jahren sprunghaft und weit schneller als das Volkseinkommen gestiegen sind. Die Krankenhausgesetzgebung hat diese Entwicklung nicht verhindern können, sie hat sie aber durch den Kostendeckungsanspruch der Krankenhäuser deutlicher offenbar werden lassen als vorher. Es wird nach neuen Wegen gesucht, um die Möglichkeiten der heutigen Medizin einerseits und ihre ökonomischen Folgen andererseits auf einen Nenner zu bringen. Die wirtschaftliche Situation der Krankenhäuser ist dabei gekennzeichnet sowohl durch die nicht weiter fortsetzbar erscheinende Kostensteigerung als auch durch die sehr unterschiedlichen Auswirkungen des Krankenhausfinanzierungsgesetzes. Haben die Jahre 1973 und 1974 für viele Krankenhäuser eine Verbesserung ihrer finanziellen Situation gebracht, so ist ab 1975 eine Verschlechterung zu erwarten, die durch Belegungsrückgang und Verweildauerverkürzung bedingt ist. Der Konkurs eines freigemeinnützigen Krankenhauses in einer Großstadt im Rheinland ist ein Zeichen dafür.

In dieser Lage stellen sich den evangelischen Krankenhäusern in ihren Verbänden folgende Aufgaben:

- Die staatliche Bedarfsplanung unter rechtzeitiger Beteiligung der freien Träger und eine angemessene Kontrolle der Preise und der Kosten werden bejaht. Diese Kontrollfunktion kann jedoch nur dann Sinn und Wirkung haben, wenn die Krankenhäuser gemeinsam erarbeitete Maßstäbe und Ziele kennen, und wenn sie ferner wissen, welche Leistungen erwartet werden und in welcher Höhe die Kosten dafür aufgebracht werden können.
- Die "strukturgegebene Inhumanität" des heutigen Krankenhauses und das Minus an Zuwendung zum Kranken dürfen nicht durch bürokratische Entscheidungen noch verstärkt werden.
- Die Ausbildungsstätten der Krankenhäuser sind zu erhalten und voll zu finanzieren.
 Dazu müssen die gesetzlichen Regelungen rechtzeitig getroffen werden nach ausführlicher Beratung mit den Schwestern- und Trägerverbänden. Hier dürfen nicht berufsfremde Strukturmodelle übergestülpt werden.
- Nach dem Krankenhausfinanzierungsgesetz werden Krankenhäusern laufende Substanzverluste mit der Folge einer sukzessiven Aufzehrung des Eigenkapitals aufgenötigt. Eine befriedigende Regelung zur Abdeckung dieser Verluste ist dringend erforderlich.
- Die Zukunft der evangelischen Krankenhäuser hängt mit ihrer Einbettung in ihre Kirche und in die Gemeinden schicksalhaft zusammen. Darum müssen die gegenseitigen Kontakte verstärkt, der Dialog zwischen Theologie, Medizin und den Humanwissenschaften allgemein verstärkt und die Mitarbeiter im Krankenhaus als Mandatsträger der Diakonie in ihrem Dienst vergewissert werden.

c) Ausländische Arbeitnehmer

Im Jahre 1975 waren rund zwei Millionen ausländische Arbeitnehmer in der Bundesrepublik und Berlin (West) beschäftigt, eine halbe Million weniger als vor dem Anwerbestopp im November 1973, aber immer noch 10% aller Beschäftigen.

Man hat in der Bundesrepublik in den letzten zehn bis fünfzehn Jahren bestimmte Arbeitsplätze und Tätigkeiten ausländischen Arbeitnehmern überlassen

und diese inzwischen in bestimmten, vor allem lohnintensiven Produktionsund Dienstleistungsbereichen so auf Ausländer zugeschnitten, daß dort – auch bei Arbeitslosenzahlen von über einer Million – teilweise Arbeitskräftemangel herrscht. Dieses gilt besonders für entsprechende Branchen und Betriebe in den sogenannten industriellen Ballungsgebieten, für die seit April 1975 bei einem Ausländeranteil von 12% und mehr die zwischen Bund und Ländern vereinbarte Zuzugssperre für ausländische Arbeitnehmer in Kraft ist.

Angesichts dieser Fakten hätte man vermuten können, daß sich die ausländischen Arbeitnehmer hinsichtlich der Arbeitsplätze und der Möglichkeiten des weiteren Verbleibs in Deutschland einigermaßen sicher fühlen. Für einen kleinen Teil, der inzwischen hinreichend aufenthalts- und arbeitsrechtlich abgesichert ist, mag dieses zutreffen. Die Mehrzahl aber ist verunsichert und in Sorge um den Arbeitsplatz und die weitere Existenz in der Bundesrepublik,

besonders auch für die Familienangehörigen und Kinder.

Die Verunsicherung unter den ausländischen Arbeitnehmern fing an mit dem Anwerbestopp. Hatten die Ausländer für diesen Stopp noch einigermaßen Verständnis, so entstanden erhebliche Zweifel an der oft erklärten arbeits- und sozialrechtlichen Gleichstellung mit deutschen Arbeitnehmern, als im Bundestag 1974 einstimmig die neue Kindergeldregelung ab 1975 verabschiedet wurde. Danach erhalten ausländische Arbeitnehmer – im Gegensatz zu der bis 1974 geltenden Regelung – für ihre Kinder zu Hause weniger Kindergeld als für die Kinder in Deutschland.

Es folgte dann die verschärfte Anwendung des § 19 AFG, die den Vorrang der deutschen Arbeitnehmer auf dem Arbeitsmarkt unterstrich und viele ausländische Arbeitnehmer um ihren Arbeitsplatz bangen ließ. Im April 1975 wurde die Zuzugsbegrenzung für ausländische Arbeitnehmer in Ballungsgebieten mit besonders hohem Ausländeranteil erlassen. Zu diesen auf eine restriktive Ausländerpolitik hindeutenden Maßnahmen kamen Pressemitteilungen, die auf einem interministeriellen Diskussionspapier basierten und im November 1975 durch eine Presseveröffentlichung vorzeitig bekannt wurden. Die darin enthaltenen Vorschläge riefen sofort den Protest der Kirchen, Wohlfahrtsverbände und anderer gesellschaftlicher Gruppen hervor. Der Rat der Evangelischen Kirche in Deutschland stellte dazu in seinem Kommuniqué vom 20. Dezember 1975 unter Hinweis auf den bekannt gewordenen "Entwurf von Thesen zur Ausländerpolitik" fest: "Ein zusätzlicher administrativer Druck zur Rückkehr der Gastarbeiter ist aus humanitären Gründen abzulehnen und angesichts der viel schwierigeren wirtschaftlichen Situation in den Herkunftsländern nicht zu verantworten." Zuvor schon hatte der Rat der EKD zu dem Problem der ausländischen Arbeitnehmer grundsätzlich Stellung genommen:

WORT DES RATES DER EKD ZUR VORBEREITUNG DES "TAGES DES AUSLÄNDISCHEN MITBÜRGERS" AM 12. OKTOBER 1975

Vom 15. Juli 1975

1. Alle christlichen Kirchen in der Bundesrepublik Deutschland und in West-Berlin haben dazu aufgerufen, am 12. Oktober 1975 zum ersten Mal gemeinsam den "Tag des

ausländischen Mitbürgers" zu veranstalten. Die Gottesdienste an diesem Tag sollen ein eindrückliches Zeichen der vorausgegangenen Bemühungen sein, zu einer engeren Zusammenarbeit von Ausländern und Deutschen in den Gemeinden zu kommen. Darüber hinaus sind Veranstaltungen vorgesehen, die zusammen mit Ausländervereinigungen, freien Wohlfahrtsverbänden, politischen Parteien, Kommunen, Sportbünden, Arbeitgebern, Gewerkschaften, Initiativgruppen und anderen gesellschaftlichen Gruppen durchgeführt werden können. Das Ziel des Tages ist es, zu einem bewußten Miteinander zu kommen. Ausländer und Deutsche tragen zusammen die Verantwortung für eine gemeinsame Zukunft.

2. Die angestrebte Partnerschaft zwischen Ausländern und Deutschen stellt an alle Beteiligten hohe Anforderungen. Soll die Gefahr eines Gegeneinanders vermieden werden, dann sind Formen der Zusammenarbeit zu entwickeln, die es den Ausländern ermöglichen, auf sozialem, kulturellem und wirtschaftlichem Gebiet ihr Schicksal mitzubestimmen. Nur dann kann auch bei ihnen ein Interesse an politischer Mitverantwortung entstehen. Gedankenloses Nebeneinander von Ausländern und Deutschen kann durch das Evangelium von der Liebe Christi überwunden werden. Wenn unsere Gemeinden in dieser Liebe auf Ausländer in ihrer Mitte zugehen, kann der Tag des ausländischen Mitbürgers Zeichen für das setzen, was mit dem Leitwort "Miteinander für Gerechtigkeit" angestrebt wird.

3. Seit Jahren bemühen sich Kirchen und gesellschaftliche Gruppen um eine Partnerschaft mit Ausländern. Dennoch kann nicht übersehen werden, daß diese Aufgabe von

zahlreichen Kirchengemeinden noch nicht ausreichend wahrgenommen wird.

Angesichts der hohen Arbeitslosigkeit erwarten immer mehr Deutsche, daß ausländische Arbeitnehmer die Bundesrepublik verlassen. Manche Anzeichen sprechen daßür, daß die Fremdenfeindlichkeit wächst. Durch eine Reihe von offiziellen Erklärungen zur Ausländerbeschäftigung fühlen sich die ausländischen Arbeitnehmer verunsichert. Sie befürchten Ausweisungen und Abschiebungen und haben Angst vor ihrer Zukunft. Eine Rückkehr in ihre Herkunftsländer kann für sie vermehrte Not und Armut bedeuten. Nicht selten erleben sie, daß die Lasten wirtschaftlicher Schwierigkeiten meist auf die Schwächsten abgewälzt werden. Darum reagieren sie resigniert. Ihr Vertrauen in die deutsche Gesellschaft schwindet.

Beim Bemühen um dringend nötige neue Initiativen in der Ausländerarbeit ist freilich mitzubedenken, daß es auch Probleme benachteiligter Deutscher gibt. Viele von diesen fühlen sich hinter Ausländer zurückgesetzt. Wir müssen uns dafür einsetzen, daß sie ihre

Verärgerung nicht gegen Ausländer richten.

4. Daß die ausländischen Arbeitnehmer wesentlich zu unserem Wohlstand beigetragen haben, sollte allgemein bekannt sein. Ihre Anwesenheit hat aber auch bewirkt, daß wir in fast allen Lebensbereichen dazulernen konnten. Wir begegnen anderen kulturellen und kirchlichen Traditionen, die sich zum Beispiel in der Lebendigkeit evangelischer und orthodoxer Ausländergemeinden zeigen. Zum ersten Mal in unserer Geschichte sind auch große muslimische Gemeinschaften in Deutschland entstanden. Die Besonderheiten der Nationen können uns stärker bewußt werden. Zugleich wachsen auch Erkenntnisse über Verflechtungen und gegenseitige Abhängigkeiten bei der Entwicklung der Welt.

5. Gegenwärtig bestehen vordringliche Aufgaben, die auch von den Kirchengemeinden

gesehen werden sollten:

a) Die evangelische Kirche, die katholische Kirche und die Gewerkschaften haben sich dafür eingesetzt, ausländischen Arbeitnehmern nach über 5-jährigem Aufenthalt die unbefristete Aufenthaltserlaubnis zu erteilen. Regierungsvertreter haben diese Forderungen unterstützt. Ausländer werden gegenüber unserer Gesellschaft mißtrauisch, wenn trotz breiter Übereinstimmung die entsprechenden Regelungen weiter hinausgezögert werden. Ausländische Arbeitnehmer, die länger als 8 Jahre in der Bundesrepublik leben, sollen die Aufenthaltsberechtigung erhalten. Auf Dauer kann ihnen die Einbürgerung nicht verwehrt werden. Die Verzögerungen dieser notwendigen ausländerrechtlichen Verbesserungen werden von den ausländischen Arbeitnehmern als besonders beschwerend empfunden, nachdem sie in der letzten Zeit Benachteiligungen bei der Kindergeldregelung und bei der Regelung des Zuzugs in Ballungsgebieten haben hinnehmen müssen.

b) Der aus wirtschaftlichen Gründen notwendig gewordene Anwerbestopp ist grundsätz-

lich zu befürworten. Aber gerade weil eine Erhöhung des Anteils ausländischer Arbeitnehmer nicht anzustreben ist, sind die Lebensverhältnisse der verbleibenden ausländischen Arbeitnehmer und ihrer Familienangehörigen so zu verbessern, daß unterschiedliche Lebens-

bedingungen zur deutschen Bevölkerung weitgehend abgebaut werden.

c) Ausländische Arbeitnehmer, die rechtmäßig angeworben wurden, sollten nicht zur Rückkehr in ihre Heimat gezwungen werden, nur weil sie arbeitslos geworden sind. Dagegen sprechen nicht nur humanitäre Gründe, sondern auch die Überlegung, daß wir unsere Probleme nicht den noch ärmeren Herkunftsländern ausländischer Arbeitnehmer aufbürden sollten. Da die Mehrheit ausländischer Arbeitnehmer und ihrer Familienangehörigen aus europäischen Ländern kommt, ist unser Umgang mit ihnen auch ein Beitrag zum Zusammenwachsen Europas.

d) Infolge der Arbeitsaufnahme in der Bundesrepublik wurden zahlreiche Familien auseinandergerissen und zerstört. Das Recht, mit dem Ehegatten und den noch nicht erwachsenen Kindern in einem Hausstand zusammenzuleben, darf für ausländische Arbeitnehmer nicht eingeschränkt werden. Wo eine Familienzusammenführung für längere Zeit nicht

möglich erscheint, sollte eine Anwerbung in der Regel unterbleiben.

e) Untersuchungen haben ergeben, daß über 100 000 schulpflichtige ausländische Kinder nicht zur Schule gehen. Nur etwa jedes dritte ausländische Kind erreicht den Hauptschulabschluß. Durch diesen Bildungsnotstand ausländischer Kinder werden schwerwiegende soziale Konflikte geschaffen. Wir können dazu beitragen, daß Eltern ausländischer Kinder verstärkt auf die Notwendigkeit der Schulpflicht für ihre Kinder hingewiesen werden. Gleichzeitig sollten wir uns darum bemühen, daß die verantwortlichen Stellen ausreichend Schulplätze bereitstellen, die den Bedürfnissen der ausländischen Kinder entsprechen. Auch bei Maßnahmen zur Bekämpfung der Jugendarbeitslosigkeit sind ausländische Jugendliche einzubeziehen.

6. Wir sind ausländischen Arbeitnehmern und ihren Familienangehörigen zu großem Dank verpflichtet. Die Bundesrepublik wird auch in Zukunft ihre Mitarbeit benötigen. Daraus ergeben sich gerade für die Kirchengemeinden immer neue Aufgaben: Die Gemeinden können ihnen im Wohnbereich, bei der Freizeitgestaltung, bei der Wohnungssuche, bei Gottesdiensten, kirchlichen Zusammenkünften, in der Kindererziehung, bei der Hausaufgabenhilfe, auf Ämtern und Behörden viele Hilfestellungen geben.

Weil wir auch im Ausländer den Nächsten erkennen, in dem uns Christus begegnet, kann uns die Einsamkeit von Ausländern nicht gleichgültig sein. Gott hat allen Menschen die

gleiche Würde zuerkannt.

Wir bitten die Gemeinden dazu beizutragen, daß ausländische Arbeitnehmer und ihre Familienangehörigen in unserer Gesellschaft heimisch werden.

In die Diskussion griffen auch die Präsidenten des Diakonischen Werkes und des Deutschen Caritasverbandes ein, indem sie gemeinsam eine schriftliche Anfrage an den Bundeskanzler richteten und um Auskunft baten, ob aufgrund des Thesenentwurfs mit einer Kursänderung in der Ausländerpolitik der Bundesregierung zu rechnen sei (Text s. KJ 101, 1974, S. 228f.). Der Antwortbrief des Bundeskanzleramtes vom Januar 1975 ließ erkennen, daß eine Kursänderung in der Ausländerpolitik vorerst nicht zu erwarten sei. Der Thesenentwurf wurde dann auch in Bonn ad acta gelegt.

Der Präsident des Diakonischen Werkes hat in seinem Bericht vor der Synode der EKD im November 1975 in Freiburg unter Bezugnahme auf den "Tag des ausländischen Mitbürgers" und dessen Motto "Miteinander für Gerechtigkeit" erneut auf die Verpflichtung hingewiesen, die Ausländer unter uns als Partner zu akzeptieren und mit den "zur Verfügung stehenden Mitteln und Möglichkeiten für eine Verbesserung der sozialen und rechtlichen Situation der ausländischen Arbeitnehmer und ihrer Familien unter uns einzutreten". Die Synode hat sich in einer Entschließung nachdrücklich gegen eine einseitige Benachteiligung der Aus-

länder in der gegenwärtigen schwierigen Wirtschafts- und Arbeitsmarktsituation ausgesprochen.

d) Umsiedlerprobleme

Die 1975 zwischen der Bundesrepublik Deutschland und der Volksrepublik Polen getroffenen Vereinbarungen werden, auf vier Jahre verteilt, etwa 125 000 in Polen lebenden Menschen deutscher Herkunft die Umsiedlung in die Bundesrepublik ermöglichen. Die ersten Erfahrungen haben bereits gezeigt, daß dabei erhebliche Probleme auftauchen — nicht nur im menschlichen Bereich, sondern auch beruflich, wirtschaftlich, sozial. Die betroffenen Menschen brauchen Zeit für die tief in ihr Leben eingreifende Umstellung und vielfach helfendes Geleit.

Aus der Sowjetunion kamen 1975 insgesamt 5 985 Personen in die Bundesrepublik. Dieser Personenkreis hat große Schwierigkeiten bei der Umgewöhnung in die völlig anderen Lebensbedingungen zu überwinden. Für viele Rußlandumsiedler ist die freie Religionsausübung das stärkste Motiv ihres Umsiedlungswillens. Die evangelische Kirche hat diesen Menschen gegenüber eine besondere Verpflich-

tung.

Die Umsiedlerzahlen aus Rumänien sind im vergangenen Jahr auf 5 079 Per-

sonen zurückgegangen.

In einer Zeit wirtschaftlicher Rezession wird dieser Umsiedlerzustrom von jährlich etwa 45 000 Personen aus verschiedenen Ländern von allen Bevölkerungsteilen viel Verständnis und Hilfsbereitschaft erfordern.

7. DIENSTE IM ÖKUMENISCHEN BEREICH

a) Brot für die Welt

Die vor allem in der Advents- und Weihnachtszeit durchgeführte Aktion "Brot für die Welt" hat in den vergangenen Jahren das ökumenisch-diakonische Verantwortungsbewußtsein in breiten Kreisen der Gemeinden geweckt und geprägt.

"HILFE ZUM LEBEN"

Aufruf zur 17. Aktion "Brot für die Welt" 1975/76

Hilfe zum Leben waren die Spenden, mit denen viele im letzten Jahr dazu beitrugen, daß Entwicklungsprojekte in Asien, Afrika und Lateinamerika weitergeführt und neue begonnen werden konnten. Verstärkt wurden Gruppen vor allem in ländlichen Gebieten gefördert, die den Bau von Schulen wie in Indiodörfern im Hochland von Peru oder die Wasserversorgung wie im Mossi-Hochland von Obervolta in Angriff nahmen. Waisenkinder in Vietnam wurden einheimischen Familien zugeführt und konnten durch unsere finanzielle Unterstützung dieser Familien in ihrer Heimat bleiben.

Die Gaben sind nicht weniger geworden. Auch dafür danken wir Gott und allen denen, die sich den notleidenden Menschen in der "Dritten Welt" nicht verschlossen haben.

Angesichts grausamer Kriegsfolgen, katastrophaler Mißernten und fortbestehender Ungerechtigkeiten in der Welt darf unsere Hilfsbereitschaft auch in Zukunft nicht erlahmen.

Je mehr wir nach den Ursachen der Not forschen, desto drängender stellt sich uns die Frage nach unserer eigenen Mitschuld.

Mehr und mehr erkennen wir auch, wie sehr alle Völker auf Gedeih und Verderb aufeinander angewiesen sind. Hilfe zum Leben in Asien, Afrika und Lateinamerika ist darum

auch Hilfe zum Leben für uns und unsere Kinder.

Gott hat in Jesus Christus gezeigt, daß er alle Menschen liebt. Wer Mitmenschen übersieht und benachteiligt, hat Gott gegen sich. Darum rufen wir jedes einzelne Mitglied unserer Kirchen zum Opfer auf. Gottes Liebe läßt uns auch dann nicht aufgeben, wenn schnelle Erfolge ausbleiben und Probleme unlösbar erscheinen.

Wir appellieren an alle, die in Regierung, Wirtschaft, Gewerkschaft und Kirchen Verantwortung tragen: Dulden Sie keine Sicherung eigener Interessen auf Kosten der Armen, Ohnmächtigen und Benachteiligten! Mit Ihren Entscheidungen könen Sie dazu beitragen, daß mehr Gerechtigkeit sich ausbreitet und Menschen neuen Lebensmut gewinnen.

Das Aufkommen der 16. Aktion "Brot für die Welt" (1974/75) betrug DM 49 355 499,40. Folgende Landes- und Freikirchen trugen dazu bei:

Baden	2763 036,64 DM
Bayern	5 530 526,68 DM
Berlin	1 622 213,49 DM
Braunschweig	679 044,23 DM
Bremen	246 930,10 DM
Hannover	4 104 159,36 DM
Hessen-Nassau	2 920 357,50 DM
Kurhessen-Waldeck	1 607 184,18 DM
Lippe-Detmold	447 048,64 DM
Nordelbische Kirchen	
(Eutin, Hamburg, Lübeck, Schleswig-Holstein)	2 448 688,63 DM
Oldenburg	358 585,09 DM
Pfalz	1 007 588,59 DM
Ref. Nordwestdeutschland	425 016,32 DM
Rheinland	6 001 333,14 DM
Schaumburg-Lippe	105 677,31 DM
Westfalen	5 513 592,45 DM
Württemberg	6 127 714,75 DM
Freikirchen	1 831 518,18 DM
Div. Einzelspenden	5 386 362,38 DM
Spenden im Rahmen der AG "Gemeinsam Handeln"	228 921,74 DM
	49 355 499.40 DM

Das Gesamtergebnis seit 1959, dem Beginn der Aktion "Brot für die Welt" beträgt damit 443 112 142,86 DM. Außerdem standen 1974/75 8 842 777,75 DM als zusätzliche Spenden für Katastrophenhilfe zur Verfügung.

b) Katastrophenhilfe

Im Jahr 1975 konnte das Diakonische Werk Maßnahmen und Programme in 28 Ländern in Höhe von rund 6,7 Millionen DM durchführen. Damit flossen

seit 1962 über das Diakonische Werk unter anderem dank der Spenden aus der Bevölkerung mehr als 145 Millionen DM in die Katastrophengebiete der Welt.

Die Not- und Wiederaufbauhilfe in Ostbengalen und Bangladesch führt nach der Höhe der Leistungen im Jahr 1975 wiederum die "Liste der solidarischen Hilfsmaßnahmen" an. Neben Speisungsprogrammen für Kinder und Frauen wurden Food-for-work-Projekte durchgeführt, in deren Rahmen beispielsweise Dämme gebaut, Fischteiche angelegt und Kanäle gezogen wurden.

Im September 1975 wurde die *Türkei* von einem schweren Erdbeben heimgesucht. Die Stadt Lice wurde fast völlig zerstört. Als Soforthilfe wurden vom Diakonischen Werk 200 Rundzelte in das Katastrophengebiet geflogen. Auf Bitten des Metropoliten von Chalcedon aus dem Ökumenischen Patriarchat Istanbul beteiligte sich das Diakonische Werk am Wiederaufbau zerstörter Schulen und Sozialzentren. Der Aufbau der gelieferten Fertighäuser erfolgte durch ein Team der Johanniter-Unfall-Hilfe.

Während die Länder der afrikanischen Sahel-Zone 1975 noch unter den Auswirkungen der lange anhaltenden Dürre zu leiden hatten, waren in Mozambique und im Sudan Überschwemmungen der Grund für Katastropheneinsätze. In den überfluteten Gebieten Mozambiques bestand nach dem Zurückgehen der Wassermassen ein großer Bedarf an Saatgut (Mais und Bohnen). Das Diakonische Werk unterstützte dieses Programm über den Lutherischen Weltbund, Genf, mit 150000,— DM.

Weitergeführt wurde in *Mauretanien* ein Hilfsprogramm für nomadische Bevölkerungsgruppen. Diese Menschen sind durch den Verlust ihrer Tiere ihrer Existenzgrundlage beraubt. Es wurden Nahrungsmittel, Medikamente, Wolldecken, vier Lastkraftwagen und eine Wasserversorgungsanlage geliefert.

Nachstehend sind die Länder aufgeführt, in denen 1975 Katastrophenhilfe geleistet wurde:

Januar Flüchtlingshilfe Zypern Krankenhausausrüstung Brasilien Dürre Kapverdische Inseln Erdbeben Pakistan	DM 50000,- 15257,35 34827,50 814,55
Februar Wirbelsturm Honduras Erdbeben Leward Inseln Hilfsgüter Libanon	511 332,- 30 000,- 57 540,51
März Medikamente für Südsudan April	54 177,41
Hilfsgüter Lambarene Mai Hilfe für zypriotische Flüchtlinge Hilfsgütertransport nach Israel	34 204,01 30 000,- 11 500,97
Juli Zyklon Burma	20 000,-

Unwetterkatastrophe Brasilien Überschwemmungen Rumänien		20 000,- 466 162,86
August Nahrungsmittel für mex. Indianer Speisungsprogramm Chile Hilfsgütertransport nach Ägypten Insektenbekämpfung Obervolta		10 000,- 50 000,- 174 730,29 36 000,-
September Überschwemmungen in Indien Angola-Flüchtlinge Erdbeben Türkei		50 000,- 550 950,57 839 007,44
Oktober Unruhen auf Timor		59783,90
November Hungerhilfe Ost-Java		32055,-
Dezember Hilfsmaßnahmen Sudan Soforthilfe Libanon		85 727,04 160421,64
Januar-Dezember Not- und Wiederaufbauhilfe		
Ostbengalen und Bangladesch Dürre-, Nothilfe Afrika		2236258,29 1104408,81
	Insgesamt:	6725160,14

c) Kirchen helfen Kirchen

Das Programm "Kirchen helfen Kirchen" für den Gesamtbereich der Evangelischen Kirche in Deutschland (Ökumenisches Notprogramm des Diakonischen Werkes der EKD und Liste des Bedarfs des Deutschen Hauptausschusses/Lutherischer Weltbund) konnte für 1975 mit einer Gesamtsumme von rund 8,5 Millionen DM aus Beiträgen der Landes- und Freikirchen und Einzelspenden abgeschlossen werden. Für den gleichen Zweck wurden vom Kirchlichen Entwicklungsdienst 1,6 Millionen DM zur Verfügung gestellt. Mit Hilfe dieser Mittel konnten rund 320 kirchliche Projekte in Europa und Übersee gefördert und etwa 300 Einzelpersonen aus verschiedenen Kontinenten in akuten Notfällen unterstützt werden

Ziel des Programms ist die Stärkung der Partnerkirchen in allen Kontinenten der Welt für ihren kirchlichen, missionarischen und diakonischen Auftrag. Dabei kann es sich sowohl um Hilfen an einzelne Kirchengemeinden als auch um Förderung von Aktivitäten und Vorhaben von Kirchenleitungen und kirchlichen Zusammenschlüssen handeln; um Unterstützung junger Kirchen, die um ihre Eigenständigkeit ringen, ebenso wie um Förderung traditionsgebundener Kirchen, die ein neues Verständnis von Zeugnis und Dienst in ihrer Gesellschaft suchen.

d) Austausch- und Studienprogramm

Das Austauschprogramm für kirchliche Mitarbeiter zeichnet verantwortlich für die Durchführung von akademischen und praxisorientierten Austauschmaßnahmen für Theologen und andere kirchliche Mitarbeiter. Dabei geht es sowohl um die Vermittlung deutscher Bewerber in ausländische Kirchen als auch um die Betreuung ausländischer Theologen in Deutschland.

Die Zahl der an einem vom Stipendienreferat des Ökumenischen Rates der Kirchen angebotenen ein- oder mehrjährigen Studienaufenthalt im Ausland interessierten deutschen Theologen ist weiterhin gering. Durch neues Werbematerial wird versucht, wieder größeres Interesse für diese Möglichkeit zu wecken, die für die Gewinnung ökumenisch erfahrener Pastoren von großer Bedeutung ist. Der seitherige starke und gut funktionierende Austausch im nordatlantischen Raum soll durch neue Austauschmöglichkeiten zwischen Deutschland und Kirchen in Asien, Afrika und Lateinamerika ergänzt werden.

Die ausländischen Theologen nach dem abgeschlossenen Theologiestudium in ihren Heimatkirchen offenstehenden Stipendienplätze der Landeskirchen für weiterführende theologische Studien an deutschen Universitäten, erfreuen sich nach wie vor großer Beliebtheit. Neben einem einjährigen Studienaufenthalt, der der ökumenischen Horizonterweiterung dient, gibt es Studienaufenthalte von längerer Dauer, die zur Erlangung eines akademischen Grades führen. Obwohl die Stipendiaten aus einer Vielzahl von Ländern kommen, bildet die Gruppe koreanischer und japanischer Theologen einen Schwerpunkt neben Studierenden aus dem europäischen und amerikanischen Raum. Schwach vertreten sind die afrikanischen Kirchen.

Im Orthodoxenprogramm, das Theologen orthodoxer Kirchen Stipendien zum Weiterstudium und Kennenlernen evangelischer theologischer Arbeit vermittelt, sind die rumänische und griechische orthodoxe Kirche stark vertreten. Mit beiden Kirchen besteht aber auch ein Austausch, der deutschen Theologen das Studium der orthodoxen Theologie erlaubt.

Der Notwendigkeit nicht-theologischer Zusatzausbildung in den verschiedensten Fachrichtungen, besonders im Bereich der Humanwissenschaften, sucht ein eigenes, wieder von "Kirchen helfen Kirchen" gefördertes Programm gerecht zu werden, aus dem Stipendien für Pfarrer aus Kirchen in Asien, Afrika und Lateinamerika gegeben werden.

e) Stipendienprogramm

Dem Stipendienreferat der Hauptgeschäftsstelle obliegt die Durchführung folgender Stipendienprogramme: Ökumenisches Stipendienprogramm, Stipendienfonds aus Mitteln des Kirchlichen Entwicklungsdienstes, Notfonds der gliedkirchlichen Diakonischen Werke.

Das Ökumenische Stipendienprogramm (ÖSP), das Anfang 1976 Ausbildungsfinanzierungen von etwa 500 Stipendiaten umfaßt, betreut etwa 40 Stipendiaten, deren Ausbildung im Heimatland nicht möglich, für ein bestimmtes Entwicklungsprojekt aber dringend nötig ist. Die Stipendiaten können ihre Studien entweder in Deutschland oder in anderen europäischen Ländern durchführen. Die überwiegende Mehrheit wird allerdings in den Heimatländern bzw. Heimatkontinenten ausgebildet. Der Vorteil dieser sogenannten "sur-place-Stipendien" liegt darin, daß die Stipendiaten nicht durch jahrelangen Aufenthalt in Deutschland von ihren eigenen Lebensumständen entfremdet werden und die Ausbildung an der Arbeits- und Entwicklungswirklichkeit der Heimatländer orientiert ist.

Der Stipendienfonds aus Mitteln des Kirchlichen Entwicklungsdienstes (KED), 1975 in

Höhe von 450000,— DM, ist bestimmt für frei in der Bundesrepublik studierende Bewerber, die sich bereits in der zweiten Studienhälfte befinden und durch ihr bisheriges Verhalten erkennen lassen, daß sie bereit sind, nach ihrer Rückkehr an der Entwicklung und dem Aufbau ihrer Heimatländer mitzuarbeiten.

Darüber hinaus werden den regionalen Diakonischen Werken Mittel aus dem sogenannten "Notfonds" zur Verfügung gestellt für frei in der Bundesrepublik studierende und in Not geratene Bewerber aus den Ländern der Dritten Welt. Aus diesem Fonds können Überbrückungsbeihilfen von maximal sechs Monaten gewährt werden für das Semester des Zwischenexamens, den Studienabschluß, hin und wieder auftretende Engpässe bis zum Einsetzen eines anderen Stipendiums, Rückreisekosten und plötzlich auftretende Schwierigkeiten bei Ausbruch politischer Wirren und Kriege im Heimatland. Dieser Fonds wird wie das ÖSP von "Brot für die Welt" finanziert (1975: 600000,— DM); zusätzlich wurden 200000,— DM und aus KED-Mitteln 300000,— DM für in der Bundesrepublik studierende vietnamesische Studenten zur Verfügung gestellt.

3. Innerdeutsche Ökumene. Das Verhältnis zur katholischen Kirche

Von Joachim Lell

Das Gespräch mit der römisch-katholischen Kirche läuft in den vorgezeichneten Bahnen weiter, ist aber mühsamer geworden. Das zeigt sich nicht nur in den Debatten um Lehre, Kirchenrecht und Ordnung, sondern auch in Bereichen. wo man meinte, auf gemeinsamem Boden zu stehlen, z.B. dem ethischen und sozialethischen. Die katholische Haltung zur Reform der Strafgesetze für Abtreibung (§ 218) oder zu den Verhaltensnormen der Geschlechter zueinander machte deutlich, welche Bindekraft der naturrechtliche Normenkatalog noch hat, durch den sich Freund und Feind leicht unterscheiden lassen. Mit seiner Hilfe hat die römisch-katholische Kirche den Integrations- und Konsolidierungsprozeß auch auf ihrer Gemeinsamen Synode der Bistümer in der Bundesrepublik Deutschland (Würzburger Synode) wesentlich beeinflussen können. Dagegen ist dem Protestantismus die Pluralität in Theologie und Frömmigkeit noch weiter zur Polarität geraten, wie der evangelikale Gruppenzusammenschluß in seiner Polemik gegen Kirchentag und bestimmte Theologien zeigt. Dem radikalen Flügel auf evangelikaler Seite entspricht auf katholischer die Traditionalistengruppe um Erzbischof Levèbvre. Er moniert das "Aggiornamento" des II. Vatikanischen Konzils, die damit verbundene Dialogbereitschaft und die nachkonziliaren Reformen, vor allem der Liturgie, als Abfall von den katholischen Prinzipien.

Kirchenleitungen, ökumenische Regional- und Gemeindekreise haben mehr als bisher mit einer Rekonfessionalisierung zu rechnen. Der Rahmenbegriff "Konvergenz" der letzten Jahre wird durch die Suche nach "Identität" wenn nicht abgelöst, so doch relativiert.

1. DAS HEILIGE JAHR 1975

a) Ökumenisch

Papst Paul VI. hatte am Heiligabend 1974 das Jahr 1975 als "Heiliges Jahr" eröffnet, als Zeichen für einen "neuen Zutritt zu Christus", als "eine besondere Gelegenheit zur Buße angesichts der Spaltung der Christen", als Ansporn zur "Erneuerung und Versöhnung unter den Christen" durch innere Erneuerung der Menschen, als Hilfe zur ökumenischen Verständigung¹. Kardinal Johannes Willebrands, Erzbischof von Utrecht und Präsident des Sekretariats zur Förderung der Einheit der Christen, zeichnet in diese Zielsetzung "das Element des

^{1.} Bulle Apostolorum limina v. 23.5.74; L'Osservatore Romano (OR), deutsch Nr. 22, 31.5.75.

vollkommenen Ablasses" ein, konkretisiert die "Besinnung auf die ökumenische Seite des Heiligen Jahres" im Blick auf die 5. Vollversammlung des Ökumenischen Rats der Kirchen (ÖRK) in Nairobi (November 1975) unter dem Motto "Christus befreit und eint", regt gemeinsame Gebete und eine entsprechende "Gestaltung der Weltgebetswoche für die Einheit" an und macht Vorschläge für die Betreuung nichtkatholischer Pilgergruppen².

Die Beilage zum Kirchlichen Amtsblatt Paderborn, "Im Dienste der Seelsorge",

verdeutlicht "Sinn und Bedeutung des Heiligen Jahres" so:

Die Heilige Pforte bedeute u.a. "den Eingang zur Confessio, das ist der Ort, wo der Leib eines Apostels ruht und das Andenken an sein heroisches Zeugnis verehrt wird ... Sie bedeutet endlich die Einladung, in den einen Schafstall Christi einzutreten, dessen erster Wächter und Hirt der Papst ist. So wird die Pilgerfahrt nach Rom im Heiligen Jahr auch zu einer Bekräftigung des Glaubens an die heilige, katholische und apostolische Kirche, sowie der Treue zu *Petrus*, der in seinem Nachfolger unter uns weiterlebt."³

Die Gemeinsame Arbeitsgruppe der römisch-katholischen Kirche und des Ökumenischen Rates der Kirchen sagt dazu:

In der Römisch-Katholischen Kirche pflegen die Gläubigen das Heilige Jahr zum Anlaß zu nehmen, um nach Rom zu pilgern und besondere Absolution zu empfangen. Dieser Aspekt des Heiligen Jahres ist für andere Kirchen problematisch: für andere Christen ist Rom kein besonderer Anziehungspunkt, noch teilen sie die Lehre vom Sündenerlaß. Diese Fragen müssen in einem freimütigen Gespräch ausgetragen werden 4.

b) Innerkatholisch

Wichtig für das Gespräch mit der römisch-katholischen Kirche in der BRD sind die innerkatholischen Spannungen, die das Heilige Jahr zu überwinden hofft. Nachdem die linksorientierten Gruppen integriert werden konnten, zwingen die Traditionalisten den Blick noch mehr nach innen. Georg May (o. Prof. für Kanonistik, Univ. Mainz) — bekannt als einer der härtesten Kritiker der römischen Lockerungen im Mischehenrecht — sagt in einem in kurzer Zeit in 2. Auflage erschienenen Pamphlet "Glaube und Seelsorge in unserer Zeit"5:

... was soll man bei den Urhebern der liturgischen Neuerungen mehr bestaunen, ihre Ignoranz oder ihre Hybris? (S. 8) ... Die Liturgiereform hat den Priester im Glauben verunsichert (9) ... Das Heiligste, was die Kirche besitzt, ist zum Experimentierfeld geworden. Eine irgendwie geartete Einheitlichkeit des Gottesdienstes existiert in keiner Diözese mehr ... (15)

... Das Absterben des kirchlichen, christlichen und priesterlichen Geistes ... führt in immer größeren Teilen des Klerus zur Verweltlichung ... im äußersten Fall zu einer regelrechten Verwilderung (23/24). Die Bischöfe müssen sich darüber im klaren sein, daß von ihnen Rechenschaft gefordert wird über 25 000 Priester, die seit 1965 ihren Dienst auf-

^{2.} Katholische Nachrichten-Agentur Ökumenische Information (KNAÖI) 1/2, 8.1.75.

^{3.} Materialdienst des Konfessionskundlichen Instituts, Bensheim (MDKI) 26,1975, S. 4.

^{4.} Ebd. S. 5; epd-Dok. Nr. 39/1974, S. 52.

^{5.} KNAÖI 1/2, 8.1.75, 2. Erstmals veröffentlicht in UNA VOCE KORRESPONDENZ 4, 1974, H. 4 und 5.

gegeben haben. Die Bischöfe haben an erster Stelle die Zustände in der Kirche verschuldet (24).

Wir sehen heute entsprungene Mönche gottgeweihte Jungfrauen verführen, aus den Klöstern zerren und zum Gelübdebruch verleiten ... Der Zusammenbruch von Priestern und der Abfall von Ordensleuten hat verheerende Folgen für das gläubige Volk. Der Zustand der Gemeinden ist ein wahrhaftes Gericht für die postkonziliare Bewegung (26). Der Theologe, der den verhängnisvollen Einfluß ausgeübt hat (Karl Rahner), genießt die Dekkung und Billigung der Deutschen Bischofskonferenz ...

Man läßt es ungewiß, ob unter unseren Bischöfen es Männer gibt, die innerlich bereits zum Protestantismus abgefallen sind und nur auf eine Gelegenheit warten, sich auch äußerlich als Protestanten zu erklären ... (35)

Wenn man diese Richtung auch nicht überbewerten darf, so belastet sie ähnlich den innerevangelischen Kontroversen das Gespräch zwischen den Kirchen. Sie zwingen die Kirchenleitung zum Pochen auf dogmatische und ethische Normen sowie zu vorsichtigem Taktieren im Einzelfall. Manche päpstliche Warnung vor einer "Protestantisierung" der katholischen Kirche wird verständlich.

c) Christlich – jüdisch

Auch die Versöhnung mit dem Judentum war ein Anliegen des Heiligen Jahres. Hierzu sind drei Texte von Belang:

- (1) Päpstliche Kommission für die religiösen Beziehungen zum Judentum: Richtlinien und Hinweise für die Durchführung der Konzilserklärung "Nostra aetate" Art. 4 vom 1.12.1974⁶;
- (2) Würzburger Synode: "Unsere Hoffnung. Ein Bekenntnis zum Glauben in dieser Zeit" ("Unsere Hoffnung") vom 22.11.19757;
 - (3) Rat der EKD: Christen und Juden, Studie vom 24.5.19758.

Während im römischen Papier von einer Schuld der Christenheit nicht die Rede ist, sprechen die beiden deutschen Texte deutlich darüber. So die Würzburger Synode:

... Viele sind dabei aus nackter Lebensangst schuldig geworden. Daß Christen sogar bei dieser Verfolgung mitgewirkt haben, bedrückt uns besonders schwer. Die praktische Redlichkeit unseres Erneuerungswillens hängt auch an dem Eingeständnis dieser Schuld und an der Bereitschaft, aus dieser Schuldgeschichte unseres Landes und auch unserer Kirche schmerzlich zu lernen: Indem gerade unsere deutsche Kirche wach sein muß gegenüber allen Tendenzen, Menschenrechte abzubauen und politische Macht zu mißbrauchen, und indem sie allen, die heute aus rassistischen oder anderen ideologischen Motiven verfolgt werden, ihre besondere Hilfsbereitschaft schenkt, vor allem aber, indem sie besondere Verpflichtungen für das so belastete Verhältnis der Gesamtkirche zum jüdischen Volk und seiner Religion übernimmt ...

^{6.} OR, deutsch Nr. 2, 10.1.75.

^{7.} Gemeinsame Synode der Bistümer in der Bundesrepublik Deutschland, Offizielle Gesamtausgabe I (OGI), Herder 1976 "Unsere Hoffnung", IV, 2. "Für ein neues Verhältnis zur Glaubensgeschichte des jüdischen Volkes", S. 108/109.

^{8.} Gütersloh 1975.

Jüdischerseits sieht man im Synodenpapier einen neuen Anfang, während das römische Papier "einen beträchtlichen Rückzug gegenüber dem ursprünglichen Vorschlag seines Initiators, Johannes XXIII." darstelle und "weit hinter den Bekenntnissen der protestantischen Kirchen" zurückbleibe, ja sogar hinter dem tridentinischen Katechismus von 1545. Kritisiert wird auch die EKD-Studie, die zwar "viel Gutes" enthalte, "ja sogar einiges, was in dieser Form noch nicht in offiziellen Verlautbarungen der Kirche begegnete." Aber —

... Die größere christliche Liebesgemeinschaft ständig im Munde zu führen, ist nicht nur im Hinblick auf die Geschichte des christlichen Abendlandes unangemessen, sie führt auch jene Haltung fort, die das hellere Licht des Christentums auf dem dunkleren Hintergrund des Judentums erstrahlen läßt ... Für Juden ist die Judenmission die Fortführung der Endlösung mit anderen Mitteln. ... Für Juden ist es wichtig zu wissen, daß die Vertreter der EKD Mission meinen, wenn sie vom Dialog sprechen ... ¹⁰

Die Arbeitsgemeinschaft ökumenischer Kreise Region Nord und die Gesellschaft für christlich-jüdische Zusammenarbeit in Schleswig-Holstein bedrängen die theologischen Fachbereiche, sich nicht nur exegetisch religionsgeschichtlich, sondern vor allem systematisch-theologisch mit dem Judentum zu befassen ¹¹.

2. THEOLOGISCHE ANNÄHERUNGEN UND ABGRENZUNGEN

a) Katholisch

(1) Christologie: Für das theologische Gespräch gewinnen im Berichtsjahr und vermutlich geraume Zeit darüber hinaus drei christologische Entwürfe katholischer Autoren Bedeutung: Walter Kasper, Jesus der Christus; Hans Küng, Christ sein; Edward Schillebeeckx, Jesus. Die Geschichte von einem Lebenden¹². Alle drei Arbeiten zeichnen sich dadurch aus, daß sie sowohl nach dem Grund

des Glaubens fragen als nach den Gründen, warum die Konzentration auf die Einheit der Kirche die Eindeutigkeit und Klarheit dieses Glaubens verdunkelt habe. Die Analysen sind treffsicher: Weil zu wenig nach Jesus Christus gefragt wurde.

Alle drei binden das Kerygma an den historischen Jesus und drängen weg sowohl vom Fideismus existentialer Interpretation als von der alles vereinnahmenden Ekklesiologie hin zu einer Entwicklungsgeschichte aus urgemeindlichen Ansätzen, die der Vielgestalt in Theologie und Kirche Raum läßt.

Ob man mit Küng mehr jesuanisch oder mit Kasper mehr traditionell-christo-

^{9.} Pinchas Lapide: Rom und Jerusalem – Anno Sancto 1975, MDKI 26, 1975, S. 88 (in ds. Nummer noch mehr Material).

^{10.} So Dr. Nathan Levison, Landesrabbiner, Heidelberg, in KNAÖI 39, 24.9.75, S. 3; vgl. MDKI 26,1975, S. 90.

^{11.} KNAÖI 20/21, 14.5.75, S. 13.

^{12.} Walter Kasper: Jesus der Christus, Mainz 1974; Hans Küng: Christ sein, München und Zürich 1974; Edward Schillebeeckx: Jesus. Die Geschichte von einem Lebenden, deutsch: Freiburg 1975.

logisch denkt, oder ob man mit Schillebeeckx eine Brücke zwischen beiden zu schlagen versucht, auf jeden Fall sind hier Chancen eines Gesprächs aufgetan, das sich nicht sogleich kirchlich-pragmatisch auswirken muß, das aber auf die Dauer dem evangelisch-katholischen Gespräch aus einigen Sackgassen helfen könnte — zumal sich dies bald auf die "Theologie des Kreuzes" konzentrieren ließe. Hier melden sich Fundamentalfragen der jeweiligen Bekenntnistradition an ¹³.

Die Spannweite gegenwärtiger katholischer Christologie läßt sich auch an Beschlüssen der Würzburger Synode verdeutlichen. "Unsere Hoffnung" sieht die Gefahr, daß auch die "Kreuzesreligion zur Wohlstandsreligion" entarten kann ¹⁴.

Die "Sakramentspastoral" nennt Christus das "Ursakrament" und die Kirche "gleichsam das Sakrament", das sich durch die Sakramente "in die konkreten Situationen des menschlichen Lebens entfaltet" ¹⁵. "Dienste und Ämter" bezeichnet die Amtsträger durch sakramentale Weihe mit dem Geist Christi ausgerüstet ¹⁶.

(2) Mariologie: Während die Würzburger Synode zu Mariologie und marianischer Frömmigkeit schweigt, füllen Zeitschriften, Diözesanblätter, Verbandszeitungen u.a. diesen Mangel auf ¹⁷. Anlaß ist auch die pastorale Behandlung des Apostolischen Lehrschreibens "Marialis Cultus" Pauls VI. vom 2. Februar 1974 ¹⁸, mit dem er der Krise in der Marienverehrung begegnen wollte.

Herauszuheben ist "Catholica" Nr. 2/3, 1975 19, mit dem Titel "Maria im Geheimnis der Kirche". Bischof Dr. Rudolf Graber, Regensburg, "Maria und Pe-

trus' 20, zitiert Hans Urs von Balthasar:

"Ohne Mariologie droht das Christentum unter der Hand unmenschlich zu werden. Die Kirche wird funktionalistisch, seelenlos, ein hektischer Betrieb ohne Ruhepunkt, in lauter Verplanung hinein verfremdet. Und weil in dieser … männlichen Welt nur immer neue Ideologien einander ablösen, wird alles polemisch, kritisch, bitter, humorlos und schließlich langweilig, und die Menschen laufen in Massen aus einer solchen Kirche davon²¹,

(Graber selbst fährt fort:)

und was das Schlimmste ist, die Kirche wird steril und unfruchtbar; denn Leben entsteht nur aus dem Zusammenwirken des männlichen und weiblichen Prinzips²².

14. Vgl. Anm. 7, S. 104.

^{13.} Vgl. Wilhelm Dantine: Tendenzwende oder adaptive Beharrung? Gedanken zur gegenwärtigen katholischen Christologie. MDKI 26,1975, S. 108ff., hier S. 112 und 113.

^{15.} Ebd. 240/41; vgl. II. Vat. Konzil, LG 1.

^{16.} Ebd. 607.

^{17.} Das Bistumsblatt der Diözese Fulda "Bonifatius-Bote" z.B. würdigt Maria in 19 Nummern.

^{18.} Text in OR, deutsch Nr. 18, 19, 20, 1975; vgl. auch MDKI 26, 1975, S. 115ff.

^{19.} Catholica, Vierteljahresschrift für ökumenische Theologie hg. vom Johann-Adam-Möhler-Institut, Paderborn, 29, 1975, S. 85ff.

^{20.} Ebd. S. 183ff., hier 191.

^{21.} Aus: Hans Urs von Balthasar, Klarstellungen, S. 72, Freiburg 1971.

^{22.} A.a.O. S. 191.

(Dr. Albert Brandenburg, Professor am Johann-Adam-Möhler-Institut, Paderborn betont den ökumenischen Charakter des Lehrschreibens:)

"Marienfrömmigkeit ist Liebe zur Kirche. Überall ist der Subjektivismus einer pietistischen Frömmigkeit zu überwinden." Maria ist "Urbild und Mutter der Kirche", "Schnittpunkt aller

theologischen Richtungen und Bewegungen".

Der Protestantismus soll zur Entscheidung provoziert werden, ob er länger "höchst einseitig das Evangelium auf sich selbst" stellen wolle: "Es gibt kein Evangelium ohne Christus, ohne Kirche, ohne den Heiligen Geist und ohne die Mutter Maria. Man kann die Tat Gottes nicht abblättern bis auf ein kaltes nüchternes Bibelwort." Nach dem Ende der kerygmatischen Theologie könnte "die befreiende Wende zur katholischen Lehre über Maria entstehen". Schon der Aufbruch der Evangelikalen markiere diese Wende ²³. Ja "Aus unergründlichen Tiefen" – so an anderer Stelle – breche "neu ein katholisches Verlangen nach Marienverehrung" auf. Ihr Geheimnischarakter wurzelt im Gottesdienst. Dort darf das Gebet mehr sagen, als die theologische Aussage verantworten kann. Beten darf man: "Maria ist unser Leben", obwohl theologisch nur gilt: "Christus allein ist unser ewiges Leben." "Analog" aber gelte das auch von Maria. Sie ist "aus dem Erlösungswerk nicht wegzudenken". Deshalb "kann man nicht mehr mit den Solus-Prinzipien (etwa Gott allein – Christus allein) der Protestanten arbeiten". "Kirche und Maria sind diejenigen, welche die Heilstat Gottes konkret in die Welt hineinbringen. Der überdoktrinarisierte Protestantismus muß sich ganz gründlich mit diesen Fragen auseinandersetzen." ²⁴

b) Evangelisch

(1) Ordination: Zu den drei Anregungen der evangelischen Teilnehmer des ökumenischen Arbeitskreises zum Thema "Ordination" (vgl. KJ 1974, S. 243) – ihre Einmaligkeit – ihre Voraussetzung für die Sakramentsverwaltung – ihr Vollzug unter Handauflegung – hatte der Catholica-Ausschuß dem Rat der EKD Ende 1974 vorgeschlagen, einen Ausschuß aus Mitgliedern der Theologischen Ausschüsse der Arnoldshainer Konferenz (A. Kf.) und der VELKD zu bilden, der sich unter Berücksichtigung der Bedenken des Catholica-Ausschusses damit befassen möge ²⁵.

Doch schon im Sommer 1975 legt die Arnoldshainer Konferenz ihre Stellungnahme vor:

STELLUNGNAHME AUS DER ARNOLDSHAINER KONFERENZ ZU DEN DREI ANREGUNGEN DER EVANGELISCHEN TEILNEHMER DES ÖKUMENISCHEN ARBEITSKREISES EVANGELISCHER UND KATHOLISCHER THEOLOGEN ZUR "ORDINATION"26

1. Die Einmaligkeit der Ordination

Nach Ordnung und Praxis der Kirchen in der EKD ist die einmalige Ordination als grundlegende Beauftragung und Bevollmächtigung zum Dienst der öffentlichen Verkündigung

24. KNAÖI 18, 30.4.75.

25. Vgl. Niederschrift der Sitzung vom 19.12.1974, S. 9.

^{23.} Zeitgemäße Marienlehre. Das Lehrschreiben Papst Pauls IV. Maria und Kirche – Krise des Reformatorischen, ebd. S. 201-204.

^{26.} Arnoldshainer Konferenz, Umdr. Nr. III/274/75 vom 20./21.8.75, vgl. Alfred Burgsmüller und Reinhard Frieling: Amt und Ordination im Verständnis evangelischer Kirchen und ökumenischer Gespräche, Gütersloh 1974 (s. auch Anm. 38).

und Sakramentsverwaltung selbstverständliche Regel. Bei der Einführung (Installation) in einen neuen Dienstbereich wird auf die Ordination Bezug genommen. Auch bei Wiederbeauftragung nach zeitweiligem Ruhen oder Erlöschen der Ermächtigung werden normalerweise die mit der Ordination verbundenen Rechte ohne besonderen gottesdienstlichen Akt wieder beigelegt.

Dennoch bestehen gegen eine Erklärung der grundsätzlichen Einmaligkeit der Ordination Bedenken. Die Geschichte der Reformationskirchen zeigt, daß die Ordination von den Reformatoren nicht als prinzipiell unwiederholbarer Akt verstanden wurde. Auch eine biblische Begründung der Unwiederholbarkeit, etwa in Parallele zur Taufe, ist nicht zu erbringen. So versuchen Exegeten die Einmaligkeit der frühchristlichen Ordination aus der Analogie zur rabbinischen Ordination zu erschließen, die "nicht rückgängig zu machen" war, freilich auch eine Art Promotion darstellte (E. Lohse: Die Ordination im Spätjudentum und im NT, 1951, S. 55; 82 A.4). Die in den "Leitsätzen zum theologischen Verständnis und zu Rechtsfragen der Ordination" aus der EKU von 1968 unter III.8 vorgesehene und von der Stellungnahme der Arnoldshainer Konferenz "Zu Rechtsfragen der Ordination" unter IV als "folgerichtiger" bezeichnete Möglichkeit einer erneuten Ordination kann für besonders gelagerte Fälle nicht ausgeschlossen werden. Nach lange erloschener oder verwirkter Ermächtigung, im Extremfall möglicherweise nach Kirchenaustritt und gegenkirchlicher Betätigung, kann eine Neubeauftragung durch bloßen Verwaltungsakt unangemessen und um des Betreffenden selbst, um der Gemeinde und der Öffentlichkeit willen der erneute gottesdienstliche Akt angebracht erscheinen.

Zweifellos hat die grundsätzlich unwiederholbare Ordination, die laut Römischer Bischofssynode von 1972 ("Das Priesteramt", Ziff. 13) "Glaubenswahrheit" ist, ihre Begründung in ihrem sakramentalen Verständnis. Das "Schreiben der Deutschen Bischofskonferenz über das priesterliche Amt" von 1969 stellt fest, "daß Taufe, Firmung und Weihesakrament der Seele ein geistiges und unauslöschliches Zeichen einprägen" und das Tridentinum "diese Wahrheit als verbindlich erklärt und definiert" und "die damit verbundene Unwiederholbarkeit der Weihe versichert" hat (Ziff. 33, S. 52f.). Gewiß stimmen katholisches und reformatorisches Verständnis darin überein, daß "die in der Ordination erfolgende Übertragung des Amtes ... für den Ordinierten eine Inanspruchnahme der Ganzheit seiner Existenz" bedeutet (Memorandum "Reform und Anerkennung kirchlicher Ämter", 1973, Ziff. 17). Wenn aber, gleichfalls von beiden Seiten anerkannt, Auftrag und Ermächtigung auch erlöschen oder aberkannt werden können, ist für evangelisches Verstehen der Gedanke eines dennoch fortbestehenden unauslöschlichen Charakters, zumal als verbindlicher Glaubenssatz, kaum nachvollziehbar. So bleibt der Dissens an dieser Stelle, selbst wenn die Einmaligkeit der Ordination, nachdem sie in der Praxis der evangelischen Kirchen die Regel ist, zum Grundsatz erklärt würde. Nicht auf die wesenhafte Einmaligkeit wäre ein genereller Verzicht auf Reordination eines in den evangelischen Kirchendienst übernommenen katholischen Priesters zu begründen, sondern nur auf eine Verständigung über den wesentlichen Inhalt der in der Ordination erfolgten Beauftragung. Unter solcher Voraussetzung schiene es wohl denkbar, sich im übrigen gegenseitig die verschiedene Auffassung zuzugestehen und dennoch die Ordination der anderen Kirche als gültig anzuerkennen

2. Die Ordination als Voraussetzung für die Sakramentsverwaltung

Dieser Vorschlag wendet sich unmittelbar gegen die neuere Entwicklung in den Gliedkirchen der EKD. Was sich in der Notsituation der durch Kirchenkampf und Kriegszeit verwaisten Gemeinden als Hilfe anbot: die Beauftragung ausgewählter und als geeignet befundener Gemeindeglieder mit Wortverkündigung und Sakramentsverwaltung, erwies sich auch in der Folgezeit als angemessener Weg, um den gewachsenen Aufgaben durch das Entstehen neuer Gemeinden und regelmäßig zu versorgender Gottesdienststätten gerecht werden zu können. Die besonders in Kirchen mit verzweigten ländlichen Gebieten neuerdings geschaffenen Ordnungen für den Dienst von Lektoren, Prädikanten, Predigthelfern oder Laienpredigern zeigen deutlich genug eine zunehmend erkannte Notwendigkeit. Neben die einstige Lesepredigt oder bloße Mithilfe bei Lesungen und Gebeten trat, soweit

möglich, die Übernahme freier Wortverkündigung und in besonderen Fällen auch der Sakramentsverwaltung. Die Verbreitung dieser Praxis - keineswegs nur "in gewissen reformierten Kirchen" (Gruppe von Dombes "Teilkonsens über das kirchliche Amt", 1972, B. 9) - hat die A.Kf. veranlaßt, unter den von ihr erarbeiteten Gottesdienstordnungen für Ordination und Einführung auch ein Formular für "Bevollmächtigung zum Dienst der öffentlichen Verkündigung im Nebenamt oder Ehrenamt" anzubieten. Daß der Text im wesentlichen dem Ordinationsformular entspricht, zeigt, daß die in der Konferenz zusammenarbeitenden Kirchen darin übereinstimmen, daß auch in solchem Fall der reformatorische Grundsatz "nemo nisi rite vocatus" gewahrt werden muß, selbst wenn nur einzelne Kirchen hierfür die Bezeichnung "Ordination" anwenden, während die Mehrheit wegen der rechtlichen Konsequenzen davon absehen möchte. Die Bezeichnung jedoch erscheint zweitrangig gegenüber der inhaltlichen Gestaltung, gegen die von reformatorischem Verständnis her kaum Bedenken bestehen dürften.

Die A.Kf. kann der Anregung, diesen erst vor kurzem einmütig empfohlenen Weg preiszugeben, um so weniger folgen, als die Regelung sachgemäßer als die frühere ausschließliche Bindung der Sakramentsverwaltung an die Ordination der Theologen ist. Sie nimmt die Wirklichkeit des Priestertums aller Gläubigen ernst und ist geeignet, der Vorstellung einer Höherwertigkeit des Sakraments gegenüber dem Wort zu wehren und dem Mißverständnis eines wesentlichen Abstands zwischen "Geistlichen" und Gemeindegliedern zu

begegnen.

3. Die Ordination unter Handauflegung

Auch die A.Kf. hat sich in ihren "Überlegungen zur Ordination heute" von 1970 klar gegen einen Verzicht auf die Handauflegung und für die Beibehaltung dieses urchristlichen und ökumenisch verbindenden Brauchs ausgesprochen. Der Anregung wird daher insoweit zugestimmt, daß ein beliebiges Weglassen der Handauflegung nicht gutgeheißen werden kann. Die A.Kf. hat sich jedoch dafür entschieden, einer Kirche, die in Wahrung eines reformierten Traditionsstrangs zur Abwehr irriger Auffassungen auch Ordinationen ohne Handauflegung zuläßt, dies nicht zu verwehren und die Gültigkeit solcher Ordination aus diesem Grund nicht anzuzweifeln. Dies dürfte auch die ökumenische Rücksicht auf einzelne evangelische Freikirchen gebieten, bei denen die Handauflegung bei der Ordination nicht üblich oder freigestellt ist.

(Diese Stellungnahme ist von OKR D. Herbert entworfen und vom Theologischen Ausschuß der A.Kf. beraten worden. Der Theologische Ausschuß stimmt ihrer Intention zu und sieht darin die sachgemäße Interpretation der bisherigen Stellungnahmen der Arnoldshainer Konferenz zur Ordination.)

Hofgeismar, den 20./21.8.1975

(2) Eucharistische Gastbereitschaft: Während die Würzburger Synode darum ringt, ob es nicht über die bestehenden Ordnungen hinaus - etwa "aus Sorge um die Glaubensgemeinschaft der Familie in der konfessionsverschiedenen Ehe" -Gründe für die Zulassung evangelischer Christen zur Eucharistie oder katholischer Christen zum evangelischen Abendmahl geben könne 27, beschloß die VELKD auf ihrer Generalsynode 1975 nach mehrjährigen Vorarbeiten und Konsultationen mit Vertretern der katholischen Bischofskonferenz eine "Pastoral-theologische Handreichung zur Frage einer Teilnahme evangelisch-lutherischer und römisch-katholischer Christen an Eucharistie- bzw. Abendmahlsfeiern der anderen Konfession"28.

^{27.} Vgl. Beschluß "Gottesdienst" vom 21.11.75; OG I, (Anm. 7), S. 215f. 28. Sonderdruck, hg. im Auftrag der VELKD vom Lutherischen Kirchenamt, Hannover, unter dem 20.10.1975; vgl. auch KJ 1974, S. 250 (hier ohne Anmerkungen).

PASTORAL-THEOLOGISCHE HANDREICHUNG ZUR FRAGE EINER TEILNAHME EVANGELISCH-LUTHERISCHER UND RÖMISCH-KATHOLISCHER CHRISTEN AN EUCHARISTIE – BZW. ABENDMAHLSFEIERN DER ANDEREN KONFESSION

Die römisch-katholische und die evangelisch-lutherische Kirche sind einander näher gekommen. Über das, was uns verbindet und über das, was uns trennt in Glaube und Frömmigkeit, im Kirchenverständnis, in der Lehre und den Fragen des christlichen Lebens heute, ist ein offenes Gespräch im Gange. Gemeinsame Gesprächsgruppen, Gemeindeseminare und Arbeitskreise sind entstanden. Bei verschiedenen Anlässen werden Predigt- und Gebetsgottesdienste gemeinsam gehalten.

]

In diesem Zusammenhang wird die Frage gestellt, ob evangelisch-lutherische und römischkatholische Christen nicht auch gemeinsam das Abendmahl feiern können. Konfessionsverschiedene Paare, die trotz bestehender Glaubensunterschiede eine christliche Ehe miteinander führen wollen, leiden darunter, daß sie nicht zusammen zum Tisch des Herrn gehen dürfen. In ökumenischen Gruppen wächst immer wieder durch Gespräch, Zusammenleben und Gebet eine Erfahrung der Gemeinschaft in Christus, die darauf drängt, der Einladung des Herrn zum Abendmahl gemeinsam zu folgen. Hier und da geschieht das bereits. Wir müssen diesen Sachverhalt und das Verlangen nach solcher gemeinsamen Teilnahme am Abendmahl ernst nehmen.

Gleichwohl ist auch der Widerspruch gegen gemeinsame Abendmahlsfeiern ernst zu nehmen, sofern er der Sorge entspringt, es möchte einem natürlichen Gemeinschaftsbedürfnis übereilt nachgegeben werden und unter Hintansetzung begründeter trennender Gegensätze das allen Christen aufgetragene rechte und eindeutige Zeugnis für das Evangelium und die sakramentale Gemeinschaft verlorengehen.

Dieses Verlangen und diese Sorge lassen sich auch nicht auf die Konfessionen verteilen; beides gibt es in der evangelisch-lutherischen wie in der römisch-katholischen Kirche. Die folgenden Überlegungen suchen beiden Gesichtspunkten Rechnung zu tragen und so die pastorale Verantwortung allen gegenüber wahrzunehmen, die um ihres christlichen Glaubens willen Gemeinschaft am Tisch des Herrn begehren. Sie wenden sich an die Gemeinden und Pfarrer unserer evangelisch-lutherischen Kirche. Sie wollen nicht den Unterschied zwischen Regel und Ausnahme verwischen. Sie gehen davon aus, daß ein Christ, der am Abendmahl teilnehmen will, sein Gewissen ernstlich prüft.

II

Unser Herr Jesus Christus ruft nicht nur einzelne Gläubige oder gleichgesinnte Gruppen an seinen Tisch, sondern hat das Abendmahl für seine ganze Kirche gestiftet. Deshalb stehen Abendmahlsgemeinschaft und kirchliche Gemeinschaft miteinander in Beziehung. Für viele unserer Väter war es selbstverständlich, daß Kirchengemeinschaft nur als Bekenntnisgemeinschaft möglich ist. Wir sind der Auffassung, daß diese Aussage nicht zureicht.

Jedoch ist gerade die Feier des Abendmahls nicht die Gelegenheit, sich über die zwischen Kirchen bestehenden Unterschiede in Lehre, Ordnung und Frömmigkeit hinwegzusetzen. Dabei geht es nicht nur um eine Frage der konfessionellen Loyalität. Im Gottesdienst, insbesondere beim Abendmahl, entfaltet jede christliche Gemeinschaft ihr Verständnis des Evangeliums, der Stiftung Christi, des geistlichen Amtes. Teilnahme am Gottesdienst, vor allem Abendmahlsempfang, ist deshalb immer auch ein Sicheinfügen in die jeweils konkrete feiernde Gemeinde und ein Ja zu dem, was sie glaubt, tut und betet. Zwischen der evangelisch-lutherischen und der römisch-katholischen Kirche ist dies wechselseitig bis jetzt erst teilweise möglich. Deshalb lehnen wir es ebenso wie die römisch-katholische Kirche ab, Abendmahlsgemeinschaft als Demonstration zur Überwindung der Konfessionsgrenzen zu praktizieren. Nur im Zusammenhang einer Klärung der zwischen uns strittigen Fragen der Glaubenslehre kann echte Sakramentsgemeinschaft wachsen.

Dennoch ist die "heilige christliche Kirche" unseres gemeinsamen Glaubensbekenntnisses, der letztlich auch die Abendmahlsgemeinschaft zugehört, umfassender als die Grenzen

unserer Konfessionskirchen; unser Herr Jesus Christus selbst ist es, der zu seinem Tisch einlädt. Wir können heute nicht bestreiten, daß es für manche Christen Situationen leiblicher oder geistlicher Notlage oder besonderer geistlicher Erfahrung gibt, die ihr Gewissen nötigen, von der Regel abzuweichen, die den Empfang des Abendmahls im Gottesdienst einer anderen konfessionellen Gemeinschaft verwehrt. Solche Situationen lassen sich nicht durch genaue Einzelbestimmungen abgrenzen.

П

Evangelisch-lutherischem Verständnis der Kirche entspricht es, daß Treue zur Überlieferung der eigenen Konfession sich mit Offenheit für Christen anderer Bekenntnisse verbindet. Unsere reformatorischen Väter haben bei aller Kritik an der damaligen Abendmahlslehre und -praxis (C. A. 22 und 24; s. Anm. 1) nicht bestritten, daß Jesus Christus auch im Gottesdienst der römisch-katholischen Kirche gegenwärtig ist, wie wir es vom eigenen Gottesdienst glauben, wenn in der Eucharistiefeier Brot und Wein mit den Stiftungsworten Christi gesegnet und so bei der Kommunion durch die Gabe von Leib und Blut Christi in Seinem Namen und auf Seinen Befehl die "Vergebung der Sünden, Leben und Seligkeit" den glaubenden Sündern zugeeignet wird. Deshalb gilt auch von den Amtsträgern der römisch-katholischen Kirche: "Wenn sie das Wort Christi, wenn sie die Sakramente reichen, reichen sie es an Christi statt" (Apol. 7,28; s. Anm. 2). Es gehört gerade zu den fundamentalen Aussagen der Bekenntnisschriften der evangelisch-lutherischen Kirche, daß Unterschiede, die nur in geschichtlichen Traditionen oder menschlicher kirchlicher Rechtsetzung ihren Grund haben, die Vermittlung des Heils im Gottesdienst nicht einschränken. Umgekehrt darf deshalb die Anerkennung und Beachtung derartiger Vorschriften auch nicht zu einer die Gewissen bindenden Zusatzbedingung gemacht werden (C. A. 7 und 15; s. Anm. 3).

Demgegenüber tritt nach Auffassung der römisch-katholischen Kirche jeder dort Kommunizierende über die geistliche Gemeinschaft mit der das Abendmahl feiernden Gemeinde hinaus auch in eine gewisse Gemeinschaft mit der römisch-katholischen Kirche, die allein

Kirche in Fülle zu sein beansprucht.

Wenn evangelisch-lutherische Christen dennoch in besonderen Fällen bei einer Eucharistiefeier in einer Gemeinde der römisch-katholischen Kirche kommunizieren wollen, so können sie darauf vertrauen, daß der gekreuzigte und auferstandene Jesus Christus sich ihnen kraft der Zusage seiner Worte bei der Einsetzung des Abendmahls leibhaft schenkt. Wer in solchem Glauben zum Tisch des Herrn tritt, der bekennt Christus, bereut seine Sünden und preist die Barmherzigkeit Gottes in seinem Sohn durch den Heiligen Geist. Anderes als Vorbedingung für den Abendmahlsempfang zu fordern, kann nach unserer Überzeugung Christen nicht verpflichten. Sofern evangelisch-lutherischen Christen dies bewußt ist, sehen wir uns nicht ermächtigt, ihnen in besonderen Fällen die Teilnahme an der römisch-katholischen Eucharistiefeier grundsätzlich zu verwehren.

Durch eine so verstandene Teilnahme am Abendmahl in der römisch-katholischen Kirche geben in unserer Sicht evangelisch-lutherische Christen ihre Zugehörigkeit zu ihrer Kirche nicht auf; sie treten zwar in geistliche Gemeinschaft mit der das Abendmahl feiernden Gemeinde, aber sie gliedern sich nach Lehre und Recht damit nicht der römisch-katholischen Kirche ein.

VI

In unseren Gottesdiensten feiern wir das Heilige Abendmahl nach dem Willen Christi; denn wir glauben, daß das Sakrament des Altars sei "der wahre Leib und Blut unseres Herrn Jesu Christi, unter dem Brot und Wein uns Christen zu essen und zu trinken von Christus selbst eingesetzt" (Kl. Katechismus, 5. Hauptstück). Es entspricht evangelisch-lutherischem Verständnis des Heiligen Abendmahls, daß der Zugang zum Tisch des Herrn im Grundsatz jedem getauften Christen offensteht, der im Vertrauen auf Christi verheißendes Wort hinzutritt, wie es in den Worten seiner Stiftung laut wird. Ihm schenkt sich der Herr selbst durch sein Wort in, mit und unter Brot und Wein. Auch für unsere Gottesdienste gilt, daß die Amtsträger "Christi Person vergegenwärtigen wegen der Berufung durch die Kirche,

nicht ihre eigene Person" (Apol. 7,28; s. Anm. 2). Deshalb lädt durch die Kirche Christus selbst zu seinem Abendmahl ein.

Wenn in besonderen Fälllen Glieder der römisch-katholischen Kirche im Vertrauen auf das Wort Christi dieser Einladung folgen und am Abendmahl in einem evangelisch-lutherischen Gottesdienst teilnehmen wollen, sehen wir uns nicht ermächtigt, sie nur deshalb daran zu hindern, weil sie nicht Glieder der evangelisch-lutherischen Kirche sind (vgl. Anm. 4). Wir erwarten jedoch von allen, die zum Tisch des Herrn treten, daß sie das Heilige Abendmahl in unserem Gottesdienst als der Stiftung Christi gemäß anerkennen, und wissen auch einen Kommunikanten aus der römisch-katholischen Kirche hineingenommen in die Gemeinschaft des Bekennens der Sünde, des Hörens, des Empfangens und des Dankens der ganzen gottesdienstlichen Gemeinde.

Dabei gehen wir davon aus, daß ein solcher Kommunikant sich dadurch nicht seiner eigenen Kirche entfremdet. Eine Mitgliedschaft in der evangelisch-lutherischen Kirche im kirchenrechtlichen Sinne kommt durch eine so verstandene Teilnahme am Abendmahl

nicht zustande.

Es ist uns freilich bewußt, daß es für römisch-katholische Lehre schwer ist, einen Unterschied zwischen der Einladung Christi und der Zugehörigkeit zur eigenen Kirchengemeinschaft zu machen. Die römisch-katholische Lehre fordert die Anerkennung der einen Kirche, die von den Aposteln und ihren Nachfolgern - Papst und Bischöfen - geleitet wird. Damit hängt zusammen, daß in der römisch-katholischen Theologie noch keine Einmütigkeit darüber besteht, wie eine in der evangelisch-lutherischen Kirche vollzogene Ordination zu bewerten sei. Deshalb sieht sich die römisch-katholische Kirche noch nicht im Stande, in derselben Weise zu sagen, daß im evangelisch-lutherischen Abendmahl Jesus Christus gegenwärtig handelt, wie die evangelisch-lutherische Kirche dies im Blick auf römisch-katholischen Gottesdienst tun kann. Infolgedessen kennt die römisch-katholische Kirche bisher im Grundsatz nur die Möglichkeit, ihren Gliedern die Teilnahme am Abendmahl in der evangelisch-lutherischen Kirche zu wehren, wenngleich Ausnahmeentscheidungen aus Gewissensgründen vorkommen. Sie läßt bislang auch evangelische Christen zum Empfang der Eucharistie nur in genau umrissenen Fällen dringender Notwendigkeit zu (Todesgefahr, schwere Not, Verfolgung, Gefängnis). Dabei müssen bestimmte Voraussetzungen erfüllt sein (vgl. Anm. 5).

Auch die evangelisch-lutherische Kirche geht davon aus, daß Gemeinschaft am Tisch des Herrn und kirchliche Gemeinschaft nicht auseinandergerissen werden dürfen, und sie weiß, daß gewachsene Tradition Hilfe und Verpflichtung sein kann. Solche Tradition kann aber nach unserem Verständnis nicht eigene Bedingungen für die Gültigkeit des Altarsakramentes begründen, die über das hinausgehen, was nach reformatorischem Bekenntnis die Stiftung

Christi ausmacht.

Die Ermöglichung einer wechselseitigen Teilnahme am Abendmahl in Ausnahmefällen, wie sie im Sinne dieser Handreichung von Seiten der Vereinigten Evangelisch-Lutherischen Kirche Deutschlands ausgesprochen wird, soll Ausdruck des Gehorsams gegen den Herrn der Kirche sein und keinesfalls das Einander-näher-Kommen der Konfessionen belasten.

Diese Handreichung kann deshalb nur mit der Bitte schließen, die Kirchen möchten die Klärung dieser Fragen vorantreiben in der Gewißheit, daß Gottes Geist seine Kirche in alle Wahrheit leiten wird.

c) Zur Diskussion

(1) Eucharistie: Katholischerseits habe man schon Ende 1974 einen "Alleingang" der Lutheraner hinsichtlich einer Öffnung der eucharistischen Grenzen befürchtet²⁹. Der Kommentar aus dem Johann-Adam-Möhler-Institut zur

^{29.} H. Bacht SJ: Planen die Lutheraner einen Alleingang? In KNAÖI 41, 9.10.74, und K. Schuh, ebd. 43, 23.10.74.

Pastoral-theologischen Handreichung der VELKD³⁰ stellt mit deutlicher Beruhigung fest, daß "... die katholische Kirche als Gegenüber und Gesprächspartner deutlich spürbar anwesend" war.

... Die Überzeugung von der ekklesiologischen Verslechtung und Einbindung des Abendmahls berührt auf's engste das römisch-katholische Eucharistieverständnis. Darüber hinaus wird man katholischerseits nach den Diskussionen um die Leuenberger Konkordie mit Genugtuung zur Kenntnis nehmen, daß die Lutheraner bemüht sind, einen echten "Sakramentsrealismus" festzuhalten. Über die Leuenberger Konkordie hinausgehend bekennt die Synode: Der Herr selbst schenkt sich "durch sein Wort in, mit und unter Brot und Wein". Mit dieser theologischen Formel ist zwar noch nicht alles, aber bereits vieles gesagt, von dem man hoffen möchte, daß es in Verkündigung und Praxis aller lutherischen Gemeinden gültig bliebe.

Andererseits aber hat jeder Leser der Handreichung erneut die Gelegenheit, die noch bestehenden z.T. tiefgreifenden Bekenntnisunterschiede zwischen unseren Kirchen dokumentiert zu sehen. Das reformatorische Kirchenverständnis geht davon aus, daß die "heilige christliche Kirche" hinter bzw. über den Konfessionskirchen in ihrer Vielfalt als unabgrenzbare Wirklichkeit steht. Sie ist als geistliche Größe nicht durch Recht und irdische Tradition zu umfangen. Wenn der Herr dieser Kirche "zu seinem Tisch einlädt", hat keine "Konfessionskirche" das Recht, Schranken und Zulassungsbedingungen aufzustellen.

Eine solche Argumentation ist katholischerseits nicht nachzuvollziehen, zumal wenn entscheidende Elemente ihres Eucharistieverständnisses mehr oder weniger deutlich als bloße geschichtliche Tradition oder menschliche kirchliche Rechtsetzung gewertet werden. Immer noch scheint das Problem einer unterschiedlichen Verhältnisbestimmung von "Stiftung Christi-Kirche-Tradition" als schwerer Stein auf dem Wege der Verständigung zu liegen. Nach lutherischer Auffassung ist es nicht mehr als logisch, daß für den Zutritt zum Abendmahl bzw. zur Eucharistie als einzige Bedingungen und Kriterien: die Taufe und der vertrauende Glaube an Christi verheißendes Wort, gelten können; denn – so darf man wohl folgern –: Wie die wahre Kirche Christi über alle Konfessionsgrenzen hinausreicht, greift auch die Wirklichkeit der Eucharistie über alle konfessionellen Lehren und Kirchengrenzen hinaus. Es fällt den reformatorischen Christen schwer, die von Christus gegründete Kirche als eine sichtbare, verfaßte Wirklichkeit zu sehen, der das Heilswerk des Erlösers übergeben wurde, um es durch die Zeiten hindurch bis zu seiner Wiederkunft recht zu "verwalten" und zu "vermitteln". Das "Solus Christus" steht nach lutherischer Überzeugung vor und über allen geschichtlich gekommenen, veränderbaren und vergänglichen Kirchentümern.

Insgesamt gesehen dürften viele Gemeinden und Christen über die Hilfestellung, die ihnen die VELKD-Synode zur Schärfung des Gewissens und zur Entscheidungsfindung in konkreten Situationen gewährt, glücklich sein. Aber auch die katholischen Christen werden nicht ohne Nutzen dieses Dokument zur Kenntnis nehmen, zeigt es ihnen doch mit einer gewissen Authenzität, was die lutherischen Brüder und Schwestern glauben und wie sie handeln.

Die Würzburger Synode hat in ihrem "Beschluß: Gottesdienst" "Möglichkeiten begrenzter Eucharistiegemeinschaft" ³¹ aufgezeigt: Wechselseitig — wenn auch eingeschränkt — für Katholiken und Glieder der Ostkirchen und der altkatholischen Kirche — einseitig für Glieder der reformatorischen Kirchen und Gemeinschaften:

31. W. Synode OG I (Anm. 7), S. 214f.

^{30.} Aloys Klein und Karlheinz Schuh: Abendmahl-Eucharistie-Gemeinschaft – Lutheraner beschlossen eine "Handreichung", in: KNAÖI 43, 22.10.75.

Volle Eucharistiegemeinschaft ist nur möglich bei voller Kirchengemeinschaft; denn die Einheit der Kirche und die Communio von Leib und Blut Christi bedingen und tragen sich gegenseitig.

Den Mitgliedern reformatorischer Kirchen ist die Teilnahme an den Sakramenten der katholischen Kirche deshalb nach dem Ökumenischen Direktorium (Nr. 55) in der Regel untersagt ...

(Dann werden die Gründe für die Ausnahmen aus den konziliaren und nachkonziliaren Dokumenten aufgezählt).

Die Synode bittet die Bischöfe, alle legitimen Möglichkeiten wahrzunehmen, um den getrennten Christen, wenn sie es wünschen, den Zutritt zur Eucharistie zu öffnen.

(Voraussetzungen dafür: Taufbewußtsein – Glauben mit der Kirche – Verlangen nach Christus in der Eucharistie – persönliche Verbindung mit der katholischen Kirche, z.B. in Mischehe oder Beruf, – Sorge um die Einheit der Kirche – Vorbereitung und christliche Lebensführung – längere Zeit ohne Abendmahl der eigenen Gemeinschaft.)

Darüber hinaus bittet die Synode die Bischofskonferenz zu prüfen, ob es nicht auch "ausreichende Gründe" für die Zulassung evangelischer Christen geben kann, selbst wenn diese die Möglichkeit zum Empfang des Abendmahles hätten. Solche Gründe könnten sich zum Beispiel aus der Sorge um die Glaubensgemeinschaft der Familie in der konfessionsverschiedenen Ehe ergeben. Dem einzelnen sollten im Gespräch mit den zuständigen Seelsorgern Hilfen für eine verantwortete, persönliche Entscheidung gegeben werden.

Die reformatorischen Kirchen haben ... "wegen des abweichenden Glaubensverständnisses vornehmlich in Bezug auf das Amt und das Weihesakrament ... "die ursprüngliche und vollständige Wirklichkeit des eucharistischen Mysteriums nicht gewahrt" (UR 22)³². Die Synode kann deshalb zum gegenwärtigen Zeitpunkt die Teilnahme eines katholischen Christen

am evangelischen Abendmahl nicht gutheißen.

Es kann jedoch nicht ausgeschlossen werden, daß ein katholischer Christ – seinem persönlichen Gewissen folgend – in seiner besonderen Lage Gründe zu erkennen glaubt, die ihm seine Teilnahme am evangelischen Abendmahl innerlich notwendig erscheinen lassen. Dabei sollte er bedenken, daß eine solche Teilnahme dem inneren Zusammenhang von Eucharistie und Kirchengemeinschaft, besonders im Hinblick auf das Amtsverständnis, nicht entspricht. Bei der Entscheidung, vor die er sich gestellt sieht, darf er weder das Beheimatetsein in der eigenen Kirche gefährden, noch darf seine Entscheidung der Verleugnung des eigenen Glaubens und der eigenen Kirche gleichkommen oder anderen eine solche Deutung nahelegen.

Die Synode bittet die katholischen und die evangelischen Christen um Verständnis für ihre Haltung ... Es geht ihr darum, daß die notwendigen Bemühungen um ein gemeinsames Eucharistieverständnis nicht durch ein übereiltes Vorgehen Schaden leiden.

Die Synode bittet die Bischofskonferenz, alle theologischen Beiträge ... und alle neu sich zeigenden Erkenntnisse und Erfahrungen sorgfältig zu prüfen und zu helfen, daß über eine Vertiefung der Kirchengemeinschaft die Eucharistiegemeinschaft verwirklicht wird.

Während der Würzburger Synode hatte 1974 die Arbeitsgemeinschaft christlicher Kirchen in der Bundesrepublik Deutschland und Berlin (West) e.V. eine Studie des Deutschen Ökumenischen Studienausschusses (DÖSTA) zur Interkommunion entgegengenommen, den Kirchen der Gemeinschaft überstellt und dann 1975 mit den eingegangenen Stellungnahmen nochmals veröffentlicht ³³.

32. II. Vatikanisches Konzil, Unitatis redintegratio Nr. 22.

^{33. &}quot;Interkommunion". Eine Studie und Stellungnahme, Sonderausgabe des Materialdienstes der Ökumenischen Centrale, März 1976.

(Ihr Inhalt 34:)

I. Die Aktualität des Problems. Zusammenwachsen ökumenischer Gruppen und Kreise. Übereinstimmung von Theologen verschiedener Konfessionen.

II. Die neue Situation ökumenischen Verständnisses. Wandlungen in (a) Kirchen- und (b) Abendmahlsverständnis.

III. Formen von Interkommunion.

IV. Gesichtspunkte für die Ermöglichung der Interkommunion.

A. Grundvoraussetzungen (Theologische Erwägungen).

- B. Kriterien für die gegenseitige Zulassung zum Abendmahl (Konfessionsverschiedene Ehepaare, ökumenische Gruppen, kooperierende Gemeinde an einem Ort).
- 4. Für die Beurteilung gegenseitiger Zulassung zum Abendmahl sollten folgende Kriterien gelten:
- a) Der Glaube an Jesus Christus als den eigentlichen Gastgeber der Eucharistie feiernden Gemeinde, der im Zeichen des Mahles sich selber schenkt. Dieser Glaube ist immer auch reflektierter Glaube, der in einem Glaubensbekenntnis zum Ausdruck kommt. Dieses Glaubensbekenntnis kann grundsätzlich kein anderes sein als das im Neuen Testament grundgelegte Bekenntnis zu Jesus Christus.

b) Solidarität mit den zum eucharistischen Mahl versammelten, im Glauben zusammengehörigen Christen und Bereitschaft zum gemeinsamen Zeugnis und Dienst im Auftrage

Jesu.

c) Das Wissen um die innere Identität von Eucharistiegemeinschaft und Kirchengemeinschaft. – Zwar entspricht das Verhältnis der verschiedenen Kirchen zueinander noch nicht der von Jesus gewollten Einheit der Kirche, dennoch kann die beschriebene begrenzte Zulassung zur Eucharistiefeier, im Gehorsam gegenüber dem Wirken des Heiligen Geistes, das Bemühen um die Einheit der Kirche ermutigen und stärken.

Während der Rat der EKD die hier "zutage tretende Intention zur Kenntnis" 35 nimmt und "eine Weiterarbeit an der Studie für wünschenswert" hält, geht die deutsche Bischofskonferenz differenzierter vor 36. Nach positiver Würdigung des Ansatzes und der Pluralität der Mitarbeiter — "wenngleich wir die Orthodoxe Kirche … sehr vermissen" werden kritische Bedenken angemeldet:

... Bei aller Freude über die vielfältige Verbundenheit in Glaube und Lehre erscheint uns die Kluft zwischen den Christen tiefer als es in der Studie zum Ausdruck kommt. Das gilt für den jeweils bekannten Glauben im allgemeinen und für das Eucharistieverständnis im kirchlichen Leben und Lehren im besonderen. Es entspricht nicht dem Skandal der Spaltung, wenn erklärt wird: "Die Einheit des Leibes Christi wird durch die Vielzahl der christlichen Kirchen und die zwischen ihnen bestehenden Spaltungen verundeutlicht" (Studie IV, A, 3). Mit dem Ökumenismusdekret möchten wir nachdrücklich bekunden, daß die Spaltung "ganz offenbar dem Willen Christi" widerspricht; "sie ist ein Ärgernis für die Welt und ein Schaden für die heilige Sache der Verkündigung des Evangeliums vor allen Geschöpfen" (a.a.O. n. 1).

Durch die wechselseitigen Bemühungen der getrennten Kirchen sehen wir manches Hindernis überwunden. Wir vermögen aber nicht zu sagen: "Damit ist ein wesentliches Hindernis für die gemeinsame Feier des Abendmahles beseitigt. Eine wenigstens teilweise Verwirklichung der Abendmahls- und Kirchengemeinschaft wird dadurch ermöglicht" (Studie IV, A, 4). "Bemühen" ist eben nicht "Beseitigen" und guter Wille ist nicht in jedem Fall eine Erfolgsgarantie.

^{34.} Ebd. S. 2-7.

^{35.} Ebd. S. 11.

^{36.} Ebd. S. 31ff., hier 32/33.

Wir haben die ernste Sorge, daß ein vorschnelles Selbsthonorieren unserer "Erfolge" die notwendigen Anstrengungen lähmen kann und mehr den status quo verfestigt als dem unerläßlichen Aufbruch dient. Schließlich müssen wir uns alle immer mehr dessen bewußt werden, daß theologische Einsichten einzelner oft nur sehr vorläufig sind: Für ihre Gültigkeit bedürfen sie auf jeden Fall der lebendigen Rezeption der gesamten Kirche. Zu dieser gehören die verbindliche Bezeugung durch die Amtsträger wie auch die im liturgischen Vollzug und im Gemeindealltag realisierte Bekundung der "Basis". Hier sind uns allen wichtige Aufgaben von großer ökumenischer Tragweite gestellt. Wir müssen die Wahrheit tun, um ans Licht zu kommen (vgl. Joh 3,21). Erst in dem Maße, wie das gelingt, wird die wahre Einheit wachsen. Deshalb sollte man - viel mehr als es gemeinhin geschieht miteinander all das versuchen, was man gemeinsam tun kann. Die Eucharistiefeier gehört noch nicht dazu. Solange das gemeinsame Ja des Glaubens hier nicht gegeben ist, sind uns gemeinsame Aktionen versagt. Durch solche und durch sich damit ergebende "Erfahrungen" die größere Einheit erzwingen wollen, mutet wie eine neue Form des Pelagianismus und der Manipulation an und hat nach unserer Überzeugung keine Verheißung. Nicht die "Interkommunion", sondern die immer lebendigere Verwirklichung der "Kommunion" ist unsere vordringliche Aufgabe. Je schneller und besser wir "eine völlig verpflichtete Gemeinschaft" werden - um eine Formulierung der Weltkirchenkonferenz von Neu-Delhi aufzugreifen -, desto schneller und besser werden wir miteinander das eine

Auf diesem Wege sollten wir nicht müde werden. Wir sollten das konkrete Gespräch weiterführen. Wir sollten uns darum bemühen, die verschiedenen Partner besser zu verstehen. Wir sollten möglichst viele in die Gemeinschaft einbeziehen. Wir sollten tun, was wahrhaft eint.

Die Stellungnahmen der anderen Kirchen der AG, einzelner Landeskirchen, Diözesen und regionaler Arbeitsgemeinschaften sowie Einzelstellungnahmen können hier nicht dokumentiert werden, markieren aber insgesamt den Stand der gegenwärtigen Diskussion — wobei die vielfältige Kritik am Begriff "Interkommunion" auffällt.

Die VELKD gibt hilfreiche "Anregungen zur weiteren Arbeit an dem Dokument" ³⁷, worin sich auch ihre intensive Arbeit an der Pastoral-theologischen Handreichung (s. S. 122, Anm. 28) ausspricht.

(2) Amt: Die Literatur in Zeitschriften und Büchern zu diesem alten kontroverstheologischen Thema ist schon seit langem kaum mehr zu übersehen. Interessante Aspekte bietet sie einmal im Blick auf die Forderung konfessionsverschiedener Ehen nach eucharistischer Mahlgemeinschaft, zum anderen im Blick auf Anerkennung reformatorischer Christen als Christen und ihrer Kirche als Kirche je im Vollsinn des Wortes. Seltsamerweise wird bei Erreichen von Konvergenzen in der Ämterfrage häufig das "defiziente" Sakramentsverständnis der evangelischen Seite in den Vordergrund gerückt und bei Annäherungen dort das "defiziente" Amtsverständnis. Fortschritte in der Verständigung sind demnach schwer auszumachen. Sprachangleichungen bedeuten gerade hier noch keine Annäherung in der Sache. Je mehr sich die Diskussion auf Amt und Sakrament versteifte, desto mehr geriet dies Doppelthema in eine gewisse Isolierung, die sich auch in der häufigen Ausklammerung des Papstamtes aus der Debatte zeigt ³⁸. Über den so markierten allseits als unbefriedigend empfundenen Ge-

^{37.} Ebd. S. 17.

^{38.} U.a.: Reform und Anerkennung kirchlicher Ämter. Ein Memorandum der Arbeits-

sprächsstand drängen engagierte Ökumeniker auf beiden Seiten hinaus 39.

Heinz Schütte, Professor für Dogmatik in Bonn, seit 1.11.75 Mitarbeiter beim Einheitssekretariat in Rom, versucht die Amtsfrage wieder in das Gesamt des sakramental-ekklesialen Denkens einzubinden. Wo immer das geschähe wie in den lutherisch-katholischen Gesprächen, vor allem der Theologengruppe in den USA, sei man auch weitergekommen.

Wenn katholische Christen nach dem Ökumenismusdekret des II. Vatikanums "alle diejenigen, die durch die Taufe im Glauben gerechtfertigt sind, als in Christus einverleibt" und als "Brüder in Christus" betrachten sollen, dann könne die Gemeinschaft mit dem Nachfolger Petri "keine notwendige Voraussetzung dafür" sein, daß jemand Christ sein und die Sakramente empfangen könne. Daraus folge, daß die Bulle "Unam sanctam" Bonifaz VIII. – es sei heilsnotwendig, sich unter den Bischof von Rom zu stellen – in ihrer Auffassung überzogen sei; ganz abgesehen davon, daß sie kein Dogma und also die protestantische Kritik an diesem Satz keine Häresie sei ⁴⁰.

Ist die römisch-katholische Seite dabei, an der Kirchenzugehörigkeit der Christen anderer, besonders der lutheranischen Kirchen und am Kirchesein dieser Kirchen selbst weiterzudenken, so die lutherische, die Amtsfrage von der hierarchischen Spitze her anzugehen.

So sage Harding Meyer, Institut für ökumenische Forschung in Straßburg:

... Wenn sich das Papstamt als Dienst am Evangelium verstehe, sich vom Worte Gottes richten und korrigieren lasse, dann könne "es – auch wenn es sich weiterhin als "de iure divino" (nach göttlichem Recht) betrachtet – in der Tat der wahren Einheit der Kirche dienen ...⁴¹

Schütte verweist auf den Malta-Bericht ⁴². Dort würde die "Wichtigkeit eines Dienstes an der Gemeinschaft der Kirchen gesehen und zugleich auf das Problem hingewiesen, welches durch das Fehlen eines solchen wirksamen Dienstes an der Einheit für die Lutheraner entsteht. Es wurde deshalb das Amt des Papstes als sichtbares Zeichen der Einheit der Kirchen nicht ausgeschlossen, soweit es durch theologische Reinterpretation und praktische Umstrukturierung dem Primat des Evangeliums untergeordnet wird."

Ähnlich argumentiere der Erwachsenen-Katechismus der VELKD: Die nichtrömischen Kirchen hätten "bisher kein überzeugendes Modell vorgelebt, wie die Einheit der Kirche sichtbare Gestalt gewinnen könnte. Neuere katholische Theologen wollen den Primat des Papstes nicht als Herrschaft über die Kirche, sondern als Dienst an der Einheit verstehen. Die Stellung der anderen Kirchengemeinschaften zum Papsttum wird weitgehend davon abhängen, ob es Rom gelingt, das Papsttum als einen solchen Dienst an der Einheit und als Zeichen der Einheit überzeugend darzustellen."⁴³

Und schließlich gibt er auch der reformierten Seite Raum und zitiert aus Karl Barths Kirchlicher Dogmatik: "Die Differenz zwischen evangelischer und katholischer Anschauung" – was die Apostolizität angeht – "besteht nicht hinsichtlich des Daß, sondern hin-

gemeinschaft ökumenischer Universitätsinstitute, München und Mainz 1973; s. auch MDKI 24, 1973, S. 28ff., hier 34. Auszug KJ 100, 1973, S. 66ff.

^{39.} Vgl. "Malta-Bericht" der evangelisch-lutherischen/römisch-katholischen Studienkommission "Das Evangelium und die Kirche", Lutherische Rundschau 3/1972; Dokumente (Dok) MDKI 22, 1971, S. 104ff. und 23, 1972, S. 65ff. (fünf Diskussionsbeiträge zum Malta-Bericht).

^{40.} KNAÖI 33, 13.8.75, S. 5ff., hier 7 und 8.

^{41.} Ebd. zit. aus "Das Papstamt in lutherischer Sicht", H. Meyer, in Heinrich Stirnimann/Lukas Vischer: Papsttum und Petrusdienst, Frankfurt 1975, S. 73ff., hier S. 89.

^{42.} KNAÖI 34, 20.8.75, S. 5.

^{43.} Evangelischer Erwachsenenkatechismus, Kursbuch des Glaubens, hg. v. Werner Jentsch, Hartmut Jetter, Manfred Kießig und Horst Reller im Auftrag der VELKD, Gütersloh 1975, S. 916.

sichtlich des Wie. Und auch hinsichtlich des Wie kann unsererseits weder gegen die Zusammenfassung des Apostolates in Petrus, noch auch gegen die Möglichkeit eines Primats in der Kirche, der ja dann auch derjenige der römischen Gemeinde sein könnte, grundsätzlich Einspruch erhoben werden."44

Für die Erneuerung und Umgestaltung des Papstamtes nach dem Evangelium läßt Schütte

eine Reihe namhafter katholischer Theologen sprechen:

Wilhelm de Vries: "Damit, daß ein Papst einen Anspruch erhebt, ist noch nicht ausgemach, daß er dazu aufgrund des von Christus gestifteten und ihm überkommenen Petrusamtes ein Recht hat." ⁴⁵

Joseph Ratzinger: "... die eigentlich "apostolische" Aufgabe des Stuhls von Rom" ist "die ... von administrativen Gegebenheiten unabhängige wahre Einheit der Kirche zu besorgen." 46

Karl Lehmann: "Wenn nicht alles trügt, dann vollzieht sich heute in Theorie und Praxis ... eine geschichtlich wohl unvermeidliche "Entflechtung" des Petrusamtes, so wie es historisch gewachsen ist. Daß dieser Prozeß widerwillig angenommen wird, oft weit über das Ziel hinausschießt, schmerzlich und manchmal recht zweideutig verläuft, gehört mit zur unabwälzbaren Last und Verantwortung der gegenwärtigen Stunde der Kirche."⁴⁷

Bischof Heinrich Tenhumberg: "Ich kann mir durchaus vorstellen, daß der Papst für den Bereich der römisch-katholischen Kirche den Primat grundsätzlich so beibehält, wie ihn die letzten Vatikanischen Konzilien formuliert und akzentuiert haben, ohne daß dieser Primat in gleicher Weise auf eine ... vereinigte Gesamtchristenheit übertragen werden mißte."⁴⁸

Hier ist im Gegensatz zu Äußerungen aus der Piusepoche ein bewußtseinsverändernder Dialog im Gange, der den päpstlichen Amtsanspruch (Universalepiskopat) auf das im ökumenischen Zeitalter Erreichbare zurückschrauben könnte. Schon der Begriffswandel ist von Belang: das Petrus-Amt wird zunehmend im Sinne von Petrus-Dienst oder "petrinischer Funktion" interpretiert.

Noch nicht in der Diskussion oder gar, wie in den USA-Gesprächen, bewußt ausgeklammert ist die päpstliche Unfehlbarkeit. Da die Aussagen dieser amerikanischen Theologengruppe die deutsche Diskussion beeinflussen wird, seien die beiderseitigen Fragen des Schlußabschnitts dokumentiert⁴⁹:

Trotz der Meinungsverschiedenheit über göttliche oder menschliche Einsetzung, über die Wandlungsfähigkeit des Papstamtes, die nichtdiskutierte Unfehlbarkeit u.a. erscheint es angesichts der Übereinstimmung, die wir erreichen konnten, richtig, daß unsere jeweiligen Kirchen jetzt erste Schritte zur Versöhnung unternehmen.

44. A.a.O. zit.: Karl Barth: Die Kirchliche Dogmatik I/1, Zürich 1932 und 1947, S. 106; vgl. auch ders.: ad limina apostolorum, Zürich 1967, S. 15ff. und 52ff.

45. KNAÖI 35, 27.8.75, S. 5; zit. nach Wilhelm de Vries: Neuerungen in Theorie und Praxis des römischen Primates nach der konstantinischen Wende, Concilium 7 (1971), S. 251f.

46. Ebd., zit. aus: J. Ratzinger, Art. Primat: Lexikon f. Theol. Kirche, Bd. 8, 1963, S. 761f., hier 762.

47. Ebd., zit. aus: K. Lehmann: Von der Beweislast für unfehlbare Sätze, in: Zum Problem Unfehlbarkeit, hg. von K. Rahner, Freiburg 1971, S. 344.

48. Ebd. S. 7, zit. aus: H. Tenhumberg: Kirchliche Union – Utopie oder Möglichkeit? KNAKÖI 24,1974, S. 5-9; und 24, 1973, S. 1.

49. Dokumentation zum lutherisch-katholischen Dialog über den päpstlichen Primat, in: R. E. Brown, K. P. Donfried, J. Reumann (Hg.): Der Petrus der Bibel, Stuttgart 1976, S. 166/167.

(32) Daher fragen wir die lutherischen Kirchen:

- ob sie bereit sind mit uns anzuerkennen, daß der päpstliche Primat, im Lichte des

Evangeliums erneuert, kein Hindernis für die Versöhnung sein muß;

ob sie in der Lage sind anzuerkennen, daß das p\u00e4pstliche Amt nicht nur eine Legitimit\u00e4t besitzt im Dienst an der r\u00f6misch-katholischen Gemeinschaft, sondern daß das p\u00e4pstliche Amt, nach dem Evangelium erneuert und der christlichen Freiheit verpflichtet, in einer gr\u00f6\u00dferen Gemeinschaft, die die Lutheraner einschl\u00f6sse, m\u00f6glich und erw\u00fcnscht w\u00e4re;

- ob sie bereit sind, die Diskussion zu eröffnen über die konkreten Folgerungen, die sich aus einem solchen Primat für sie ergeben.
 - (33) In ähnlicher Weise fragen wir die römisch-katholische Kirche:
- ob sie, angesichts unserer Ergebnisse, bei ihren ökumenischen Bemühungen dem Problem der Aussöhnung mit den lutherischen Kirchen nicht hohe Priorität einräumen sollte;
- ob sie bereit ist, Gespräche zu beginnen über mögliche Strukturen für eine Aussöhnung, die die legitimen Traditionen der lutherischen Gemeinden schützen und ihr geistliches Erbe respektieren;
- ob sie bereit ist, die Möglichkeit einer Aussöhnung ins Auge zu fassen, bei der sie eine Selbstverwaltung der lutherischen Kirchen innerhalb einer Gemeinschaft anerkennen würde:
- ob sie in Erwartung einer Aussöhnung bereit ist, die bei unserem Dialog vertretenen lutherischen Kirchen als Schwesterkirchen anzuerkennen, die bereits bis zu einem gewissen Maß zu kirchlicher Gemeinschaft berechtigt sind.

d) Lehrgespräche

(1) Landeskirche/Diözese: Die Leitungen des Bistums Münster und der evangelischen Kirche von Westfalen haben ihre Gespräche über das Gemeinsame und Trennende fortgesetzt. Nach "Wege der Kirche zueinander" (1973) 50 haben 1975 Heinrich Tenhumberg und Hans Thimme die "Kirchen im Lehrgespräch"51 vorgestellt. Darin wird der Stand des örtlichen Dialogs in einer Auswahl von Lehrstücken "unter dem Gesichtspunkt akuter kontroverstheologischer Fragestellung" dargelegt: Schrift und Tradition, Gnade und Werk, die Kirche Jesu Christi, Sakramente, das Amt; Gottesdienst — Christliches Leben — Frömmigkeit, Überlegungen zur Kirchengemeinschaft.

Die einzelnen Abschnitte stellen das Gemeinsame der kirchlichen Lehraussagen voraus. Die besondere Lehrausprägung ist dann durch die Vertreter der entsprechenden Konfession, wenn auch unter Mitbeteiligung der anderen Seite, formuliert worden. Die abschließenden gegenseitig gestellten Fragen der "fruchtbaren Kontroversen" sind keine rhetorischen oder nur theoretischen Fragen. Sie versuchen vielmehr, den Punkt zu fixieren, an dem gegenwärtig die Annäherung unserer Kirchen vor der Notwendigkeit steht, Antworten zu finden und Klärungen herbeizuführen (7).

Das Gespräch über die Lehre ist freilich nur "ein Teil der Aufgabe". Durch die Zusammenarbeit in ihrem Dienst an den Christen und an der ganzen Gesellschaft kommt das Maß der Verbundenheit in der Lehre zum praktischen und wirksamen Ausdruck. Diese Zusammenarbeit muß mehr und mehr vervollkommnet werden. Sie lehrt unsere Kirchen, einander besser kennenzulernen und höher zu achten und den Weg der Einheit der Christen zu bereiten (8).

^{50.} Vgl. KJ 100, 1973, S. 61f.

^{51.} Luther Verlag, Bielefeld, Butzon & Bercker, Kevelaer 1975, 76 S.

Die zusammenfassenden und den Band abschließenden "Überlegungen zur Kirchengemeinschaft" markieren einen Trend, den Zustimmung und Kritik begleiten werden, wobei auch die unterschiedliche Dignität solcher Lehrgespräche im Kirchengefüge eine Rolle spielen dürfte:

1. Kirche als Communio

Die Kirche ist Gemeinschaft der Gläubigen mit Christus und untereinander. Darum bedeutet Kirche als Communio keine nur unsichtbare Größe, sondern konkrete Gemeinde derer, die ihre Einheit im Glauben und im Leben im lobpreisenden Bekenntnis des Herrn im Gottesdienst zum Ausdruck bringen. Sichtbaren Ausdruck findet diese Gemeinschaft mit Christus und untereinander in der Feier der Eucharistie. Die einzelne Gemeinde ist keine in sich geschlossene Größe. Sie ist offen gegenüber den anderen Gemeinden, mit denen sie in Gemeinschaft steht.

Diese Communio ist mehr als bloße Gesinnungsgemeinschaft, als freundschaftlich brüderliche Zuneigung oder als Aktionsgemeinschaft. Sie setzt das gemeinsame Band der Taufe voraus. Sie schließt die gemeinsame Verkündigung des Evangeliums und das gemeinsame Bekenntnis des Glaubens ein. Für die Evangelische Kirche besteht Kirchengemeinschaft in der Gemeinschaft an Wort und Sakrament. Für die Katholische Kirche ist Inhalt der kirchlichen Gemeinschaft die Gemeinschaft im Glauben, in den Sakramenten, im apostolischen Amt und im kirchlichen Leben, die ihren Ausdruck findet in der Gemeinschaft, in der kirchlichen Ordnung und in der brüderlichen Eintracht des Lebens.

2. Verschiedene Grade der Communio

Die kirchliche Gemeinschaft kennt Stufungen. Sie kann verschiedene Dichte und Intensität haben. Die durch die Taufe grundgelegte Gemeinschaft ist auf die volle und vollkommene Gemeinschaft hingeordnet, zu der auch die eucharistische Gemeinschaft gehört. Der Grad der Kirchengemeinschaft richtet sich nach dem Ausmaß der Übereinstimmung in den Lehrinhalten, welche nach dem jeweiligen Verständnis der Kirchen die Kirche konstituieren.

3. Das derzeitige Verhältnis der Evangelischen Kirche zur Katholischen Kirche

Das sakramentale Band der Taufe verbindet die Evangelische und die Katholische Kirche. Gemeinsam ist beiden Kirchen das Bekenntnis zu Jesus Christus als Gott und Heiland und einzigem Mittler zwischen Gott und den Menschen zur Ehre des einen Gottes, des Vaters, des Sohnes und des Heiligen Geistes. Gemeinsam ist die Bejahung der Autorität der Heiligen Schrift. Beiden Kirchen geht es um die lebendige Gemeinschaft mit Christus, wenn sie in der Abendmahls- bzw. Eucharistiefeier des Todes und der Auferstehung des Herrn gedenken.

Die vorstehenden Untersuchungen zum Verständnis von Schrift und Tradition, Glaube und Werk, zum Verständnis der Kirche, des Sakramentes und des Amtes sowie zum Vollzug der Frömmigkeit und des christlichen Lebens haben ergeben, daß von gemeinsam bejahten Ausgangspunkten her die Lehrausprägungen je verschieden sind. Dies führt zu tiefgreifenden Unterschieden und schmerzlicher Trennung. Aber selbst diese Verschiedenheiten geben Anlaß zu fruchtbaren Kontroversen und enthalten jeweils berechtigte, gegenseitig förderliche Fragen aneinander. Dementsprechend ist neu zu prüfen, welches Gewicht den vorhandenen Lehrunterschieden für die Kirchengemeinschaft zukommt und wie die eigentümliche Gesprächssituation, in welcher sich unsere Kirchen zur Zeit befinden, im Blick auf den Fortgang zu vertiefter Begegnung, zunehmender Annäherung und wachsender Kirchengemeinschaft zu werten ist.

4. Der derzeitige Stand des Lehrgesprächs

a) Unser Gespräch hat ergeben, daß in früher kontroversen Lehrpunkten ein erhebliches Maß an Übereinstimmung erreicht ist. Das gilt insbesondere für die Lehre von der Rechtfertigung des Sünders. Von ihr meinen wir feststellen zu dürfen, daß sie keine kirchentrennende Bedeutung mehr hat, so gewiß eine verschiedene Akzentuierung weiterhin vorhanden ist. Das gilt gleicherweise für die Bedeutung, die der Heiligen Schrift und der Verkündigung des Wortes Gottes für Glauben und Leben zugemessen wird.

b) Lehrunterschiede von größerem Gewicht zeigen sich weiterhin in der Lehre von der Kirche, dem kirchlichen Amt und den Sakramenten. Besonders herausgefordert sieht sich die Evangelische Kirche durch die Lehre von der apostolischen Sukzession des kirchlichen Amtes, vom Weihepriestertum, vom Papsttum und von der Stellung Mariens im Heilswerk. Besonders herausgefordert sieht sich die Katholische Kirche durch die Vereinigung der

sakramentalen Realität des Amtes und der Kirche insgesamt.

c) Wenngleich die Unterschiede in der Lehre von der Kirche, dem kirchlichen Amt und den Sakramenten von besonderer Bedeutung für die Kirchengemeinschaft sind, ist doch schon jetzt ein bestimmtes Maß von Kirchengemeinschaft möglich und gegeben. Sie ist begründet in den Lehren, die auf der Grundlage der altkirchlichen Bekenntnisse unter uns nicht strittig sind, in den in der Kontroverstheologie behandelten Lehraussagen, denen eine kirchentrennende Bedeutung nicht mehr zuerkannt werden kann, sowie auch in den teilweise vorhandenen Übereinstimmungen, die sich selbst in den strittigen Lehrfragen finden.

d) Darum ist aus gemeinchristlicher Verantwortung gemeinsames Handeln in Zeugnis und Dienst möglich und geboten. Das bedeutet zugleich auch wieder einen Schritt auf dem Wege zu vertiefter kirchlicher Gemeinschaft. Denn der gemeinsam begangene Weg und der gemeinsame Vollzug in Zeugnis und Dienst führt zu vertiefter Einsicht und Erfahrung übereinander und miteinander. Darum sollten alle Möglichkeiten zum gemeinsamen Hören des Evangeliums und gemeinsamen Gebet gefördert werden. Das kann geschehen im gemeinsamen Wortgottesdiensten, Bibelstunden, Bibelwochen, Hausbibelkreisen und in anderen gemeinsamen Veranstaltungen (Wege der Kirchen zueinander V, 2 und 3).

5. Kirchengemeinschaft und eucharistische Gemeinschaft

Beide Kirchen gehen davon aus, daß Kirchengemeinschaft und Abendmahlsgemeinschaft einander bedingen. Die eucharistische Gemeinschaft als ein Element der vollen kirchlichen Gemeinschaft ist nicht unabhängig von deren übrigen Elementen zu sehen. Wo die übrigen Elemente der kirchlichen Gemeinschaft fehlen, kann auch keine eucharistische Gemeinschaft bestehen. Es ist jedoch zu fragen, ob alle Elemente in voller Ausprägung und höchster Dichte gegeben sein müssen, damit die volle eucharistische Gemeinschaft verwirklicht werden kann. Wie die Kirchengemeinschaft, so kennt auch die eucharistische Gemeinschaft Stufungen.

Es beschwert uns, daß beim gegenwärtigen Stand der Kirchengemeinschaft volle eucharistische Gemeinschaft noch nicht möglich ist. Wir sind der Meinung, daß die Wahrhaftigkeit des Glaubens gebietet, die derzeitige bedrängende Situation von gleichzeitiger Lehrübereinstimmung und Lehrverschiedenheit auszuhalten und weder in der einen noch in der anderen Richtung vorschnell zu einseitiger Entscheidung zu bringen. Geduld und Hoffnung tut not. Indem wir glauben, daß der Herr Christus selbst in unseren Kirchen gegenwärtig und am Werke ist und selbst das Werk der Einigung in der Wahrheit unter uns betreibt, erbitten wir von ihm die Erleuchtung des Heiligen Geistes für den gebotenen Schritt.

Wo die Wahrhaftigkeit des Glaubens den Kirchen als ganzen die volle eucharistische Gemeinschaft verwehrt, ist sowohl die Evangelische Kirche wie auch die Katholische Kirche der Auffassung, daß um der Seelsorge willen bei besonderen Notlagen in einzelnen Fällen die Zulassung zum Abendmahl bzw. zur Eucharistie einzelnen Gliedern der jeweils anderen Kirche nicht versagt bleiben solle. Dies regelt sich nach den Ordnungen der Kirchen.

(2) Mit den Evangelikalen: Nach dem ersten Gespräch der Arbeitsgemeinschaft christlicher Kirchen im Herbst 1974 mit den "Evangelikalen" sagte Johannes Joachim Degenhardt, Erzbischof von Paderborn und Vorsitzender der Ökumenischen Kommission der Deutschen Bischofskonferenz, in seiner Rede zur ökumenischen Lage auf dem XX. Evangelisch-Katholischen Publizistentreffen im April 1975:

... Die Evangelikalen stellen eine Anfrage an alle Konfessionen, auch an die katholische Kirche, wenngleich das Problem uns nicht so unmittelbar angeht wie die Evangelischen Landeskirchen.

Die katholische Kirche kann sich im ökumenischen Dialog die Gesprächspartner nicht einseitig aussuchen. Falls die Evangelikalen einen Dialog mit den Katholiken wünschen, kann es zu einem offenen und ehrlichen Dialog kommen, wobei die Gemeinsamkeiten, etwa das Ernstnehmen der Mysterien des Glaubens, der Aussagen der Heiligen Schrift, der Heilstaten Gottes, der Gottes-Sohnschaft Jesu Christi bekräftigt werden können. Andererseits wird die katholische Seite auch eine gewisse soteriologische Engführung und die Bedeutung von Kirche und kirchlichem Lehramt zum Ausdruck bringen müssen. Offizielle Gespräche wird die katholische Kirche in der Bundesrepublik jedoch nur mit den offiziellen Vertretern der evangelischen Kirchen führen 52.

Der Theologische Konvent der Konferenz Bekennender Gemeinschaften hat zu ihrer "Berliner Ökumene Erklärung" vom 23.5.74 im Mai 1975 einen Dokumentationsband ⁵³ vorgelegt und ihn sowohl beim LWB als beim Einheitssekretariat anläßlich einer persönlichen Audienz der Autoren Prof. Dr. Beyerhaus und Prof. Dr. Ulrich Wickert bei Kardinal Willebrands vorlegen lassen. Der Konvent prangerte an, daß die auf die Religionen und Ideologien ausgedehnten ökumenischen Dialoge sowie die Aktionen zur Bekämpfung des Rassismus aus der biblischen Erlösung des Sünders ein politisches Befreiungsprogramm und aus der Gemeinde Jesu die Welteinheitsgemeinschaft aus allen Rassen, Religionen und Ideologien zu machen versuchten.

Beyerhaus formulierte idea gegenüber:

"... wir befürchten, daß ein liberal bzw. sozialistisch gesonnener Flügel der römisch-katholischen Kirche sich vereinigen wird mit dem Weltrat der Kirchen und möglicherweise auch mit staatlichen Organen, so daß es zu einer weltweiten Machtzusammenballung kommen könnte. Auf der anderen Seite sehen wir aber auch in der römisch-katholischen Kirche solche Kräfte tätig, die diese Gefahren erkennen ... Es ging uns ... darum, darauf hinzuweisen, daß es im Grunde zwei sehr verschiedene Möglichkeiten des künftigen Ökumenismus gibt, und ich wollte durch meinen Besuch im Vatikan Informationen für eine verantwortliche Entscheidung Roms in der Ökumenefrage geben." ⁵⁴

Beim ersten Lehrgespräch mit Vertretern des Theologischen Konvents betonte Dr. Rudolf Graber, Bischof von Regensburg, Ende 1974 Nicäa aktualisierend die "volle Gottheit Jesu" gegen die Behauptung, er sei nur "der Mensch für andere". Man kam zu dem Schluß, "daß unbeschadet weiterbestehender Lehr-

^{52.} KNAÖI 19 und 20/21 von 7. und 14.5.75

^{53.} W. Künneth/P. Beyerhaus (Hg.): Reich Gottes oder Weltgemeinschaft? Die Berliner Ökumene Erklärung – zur utopischen Vision des Weltkirchenrates; Liebenzeller Mission 1975.

^{54.} idea 20/75 vom 20.5.75, S. V.

gegensätze der Glaube an die Gottheit Christi heute alle bibeltreuen Christen

zu gemeinsamem Bekennen aufrufe".55

Der Plan, im Zusammenhang mit dem Nicäa-Jubiläum die Lehrgespräche zwischen dem Rechtskatholizismus und der Konferenz Bekennender Gemeinschaften zu führen, hat aber keine Fortsetzung gefunden, zumal katholische Traditionsgruppen sich im Gegensatz zu den evangelikalen nicht zusammengeschlossen haben. Die Bekenntnisbewegung für Papst und Kirche z.B. distanziert sich von der Agitationsart eines Erzbischof Lefèbvre. Der Versuch, die ökumenische Bewegung von daher "auf neue Wege zu bringen, wurde vom deutschen Episkopat bisher kaum registriert" meint idea 56. Möglicherweise war man auf evangelikaler Seite auch darauf aufmerksam geworden, daß bis August in verhältnismäßig kurzer Zeit fünf evangelisch-lutherische Pfarrer katholisch geworden sind und von der Diözese Regensburg aufgenommen wurden.

3. GEMEINSAME SYNODE DER BISTÜMER

Die Gemeinsame Synode der Bistümer in der Bundesrepublik Deutschland schloß ihre fünfjährige Arbeit im November 1975 ab ⁵⁷. Sie hat 18 Beschlüsse verabschiedet und sechs Arbeitspapiere zur Veröffentlichung freigegeben.

a) Kurze Würdigung

Der Synode wird man nicht gerecht, wenn man sie nur als katholisches Unternehmen betrachtet. Sie selbst beruft sich auf ihre ökumenische Struktur und Zielsetzung. Ihre Ergebnisse betreffen den Protestantismus mittelbar und unmittelbar. Die Synode wollte das II. Vatikanische Konzil eindeutschen, Verbindungsglied zwischen der Kurie, den Diözesen und den Pfarrgemeinden sein, die mit dem Konzil und danach aufgebrochenen pluralen und zentrifugal wirkenden Kräfte wieder in die katholische Einheit integrieren. Dazu waren ihre Fragestellungen soweit als möglich aufzunehmen, zu beantworten oder vorsichtig offenzuhalten. Als Ergebnis läßt sich eine klare Ausrichtung für das Gespräch mit den anderen Kirchen und der Gesellschaft feststellen.

Der Protestantismus wird sich in den kommenden Jahren mit den Dokumenten der Synode im einzelnen befassen müssen.

b) Stellungnahme der EKD

Eine erste Stellungnahme hat die EKD zum Ökumene-Beschluß der Synode auf deren letzter Vollversammlung abgegeben:

^{55.} idea 4/75 vom 27.1.75, S. 2.

^{56.} idea 35/75 vom 11.8.75, S. 1.

^{57.} Vgl. KJ 101, 1974, S. 251ff.

STELLUNGNAHME DER EVANGELISCHEN KIRCHE IN DEUTSCHLAND

zum Beschluß der Gemeinsamen Synode der Bistümer in der Bundesrepublik Deutschland Pastorale Zusammenarbeit der Kirchen im Dienst an der christlichen Einheit'58,

Die Gemeinsame Synode der Bistümer in der Bundesrepublik Deutschland hat der ökumenischen Besinnung den Rang einer 'durchlaufenden Perspektive' zuerkannt. Das erweisen ihre Beratungen und Dokumente, insbesondere ihr Beschluß 'Pastorale Zusammenarbeit der Kirchen im Dienst an der christlichen Einheit', mit dem sie die erste umfassende Ökumene-Erklärung einer Kirche in Deutschland vorgelegt hat. Damit hat die Gemeinsame Synode den anderen Kirchen einen wichtigen Dienst erwiesen.

Die Evangelische Kirche in Deutschland bejaht, daß auch sie – wie die katholische Kirche – "immer wieder der Umkehr, der Buße und der dauernden Reform bedarf" (2.32). Die Spaltungen in der Christenheit zwingen alle Kirchen dazu, über die in Jesus Christus gegebene Gemeinschaft der Christen nachzudenken und die Einheit der Kirche sichtbar zu machen. Angesichts dieser vorgegebenen Einheit, die in der einen Taufe Ausdruck findet, sind die gewichtigen Unterschiede in Lehre und Leben daraufhin zu überprüfen, ob

und warum sie noch kirchentrennend wirken.

Die Evangelische Kirche in Deutschland hält es für eine wichtige Aufgabe, die in den mancherlei Gaben des Heiligen Geistes begründete Vielfalt zu bejahen, Werte, die von anderen bewahrt worden sind, als solche zu erkennen und für sich selbst zu gewinnen, Eigenheiten auf ihre Berechtigung hin zu prüfen, Mißverständnisse zu überwinden und bestehende Gegensätze weder zu übersteigern noch zu nivellieren. Darum sollten "Christen verschiedener Konfessionen so übereinander sprechen, daß jederzeit die Partner zuhören können, ohne sich und ihre Sache verzerrt oder entstellt zu finden" (5.22).

Die Gemeinsame Synode gibt in Nr. 9.1 'Anregungen zur Förderung der Zusammenarbeit der Kirchen'. Die Evangelische Kirche in Deutschland nimmt die in diesen Anregungen enthaltenen Angebote dankbar an. Sie empfiehlt ihren Gliedkirchen und Gemeinden, eine entsprechende ökumenische Zusammenarbeit fortzusetzen und solche Zusammenarbeit dort zu beginnen, wo sie bislang noch nicht besteht. Dabei geben neben den Voten in Nr. 9.1 die in Teil II enthaltenen 'Pastoralen Anregungen' und weitere Dokumente der Gemeinsamen Synode wichtige Impulse. — Besonders angesprochen seien in diesem Zusammenhang die Ehen konfessionsverschiedener Partner. Auch den evangelischen Kirchen liegt daran, daß die seit dem Motuproprio 'Matrimonia mixta' Papst Pauls VI. von 1970 erreichte Verständigung zunehmend bessere Ausdrucksformen findet und sich auch in rechtlichen Bestimmungen niederschlägt.

Darüber hinaus hält die Evangelische Kirche in Deutschland das theologische Gespräch, die pastorale Zusammenarbeit auf weiteren Gebieten und die gemeinsame Mitverantwortung für die Probleme und Nöte der Welt für unerläßlich. Das Erreichen dieses Ziels wird gefördert durch die bestehende Zusammenarbeit in der "Arbeitsgemeinschaft Christlicher Kirchen in der Bundesrepublik Deutschland und Berlin (West)' und den regionalen Arbeitsgemeinschaften christlicher Kirchen (9.33). Ebenso begrüßt die Evangelische Kirche in Deutschland die von der Synode angesprochene Überprüfung "weiterer Möglichkeiten von Kontakten der katholischen Kirche in den europäischen Ländern zur Konferenz Europäischer Kirchen" (9.34) sowie "den Wunsch, daß die Zusammenarbeit zwischen dem Ökumenischen Rat der Kirchen und der katholischen Kirche weitere Fortschritte machen und zu einer verantwortbaren und wirksamen Form der Mitgliedschaft der katholischen Kirche im Ökumenischen Rat der Kirchen führen möge" (9.35).

Die Evangelische Kirche in Deutschland hat die Zuversicht, daß durch diese ökumenische Zusammenarbeit immer deutlicher wird: Alle Kirchen leben aus derselben Hoffnung und stehen unter demselben Auftrag "gemäß der Schrift Jesus Christus, wahren Gott und wahren Menschen, als einzigen Mittler des Heils zur Ehre Gottes, des Vaters und des Sohnes und des Heiligen Geistes zu bekennen" (3.21). Solche neu erkannte, lebendige grundlegende

^{58.} Vgl. MDKI 26, 1975, S. 107; Text in: Dieter Emeis/Burkard Sauermost (Hg.): Synode – Ende oder Anfang, Düsseldorf 1976, S. 410ff.

Einheit hilft den Kirchen zu einem wirksameren, gemeinsamen Dienst an der Welt und zu größerer Freude im Glauben.

4. ZUSAMMENARBEIT VOR ORT

Dieser Ausschnitt kann das Mosaik von Begegnungen, Aktionen, Gesprächen auf der Ebene der Landeskirchen und Diözesen, der regionalen Arbeitsgemeinschaften, der Gemeinden, der Werke und Verbände sowie einzelner Gruppen und Kreise nicht annähernd wiedergeben.

Es gibt auch Gemeinden beider Großkirchen, die praktisch keine Begegnung und also auch keine Zusammenarbeit mit ihren anderskonfessionellen Nachbargemeinden kennen und — aus vielerlei Gründen — auch nicht anstreben. Andere dagegen tun, was sie können, um aus konfessioneller Isolierung herauszukommen. Gemeinsame Kindergartenarbeit, Altenbetreuung und andere Sozialarbeit — auch für Entwicklungsländer — sind ebenso Beispiele dafür wie der vereinzelte Bau gemeinsamer Gemeindezentren. Ferner finden sich Gruppen aus Katholiken und Protestanten, die über karitatives Tun und Bibelarbeit so zusammengewachsen sind, daß sie ohne Rücksicht auf amtliches Verbot und scheele Blicke aus der Gemeinde eucharistische Gemeinschaft pflegen. — Das Verhältnis der Gemeinden zueinander hängt sehr von dem der Pfarrer zueinander ab.

a) Einheitssekretariat (Dokumentation)

Anfang Juli 1975 veröffentlichte das römische Einheitssekretariat eine Dokumentation über "die ökumenische Zusammenarbeit auf regionaler, nationaler und örtlicher Ebene".

Die meisten "Informationen" und "Orientierungen" entsprechen in Deutschland längst der Wirklichkeit. Zur Betonung der ökumenischen Authenzität sagt das Konfessionskundliche Institut des Evangelischen Bundes⁵⁹:

... Neben wiederholten Mahnungen, sich an die dogmatischen Normen der römisch-katholischen Kirche zu halten und sich vor Indifferentismus zu hüten, zieht sich wie ein roter Faden durch das römische Ökumene-Dokument der Hinweis, nur das sei "in authentischer Weise ökumenisch", was Katholiken in Gemeinschaft mit ihrem Bischof tun. Die "Ortskirche" ist ja katholischerseits stets die Diözese, nicht etwa die "Pfarrgemeinde" oder gar eine spontan gebildete "Basisgemeinde". Die "informellen Gruppen" in der Kirche werden aufgefordert, ihre Ideen in einem Gedankenaustausch mit der Hierarchie "einzubringen". Aber: "Die letzte Entscheidung für Annehmbarkeit und Opportunität aller Formen der örtlichen ökumenischen Aktivität liegt immer in der Verantwortung der regionalen und nationalen Bischofskonferenz. Diese sollten jeweils in Übereinstimmung mit dem verantwortlichen Dikasterium des Heiligen Stuhles vorgehen, nämlich mit dem Sekretariat für die Einheit der Christen." Durch die Regelung dieser Zuständigkeiten sucht die römischkatholische Kirche "ökumenischen Wildwuchs" aufzufangen wie mögliche ökumenische Alleingänge eines einzelnen Bischofs zu verhindern.

Aufgrund dieser Hierarchie der Zuständigkeiten ist klar, daß interkonfessionelle Gremien

^{59.} MDKI 26, 1975, S. 61; Reinhard Frieling, "Authentisch ökumenisch".

und ökumenische Studienergebnisse nie verbindlichen Charakter haben können. Das gilt freilich meistens auch bei der Ökumene der nicht-römisch-katholischen Kirchen. Doch ist es im evangelisch-katholischen Dialog gut, sich bisweilen daran zu erinnern, daß nicht einzelne prominente katholische Theologen, selbst wenn sie von der Hierarchie delegiert wurden, die römisch-katholische Kirche repräsentieren, sondern in authentischer Weise eben nur die Bischöfe in Gemeinschaft mit dem Papst. ...

... die zuständigen Instanzen (sollten) gedrängt werden, endlich einmal verbindlich zu sagen, was sie sich konkret unter "Vervollkommnung und Vollendung" der Einheit vorstellen ... wie die römisch-katholische Kirche etwa das Modell der "konziliaren Gemeinschaft" theologisch beurteilt ... Das Ökumene-Dokument der Würzburger Synode enthält

... wenigstens ein paar theologische Aussagen ..."

b) Erzbischof Degenhardt zur ökumenischen Lage

Die wirkliche Lage in der Bundesrepublik Deutschland schildert Dr. Johannes Joachim Degenhardt, Erzbischof von Paderborn und Vorsitzender der Ökumenischen Kommission der Deutschen Bischofskonferenz auf dem XX. Evangelisch-Katholischen Publizistentreffen (28.–30.4.75 im Ludwig-Windthorst-Haus des Bistums Osnabrück). Er markiert zugleich den ökumenischen Standort seiner Kirche dieser Lage wie dem Lehramt gemäß ⁶⁰.

"... Die Veränderungen der katholischen Kirche nach innen und außen im Verlauf des Rezeptionsprozesses des II. Vatikanischen Konzils haben eine neue Gemeinschaft mit allen, die den Namen Christi bekennen, geschaffen. Im geistlichen Tun, im theologischen Dialog und gemeinsamen Zeugnis vor der Welt hat das Volk Gottes Positionen erreicht, hinter die es kein Zurück mehr gibt ..."

(Dann schildert er den ökumenischen Zustand: Das Gros der Gemeinden sei eher konservativ und halte sich zurück; die Aktivitäten gehen von Pfarrern und Kreisen aus; sind aber mehr an der Orthopraxis als an der Orthodoxie orientiert. Autoritätskrise, Säkularismus und Mißtrauen gegen die Institutionen wirkten sich auch dort aus, Dennoch seien regionale Pfarrer- und Priestertreffen, gemeinsame Kirchen- und Pfarrgemeinderatssitzungen, Weltgebetstage, Bibelwochen, Absprachen in diakonisch-caritativen und sozialen Bereichen sowie gegenseitige Hilfe weithin üblich und weiterhin nötig.)

Eine praktische Zusammenarbeit genüge aber nicht, "sondern notwendig ist eine möglichst breite Übereinstimmung in den Aussagen des Glaubens und eine Vertiefung durch theologische Gespräche ... Ein Ausklammern strittiger Fragen (z.B. die heilsmittlerische Mitwirkung der Kirche; Petrusamt; Mariologie u.a.) bedeutet keinen Fortschritt der ökumenischen Annäherung, sondern wird zwangsläufig zu Enttäuschungen führen müssen ... Der Stellenwert der Übereinstimmung im Glaubensbekenntnis sollte geklärt werden, vor allem muß die Rezeption der Ergebnisse durch die jeweiligen Kirchenleitungen erstrebt werden

und wirklich erfolgen."

5. In die ökumenische Diskussion der letzten Jahre sind einige Bereiche bisher kaum einbezogen worden. Es wäre zweckmäßig, das zweite Gebiet der philosophischen Anthropologie, insbesondere des Menschen- und Gesellschaftsverständnisses, der christlichen Gesellschaftslehre, der katholischen Sozialverkündigung und der katholischen Soziallehre, des Naturrechts, der Schöpfungsordnung und der Fragen der Analogie zu behandeln. Gerade in der heutigen gesellschaftspolitischen Auseinandersetzung mit den Kräften des Marxismus und des Liberalismus dürfte es wünschenswert sein, daß die eucharistischen Konfessionen eine gemeinsame Position beziehen.

6. Notwendig ist eine Klärung der Vorstellungen von der anzustrebenden Einheit der Kirche. Auch wenn heute noch eine allgemein gültige und verbindende Einheitsvorstellung

^{60.} KNAÖI 19 und 20/21, von 7. und 14.5.75.

über die Kirche der Zukunft fehlt, so sollten zwischen den Konfessionen doch sowohl konkrete Nahziele wie auch das Fernziel deutlich formuliert werden. Was heißt "Kirchengemeinschaft" (vgl. Leuenberger Konkordie)? Was bedeutet Communio? Was ist kirchentrennend und was nicht? Unter welchen Voraussetzungen ist eine korporative Wiedervereinigung denkbar? Organisatorische Einheit genügt sicherlich keineswegs. Welches Maß an Einheit hat Christus der Herr seiner Kirche mitgegeben?

Unterhalb der offiziellen Gremien und Kontakte bedarf es eines intensiven Austausches zwischen den Gemeinden und Pfarreien. Dadurch werden jene Schritte vorbereitet, die auf dem Weg zur Einheit unabdingbar sind. In dem Maße, wie sie sich auf das gemeinsame Leben und die Übereinstimmung im Glauben konzentrieren, werden diese Bemühungen über die Gemeinden hinausgreifen. Grundlage für ein weiteres Voranschreiten kann nur die Wahrheit sein, die vor dem Evangelium und vor der Welt bestehen kann. Alle anderen Gründe, etwa die Sicherung kirchlicher Machtverhältnisse, statistische Proporze, dürfen keine Legitimation mehr besitzen.

So notwendig die Kontakte zwischen einzelnen Kirchen und kirchlichen Gemeinschaften sind, die ökumenische Arbeit muß eingebettet sein in einen Gesamtrahmen, der alle Kirchen und kirchlichen Gemeinschaften umfaßt. In Deutschland ist von besonderer Wichtigkeit, daß die Gesichtspunkte der Ostkirchen eingebracht und bedacht werden. ...

c) Grußwort von Erzbischof Dr. Schäufele auf der vierten Tagung der fünften Synode der EKD in Freiburg i.Br. (2.11.-7.11.75)

Nachdem die EKD auf der Würzburger Synode durch zwei offizielle Beobachter, Bischof Dr. Hans Heinrich Harms, Oldenburg und Oberkirchenrat Wilhelm Gundert von der Kirchenkanzlei vertreten war, hat erstmals ein katholischer Erzbischof die Synode der EKD besucht. Solche wechselseitigen Besuche – auf der landeskirchlichen Ebene schon geraume Zeit praktiziert – bedeuten keine Anerkennung der anderen Kirche im rechtlichen Sinne, bezeichnen aber doch eine Bewußtseinsveränderung im Konfessionsverständnis der Kirchen.

Erzbischof Dr. Schäufele sagte unter anderem⁶¹:

Im Namen der Deutschen Bischofskonferenz und im persönlichen Auftrag ihres Vorsitzenden, des Herrn Cardinals Julius Döpfner, begrüße ich Sie, sehr verehrte Synodale, recht herzlich. Ich wünsche Ihnen mit einem Wort des Apostels Paulus aus dem Brief an die Kolosser: "... daß ihr in aller Weisheit und Einsicht, die der Geist schenkt, seinen Willen ganz erkennt" (Kol. 1,9).

Das Hauptthema Ihrer Tagung heißt: "Kirche zwischen Auftrag und Erwartungen." Mit Gewinn habe ich diese Vorlage gelesen. Darin werden Feststellungen vermerkt und Aufgaben angesprochen, die auch der Kath. Kirche in Deutschland nicht fremd sind.

Überschriften wie "Die Überlieferung aktualisieren", "Sich um den einzelnen bemühen", "Vielfältige Kommunikationsformen entwickeln" u.a. sind Aufgaben auch für eine lebendige Seelsorge in unserer Kirche. ... Jede Gemeinde muß Mitarbeiter haben, die schon einen Blick dafür gewonnen haben, wie unsere Gesellschaft geändert werden muß, damit wirklich "Reich Gottes" daraus werde.

Wie sieht heute eine ökumenische Ortsbestimmung aus? Zehn Jahre nach der Verabschiedung des Ökumenismus-Dekrets des II. Vat. Konzils ist für das Empfinden vieler der ökumenische Frühling vorüber; man spürt keine vorwärtsweisende Dynamik mehr. Die Ampeln des Ökumenismus sind auf gelb geschaltet. Für viele Christen, quer durch die Kirchen und Konfessionen, ist diese Lage nur eine Bestätigung für die Unfähigkeit der etablierten und

^{61.} Bericht über die vierte Tagung der fünften Synode der EKD vom 2. bis 7.11.1975 in Freiburg i.Br., Hannover 1976, S. 27ff.

institutionalisierten Kirchen, das ewige Rotieren um die eigene Achse und die ständige Selbsterhaltungstendenz zugunsten einer wirklichen Öffnung zueinander und gemeinsam

zur Welt aufzugeben.

Ist es wirklich so? Darauf antwortet in einem Beitrag "Stillstand auf dem Weg zur einen Kirche?" in der "Internationale kath. Zeitschrift Communio" (4/75, S. 290) der Freiburger Dogmatiker und Ökumeniker Prof. Karl Lehmann: "Enttäuschungen und rückläufige Tendenzen wird man sicher nicht leugnen können. Dennoch wäre es fatal, wenn diese resignierte Grundstimmung ... dazu beitragen würde, das immer noch brennende ökumenische Feuer löschen zu helfen ... Das Erbe der ökumenischen Bewegung und des II. Vat. Konzils setzt sich – zumal auf Gemeindeebene – durch ... Freilich, es sind oft kleine Schritte. Aber sind es nicht jeweils Ziele, die vor wenigen Jahren noch unerreichbar schienen?"

Cardinal Mercier, Erzbischof von Mecheln, und Lord Halifax — man könnte sie die ersten Ökumeniker nennen — begründeten die "Mechelner Gespräche", die Zusammenkünfte von Anglikanern und Katholiken zu dem Ziel, Vorurteile zu zerstreuen, Mißverständnisse zu korrigieren und Hindernisse zur Einigung zu beseitigen. Und Mercier sagte: "Die Einheit wird uns nur als Geschenk des Heiligen Geistes zuteil, wir aber können Voraussetzungen schaffen." Dabei dürfen wir uns — so meine ich — nicht damit zufrieden geben mit einer geistlichen, aber rein empirischen Annäherung, die nur auf praktische Ziele gerichtet ist und vom eindeutigen, unverzichtbaren und gemeinschaftlich gelebten Glauben absieht.

Darin wissen wir uns einig: die Wiederherstellung der universalen Einheit der Christen ist eines der ernstesten und drängendsten Probleme, zugleich eines der schwierigsten – wegen der geschichtlichen Hindernisse, die wir Jahrhunderte hindurch ererbt haben, sowie wegen der pluralistischen und säkularisierten Denkweise, die unserer Zeit eigen ist.

Es bleibt unsere Aufgabe, dieses Anliegen zu sehen, anzusprechen und zu bedenken. Die Geschichte des Evangeliums und der Welt stehen da auf dem Spiel. Es stellt die Festigkeit unseres Glaubens, die Größe unserer Liebe und das Bewußtsein unserer Zugehörigkeit zur Kirche Jesu Christi auf die Probe. Wir müssen dieses Anliegen, dieses Problem als die geistliche und geschichtliche Berufung erkennen, die über allen wechselhaften Ereignissen unserer Zeit liegt. Als Christen sind wir alle geschichtliche Personen – und wehe uns und der Welt, wenn wir es vergessen würden!

d) Nizäa-Jubiläum in Berlin

Kardinal Dr. Alfred Bengsch, Erzbischof der Diözese Berlin, hielt zum 1650. Jahrestag des Konzils von Nizäa am 21.9.1975 in der evangelischen Christuskirche zu Berlin eine vielbeachtete Predigt, in der er die anwesenden Christen aller Konfessionen auf die unaufgebbare Substanz des christlichen Glaubens ansprach und alle modernistischen Umdeutungen als arianisch abwies 62:

... Die Verkündigung des Evangeliums von Jesus Christus und die Bewahrung des Glaubens, des Glaubens als die volle, unverkürzte Antwort des Menschen, braucht das Dogma ...

Die Abgrenzung, die Definition, die in der Glaubensformel geschieht, kommt nicht aus der Anmaßung, den unendlichen Gott und sein Geheimnis einzufangen in unsere Vorstellungen. Das genau war der Versuch des Arius, die Einordnung des Evangeliums in das griechische Denken. Die Abgrenzung geschieht, damit das Geheimnis des Heils bewahrt wird, gegen Umdeutung, Verwässerung, Entleerung ...

Indem das Dogma das Geheimnis Gottes schützt, bewahrt es auch das Geheimnis der

Erlösung, also das Heil des Menschen ...

In Entmythologisierung, Entsakralisierung, Enttabuisierung, in Entwicklung, Fortschritt, Befreiung – so berechtigte Ansätze und Fragen darin sind – bewegen wir uns in einem

^{62.} KNA-Dokumentation 34, 8.10.75.

Raum, der immer mehr gegen die Heilssendung des Sohnes Gottes aus der Ewigkeit und für die Ewigkeit verschlossen ist.

e) Orthodoxe Kirche in der BRD

Das von Degenhardt und der Synode der EKD angesprochene Verhältnis zu den Ostkirchen gewinnt im Blick auf die griechisch-orthodoxe Metropolie in der BRD — vom ökumenischen Patriarchat 1963 eingerichtet — zunehmend an Bedeutung. Dr. Augostinos Lambardakis macht auf "Sorgen und Probleme seiner "Gastarbeiter-Kirche" aufmerksam"63:

(nach historischen und statistischen Hinweisen – ca. 400000 orthodoxe Griechen einschließlich Familien gehören zur Metropolie, die erst seit Ende 1974 Körperschaft öffentlichen Rechts ist, keine Steuern erhebt, sondern von den Spenden ihrer Gläubigen lebt, keine Kirchen und Gotteshäuser besitzt, sondern überall auf Gastrecht angewiesen ist.)

"Bei aller Hilfsbereitschaft und Unterstützung von seiten der christlichen Kirchen hier in Deutschland wird es uns doch immer deutlicher, daß eine gute und wirkungsvolle Unterstützung nicht als bloße Hilfsarbeit von der fremden Kirche an den Griechen geübt werden sollte, sondern daß Griechen und Deutsche zur Kooperation, zur gemeinsamen partnerschaftlichen Betreuungsarbeit kommen müssen. Bisher ist es weithin noch immer so, daß Gastarbeiter und Gastarbeiterkirche von den westlichen Kirchen als Betreuungsobjekt angesehen werden. Und diese Tatsache ist wohl in erster Linie zurückzuführen auf den Irrtum der westlichen Christen, die orthodoxe Kirche sei eine Kirche der Liturgie und des Gebets, der eine soziale Tätigkeit und eine Beschäftigung mit den Angelegenheiten dieser Welt völlig fernliegt.

Das ist nun allerdings nicht so und ist auch nie so gewesen, vielmehr sind in das orthodoxe liturgische Leben Verkündigung, Seelsorge, kirchliche Lebensordnung, kirchliche Erziehung und auch die soziale Hilfe eingeschlossen und untrennbar mit ihm verbunden."

(Die Problematik wirklicher Begegnung sei sehr vielschichtig: die westliche Säkularisierung, die Tatsache, daß die Orthodoxen keine Aufklärung erlebt haben, der Atheismus, die Sekten, die Emanzipation der Frau, das Generationen- und das Sprachenproblem sind Stichworte für das wechselseitige Fremdheitsgefühl.)

"Wir müssen zu einer Zusammenarbeit kommen, die nicht nur in praktischen Erfordernissen ihren Grund hat und sieht, sondern zu einer Zusammenarbeit, die die wesentlichen Dinge betrifft und die einem echten, tiefgehenden Dialog zwischen den Kirchen entspricht, einem Dialog der Liebe, der die Wahrheitsfrage selbstverständlich einschließt. Und in solchem Dialog hat die orthodoxe Kirche sicherlich etwas anzubieten aus dem reichen Schatz ihrer Theologie und Frömmigkeit …

Die griechisch-orthodoxe Kirche hat nicht die Absicht, in Deutschland zu missionieren oder Proselyten zu machen wie etwa der Islam. Umgekehrt erwarten wir allerdings auch von den hiesigen Kirchen, daß sie nicht aus unseren Gemeinden Gläubige abwerben, die möglicherweise in der fremden Umwelt hilflos und verwirrt nach jeder Hand greifen, die sich ihnen entgegenstreckt."

Hier wird für die deutschen Verhältnisse angemahnt, was die Konsultation des Lutherischen Weltbundes (LWB) im Elsaß März 1974 empfohlen hatte: regionale Gespräche zwischen orthodoxen und lutherischen Kirchen als notwendiges Element der Verwirklichung des lutherisch/orthodoxen Gesamtdialogs zu sehen und "in der Begegnung mit orthodoxen Kirchen die geistliche Bereicherung, die Spiritualität und das Gebet zu beachten"⁶⁴.

^{63.} KNAÖI 12, von 19.3.75, S. 5ff. 64. Ebd. S. 4.

Zusammenarbeit vor Ort geschieht regelmäßig auch auf dem Kirchentag. Während der "Gemeindetag unter dem Wort" (Stuttgart, 29.5.75) dem evangelisch/katholischen Gespräch keinen Raum gab, fand auf dem 16. Deutschen Evangelischen Kirchentag (Frankfurt 11.—15.6.75) zwischen Professor Dr. Hans Küng (Tübingen) und Dr. Heinz Zahrnt (Hamburg) ein theologischer Dialog statt 65. Er fand ungeahnten Zulauf und starken Beifall, vor allem als Zahrnt die Abendmahlsgemeinschaft als Funktion auf dem Wege zur Einheit betonte und Küng hierzu — die Kirchenleitungen als "unheilige Ökumene auf den oberen Rängen" attackierend — die Begründung aus dem Memorandum der Arbeitsgemeinschaft ökumenischer Universitätsinstitute lieferte 66.

Zahrnt monierte an den offiziellen Gesprächen zwischen den Kirchen:

... daß man sich den gegenwärtigen konfessionellen Besitzstand gegenseitig garantiert ... Man sucht nicht die Einheit in der Vielfalt, sondern behauptet die Einheit in der Trennung ... Solcherart konfessionelle Zwiesprache jedoch haben je länger desto mehr ihre Zeit gehabt ... Sie haben keinen Sitz im Leben mehr, weder in der Kirche noch in der Gesellschaft ... sind für die kirchlich uninteressierten Zeitgenossen unverständlich geworden, die kirchlich engagierten aber haben kein Interesse mehr für sie und auch keine Zeit, denn schließlich haben sie als Laien ja noch einen Beruf. Konfessionelle Kontroversen gelten ihnen nur mehr als eine Obliegenheit der kirchlichen Beamten und theologischen Fachleute, und selbst für Nachwuchs in Theologie und Kirche fallen sie eher in das Fach "Kirchengeschichte" als in die Disziplin "Dogmatik".

Doch längst ist heute schon eine andere Art von ökumenischem Gespräch im Gange: nicht mehr ... ein Gespräch zu zweit, sondern ... ein Gespräch zu dritt ... (Die Kirchen) reden so miteinander, daß sie zugleich ihr jeweiliges Gespräch mit der Welt einbeziehen ... Karl Rahner hat recht, wenn er schreibt: "Ich glaube, daß das ökumenische Gespräch auf die Dauer nur dann weiterkommt, wenn es gleichzeitig Gespräch mit der Welt von heute ist, die ganz andere Fragen an das Christentum stellt, als die Konfessionen sie gegenseitig zu stellen pflegen" (Schriften VII, 99).

Damit war das Unbehagen vieler Christen beider Kirchen am ökumenischen Status quo — der Kirchentag versammelt seit dem Augsburger Pfingsttreffen 1971 eine wachsende Zahl Katholiken — getroffen. Die ökumenisch engagierten Minderheiten in ihren Ortsgemeinden fühlten sich bestätigt und ermutigt. Auch der "offizielle" Katholizismus fehlte nicht. Der Präsident des ZK, Kultusminister Dr. Bernhard Vogel (Mainz) diskutierte mit beim Podiumsgespräch über Macht und Ohnmacht der Kirche in der Gesellschaft ⁶⁷ und teilte sich mit dem Kirchenpräsidenten Professor Dr. Kurt Sontheimer (München) in das Gebet beim Schlußgottesdienst ⁶⁸. Auf dem Markt der Möglichkeiten war die action 365 neben einer Frankfurter ökumenischen Arbeitsgruppe; und schließlich bereiteten in den Arbeitsgruppenleitungen Katholiken die thematischen Hallenveranstaltungen mit vor.

^{65.} Deutscher Evangelischer Kirchentag Frankfurt 1975, Dokumente, Stuttgart 1975, S. 503f.

^{66.} Anm. 38.

^{67.} A.a.O. (Anm. 65), S. 475.

^{68.} Ebd. S. 597.

5. AM RANDE NOTIERT

Was in den offiziellen Diensten und Organen keine Schlagzeilen macht, spiegelt oft mehr als diese die feinen Veränderungen im Verhalten der Kirchen zueinder:

a) Rundfunkgottesdienst an Pfingsten

Die ARD plante die Ausstrahlung eines ökumenischen Gottesdienstes. Die katholischen Bischöfe versagten die Genehmigung. Gegen die Polemik, die katholische Kirche zeige hier "konfessionelle Abgrenzungsinteressen" macht die Arbeitsgemeinschaft christlicher Kirchen geltend ⁶⁹:

Voraussetzung ökumenischer Zusammenarbeit ist die Unabhängigkeit einer jeden Kirche in Bekenntnis und Lehre, Leben und Ordnung sowie in der Wahrnehmung eigener Anliegen. Wenn eine ihrer Mitgliedskirchen auf dieser Grundlage ihre glaubensbedingten Auffassungen vertritt, kann die Arbeitsgemeinschaft dies nicht als unökumenisch ansehen, auch wenn diese Auffassung nicht in den Kirchen allgemein geteilt werden sollte.

b) Ökumene in Taizé

Erstmals haben sich "Amtskirchen" zum "Tag des Volkes Gottes" (17. August) am "Konzil der Jugend" der ökumenischen Brüdergemeinschaft Taizé beteiligt: die Vorsitzenden der Bischofskoferenzen, in Deutschland, Kardinal Julius Döpfner; in Frankreich, Kardinal Francois Marty; der Präsident der EKD-Synode, Cornelius A. von Heyl; und der Generalsekretär des ÖRK, Pastor Dr. Philip Potter 70.

Kardinal Marty beschwor die Erneuerung der Kirche als Institution, damit sie "die kleinen ökumenischen Gruppen zu verbinden" vermag.

Kardinal Döpfner dankte für Taizé und appellierte an die Teilnehmer: "Tragt aus den fruchtbaren Tagen von Taizé Euren Glauben und Eure Kraft in den Alltag der Kirche in Euren Ländern".

Frere Roger Schutz beklagte, daß einseitige Opposition und innerkirchliche Konflikte die Ökumenische Bewegung blockiert hätten. Sie sei zwar nicht in eine Sackgasse geraten, wohl aber in einen Engpaß, aus dem sie nun wieder heraustrete.

c) Verantwortung für Gastarbeiter

Zum "Tag des ausländischen Mitbürgers" am 12.10.1975 haben der Rat der EKD, die Deutsche Bischofskonferenz und die Griechisch-orthodoxe Metropolie ein gemeinsames Wort erlassen 71:

^{69.} KNAÖI 8, 19.2.75, S. 1 und 2.

^{70.} Vgl. KNAÖI 35, vom 27.8.75, S. 10 und 11.

^{71.} Kirchliches Amtsblatt f. d. Erzdiözese Paderborn vom 23.9.75, S. 175f.

Dank haben alle – Ausländer und Deutsche – verdient, die sich durch ihre Arbeit am Aufbau beteiligt haben. Dank haben besonders jene verdient, die aus dem Nebeneinander am Arbeitsplatz und im Wohnbereich ein Miteinander werden ließen. Dieses Miteinander ist durch die Arbeitslosigkeit einer großen Belastung ausgesetzt und muß sich gerade jetzt bewähren.

Sorge um den Arbeitsplatz bedeutet immer auch Sorge um ein menschenwürdiges Leben des einzelnen wie der Familie. Die Not des Nächsten kann uns Christen nicht gleichgültig sein. Im Nächsten aber begegnet uns Christus selber.

In der Welt sind Gemeinschaft und Frieden nur zu verwirklichen, wenn wir uns an unserem Arbeitsplatz, in unserer Nachbarschaft, in unserer Gemeinde um die Voraussetzung für Gemeinschaft und Frieden bemühen, nämlich um Gerechtigkeit.

"Miteinander für Gerechtigkeit" – wie sich das hier und heute, in die Tat umsetzen läßt, das zu bedenken und erneut zu beginnen, ist Aufgabe aller – besonders aber jener, für die das Wort von der Nächstenliebe kein Fremdwort ist.

4. Kirchliche Statistik*)

Von Dieter Rohde

Kirchengemeinden, Kirchenkreise, Pfarrstellen und Pfarrer im Bereich der EKD nach dem Stand vom 31. Dezember 1975

In Übereinstimmung mit den Gliedkirchen der Evangelischen Kirche in Deutschland (EKD) wurde für die Statistik über die Gliederung der Landeskirchen, die Pfarrstellen und die Pfarrer ein neuer Erhebungsbogen ausgearbeitet. Die Neufassung des Erhebungsbogens hatte sich infolge der Erfordernis, zusätzliche Merkmale zu erfassen, als notwendig erwiesen. Das umfangreiche Zahlenmaterial über die Gliederung der Landeskirchen, über die Pfarrstellen und deren Besetzung in der Unterteilung nach Arbeitsfeldern und Anstellungsträgern sowie über Examen, Ordinationen, Beurlaubungen, Wartestand, Ruhestand, Zugänge und Abgänge ist aus den Tabellen 1 bis 9 ersichtlich.

a) Gliederung der Landeskirchen

In den 20 Gliedkirchen der EKD bestanden am 31. Dezember 1975 insgesamt 10656 rechtlich selbständige Kirchengemeinden. Von ihnen entfielen 8658 oder 81,2% auf Kirchengemeinden mit mindestens einer Pfarrstelle und 1998 oder 18,8% auf solche ohne Pfarrstelle (rechtlich selbständige Filialgemeinden, Tochterkirchengemeinden, verbundene Muttergemeinden, Kapellengemeinden und dergleichen). Im Vergleich zum 31. Dezember 1964, dem ersten Stichtag, für den für die Gesamtheit der 20 Gliedkirchen der EKD voll vergleichbares Zahlenmaterial vorliegt, ist die Zahl der rechtlich selbständigen Kirchengemeinden mit mindestens einer Pfarrstelle um 375 oder 4,5% und die der Kirchengemeinden ohne Pfarrstelle um 99 oder 5,2% gestiegen. Diese Zunahme ist vor allem auf die ständige Erschließung neuer Wohngebiete in den vergangenen elf Jahren und die somit notwendigen Neu-

den.

stehen durch das Auf- und Abrunden der einzelnen Zahlen. Für Summen unter 100 sind keine Prozentzahlen für die Teile der Summe berechnet wor-

^{*)} Allgemeine Vorbemerkungen zu allen Tabellen:

Wenn in den einzelnen Tabellenfeldern keine Zahlen eingetragen sind, so bedeutet:

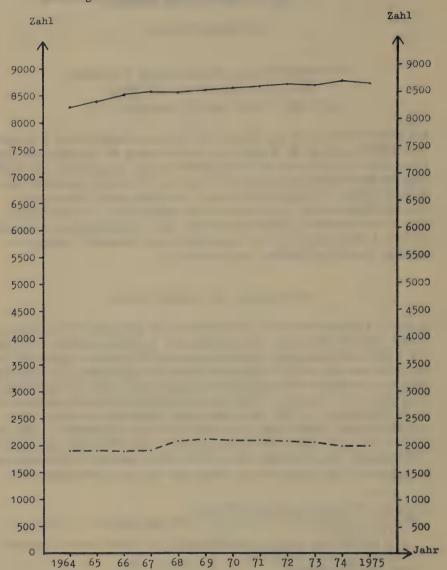
^{– =} nichts vorhanden.

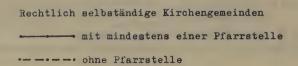
^{0 =} mehr als nichts, aber weniger als die Hälfte der kleinsten Einheit, die in der Tabelle zur Darstellung gebracht werden kann.

⁼ kein Nachweis vorhanden.= Angaben fallen später an.

X = Nachweis ist nicht sinnvoll bzw. Fragestellung trifft nicht zu (bei Vorkommen eines oder X ist die sich ergebende Summe unvollständig und daher in Klammern gesetzt).
 Abweichungen in den Summen bei Prozentziffern (die Summe ergibt nicht genau 100) ent-

Kirchengemeinden in den Gliedkirchen der EKD 1964 bis 1975





gründungen von Kirchengemeinden zurückzuführen. In der Entwicklung von Jahr zu Jahr zeigt sich, daß die Zahl der rechtlich selbständigen Kirchengemeinden mit mindestens einer Pfarrstelle im Berichtszeitraum aus den oben aufgeführten Gründen ständig gestiegen ist; demgegenüber ergibt sich für die rechtlich selbständigen Kirchengemeinden ohne Pfarrstelle ab 1970 im Zuge der Neu- und Umgliederungen sowie Zusammenlegungen von Kirchengemeinden eine leicht rückläufige Tendenz.

Die Zahl der Gemeindeverbände (Gesamtkirchengemeinden, Gesamt-, Stadt-kirchen-, Zweck-, Stadtsynodalverbände) belief sich am 31. Dezember 1975 auf 234 gegenüber 132 am 31. Dezember 1964. Dieser Anstieg zeigt deutlich, daß die Gemeindeverbände, die in erster Linie die Kirchengemeinden von Ver-

waltungsarbeiten entlasten, eine immer größere Bedeutung erlangen.

Die Gliederung nach unteren und mittleren Aufsichts- bzw. Verwaltungsbezirken, ihre Bedeutung und ihre Bezeichnungen sind in den einzelnen Landeskirchen sehr unterschiedlich. So zählen zu den unteren Aufsichts- bzw. Verwaltungsbezirken vor allem Kirchenkreise, Kirchenbezirke, Dekanate, Dekanatsbezirke, Propsteien und Klassen (Lippe). Zu den mittleren Aufsichts- bzw. Verwaltungsbezirken gehören u.a. Sprengel, Visitationsbezirke, Kreisdekanate und in Bayern Kirchenkreise. In den 20 Gliedkirchen der EKD bestanden am Stichtag 31. Dezember 1975 insgesamt 504 untere und 39 mittlere Aufsichtsbzw. Verwaltungsbezirke.

b) Zahl der Pfarrer

Nach den Ergebnissen der Erhebung betrug die Zahl der Pfarrer (einschl. der ordinierten Hilfsgeistlichen, einschl. der Pfarrer ohne volles wissenschaftlichtheologisches Studium und einschl. der zum Dienst im Ausland beurlaubten Pfarrer) im Bereich der EKD am 31. Dezember 1975 insgesamt 15544.

Von ihnen entfielen

14005 oder 90,0% auf Inhaber einer Planstelle (einschl. der Pfarrer, die eine Planstelle versorgen

351 oder 2,3% auf Pfarrer, die weder Inhaber einer Planstelle sind, noch eine

Planstelle versorgen

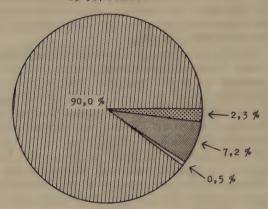
1112 oder 7,2% auf Pfarrer, die am Erhebungsstichtag für mindestens ein Jahr beurlaubt, abgeordnet oder freigestellt waren (z.B. zum Studium — Weiterbildung, Zweitstudium —, Dienst in der Militärseelsorge, hauptamtlichen Religionsunterricht an öffentlichen Schulen, Dienst in diakonischen Einrichtungen, Dienst in Landes- und Kommunalanstalten, Dienst in einer Auslandsgemeinde, Dienst in der Weltmission, in der Ökumenischen Diakonie) und

76 oder 0,5% auf Pfarrer im Wartestand.

Bei den Pfarrern, die weder Inhaber einer Planstelle sind, noch eine Planstelle versorgen, handelt es sich vor allem um Hilfspfarrer (Pastoren im Hilfsdienst) und Pfarrer im unständigen Dienst nach zweitem theologischen Examen sowie um ordinierte Vikare mit erstem theologischen Examen. Sie werden teilweise – entsprechend den von Gliedkirche zu Gliedkirche unterschiedlichen örtlichen

Pfarrer im Bereich der EKD 31. Dezember 1975





- ||||||| Inhaber einer Planstelle (besetzte Pfarrstellen)
- Pfarrer, die weder Inhaber einer Planstelle sind, noch eine Planstelle versorgen
- Fir mindestens ein Jahr beurlaubte, abgeordnete oder freigestellte Pfarrer
- Pfarrer im Wartestand

Gegebenheiten – vorübergehend zusätzlich in Gemeinden eingewiesen, ohne daß eine Planstelle besteht.

Der Anteil der Frauen an der Gesamtzahl der Pfarrer belief sich am 31. Dezember 1975 auf 718 oder 4,6%.

c) Pfarrstellen und Pfarrer

Im Bereich der EKD bestanden am Erhebungsstichtag 15776 Pfarrstellen, und zwar 15721 in den 20 Gliedkirchen und 55 in den vier gesamtkirchlichen Zusammenschlüssen (EKD, EKU, VELKD und Reformierter Bund).

Von den 15776 Pfarrstellen waren besetzt:

12553 oder 79,6% von einem Pfarrer mit vollem wissenschaftlich-theologischen Studium und

1346 oder 8,5% von einem Pfarrer ohne volles wissenschaftlich-theologisches Studium (z.B. Pfarrverweser, Pfarrhelfer, Pfarrverwalter, Prediger, Gemeindemissionar, Pfarrdiakon).

106 oder 0,7% der Pfarrstellen wurden von einem Pfarrer mit Beschäftigungsauftrag versorgt.

Als Ergebnis zeigt sich, daß am 31. Dezember 1975 insgesamt 1771 Pfarrstellen (11,2% der Gesamtzahl der Pfarrstellen) vakant waren.

Die Zahl der gemeindlichen Pfarrstellen belief sich am Erhebungsstichtag auf 13348; in einer gemeindlichen Pfarrstelle tätig waren demgegenüber aber nur 11826 Pfarrer. Der Anteil der vakanten Gemeindepfarrstellen an der Zahl der Gemeindepfarrstellen insgesamt betrug somit 1522 oder 11,4%. Die Unterteilung der 11826 im Gemeindedienst stehenden Theologen nach dem Geschlecht und der Ausbildung führt zu folgenden Ergebnissen:

11	467	oder	97,0%	Pfarrer
	359	oder	3,0%	Pfarrerinnen

Zusammen 11826 oder 100,0%

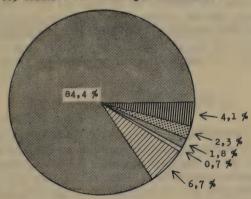
10631 oder 89,9% Pfarrer mit vollem wissenschaftlich-theologischen Studium

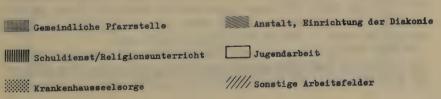
1195 oder 10,1% Pfarrer ohne volles wissenschaftlich-theologisches Studium

Zusammen 11826 oder 100,0%

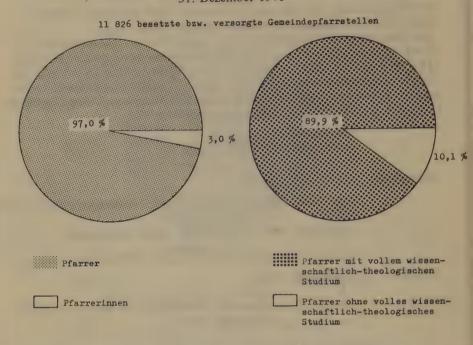
Besetzte bzw. versorgte Pfarrstellen nach Arbeitsfeldern im Bereich der EKD 31. Dezember 1975

14 005 besetzte bzw. versorgte Pfarrstellen





Besetzte bzw. versorgte Gemeindepfarrstellen im Bereich der EKD 31. Dezember 1975



Setzt man die Zahl der Gemeindepfarrer zur Zahl der Gemeindeglieder in Beziehung, so zeigt sich, daß die "Pfarrerdichte" (Zahl der Gemeindeglieder je Gemeindepfarrer) in den vergangenen elf Jahren etwas zugenommen hat. So entfielen im Durchschnitt der 20 Gliedkirchen der EKD Ende 1975 auf einen Gemeindepfarrer rd. 2300 Gemeindeglieder gegenüber rd. 2450 Ende 1964.

d) Theologischer Nachwuchs

Die zahlenmäßige Entwicklung des theologischen Nachwuchses ist in den vergangenen Jahren sehr unterschiedlich verlaufen. So ist die Zahl der Kandidaten und Kandidatinnen, die vor den Prüfungsämtern der Gliedkirchen die erste theologische Prüfung bestanden haben, in den Jahren 1969 und 1972 wesentlich zurückgegangen, blieb dann aber im Zeitraum 1972 bis 1974 fast unverändert und hat sich im Jahre 1975 erneut vermindert. Im Jahre 1975 haben im Bereich der EKD 292 Kandidaten und Kandidatinnen das erste theologische Examen bestanden, das waren 55 oder 15,9% weniger als im Vorjahr.

Die Zahl derjenigen, die das zweite theologische Examen abgelegt und damit ihre theologische Ausbildung abgeschlossen haben, erreichte im Jahre 1970 mit 683 ihren Höhepunkt seit dem Ende des Zweiten Weltkrieges; sie ist in den

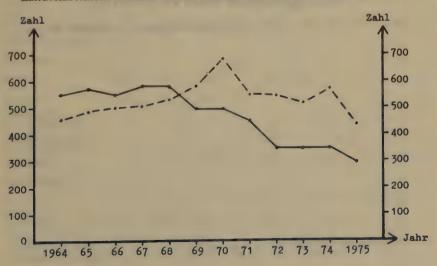
Jahren 1971 und 1973 gesunken, 1974 erheblich angestiegen und 1975 auf 435 zurückgegangen.

Insgesamt wurden im Jahre 1975 im Bereich der EKD 330 Männer und Frauen nach bestandenem zweiten theologischen Examen und 151 nach abgelegter Prüfung für das Amt des Pfarrverwalters oder einer entsprechenden Prüfung in den Dienst der Gliedkirchen übernommen. Daneben haben 354 Kandidaten und Kandidatinnen, die vor dem Prüfungsamt einer Landeskirche oder vor der Fakultät das erste theologische Examen bestanden haben, ihren Ausbildungsdienst in den Gliedkirchen begonnen. Demgegenüber sind im Berichtsjahr 479 Pfarrer in den Ruhestand getreten und 49 im aktiven Dienst verstorben. Die Zahl der in den aktiven Dienst übernommenen Pfarrer lag damit um 47 oder 8,9% unter der der verstorbenen und pensionierten Theologen.

e) Pfarrer im Ruhestand

Im Bereich der EKD belief sich die Zahl der emeritierten Pfarrer am 31. Dezember 1975 auf 4690, das waren 286 oder 6,5% mehr als am Vergleichsstichtag des Vorjahres. Im langfristigen Vergleich zeigt sich, daß die Zahl der Pfarrer im Ruhestand von Jahr zu Jahr, besonders aber seit 1969/70, gestiegen ist. Sie war Ende 1975 um 1984 oder 73,3% höher als Ende 1964. Diese erhebliche Zunahme ist vor allem auf die verhältnismäßig hohen Zahlen der in den Jahren 1906 bis 1914 geborenen und somit im Laufe der 70er Jahre in den Ruhestand gelangenden Pfarrer zurückzuführen.

Landeskirchliche Examen in den Gliedkirchen der EKD 1964 bis 1975



Pfarrer im Ruhestand in den Gliedkirchen der EKD 1964 bis 1975



Kandidaten und Kandidatinnen,

die vor dem Prüfungsamt einer Gliedkirche das erste theologische Examen bestanden haben

·--- die das zweite theologische Examen bestanden haben

Tabelle 1 Gliederung der Landeskirchen (Stand: 31.12.1975)

	Rech selbstä Kirchenge	ndige	Gemeinde- verbände, Gesamtkirchen-	Untere kirchliche Aufsichts- bzw. Verwaltungs-	Zusammen- schlüsse von unteren	Mittlere kirchliche Aufsichts- bzw. Verwaltungs-
Gliedkirche	mit minde- stens einer Pfarr- stelle	ohne Pfarr- stelle	gemeinden, Gesamt-, Stadtkirchen-, Zweck-, Stadt- synodalverbände	bezirke (z.B. Kirchenkreise, Kirchenbezirke, Dekanate, Dekanats- bezirke, Propsteien)	kirchlichen Aufsichts- bzw. Verwaltungs- bezirken zu Verbänden	bezirke (z.B. Sprengel, Visitations- bezirke, Kreisdekanate, Bayern: Kirchenkreise)
	1	2	3	4	5	6
Baden	447	93	5	29	9	3
Bayern	1327	168	20	72	_	6
Berlin (West)	166	-	1	15	_	1
Braunschweig	238	161	3	16	_	-
Bremen	67	1	-	-	_	_
Eutin	20	-	2	-	-	-
Hamburg	86		-	2	-	-
Hannover	1223	373	15	79	-	8
Hessen und Nassau	913	250	11	60	2	7
Kurhessen-Waldeck	489	449	27	26	-	6
Lippe	69	_	-	6	-	_
Lübeck	32	-	_	_	-	-
Nordwestdeutschlane	d 109	19	_	10	-	-
Oldenburg	110	8	1	13	-	-
Pfalz	287	173	6	20	_	-
Rheinland	758	65	14	46	3	-
Schaumburg-Lippe	21	_	-	3	1 -	-
Schleswig-Holstein	504	14	14	23	1	4
Westfalen 1)	635	_	23	33	3	_
Württemberg	1 157	224	92	51	_	4
Zusammen	8658	1998	234	504	18	39

¹⁾ Einschl, der zur Ev. Kirche der Kirchenprovinz Sachsen gehörenden, jedoch treuhänderisch von der Ev. Kirche von Westfalen verwalteten Kirchengemeinden Bad Sachsa und Tettenborn.

Tabelle 2 Pfarrstellen einschließlich der sonstigen Planstellen für Theologen (Stand: 31.12.1975)

Nordwestdeutschland	13	124	- 1	1	ł	1		1 1	1	- 1	1	1			1	1	1
ГüРеск	12	72		_	ı	1		1	n	ı	1		-		-	-	ı
Lippe	11	113,5		-	!	ı			7	1	1	1			-	-	1
Kurhessen-Waldeck	10	620	mm	00 (7	-		1	2	-	1	1			15		4
Hessen und Nassau	6	1165	0 0	8	7	1	-	6	36	3	1	5			16	2	6
Hannovet	00	1766	9	8	_	1	-	2	32	3	3	4	C	1	7	9	15
Hamburg	7	161,5	7 %	2	1	2		1	6	_	1	9	-		10	2	-
Rutin	9	31	1 1	1	1	ŀ		1 1	1	ı	1	1			1	1	1
Втете	5	137	7	1	I	-		1	10	,1	-	1			3	į	m
Braunschweig	4	338	e -	-	ı	2		7	4	, —	ı	ı			7		1
Berlin (West)	m	410	9	-	1	2		2	57	5	ļ	11	-	,	4	m	∞
Вауетп	2	1 780	13	1	ı	2		9	22	1		1			37	n	12
Вадеп	1	651	9 %	3	ı	2		ر س	28	-	i	7	-	,	12	4	9
Gliedkirche		Gemeindliche Pfarrstelle (mit räumlichem Pfarrbezirk/Parochie)	Jugendarbeit (einschl. Schülerarbeit) Studentenarbeit	Männer- und Frauenarbeit	Altenarbeit Fhe. Familien. Lebensberatung	Telefonseelsorge	Kirchliche Arbeit für Ersatz.,	Volksmissionarischer Dienst	Krankenhausseelsorge	Seelsorge an körperlich und	Kur- und Urlauberseelsorge	Seelsorge in Justizvollzugsanstalten	Kirchliche Arbeit im Polizei- und	Anstalt, Einrichtung, Geschäftsstelle	der Diakonie	Sonstige kirchliche Sozialarbeit	Weltmission, Okumen. Diakonie (Entwicklungshilfe)

Glieck Krieh Oldenburg Pfalz Pfalz Schaumburg-Lippe	14 15 16 17	Gemeindliche Pfarrstelle (mit räumlichem Pfarrbezirk/Parochie) 210 367 1613 32 Jugendarbeit (einschl. Schülerarbeit) 2 4 11 –	7.	Altenarbeit — — — — — — — — — —	Ehe., Familien., Lebensberatung, Telefonseelsore	Ersatz-,		5 9 58	Seelsorge an körperlich und	Kur- und Urlauberseelsorge	Seelsorge in Justizvollzugsanstalten 1 2 2 -	י ייייי ייייי
Schleswig-Holstein	18	2 876	74	١ ،	-	•		- 18	-	5	1	
Westfalen ¹)	19 20	1348 1533 16 14			4		6	24 25		1	1	۲
Chiedkirchen zusammen	21	13	88		23		3 51		21	9	5 41	10
ЕКЪ	22	11	1	1 1	ı		1 1	1			1	
екл	23	1.1	1	1 1	1		()	1		1	1	
Ketoum, Bund VELKD	24 25	1 1	1	1 1							1	
Insgesamt	26	13348	86	*	, c	,	51	34	10	9	4	-

1) Siehe Fußnote zu Tabelle 1.

Anstalt, Einrichtung, Geschäftsstelle

der Diakonie

Weltmission, Ökumen. Diakonie Sonstige kirchliche Sozialarbeit

(Entwicklungshilfe)

00

1 1 1

1 11 1

88

18

6

Nordwestdeutschland	13	, m	1	1	1	ı	2	1 1	130	1	1
Lübeck	12	4	ı	ı	1	1	2	1 1	68		ı
Lippe	11	m	1	ı	1	ı	2	1	126,5		1
Knthessen-Waldeck	10	00	· 63	_	4	ı	90	2	689	4	ı
Hessen und Nassau	6	4	(m)	4	9	5	17	- 1	1320	78	ı
Hannovet	∞	46	4	ro.	32	19	9	4	1976	1	-
Hamburg	7	4	7	_	5	ŀ	4	6	224,5	ı	7
Entin	9	ı	ı	ı	ı	1	1	1 1	31	-	1
Втетеп	5	ı	Ι,	_	-	1	1	- 2	162	1	1
Braunschweig	4	6	-	1	-	1	4	9	381	1	1
Betlin (West)	3	25	4	m	2	2	œ	5	564	1	19
рзуетп	2	12	10	3	25	14	22	2	1975	223	1
Baden	1	110	7	_	13	5	13	ا س	876	1	14
Gliedkirche		Schuldienst / Religionsunterricht	Akademiearbeit / Erwachsenenbildung	Offentlichkeits-, Medienarbeit Aus-, Fort- und Weiterbildung der	Theologen	Aus., Fort- und Weiterbildung der übrigen kirchlichen Mitarbeiter	Landeskirchenrat, Konsistorium	Gesamtkirchlicher Zusammenschluß Sonstige Arbeitsfelder	Zusammen	darunter Planstellen: für Hilfspfarrer/Pastoren im Hilfsdienst nach zweitem theologischen Examen für Theologen ohne volles wissenschaftlich-theologisches Studium	(c.b. Hailverwese, Flaimener, Pfartverwalter, Prediger, Gemeindemissionare, Pfartdiakone)

Gliedkirche		Schuldienst / Religionsunterricht Akademiearbeit / Erwachsenenbildung Öffentlichkeits, Medienarbeit	Theologen	übrigen kirchlichen Mitarbeiter	Landeskirchenart, Obergichenrar, Landeskirchenrar, Konsistorium Gesamtkirchlicher Zusammenschluß Sonstige Arbeitsfelder	Zusammen	darunter Planstellen: für Hilfspfarrer/Pastoren im Hilfsdienst nach zweitem theologischen Examen für Theologen ohne volles wissenschaftlich-theologisches Studium (z. B. Pfarreweser, Pfarrhelfer	Pfarrverwalter, Prediger, Gemeindemissionare, Pfarrdiakone)
Oldenburg	14	10 1	2	ı	m C	243	ı	28
zlei¶	15	50	2	1	9 7	470	46	ı
Rheinland	16	212	30	8	6 2	2027	1	19
Schaumburg-Lippe	17		1	ı	111	33	1	ı
Schleswig-Holstein	18	15	00	2	10 - 4	991	1	ı
Westfalen¹)	19	133	9	1	12 _ 19	1661	1	ı
Württemberg	20	322 8	27	1	18	1752	1	ı
Gliedkirchen zusammen	21	686 88 26	164	51	146	15721	339	130
ЕКЪ	22		ı	1	140	40	1	1
ЕКП	23	111	1	ı	اسا	c	ı	1
AEFKD	24	111	t	ı	1 = 1	11	1	1
Retorm. Bund	25		1	ı	I I		ı	ı
) mesegenī	26	686 88 26	164	51	146 55 68	15776	339	130

1) Siehe Fußnote zu Tabelle 1.

Tabelle 3 Von Theologen besetzte bzw. versorgte Planstellen (Stand: 31.12.1975)

of the throught the transfer transfer (States 21:12:17)		auen	eologen ohne volles wissenschaftlich-theologisches Studium
TOTAL THEOLOGICAL DESCRIPTION OF THE	a) Insgesamtzahi	b) in der Insgesamtzahl enthaltene Fra	c) in der Insgesamtzahl enthaltene Th
2 21170			

27 Furin Hamburg 150,5

Reform. Bund	25 26	- 11826,5	- 359	- 1195	- 94	9 -	1													4 -		
VELKD	24	1	ı	1	1	1	ı	1	ı	ı	1	1	ı	į	1	t	1	1	1	1	ı	1
ЕКО	23	1	1	1	1	1	ì	ı	1	1	1	1	ı	1	1	1	ì	1	1	1	1	1
ЕКЪ	22	ı	1	ı	1	ı	1	1	1	ı	1	ı	ł	ł	ı	1	i	1	ı	1	1	1
Gliedkirchen zusammen	21	11826,5	359	1195	94	9	7	72	3	2	39	24	2	4	3		22	2	1	4	1	-
Württemberg	20	1437	36	234	11	1	1	7	1	1	-	1	ì	-1	i	1	ł	1	1	1	1	1
Westfalen 1)	19	1 223	31	16	15	2	4	10	1	1	2	3	I	-1	1	1	4	1	1	1	1	1
Schleswig-Holstein	18	787	21	30	11	1	7	-	ı	1	5	3	-	ı	1	1	1	1	1	ļ	1	1
Schaumburg-Lippe	17	31	1	1	ì	1	1	1	i	1	1	1	F	ı	1	1	1	1	1	ı	1	1
Rheinland	16	1438	62	118	00	-	2	12	7	7	7	4	-	1	1	1	2	1	į		į	ī
zlei¶	15	299	15	41	3	1	1	2	}	1	2	1	1	1	1	1	1	1	1	1	1	
StudenbliO	14	193,5	3	28	2	-	1	2	1	ı	-	_	1	1	1	1	ı	1	ı	1	1	1
kirche	/	a	6)	0	a)	9	0	a	(q	©	(a)	(q	(C)	a)	P	ં	(a)	9	<u>်</u>	(e)	P	(C)
Gliedkirche		Gemeindliche Pfarrstelle	(mit räumlichem	Pfarrbezirk/Parochie)	Jugendarbeit (einschl.	Schülerarbeit)		Studentenarbeit			Männer- und Frauenarbeit			Altenarbeit			Ehe-, Familien-, Lebensberatung,			Kirchliche Arbeit für Ersatz-,	Zivildienstleistende	

161

1) Siehe Fußnote zu Tabelle 1.

Volksmissionarischer Dienst a) 3 6 2 1 - 2 8 - 7 8 9 10 11 12 13 Volksmissionarischer Dienst a) 3 6 2 1 - 2 - 2 8 - 2 1 - 2 8 - 2 1	Gliedkirche	che	Baden	Вауегл	Betlin (West)	Braunschweig	Втетел	Eutin	Hamburg	Hannover	Hessen und Nassau	Knthessen-Waldeck	AgqiJ	Lübeck	Nordwestdeutschland
Dienst a) 3 6 2 1 2 8 1		/	1	2	3	4	2	9	7	00	6	10	11	12	13
Dienst a) 3 6 2 1 2 8 1 2 8 1													p0 a		
ch und a) 28 21 56 4 8 - 6 29 31 5 2 3 3 4 6 6 6 6 6 6 6 6 6 6 6 6 6 6 6 6 6	Volksmissionarischer Dienst	a)	3	9	2	1	I	ı	1	2	∞	1	1	1	ł
ch und a) 28 21 56 4 8 - 6 - 7 - 7 - 7 - 7 - 7 - 7 - 7 - 7 - 7		P)	1	2	ı	1	1	1	1	1	-	ŀ	1	1	1
s a) 28 21 56 4 8 - 8 29 31 5 2 3 3 4 6 6 6 6 6 6 6 6 6 6 6 6 6 6 6 6 6		©	1		1	1	1	ı	1	1	1	1	1	1	1
ch und a) 2 3 17 4 8 5 4 8 5 4 8 5	Krankenhausseelsorge	a)	28	21	56	4	00	1	00	29	31	5	2	3	-1
ch und a) 1 5 1 6 1 1 6 1 6 1 1 6		P)	2	3	17	1	1	1	4	00	2	1	1	1	1
ch und a) 1 1 1 5 1 1		(c)	5	1	9	1	1	1	ı	-	9	1	1	1	1
b) 1 1 1 1 1 1	Seelsorge an körperlich und	a)	1		5	1	1	ī	1	3	3	1	1	1	1
Sorge a)	geistig Behinderten	p)	1	-	-	-	1	1	1	i	1	1	1	1	1
Sorge		(C)	1	1	-	-	1	1	1	ı	2	1	1	1	1
c)	Kur- und Urlauberseelsorge	a)	1	1	1	1	1	1	1	3	1	1	1	1	+
Eugsanstalten a) 2 1 11 - - - - - - -		P)	1	1	1	1	1	1	1	1	- Tapan	-	1	1	1
		©	1	-	1	1	1	1	1	1	1	1	+	1	1
b) - 1 1 1 Polizei- a) 1	Seelsorge in Justizvollzugsanstalten	a)	2	1	11	1	1	1	9	4	00	-	1	freed	1
c) -		P)	1	1	1	+	-	1	-	1		1	1	-	1
Polizei- a) 1 - 1 - 1 1 - 1 - 1 - 1 - 1 - 1 -		(C)	1	ł	1	1	1	1	1	2	1	1	-	1	1
b)	Kirchliche Arbeit im Polizei-	a)	1	1	1	İ	1	1	1	1	1	1	-	yang	1
c) -	und Zollgrenzdienst	9	1	1	1	ı	1	1	1	1	1	1	1	1	ł
a) 12 37 4 7 3 - 10 7 14 14 1 1 1 Olakonie b) - 1 1 1 1 - 1		(c)	1	1	1	1	1	1	1	ı	1	1	1	-	1
b) - 1 1 1	Anstalt, Einrichtung,	a)	12	37	4	7	3	1	10	7	14	14	-	1	-1
_ 4 1 - 1 1 - 1 1	Geschäftsstelle der Diakonie	P)	ı	1	-	1	1	1	1	1	1	1	1	1	1
		<u>်</u>	1	4	-	ł	****	1	1	1	-	-	1	1	1

Insgesamt	36	45	4	9	318	52	23	21	2	9	5	ŀ	ı	42	3	4	6	1_	1	256	10	10
Reform. Bund	25	1	1	1	1	ı	1	1	ı	1	ı	1	1	1	1	ł	1	1	ł	1	1	ı
AETKD	24	ı	Ī	1	1	ı	ī	ı	1	ı	ı	ŀ	ı	ı	1	1	1	1	ı	1	ı	ı
ЕКЛ	23	1	ļ	1	ı	1	1	1	1	1	1	ı	ł	1	1	1	1	1	ł	1	ł	ı
ЕКЪ	22	1	1	1	1	ı	1	1	1	1	1	1	ı	1	1	ı	1	ı	ı	1	ı	ı
Chiedkirchen zussmmen	21	45	4	9	318	52	23	21	5	9	5	1	1	42	3	4	6	1	1	256	10	10
Württemberg	20	m	ı	1	25	7	1	1	1	ŀ	1	1	i	5	1	1	1	1	1	46	2	I
Westfalen')	19	∞	1	1	19	7	-	ı	1	1	1	1	ı	1	1	1	3	1	i	50	7	-
Cohleswig-Holstein	18	٠	-	1	16	-	1	1	ı	ı	-	1	1	1	1	1	1	ŧ	1	10	-	ł
Schaumburg-Lippe	17	1	1	1	1	1	1	1	1	1	ı	1	1	1	1	1	1	1	1	-	1	ı
Rheinland	16	9	1	3	50	9	3	4	_	3	l	1	ı		1	-	1	1	1	33	7	_
zielq	15		1	1	00	2	j	1	1	1	ł	1	I	-	1		ı	1	I	2	ı	1
Oldenburg	14	1	ı	i	5	ı	1	ı	ŀ	ŀ	P	!	1	-	1	ı	1	!	ļ	2	ı	ı
Gliedkirche		Volksmissionarischer Dienst	(q	· ©	Krankenhausseelsorge a)	(q	(3)	Seelsorge an körperlich und a)	geistig Behinderten b)	(c)	Kur- und Urlauberseelsorge a)	(9	(c)	Seelsorge in Justizvollzugsanstalten a)	(q	(C)	Kirchliche Arbeit im Polizei- a)	und Zollgrenzdienst b)	(၁	Anstalt, Einrichtung, a)	Geschäftsstelle der Diakonie b)	(3)

163

1) Siehe Fußnote zu Tabelle 1.

Sonstige kirchliche Sozialarbeit Schuldlenst Schuldlenst Redeen Schuldlenst Redeen Schuldlenst Redeen Schuldlenst Redeen Schuldlenst Redeen Schuldlenst Redeen Schuldlenst Religionsunterricht Religionsunterricht Schuldlenst Religionsunterricht Religionsunterricht Religionsunterricht Religionsunterricht Schuldlenst Religionsunterricht R	Gliedkirche	rche									n	K			pue
a) 4 3 3 1 1	Arbeitsfeld		Вадеп	Ваустп	Berlin (West)	Braunschweig	Bremen	Eutin	Hamburg	Hannover	Hessen und Nassa	Knthessen-Waldec	Lippe	Lübeck	Nordwestdeutschl
t a) 4 3 3 3 1			1	2	3	4		9	7	00	6	10	11	12	13
t a) 4 3 3 1 1															
b) 1	Sonstige kirchliche Sozialarbeit	a)	4	3	3	-	1	1	2	9	2	1	1	-	ı
c)		P)	1	1	1	1	1	1	1	1	1	1	1	1	ŀ
ie a) 6, 12 8 - 3 - 1 8 9 4 1		(c)	1	-	1	i	1	ı	ı	1	1	1	1	1	1
b) - 2	Weltmission, Ökumen. Diakonie	a)	,9	12	∞	1	3	1	-	00	6	4	-	ı	1
c) - 2	(Entwicklungshilfe)	(q	1	2	1	1	-	1	1	-	1	1	1	ı	1
ht a) 110 12 21 6 - 4 26 12 8 3 3 3 c) 1		(°)	ı	7	1	ı	I	1	ı	1	1	ı	1	1	1
b) 10 - 1 1	Schuldienst / Religionsunterricht	a)	110	12	21	9	1	1	4	26	12	00	3	n	3
c) 3		(q	10	1	-	1	1	1	-	2	1	1		1	ı
a) 7 10 4 2 4 2 3 2 (b) 2 (c)		(5)	1	1	ı	I	I	ı	ı	3	1	1	1	ı	1
b) 1 1	Akademiearbeit/Erwachsenen-	a)	7	10	4	1	ı	1	2	4	2	3	1	ı	1
c) - 1	bildung	(q	1	1	-	1	I	1	1	-	ı	1	1	1	ļ
a) 1 3 3 3 - 1 - 2 4 1		(c)	1	-	1	1	1	ı	1	1	1	1	-	t	ı
b) 1	Öffentlichkeits-, Medienarbeit	a)	1	3	3	1	1	1	1	2	4	1	1	ı	1
c)		P)	1	-	1	1	1	1	1	1	-	1	1	1	1
a) 13 25 2 1 1 1 - 4 28 6 4		0	1	1	1	1	1	ı	-	-	1	1	-	ı	1
b) - 1	Aus-, Fort- und Weiterbildung	a)	13	25	2	1	-	-	4	28	9	4	-	i	I
c) 1	der Theologen	(q	1	1	1	1	-	1	-	1	1	1	1	1	1
. b) 5 14 2 14 5 14 5 c) c)		(c)	1	1	ı	-	1	1	-	1	1	1	1	1	1
rigen Kirchlichen Mitar b) — 1 1 — — — — — — — — — — — — — — — —	Aus., Fort. und Weiterbildung	a)	5	14	2	1	1	1	1	14	5	1	1	ı	í
(2	der übrigen kirchlichen Mitar-	P)	1	-		1	1	1	1	-	1	1	1	ŧ	1
	beiter	(3)	1	1	1	1	1	1	-	-	1	1	1	ı	ı

Gliedkirche	he							ueu					
	Oldenburg	zlelq	Rheinland	Schaumburg-Lippe	Schleswig-Holstein	Westfalen¹)	Württemberg	Cliedkirchen zusamı	ЕКЪ	ЕКО	легкр	Reform, Bund	Insgesamt
/	14	15	16	17	18	19	20	21	22	23	24	25	36
a)	ı	1	-	ı	4	5	1	34	1	ī	Ī	ı	34
6)	1	1	1	1	1	ı	1		1	1	1	1	
0	1	1	1	ı	ı	1	1	ı	ı	1	ı	1	1
(8)	1	-	2	-	6	1	durent derent	74	ı	1	1	1	74
P (2)			1	-	1	1	1	2	1	1	i	1	7
(C)		1	-	1	-	1	1	3	ı	1	1	1	3
a) 1	01	49	157	1	13	119	11	568	ı	1	1	1	568
b)	-	4	26	1	4	13	1	29	1	ì	ì	ı	19
(C)	-	13	54	1	1	12	-	82	i	Ī	ŀ	ı	82
a)	1	1	7	1	4	7	33	85	1	ı	i	1	85
b)	1	1	ı	1	1	1	1	3	ì	1	i	ı	· .
©	1	1	1		1	1	ı		i	l	1	ı	-
a)	_		n	1	-	1	3	24	ı	1	ł	1	24
b)	-	1	1	1	1	ı	1	1	ı	ì	1	i	-
0	1	-	i	1	1	i	1	i	ı	ı	1	1	1
a)	1.5	2	30	1	7	9	31	161,5	ı	ł	ı	1	161,5
b)	. 1	ı	2	1	1	1	1	3	ı	ł	ı	ı	3
0	1	1	1	1	1	1	1		ı	ı	ı	ì	1
(a)	1	1	3	1	2	1	1	46	ı	1	-1	ı	46
b)	1	1	1	1	1	1	-	3	1	1	1	1	3
0	1	ı	ı	1	1	1	1	1	1	ı	1	1	_

1) Siehe Fußnote zu Tabelle 1.

Gliedkirche	che	Вадеп	ряхеци	Berlin (West)	Braunschweiß	Втетел	Eutin	Hamburg	Наппочет	HesseN bnu nassah	Kurhessen-Waldeck	Lippe	Lübeck	Nordwestdeutschland
Allegisted	/	1	2	3	4	5	9	7	00	6	10	11	12	13
Landeskirchenamt Oberkirchenrat, a)	(8)	13	21	00	3	1	1	3	5	17	00	2	2	
Landeskirchenrat, Konsistorium	(q	- 1	1	-	1	ļ	+	1	1	1	1	1	1	1
	ं	1	1	1	ı	1	1	1	ı	ŀ	ı	ł	ı	1
Gesamtkirchlicher Zusammenschluß a)	3 a)	1	1	-	1	1	ł	1	ì	1	ı	1	ı	1
	P)	1	1	1	1	1	ŀ	1	1	1	1	ı	ł	1
	0	1	1	ł	I	ł	1	1	ŀ	1	1	1	ı	1
Sonstige Arbeitsfelder	a)	8	2	4	4	2	1	6	4	1	2		1	-1
	р́	1	1	-	Ī	1	1	1	_	-	1	1	ł	1
	(c)	1	1	1	-	1	1	1	ł	1	1	ı	1	1
Zusammen	a)	850	1670	527	295	151	27	208,5	1696	1131	609	123,5	87	119
	(q	27	30	44	∞	4	ł	5,6	80	53	28	3,5	4	co
	(C)	113	146	19	23	1	1	2	240	26	4	ł	1	-
darunter:														
Hilfsnfarrer Pastoren im Hilfs-	(B	ı	61	5	11	9	7	1	126	85	89	_	-	3
dienst nach zweitem	£	1	10	1	1	-	1	-1	13	13	7	-1	ļ	-1
theologischen Examen	ि	ţ	21	1	i	1	1	Į	2	-	1	1	ı	-
Ordinjerte Vikare mit erstem	a)	ı	43	I	1	1	1	1	1	1	1	1	1	1
theologischen Examen	b)	1	1	ı	j	1	1	ı	1	1	1	1	1	1
)	(C)	1	1	ı	ļ	1	1	1	1	ı	i	ı	1	1
Theologen mit Beschäftigungs-	(a)	7	00	-	2	1	ı	ı	15	5	9	2	1	ł
auftrag	þ.	1	œ	1		1	ī	ł	1	1	-	į	ı	-
	· (3)	1	í	1	ī	1	ī	ı	1	1	ļ	ł	t	1

Gliedkirche	Oldenburg	zlelY	Rheinland	Schaumburg-Lippe	Schleswig-Holstein	Westfalen')	Württemberg	Gliedkirchen zusammen	ЕКD	ЕКО	ЛЕГКЪ	Reform, Bund	Insgesamt
	14	15	91	17	18	19	20	21	22	23	24	25	26
Landeskirchenamt, Oberkirchenrat, a)	3) 3	4	6	- 1	10	12	18	140	1	ı	1	ı	140
Landeskirchenrat, Konsistorium t	- (q	1	1	ı	1	1	ı	-	1	1	1	1	-
	- (o	1	ı	ŀ	ı	1	ŀ	1	1	1	}	1	1
Gesamtkirchlicher Zusammenschluß a)	- (è	1	1	1	1	1	1	1	41	3	11	1	55
	- (q	1	ı	1	1	1	1	1	m	Į	ı	ı	3
	- (o	ı	ı	1		1	I	ı	1	ı	1	I	ı
Sonstige Arbeitsfelder	a) 1	_	_	1	4	17	4	09	1	1	1	1	09
	- (q	1	1	1	3	1	1	5	ļ	1	1	ı	5
	- (o	1	1	I	1	ı	1	2	1	-	1	1	2
Zusammen	a) 224	380	1776	32	892	1504	1648	13950	41	3	11	ı	14 005
	5 28	21	106	l	35	54	734	1346	ا ب	1 1	1 1		1346
)			3	, , , ,	107	2					
Urdimerte / nichtordinierte Hilfspfarrer, Pastoren im Hilfs-	a) 3	15	56	2	33	59	58	595	1	1	I	1	595
	- (q	2	7	1	-	6	4	99	1	ì	ī	ı	99
theologischen Examen	- (o	-	ł	ı	ì	1	ı	23	1	ı	1	1	23
erstem	a) –	1	ı	ı	ı	1	19	63	ı	ł	1	ì	63
theologischen Examen		-	[1	I	i	4	2	1	1	1	ŀ	2
	- (o	1	ı	I	ı	ı	1	1	ŀ	I	ı	ı	1
en mit Beschäftigungs-	a) 4	7	15	1	10	00 (18	106	1	ı	1	1	106
auttrag	- (q	7	7	1	ı	7	ı	16	ı	ŀ	1	1	16
	- (a	1	ı	ı	ı	1	1	ı	ı	ŀ	ı	ı	1

1) Siehe Fußnote zu Tabelle 1.

Tabelle 4 Theologen im Bereich der EKD nach Arbeitsfeldern und Anstellungsträgern (Stand: 31.12.1975)

Anstellungsträger		Zusammen- schlüsse	Untere	2						in Sp. 9 enthalten	o. 9 liten
Arbeitsfeld	Kirchen- gemeinden (Tab. 1, Sp. 1)	- 50	Aufsichts- bzw. Ver- waltungs- bezirke (Tab. 1, Sp. 4)	der der Bezirke zu Ver- bänden (Tab. 1, Sp. 5)	Aufsichts- bzw. Ver- waltungs- bezirke (Tab. 1, Sp. 6)	Landes- kirchen	Anstalten, Vereine, Stiftungen	Gesamt- kirchliche Zusammen- schlüsse	Zusammen	Frauen	Theologen ohne volles wissen- schaftlich- theo- logisches Studium
	1	2	3	4	5	9	7	00	6	10	11
Commindiaho Dforectollo											
(mit räumlichem Pfarrbezirk/Parochie)	5568	1	23	ł	1	6209,5	26	1	11826,5	359	1195
Jugendarbeit (einschl. Schülerarbeit)	2	_	13	4	1	71	3	1	94	9	7
Studentenarbeit	_	1	4	1	1	29	1	1	72	3	7
Männer- und Frauenarbeit	1	-	3		i	28	9	ı	39	24	2
Altenarbeit	1	ı	i	-	1	3	1	ı	4	3	_
Ehe-, Familien-, Lebensberatung,											
Telefonseelsorge	_	1	2	3	I	10	e	1	22	2	1
Kirchliche Arbeit für Ersatz-,											
Zivildienstleistende	1	ŀ	1	l	i	4	1	1	4	I	1
Volksmissionarischer Dienst	ı	ŀ	1	ī	1	39	9	1	45	4	9
Krankenhausseelsorge	26	14	92	35	1	139	12	1	318	52	23
Seelsorge an körperlich und											
geistig Behinderten	l	i	3	4	ı	6	S	1	21	2	9
Kur- und Urlauberseelsorge	1	1	-	1	ŀ	4	1	1	2	1	ı
Seelsorge in Justizvollzugsanstalten	1	ı		-	ı	25	2	1	45	3	4
Kirchliche Arbeit im Polizei- und											
Zollgrenzdienst	1	1	1	1	ı	6	1	ì	6	1	I
Anstalt, Einrichtung, Geschäftsstelle			:				4				
der Diakonie	2	-	12	3	i	48	190	ı	256	10	10
Sonstige kirchliche Sozialarbeit	_	1	7	7	1	28	~	I	34	_	ł

Weltmission, Ökumen. Diakonie (Entwicklungshilfe)	Schuldienst / Religionsunterricht	Offentlichkeits-, Medienarbeit	Aus., Fort. und Weiterbildung der Theologen	dus., Fort. und weiterbildung der übrigen kirchlichen Mitarbeiter fondeskirchenem* Oberkischenet	Landeskirchenrat, Konsistorium	Gesamtkirchlicher Zusammenschluß Sonstige Arbeitsfelder	Zusammen	darunter: Hilfspfarrer / Pastoren im Hilfsdienst nach zweitem theologischen Examen	Theologen ohne volles wissen- schaftlich-theologisches Studium	ordinette vikare mit erstem theologischen Examen Theologen mit Beschäftigungsauftrag	Theologen, die weder Inhaber einer Planstelle sind, noch eine Planstelle versorgen	dannter: Hilfspfarrer / Pastoren im Hilfsdienst nach zweitem theologischen Examen	theologischen Examen	Theologen insgesamt
1	14	1 1	4		ī	m I	5622	236	396	1 4	17	6	1	5639
ı	25	•	1	1	ı	1 2	45	-	12	1 (1	ı	1	45
2	215	r ,	1	-	1	19	410	ν,	61	1 -	23	7	ı	433
1	4 4	n —	1	1	ì	1 1	104	m	20	1 1	19	18	1	123
1	1	1 1	1	1	1	1 1	ŀ		1	1 1	1	1	1	ı
55	270	73	157,5	43	140	34	7463	347	844	62	268	147	79	7731
17	780	07	ı	2	1	- 2	306	т	13		23	ı	23	329
ı	1 1	1 1	*	1	1:	55	55	1	1	1 1	-	1	ı	56
74	568	24	161,5	46	140	92	14005	595	1346	63	351	181	103	14356
2	67	- 0	ю	С		m vo	260	99	73	5 16	71	45	20	631
33	82.	1	-		1	- 2	1346	23	1346	1 1	32	т	1	1378

Tabelle 5 Landeskirchliche Examen im Jahre 1975

	Gliedkirche	üfungsamt der haben das erste kamen bestanden	theologisa	zweite che Examen pestanden
Gliedkirche	Kandidaten	Kandidatinnen	Kandidaten	Kandidatinner
	1	2	3	4
Baden	38	7	31	7
Bayern	31	7	52	2
Berlin (West)	11	5	11	2
Braunschweig	5	_	8	-
Bremen	2	_	2	_
Eutin	-	-	_	_
Hamburg	1	_	7	1
Hannover	18	1	40	3
Hessen und Nassau	27	7	40	3
Kurhessen-Waldeck	7	2	22	3
Lippe	~	~	2	1
Lübeck	_	_	1	
Nordwestdeutschland	5	-	2	1
Oldenburg	1	_	3	1
Pfalz	17	-	8	3
Rheinland	35	4	49	5
Schaumburg-Lippe	_	_	2	_
chleswig-Holstein	5	-	30	1
Vestfalen	23	4	44	6
Vürttemberg	22	7	40	2
Zusammen	248	44	394	41

Tabelle 6 Im Jahre 1975 übernommene und ordinierte Theologen

Zahlen in (): In der Insgesamtzahl enthaltene Frauen

			darunter		Kandi-		darunter
Gliedkirche	In den Dienst einer Gliedkirche oder eines gesamt- kirch- lichen Zusammen- schlusses über- nommene Theologen insgesamt	nach bestan- denem zweiten theol. Examen	nach bestan- dener Prüfung für das Amt des Pfarrver- walters¹)	aus dem Dienst einer anderen Gliedkirche der EKD oder eines gesamt- kirchlichen Zusammen- schlusses	Examen bestanden haben und in den Aus-	Ordinierte Theologen insgesamt	Theologen ohne volles wissen- schaftlich- theolo- gisches Studium
	1	2	3	4	5	6	7
Baden	38 (9)	23 (5)	12 (3)	3 (1)	26 (5)	29 (6)	5 (1)
Bayern	66 (5)	-	-	17	49 (5)	54 (1)	12
Berlin (West)	21 (3)	15 (3)	2	4	6 (2)	21 (4)	2
Braunschweig	21 (1)	10	-	6	-	15	5
Bremen	8	2	-	6	2	2	-
Eutin	3	1	_	2	-	-	-
Hamburg	14 (3)	10 (3)	-	2	7	9 (3)	-
Hannover	65 (5)	45 (2)	1	19 (2)	11 (1)	51 (4)	1
Hessen und Nassau	69 (8)	40 (4)	19 (2)	9 (2)	34 (3)	52 (5)	17 (1)
Kurhessen-Waldeck	48 (3)	28 (3)	8	12	20 (3)	33 (3)	8
Lippe	8	1	_	3	4	3 (1)	-
Lübeck	3	1		2	-	1	-
Nordwestdeutschland	1	-	-	1	-	5	_
Oldenburg	10 (1)	3	6	1 (1)	-	12 (1)	8
Pfalz	22 (6)	10 (3)	11 (3)	1	17	18 (4)	
Rheinland	122 (17)	50 (4)	47 (13)	20	50 (5)	143 (23)	58 (16)
Schaumburg-Lippe	3	-	-	3	2	2	-
Schleswig-Holstein	50 (1)	26 (1)	5	19	16 (4)	37 (1)	5
Westfalen	87 (12)	49 (8)	15 (1)	` '	51 (9)	` '	, ,
Württemberg	61 (5)	16 (2)	25 (3)	5	59 (13)	71 (11)	16
Gliedkirchen zusammen	720 (79)	330 (38)	151 (25)	152 (9)	354 (50)	624 (77)	166 (21)
Gesamtkirchliche Zusammenschlüsse	7	-	-	7	-	-	-
Insgesamt	727 (79)	330 (38)	151 (25)	159 (9)	354 (50)	624 (77)	166 (21)

¹⁾ des Pfarrverwesers, Pfarrhelfers, Predigers, Gemeindemissionars, Pfarrdiakons u.a.

Tabelle 7 Für mindestens ein Jahr beurlaubte, abgeordnete, freigestellte Theologen (Stand: 31.12.1975)

Zahlen in (): In der Insgesamtzahl enthaltene Frauen

					darunter			
Gliedkirche	Für mindestens ein Jahr beurlaubte, abgeordnete, freigestellte Theologen insgesamt	zum Studium (Weiter- bildung, Zweit- studium)	zum Dienst in der Militär- seelsorge	zum Dienst in der Bundes- grenz- schutz- seelsorge	zum haupt- amtlichen Religions- unterricht an öffent- lichen Schulen	zum Dienst in Landes- und Kom- munal- anstalten	zum Dienst in einer Auslands- gemeinde	zum Dienst in der Welt- mission, der Öku- menischen Diakonie (Entwick- lungshilfe)
	1	2	3	4	5	6	7	8
Baden	117 (9)	7	7	_	57	4	3	11
Bayern	341 (6)	32 (1)	25	3	155 (4)	9	18	55
Berlin (West)	9 (1)	5 (1)		_		_	3	1
Braunschweig	18	-	2	1	-	_	2	3
Bremen	3	_	1	_	-	-	_	-
Eutin	-		-	-	-	-	-	-
Hamburg	24	3	10	-	_	_	2	2
Hannover	74 (2)	1	21	2	1	6	25	6
Hessen und Nassau	116 (13)	2 (1)	4	-	69 (10)	3	16	2
Kurhessen-Waldech	50 (8)	4 (2)	6	2	20 (3)	1	5	3 (1)
Lippe	3	-	3	-	-		-	-
Lübeck	1	_	_	-	-	-	-	1
Nordwest- deutschland	6	4	_	_	-	_	_	_
Oldenburg	23 (2)	10 (2)	10		_	-	2	-
Pfalz	18 (2)	2	4	-	1	-	1	2
Rheinland	37	5	11	_	-	_	18	3
Schaumburg-Lippe	-	_	-	-	-	-	-	
Schleswig-Holstein	67 (4)	3	10	-	1	7	17	8
Westfalen	78 (10)	6 (1)	19	-	-	14 (1)	14 (1)	11
Württemberg	127 (16)	16 (3)	1	1	16 (1)	3	13 (1)	18
Zusammen	1112 (73)	100 (11)	134	9	320 (18)	47 (1)	139 (2)	126 (1)

Tabelle 8 Theologen im Wartestand, Theologen im Ruhestand (Stand 31.12.1975)

Zahlen in (): In der Insgesamtzahl enthaltene Frauen

Gliedkirche	Theologen im Wartestand	Theologen im Ruhestand
	1	2
Baden	1	246 (2)
Bayern	3	629 (3)
Berlin (West)	3	302 (10)
Braunschweig	_	107 (3)
Bremen		44 (2)
Eutin	-	11
Hamburg	-	61 (3)
Hannover	-	480 (16)
Hessen und Nassau	13 (11)	406 (6)
Kurhessen-Waldeck	1	252 (1)
Lippe	2	34 (1)
Lübeck	-	32
Nordwestdeutschland	-	33
Oldenburg	-	63
Pfalz	2	135 (3)
Rheinland	32 (3)	468 (42)
Schaumburg-Lippe	-	10
Schleswig-Holstein	1	263 (4)
Westfalen	14	508 (14)
Württemberg	4	594 (14)
Gliedkirchen zusammen	76 (14)	4678 (124)
Gesamtkirchliche Zusammenschlüsse	-	12 (1)
		4/00 (105)
Insgesamt	76 (14)	4690 (125)

Tabelle 9 Im Jahre 1975 aus dem aktiven Dienst ausgeschiedene Theologen, verstorbene Theologen

Zahlen in (): In der Insgesamtzahl enthaltene Frauen

			darunter		
Gliedkirche	Aus dem aktiven Dienst ausgeschiedene Theologen insgesamt	in den Ruhestand versetzte Theologen	in den Dienst anderer Glied- kirchen der EKD oder gesamt- kirchlicher Zusammen- schlüsse übernommene Theologen	in den Staatsdienst übernommene Theologen	Verstorbene Theologen (ohne Theologen im Ruhestand)
	1	2	3	4	5
Baden	29	23	6	_	5
Bayern	117	88	17 (1)	12	10 (1)
Berlin (West)	33 (1)	15	16 (1)	_	2
Braunschweig	21 (1)	11	7 (1)	_	-
Bremen	8 (3)	3	3 (2)	_	_
Eutin	3	2	1	_	_
Hamburg	18 (1)	8	9 (1)	1	1
Hannover	85 (6)	61 (1)	17 (1)	1(1)	8
Hessen und Nassau	62	41	10	3	3
Kurhessen-Waldeck	28 (1)	22	4(1)	_	5
Lippe	5	2	3	_	_
Lübeck	2	2	_	Alexander	_
Nordwestdeutschland	3	3	_	_	-
Oldenburg	18 (1)	8	8	_	_
Pfalz	14	13	1	_	1 (1)
Rheinland	57	50	3	2	2
Schaumburg-Lippe	2	2	-	-	-
Schleswig-Holstein	32	23	9	- 1	2
Westfalen	75 (3)	49 (2)	18	2	7
Württemberg	68 (2)	53 (1)	1	5	3
- Gliedkirchen zusammen	680 (19)	479 (4)	133 (8)	26 (1)	49 (2)
Gesamtkirchliche Zusammenschlüsse	6	_	6	-	-
- Insgesamt	686 (19)	479 (4)	139 (8)	26 (1)	49 (2)

2. Ergebnisse der Statistik über das kirchliche Leben in den Gliedkirchen der EKD in den Jahren 1974 und 1975

Die Statistik über das kirchliche Leben in den 20 Gliedkirchen der EKD wird jährlich aufgrund der von den 10656 Kirchengemeinden ausgefüllten Erhebungsbogen erstellt. Zur Erfassung der statistischen Daten wurde im Jahre 1974 ein neuer Erhebungsbogen eingeführt. Die Überarbeitung des Erhebungsbogens in der bisherigen Form hatte sich als notwendig erwiesen, um den Veränderungen in der Entwicklung des kirchlichen Lebens in den Kirchengemeinden besser Rechnung tragen zu können. Die mit der Anlaufphase des neuen Erhebungsbogens verbundenen Schwierigkeiten sind nunmehr überwunden.

Die Statistik über Kirchlichkeit in Zahlen erstreckt sich auf diejenigen Äußerungen des kirchlichen Lebens, die zahlenmäßig feststellbar sind. Ihre Ergebnisse sollen Zustände und Entwicklungen aufzeigen, die ihrerseits aufgrund sinnvoller Vergleiche bestimmte Schlußfolgerungen ermöglichen. Als "Versammlung der Gläubigen" ist die Kirche eine sichtbare und somit in ihrem Umfang und in ihren Handlungen zählbare Größe. Dabei muß aber beachtet werden, daß Unwägbares niemals Gegenstand statistischer Erhebungen sein kann. Die Statistik kann deshalb die persönliche Glaubenshaltung der einzelnen Kirchenmitglieder nicht erfassen. Innerhalb der so gezogenen Grenzen vermittelt die Statistik ein zuverlässiges Bild über das Wesentliche aus der Fülle der Erscheinungen, der Entwicklungen und ihrer ursächlichen Zusammenhänge.

Aus der Fülle des angefallenen Zahlenmaterials, das in der Unterteilung nach den einzelnen Gliedkirchen aus den im Anschluß an diesen Bericht abgedruckten Tabellen ersichtlich ist, werden in den folgenden Ausführungen schwerpunktmäßig bestimmte Ergebnisse, die für die Entwicklung des kirchlichen Lebens von besonderer Bedeutung sind, analysiert. Die dargestellten langfristigen Entwicklungen erstrecken sich auf den Zeitraum der Jahre 1963 bis 1975. Seit 1963 liegen für den Gesamtbereich der EKD voll vergleichbare Zahlen vor.

a) Kirchenmitglieder

Nach den Ergebnissen der letzten Volkszählung vom 27. Mai 1970 entfielen von der Gesamtbevölkerung im Bundesgebiet rd. 28,5 Mio. Personen oder 47,0% auf Angehörige der Gliedkirchen der EKD. Die auf den 31. Dezember 1975 fortgeschriebene Gemeindegliederzahl belief sich auf rd. 27,2 Mio., das waren 44,1% der Wohnbevölkerung im Bundesgebiet. Die im Vergleich zum Stichtag der Volkszählung festzustellende Verminderung ist auf den Geburtenrückgang und damit auf die Abnahme der Taufen von Kindern evangelischer Eltern, den sich daraus ergebenden Verstorbenenüberschuß sowie auf die Kirchenaustritte zurückzuführen.

b) Taufen und Taufziffern

Die allgemeine Entwicklung der evangelischen Taufen und Taufziffern (Taufen in Prozent der Geburten)

Der seit dem Jahre 1967 zu beobachtende Rückgang der Taufen evangelischer Kinder hat sich in den Jahren 1974 und 1975 fortgesetzt, war aber wesentlich schwächer ausgeprägt als in den vorangegangenen Jahren. Nach dem nunmehr vorliegenden Gesamtergebnis für die 20 Gliedkirchen der EKD wurden im Jahre 1975 insgesamt 217104 Kinder im Alter unter 14 Jahren getauft, das waren 10828 oder 4,8% - bzw, läßt man die sog, "Nachtaufen", d.h. Taufen von Kindern nach vollendetem ersten bis zum 14. Lebensiahr unberücksichtigt, 11 168 oder 5.4% – weniger als im Vorjahr. Der Rückgang der Taufen entspricht damit der Abnahme der Geburten von Kindern evangelischer Eltern und von Kindern mit einem evangelischen Elternteil; sie belief sich gegenüber dem Vorjahr auf 5,4%. Langfristig gesehen ergibt sich ebenfalls, daß im Gesamtbereich der EKD die Zahl der Geburten fast im gleichen Verhältnis gesunken ist wie die der Taufen: Während die Zahl der Geburten 1975 um 52.9% niedriger war als 1963, belief sich die entsprechende Abnahme bei den Taufen auf 54.4%; berücksichtigt man nur die Taufen von Kindern bis zum vollendeten ersten Lebensjahr (also ohne die sog. "Nachtaufen"), so ergibt sich im Berichtszeitraum ein Rückgang um 56,0%. Von allen lebendgeborenen Kindern evangelischer Eltern und von Kindern mit einem evangelischen Elternteil wurden

1963: 77,7% (ohne die sog. "Nachtaufen": 72,0%) und 1975: 75,3% (ohne die sog. "Nachtaufen": 67,2%) evangelisch getauft.

Der im Vergleich zu den Geburten etwas stärker ausgeprägte Rückgang der Taufen ist — wie in den folgenden Ausführungen noch im einzelnen dargestellt wird — ausschließlich auf die von Jahr zu Jahr nachlassende Taufbereitschaft lediger evangelischer Mütter und evangelisch-konfessionsloser Eltern zurückzuführen.

Die Entwicklung der evangelischen Taufen und Taufziffern (Taufen in Prozent der Geburten) in der Untergliederung nach der Religions- bzw. Konfessionszugehörigkeit der Eltern

Die Unterteilung der Taufen nach der Religions- bzw. Konfessionszugehörigkeit der Eltern führt zu unterschiedlichen Ergebnissen:

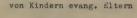
Evangelische Taufen und Taufziffern (Taufen in Prozent der Geburten) in den Jahren 1963 und 1975

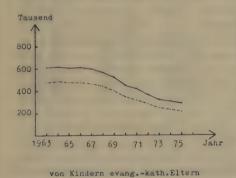
Religions- bzw. Konfessionszugehörig- keit der Eltern	Zahl der getauften Kinder (einschl. der "Nachtaufen")		Auf 100 geborene Kinder kamen Taufen		Veränderung der Geburten und Taufen 1975 gegenüber 1963 in Prozent	
	1963	1975	1963	1975	Geburten	Taufen
evangevang.	373872	154876	96	99	- 60,2%	- 58,6%
evangkath.	71246	44409	41	46	- 44,7%	- 37,7%
evanganders christl.	2582	2617	47	51	- 7,2%	+ 1,4%
evangsonst.	9199	7167	70	47	+ 14,8%	- 22,1%
ledige evang. Mütter	17090	6367	60	39	- 43,2%	- 62,7%
beide Eltern evang. und ein Elternteil evang.						
insges.	475583*	217104*	78	75	- 52,9%	- 54,4%

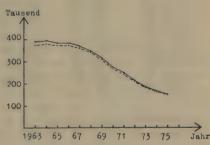
^{*} Einschl. der Taufen von Kindern sonstiger Eltern.

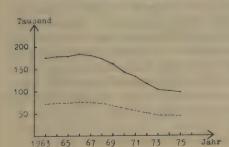
Geburten und evangelische Taufen in den Gliedkirchen der EKD 1963 bis 1975

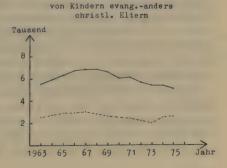
von Kindern evang. Eltern und von Kindern mit einem evang. Elternteil

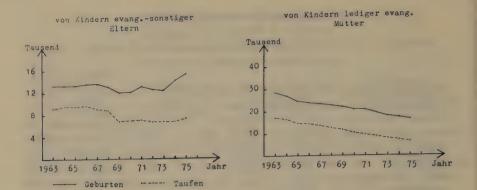




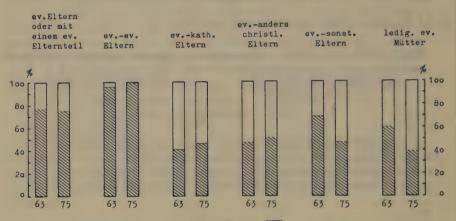








Geburten und evangelische Taufen in den Gliedkirchen der EKD 1963 und 1975 von Kindern



Die Säulen stellen die Geburten (100%), die SSS schraffierten Felder die entsprechenden Anteile der evangelischen Taufen dar.

Aus den dargestellten Zahlen und Grafiken ergibt sich, daß die stark rückläufige Entwicklung der Zahl der Taufen von Kindern evangelischer Eltern in den Jahren von 1963 bis 1975 und die entsprechende Entwicklung der Geburtenzahlen parallel verlaufen sind. Trotz des ausgewiesenen Rückgangs der Taufzahlen werden im Gesamtdurchschnitt aller Landeskirchen – abgesehen von den Stadtkirchen Berlin, Hamburg, Bremen und Lübeck, wo die Taufziffern niedriger sind, – nach wie vor fast alle Kinder evangelischer Eltern evangelisch getauft. Demgegenüber nimmt die Zahl der Taufen von Kindern lediger evangelischer Mütter seit langem wesentlich stärker ab als die entsprechende Zahl der Geburten. Von 100 Kindern lediger evangelischer Mütter wurden 1963 noch 60, 1975 jedoch nur noch 39 getauft; in Großstädten und deren Einzugsbereichen liegen die be-

treffenden Zahlen unter, in Gebieten mit mehr ländlicher Struktur dagegen über den aufgeführten Durchschnittswerten im Gesamtbereich der EKD.

Bei den Taufen von Kindern religions- bzw. konfessionsverschiedener Eltern handelt es sich zum überwiegenden Teil um solche von Kindern evangelischkatholischer Ehepaare. Ihre Zahl und die entsprechende Zahl der Geburten sind - wie die Texttabelle und die Grafiken zeigen - von 1963 bis 1975 weitaus schwächer zurückgegangen als die von Kindern evangelischer Eltern, Daß sich hier sowohl bei den Geburten als auch bei den Taufen ein wesentlich geringerer Rückgang errechnet, erklärt sich vor allem aus der im Vergleich zu den Eheschließungen evangelischer Paare weniger stark ausgeprägten Abnahme der Zahl der Heiraten zwischen evangelischen und katholischen Ehepartnern deutscher Staatsangehörigkeit und daneben aus den teilweise nur wenig veränderten und teilweise sogar gestiegenen Zahlen der Heiraten zwischen katholischen ausländischen und evangelischen deutschen Personen, Außerdem ist festzustellen, daß evangelisch-katholische Eltern heute ihre Kinder etwas häufiger evangelisch taufen lassen als Anfang der sechziger Jahre. Während von 100 Kindern aus evangelisch-katholischen Ehen 1963 41 evangelisch getauft wurden, waren es im Berichtsiahr 46.

Die Zahlen der Geburten und evangelischen Taufen von Kindern evangelischanders christlicher Ehepaare sind nach einem vorübergehenden Anstieg in den
Jahren 1964 bis 1967 wieder etwas zurückgegangen. Bei den Elternteilen, die
statistisch unter die Gruppe "anders christlich" fallen, handelt es sich vor allem
um Angehörige der evangelischen Freikirchen, der orthodoxen Kirchen, der altkatholischen Kirche und verwandter Gruppen sowie der christlich orientierten
Sondergemeinschaften. Nach wie vor werden rund die Hälfte der Kinder evan-

gelisch-anders christlicher Eltern evangelisch getauft.

Der statistisch als "evangelisch-sonstige Eltern" ausgewiesene Personenkreis setzt sich zum überwiegenden Teil aus evangelisch-gemeinschaftslosen Ehepaaren zusammen. Für sie errechnet sich in den Jahren 1974/75 im Gegensatz zu der Entwicklung bei den evangelischen, den evangelisch-katholischen und den evangelisch-anders christlichen Eltern eine steigende Geburtenzahl. Dieser Anstieg muß im Zusammenhang mit der Entwicklung der Kirchenaustritte vornehmlich jüngerer Personen gesehen werden, die in den vergangenen Jahren zu einer erheblichen Zunahme der Zahl der Eheschließungen evangelischer mit gemeinschaftslosen Personen geführt hat. Die Bereitschaft evangelisch-gemeinschaftsloser Eltern, ihre Kinder taufen zu lassen, ist von Jahr zu Jahr weiter zurückgegangen: Von allen Kindern evangelisch-sonstiger Ehepaare wurden 1963 noch 69,5%, 1975 hingegen nur noch 47,2% evangelisch getauft.

Entsprechend der aufgezeigten unterschiedlichen Entwicklungen haben sich die anteilsmäßige Zusammensetzung der Geburten von Kindern mit einem oder zwei evangelischen Elternteilen und die der Taufen in evangelischen Kirchen von 1963 bis 1975 wesentlich geändert. Im einzelnen entfielen von der Ge-

samtzahl der

	Geburten von Kindern mit einem oder zwei evangelischen Elternteilen				in evang Kirchen	
	1963	1974	1975	1963	1974	1975
auf Kinder						
evang. Eltern lediger evang. Mütter evangkath. Eltern evanganders christl. Eltern evangsonstiger Eltern sonstiger Eltern	63,6% 4,7% 28,6% 0,9% 2,2%	55,0% 5,6% 33,0% 1,8% 4,6%	53,8% 5,6% 33,5% 1,8% 5,3%	78,7% 3,6% 15,0% 0,5% 1,9% 0,3%	72,4% 3,1% 19,7% 1,1% 2,9% 0,8%	71,3% 2,9% 20,5% 1,2% 3,3% 0,8%
Zusammen	100,0%	100,0%	100,0%	100,0%	100,0%	100,0%

In der Untergliederung der Taufen von Kindern im Alter bis zu 14 Jahren nach dem Zeitpunkt der Taufe fällt auf, daß die sog. "Nachtaufen", d.h. Taufen von Kindern nach vollendetem ersten bis zum 14. Lebensjahr, in ihrer Größenordnung eine langsam, aber ständig wachsende Bedeutung erlangen. Von der Gesamtzahl der Taufen von unter 14 Jahre alten Kindern entfielen im Ausgangsjahr 1963 7,4%, im Jahre 1975 hingegen 10,7% auf Nachtaufen. Die Zahl der Erwachsenentaufen (Taufen von Religionsmündigen im Alter von 14 und mehr Jahren) belief sich 1975 auf 6333. Sie ist in den vergangenen Jahren zwar gestiegen, fällt aber im Vergleich zu den Kindertaufen nach wie vor kaum ins Gewicht. Ihr Anteil an der Gesamtzahl der Kinder- und Erwachsenentaufen betrug im Berichtsjahr 2,8%, 1963 waren es 1,0%. Die Zunahme der Zahl der Erwachsenentaufen in den Jahren 1974 und 1975 steht mit dem gleichzeitigen Wiederanstieg der Zahl der Aufnahmen in die Kirche in engem Zusammenhang (siehe Abschnitt 13).

Die Entwicklung der Taufen und Taufziffern (Taufen in Prozent der Geburten) aller christlichen Kirchen

Ein Vergleich der Zahlen der Geburten mit denen der Taufen aller christlichen Kirchen in der Bundesrepublik Deutschland einschl. Berlin (West) führt zu folgenden Ergebnissen:

- 1. Im Bundesgebiet wurden im Jahre 1975 insgesamt 479 263 Kinder evangelischer, katholischer und evangelisch-katholischer Eltern (einschl. der Kinder lediger evangelischer und katholischer Mütter) geboren. Die entsprechende Zahl der Taufen belief sich auf 446454; auf 100 Kinder evangelischer, katholischer und evangelisch-katholischer Eltern kamen 1975 93 von den beiden großen christlichen Kirchen getaufte Kinder, 1963 waren es 97. Der aufgezeigte Rückgang ist fast ausschließlich durch die erheblich nachlassende Taufbereitschaft lediger evangelischer und katholischer Mütter bedingt.
- 2. Die Zahl der Geburten von Kindern evangelischer, katholischer und evangelisch-katholischer Eltern sowie von Kindern evangelisch-anders christlicher,

evangelisch-sonstiger, katholisch-anders christlicher und katholisch-sonstiger Eltern, also von allen Kindern, die evangelisch oder katholisch getauft werden könnten ("evangelisch-katholisches Taufpotential" insgesamt), belief sich 1975 auf 511221. Von ihnen wurden 466925 oder 91% evangelisch oder katholisch getauft gegenüber 96% im Ausgangsjahr 1963. Diese Abnahme ist auf die bereits erwähnte sinkende Taufbereitschaft lediger Mütter und auf das ebenfalls erheblich rückläufige Begehren evangelisch-gemeinschaftsloser und katholischgemeinschaftsloser Eltern, ihre Kinder taufen zu lassen, zurückzuführen.

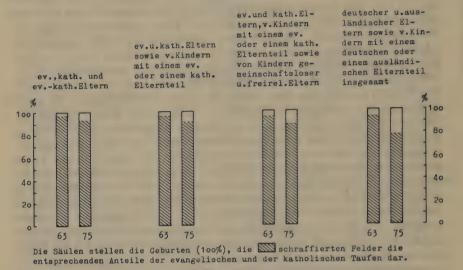
Berücksichtigt man bei diesem Vergleich zusätzlich noch die Geburtenzahl von Kindern gemeinschaftsloser Eltern, also Geburten von Kindern, die rechnerisch nicht zum "evangelisch-katholischen Taufpotential" gezählt werden können, so ergibt sich folgendes: Von 100 Kindern evangelischer, katholischer, gemeinschaftsloser* und freireligiöser Eltern (einschl. der Kinder mit einem entsprechenden Elternteil) wurden im Berichtsjahr 88 evangelisch oder katholisch getauft; 1963 traf das noch für 95 zu. Diese Abnahme ist neben den beiden unter 1. und 2. aufgeführten Gründen auf die seit Ende der 60er Jahre gestiegenen Zahlen der Kirchenaustritte zurückzuführen. So ist der Anteil der lebendgeborenen Kinder von gemeinschaftslosen* und freireligiösen Ehepaaren (einschl. der Kinder mit einem Elternteil der genannten Gruppen) an der Gesamtzahl der lebendgeborenen Kinder im Bundesgebiet von 2,3% im Jahre

1963 auf 6,8% im Jahre 1975 gestiegen.

3. Insgesamt wurden im Jahre 1975 im Bundesgebiet 600512 Kinder, darunter 118665 Kinder mit einem oder zwei ausländischen Elternteilen, geboren. Von der Gesamtzahl dieser Kinder wurden 1975 rd. 78%, 1963 hingegen noch rd. 94% evangelisch oder katholisch getauft. Der erhebliche Rückgang dieser Taufrate erklärt sich nur teilweise aus den unter 1. und 2. aufgeführten Gründen. vor allem aber aus dem starken Anstieg der Zahl der ausländischen Gastarbeiter und ihrer Familienangehörigen. Im Gegensatz zu den Geburten deutscher Kinder sind die Zahlen der Lebendgeborenen mit ausländischer Staatsangehörigkeit bis 1974 von Jahr zu Jahr gestiegen. Überschläglich berechnet entfielen von den in der Bundesrepublik Deutschland im Zeitraum 1965 bis 1975 geborenen Ausländern weit über die Hälfte allein auf Kinder türkischer und griechischer Eltern, also auf Kinder, die rechnerisch nicht als "evangelisch-katholisches Taufpotential" zur Verfügung stehen. Aufgrund der unterschiedlichen Entwicklungen der Geburtenzahlen ging der Anteil der Geburten von Kindern evangelischer, katholischer und evangelisch-katholischer Eltern an der Gesamtzahl der Lebendgeborenen von 90,5% im Ausgangsjahr 1963 auf 74,4% im Jahre 1975 zurück. Im gleichen Zeitraum erhöhten sich die entsprechenden Anteile der Geburten von Kindern, deren Eltern den orthodoxen Kirchen angehören, von 0.3% auf 2.3% und die von Kindern aus dem Bereich der Gruppe "Andere Religionen" (hier handelt es sich fast ausschließlich um Kinder islamischer Eltern) von 0,1% auf 7,8%.

^{*} Einschl, der Personen, für die keine Angaben zur Religionszugehörigkeit vorliegen.

Geburten und evangelische sowie katholische Taufen in der Bundesrepublik Deutschland einschl. Berlin (West) 1963 und 1975 von Kindern



4. Im Jahre 1975 wurden im Bereich der Bundesrepublik Deutschland einschl. Berlin (West) von allen Kindern, deren Eltern oder von denen zumindest ein Elternteil den Gliedkirchen der EKD, der Katholischen Kirche, den evangelischen Freikirchen (soweit aus ihrem Bereich Zahlen vorliegen) oder den orthodoxen Kirchen angehören ("christliches Taufpotential insgesamt"), rd. 90% getauft.

Setzt man die Zahl der in den genannten Kirchen Getauften zur Zahl sämtlicher Lebendgeborenen ins Verhältnis, so errechnet sich für das Bundesgebiet eine Taufrate aller christlichen Kirchen von 79%.

c) Konfirmationen

In den Kirchengemeinden der Gliedkirchen der EKD wurden im Jahre 1975 insgesamt 403612 Jungen und Mädchen konfirmiert. Ein Vergleich zum Jahre 1974 ist nicht möglich; infolge der Umstellung des Konfirmandenunterrichts auf die Kurzschuljahre und den veränderten Schuljahrsbeginn im Sommer 1967 war die Zahl der im Jahre 1974 Konfirmierten in der größten Gliedkirche der EKD, der Ev.-luth. Landeskirche Hannovers, verhältnismäßig gering.

Eine Vergleichsrechnung der Konfirmierten zur Zahl der im Bundesgebiet lebenden evangelischen Kinder im Alter von 14 Jahren kann nicht erstellt werden, da diese Zahl statistisch nicht zu ermitteln ist. Dennoch kann aufgrund eingehender Schätzungen davon ausgegangen werden, daß — wie bei den Taufen — nach wie vor nahezu alle 14jährigen Kinder evangelischer Eltern

konfirmiert werden.

d) Trauungen und Trauziffern

Die allgemeine Entwicklung der evangelischen Trauungen und der Trauziffern (Trauungen in Prozent der Eheschließungen)

Nach den von den 10656 Kirchengemeinden gemeldeten Zahlen wurden im Jahre 1975 insgesamt 107079 Ehepaare kirchlich getraut, das waren 1337 oder 1,2% weniger als 1974. Die bereits seit längerer Zeit rückläufige Entwicklung der Zahl der evangelischen Trauungen hat sich damit nur noch geringfügig fortgesetzt. Demgegenüber ist jedoch festzustellen, daß die Zahl der Eheschließungen von Ehepaaren mit einem oder zwei evangelischen Ehepartnern, die seit 1963 Jahr für Jahr weiter abgenommen hatte, 1975 erstmals wieder leicht gestiegen ist, nämlich um 5493 oder 2,4%; diese Zunahme ist jedoch ausschließlich auf die am 1. Januar 1975 in Kraft getretene Herabsetzung des allgemeinen Heiratsalters auf 18 Jahre zurückzuführen.

Ein Vergleich der entgegengesetzten Entwicklungen der Eheschließungen und Trauungen zeigt deutlich, daß im Bereich der Gliedkirchen der EKD die Bereitschaft, sich nach der standesamtlichen Eheschließung kirchlich trauen zu lassen, erneut gesunken ist.

Auch im langfristigen Vergleich ergibt sich eine nachlassende Traubereitschaft. So war im Jahre 1975 die Zahl der Eheschließungen von evangelischen Paaren und von Paaren mit einem evangelischen Ehegatten um 28,9%, die der entsprechenden evangelischen Trauungen dagegen um 47,5% niedriger als im Ausgangsjahr 1963. Bei einem Vergleich der unterschiedlichen Entwicklungen der Eheschließungen und Trauungen muß jedoch berücksichtigt werden, daß die Wiedervermählungen geschiedener Personen zahlenmäßig eine ständig wachsende Bedeutung erlangen. Bei den Eheschließungen geschiedener Personen kommt eine kirchliche Trauung aus persönlichen und kirchenrechtlichen Gründen seltener in Betracht.

Von 100 Paaren mit einem oder zwei evangelischen Ehepartnern wurden 1963: 63 (ohne Wiederverheiratungen und Trauungen Geschiedener: 70) und 1975: 46 (ohne Wiederverheiratungen und Trauungen Geschiedener: 57) evangelisch getraut.

Dieser Rückgang ist, wie eine weitergehende Analyse zeigt, fast ausschließlich auf ein geringer werdendes Traubegehren evangelischer Ehepaare zurückzuführen (Einzelheiten hierzu siehe folgender Abschnitt).

Die Entwicklung der evangelischen Trauungen und Trauziffern (Trauungen) in Prozent der Eheschließungen) in der Untergliederung nach der Religionsbzw. Konfessionszugehörigkeit der Ehepartner

In der Untergliederung nach der Religions- bzw. Konfessionszugehörigkeit der Ehegatten zeigt sich, daß die Zahl der Trauungen evangelischer Ehepaare im Zeitraum von 1963 bis 1975 wesentlich stärker abgenommen hat als die der Eheschließungen. Entsprechend dieser unterschiedlichen Entwicklung ist die

Trauziffer, d.h. die Zahl der Trauungen evangelischer Ehepaare in Prozent der betreffenden Eheschließungen, im Gesamtdurchschnitt der EKD

von 86% im Jahre 1963 auf 68% im Jahre 1975

zurückgegangen. Dabei ergeben sich von Landeskirche zu Landeskirche erhebliche Abweichungen. Die weitaus höchsten Trauziffern errechnen sich für die Gliedkirchen Schaumburg-Lippe, Kurhessen-Waldeck, Lippe, Bayern und Württemberg. Erheblich unter dem EKD-Durchschnitt lag die Trauziffer evangelischer Ehepaare dagegen wieder vor allem in der Gliedkirche Berlin; verhältnismäßig niedrig waren die Trauziffern daneben in den Stadtkirchen Hamburg, Bremen und Lübeck.

Evangelische Trauungen und Trauziffern (Trauungen in Prozent der Eheschließungen) in den Jahren 1963 und 1975

Religions- bzw. Konfessions- zugehörigkeit der Ehepartner	Zahl der getrauten	_	Von 100 E die stande die Ehe ge haben, evang. §	samtlich schlossen wurden	Veränderung der Eheschließungen und evang. Trauungen 1975 gegenüber 1963 in Prozent
	1963	1975	1963	1975	Eheschlie- Bungen Trauungen
evangevang. evangkath. evanganders christl. evangsonstig	166 062 35 159 1 824 709	74 211 29 780 1 202 1 550	86 32 24 5	68 31 21 7	- 43,7% - 55,3% - 14,3% - 15,3% - 25,1% - 34,1% + 60,5% + 118,6%
evang. Ehepaare und Ehepaare mit einem eva Ehepartner insgesamt	ang. 203891*	107079*	63	46	- 28,9% - 47,5%

^{*} Einschl. der Trauungen sonstiger Ehepaare.

Von den Eheschließungen und evangelischen Trauungen religions- bzw. konfessionsverschiedener Paare entfällt der weitaus größte Teil auf solche evangelischkatholischer Ehegatten. Bei ihnen ist im Vergleich zu den evangelischen Ehepaaren die rückläufige Entwicklung der Heiraten und der kirchlichen Trauungen wesentlich schwächer ausgeprägt. Das gilt vor allem für evangelisch-katholische Ehepaare deutscher Staatsangehörigkeit; daneben muß diese Entwicklung auch, wie bereits ausgeführt, im Zusammenhang mit den teilweise unterdurchschnittlich abgenommenen bzw. fast unveränderten und teilweise sogar gestiegenen Zahlen der Heiraten katholischer ausländischer und evangelischer deutscher Ehepartner gesehen werden. Von 100 evangelisch-katholischen Ehepaaren wurden – gegenüber dem Vorjahr unverändert – 31 in evangelischen und 39 in katholischen Kirchen, zusammen also 70, kirchlich getraut.

Weitere Auswertungen zeigen, daß die Zahl der evangelischen Trauungen, für

die ein Dispens von der Formpflicht durch den katholischen Partner eingeholt wurde, im Jahre 1975 gestiegen ist. Hier ergibt sich seit 1972, dem ersten Jahr, für das vergleichbare Zahlen vorliegen, folgende Entwicklung:

Trauungen evang.-kath. Paare in einer evang. Kirche, für die ein Dispens von der Formpflicht durch den kath. Partner eingeholt wurde

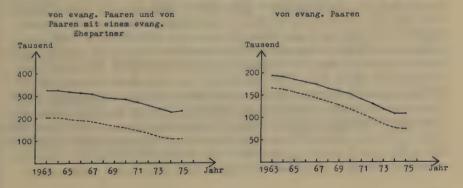
	Anzahl	in % der Gesamtzahl der Trauungen evangkath. Paare in einer evang. Kirche
1972:	2321	7.7%
1973:	2342	8.6%
1974:	2332	9.1%
1975:	3061	10,3%

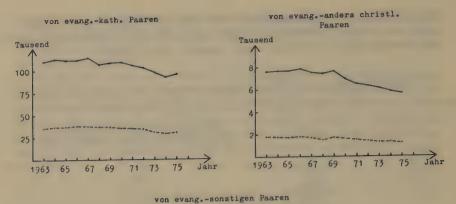
Gestiegen ist auch die Zahl der gemeinsamen Trauungen evangelisch-katholischer Paare in einer evangelischen Kirche unter Mitwirkung eines katholischen Pfarrers. Hierzu liegen seit 1972 folgende Ergebnisse vor:

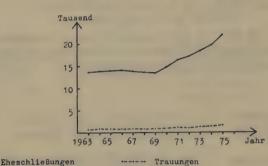
Gemeinsame Trauungen evang.-kath. Paare in einer evang. Kirche unter Mitwirkung eines kath. Pfarrers

	Anzahl	in % der Gesamtzahl der Trauungen evang. kath. Paare in einer evang. Kirche
1972:	3 240	10,7%
1973:	3416	11,1%
1974:	3428	11,9%
1975:	3882	13,0%

Eheschließungen und evangelische Trauungen in den Gliedkirchen der EKD 1963 bis 1975







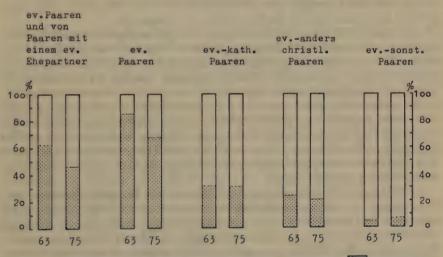
In der Unterteilung der Eheschließungen und Trauungen evangelisch-katholischer Paare nach dem Geschlecht der Ehegatten ergibt sich, daß nach wie vor fast ebenso viele evangelische Frauen einen katholischen Mann wie evangelische Männer eine katholische Frau heiraten. Demgegenüber werden in evangelischen Kirchen — über Jahre hinweg unverändert — wesentlich häufiger evangelische Frauen und katholische Männer als evangelische Männer und katholische Frauen getraut. So entfielen von der Gesamtzahl der evangelischen Trauungen evangelisch-katholischer Paare auch im Berichtsjahr wieder rd. drei Fünftel auf solche von evangelischen Frauen mit katholischen Männern und rd. zwei Fünftel auf solche von evangelischen Männern mit katholischen Frauen. Umgekehrt überwiegen bei den evangelisch-katholischen Paaren, die in katholischen Kirchen getraut werden, die Ehepaare mit einer katholischen Frau und einem evangelischen Mann. Diese Unterschiede sind vor allem darauf zurückzuführen, daß sich evangelisch-katholische Paare vielfach in einer Kirche derjenigen Konfession trauen lassen, der die Frau als künftige Erzieherin der Kinder angehört.

Die Eheschließungen und Trauungen von Paaren mit einem evangelischen und einem anders christlichen Ehepartner (Angehörige der evangelischen Freikirchen, der orthodoxen Kirchen, der altkatholischen Kirche und verwandter Gruppen sowie der christlich orientierten Sondergemeinschaften) haben zahlenmäßig

keine große Bedeutung. Für sie errechnet sich seit 1967 von Jahr zu Jahr ein leichter, aber ständiger Rückgang. Rund ein Fünftel der evangelisch-anders christlichen Paare wird in einer evangelischen Kirche getraut.

Bei den evangelisch-sonstigen Ehepaaren handelt es sich in den meisten Fällen um evangelisch-gemeinschaftslose Ehegatten. Hier ergibt sich seit dem Jahre 1970 ein bemerkenswerter Anstieg der Zahl der standesamtlichen Eheschließungen. Diese Entwicklung ist auf die seit dem Ende der sechziger Jahre zu verzeichnende Zunahme der Kirchenaustritte vor allem jüngerer Personen zurückzuführen. Dabei fällt auf, daß die Zahl der Heiraten zwischen gemeinschaftslosen Männern und evangelischen Frauen die Zahl der Eheschließungen evangelischer Männer mit gemeinschaftslosen Frauen weit übertrifft. Im Gesamtdurchschnitt der EKD wurde für rd. 7% aller evangelisch-gemeinschaftsloser Ehepaare, die 1975 geheiratet haben, in einer evangelischen Kirche ein Gottesdienst aus Anlaß der Eheschließung gehalten bzw. eine Trauung vollzogen.

Eheschließungen und evangelische Trauungen in den Gliedkirchen der EKD 1963 und 1975 von



Die Säulen stellen die Eheschließungen (100%), die gepunkteten Felder die entsprechenden Anteile der evangelischen Trauungen dar.

Die dargestellten unterschiedlichen Entwicklungen führten zu einer veränderten prozentualen Gliederung der Gesamtzahlen der Eheschließungen und Trauungen nach der Religions- bzw. Konfessionszugehörigkeit der Ehepartner. Von der Gesamtzahl der

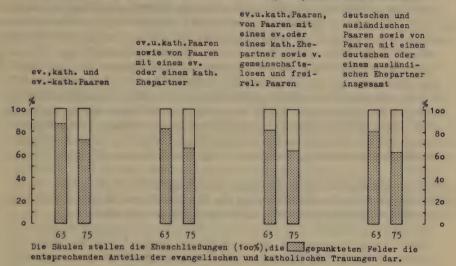
	evang.	schließun Paare un iit einem ng. Ehega	d Paare		rauungen dischen k	
entfielen auf	1963	1974	1975	1963	1974	1975
evang. Paare evangkath. Paare evanganders christl. Paare evangsonstige Paare sonstige Paare	59,6% 33,9% 2,3% 4,2%	48,1% 40,7% 2,6% 8,6%	47,2% 40,9% 2,5% 9,4%	81,4% 17,2% 0,9% 0,3% 0,2%	70,5% 26,7% 1,2% 1,2% 0,4%	69,3% 27,8% 1,1% 1,4% 0,4%
Zusammen	100,0%	100,0%	100,0%	100,0%	100,0%	100,0%

Die Entwicklung der Trauungen und Trauziffern (Trauungen in Prozent der Eheschließungen) aller christlichen Kirchen

Eine vergleichende Analyse der Entwicklungen der standesamtlichen Eheschließungen und der Trauungen aller christlichen Kirchen im Bereich der Bundesrepublik Deutschland einschl. Berlin (West) ergibt folgendes:

- 1. Im Jahre 1975 haben im Bundesgebiet 323 167 evangelische, katholische und evangelisch-katholische Ehepaare geheiratet. Von ihnen wurden 236 647 oder rd. 73% in einer evangelischen oder katholischen Kirche getraut gegenüber rd. 87% im Ausgangsjahr 1963. Die sinkende Tendenz der Traurate ist darauf zurückzuführen, daß die Bereitschaft evangelischer Ehepaare und auch die katholischer Ehepaare, sich nach der standesamtlichen Eheschließung kirchlich trauen zu lassen, von 1963 bis 1975 erheblich abgenommen hat. Nach wie vor ist aber die Traubereitschaft katholischer Ehepaare wesentlich höher als die der evangelischen Ehepaare; 1975 ließen sich 80% (1963: 95%) der katholischen und 68% (1963: 86%) der evangelischen Ehepaare nach der standesamtlichen Eheschließung kirchlich trauen.
- 2. Die Summe aller evangelischen, katholischen und evangelisch-katholischen Paare (siehe 1.) sowie der evangelisch-anders christlichen, evangelisch-sonstigen, katholisch-anders christlichen und katholisch-sonstigen Paare, die vor dem Standesamt die Ehe geschlossen haben, belief sich im Jahre 1975 auf 367124. Von ihnen wurden 242148 oder 66% in einer evangelischen oder katholischen Kirche getraut (1963: 83%). Die Ursachen der Abnahme dieser Traurate liegen in dem bereits erwähnten Rückgang der Traubereitschaft, der bei evangelischen Ehepaaren stärker ausgeprägt ist als bei katholischen, und in der erheblichen Zunahme der Zahl der standesamtlichen Eheschließungen evangelisch-gemeinschaftsloser und katholisch-gemeinschaftsloser Ehepaare. Dabei zeigt sich, daß im Zeitraum von 1963 bis 1975 erheblich mehr Evangelische eine Ehe mit Gemeinschaftslosen eingegangen sind als Katholiken. Auf jeweils eine Eheschließung eines katholisch-gemeinschaftslosen Paares entfielen 1963 drei und 1975 zwei Heiraten evangelisch-gemeinschaftsloser Paare.

Eheschließungen und evangelische sowie katholische Trauungen in der Bundesrepublik Deutschland einschl. Berlin (West) 1963 und 1975 von



Zieht man in diesen Vergleich auch noch die Zahl der Heiraten derjenigen Paare ein, bei denen jeweils beide Ehepartner gemeinschaftslos sind und die somit rechnerisch nicht zum "evangelisch-katholischen Traupotential" gezählt werden können, so ergibt sich eine niedrigere Traurate. Von 100 evangelischen, katholischen, gemeinschaftslosen* und freireligiösen Paaren (einschl. der Paare mit einem entsprechenden Ehepartner), die 1975 geheiratet haben, wurden 64 in einer evangelischen oder katholischen Kirche getraut; 1963 waren es noch 82. Diese Abnahme erklärt sich neben den unter 1. und 2. erwähnten Gründen aus den bis 1974 gestiegenen Zahlen der Kirchenaustritte vornehmlich jüngerer Personen. So erhöhte sich der Anteil der Vermählungen gemeinschaftsloser* und freireligiöser Ehepaare (einschl. der Paare mit einem entsprechenden Ehepartner) an der Gesamtzahl der Eheschließungen im Bundesgebiet von 4,2% im Ausgangsjahr 1963 auf 11,5% im Jahre 1975. Demgegenüber ist der entsprechende Anteil der Eheschließungen evangelischer, katholischer und evangelischkatholischer Paare von 92,2% auf 83,5% gesunken.

3. Insgesamt sind im Jahre 1975 im Bundesgebiet 386681 Paare die Ehe eingegangen. Von ihnen entfielen 34563 auf reine Ausländerehen und auf Ehen mit einem ausländischen Ehepartner. Innerhalb der Eheschließungen fallen also die Ehepaare mit einem oder zwei ausländischen Partnern zahlenmäßig wesentlich schwächer ins Gewicht als die Geburten von Kindern mit einem oder zwei ausländischen Elternteilen innerhalb der Gesamtzahl aller geborenen Kinder.

Von allen Paaren, die 1975 geheiratet haben, wurden rd. 63% in einer evan-

^{*} Einschl. der Personen, für die keine Angaben zur Religionszugehörigkeit vorliegen.

gelischen oder katholischen Kirche getraut gegenüber rd. 81% im Jahre 1963. Dieser Rückgang ist fast ausschließlich durch die bereits unter 1. und 2. aufgeführten Gründe und daneben – allerdings nur in ganz geringfügigem Ausmaß – durch den Zustrom ausländischer Gastarbeiter bedingt. Der Anteil der Eheschließungen von Paaren, deren beide Ehepartner den orthodoxen Kirchen oder einer anderen Religion (hier handelt es sich vor allem um türkische Ehepaare) angehören, an der Gesamtzahl der im Bundesgebiet geschlossenen Ehen erhöhte sich im Berichtszeitraum nur unwesentlich, nämlich von 0,1% 1963 auf 0,6% 1975. 4. Von allen christlichen Kirchen (Gliedkirchen der EKD, Katholische Kirche, evangelische Freikirchen – soweit aus ihrem Bereich Zahlen vorliegen – orthodoxe Kirchen) wurden 1975 rd. 66% der Paare, die in diesem Jahr geheiratet haben und von denen beide oder zumindest ein Ehepartner einer der genannten Kirchen angehören ("christliches Traupotential insgesamt"), kirchlich getraut.

Setzt man die Zahl dieser Trauungen zur Gesamtzahl aller Ehepaare, die im Bundesgebiet vor den Standesämtern die Ehe geschlossen haben, ins Verhältnis, so ergibt sich eine Traurate aller christlichen Kirchen von 63%.

e) Bestattungen und Bestattungsziffern

Im Jahre 1975 wurden in den Kirchengemeinden der Gliedkirchen der EKD 368192 Verstorbene, darunter 358759 evangelische Gemeindeglieder, kirchlich bestattet. Die Bestattungsziffer, d.h. die Zahl der evangelisch Bestatteten in Prozent der verstorbenen evangelischen Personen, belief sich 1975 auf 94 und ist damit seit dem Ausgangsjahr 1963 nahezu unverändert geblieben. Jahr für Jahr werden also, mit Ausnahme der Stadtkirchen Berlin, Hamburg, Bremen und Lübeck, in deren Bereichen die Bestattungsziffern niedriger sind als im Gesamtdurchschnitt der EKD, fast alle verstorbenen evangelischen Personen evangelisch bestattet.

f) Gottesdienstbesuch und Gottesdienstbesuchsziffern

Da die Teilnahme der Kirchenmitglieder am Gottesdienst als eine echte Äußerung aktiver Kirchlichkeit anzusehen ist, kommt den Ergebnissen dieser Statistik eine besondere Bedeutung zu.

Im Zusammenhang mit der Einführung des neuen Erhebungsbogens "Kirchliches Leben in Zahlen" wurde erreicht, daß sich nunmehr sämtliche Gliedkirchen der EKD an der Erfassung der Gottesdienstbesucher beteiligen. Die folgenden Ergebnisse der Statistik des Gottesdienstbesuches beziehen sich somit erstmals auf den Gesamtbereich der EKD.

Gottesdienstbesuch im sonntäglichen Durchschnitt

Der sonntägliche Gottesdienstbesuch wird seit mehreren Jahren methodisch unverändert wie folgt berechnet: Die Kirchengemeinden melden auf den Erhebungsbogen die Zahlen der Gottesdienstbesucher an vier von Jahr zu Jahr vergleichbaren Zählsonntagen (Invocavit, Cantate, 16. bzw. 17. Sonntag nach Trinitatis, 1. Advent). Dabei wird davon ausgegangen, daß es sich bei diesen Sonntagen um solche mit normalem Kirchenbesuch handelt. Die Summe der Zahlen der Gottesdienstbesucher an den vier Zählsonntagen wird durch 4 dividiert und das Ergebnis zur Zahl der Kirchenmitglieder in Beziehung gesetzt. Um eine weitestmögliche Vergleichbarkeit der Ergebnisse zu gewährleisten, wird in allen Kirchengemeinden, in denen am Sonntag Cantate eine Konfirmation, eine Konfirmandenvorstellung im Hauptgottesdienst oder ein Konfirmierten-Abendmahlsgottesdienst stattfand, der folgende Sonntag als Zählsonntag zugrundegelegt.

Nach den nunmehr für sämtliche Gliedkirchen erstmals vollständig vorliegenden, auf repräsentativer Basis an den vier genannten Zählsonntagen ermittelten Zahlen, kann davon ausgegangen werden, daß im Jahre 1975 im Gesamtbereich der EKD Sonntag für Sonntag (ohne Konfirmations- sowie Konfirmandenvorstellungs-Sonntage und ohne Feiertage, wie Weihnachten, Karfreitag, Ostern, Pfingsten, Erntedankfest, Volkstrauertag und Ewigkeitssonntag) rd. 1150000 Personen an den Hauptgottesdiensten und rd. 349000 Kinder an den Kindergottesdiensten, zusammen also rd. 1,5 Millionen Personen, an den Haupt- und Kindergottesdiensten teilgenommen haben, das sind etwa 5,5% der insgesamt rd. 27,2 Millio-

nen Kirchenmitglieder.

1. Hierbei muß aber berücksichtigt werden - worauf in den Berichten für die vorangegangenen Jahre bereits mehrfach ausdrücklich hingewiesen wurde -, daß es sich bei der Gottesdienstbesuchszahl um einen sonntäglichen Durchschnittswert handelt, d.h. sie weist aus, wieviel Personen je Sonntag am Gottesdienst teilnehmen. Diese Personen sind aber nicht Sonntag für Sonntag die gleichen. Die Gesamtzahl der Gemeindeglieder, die im Jahre 1975 ein oder mehrere Male einen Sonntagsgottesdienst besucht haben, ist deshalb höher. Sie kann aber statistisch nicht festgestellt werden; eine entsprechende Zahl wäre nur dann zu ermitteln, wenn sämtliche Gottesdienstbesucher innerhalb eines Jahres namentlich festgehalten würden. Über die Häufigkeit des Gottesdienstbesuches liegen für den Sommer/Herbst 1974 Ergebnisse einer entsprechenden Befragung des Instituts für angewandte Sozialwissenschaft (infas), Bonn-Bad Godesberg, vor. Danach beläuft sich der Anteil der regelmäßigen Kirchgänger an der Gesamtzahl der von dem Institut befragten evangelischen Personen auf rd. 15%. Eine im Sommer 1972 im Auftrag der EKD, der Evangelischen Kirche in Hessen und Nassau und des Evangelischen Gemeindeverbandes Frankfurt/Main durchgeführte repräsentative Umfrage ("Wie stabil ist die Kirche?" Gelnhausen-Berlin 1974) führte hinsichtlich der Frage nach dem Gottesdienstbesuch zu folgenden Ergebnissen:

Es gaben an, in die Kirche zu gehen jeden oder fast jeden Sonntag:

mehrmals oder mindestens einmal im Monat:

8%

16%

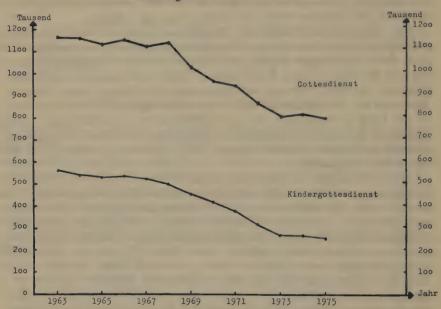
nur an besonderen kirchlichen Feiertagen: 22% nur aus Anlässen wie Hochzeit, Taufe, Begräbnis: 15%

es gaben an, nicht in die Kirche zu gehen: 39% der Befragten.

Die genannte Umfrage führte außerdem zu dem Ergebnis, daß 13% der Befragten regelmäßig bzw. ziemlich häufig und weitere 22% gelegentlich Gottesdienste im Rundfunk hören. Die entsprechenden Anteile der Hörer von Morgenandachten im Rundfunk an der Gesamtzahl der Befragten beliefen sich auf 14% bzw. 18%.

Gottesdienst- und Kindergottesdienstbesucher je Sonntag in den Gliedkirchen der EKD 1963 bis 1975 (ohne Gliedkirchen Bayern und Württemberg)

— Sonntägliche Durchschnittszahlen —



2. Wie ebenfalls bereits in den Berichten für frühere Jahre ausgeführt wurde, wird bei der Errechnung der Gottesdienstbesuchsziffer (Zahl der Gottesdienstbesucher im sonntäglichen Durchschnitt in Prozent zur Zahl der Kirchenmitglieder) die Zahl der Kirchenmitglieder als Bezugszahl zugrundegelegt. Die Zahl der Kirchenmitglieder umfaßt aber auch solche Personen, die infolge ihres Alters, wegen Krankheit oder aufgrund ihres Berufes am Sonntags-Gottesdienst nicht teilnehmen können. Da die Bezugszahl somit zu hoch ist und nicht in vollem Umfang berichtigt werden kann, ist die statistisch errechnete Gottesdienstbesuchsziffer etwas niedriger als es der Wirklichkeit entspricht. Eine allerdings nur teilweise Bereinigung der Gottesdienstbesuchsziffer wird erreicht, wenn von der Zahl der Kirchenmitglieder die Zahl der Kinder im Alter unter 5 Jahren

und die der über 85 Jahre alten Personen abgezogen werden. Auf der Grundlage der um diese Personenkreise verminderten Zahl der Gemeindeglieder errechnet sich für den Gesamtbereich der EKD statt der ausgewiesenen Gottesdienstbesuchsziffer von 5,5% eine solche von rd. 6%.

Der zeitliche Vergleich (er beschränkt sich auf den Bereich der EKD ohne die Gliedkirchen Bayern und Württemberg, für die erst ab 1974 bzw. 1975 vergleichbare Zahlen vorliegen) ergibt, daß sich der von 1969 bis 1973 zu verzeichnende erhebliche Rückgang des Gottesdienstbesuches im Jahre 1975 nur noch in ganz geringfügigem Ausmaß fortgesetzt hat.

In der regionalen Untergliederung zeigen sich nach wie vor wesentliche Unterschiede. Wie in den Vorjahren war der sonntägliche Gottesdienstbesuch in Gebieten mit konfessionell gemischter Bevölkerung, in Bereichen mit überwiegend ländlichen Strukturen sowie in Kleinstädten wesentlich höher als in großstädtischen Ballungsräumen und in Gegenden mit vorwiegend evangelischer Bevölkerung. Auch für 1975 errechnen sich die weitaus höchsten Gottesdienstbesuchsziffern für die im süd- und südwestdeutschen Raum gelegenen Gliedkirchen Württemberg, Bayern, Baden und Pfalz, für die reformierten Landeskirchen Nordwestdeutschland und Lippe sowie für die Gliedkirchen Kurhessen-Waldeck und Schaumburg-Lippe. Verhältnismäßig niedrig war der Gottesdienstbesuch im sonntäglichen Durchschnitt demgegenüber erneut in den Großstadt Kirchen Berlin, Bremen, Hamburg und Lübeck sowie in den Gliedkirchen Schleswig-Holstein und Eutin.

Gottesdienstbesuch an Feiertagen

Wie in den vergangenen Jahren, so war auch 1975 der Gottesdienstbesuch an Feiertagen teilweise wesentlich höher als im sonntäglichen Durchschnitt; das gilt auch für Konfirmandenvorstellungs- und insbesondere für Konfirmationssonntage.

Im Gesamtbereich der EKD haben rd. 1,6 Millionen Personen die Hauptgottesdienste am Karfreitag (28. März 1975) besucht, das waren 5,9% der Kirchenmitglieder. Da am Karfreitag in der Regel keine Kindergottesdienste gehalten werden, erscheinen in der Statistik auch die Karfreitags-Gottesdienstbesuchsziffern etwas niedriger als es der Wirklichkeit entspricht. Bei einer Verminderung der Zahl der Kirchenmitglieder um die Kinder im Alter bis zu 12 Jahren errechnet sich überschläglich eine bereinigte Karfreitags-Gottesdienstbesuchsziffer von rd. 7%. Ähnlich wie bereits für den sonntäglichen Gottesdienstbesuch festgestellt, war auch die Teilnahme an den Karfreitagsgottesdiensten in den Gliedkirchen Bayern, Baden, Württemberg und Pfalz verhältnismäßig hoch, in den Stadtkirchen Berlin, Bremen und Hamburg sowie in Schleswig-Holstein dagegen relativ gering.

Die Christvespern am Heiligen Abend wurden von rd. 5,6 Millionen Personen (20,8% der Kirchenmitglieder) besucht. Hier ergeben sich in der regionalen Untergliederung wesentlich geringere Unterschiede als beim Gottesdienstbesuch

im sonntäglichen Durchschnitt und am Karfreitag. Erheblich unter dem EKD-Durchschnitt lag die Teilnahme an den Christvespern in Berlin.

g) Teilnahme am Heiligen Abendmahl

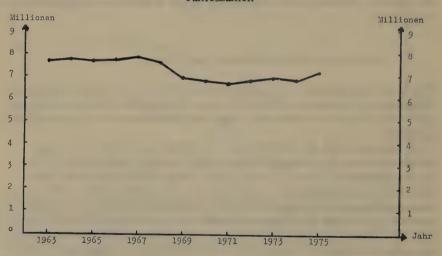
Im Gegensatz zum sonntäglichen Gottesdienstbesuch, der aufgrund einer repräsentativen Zählung an vier Sonntagen errechnet wird, beruht die Ermittlung der Teilnahme am Heiligen Abendmahl auf der Zählung der Teilnehmer an sämtlichen Abendmahlsfeiern innerhalb eines Jahres. Dabei werden allerdings Personen, die mehrere Male am Abendmahl teilnehmen, entsprechend oft gezählt. Insofern stellt das Ergebnis auch nur eine Meßzahl dar. Die Zahl der Gottesdienstbesucher ist mithin statistisch mit der der Abendmahlsbeteiligung nicht vergleichbar.

Gleichwohl sind die Abendmahlsziffern aufschlußreich und erlauben ohne weiteres Vergleiche in zeitlicher und räumlicher Hinsicht.

Im Jahre 1975 wurden in den Kirchengemeinden der Gliedkirchen der EKD insgesamt rd. 7,1 Millionen Beteiligungen von Gemeindegliedern am Heiligen Abendmahl gezählt, das waren rd. 328 000 oder 4,8% mehr als im Vorjahr.

Abendmahlsbeteiligungen in den Gliedkirchen der EKD 1963 bis 1975

– Jahreszahlen –



Der langfristige Vergleich ergibt, daß die Beteiligung am Heiligen Abendmahl, die von 1968 bis 1971 rückläufig war, seit 1972 wieder eine steigende Tendenz zeigt.

Die bei weitem höchste Abendmahlsbeteiligung errechnet sich erneut für die Gliedkirche Bayern und daneben für die Gliedkirche Baden. Demgegenüber war die Abendmahlsbeteiligung in den Stadtkirchen Berlin, Bremen und Lübeck

sowie in den Gliedkirchen Nordwestdeutschland, Schleswig-Holstein, Eutin und Oldenburg verhältnismäßig niedrig.

h) Ständige Kreise der Kirchengemeinden

Wie bereits in der Einleitung zu diesem Bericht erwähnt, wurde zur Erfassung der statistischen Daten im Jahre 1974 ein neuer Erhebungsbogen eingeführt. Dieser Erhebungsbogen enthält erstmals Fragen über Veranstaltungen, Seminare und ständige Kreise der Kirchengemeinden. Die Erfassung und Aufbereitung des zusätzlich anfallenden Zahlenmaterials ermöglicht, einen umfassenderen Einblick in das kirchliche Leben und seine Entwicklung gewinnen zu können. Selbstverständlich ist eine lückenlose Erfassung sämtlicher Gemeindeaktivitäten nicht möglich; die zusätzliche Erhebung beschränkt sich daher zunächst auf eine Auswahl der wichtigsten ständigen Kreise in den Kirchengemeinden.

Die Aufnahme und Beantwortung neuer Fragen war zumindest in der Anlaufphase mit Schwierigkeiten verbunden. Die nunmehr aufbereiteten Daten über die ständigen Kreise der Kirchengemeinden können zwar noch keinen Anspruch auf Vollständigkeit erheben, immerhin aber doch einen guten Überblick über die Gemeindeaktivitäten, soweit sie statistisch zähl- und meßbar sind, vermitteln.

Die Aufbereitung des umfangreichen Zahlenmaterials aus dem Jahre 1975 führte zu folgenden Ergebnissen:

	Anzahl	Durchschn. Teilnehmerzahl
Bibelkreise	rd. 8000	rd. 112000
Predigtvorbereitungs- und		
-nachbesprechungskreise	rd. 1500	rd. 12000
Arbeitskreise für Ökumene		
und Weltmission	rd. 1400	rd. 19000
Kinder- und Jugendkreise	rd. 35300	rd. 515000
Frauen- und Mütterkreise	rd. 13900	rd. 308000
Männerkreise	rd. 1200	rd. 20000
Ehepaarkreise	rd. 1800	rd. 30000
Besuchsdienstkreise	rd. 2200	rd. 33000
Alten- bzw. Seniorenkreise	rd. 7300	rd. 279 000
Kirchenchöre (einschl. Singkreise)	rd. 10000	rd. 231000
Posaunenchöre	rd. 5100	rd. 76000
sonstige Instrumentalkreise	rd. 4800	rd. 46000
sonstige Kreise	rd. 3600	rd. 63 000

Aufgrund der vorliegenden Ergebnisse kann davon ausgegangen werden, daß 1975 an den Zusammenkünften der fast 96000 ständigen Kreise der Kirchengemeinden rd. 1,7 Millionen Personen teilgenommen haben. Diese Zahl wurde errechnet aufgrund der durchschnittlichen Teilnehmerzahlen je Zusammen-

kunft der einzelnen Kreise. Dabei muß allerdings beachtet werden, daß in dieser Zahl Doppel- oder Mehrfachzählungen enthalten sind, da manche Gemeindeglieder in zwei oder sogar mehreren Kreisen mitarbeiten. Auf der anderen Seite ist zu berücksichtigen, daß die Personen, aus denen sich die durchschnittlichen Teilnehmerzahlen zusammensetzen, nicht immer die gleichen sind, d.h., daß die Insgesamtzahlen der ständigen und gelegentlichen Teilnehmer an den Zusammenkünften der Kreise etwas höher sind.

i) Deutscher Evangelischer Kirchentag (DEKT)

Rechtsträger des DEKT ist der eingetragene "Verein zur Förderung des Deutschen Evangelischen Kirchentages e.V.". Die Teilnehmerzahlen der Deutschen Evangelischen Kirchentage im Zeitraum von 1963 bis 1975 haben sich wie folgt entwickelt:

Ort	Jahr	Dauer- teilnehmer	Zahl der Tages- teilnehmer	Teilnehmer an der Schluß- versammlung
Dortmund	1963	14500	36 000	350000
Köln	1965	13 000	16500	120000
Hannover	1967	14500	19500	40000
Stuttgart	1969	17 155	32719	40000
	1971*			
Düsseldorf	1973	7420	10140	24000
Frankfurt	1975	14919	25 521	40000

^{*} Im Jahre 1971 fand statt eines Deutschen Evangelischen Kirchentages das Ökumenische Pfingsttreffen Augsburg statt; die Teilnehmerzahlen sind mit denen der Deutschen Evangelischen Kirchentage nicht vergleichbar.

k) Gemeindetag unter dem Wort

An den beiden Großveranstaltungen "Gemeindetag unter dem Wort" der "Konferenz bekennender Gemeinschaften" haben teilgenommen

1973 in Dortmund: über 24 000 Personen 1975 in Stuttgart: fast 40 000 Personen

l) Brot für die Welt

Das Gesamtaufkommen der Spenden der 16. Aktion "Brot für die Welt" (1974/75) einschl. der Sonderaktion Vietnam belief sich im Gebiet der Bundesrepublik Deutschland einschl. Berlin (West) auf nicht ganz 49,4 Millionen

DM; es lag damit trotz der im Frühsommer 1974 einsetzenden und sich bald darauf voll auswirkenden wirtschaftlichen Rezession um 5,6 Millionen DM oder 12,6% über dem Ergebnis der 15. Aktion (1973/74).

Die von 1959 bis 1975 gespendeten Beträge für "Brot für die Welt" belaufen

sich insgesamt auf 443,1 Millionen DM.

Im einzelnen erbrachten die 16 Aktionen "Brot für die Welt" folgende Summen:

1. Aktion 1959/60	14583623,58 DM
2. Aktion 1960/61	16556364,30 DM
3. Aktion 1961/62	15824507,78 DM
4. Aktion 1962/63	17715311,54 DM
5. Aktion 1963/64	18 003 458,94 DM
6. Aktion 1964/65	18740561,78 DM
7. Aktion 1965/66	33674025,13 DM*
8. Aktion 1966/67	24486828,06 DM
9. Aktion 1967/68	25 23 3 7 1 8 , 4 3 DM
10. Aktion 1968/69	31118277,27 DM*
11. Aktion 1969/70	31808096,56 DM*
12. Aktion 1970/71	30914642,80 DM*
13. Aktion 1971/72	33137918,96 DM
14. Aktion 1972/73	38 133 229,70 DM*
15. Aktion 1973/74	43 826 078,63 DM*
16. Aktion 1974/75	49355499,40 DM*
,	
Gesamtergebnis	443 112 142,86 DM

m) Telefonseelsorge

Nach einem Bericht von H. H. Ulrich ("Ein Ohr zum Jammern für jeden"; Lutherische Monatshefte Nr. 4/1976) hat sich die Zahl der Anrufe bei den Stellen der Telefonseelsorge - sie arbeiten auf ökumenischer Basis - von rd. 200000 im Jahre 1973 auf rd. 300000 im Jahre 1974 und auf rd. 420000 im Jahre 1975 erhöht. Im Jahre 1975 waren insgesamt 3283 Mitarbeiter in der Telefonseelsorge tätig, davon 2876 am Telefon und 407 als Fachberater.

n) Aufnahmen und Kirchenaustritte

Die Zahl der Aufnahmen, Übertritte und Wiederaufnahmen in die Gliedkirchen der EKD belief sich im Jahre 1975 auf 18080, das waren 763 oder 4,4% mehr als 1974. Langfristig ist festzustellen, daß die Entwicklung der Aufnah-

^{*} In diesen Beträgen sind die aus Anlaß der Dürre-Katastrophe in Indien 1965 bzw. der Aktion Kinderluftbrücke Biafra-Gabun sowie die in der Sonderaktion "Brot für die Welt hilft Vietnam" zusätzlich gegebenen Spenden enthalten.

men nach einem erheblichen Rückgang im Zeitraum 1965 bis 1973 seit dem Jahre 1974 wieder eine leicht steigende Tendenz zeigt.

Demgegenüber ist die Zahl der Kirchenaustritte, die im Jahre 1974 mit 216217 (0,8% der Kirchenmitglieder) ihren Höhepunkt erreicht hatte, 1975 bemerkenswert zurückgegangen. Insgesamt 168639 Personen sind 1975 aus der Kirche ausgetreten, das sind 0,6% der evangelischen Wohnbevölkerung in den Gliedkirchen der EKD; im Vergleich zum Vorjahr war die Zahl der Kirchenaustritte damit um 47578 oder 22,0% niedriger.

Der Rückgang der Kirchenaustritte erstreckte sich auf fast alle Gliedkirchen der EKD. Über dem Durchschnitt im Gesamtbereich der EKD lag die Austrittsquote (Zahl der Kirchenaustritte in Prozent der Zahl der Kirchenmitglieder) nach wie vor in den Großstadtkirchen Hamburg, Berlin und Bremen sowie in der Gliedkirche Schleswig-Holstein. Verhältnismäßig niedrige Austrittsquoten errechnen sich demgegenüber vor allem wieder für die beiden reformierten Landeskirchen Nordwestdeutschland und Lippe sowie für die Gliedkirchen Schaumburg-Lippe und Kurhessen-Waldeck. Niedriger als im EKD-Durchschnitt waren die Austrittsquoten ferner wiederum in den Gliedkirchen Eutin und Westfalen sowie in den süd- und südwestdeutschen Gliedkirchen Bayern, Württemberg, Baden und Pfalz.

Die Auswertung zusätzlicher Erhebungen hat ergeben, daß ähnlich den Ergebnissen in den vergangenen Jahren die Schwerpunkte der Kirchenaustritte in der Gliederung

nach dem Raum in Großstädten und deren Einzugsbereichen,

nach dem Geschlecht bei den Männern,

nach dem Alter bei den 18 bis unter 30 und daneben bei den 30 bis unter 40 Jahre alten Personen und

nach Berufsgruppen bei der großen Gruppe der Angestellten — sie ist sehr inhomogen zusammengesetzt und umfaßt Angehörige nahezu aller Berufe mit den unterschiedlichsten Tätigkeiten — und außerdem, allerdings in geringerem Ausmaß, bei den Beamten und Arbeitern liegen.

Tabellen zum Abschnitt 2. Ergebnisse der Statistik über das kirchliche Leben in den Gliedkirchen der EKD 1974

Tabelle 1 Kirchenmitglieder (Stand: 31.12.1974)

Gliedkirche	Anzahl der Kirchenmitglieder
n 1.	1.275.000
Baden	1375 000
Bayern	2579 000
Berlin (West)	1 163 000
Braunschweig	590000
Bremen	432000
Eutin	92 000
Hamburg	477 000
Hannover	3827000
Hessen und Nassau	2221000
Kurhessen-Waldeck	1 096 000
Lippe	247 000
Lübeck	183 000
Nordwestdeutschland	203 000
Oldenburg	536 000
falz	703 000
Rheinland	3581000
Schaumburg-Lippe	75 000
chleswig-Holstein	2302000
Vestfalen ¹)	3 249 000
Vürttemberg	2496000
Zusammen	27426000²)

1) Einschl, der zur Ev. Kirche der Kirchenprovinz Sachsen gehörenden, jedoch treuhänderisch von der Ev. Kirche von Westfalen verwalteten Kirchengemeinden Bad Sachsa und Tettenborn.

²⁾ Differenz ergibt sich durch Rundungen.

Tabelle 2 Taufen im Jahre 1974

	Getaufte	Kinder	davon (in % von Spalte 1)					
			Kinder aus					
Gliedkirche	insges amt	darunter nach-		Mischehen		nicht- eheliche	Kinder sonst.	Getaufte Erwach-
	nisgesant	träglich getauft ¹)	evange- lischen Ehen	insge- samt	darunter aus evang kath, Ehen	Kinder evang. Mütter	Eltern und Mütter	sene
	1	2	3	4	5	6	7	8
Baden	11218	695	59,2	36,3	32,7	4,4	0,1	128
Bayern	21924	1163	62,1	33,4	29,7	3,9	0,5	125
Berlin (West)	5 6 8 5	1779	72,4	19,3	10,6	5,5	2,8	955
Braunschweig	5 175	713	77,9	17,9	12,8	3,6	0,6	212
Bremen	2837	620	74,7	21,1	11,5	3,4	0,8	262
Eutin	793	118	89,7	7,7	5,7	2,4	0,3	19
Hamburg	2780	996	75,7	18,4	9,1	4,2	1,7	585
Hannover	35422	2857	85,2	11,8	9,1	2,7	0,2	679
Hessen und Nassau	18251	1314	69,6	26,3	21,9	2,9	1,3	197
Kurhessen-Waldeck	10414	370	79,7	17,6	14,5	2,6	0,0	67
Lippe	2122	80	85,2	10,6	9,2	2,4	1,8	11
Lübeck	1321	173	77,3	9,4	4,8	6,7	6,7	101
Nordwestdeutschland	2192	. 54	89,2	9,2	7,4	0,9	0,7	19
Oldenburg	5 603	682	82,4	14,8	9,5	2,2	0,6	155
Pfalz	6036	317	65,4	30,5	26,5	3,8	0,3	48
Rheinland	26521	3413	57,1	38,2	33,2	3,1	1,6	682
Schaumburg-Lippe	670	7	83,0	13,7	11,6	2,8	0,4	6
Schleswig-Holstein	19028	3 2 2 8	84,8	10,8	5,9	2,7	1,7	1434
Westfalen ²)	27 104	2902	70,9	25,9	22,7	2,9	0,3	192
Württemberg	22836	1456	70,0	27,3	23,6	2,3	0,4	122
Zusammen	227932	2 22937	72,4	23,8	19,7	3,1	0,8	5999

Taufen von Kindern im Alter von 1 bis unter 14 Jahren.
 Siehe Fußnote 1 zu Tabelle 1.

Tabelle 3 Konfirmanden (Stand: 31.12.1974) und Konfirmierte im Jahre 1974

Gliedkirche	Anzal	hl der	
Gledkircne	Konfirmanden ¹)	Konfirmierter	
	1	2	
Baden	20252	19 993	
Bayern	37979	36958	
Berlin (West)	12618	11153	
Braunschweig	9625	9 096	
Bremen	5865		
Eutin	1307	1322	
Hamburg	6073	6258	
Hannover	65 539	33492	
Hessen und Nassau	34417	29756	
Kurhessen-Waldeck	14575	14021	
Lippe	3364	3153	
Lübeck	2409	2409	
Nordwestdeutschland	3437	3 023	
Oldenburg	9183	8697	
Pfalz	11248	11695	
Rheinland	48927	47766	
Schaumburg-Lippe	1139	769	
Schleswig-Holstein	33287	36 053	
Westfalen ²)	43 192	42668	
Vürttemberg		30917	
Zusammen	(364513)	(355010)	

¹⁾ Ohne Vorkonfirmanden und Katechumenen.

²⁾ Siehe Fußnote 1 zu Tabelle 1.

Tabelle 4 Trauungen im Jahre 1974

		davoi	(in % von Spalte 1)				
Gliedkirche	Getraute Paare insgesamt	evangelische	konfessi glaubensve Ehe	sonstige			
		Ehepaare	insgesamt	darunter evangkath. Ehepaare	Ehepaare		
	1		3	4	5		
Baden	6078	54,0	46,0	43,2	-		
Bayern	10475	60,4	39,2	37,0	0,4		
Berlin (West)	1974	81,2	17,7	13,8	1,1		
Braunschweig	2275	80,2	19,2	16,9	0,6		
Bremen	1166	77,0	23,0	14,1	-		
Eutin	320	87,8	11,6	9,4	0,6		
Hamburg	968	86,0	14,0	11,6	-		
Hannover	16000	86,0	13,8	12,0	0,2		
Hessen und Nassau	9553	69,3	30,1	27,1	0,6		
Kurhessen-Waldeck	5304	78,4	21,6	19,1	-		
Lippe	1138	83,8	14,5	13,2	1,7		
Lübeck	567	78,8	10,1	8,8	11,1		
Nordwestdeutschland	1 008	87,7	12,3	9,3	-		
Oldenburg	2076	82,1	17,6	13,9	0,3		
Pfalz	3 5 8 9	62,2	37,1	34,3	0,6		
Rheinland	13466	53,2	46,3	44,1	0,5		
Schaumburg-Lippe	315	86,0	14,0	12,4			
Schleswig-Holstein	6856	88,4	10,2	8,4	1,5		
Westfalen 1)	14424	68,0	32,0	30,3	0,1		
Württemberg	10864	67,1	32,9	29,5	-		
Zusammen	108416	70,5	29,1	26,7	0,4		

¹⁾ Siehe Fußnote 1 zu Tabelle 1.

Tabelle 5 Kirchliche Bestattungen im Jahre 1974

			dav	von		
Challatata	Bestattete	Evang	gelische	Sonstige		
Gliedkirche	insgesamt	Anzahl	in % aller Bestatteten (Spalte 1)	Anzahl	in % aller Bestatteten (Spalte 1)	
	1	2	3	4	5	
Baden	16703	16 293	97,5	410	2,5	
Bayern	34128	33 499	98,2	629	1,8	
Berlin (West)	22563	21 481	95,2	1 082	4,8	
Braunschweig	7907	7812	98,8	95	1,2	
Bremen	5395	5 2 7 6	97,8	119	2,2	
Eutin	1279	1213	94,8	6 6	5,2	
Hamburg	6793	6709	98,8	84	1,2	
Hannover	50030	49475	98,9	555	1,1	
Hessen und Nassau	28144	27476	97,6	668	2,4	
Kurhessen-Waldeck	13 250	13 126	99,1	124	0,9	
Lippe	3133	3113	99,4	20	0,6	
Lübeck	2440	2436	99,8	4	0,2	
Nordwestdeutschland	2253	2104	93,4	149	6,6	
Oldenburg	6942	6635	95,6	307	4,4	
Pfalz	9 194	8988	97,8	206	2,2	
Rheinland	46144	44793	97,1	1351	2,9	
Schaumburg-Lippe	1062	1 050	98,9	12	1,1	
Schleswig-Holstein	28500	27 647	97,0	853	3,0	
Westfalen ¹)	42979	42434	98,7	545	1,3	
Württemberg	28634	27891	97,4	743	2,6	
Zusammen	357473	349451	97,8	8022	2,2	

¹⁾ Siehe Fußnote 1 zu Tabelle 1.

Tabelle 6 Gottesdienstbesuch im Jahre 1974

	Anzahl der Gottesdienstbesucher im Durchschnitt der vier Zählsonntage ¹)							
Gliedkirche	im Haupt- gottesdienst	im Kinder- gottesdienst	zusammen	in % der Mitglieder der Landes- kirche				
	1	2	3	4				
Baden	88928	23510	112438	8,2				
Bayern	182 276	35413	217689	8,4.				
Berlin (West)	17 261	4059	21320	1,8				
Braunschweig	17 268	5392	22660	3,8				
Bremen	7606	2223	9829	2,3				
Eutin	2008	476	2484	2,7				
Hamburg	10106	1808	11914	2,5				
Hannover	117444	37988	155432	4,1				
Hessen und Nassau	95900	31361	127261	5,7				
Kurhessen-Waldeck	55 323	19885	75 208	6,9				
Lippe	12053	3795	15848	6,4				
Lübeck	3446	469	3915	2,1				
Nordwestdeutschland	13844	6095	19939	9,8				
Oldenburg	11573	4337	15910	3,0				
Pfalz	39617	7405	47022	6,7				
Rheinland	120307	45 173	165480	4,6				
Schaumburg-Lippe	3561	955	4516	6,0				
Schleswig-Holstein	41 979	11859	53838	2,3				
Westfalen ²)	148421	54113	202534	6,2				
Württemberg								
Zusammen ³)	988921	296316	1 285 237	5,2				

¹⁾ Die 4 festgesetzten Zählsonntage sind: Invocavit, Cantate, 16. Sonntag nach Trinitatis, 1. Advent.

²⁾ Siehe Fußnote 1 zu Tabelle 1.

³⁾ Ohne Württemberg.

Tabelle 7 Heiliges Abendmahl im Jahre 1974

		Abendn	Abendmahlsfeiern			Abendmahlsgäste	
		in der Kirche					
Gliedkirche	insgesamt	je Kirchen- gemeinde	je Kirchengemeinde mit Sitz eines Pfarramts	Privat- kommunionen	insgesamt	in % der Mitglieder der Landeskirche	Anzahl je Abendmahlsfeier
	1	2	3	4	2	9	7
Baden	10675	20	24	6922	460829	33,5	26
Ваует	32060	22	24	11661	1131470	43,9	26
Berlin (West)	6902	42	42	1316	201 273	17,3	24
Braunschweig	4413	11	19	589	127861	21,7	26
Bremen	1469	22	22	337	46949	10,9	26
Eutin	299	15	15	42	8845	7.6	26
Hamburg	3304	38	38	490	96630	20,3	25
Hannover	24960	16	20	6493	827213	21,6	26
Hessen und Nassau	20489	18	22	7938	612432	27,6	22
Kurhessen-Waldeck	8061	6	16	3498	331512	30,3	29
Lippe	1209	18	18	318	55061	22,2	36
Lübeck	1115	35	35	59	26995	14,7	23
Nordwestdeutschland	743	9	7	48	29848	14,7	38
Oldenburg	2902	25	26	647	81993	15,3	23
Pfalz	4925	10	16	2829	189837	27,0	24
Rheinland	20104	24	26	10111	756268	21,1	25
Schaumburg-Lippe	355	17	17	422	19268	25,8	25
Schleswig-Holstein	10179	20	20	1498	269252	11,7	23
Westfalen ¹)	21496	34	34	8565	873737	26,9	29
Württemberg	15251	11	13	8559	666445	26,7	28
Zusammen	190911	18	22	72342	6813718	24,8	26

1) Siehe Fußnote 1 zu Tabelle 1.

Tabelle 8 Aufnahmen im Jahre 1974

	Aufgenommene							
		Erwac	hsene		Religions-	Aufge-		
Gliedkirche			darunter			nommene zusammen		
	insgesamt Männer			unmündige²)	(Sp. 1 + 5)			
		Anzahl	in % von Spalte 1	Wiederaufge- nommene ¹)				
	1	2	3	4	5	6		
Baden	592	230	38,9	224	142	734		
Bayern	1 190	515	43,3	304	296	1486		
Berlin (West)	1 251	559	44,7	319	6	1257		
Braunschweig	337	157	46,6	285	27	564		
Bremen	445	245	55,1	102	31	476		
Eutin	27	15	55,6	18	1	28		
Hamburg	798	387	48,5	174	3	801		
Hannover	1800	759	42,2	663	155	1955		
Hessen und Nassau	1100	469	42,6	439	110	1210		
Kurhessen-Waldeck	447	195	43,6	151	48	495		
Lippe	107	47	43,9	41	5	112		
Lübeck	143	51	35,7	29	4	147		
Nordwestdeutschland	109	55	50,5	20	12	121		
Oldenburg	299	154	51,5	100	19	318		
Pfalz	327	160	48,9	80	66	393		
Rheinland	2 294	1061	46,3	953	143	2437		
Schaumburg-Lippe	27	14	51,9	11	_	27		
Schleswig-Holstein	2042	967	47,4	633	77	2119		
Westfalen ³)	1796	897	49,9	708	117	1913		
Württemberg	803			260	121	924		
Zusammen	15934	(6937)	(45,8)	5514	1383	17317		

¹⁾ Einschl. Rücktritte.

²⁾ Nur Kinder, die getauft waren.3) Siehe Fußnote 1 zu Tabelle 1.

Tabelle 9 Kirchenaustritte im Jahre 1974

		Ausge	Ausgetretene zusammen (Sp. 1 + 4)			
		Erwachsene			(Sp. 1 + 4)	
Gliedkirche		darunter	Männer	Religions- unmündige ¹)	Anzahl	in % der Mitglieder
	insgesamt	Anzahl	in % von Spalte 1	- ummunaige)	Anzani	der Landes- kirche
	1	2	3	4	5	6
Baden	5 5 7 5	3176	57,0	197	5772	0,4
Bayern	11666	6964	59,7	431	12097	0,5
Berlin (West)	28622	16 198	56,6	64	28 686	2,4
Braunschweig	4875	3341	68,5	20	4895	0,8
Bremen	7495	5 0 6 3	67,6	29	7524	1,7
Eutin	412	273	66,3	6	418	0,5
Hamburg	11212	6468	57,7	13	11225	2,2
Hannover	23958	15 852	66,2	206	24 164	0,6
Hessen und Nassau	20802	11795	56,7	168	20970	0,9
Kurhessen-Waldeck	3797	2317	61,0	7 7	3874	0,4
Lippe	729	492	67,5	5	734	0,3
Lübeck	1376	933	67,8	12	1388	0,7
Nordwestdeutschland	431	253	58,7	11	442	0,2
Oldenburg	4067	2778	68,3	42	4109	0,8
Pfalz	2808	1766	62,9	76	2884	0,4
Rheinland	31482	20554	65,3	389	31 871	0,9
Schaumburg-Lippe	159	110	69,2	4	163	0,2
Schleswig-Holstein	26 137	16898	64,7	95	26 23 2	1,1
Westfalen ²)	17845	12472	69,9	209	18054	0,5
Württemberg	10420			295	10715	0,4
Zusammen	213868	(127703)	(62,8)	2349	216217	0.8

Nur Kinder, die getauft waren.
 Siehe Fußnote 1 zu Tabelle 1.

Tabellen zum Abschnitt 2.
Ergebnisse der Statistik über das kirchliche Leben in den Gliedkirchen der EKD 1975

Tabelle 1 Kirchenmitglieder (Stand: 31.12.1975)

Gliedkirche	Anzahl der Kirchenmitgliede
	1367 000
Baden	
Bayern	2570000
Berlin (West)	1 171 000
Braunschweig	580 000
Bremen	421 000
Eutin	92000
Hamburg	457 000
Hannover	3795000
Hessen und Nassau	2203 000
Kurhessen-Waldeck	1 090 000
Lippe	246 000
Lübeck	180000
Nordwestdeutschland	202000
Oldenburg	533 000
Pfalz	695 000
Rheinland	3541000
Schaumburg-Lippe	74 000
Schleswig-Holstein	2273000
Westfalen ¹)	3214000
Württemberg	2478 000
Zusammen	27184000²)

¹⁾ Einschl. der zur Ev. Kirche der Kirchenprovinz Sachsen gehörenden, jedoch treuhänderisch von der Ev. Kirche von Westfalen verwalteten Kirchengemeinden Bad Sachsa und Tettenborn.

²⁾ Differenz ergibt sich durch Rundungen.

Tabelle 2 Taufen im Jahre 1975

	Getaufte	Kinder		davon	(in % von S	palte 1)		
				Kinder aus			The Winds	
Gliedkirche		darunter nach-		Mis	schehen	nicht- eheliche	Kinder sonst.	Getaufte Erwachse
	insgesamt	träglich getauft ¹)	evange- lischen Ehen	insge- samt	darunter aus evang kath. Ehen	Kinder evang. Mütter	Eltern und Mütter	ne
	1	2	3	4	5	6	7	8
Baden	11032	740	57,4	38,0	33,7	3,9	0,8	177
Bayern	21353	1 224	60,8	34,7	30,4	3,8	0,8	177
Berlin (West)	5 608	1907	72,0	21,0	11,1	5,0	2,1	1018
Braunschweig	4673	633	79,3	16,8	12,5	3,4	0,4	139
Bremen	2431	514	72,0	23,6	10,6	3,8	0,5	233
Eutin	749	132	88,8	7,6	5,5	3,2	0,4	29
Hamburg	2426	836	73,4	19,5	8,0	3,9	3,3	474
Hannover	33 929	3354	84,5	12,1	9,2	2,6	0,9	794
Hessen und Nassau	17648	1444	68,6	27,9	22,8	2,6	0,9	205
Kurhessen-Waldeck	9946	396	80,5	16,8	14,3	2,3	0,5	68
Lippe	1932	129	84,7	13,3	11,3	1,7	0,3	24
Lübeck	1 333	307	74,7	13,0	8,1	7,4	4,9	87
Nordwestdeutschland	2118	77	90,2	8,7	6,8	1,0	0,1	14
Oldenburg	5 0 2 8	810	81,2	16,0	10,0	2,2	0,7	142
Pfalz	5815	371	63,8	31,9	28,5	3,9	0,4	37
Rheinland	25351	3 289	56,7	39,6	34,5	2,9	0,8	829
Schaumburg-Lippe	591	20	84,6	12,7	9,8	1,9	0,8	4
Schleswig-Holstein	17654	3100	84,8	11,9	6,3	2,5	0,8	1071
Westfalen ²)	25478	2578	68,7	27,9	24,2	2,8	0,6	469
Württemberg	22 009	1416	69,0	28,4	23,7	2,3	0,3	342
Zusammen	217104	23 277	71,3	25,0	20,5	2,9	0,8	6333

Taufen von Kindern im Alter von 1 bis unter 14 Jahren.
 Siehe Fußnote 1 zu Tabelle 1.

Tabelle 3 Konfirmanden (Stand: 31.12.1975) und Konfirmierte im Jahre 1975

Gliedkirche	Anza	hl der
Gnedkitche	Konfirmanden¹)	Konfirmierter
	1	2
Baden	22406	19949
Bayern	40660	38542
Berlin (West)	13718	12292
Braunschweig	9622	9551
Bremen	6902	5737
Eutin	1374	1 284
Hamburg	6118	5969
Hannover	65 192	68412
Hessen und Nassau	33802	29915
Kurhessen-Waldeck	18127	14726
Lippe	3859	3447
Lübeck	2750	2412
Nordwestdeutschland	4067	2890
Oldenburg	10304	10132
Pfalz	12503	11013
Rheinland	53882	48 293
Schaumburg-Lippe	1201	1166
Schleswig-Holstein	36197	33 156
Vestfalen ²)	50472	43971
Vürttemberg	44693	40755
usammen	437849	403612

Ohne Vorkonfirmanden und Katechumenen.
 Siehe Fußnote 1 zu Tabelle 1.

Tabelle 4 Trauungen im Jahre 1975

			davon (in %	von Spalte 1)	
Gliedkirche	Getraute Paare insgesamt	evangelische	glaubensv	ons- oder erschiedene paare	sonstige
		Ehepaare	insgesamt	darunter evangkath. Ehepaare	Ehepaare
	1	2	3	4	5
Baden	6172	51,0	48,7	46,1	0,3
Bayern	10656	58,7	41,2	38,6	0,1
Berlin (West)	1979	82,7	16,4	13,3	0,9
Braunschweig	2260	82,2	17,7	16,4	0,1
Bremen	1063	76,1	23,9	14,7	
Eutin	298	90,6	9,4	8,4	-
Hamburg	982	84,1	15,3	9,2	0,6
Hannover	15358	85,1	14,3	12,1	0,6
Hessen und Nassau	8934	67,5	32,1	28,9	0,5
Kurhessen-Waldeck	5455	78,5	21,4	19,4	0,1
Lippe	1 046	84,1	15,9	13,9	-
Lübeck	515	77,5	12,2	9,5	10,3
Nordwestdeutschland	950	85,2	14,6	11,5	0,2
Oldenburg	2150	82,5	17,5	14,6	-
Pfalz	3734	62,4	37,2	35,2	0,3
Rheinland	13495	52,8	46,9	44,7	0,3
Schaumburg-Lippe	323	84,5	13,9	13,0	1,5
Schleswig-Holstein	6772	89,1	10,7	8,8	0,2
Westfalen 1)	14 225	65,6	34,4	32,1	0,0
Württemberg	10712	66,0	33,9	30,3	0,1
Zusammen	107079	69,3	30,4	27,8	0,3

¹⁾ Siehe Fußnote 1 zu Tabelle 1.

Tabelle 5 Kirchliche Bestattungen im Jahre 1975

			dave	on	
Cli-Ald-Lab	Bestattete	Evan	gelische	Son	nstige
Gliedkirche	insgesamt	Anzahl	in % aller Bestatteten (Spalte 1)	Anzahl	in % aller Bestatteter (Spalte 1)
	1	2	3	4	5
Baden	17304	16817	97,2	487	2,8
Bayern	35 199	34442	97,8	757	2,2
Berlin (West)	22259	21 428	96,3	831	3,7
Braunschweig	7890	7746	98,2	144	1,8
Bremen	5437	5 298	97,4	139	2,6
Eutin	1 266	1 228	97,0	38	3,0
Hamburg	6507	6414	98,6	93	1,4
Hannover	51150	50418	98,6	732	1,4
Hessen und Nassau	28 841	28 07 5	97,3	766	2,7
Kurhessen-Waldeck	14277	14113	98,9	164	1,1
Lippe	3211	3 180	99,0	31	1,0
Lübeck	2471	2464	99,7	7	0,3
Nordwestdeutschland	2324	2260	97,2	64	2,8
Oldenburg	7128	6744	94,6	384	5,4
Pfalz	9670	9444	97,7	226	2,3
Rheinland	48110	46443	96,5	1667	3,5
Schaumburg-Lippe	1 132	1 108	97,9	24	2,1
Schleswig-Holstein	29893	28691	96,0	1 202	4,0
Westfalen ¹)	45 017	44 149	98,1	868	1,9
Württemberg	29 106	28 297	97,2	809	2,8
- Zusammen	368 192	358759	97,4	9433	2,6

¹⁾ Siehe Fußnote 1 zu Tabelle 1.

Tabelle 6 Gottesdienstbesuch im Jahre 1975

1	ij	Anzahl der Gott Durchschnitt der	Anzahl der Gottesdienstbesucher im Durchschnitt der vier Zählsonntage ¹)	(₁)	Gottesdien am Ka	Gottesdienstbesucher am Karfreitag	Gottesdienstbesucher am Heiligen Abend	stbesucher en Abend
Sijedkirche	im Haupt- gottesdienst	im Kinder- gottesdienst	zusammen	in % der Mitglieder der Landes- kirche	Anzahl	in % der Mitglieder der Landes- kirche	Anzahl	in % der Mitglieder der Landes- kirche
	1	2	6	4	8	9	7	00
Baden	87320	22558	109878	8,0	147806	10,8	283924	20,8
Bayern	185428	34815	220243	9,8	315492	12,3	636367	24,8
Berlin (West)	17151	4127	21278	1,00	21336	1,8	340000	29,0
Braunschweig	17310	5532	22842	3,9	20756	3,6	144239	24,9
Bremen	7757	2112	6986	2,3	7647	1,8	62961	15,0
Eutin	2054	482	2536	2,8	2919	3,2	14006	15,2
Hamburg	9562	1839	11401	2,5	8802	1,9	82415	18,0
Hannover	122031	38437	160468	4,2	137355	3,6	1 009 785	26,6
Hessen und Nassau	95241	31831	127072	5,8	129246	5,9	473997	21,5
Kurhessen-Waldeck	54 068	20040	74108	8,9	61 000	5,6	286855	26,3
Lippe	12150	3705	15855	6,4	18397	7,5	62116	25,3
Lübeck	3375	936	4311	2,4	2693	3,2	29302	16,3
Nordwestdeutschland	13764	6091	19855	8,6	11422	5,7	40686	20,1
Oldenburg	11992	4800	16792	3,2	12532	2,4	89372	16,8
Pfalz	37792	7 656	45448	6,5	65864	9,5	108719	15,6
Rheinland	122915	42874	165789	4,7	155 209	4,4	630262	17,8
Schaumburg-Lippe	3432	1054	4486	6,1	4015	5,4	21 596	29,2
Schleswig-Holstein	41510	11931	53441	2,4	41 031	1,8	386232	17,0
Westfalen ²)	129883	45160	175 043	5,4	180178	2,6	653651	20,3
Württemberg	176730	63 067	239 797	7,6	266538	10,8	495947	20,0
Zusammen	1151465	349 047	1500512	5,5	1613242	5,9	5852432	21,5

1) Die 4 festgesetzten Zählsonntage sind: Invocavit, Cantate, 16. Sonntag nach Trinitatis, 1. Advent. 2) Siehe Fußnote 1 zu Tabelle 1.

Tabelle 7 Heiliges Abendmahl im Jahre 1975

		Abendn	Abendmahlsfeiern			Abendmahlsgäste	
		in der Kirche					
Gliedkirche	insgesamt	je Kirchen- gemeinde	je Kirchengemeinde mit Sitz eines Pfarramts	Privat- kommunionen	insgesamt	in % der Mitglieder der Landeskirche	Anzahl je Abendmahlsfeier
	-	2	3	4	5	9	7
Baden	10790	20	24	5844	475885	34.8	29
Bayern	29167	20	22	10868	1184387	46.1	30
Berlin (West)	0809	37	37	570	199393	17.0	30
Braunschweig	5048	13	21	206	134050	23,1	23
Bremen	1453	21	22	317	56780	13,5	32
Eutin	288	14	14	81	10829	11,8	29
Hamburg	3375	39	39	537	104458	22,9	27
Hannover	24802	16	20	6342	924331	24,4	30
Hessen und Nassau	14565	13	16	6025	631808	28,7	31
Kurhessen-Waldeck	6669	7	14	3401	330119	30,3	32
Lippe	1253	18	18	338	59802	24,3	300
Lübeck	1068	33	33	40	27047	15,0	24
Nordwestdeutschland	756	9	7	54	29821	14,8	37
Oldenburg	3606	31	33	727	90035	16,9	21
Pfalz	3977	6	14	2311	190982	27,5	30
Rheinland	20775	25	27	8452	792433	22,4	27
Schaumburg-Lippe	377	18	18	390	19923	26,9	26
Schleswig-Holstein	10174	20	20	1334	289474	12.7	25
Westfalen ¹)	24858	39	39	9416	893773	27.8	26
Württemberg	18210	13	16	8773	696 032	28,1	26
Zusammen	187621	200	22	1,179	7141362	26.2	000
				17.00	700 141	50,07	07

1) Siehe Fußnote 1 zu Tabelle 1.

Tabelle 8 Ständige Kreise der Kirchengemeinden im Jahre 1975

Gliedkirche Teilnehmerzahl	Baden	Вауеги	Berlin (West)	Braun- schweig	Bremen	Eutin	Hamburg	Hannover	Hessen und Nassau	Kurhessen- Waldeck	Lippe
	-	2	60	4	S	9	7	00	6	10	111
Anzahl der Bibelkreise	444	1616	195	85	136	00	86	727	740	262	107
Teilnehmerzahl ²)	5 587	22967	3100	1170	1783	116	1569	10517	7608	3497	1310
Anzahl der Predigtvorbereitungs-											
und -nachbesprechungskreise	115	160	85	17	11	1	26	130	134	24	26
Teilnehmerzahi ²)	943	1145	850	133	184	1	296	1230	828	153	54
Anzahl der Arbeitskreise für											
Ökumene und Weltmission	85	168	91	16	00	3	16	104	127	45	6
Teilnehmerzahl ²)	1 086	2511	1700	243	91	64	300	1468	1486	558	121
Anzahl der Kinder- und Jugendkreise	2295	3822	1 200	570	509	99	529	3823	3540	1332	258
Teilnehmerzahl ²)	30163	54117	14200	9484	9310	812	8352	51018	43894	21759	3907
Anzahl der Frauen- und Mütterkreise	801	606	200	427	121	21	103	1671	1808	628	139
Teilnehmerzahl ²)	16025	19417	4700	10844	3 596	528	2113	34381	24382	12720	3485
Anzahl der Männerkreise	73	107	45	21	17	-	17	93	92	28	6
Teilnehmerzahl ²)	1249	1967	290	296	316	10	267	1443	1 020	554	162
Anzahl der Ehepaarkreise	108	167	85	24	30	1	40	195	160	94	00
Teilnehmerzahl ²)	1533	2877	1200	415	538	16	929	3273	2055	716	127

2) Errechnet aufgrund der durchschnittlichen Teilnehmerzahlen je Zusammenkunft der einzelnen Kreise.

Kreis Teilnehmerzahl	Gliedkirche	Lübeck	Nordwest- deutsch- land	Oldenburg	Pfalz	Rheinland	Schaum- burg- Lippe	Schleswig- Holstein	Westfalen')	Württem- berg	Zusammen
		12	13	14	15	16	17	18	19	20	21
Anzahl der Bibelkreise		39	4	64	105	757	20	334	ACT	1457	2507
Teilnehmerzahl ²)		604	845	698	1435	10180	497	4783	9756	23 987	112180
Anzahl der Predigtvorbereitungs-											
und -nachbesprechungskreise		4	7	15	38	284	ı	78	181	150	1482
Teilnehmerzahl²)		42	87	26	143	2799	1	798	953	1538	12435
Anzahl der Arbeitskreise für											
Ökumene und Weltmission		13	12	14	27	198	_	66	170	196	1402
Teilnehmerzahl ²)		177	142	255	155	2884	20	1607	1963	2607	19438
Anzahl der Kinder- und Jugendkreise		175	237	357	840	4620	52	2187	3716	5213	35341
Teilnehmerzahl ²)		4546	3254	5774	11396	73657	776	36169	56911	75182	514882
Anzahl der Frauen- und Mütterkreise		89	102	134	299	2246	34	635	2254	1348	13948
Teilnehmerzahl ²)		1332	2358	3779	6505	51552	1 0 2 8	13964	67861	27389	307959
Anzahl der Männerkreise		6	00	13	31	159	7	4	321	107	1180
Teilnehmerzahl ²)		94	112	233	528	2704	121	671	5941	1417	19647
Anzahl der Ehepaarkreise		6	27	31	24	276	- 1	151	156	291	1829
Teilnehmerzahl²)		192	311	575	342	4977	1	2124	2860	4778	29586

Siehe Fußnote 1 zu Tabelle 1.
 Errechnet aufgrund der durchschnittlichen Teilnehmerzahlen je Zusammenkunft der einzelnen Kreise.

Kreis Teilnehmerzahl	Baden	Bayern	Berlin (West)	Braun- schweig	Bremen	Eutin	Hamburg	Hannover	Hessen und Nassau	Kurhessen- Waldeck	Lippe
	-	2	3	4	S	9	7	00	6	10	111
Anzahl der Besuchsdienstkreise	167	183	62	42	25	6	19	236	162	09	16
Teilnehmerzahl²)	1821	3147	720	404	283	23	229	3243	2118	573	277
Anzahl der Alten- bzw. Seniorenkreise	398	692	305	159	98	19	139	1183	645	267	54
Teilnehmerzahl ²)	17115	29 293	8 050	6764	3601	862	4992	40208	20436	9492	2225
Anzahl der Kirchenchöre (einschl.											
Singkreise und Kinderchöre)	260	1021	290	132	132	25	200	1066	1213	393	73
Teilnehmerzahl²)	14564	22426	2000	3789	3876	314	4221	23470	24 123	9884	2041
Anzahl der Posaunenchöre	3483)	864	99	59	46	10	30	819	399	297	50
Teilnehmerzahl ²)	47083)	13639	200	655	478	94	349	10766	5926	4623	904
Anzahl der sonstigen Instrumentalkreise		405	202	59	224	4	125	726	748	259	36
Teilnehmerzahl ²)		3809	1560	536	2054	24	166	6934	5836	2608	445
Anzahl der sonstigen Kreise											
der Kirchengemeinden	238	381	221	92	78	1	95	808	205	129	11
Teilnehmerzahl²)	3719	0099	3667	1049	1263	25	1756	7919	6502	1706	245

Errechnet aufgrund der durchschnittlichen Teilnehmerzahlen je Zusammenkunft der einzelnen Kreise.
 Einschl. sonstiger Instrumentalkreise.

Kreis Teilnehmerzahl	Gliedkirche	Lübeck	Nordwest- deutsch- land	Nordwest- deutsch- land	Pfalz	Rheinland	Schaum- burg- Lippe	Schleswig- Holstein	Westfalen¹)	Württem- berg	Zusammen
		12	13	14	15	16	17	18	19	20	21
						ı			ı		
Anzahl der Besuchsdienstkreise		13	15	14	30	362	1	107	235	430	2182
$Teilnehmerzahl^2$)		160	191	160	308	5540	34	1361	3389	8714	32695
Anzahl der Alten- bzw. Seniorenkreise		47	28	121	145	817	9	663	581	830	7292
Teilnehmerzahl ²)		1408	2310	4832	3738	29405	355	26711	25529	41420	278746
Anzahl der Kirchenchöre (einschl.											
Singkreise und Kinderchöre)		71	53	115	273	1214	30	735	1107	1270	9973
Teilnehmerzahl ²)		2019	1 293	2562	7537	28305	738	15813	27 059	32169	231203
Anzahl der Posaunenchöre		18	58	48	53	373	18	215	602	731	5094
Teilnehmerzahl ²)		182	286	517	642	5182	268	2857	9176	13152	75605
Anzahl der sonstigen Instrumentalkreise		54	61	42	47	290	14	542	454	242	4834
Teilnehmerzahl ²)		555	717	462	433	8909	177	5045	5109	2899	46268
Anzahl der sonstigen Kreise											
der Kirchengemeinden		36	25	4	89	409	2	264	292	446	3826
Teilnehmerzahl²)		789	339	942	1 255	6823	40	4712	5 239	8 566	63156

Siehe Fußnote 1 zu Tabelle 1.
 Errechnet aufgrund der durchschnittlichen Teilnehmerzahlen je Zusammenkunft der einzelnen Kreise.

Tabelle 9 Aufnahmen im Jahre 1975

		1	Aufgenomme	ne		
		Erwad	hsene			Aufge-
Gliedkirche			darunter		Religions-	nommene
	insgesamt	Mä	nner		unmündige²)	(Sp. 1 + 5)
		Anzahl	in % von Spalte 1	Wiederaufge- nommene ¹)		
	1	2	3	4	5	6
Baden	559	218	39,0	181	105	664
Bayern	1134	492	43,4	370	294	1428
Berlin (West)	1697	806	47,5	525	37	1734
Braunschweig	312	166	53,2	257	24	336
Bremen	424	161	38,0	124	5	429
Eutin	35	16	45,7	18	4	39
Hamburg	754	354	46,9	231	8	762
Hannover	1884	824	43,7	756	235	2119
Hessen und Nassau	1 089	474	43,5	504	161	1250
Kurhessen-Waldeck	436	192	44,0	176	59	495
Lippe	92	44	47,8	39	12	104
Lübeck	162	75	46,3	53	4	166
Nordwestdeutschland	107	42	39,3	21	11	118
Oldenburg	357	152	42,6	157	11	368
Pfalz	308	109	35,4	87	51	359
Rheinland	2145	1000	46,6	991	215	2360
Schaumburg-Lippe	41	22	53,7	20	2	43
Schleswig-Holstein	1716	832	48,5	760	76	1792
Westfalen ³)	2056	869	42,3	779	191	2247
Württemberg	1 093	454	41,5	424	174	1267
Zusammen	16401	7302	44,5	6473	1679	18080

¹⁾ Einschl. Rücktritte.

²⁾ Nur Kinder, die getauft waren.3) Siehe Fußnote 1 zu Tabelle 1.

Tabelle 10 Kirchenaustritte im Jahre 1975

		Ausgo	etretene			ne zusammen 1 + 4)
		Erwachsene			(op.	
Gliedkirche		darunte	r Männer	Religions- unmündige ¹)	Anzahl	in % der Mitglieder
	insgesamt	Anzahl	in % von Spalte 1	annundige)	Allean	der Landes- kirche
	1	2	3	4	5	6
Baden	5378	3038	56,5	163	5 5 4 1	0,4
Bayern	10160	5767	56,8	383	10543	0,4
Berlin (West)	19899	11126	55,9	42	19941	1,6
Braunschweig	4315	2707	62,7	18	4333	0,7
Bremen	5476	3542	64,7	21	5497	1,3
Eutin	332	210	63,3	-	332	0,4
Hamburg	9438	5213	55,2	9	9447	2,0
Hannover	20948	12964	61,9	209	21 157	0,6
Hessen und Nassau	13428	7329	54,6	169	13597	0,6
Kurhessen-Waldeck	2893	1710	59,1	46	2939	0,3
Lippe	500	334	66,8	4	504	0,2
Lübeck	1035	678	65,5	6	1041	0,6
Nordwestdeutschland	414	247	59,7	15	429	0,2
Oldenburg	3472	2306	66,4	54	3526	0,7
Pfalz	2107	1 278	60,7	77	2184	0,3
Rheinland	21 320	12757	59,8	352	21672	0,6
Schaumburg-Lippe	170	109	64,1	_	170	0,2
Schleswig-Holstein	22471	13788	61,4	123	22594	1,0
Westfalen ²)	12544	7941	63,3	208	12752	0,4
Württemberg	10105	5952	58,9	335	10440	0,4
Zusammen	166405	98996	59,5	2234	168639	0,6

Nur Kinder, die getauft waren.
 Siehe Fußnote 1 zu Tabelle 1.

3. Aufkommen an Kirchensteuern im Rechnungsjahr 1975

In den Gliedkirchen der EKD und in den katholischen Bistümern des Bundesgebietes ist das Istaufkommen an Kirchensteuern und Kirchgeld im Jahre 1975 erstmals erheblich zurückgegangen. Insgesamt beliefen sich die Einnahmen an Kirchensteuern und Kirchgeld im Gesamtbereich der EKD und in den katholischen Bistümern des Bundesgebietes im Jahre 1975 auf rd. 6,4 Milliarden DM; im vorangegangenen Jahr waren es 7,5 Milliarden DM. Ein größenordnungsmäßiger Vergleich mit anderen Steuerarten zeigt, daß der Ertrag an Kirchensteuern und Kirchgeld im Berichtsjahr um 2,5 Milliarden DM oder 28,1% niedriger war als die kassenmäßigen Einnahmen des Bundes an Tabaksteuern.

Im Bereich der EKD betrugen die Einnahmen an Kirchensteuern und Kirchgeld im Jahre 1975 nach Abzug der Erhebungskosten durch die Finanzämter insgesamt rd. 3,47 Milliarden DM, das waren 0,54 Milliarden DM oder 13,4% weniger als im Vorjahr. Von diesem Betrag entfielen allein 3,46 Milliarden DM oder 99,6% auf die Kirchenlohn- und -einkommensteuer; ihr Ertrag ist damit gegenüber dem vorangegangenen Jahr um über eine halbe Milliarde DM oder 13,5% und im Vergleich zum Jahre 1973 um 162 Millionen DM oder 4,5% zurückgegangen.

Einnahmen
aus der Lohn- und veranlagten Einkommensteuer im Bundesgebiet und
aus der Kirchenlohn- und -einkommensteuer im Bereich der EKD
in den Jahren 1966 bis 1975

		Bundesgebiet			EKD	
		Veränderur	ng gegenüber		Veränderun	g gegenüber
Jahr	Mrd. DM	Vorjahr	1966	Mrd. DM	Vorjahr	1966
	100	in	%¹)		in	% ¹)
1966	35,1			1,6		
1967	35,3	+ 0,6	+ 0,6	1,6	0,0	0,0
1968	38,4	+ 8,5	+ 9,2	1,7	+ 7,3	+ 7,3
1969	44,0	+ 14,8	+ 25,4	1,9	+ 13,3	+ 21,6
1970	51,1	+ 16,0	+ 45,4	2,2	+ 12,7	+ 37,1
1971	61,1	+ 19,7	+ 74,0	2,7	+ 22,0	+ 67,2
1972	72,9	+ 19,2	+ 107,5	3,1	+ 17,1	+ 95,9
1973	87,7	+ 20,3	+ 149,7	3,6	+ 15,4	+ 126,1
1974	98,8	+ 12,6	+ 181,1	4,0	+ 9,9	+ 149,9
1975	99,2	+ 0,4	+ 182,4	3,5	- 13,5	+ 116,0

¹⁾ Differenzen in den prozentualen Veränderungen ergeben sich durch Auf- bzw. Abrunden der DM-Beträge.

Diese rückläufige Entwicklung ist vor allem zurückzuführen

1. auf die zum 1. Januar 1975 in Kraft getretene Steuerreform und die Anrechnung der staatlich festgesetzten Kindergeldbeträge auf die Maßstabsteuer,

2. auf die ebenfalls ab 1. Januar 1975 in Kraft getretene Senkung des Kirchensteuer-Hebesatzes von 10% auf 9% in den Gliedkirchen Rheinland, Westfalen, Lippe, Berlin, Pfalz, Kurhessen-Waldeck und Hessen und Nassau und 3. auf die im Berichtsjahr anhaltende wirtschaftliche Rezession.

Im Gegensatz zu der Entwicklung im kirchlichen Bereich ist im Bundesgebiet das Aufkommen an Lohn- und veranlagter Einkommensteuer mit rd. 99,2 Milliarden DM gegenüber dem vorangegangenen Jahr nicht gesunken, sondern nahezu gleich geblieben.

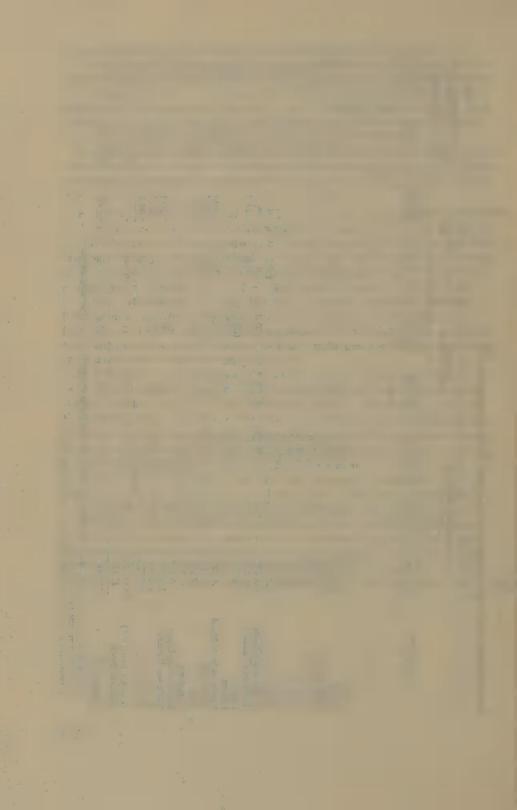
In den einzelnen Gliedkirchen ist die Entwicklung der Kirchensteuereinnahmen im Vergleich zum Vorjahr sehr unterschiedlich verlaufen. Erheblich stärker als im EKD-Durchschnitt verminderte sich das Aufkommen vor allem in den Stadtkirchen Bremen (– 20,9%), Lübeck (– 20,7%) und Hamburg (– 18,5%) sowie in den Gliedkirchen, in denen der Kirchensteuer-Hebesatz von 10% auf 9% gesenkt wurde: Westfalen (– 19,8%), Kurhessen-Waldeck (– 17,5%), Pfalz (– 15,9%), Rheinland (–15,8%), Hessen und Nassau (– 15,1%). Ein überdurchschnittlicher Rückgang errechnet sich außerdem für die Gliedkirchen Hannover (– 17,1%) und Nordwestdeutschland (– 16,8%), also für zwei Landeskirchen mit Regionen, in denen die strukturelle und die konjunkturbedingte Arbeitslosigkeit verhältnismäßig hoch ist.

Die Ergebnisse der Umrechnung der Kirchensteuereinnahmen auf die Zahl der Kirchenmitglieder vermitteln eine Aussage über die Finanzkraft der einzelnen Gliedkirchen. Für den Gesamtbereich der EKD errechnet sich ein pro-Kopf-Betrag von 126,05 DM; er war um 15,75 DM oder 11,1% niedriger als 1974 und lag noch um 2,58 DM oder 2,0% unter dem entsprechenden Betrag im Jahre 1973. Entsprechend den unterschiedlichen Wirtschaftsstrukturen war das pro-Kopf-Aufkommen in der Evangelischen Kirche im Rheinland mit 151,93 DM am höchsten. Es folgen die Gliedkirchen Berlin (149,82 DM), Hamburg (146,53 DM), Hessen und Nassau (146,34 DM) und Württemberg (144,32 DM). Demgegenüber war in den Gliedkirchen, die sich vorwiegend auf wirtschaftlich schwächere Gebiete erstrecken, das pro-Kopf-Aufkommen verhältnismäßig niedrig. Hier handelt es sich vor allem um die im Land Niedersachsen gelegenen Gliedkirchen Schaumburg-Lippe (82,43 DM), Nordwestdeutschland (83,65 DM), Oldenburg (85,53 DM) und Hannover (89,90 DM) sowie um die Gliedkirchen Kurhessen-Waldeck (92,52 DM) und Eutin (95,13 DM)

Istaufkommen an Kirchensteuern und Kirchgeld im Rechnungsjahr 1975

	Kir	Kircheneinkommen- und -lohnsteuer ')	nnd	Sons	Sonstige Kirchensteuern?)	Kircl	Kirchgeld	Kircheneinkomi steuer, sonstige und Kirchgeld	Kircheneinkommen- und -lohn- steuer, sonstige Kirchensteuern und Kirchgeld zusammen ³)
Gliedkirche	1000 DM	Veränderung gegenüber 1974 in %	Aufkommen je Kopf DM	1000 DM	Veränderung gegenüber 1974 in %	1000 DM	Veränderung gegenüber 1974 in %	1000 DM	Veränderung gegenüber 1974 in %
	1	2	3	4	S	9	7	00	6
Baden	179527	- 7.5	130,57	-	1	1	1	179527	2,5
Ваует	343826	0,9 -	133,31	64	- 81,5	4300	+ 2,4	348 190	0,9 -
Berlin (West)	174210	- 11,6	149,82	1	1	1	1:	174210	0,11 -
Braunschweig	65540	+ 2,6	111,09	ı	1	450	- 11,5	65990	4,7 +
Bremen	56770	- 20,9	131,28	1	1	i	ı	267/0	20,7
Eutin	8717	- 12,5	95,13	1	1	1	1	/1/8	12,0
Hamburg	69838	- 18,5	146,53	1	1	1 0	1 -	69838	17.1
Hannover	344062	- 17,1	89,90	1	1	1993	- 11,0	346056	- 1/,1
Hessen und Nassau	324979	- 15,1	146,34	50	- 20,0	13	1	324999	17.3
Kurhessen-Waldeck	101386	- 17,5	92,52	200	- 1,6	113	1,01 -	102407	0.0
Lippe	29980	9,6	121,14	1	- 100,0	ı		29,980	- 20,7
Lübeck	21068	- 20,7	114,93	620	+ 2,4	223	+ 20 1	17088	- 16.3
Nordwestdeutschland	169/9	10,0	85.53	0/0	- L3,3	1366	+ 18.4	47171	- 8,2
Pfala	77348	- 15.9	110,09	715	- 0.7	30	- 1,6	78093	- 15,8
Rheinland	544025	- 15,8	151,93	286	- 3,8	242	- 0,3	544554	15,00
Schaumburg-Lippe	6163	- 13,8	82,43	1	1	1	13	6163	- 13,8
Schleswig-Holstein	267796	7,6 -	116,35	1146	+ 0,2	7	+ 30,1	268950	1,6
Westfalen	396289	- 19,8	121,97	200	- 12,5	56	- 84,5	396515	0,7
Württemberg	360265	8,8	144,32	-	-	774	+ 30,3	361038	/'0 _
Gliedkirchen zus.3)	3434575	- 13,5	125,23	4023	- 11,9	9634	+ 1,1	3448232	- 13,5
Militärseelsorge	22372	- 11,3		-	_	-	-	22372	- 11,3
Insgesamt ³)	3456946	- 13,5	126,05	4023	- 11,9	9634	+ 1,1	3470603	- 13,4
1) Abriebisch der Frhebungskorten der Finanzämter und unter Berücksichtigung des gegenseitigen Verrechnungsverkehrs.	noskosten der F	inanzämter und	unter Berücksicht	igung des geg	enseitigen Verrech	nnungsverkehrs.			

Abzüglich der Erhebungskosten der Finanzämter und unter Berücksic
 Zum Teil vorläufige Ergebnisse.
 Differenzen in den Summen durch Auf- bzw. Abrunden der Zahlen.



Anhang

Die evangelischen Kirchen in der Deutschen Demokratischen Republik

Von Olaf Lingner

EINLEITUNG: INFORMATIONEN AUS DEM KIRCHLICHEN LEBEN IN DER DDR

Zusammen mit den in den epd-Dokumentationen veröffentlichten Texten aus der DDR ist der Materialdienst "Kirche im Sozialismus" (KiS) zum wichtigsten Informationsdienst über das kirchliche Leben in der DDR geworden. Nach einigen Probenummern im Jahr 1973 hatte der Rat der EKD die Berliner Arbeitsgemeinschaft für kirchliche Publizistik im Zusammenhang mit deren Neuordnung und einer Neufestlegung ihrer überregionalen Aufgaben u.a. ermutigt, für eine laufende Berichterstattung über das kirchliche Leben in der DDR in einem Materialdienst zu sorgen. 1975 erhielt der Dienst seine endgültige Form und erscheint seit der Zeit regelmäßig. Wichtig ist die Chronik, die mehr oder weniger lückenlos alle Ereignisse in zeitlicher Reihenfolge erfaßt und kurz kommentiert. Nicht minder wichtig sind die Berichte über Aufsätze u.a. in den Periodika aus der DDR und der Bundesrepublik. Diese Zeitschriftenübersicht wird ergänzt durch Hinweise auf in der DDR und in der Bundesrepublik erschienene Bücher sowie durch Buchbesprechungen der wichtigsten Titel. Jede Nummer hat einen oder mehrere Problemartikel, in denen Ereignisse in größeren Zusammenhängen dargestellt und bewertet werden. Neben den Texten aus der DDR in den epd-Dokumentationen, einem seit 1975 von der Kirchenkanzlei der EKD herausgegebenen Pressespiegel mit einem DDR-Reil "Kirche im Sozialismus" stehen als Quellen das Mitteilungsblatt des Bundes der Evangelischen Kirchen in der DDR sowie die landeskirchlichen Amtsblätter zur Verfügung. Die Problemartikel in den Evangelischen Kommentaren, in den Lutherischen Monatsheften, im Deutschland-Archiv, in der Herder-Korrespondenz und dem Informationsdienst des katholischen Arbeitskreises für zeitgeschichtliche Fragen e.V. stellen eine wichtige Ergänzung dar. Die Rechtsentwicklung in der DDR und in anderen sozialistischen Staaten wird besonders in der Zeitschrift "Recht in Ost und West - Zeitschrift für Rechtsvergleichung und innerdeutsche Rechtsprobleme" kritisch dargestellt. Leider bringt die Zeitschrift so gut wie keine Artikel über die Entwicklung des Kirchenrechtes in der DDR. Einen besonderen Hinweis verdient das vom Bundesministerium für innerdeutsche Beziehungen herausgegebene DDR-Handbuch 1.

^{1.} Verlag Wissenschaft und Politik, Bonn 1975.

1. DAS POLITISCHE "BEZUGSFELD" DER KIRCHLICHEN ARBEIT

a) Übersicht und Einschätzung

Für die Kirchen in der DDR hat das politische Umfeld in den unterschiedlichen Perioden und Jahren immer eine besondere Bedeutung gespielt. Die werdende sozialistische Gesellschaft wurde zunächst als bedrohlich und feindlich angesehen, dann als etwas, was man zwar hinnehmen, von dem man sich aber abzugrenzen hat. Zunehmend sucht die Kirche ihr Verhältnis zum Staat anders zu verstehen, wie auch der Staat sein Verhältnis zur Kirche überprüft hat. Es spielt sich in einem neuen Verhältnis ein Miteinander ein, das mehr als ein bloßes Nebeneinander ist und das frühere Gegeneinander überwunden hat.

Staatlicherseits wird die kirchliche Arbeit in manchen Bereichen unterstützt. Das gilt vor allem für die Diakonie 2 aber nicht minder für die ökumenische Arbeit 3. Selbst bei kirchlichen Veranstaltungen wie den Kirchentagen wird Hilfestellung von örtlichen Staatsorganen nicht versagt. Umgekehrt kann man feststellen, daß auch die Kirche für die Politik des DDR-Staates nützlich sein kann. So zeigt sich die Kirche besonders in ökumenischen Gesprächen bereit, die außenpolitischen Themen auch im Sinne der Außenpolitik der DDR zu diskutieren. Innenpolitisch erweist sich die kirchliche Absage an eine politische Konfrontation und die erklärte Bereitschaft, an der Lösung gesellschaftlicher Auf-

gaben mitzuwirken, als ein gesellschaftlich fördernder Faktor.

Das wachsende Miteinander von Kirche und Staat, das über ein bloßes Nebeneinander hinausgeht, verläuft natürlich nicht spannungslos. Ideologisch bleibt es bei einem Gegensatz, der um des praktischen Miteinanders willen ausgeklammert wird, aber dennoch immer wieder konkrete Fragen aufwirft, gegensätzliche Stellungnahmen zur Folge hat und auch zu Konflikten führt. Staat und Kirche sind sich bewußt, daß ein Miteinander eines atheistischen Staates sozialistischer Prägung mit einer Kirche, die ihrem Auftrag treu bleibt, nicht problemlos sein kann. Bisweilen aber klingt die Beteuerung des ideologischen Gegensatzes angesichts der zunehmenden Zusammenarbeit etwas künstlich. Es kann nicht verwundern, wenn im Blick auf das Miteinander von Staat und Kirche in der DDR gefragt wird, ob hier eine sozialistische Variante zu der früheren Verbindung von Thron und Altar zu sehen ist. Keinem Zweifel unterliegt, daß sich der DDR-Staat eine Kirche wünscht, die innen- und außenpolitisch im Sinne der DDR-Politik handelt und spricht. Die Kirche soll faktisch in das politische Bündnissystem der SED mit den gesellschaftlichen Kräften einbezogen werden. Zwar wird sie nicht als gesellschaftspolitische Organisation mit eigenständigen Aufgaben anerkannt, dennoch soll sie ein Teil des Ganzen sein oder werden, sich nahtlos in die sozialistische Gesellschaft einfügen. Kann sich die Kirche in der DDR einer solchen Inanspruchnahme glaubwürdig entziehen, ohne in eine Gegnerschaft zum Staat zu verfallen? Gelingt es der Kirche in der DDR, Kirche zu bleiben, die ihrem Verkündigungsauftrag auch im

^{2.} S. unten Abschnitt 4 (c) III.

^{3.} S. unten Abschnitt 3 (a).

gesellschaftlichen und politischen Bereich gerecht wird? Das sind Fragen, die im kirchlichen Bereich in der DDR zunehmend an Gewicht gewinnen

Wie in aller Welt haben auch für die Kirchen in der DDR politische Fragen eine ethische Dimension bekommen. Das gilt für Fragen des Friedens ebenso wie für die Frage nach der Verwirklichung von Menschenrechten, das gilt für Fragen nach dem Recht auf Arbeit und sozialer Gerechtigkeit, für Fragen nach persönlicher Freizügigkeit, nach Erhaltung eines menschenwürdigen Lebensraumes und nach der politischen Gewalt, ihrer Legalität und ihrer Legitimität. Alle diese politischen Themen stehen auf den Tagesordnungen von Parteien, Staaten, internationalen Organisationen. Sie werden streitig verhandelt und bieten eine Fülle von Konfliktstoffen aber auch eine Chance der Annäherung. Die Kirchen in aller Welt haben sich auf diese Themen eingelassen – das gilt auch für die Kirchen in der DDR. Dabei stehen sie nicht auf neutralem Boden. Sie sind ein Teil ihrer gesellschaftlichen und politischen Umwelt und repräsentieren – ob sie es wollen oder nicht – ihre jeweiligen Länder mit ihren politischen und gesellschaftlichen Ordnungen.

b) Die kirchlich relevanten politischen Ereignisse 4

Das Jahr 1975 war frei von dramatischen Zuspitzungen. Zwischen der DDR als Teil des sozialistischen Lagers und den westlichen Ländern unter Einschluß der Bundesrepublik zeichneten sich Tendenzen der Normalisierung ab. Entspannung war das beherrschende Stichwort zwischen Ost und West. Der Wille zur Entspannung hatte auch in der DDR seine Auswirkungen, die sich günstig auf das Verhältnis von Staat und Kirche auswirkten. Das kann natürlich nicht darüber hinwegtäuschen, daß unterhalb der Oberfläche einer Entspannung und Normalisierung ideologische und harte politische Auseinandersetzungen blieben und besonders die Langzeitziele der sozialistischen Politik unmißverständlich proklamiert und verfolgt wurden. Zu der langfristigen sozialistischen Politik gehört auch die Auseinandersetzung mit den Religionen und der ideologische Kampf gegen sie. Der Atheismus ist und bleibt ein unaufgebbarer Bestandteil der marxistisch-leninistischen Ideologie. Daraus folgt fast zwingend seine Propagierung und der Versuch, den Atheismus gegen jede Art der Religiosität durchzusetzen. Auch diese Seite der sozialistischen Politik hatte in der DDR ihre konkreten Auswirkungen. Eine Besonderheit der politischen Entwicklung der letzten Jahre begann sich 1975 auszuwirken. Infolge der weltweiten diplomatischen An-

^{4.} Zeittafeln und Chroniken über die politischen Ereignisse finden sich in: Deutschlandarchiv; Hermann Weber: DDR, Grundriß der Geschichte 1945 bis 1976, Hannover 1976, S. 152ff.; Gesellschaft für politische Bildung e.V. Würzburg (Hg.): DDR-Report-Archiv, Sachgruppe 3.8; Presse- und Informationsamt der Bundesregierung (Hg.): Dokumentation zur Entspannungspolitik der Bundesregierung, Koblenz 1976, 4. Auflage; Presse- und Informationsamt der Bundesregierung (Hg.): Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa, KSZE-Dokumentation, Köln 1975, 2. Aufl.; Presse- und Informationsamt der Bundesregierung (Hg.): Jahresbericht der Bundesregierung 1975, Bonn 1976, S. 587ff.; Bundesministerium für innerdeutsche Beziehungen (Hg.): die Entwicklung der Beziehungen zwischen der Bundesrepublik Deutschland und der Deutschen Demokratischen Republik 1969 bis 1976 -- Bericht und Dokumentation, 1977.

erkennung der DDR und der damit verbundenen Eröffnung von zahllosen Botschaften unter Einschluß der Ständigen Vertretung der Bundesrepublik 5 und der Zulassung von westlichen Journalisten, auch solchen aus der Bundesrepublik⁶, ist die DDR transparenter geworden. Die DDR wurde "entdeckt". Eine Fülle von Berichten über die Verhältnisse in der DDR, über den Alltag der Menschen erreichte ein aufnahmebereites Publikum7. Der DDR-Staat reagierte auf die zunehmenden Veröffentlichungen in westlichen Medien, besonders in den Medien der Bundesrepublik, nervös und gezielt abwehrend. Die westliche Berichterstattung wurde als Einmischung in die inneren Angelegenheiten der DDR und als Antikommunismus und Antisowjetismus gewertet8. Zu einem Eklat kam es gegen Ende des Jahres, als der Spiegel über Zwangsadoptionen berichtete. Der Reporter Metke wurde ausgewiesen9. Auch über die Kirchen in der DDR wurde zunehmend berichtet. Journalisten besuchten Synoden in der DDR und kamen so an Informationen, die ihnen in früheren Zeiten mehr oder weniger nicht zugänglich gewesen waren. Allerdings gaben kirchliche Ereignisse kaum Anlaß zu spektakulärer Berichterstattung.

I. Außenpolitik

Die Außenpolitik der DDR wie aller europäischer Staaten war beherrscht von den Verhandlungen und dem Abschluß der Konferenz über Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa (KSZE) und der Auswertung der am 1. August angenommenen Schlußakte¹⁰. Während die westlichen Länder und die Bundesrepublik

^{5.} Mit dem Inkrafttreten des Protokolls über die Errichtung von Ständigen Vertretungen zwischen der Bundesrepublik Deutschland und der DDR gemäß Artikel 8 des Grundlagenvertrages am 2. Mai 1974 hat die Ständige Vertretung der Bundesrepublik offiziell ihre Arbeit aufgenommen. Vgl. Zur Lage der Nation 1975, a.a.O. S. 107.

^{6.} Von den in Ostberlin akkreditierten 127 Korrespondenten aus 40 Ländern befinden sich 16 Korrespondenten aus der Bundesrepublik. Vgl. Eva Windmöller/Thomas Höpker: Leben in der DDR, ein Sternbuch, Hamburg o.J. S. 56.

^{7.} Vgl. u.a.: Stefan Heym, das Land wird entdeckt, in DA 1975, S. 659ff. (Deutsche Übersetzung eines am 23.3.1975 in der New York Times erschienenen Artikels).

^{8.} Vgl. u.a. den Artikel von Stefan Doernberg: Anti,,sowjetismus" – gegen Frieden und Entspannung, in: Einheit 12/1975, S. 1354ff. Die Reaktionen auf die westlichen Medien waren so heftig, daß auch Vertreter der Bundesregierung öffentlich dazu Stellung nehmen mußten, wie z.B. Minister Franke in einem Rundfunkkommentar am 5. Oktober 1975 (vgl.: Bundesministerium für innerdeutsche Beziehungen (Hg.): Texte zur Deutschland-Politik, Reihe II, Bd. 3, S. 436ff. (438).

^{9.} Vgl. Dokument 108 (= S. 242) in: die Entwicklung der Beziehungen zwischen der Bundesrepublik Deutschland und der DDR 1969 – 1976, a.a.O.; und Dettmar Cramer, die Bilanz 1975, in DA 1/1976, S. 1f.

^{10.} Text und Chronologie des Zustandekommens sowie Erklärungen des Europäischen Rates, der Bundesregierung, des Bundeskanzlers und Stellungnahmen der Fraktionen des Bundestages in: Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa, KSZE-Dokumentation, a.a.O. (Anm. 4). Zur Einschätzung der KSZE-Schlußakte und ihrer Verhandlungen vgl. u.a.: Ilse Splittmann, DA 1975, S. 897ff.; H. H. Mahnke, DA 1975, S. 922ff. Die Einschätzung der DDR ergibt sich aus Stellungnahmen von Honecker (ND vom 6.8.1975 = DA 1975, S. 996); der gemeinsamen Erklärung des Politbüros u.a. in ND vom 8.8.1975 (= DA 1975, S. 1002); Oskar Fischer (vgl. DA 1975, S. 947) und Hermann Axen (vgl. DA 1975, S. 1207); vgl. auch: Peter Alfons Steineger (Präsident der Liga für die Vereinten Nationen in der DDR): Dreißig

die Bedeutung des sogenannten Korbes 3 hervorhoben, betonten die sozialistischen Länder die herausragende Bedeutung der 10 Prinzipien. Sie sahen in ihnen einen Erfolg sozialistischer Außenpolitik. Politische Kommentare betonten. daß mit den 10 Prinzipien die friedliche Koexistenz als Kodex für die Beziehungen zwischen kapitalistischen und sozialistischen Ländern anerkannt sei. Die Festschreibung der territorialen sowie politischen Ergebnisse des Zweiten Weltkrieges und der Nachkriegsentwicklung in Europa sei durch die Schlußakte feierlich besiegelt. Vor allem sei die Sicherheit der Grenzen an der "Nahtstelle der mächtigen Bündnissysteme" gewährleistet. Dem Korb 3 wurde im sozialistischen Lager kaum Beachtung geschenkt. Lapidar wird am Rande vermerkt: Für die sozialistischen Staaten gibt es hier keinerlei Nachholbedarf. Die Gleichsetzung der 10 Prinzipien mit der friedlichen Koexistenz wurde in der DDR benutzt, um unter Berufung auf die Prinzipien der Schlußakte verstärkt und erneut zum revolutionären Kampf aufzurufen, die Unversöhnlichkeit im Klassenkampf zu betonen, die Unterscheidung zwischen gerechtem und ungerechtem Krieg aufrechtzuerhalten u.a. Immer wieder wurde dabei unterstrichen, daß die sozialistischen Länder ein Recht hätten, nationale oder soziale Befreiungsbewegungen in aller Welt zu unterstützen. Vietnam, die Länder Afrikas und Südamerikas wurden in diesem Zusammenhang ausdrücklich erwähnt. Die Befreiungskämpfe sollten das ihre dazu beitragen, damit sich das Kräfteverhältnis in der Welt weiter zu Gunsten der sozialistischen Länder bzw. der sozialistischen Weltgemeinschaft entwickelt. Gerade die Unterstützung der Befreiungsbewegungen war ein hervorgehobenes außenpolitisches Ziel der DDR.

Diese Politik konnte an den Kirchen nicht einfach vorbeigehen. Der Staat beobachtete sorgfältig, wie sich die Kirchen zu den großen außenpolitischen Themen der DDR, besonders zu den Befreiungsbewegungen in Afrika und Südamerika stellten. Nicht immer blieb es bei einer bloßen Beachtung, Ganz offen wurden die Kirchen gedrängt, sich zu engagieren. Anlässe zu einer solchen staatlichen Einmischung in die kirchliche Arbeit ergaben sich im Zusammenhang mit den Themen Frieden, Antirassismus, Menschenrechte, Israel u.a., die von den Kirchen aufgearbeitet und in Stellungnahmen oder Arbeitsergebnissen dargestellt wurden. Eine Tagung der KEK über die KSZE-Konferenz unter starker Beteiligung von Vertretern der DDR-Kirchen wurde staatlicherseits ebenso sorgfältig registriert und auch ein wenig beeinflußt wie die Teilnahme der DDR-Delegation an der V. Weltkonferenz des ÖRK in Nairobi. Hier gab es Versuche, die kirchlichen Vertreter aus sozialistischen Ländern zuvor zusammenzuführen, um ein mehr oder weniger abgestimmtes Auftreten zu erreichen. In diesen Zusammenhang gehört auch der Versuch des Staates, die Kirchen in der DDR zu veranlassen, sich stärker mit der Arbeit der CFK zu identifizieren. All dies zeigt. wie die Außenpolitik der DDR einen Einfluß auf die Kirchen ausübt.

Ein weiteres außenpolitisches Ereignis verdient jedenfalls notiert zu werden: Der Vertrag über Freundschaft, Zusammenarbeit und gegenseitigen Beistand zwischen der UdSSR und der DDR vom 7. Oktober 1975. Mit diesem Vertrag

Jahre Sieg über den Faschismus – dreißig Jahre Vereinte Nationen, in: DDR-Komitee für Menschenrechte, Schriften und Informationen, Heft 2/1975.

sollte die Bindung der DDR an die Sowjetunion weiter gefestigt werden. Auf westlicher Seite hatte der Vertragsabschluß Reaktionen ausgelöst, die sich aber auf die Feststellung beschränkten, daß der Vertrag keinerlei Auswirkungen auf die Stellung der Bundesrepublik oder West-Berlin hat 11.

II. Innenpolitik

Die Innenpolitik hat gegenüber den Vorjahren keine wesentlich neuen Akzente gesetzt. Für das Jahr 1976 wurde der IX. Parteitag einberufen. Die Führungsrolle der Partei, die ideologische Schulung auf allen Gebieten und die Herausbildung der sozialistischen Persönlichkeit waren die Themen, die immer wieder in den Medien und in politischen Kommentaren verhandelt wurden. Wirtschaftlich zeigten sich Schwierigkeiten. Die Sowietunion hatte für Lieferungen von Rohstoffen und Energie die Preise mächtig erhöht, was die Planungsziffern der DDR-Wirtschaft ungünstig beeinflußte. Die Teuerung sollte durch Einsparungen beim Materialverbrauch und durch eine Steigerung der Arbeitsleistung aufgefangen werden. Flankierend wurden Lockerungen auf dem Gebiet fremder Währungen verfügt (Freigabe der Intershop-Läden für DDR-Bürger). Für die Kirchen hatte die Innenpolitik den Schwerpunkt im Erziehungsbereich. Hier kam es zu Spannungen und auch zu erneuten Auseinandersetzungen wie in früheren Jahren. Das beanspruchte Erziehungsmonopol des DDR-Staates war ein bleibender Konfliktstoff, Auf Schule und Universität und im Berufsleben kam es zu Benachteiligungen und Zurücksetzungen von Christen. Eltern und Kinder wurden ganz offen oder versteckt unter Druck gesetzt. Die Kirchen reagierten mit öffentlichen Protesten oder trugen in Gesprächen mit staatlichen Vertretern ihre Beschwerden vor.

III. Das deutsch-deutsche Verhältnis

Auch das deutsch-deutsche Verhältnis stand im Zeichen einer Normalisierung und Entkrampfung. Die Bilanz der Verhandlungen dokumentiert den Willen,

^{11.} Vertragstext in: Die Entwicklung der Beziehung zwischen der Bundesrepublik Deutschland und der Deutschen Demokratischen Republik 1969 bis 1976, a.a.O. (Anm. 4), Dokument Nr. 102, S. 235; und: Texte zur Deutschlandpolitik II/3, a.a.O. (Anm. 8) S. 440ff. Bewertung des Vertrages und Reaktionen im Westen: vgl. Jahresbericht der Bundesregierung 1975, S. 445. Antwort der Bundesregierung auf eine große Anfrage der CDU/CSU in: Deutscher Bundestag, 8. Wahlperiode, Drucksache 8/225, S. 13. Stellungnahme von Bundesminister Franke und Erklärung der Botschafter Frankreichs, Englands, und der USA in: Die Entwicklung der Beziehungen zwischen der Bundesrepublik Deutschland und der Deutschen Demokratischen Republik 1969 bis 1976, a.a.O. (Anm. 4). Dokumente Nr. 103 und 104, S. 237. Kommuniqué der Ministertagung des Nordatlantikrates vom 12. Dezember 1975, in: Texte zur Deutschlandpolitik II/3, a.a.O. S. 494 (496). Kommentierende Aufsätze in: DA 1975, H. 12 von Ilse Splittmann (S. 1121ff.), M. Spakler (S. 1154ff.), H. H. Mahnke (1160ff.) und Albert Martiny (S. 1176ff.). Bewertungen und Reaktionen in der DDR: Oskar Fischer, Rede vor der Volkskammer in: Texte zur Deutschlandpolitik II/3, a.a.O. S. 486ff. Aufsätze in Heft 12 der Einheit von Paul Markowski (S. 1339), J. Zelt (S. 1346) und St. Doernberg (S. 1354).

eine Reihe von anstehenden Problemen zwischen den beiden deutschen Staaten zu lösen. Besonders der Berlin-Verkehr sollte durch Ausbau und Renovierung der bestehenden Autobahnstrecken und durch Verbesserung des Zugverkehrs erleichtert werden. Erleichtert wurden auch die Einreisen in die DDR und nach Ost-Berlin für Bundesbürger und Berliner. Die Verhandlungsergebnisse zusammen mit einer Zunahme der Reisen von und nach Berlin und in die DDR wurden von dem Bundesminister für innerdeutsche Beziehungen und von Honecker in gleicher Weise als Ausdruck einer Normalisierung gewertet, Auch die Handelsbeziehungen entwickelten sich zwischen den deutschen Staaten positiv (Wirtschaftsumsatz 7,4 Milliarden), wobei die Erneuerung der Swing-Vereinbarung eine wichtige Rolle gespielt hat. Verhandlungen über eine kulturelle Zusammenarbeit wurden nach einer Pause von über einem Jahr wieder aufgenommen. Im praktischen Mit- und Nebeneinander zeigte sich eine Bereitschaft, in Notfällen in unbürokratischer Weise Hilfe zu leisten. Zum ersten Mal besuchte ein Länderregierungschef aus der Bundesrepublik die DDR, Kontakte zwischen der Gewerkschaft der DDR und der ÖTV wurden ebenso geknüpft wie zwischen der FDJ und den Jungdemokraten, die die Aufnahme von langfristigen Beziehungen vereinbarten. Das alles ist in keiner Weise besonders auffällig und wirkt nicht wie ein großer Dammbruch. Dennoch vollzieht sich in solchen kleinen Schritten eine Annäherung, die eine weitergehende Entspannung zur Folge haben kann. Sie zählen zu den vertrauensbildenden Maßnahmen, die zwischen den sozialistischen und den anderen Staaten Europas die Basis für ein neues Verhältnis bilden sollen und können. Dieser erfreuliche Prozeß der Verständigung und der Verbesserung der Beziehungen beschreibt das deutsch-deutsche Verhältnis nur zur Hälfte. Negativ hat es wieder eine ganze Reihe von Spannungen gegeben, von Protesten, Schikanen und politischen Nadelstichen, die eher an die Perioden des Kalten Krieges als an die Entspannung im Zeichen der KSZE erinnerten. Journalisten klagten über Behinderungen ihrer Arbeit in der DDR ("Eiszeit, nichts geht mehr in der deutsch-deutschen Pressepolitik"). In Berlin ertrank ein Gastarbeiterkind, weil die Rettung vom west-berliner Ufer politisch nicht möglich war. Vor der ständigen Vertretung in Ost-Berlin wurden Besucher kontrolliert. Die konsularische Betreuung von Deutschen im Ausland führte zu einem Streit und einem Notenwechsel. Die Begriffe deutsch, deutsche Nation und deutsche Nationalität wurden mit sophistischer Spitzfindigkeit auseinanderdefiniert, um zwischen den einen und den anderen Deutschen abgrenzende Unterschiede aufzuzeigen. Natürlich war Berlin umstrittenster Punkt in der beiderseitigen Politik. Ob es sich um die Einrichtung des Umweltbundesamtes oder um den Besuch von Kissinger unter Begleitung des Außenministers der Bundesrepublik in Berlin oder um die Benennung des Präsidenten des Bundeskartellamtes als Vertreter der Bundesregierung in einer UN-Kommission handelte, die DDR und/oder der Botschafter der UdSSR Abrassimow in Ost-Berlin reagierten sofort und zum Teil scharf.

Das politische Klima zwischen den deutschen Staaten berührt die Kirchen in der DDR an einem neuralgischen Punkt. In Artikel 4 Abs. 4 der Ordnung des Bundes bekennen sich die Kirchen in der DDR "zur besonderen Gemeinschaft der ganzen evangelischen Christenheit in Deutschland" und wollen die sich aus dieser Gemeinschaft ergebende Verantwortung in partnerschaftlicher Freiheit

aber auch gemeinsam mit den Organen der EKD tragen. Wie schwierig dieser verfassungsrechtliche Auftrag angesichts der politischen Wirklichkeit erfüllt werden konnte, ergibt sich aus einer kirchenamtlichen Regelung für Reisen von kirchlichen Vertretern aus der DDR in die Bundesrepublik: bei solchen Reisen muß vorausgesetzt werden, daß ihnen ein "ökumenischer Anlaß" zugrunde liegt.

IV. Jubiläen

Die DDR feierte auch im Jahr 1975 eine ganze Reihe von Jubiläen mit großem oder weniger großem Aufwand. Der staatliche Festkalender hatte fast jeden Monat ein Erinnerungsdatum notiert. Von herausragender Bedeutung waren drei Ereignisse. Vor allem war es der 30. Jahrestag der "Befreiung", der monatelang in der DDR festlich begangen wurde. Auch der 450 Jahrestag des Bauernkrieges wurde zum Anlaß genommen, um ein Stück deutscher Geschichte in den Dienst der revolutionären Geschichtsbetrachtung zu stellen. Eine Flut von Veröffentlichungen und Veranstaltungen sollten Thomas Müntzer als einen Helden des revolutionären Aufbegehrens darstellen. Schließlich fand im Zusammenhang mit dem Internationalen Jahr der Frau in Ost-Berlin ein Weltkongreß statt, der publizistisch stark herausgestellt wurde. Die Kirchen in der DDR konnten bei den Feierlichkeiten nicht einfach schweigen. Auf sie wurde ein erheblicher Druck ausgeübt, sich besonders zu dem 30. Jahrestag der Befreiung zu äußern und dies natürlich im Sinne der staatlichen Deutung. Ja, sie konnten nicht umhin, zusammen mit staatlichen Vertretern auf Veranstaltungen öffentlich aufzutreten und damit eine - vom Staat gewollte - Gemeinsamkeit zu demonstrieren. Es wäre zu einfach und auch verfehlt, anzunehmen, daß sich die Kirchen hier einfach einer staatlichen Order gebeugt hätten. Das Thema des Kriegsendes mit dem Gedenken der Befreiung von KZ-Häftlingen u.a. übte auf die Kirchen einen stärkeren Zwang aus als Forderungen der staatlichen Führung.

Ein Abschnitt aus dem mündlichen Bericht auf der Synodaltagung 1975 des Bundes, den Bischof Hempel vorgetragen hat, läßt erkennen, daß sich die Kirchen der Herausforderung, zu politischen Ereignissen Stellung zu nehmen, stellen wollten, auch wenn dies nicht immer als unproblematisch empfunden wurde ¹²:

Daß politische Ereignisse oder Vorgänge mit dem christlichen Glauben zu tun haben und deshalb eine kirchliche Stellungnahme nötig machen können, wird in den Arbeits- und Leitungsgremien des Bundes kaum grundsätzlich in Frage gestellt.

Auf diesem Hintergrund haben repräsentative Vertreter aller Kirchen des Bundes an einem Akt der Begegnung und Besinnung teilgenommen, zu dem aus Anlaß des 30. Jahrestages der Befreiung vom deutschen Faschismus der Staatssekretär für Kirchenfragen und der Nationalrat der Nationalen Front der DDR eingeladen hatten. Bischof Schönherr hielt dabei als Vorsitzender der Konferenz der Kirchenleitungen ein Referat.

Ungeachtet solcher – hier in Auswahl vorgeführter – Teilnahme der Kirchen an politischen und gesellschaftlichen Ereignissen der Gegenwart, sind die Fragen nach dem "Wie?"

^{12.} Mündlicher Bericht des Vorstandes der Konferenz, vorgetragen vom stellvertretenden Vorsitzenden der Konferenz, Landesbischof Dr. Johannes Hempel in epd-Dok. 49/75, S. 17ff. (21-23).

und nach den Grenzen sinnvollen politischen Engagements zwischen den Kirchen des Bundes immer wieder einmal im Gespräch. Nach mancherlei Erfahrungen auf diesem Gebiet haben wir ebenso darauf zu achten, daß wir die Fragen des Friedens und sozialer Gerechtigkeit nicht beiseiteschieben, wie daß wir die Grenzen unserer vom Evangelium her möglichen Kompetenz nicht übersehen. Und es ist notwendig, uns immer neu zu vergewissern, daß wir das, was wir im politischen Bereich sagen oder tun, aus freiem Gehorsam gegenüber dem Evangelium vollziehen.

2. DIE ARBEIT DER ORGANE, KOMMISSIONEN UND AUSSCHÜSSE DES BUNDES DER EVANGELISCHEN KIRCHEN IN DER DDR

a) Bundessynode (3. Tagung der 2. Synode)

Die 3. Tagung der 2. Synode des Bundes tagte in der Zeit vom 26. bis 30. September 1975 in Eisenach 13.

I. Das Hauptthema - eine neue Ausbildungskonzeption

Das Hauptthema war Ausbildungsfragen gewidmet. 1973 hatte die Synode der Gemeindekommissionen und der Kommission für Ausbildung den Auftrag erteilt, für 1975 dieses Thema vorzubereiten und der Synode ein entsprechendes Arbeitspapier vorzulegen. Das umfangreiche Arbeitsergebnis (AE) geht von der Situation der Kirchen in der DDR aus, die dadurch gekennzeichnet ist, daß die Zahl der Christen kleiner wird. Auf Sicht wird dies zur Folge haben, daß auch die Zahl der Mitarbeiter geringer werden muß. Man rechnet damit, daß langfristig nur noch so viel hauptamtliche Mitarbeiter in der Kirche tätig sein werden, wie es z.Zt. Pfarrer gibt, also etwa 4000. Die kleiner werdende Zahl der kirchlichen Mitarbeiter bedeutet aber keineswegs, daß auch die Aufgabe der kirchlichen Verkündigung "kleiner" wird. Das Problem liegt also darin, wie die bleibende "große" Aufgabe der Verkündigung durch eine kleiner werdende Zahl hauptamtlicher Mitarbeiter bewältigt werden kann. Das AE sucht eine Lösung in einer Neuordnung der Ausbildung, die auf überkommene Unterscheidungen zwischen seminaristisch und akademisch ausgebildeten Mitarbeitern im Verkündigungsdienst verzichtet und statt dessen jeden befähigen soll, eine Doppelfunktion als Spezialist (für eine Region etwa in einem Kirchenkreis) und als Bezugsperson (in einer Ortsgemeinde) wahrzunehmen. Aus dieser Zielsetzung ergeben sich für die Ausbildung Konsequenzen, die im einzelnen in dem AE ausgeführt werden. Neben der Ausbildung hauptamtlicher Mitarbeiter sieht das AE in der Zurüstung nebenamtlicher und ehrenamtlicher Mitarbeiter im Ver-

^{13.} Texte der Synode sind dokumentiert in epd-Dok 32/75 (Ausbildungskonzeption) und 49/75. Die Beschlüsse der Synode sind bekanntgemacht im MBI H. 5/6, 1975. Über den Verlauf der Synode gab die Presse und Informationsstelle des Sekretariats eine Informationsschrift "Eisenach 1975" heraus (USW 266/75 und 551/75). Weitere Berichte über die Synode: H. J. Röder: Wenig Aussicht auf Gemeinsamkeit, in: KiS, H. 5/1975, S. 16ff. und R. Henkys: Kirchwerdung des Bundes im Gespräch, in: KiS, H. 5/1975, S. 13ff.

kündigungsdienst eine wesentliche Aufgabe. Je weniger hauptamtliche Mitarbeiter zur Verfügung stehen, je mehr muß sich die Kirche auf das Laienelement

besinnen und den Laien in den Verkündigungsdienst einbeziehen.

Die synodale Diskussion wurde durch Referate von Bischof Krusche "Die große Aufgabe der kleiner werdenden Gemeinde - Konsequenzen für die Ausbildung kirchlicher Mitarbeiter" und Rektor Folkert Ihmels (Moritzburg) "Die Situation seminaristisch ausgebildeter Mitarbeiter und das neue Ausbildungskonzept" eingeleitet 14. Obwohl die Synodalen in Vorbereitungstagungen mit dem Thema und der Ausarbeitung der Kommissionen vertraut gemacht worden waren, sah sich die Synode nicht in der Lage, die vorgeschlagenen Entscheidungen zu fällen. Nicht landeskirchlicher Starrsinn brachte das weitgesteckte Ziel zu Fall. Schritte in die Zukunft müssen behutsam gegangen werden und können nicht auf einer einzigen Synodaltagung erledigt werden. In den Kirchenzeitungen der DDR (besonders Glaube und Heimat, Potsdamer Kirche und Mecklenburgische Kirchenzeitung) wurde das als mager angesehene Synodalergebnis in der Ausbildungsfrage der fehlenden Gemeinschaft im Bund zugeschrieben. Da wird der Bund mit einem Boot verglichen, das hin- und herschaukelt; dann heißt es: Die Gemeinschaft muß gefestigt werden, damit das Gerangel im Boot aufhört. Oder: Das Matterhorn des Kirchenbundes wird eine Weile unbestiegen bleiben. Oder: Die Behutsamkeit des Umgangs miteinander ist ein Zeichen der Zerbrechlichkeit der Gemeinschaft. Wohl ist richtig, das Verhandlungsergebnis bleibt hinter dem gesteckten Ziel zurück. Aber es wäre verfehlt, von einem Scheitern des Ausbildungskonzeptes zu sprechen. Die Synode beschloß, das vorgelegte AE in einer Kurzfassung zusammen mit verabschiedeten Gesichtspunkten den Gliedkirchen mit der Frage vorzulegen, ob diese einer Übertragung von näher bezeichneten Ausbildungsfragen als Gemeinschaftsaufgaben aller Gliedkirchen auf den Bund zustimmen können. Eine gliedkirchliche Stellungnahme wird 1976 erwartet. Im folgenden wird der Synodalbeschluß mit den "Gesichtspunkten" dokumentiert.

SYNODE DES BUNDES DER EVANGELISCHEN KIRCHEN: BESCHLUSS ZUR AUSBILDUNG HAUPTAMTLICHER MITARBEITER IM VERKÜNDIGUNGSDIENST

Vom 26,-30.9,197515

Die Synode des Bundes der Evangelischen Kirchen in der DDR hat sich bei ihrer Eisenacher Tagung vom 26.9. bis 30.9.1975 auf der Grundlage von Arbeitspapieren und Referaten ausführlich mit Hauptfragen der kirchlichen Ausbildung befaßt. Sie hat die derzeitigen Verlegenheiten und Neuansätze auf diesem Gebiet erörtert, ebenso die Berufsforderungen und Einsatzbedingungen der Zukunft. Die Beratungen auf der Synodaltagung haben zu den beiliegenden Gesichtspunkten geführt.

Die Synode bittet die dafür zuständigen Organe der Gliedkirchen, die hier vorgelegten Gesichtspunkte bis zum Ende des Jahres 1976 in Fühlungnahme mit den Leitungsgremien der kirchlichen Ausbildungsstätten zu prüfen und daraufhin festzustellen, ob sie einer Übertragung der Gemeinschaftsaufgaben, wie sie unter Punkt VIII genannt werden, an

^{14.} Abgedruckt in epd-Dok. 49/1975.

^{15.} epd-Dok. 49/75, S. 84ff. Die Kurzfassung ist nicht veröffentlicht.

den Bund zustimmen können. Die Synode bittet ebenfalls zu prüfen, ob und gegebenenfalls welche gesetzlichen Regelungen dafür nötig werden.

Sie bittet, bis zu diesem Termin in den Gliedkirchen und gliedkirchlichen Zusammenschlüssen keine Festlegungen zu treffen, die eine gemeinsame Arbeit in der aufgezeigten Richtung behindern würden.

Die Synode dankt denjenigen Gliedkirchen, die in den vergangenen Jahren in der Erwartung einer gemeinsamen Regelung der bei der Ausbildung anstehenden Fragen ihre eigene Gesetzgebung aufgeschoben haben.

Anlage zum Synodenbeschluß: Gesichtspunkte zur Ausbildung hauptamtlicher Mitarbeiter im Verkündigungsdienst

Die Kirchen in der DDR wollen ihr Zeugnis und ihren Dienst wirksam ausrichten. Das können sie nur, wenn sie ihre Kräfte zusammenfassen. Dazu sind Neuordnungen im Bereich der Ausbildung der hauptamtlichen Mitarbeiter im Verkündigungsdienst einschließlich der Pfarrer notwendig. Dazu gehört ebenfalls eine Konzeption für die Zurüstung von Gemeindegliedern zur Mitarbeit. Unsere Gesichtspunkte beschränken sich auf die erstgenannte Aufgabe.

I.

Gemeinde verwirklicht sich am Ort und im Bereich.

Alle hauptamtlichen Mitarbeiter im Verkündigungsdienst sollen eine allgemeine Ausbildung erhalten, die sie befähigt, pastorale Elementarfunktionen – Verkündigung des Wortes Gottes, Sammlung von Gruppen und Förderung ihrer Gemeinschaft, Seelsorge – in einer Einzelgemeinde wahrzunehmen.

Die Ausbildung soll außerdem solche Kenntnisse und Fähigkeiten vermitteln, die die Wahrnehmung spezieller Dienste erlauben. Diese besonderen Aufgaben ergeben sich sowohl in der Einzelgemeinde als auch in der Region.

Die Ausbildung muß inhaltlich und methodisch so gestaltet werden, daß die Mitarbeiter auf beiden Ebenen sowohl selbständig als auch mit anderen zusammen tätig werden können. Sie sollen in der Lage sein, sich auf unterschiedliche Situationen einzustellen und beweglich zu arbeiten.

II.

Die Ausbildung vollzieht sich gegenwärtig in verschiedenen Typen. Ihre Unterschiede liegen

1. in der Art der theoretisch-wissenschaftlichen Arbeit ("Hochschul-" und "Fachschul-Ebene") und in der Art der Einbeziehung von Praxis ("akademische" und "seminaristische" Ausbildung),

2. in der Form der Lebensgemeinschaft, die die Ausbildung trägt und prägt (z.B. die der "bruderschaftlichen Bindung").

Von diesen Unterschieden ist auszugehen, Sie dürfen den Spielraum für die Entwicklung künftiger Ausbildungsgänge freilich nicht einengen.

Für alle Ausbildungstypen gilt das Ziel einer zeitlichen Annäherung aneinander. Diese Annäherung entspricht dem feststellbaren Teilnehmerbedürfnis und den situationsbedingten Bildungsanforderungen. Dabei ist zu berücksichtigen, daß die Ausbildung im akademischen Sinne (insgesamt 5 Jahre) den Erwerb spezieller Kenntnisse, z.B. der alten Sprachen, ermöglichen muß, und daß die Ausbildung im seminaristischen Sinne (insgesamt 4 Jahre) längere Praxiszeiten einschließen wird.

III.

Die Hauptrichtungen der Ausbildung sind durch die verschiedenen für die Gemeinde wesentlichen Dienstbereiche vorgezeichnet.

Es muß für die Bezeugung des Evangeliums, das den ganzen Menschen zum Dienst befreit, ausgebildet werden – das aber unter je spezifischer Akzentuierung der folgenden Aufgaben:

- 1. Hilfe für das Verstehen und Übernehmen der Botschaft:
- kerygmatisch-hermeneutischer Dienst
- kerygmatisch-pädagogischer Dienst
 - 2. Hilfe am Nächsten:
- diakonischer Dienst
 - 3. Hilfe zum Gotteslob in der Gemeinschaft:
- kirchenmusikalischer Dienst
- andere musische Dienste (z.B. Anleitung zu Feier und Spiel).

Für die Funktionsträger auf den genannten Gebieten muß es sowohl eine theoretischwissenschaftliche als auch eine vorrangige praxisorientierte Ausbildungsmöglichkeit geben.
Innerhalb der Hauptrichtungen ist die Ausbildung auf mögliche speziellere Fachrichtungen

Es wird im einzelnen zu prüfen sein, wieweit die bisherigen Berufsinhalte und -bezeichnungen zu den o.g. Funktionen passen.

IV.

Auch bei weiteren der Gemeinde dienenden Berufen (z.B. Verwaltung und Finanzen, Kinderdiakonie, Gemeindeschwester) ist die Ausbildung so zu gestalten, daß die Funktionsträger auch in jeweils anderen Bereichen des Gemeindedienstes mitarbeiten und an den Beratungen der Gemeinde kundig teilnehmen können.

V.

Alle Absolventen der unter III. genannten Ausbildungsrichtungen sind für ihren Dienst auf die gleiche Vergewisserung angewiesen. Das muß bei den zukünftigen Gesprächen und Entscheidungen zum Problem von Beauftragung, Sendung und Segnung berücksichtigt werden.

Die Absolventen sollen verantwortlich bei den Beratungen und Entscheidungen in ihrer Einsatzgemeinde mitarbeiten können.

VI.

Alle Mitarbeiter im kirchlichen Dienst sind zu einer regelmäßigen Vertiefung und Erweiterung der in der Ausbildung erworbenen Kenntnisse und Fähigkeiten verpflichtet. Dazu sind Weiterbildungsangebote sowie Freistellung dafür zu gewährleisten.

VII.

Absolventen aller genannten Ausbildungsgänge sollen die Möglichkeit erhalten, sich für eine Lehrtätigkeit, für Fachberatungen anderer Mitarbeiter oder für einen Dienst, der besondere Anforderungen stellt, zu qualifizieren. Voraussetzung dafür sind besondere Begabung und Neigung und entsprechender Bedarf der Kirchen.

VIII.

Aufgrund dieser Gesichtspunkte wären folgende Aufgaben in Angriff zu nehmen:

- einheitliche Aufnahme- und Prüfungsbedingungen in den gliedkirchlichen Ausbildungsstätten
- Rahmenlehrpläne
- Angleichung der Vergütungsordnungen
- Zusammenarbeit und Zusammenfassung gliedkirchlicher Ausbildungsstätten
- Dozentenweiterbildung
- Bereitstellung geeigneter Lehrbücher und anderer Lehrmaterialien.

II. Die Gemeinschaft der Gliedkirchen im Bund der Evangelischen Kirchen in der DDR

Ein anderes Thema beschäftigte die Synode in verschiedenen Zusammenhängen: Die Gemeinschaft der Kirchen im Bund. Bischof Hempel nahm im mündlichen Bericht das Thema auf. Man spürt in seinen Ausführungen eine starke Zurückhaltung. Es klingt mehr Kritik als Zustimmung an. Zwar stellt er fest, daß der Bund seit seiner Gründung im Jahre 1969 "mehr Farbe und deutlichere Konturen erhalten hat" und daß "die Gemeinschaft ... tiefer geworden (ist)". Diesen Feststellungen folgt der Satz: "Solche Vertiefung wird von den Kirchen im wesentlichen als nötig akzeptiert". Wird in dieser fast gequälten Zustimmung zu einer ungeliebten Gemeinschaft etwas wie "Bundesverdrossenheit" sichtbar, die stimmungsmäßig die Synode nach Beobachtern beherrscht hat? Und dann setzt Hempel mit seinen kritischen Fragen ein: Die wachsende Gemeinschaft hat weder alte kontroverse Unterscheidungen zwischen den Kirchen aufheben können, noch hat sie verhindert, daß neue und ebenso kontroverse Unterscheidungen zwischen den Kirchen entstanden sind. Auch die Organisation des Bundes wird von ihm kritisch gesehen. Der Bund ist "Konferenz-lastig"; er befindet sich in einem "Selbstlauf ... in Richtung Zentralismus"; die "Apparat-Ebene" hat ein zu großes Gewicht. Wer die Verfassungsdebatte in der EKD verfolgt hat, kennt die Argumente nur allzu gut. Besonders wichtig ist der Teil der Ausführungen Hempels, in dem er darzustellen versucht, wie der Bund in Zukunft aussehen könnte. Er entwirft sozusagen ein Modell vom Bund und beschreibt dabei auch das Verhältnis vom Bund zu den Gliedkirchen. Er geht davon aus, daß es an der Zeit ist, sich neu zu überlegen, wie der Bund künftig aussehen kann und soll 15a;

Aufs Ganze gesehen ist die erreichte Gemeinschaft zwischen den Kirchen des Bundes jetzt in ein Stadium eingetreten, das die Kirchen nötigt, neu zu überlegen, welche Qualität und welches Gewicht sie dem Bund geben wollen. Die gegenwärtige Ordnung des Bundes sagt eindeutig, daß der Bund als "Instrument" der ihm zugehörigen Kirchen zu verstehen ist, also einem "Dienstleistungsbetrieb" verglichen werden muß, für die Zeugnis- und Dienstgemeinschaft dieser Kirche nämlich, daß er somit kein ekklesialer Selbstzweck sein oder werden darf. Unsere Kirchen sind auf den Bund angewiesen, weil sie aufeinander angewiesen sind. Ich habe einmal das eindrückliche Wort gehört: "Der Bund muß bunt bleiben". Das heißt für mein Urteil: Der Bund wird seine Aufgabe erfüllen, wenn er die Plattform bietet, auf der sich die Kirchen in ihrer jeweiligen Identität zu sachlichen, zweckmäßigen Absprachen zusammenfinden können. Man könnte jenes Wort, ohne es wesentlich zu verändern, auch so formulieren: "Der Bund muß Bund bleiben", d.h. bei dankbarer Anerkennung, daß die anderen Kirchen mindestens ebenso gute (bzw. schlechte) Kirchen Jesu Christi sind, wie die eigene, ist das föderative Element, das in der gegenwärtigen Bundesordnung eindeutig aufgeschrieben ist, zu respektieren und zu stärken.

Der Beschluß der Synode zu diesem Teil des Berichts fiel ausgewogener aus. Ohne die kritischen Anfragen zu übergehen, möchte die Synode den Versuch nicht aufgeben, einen Weg zwischen den Extremen eines Zentralismus und eines landeskirchlichen Partikularismus zu suchen.

¹⁵a. epd-Dok. 49/75, S. 19.

BESCHLUSS DER SYNODE ZUM BERICHT DER KONFERENZ DER EVANGELISCHEN KIRCHENLEITUNGEN Vom. 26.—30. 9.1975¹⁵

Die Synode teilt die Situationseinschätzung des Berichts (II,1), daß die erhoffte Gemeinschaft unter den Kirchen des Bundes vorangekommen ist und wir jetzt an einem Punkt dieses Weges stehen, an dem wir neu überlegen müssen, welche Qualität und welches Gewicht wir dem Bund geben wollen. Sie sieht in dem Abschnitt 1 des Berichtes II die Eröffnung eines Gespräches, das auf der nächsten Synodaltagung zum Thema "Kirchengemeinschaft" weitergeführt werden soll.

Die Synode verkennt nicht die Schwierigkeiten, die sich auf dem Wege der Vertiefung der Gemeinschaft ergeben. Die theologischen Differenzen sind nur ein Teil davon. Sie gehen quer durch die Landeskirchen und konfessionellen Gruppierungen. Auch bei Problemen und Enttäuschungserlebnissen darf keiner den Bund als solchen in Frage stellen. Übergeordnet bleibt die Aufgabe, die uns auf unserem bisherigen kirchlichen Weg in unserer gesellschaftlichen Situation miteinander gestellt ist: in der von der Bundesordnung gewiesenen Weise zur Zeugnis- und Dienstgemeinschaft zusammenzuwachsen und Differenzen innerhalb der Kirchengemeinschaft des Bundes auszutragen. Der föderative Charakter unserer Gemeinschaft weist auf einen Weg, der die Extreme des Zentralismus und des Partikularismus vermeiden will. Es ist zu klären, welche noch unausgeschöpften Möglichkeiten der Gemeinschaft damit gegeben sind, was auf der Ebene des Bundes gemeinsam getan werden nuß und kann und zu welchen Verschiedenheiten sich die Landeskirchen gegenseitig freizugeben haben.

Auch die Information der Synode über die angelaufene Diskussion in den Gliedkirchen zu der Ausarbeitung "Zwischen Konkordie und Kirche" in Form eines Sachstandberichtes ¹⁷ stand im thematischen Zusammenhang der Diskussion über die Gemeinschaft im Bund. Der Bericht wurde von dem Sekretär der Theologischer Kommission, Dr. Demke, gegeben und auch von ihm selbst verantwortet. Er konnte auf keine Ergebnisse zurückgreifen — die meisten Gliedkirchen hatten ihre Beratungen noch nicht abgeschlossen. Demke gelang es aber, den Verlauf der komplizierten Beratungen und theologischen Diskussion in einer auch für Laiensynodale verständlichen Weise zu skizzieren.

b) Die Konferenz der Evangelischen Kirchenleitungen

I. Der Bericht der Konferenz

Die Daten und Fakten der Arbeit der Konferenz sind wie in jedem Jahr der Synode schriftlich vorgelegt worden. Die Beratungen und Beschlüsse der letzten beiden — von insgesamt sechs — ordentlichen Tagungen und einer außerordentlichen Tagung konnten in den Bericht nicht einfließen, da sie zeitlich nach der Synode durchgeführt wurden. Die Übersicht im Bericht macht deutlich, welche Aufgaben die Konferenz im Zusammenspiel mit anderen Bundesorganen erfüllte. Es sind wenige große Themenbereiche, in denen Einzelfragen zu entscheiden waren: Staat und Kirche sowie Ökumene. Der Konferenzbericht faßt die beiden

¹⁵b. epd-Dok. 49/75, S. 79.

^{16.} Dokumentiert in KJ 1974, S. 456ff.

^{17.} Vgl. epd-Dok. 49/75, S. 69ff.

Bereiche unter dem Stichwort "Der Dienst der Kirche im ökumenischen und gesellschaftlichen Kontext" zusammen. Das hat seine Berechtigung, weil die ökumenische Arbeit nicht abseits des gesellschaftlichen Kontextes geschieht. Man hätte auch mit Rücksicht auf einen innen- und außenpolitischen Kontext der kirchlichen Arbeit die Bereiche für sich abhandeln können. Ein dritter Bereich hatte bei den Entscheidungen der Konferenz eine beachtenswerte Rolle gespielt: Der Dienst für die Gemeinden und Mitarbeiter der Kirche. Erstmals 1975 veranstaltete die Konferenz eine "Bundesbesuchsaktion", die künftig jährlich wiederholt werden soll. Der Konferenz geht es darum, einmal im Jahr in verschiedenen Gliedkirchen Gemeinden zu besuchen, um auf diese Weise ihre Arbeit auch der "kirchlichen Basis" näherzubringen. Die Mitglieder der Konferenz hielten im Zusammenhang mit einer Sitzung in verschiedenen Orten einer Gliedkirche Gottesdienste, besuchten Gemeindeveranstaltungen und standen kirchlichen Mitarbeitern und Gemeindekreisen zum Gespräch zur Verfügung. So soll es auch in Zukunft sein. Der Grund für die Planung solcher "Bundesbesuchswochen" ist naheliegend.

Die Kirchenleitung (auf der Ebene des Bundes) und die Kirchengemeinde – das sind zwei Welten, deren Fremdheit sich auf die Arbeit des Bundes nachteilig auswirken kann. Es darf und soll nicht so weit kommen, daß die kirchliche Wirklichkeit der Gemeinden mit der Wirklichkeit der Leitung des Bundes nichts mehr gemein hat. Bei den Gesprächen mit staatlichen Vertretern und in den Diskussionen der ökumenischen Gremien will der Bund auch und gerade die Belange der kirchlichen Gemeinden in der DDR zur Sprache bringen. Darüber hinaus will der Bund mit seinen Organen und besonders mit der Konferenz den Kirchgemeinden und den kirchlichen Mitarbeitern Hilfen für ihren Dienst anbieten. In diesem Zusammenhang sind die Aufträge der Konferenz zu sehen, Gemeindeseminare in allen Gemeinden aller Gliedkirchen zu einem bestimmten Thema durchzuführen, für das besonderes Arbeitsmaterial zur Verfügung gestellt wurde.

Zu dem Dienst, den die Konferenz den Gemeinden leisten will, gehören weiter theologische, gesellschaftspolitische und ökumenische Orientierungen, die im Auftrag der Konferenz von Ausschüssen oder Kommissionen erarbeitet worden sind. Diese Arbeiten waren bewußt für den Gebrauch in den Gemeinden konzipiert. Sie verzichteten auf wissenschaftliche Vollständigkeit und ebenso auf theologische Absicherung. Bischof Hempel hat in seinem Bericht kritisch erwähnt, daß die Konferenz hier eine konkrete Verantwortung nicht wahrgenommen hat und wohl auch nicht wahrnehmen kann. Sie übernimmt fertige Arbeiten der Kommissionen oder Ausschüsse und befindet lediglich darüber, ob und wie sie Verwendung finden sollen. An dieser kritischen Beobachtung ist sicher richtig. daß die Konferenz selbst weder über die Zeit noch über die Detailinformationen verfügt, um solche Arbeitsergebnisse verantwortlich prüfen zu können. Noch weniger wäre sie in der Lage, Vorlagen dieser Art auch nur teilweise selbst zu formulieren. Hier wird faktisch kirchenleitendes Handeln von Ausschüssen, Kommissionen, Facharbeitskreisen, Arbeitsgruppen und ad-hoc-Gruppen wahrgenommen. Sie bestimmen den Inhalt von Informationen und legen deren Wortlaut fest. Die Konferenz muß das Ergebnis zwar "absegnen", sie kann auch

mittelbar Einfluß auf die Arbeit der Kommissionen nehmen, indem sie Einfluß auf die personelle Zusammensetzung der Arbeitsgremien nimmt. Praktisch aber bestimmt nicht die Konferenz, sondern der zuständige Ausschuß u.a. Weg und Ergebnis eines Arbeitsvorhabens.

Diese Strukturierung der kirchlichen Arbeit sollte aber nicht kritisiert, sondern positiv hervorgehoben werden. Es ist im Bund eine begrüßenswerte Tatsache, daß in einer Vielzahl von Arbeitsgruppen (wie immer sie firmieren), in denen Hunderte von kirchlichen Mitarbeitern und Laien unterschiedlicher theologischer Herkunft, Tradition und politischer Überzeugung aus allen Gliedkirchen mitwirken und für die Gemeinden des Bundes zu Hauptfragen des kirchlichen Lebens Informationen und Überlegungen zu Papier bringen. Die Diskussion in den Arbeitsgruppen ist kein abgeschlossener Vorgang. Sie setzt sich in den Gemeinden fort. Auf diese Weise verwirklicht sich ein Stück "Kirchengemeinschaft" im Bund und der befürchtete Zentralismus wird genau auf diese Weise vermieden. Kirchenleitendes Handeln im Bund stellt sich als ein plurales Zusammenspiel verschiedenster Gruppen und Gremien dar, das von der Konferenz planvoll gesteuert wird.

Im Bericht der Konferenz wird noch ein weiterer Arbeitsbereich gesondert dargestellt: ..Rechts-, Organisations- und Finanzfragen". Auch dieser Bereich hat es mit der gewollten und angestrebten Gemeinschaft der Gliedkirchen im Bund zu tun. Die Angleichung gliedkirchlichen Rechts ist eine unbedingte Voraussetzung für eine wirksame Gemeinschaft der Kirchen. Konkret zeigten sich hier Probleme, die schwer in den Griff zu bekommen waren. Man könnte meinen, daß Fragen dieser Art leicht lösbar wären, weil sie selten etwas mit theologischen Entscheidungen und Überzeugungen zu tun haben. Aber wie in der EKD zeigt sich auch im Bund, daß gliedkirchliche Sonderregelungen mit großer Hartnäckigkeit verteidigt werden. Die Konferenz versuchte in kleinen Schritten auf dem Gebiet des Pfarrerdienstrechtes und der Besoldung kirchlicher Mitarbeiter die Voraussetzungen für eine spätere gemeinsame Regelung auf Bundesebene zu schaffen. Auf einem anderen Gebiet konnte die Konferenz konkretere Ergebnisse vorlegen. Nach der Ordnung des Bundes können kirchliche Werke, Einrichtungen und Verbände als solche des Bundes anerkannt werden. Die Anerkennung erfolgt durch Beschluß der Konferenz, der im Mitteilungsblatt veröffentlicht werden muß. 1975 wurden eine ganze Reihe von entsprechenden Beschlüssen gefaßt und bekanntgemacht. Für die betroffenen Werke hat die Anerkennung eine große Bedeutung. Als Werk des Bundes können sie den staatlichen Stellen gegenüber anders auftreten. Im Streitfall kann sich der Bund für sie in Gesprächen und in Verhandlungen auf hoher und auf höchster Ebene verwenden. Aber auch der Bund und seine Gliedkirchen sind daran interessiert, daß möglichst viele Werke und Einrichtungen als kirchliche Werke des Bundes gelten. Dadurch erhält der Bund eine politisch-gesellschaftliche Bedeutung, die ihm und den Gliedkirchen im Verhältnis zum Staat bei Verhandlungen zugute kommt.

BERICHT DER KONFERENZ

DER EVANGELISCHEN KIRCHENLEITUNGEN IN DER DDR VOR DER SYNODE DES BUNDES DER EVANGELISCHEN KIRCHEN ANLÄSSLICH DER 3. TAGUNG DER 2. SYNODE IN EISENACH

Vom 26. bis 30. September 1975 17a

0. Einleitung

Der Bericht der Konferenz wird in diesem Jahr in zwei Teilen erstattet: einem schriftlichen, der die wesentlichen Daten und Fakten enthält, und einem mündlichen, der versucht, Konsequenzen zu ziehen und Perspektiven aufzuzeigen. Die Konferenz entspricht damit einem Beschluß der 2. Tagung der 2. Synode.

Hiermit wird der schriftliche Bericht für die Zeit vom 1. Oktober 1974 bis 15. Septem-

ber 1975 vorgelegt.

Am 15. Juni 1975 verstarb das Mitglied der Konferenz, der Präsident des Oberkirchenrates in Schwerin, Siegfried Rossmann. Die Konferenz gedenkt dankbar seiner treuen Mitarbeit.

Im Berichtszeitraum schieden aus der Konferenz aus Oberkonsistorialrat Walter Kusch (Greifswald) und Präsident Dr. Kurt Johannes (Dresden). An ihre Stelle traten Oberkonsistorialrat Dr. Siegfried Plath (Greifswald) und Präsident Kurt Domsch (Dresden).

0.1 Die Konferenz kam im Berichtszeitraum zu fünf zweitägigen, einer Klausurtagung und einer außerordentlichen Tagung zusammen. Im Anschluß an die Mai-Tagung 1975, die in Eisenach stattfand, wurde zum ersten Mal eine "Bundesbesuchsaktion" veranstaltet, bei der die Mitglieder der Konferenz Gemeinden in der Thüringischen Kirche besuchten. Da diese Aktion ein gutes Echo in den Gemeinden fand, und mithalf, den Bund stärker in das Bewußtsein der Gemeindeglieder zu bringen, nahm die Konferenz eine Einladung der Kirchenprovinz Sachsen für eine Besuchsaktion im Mai 1976 dankbar an.

Auf Beschluß der Konferenz nehmen seit Mai 1975 der Leiter der Kirchenkanzlei der Evangelischen Kirche der Union im Bereich der DDR und der Leiter des Lutherischen

Kirchenamtes als ständige Gäste an den Beratungen der Konferenz teil.

- 0.2 Der Vorstand der Konferenz kam etwa monatlich zusammen, bearbeitete eine Vielzahl von Fragen aus der laufenden Arbeit des Bundes und bereitete die Tagungen der Konferenz vor.
- 0.3 Der Bischofskonvent erarbeitete einen Vorschlag für ein gemeinsames Ordinationsformular, das auf der Mai-Tagung von der Konferenz zur Kenntnis genommen und den Gliedkirchen, der EKU und der VELK zur Stellungnahme zugeleitet wurde (s. 2.1.3.). Der Bischofskonvent sandte am 2. Juli 1975 ein Solidaritätstelegramm an den chilenischen Bischof Helmut Frenz, das von der Konferenz auf ihrer Juli-Tagung gebilligt wurde.
- 0.4 Das fünfjährige Mandat der Mitglieder aller Kommissionen und Ausschüsse endete mit dem 31. März 1975. Die Konferenz nahm in mehreren Tagungen die personelle Neubesetzung vor. Im Unterschied zur ersten Arbeitsperiode der zehn Gremien wurde bei den Kommissionen und Ausschüssen, deren Ergebnisse in den gliedkirchlichen Verwaltungen praktisch umgesetzt werden müssen, darauf geachtet, daß die Gliedkirchen unmittelbar vertreten sind, um so deren Mitverantwortung schon beim Entstehen von Vorlagen zu gewährleisten.

Zur Zeit bestehen sechs Kommissionen:

- Kommission für Ausbildung
- Kommission für Zeugnis und Gestalt der Gemeinde (Gemeindekommission)
- Ökumenische Kommission
- Kommission für theologische Grundsatzfragen (Theol. Kommission)
- Kommission für kirchliche Arbeit mit Kindern und Konfirmanden
- Kommission für kirchliche Jugendarbeit

Die Konferenz bildete darüber hinaus folgende vier Ausschüsse:

- Ausschuß für kirchliche Informationsarbeit

¹⁷a. epd-Dok. 49/75, S. 4ff.

- Ausschuß Kirche und Gesellschaft

Ausschuß für Organisations-, Verwaltungs- und Rechtsfragen (Rechtsausschuß)
 Ausschuß für Finanzen und Vermögen (Finanzausschuß)

0.5 Die Arbeitsperiode der Facharbeitskreise wurden durch Beschluß der Konferenz bis zum 30. Juni 1976 verlängert. Die Kommissionen und Ausschüsse sollen bis zum 1. Februar 1976 mitteilen, welche Facharbeitskreise für die weitere Arbeit notwendig sind.

1 Dienst der Gemeinden und Mitarbeiter der Kirche

1.1 Gemeindeseminare

Nach dem guten Echo, das die Gemeindeseminare 1973/74 über das Thema von Bangkok "Heil heute" gefunden haben, beschloß die Konferenz, 1976/77 eine zweite Aktion durchzuführen. Es wurden Themenvorschläge von Synodalen und Gemeindegruppen erbeten, die von einem neuen zentralen Vorbereitungsausschuß (ZVA) gesichtet wurden. Viele Einsender regten an, die Gemeindeseminare mit der Nacharbeit von Nairobi zu verbinden. Der ZVA schlägt als vorläufiges Arbeitsthema vor: "Was bedeutet uns Jesus Christus auf der Suche nach Gemeinschaft, Gerechtigkeit und menschlicher Welt?" (Nairobi-Sektion III. V, VI, sowie die Themenvorschläge "Christsein heute" und "Hoffnung"). Zur Zeit arbeiten regionale Gruppen (Mecklenburg, Greifswald, Kirchenprovinz Sachsen, Thüringen) an der theologischen und methodischen Profilierung der Unterthemen. Das Material soll im Frühsommer 1976 vorliegen.

1.2 Lebensordnung

Die Konferenz nahm davon Kenntnis, daß im Augenblick an einer Neufassung der Lebensordnung für alle Gliedkirchen nicht weitergearbeitet wird, EKU und VELK beschlossen die Bildung einer Arbeitsgruppe unter der Federführung des Bundes, die die Situation beobachten und Gesichtspunkte für eine neue Lebensordnung sammeln soll. Aufgrund dieser Vorarbeiten soll entschieden werden, ob und in welcher Form eine Lebensordnung für alle Gliedkirchen erarbeitet werden kann.

1.3 Gemeindestrukturen

Die Gemeindekommission beendete ihre Arbeit. Der Bericht über die bisherige Tätigkeit ging allen Synodalen zu. Die neu zusammengesetzte Gemeindekommission ist dabei, die Schwerpunkte für die Arbeit der nächsten fünf Jahre zu finden. In Zusammenarbeit mit dem Facharbeitskreis (FAK) Pfarrerweiterbildung werden zur Zeit zwei Kurse als "5. Weiterbildungskurse des Bundes" mit dem Akzent auf der Arbeit in Neubaugebieten durchgeführt (s. 1.6.2).

1.4 Koordinierung der Werke

Die Konferenz berief die Mitglieder der von der Bundessynode auf ihrer zweiten Tagung 1974 beschlossenen Kooperationsgruppe. Die Gruppe begann inzwischen mit der Arbeit, doch kann angesichts der schwierigen Materie nicht so bald mit Ergebnissen gerechnet werden.

1.5 Diakonie

Das Werk "Innere Mission und Hilfswerk" legt der Synode einen eigenen Bericht vor. Die Konferenz empfing laufend Berichte über die Beratungen des Vorstandes zu diakonischen Fragen und Berichte des Leiters der Geschäftsstelle von IM/HW.

Am 2. Juni 1975 wurde zwischen dem Staatssekretär für Kirchenfragen und dem Minister für Gesundheitswesen sowie dem Bund der Evangelischen Kirchen in der DDR und dem Werk "Innere Mission und Hilfswerk" eine "Vereinbarung über die Ausbildung von mittleren medizinischen Fachkräften für eine Tätigkeit in evangelischen Gesundheits- und Sozialeinrichtungen in der DDR" geschlossen. Der Abschluß dieser Vereinbarung erfolgte gemäß Art. 39 (2) der Verfassung der DDR von 1968 und ist die erste Vereinbarung dieser Art zwischen Staat und Kirche (vgl. Mitteilungsblatt Nr. 4/75).

1.6 Aus- und Weiterbildung kirchlicher Mitarbeiter

1.6.1 Ausbildungskonzeption

Die Synode wird sich mit der "Ausbildung kirchlicher Mitarbeiter" beschäftigen. Vorarbeiten zu dieser Thematik sind von der Ausbildungs- und von der Gemeindekommission gemeinsam durchgeführt worden. Die entsprechenden Arbeitspapiere sind den Synodalen zugegangen und wurden bereits auf den Informationsbesprechungen im April d.J. in Magdeburg, Neustrelitz, Dresden und Erfurt diskutiert. Die gleichfalls an die Synoden übersandten "Anmerkungen zum Konzeptionspapier" nehmen die Fragen aus den Informationsbesprechungen und aus den Kirchen zu dieser Thematik auf und versuchen Antworten zu geben. Der "Ent-

wurf von Richtlinien" zeigt die möglichen Konsequenzen auf.

Die Konferenz beschäftigte sich in diesem Zusammenhang auf zwei Tagungen mit einer Teilfrage, dem Predigerrecht. Ausbildung und Rechtsstatus der Prediger müssen geklärt werden. Die Konferenz beschloß die Bildung einer Arbeitsgruppe. Es geht darum, die Ausbildung an den beiden Predigerschulen in Berlin und Erfurt zu koordinieren und zugleich den Status des Predigers, der in den Gemeinden weithin den gleichen Dienst wie der Pfarrer tut, genauer zu beschreiben. Andererseits ist es deutlich, daß es sich hier nur um eine Teilfrage aus dem Gesamtkomplex Ausbildung kirchlicher Mitarbeiter handelt, die nur im Zusammenhang mit einer Neuordnung der seminaristischen Ausbildung überhaupt gelöst werden kann.

In der Berichtszeit konnte der Kontakt zu den theologischen Sektionen an den sechs Universitäten verstärkt werden. Am 1. Januar 1975 studierten an den sechs theologischen Sektionen insgesamt 401 Studenten, davon 187 weibliche.

1.6.2 Weiterbildung

Der bei der Kommission für Ausbildung bestehende FAK Pfarrerweiterbildung schloß den ersten Abschnitt seiner Arbeit mit der Verabschiedung von "Kriterien für eine kirchlichtheologische Weiterbildung" ab. Es geht um eine Ordnung und Koordinierung des vielfältigen Angebotes der einzelnen Weiterbildung treibenden Institutionen. Die Weiterbildung aller hauptamtlichen kirchlichen Mitarbeiter müsse in die Überlegungen einbezogen werden.

Die Konferenz billigte die vom Bund verantworteten Weiterbildungskurse. Der "5. Kursus über Arbeit in Neubaugebieten" läuft zur Zeit in zwei Teilkursen in Kummhennersdorf und Templin. Charakteristisch für diesen Kursus ist die Einbeziehung von hauptamtlichen kirchlichen Mitarbeitern (Pfarrern, Katecheten u.a.) und Gemeindegliedern (s. 1.3). Für das Frühjahr 1976 ist ein 6. Kursus geplant, der sich mit Fragen der Seelsorge befassen wird.

1.6.3 Zurüstung neben- und ehrenamtlicher Mitarbeiter

Die Einrichtung von Fernunterricht gewinnt immer stärkere Bedeutung in unseren Kirchen. Der Bund ist bemüht, in einer Arbeitsgemeinschaft der Fernunterrichte einen Erfahrungsund Materialaustausch der einzelnen Fernunterricht treibenden Einrichtungen durchzuführen.

1.6.4 Verwaltungsausbildung

Durch Beschluß der Konferenz vom 9. November 1974 wurden die "Richtlinien für die Ausbildung und Fortbildung von Mitarbeitern im kirchlichen Verwaltungsdienst vom 12. Januar 1974" mit Wirkung vom 1. Januar 1975 für das Sekretariat des Bundes übernommen.

Mit Zustimmung der Konferenz fanden 1974 und 1975 Weiterbildungsveranstaltungen für die in den Gliedkirchen tätigen Kirchenjuristen statt. Auf einer Kirchenrechtstagung für Theologen und Juristen 1974 wurden unter Beteiligung des Ökumenischen Rates der

Kirchen vornehmlich Fragen des ökumenischen Kirchenrechts behandelt.

Zur Zeit wird geprüft, ob aufgrund des Bedarfs in den Gliedkirchen mit einer Ausbildung von Kirchenjuristen analog den früheren "Naumburger Kursen" begonnen werden soll. Für die Büroleiter der Kirchen wurden Weiterbildungsveranstaltungen durchgeführt. Weitere sind geplant.

1.7 Kirchliche Arbeit mit Kindern, Konfirmanden und Jugendlichen

1.7.1 Die von der Synode auf ihrer Tagung 1974 gebildete Kommission für kirchliche Arbeit mit Kindern und Konfirmanden (anstelle des Ausschusses für Erziehung und Unterweisung) erfuhr eine grundlegende Änderung ihrer Zusammensetzung. Durch Beschluß der Konferenz ist in ihr die ehemalige Konferenz der Erziehungsreferenten aufgegangen. 1.7.2 Auf ihrer Klausurtagung im März 1975 beschäftigte sich die Konferenz mit der "Orientierung zur Verantwortung der christlichen Gemeinde in der sozialistischen Gesellschaft der DDR für ihre Kinder und Konfirmanden". Die Orientierung wurde dem Bischofskonvent zur Stellungnahme überwiesen, der Anregungen zur Weiterarbeit gab.

1.7.3 Im März 1975 verabschiedete die Konferenz in Form einer Empfehlung "Leitsätze zum konfirmierenden Handeln". Die Konferenz verzichtete damit zunächst auf die Verabschiedung einer ursprünglich vorgesehenen Rahmenordnung. Sie hofft, daß die Leitsätze dazu beitragen werden, zu einer größeren Einmütigkeit in der Konfirmationsfrage innerhalb der Gliedkirchen zu gelangen.

1.7.4 Die Kommission für kirchliche Jugendarbeit konstituierte sich und legte ihr neues Arbeitsprogramm fest. Leider gelang es bis zur Stunde nicht, einen Sekretär für die Kom-

mission zu finden.

2. Der Dienst der Kirche im ökumenischen und gesellschaftlichen Kontext

2.1 Kirchengemeinschaft

2.1.1 "Zwischen Konkordie und Kirche"

Wie auf der Bundessynode 1974 beschlossen, ist die Diskussion über die Ausarbeitung des Ausschusses Kirchengemeinschaft "Zwischen Konkordie und Kirche" in allen Gliedkirchen und in der EKU und VELK angelaufen. Die Synode wird einen Zwischenbericht erhalten. Die Konferenz wird sich mit dem Thema beschäftigen, sobald die Ergebnisse der Beratungen in den Kirchen vorliegen.

2.1.2 Lehrgespräche

Nachdem die erste Lehrgesprächskommission ihre Arbeit über das Thema "Wie verkündigen wir Rechtfertigung heute?" abgeschlossen hat (die 5 Werkstattberichte erschienen im Mitteilungsblatt), vereinbarten der Rat der EKU und die Kirchenleitung der VELK die Bildung einer Zweiten Lehrgesprächskommission. Sie soll in zwei Untergruppen über die Themen "Zwei-Reiche-Lehre und Königsherrschaft Christi" und "Amt – Ämter – Ordination" arbeiten. Die Konferenz hofft, daß die Arbeit der Lehrgesprächskommission zu einer Übereinstimmung in den theologischen Grundsatzfragen führen und so die Kirchwerdung des Bundes fördern wird.

2.1.3 Ordinationsformular

Der Bischofskonvent legte der Konferenz auf der Mai-Tagung einen von allen Bischofen gebilligten Entwurf eines neuen Ordinationsformulars mit ausführlicher Begründung vor. Die Konferenz leitete diesen Entwurf den Gliedkirchen, der EKU und VELK zur Stellungnahme bis 1. Januar 1976 zu.

2.2 Theologische Fragen

2.2.1 Glaubensbuch

Das Manuskript liegt zum Druck vor. Das Buch wird den Titel "Aufschlüsse – ein Glaubensbuch" tragen. Mit Zustimmung der Konferenz unterzeichneten der Vorsitzende der Konferenz und der Präses der Synode das Vorwort. In ihm wird zum Ausdruck gebracht, daß der Bund zwar nicht jede der Aussagen dieses Buches, das eine Gemeinschaftsarbeit vieler Autoren darstellt, sich zu eigen macht, daß er aber voll hinter dem Vorhaben steht. 2.2.2 Taufe

Der FAK Tauffragen schloß seine Arbeit ab und leitete das Ergebnis der Theologischen Kommission zu. Es ist dem FAK nicht gelungen, die tiefgreifenden Meinungsverschiedenheiten über Taufverständnis und Taufpraxis zu überwinden. Alle Mitglieder erklärten jedoch, daß diese Verschiedenheiten die Gemeinschaft in einer Kirche nicht infrage stellen.

2.2.3 Abendmahl

Der Konferenz lag auf ihrer Juli-Tagung eine Eingabe des Ökumenischen Arbeitsausschusses der Kirchenprovinz Sachsen zur Frage einer "eucharistischen Gastbereitschaft" vor. Die Konferenz beauftragte die Theologische Kommission, ein Gutachten zu erarbeiten.

2.2.4 Thomas-Müntzer-Gedenken

Ein überraschend starkes Echo fanden die kirchlichen Veranstaltungen im Rahmen des Thomas-Müntzer-Gedenkens. Der Bund führte drei Arbeitstagungen in Berlin, Erfurt und Zwickau durch und legte umfangreiches Arbeitsmaterial vor. Es wird erwogen, die Referate der Arbeitstagungen in einer Broschüre herauszugeben.

2.3 Ökumene

2.3.1 Leuenberger Konkordie

Als Mitunterzeichner der Leuenberger Konkordie werden sich die Gliedkirchen des Bundes

an den kommenden Lehrgesprächen beteiligen. Zu der im März 1976 in Schweden beginnenden zweiten Phase der Lehrgespräche sollten fünf Vertreter (je zwei aus EKU und VELK, ein Vertreter der gesamtkirchlichen Dienststellen) entsandt werden. Die Vorschläge der Kirchen des Bundes zur Thematik der Lehrgespräche wurden weitgehend berücksichtigt. 2.3.2 Fünfte Vollversammlung des Ökumenischen Rates der Kirchen

Anhand der Vorschläge aus den Gliedkirchen hat die Konferenz zehn Delegierte für die 5. Vollversammlung des ÖRK in Nairobi benannt. Zwei weitere Delegierte wurden im Einvernehmen zwischen den Kirchen und dem ÖRK benannt. Außer ihnen werden an der Vollversammlung teilnehmen ein Delegierter der Brüder-Unität, vier Berater, zwei Mitglieder des zurücktretenden Zentralausschusses, ein Steward und ein Vertreter der kirchlichen Presse. Vorgesehen ist die Entsendung von Delegierten durch die Arbeitsgemeinschaft christlicher Kirchen und durch die Altkatholische Kirche.

Die Theologische Studienabteilung stellt Vorbereitungsmaterial zu den sechs Sektionen der Vollversammlung für die Gemeinden bereit. Bei der Evangelischen Verlagsanstalt er-

schien ein im Auftrag des Bundes herausgegebenes Vorbereitungsheft.

Für die Nairobi-Teilnehmer aus den Kirchen in der DDR fanden mehrere Vorbereitungsbesprechungen statt, an denen teilweise auch Vertreter aus den Nachbarkirchen und Mitarbeiter des Genfer Stabes teilnahmen.

Im Zusammenhang mit der 5. Vollversammlung stand ein Besuch des Generalsekretärs Dr. Philip Potter im April 1975 beim Bund. In den Gesprächen mit dem Vorstand wurden darüber hinaus Fragen der Vertretung des Bundes in ökumenischen Gremien und im Stab des ÖRK, der Durchführung von Tagungen des ÖRK in der DDR und die finanzielle Unterstützung des ÖRK durch seine Mitgliedskirchen in der DDR angesprochen.

2.3.3 Mitarbeit im Ökumenischen Rat (ÖRK)

Vom Februar bis Mai 1975 konnte Pastor Eckart Schwerin vom Sekretariat des Bundes im Stab des ÖRK in der Abteilung "Education" mitarbeiten. Es hat sich gezeigt, daß die persönliche Anwesenheit kirchlicher Vertreter aus der DDR in Genf von großer Bedeutung ist.

Auf ihrer Juli-Tagung beriet die Konferenz über Vorschläge für die Berufung in ökumenischen Gremien, die während der Vollversammlung und danach gebildet werden. Der Vorstand der Konferenz leitete inzwischen entsprechende Personalvorschläge nach Genf weiter. Auch 1975 konnten 25000 Mark als Beitrag an den ÖRK transferiert werden.

Eine Reihe kirchlicher Vertreter aus der DDR konnte an Arbeitssitzungen ökumenischer Gremien teilnehmen. Auch konnten Vertreter dieser Gremien die Gliedkirchen des Bundes in der DDR besuchen.

Im Oktober 1974 nahmen zwei Vertreter des Bundes an der von der Kommission der Kirchen für Internationale Angelegenheiten in St. Pölten/Österreich veranstalteten Konsultation zur Frage der Menschenrechte teil. Die Konferenz beschloß auf ihrer Januar-Tagung die Weiterarbeit an dieser Thematik.

2.3.4 Mitarbeit in der Konferenz Europäischer Kirchen (KEK)

Der Bund beteiligte sich nach wie vor an der Arbeit der KEK. Die Ergebnisse der 7. Vollversammlung 1974 wurden u.a. in mehreren regionalen ökumenischen Studienkreisen ausgewertet. Als Beitrag des Bundes für die KEK konnten 3000 Mark transferiert werden. Der Bund wird Gastgeber einer Konsultation der KEK sein, die unter dem Thema "Die Kirchen und die Ergebnisse der Konferenz über Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa" vom 27. bis 31. Oktober 1975 in Buckow bei Berlin stattfindet.

2.3.5 Bilaterale ökumenische Beziehungen

2.3.5.1 Besuche

In der Berichtszeit empfing der Bund eine fünfköpfige Delegation der Evangelischen Kirchen AB und HB Österreichs (April), den Präsidenten des Rates der Evangelischen Kirchen Kubas (Juni) und den Bischof von Ruanda (Juni).

2.3.5.2 Reisen

Im November 1974 konnte Bischof Horst Gienke als Gast an der Tagung der Synode der EKD in West-Berlin teilnehmen. Bischof D. Albrecht Schönherr reist im Januar 1975 mit einem Begleiter zur Einführung des neuen Erzbischofs von Canterbury nach Großbritannien.

Im April 1975 besuchte eine sechsköpfige Delegation des Bundes den Rat der Kirchen in den Niederlanden und mehrere seiner Gliedkirchen.

Eine aus sechs Mitgliedern bestehende Delegation des Bundes besuchte im Mai die Bulgarische Orthodoxe Kirche. Dabei konnte auch Verbindung zu den protestantischen Minderheitenkirchen in Bulgarien aufgenommen werden.

Eine achtköpfige Delegation des Bundes folgte einer Einladung des Erzbischofs von Upp-

sala zu einem Besuch der Lutherischen Kirche Schwedens im Mai/Juni.

Einer Einladung des Ökumenischen Rates der Kirchen in der VR Ungarn zu einem Besuch wird im Oktober 1975 der Bund durch die Entsendung einer Delegation entsprechen.

Die bisherige Planung für das Jahr 1976 sieht eine Delegationsreise zu den evangelischen Kirchen Österreichs vor, der Bund erwartet Besucher aus den USA, Schweden, der UdSSR,

den Niederlanden, der VR Polen und Vertreter der Waldenser Kirche.

Die Konferenz stellte auf ihrer Juli-Tagung fest, daß die Möglichkeiten der aktiven Teilnahme der Gliedkirchen an diesen ökumenischen Beziehungen überprüft werden muß. Vorrang bei allen Besuchen soll Gemeindebezogenheit und die Möglichkeit zu echten Lehrgesprächen zwischen dem Bund und den anderen Kirchen haben. Hoffnungsvolle Ansätze haben sich hierfür zu der Russischen Orthodoxen Kirche und zur Bulgarischen Orthodoxen Kirche ergeben. Doch auch mit dem Protestantischen Kirchenbund Frankreichs und der Kirche von England finden theologische Gespräche statt.

Die Konferenz beauftragte die Ökumenische Kommission, ein Konzeptionspapier zu erarbeiten, das dazu dienen soll, die Position des Bundes in der Ökumene genauer zu

beschreiben.

2.3.6 Ökumenische Arbeit in der DDR

2.3.6.1 Verhältnis zur Römisch-katholischen Kirche

Im März 1975 fand eine erste gemeinsame Sitzung der Ökumenischen Kommission des Bundes und der Ökumenischen Kommission der Berliner Ordinarienkonferenz statt. Zwei Vertreter des Bundes nahmen im April an der 5. Session der römisch-katholischen Pastoralsynode in Dresden teil. Mit dem dort verabschiedeten Papier "Ökumene im Bereich der Gemeinde" werden sich die zuständigen Gremien des Bundes noch ausführlich beschäftigen.

Darüber hinaus wurde der Gedankenaustausch im Rahmen der Konsultativgruppe fort-

gesetzt.

2.3.6.2 Arbeitsgemeinschaft christlicher Kirchen (AGCK)

Die Zusammenarbeit des Bundes mit neun evangelischen Freikirchen und der Römischkatholischen Kirche im Rahmen der AGCK wurde fortgesetzt. An einem Entwurf zur Regelung des Übertritts von einer Mitgliedskirche der AGCK in eine andere wird zur Zeit gearbeitet.

Einer Bitte der Gemeinschaft der Siebenten-Tags-Adventisten, künftig einen ständigen Gast zu den Sitzungen der AGCK entsenden zu dürfen, wurde entsprochen.

2.3.6.3 Ökumenisch-missionarischer Verbindungsausschuß

Nach dem Abschluß entsprechender Vereinbarungen mit den dem Bund zugeordneten ökumenisch-missionarischen Aktivitäten, der Ev.-Luth. Mission in Leipzig, dem Ökumenisch-missionarischen Zentrum Berlin und der Arbeitsgemeinschaft Missionarische Dienste konnte der Ökumenisch-missionarische Verbindungsausschuß seine Arbeit aufnehmen. Die Konferenz beschloß seine endgültige Zusammensetzung und bestätigte Kirchenpräsident Eberhard Natho als Vorsitzenden. Stellvertretender Vorsitzender ist Missionsdirektor Dr. August Kimme.

2.3.7 Ökumenische Dienste

Auf ihrer Januar-Tagung 1975 verabschiedete die Konferenz einen dritten Aufruf zu einer Spendenaktion im Rahmen des Programms zur Bekämpfung des Rassismus. Der FAK Ökumenische Diakonie begleitete diese Aktion mit Studien- und Informationsmaterial für die Gemeinden. Das vorläufige Ergebnis der 3. Spendenaktion beträgt 240 000 Mark.

Die Konferenz nahm auf ihrer Mai-Tagung einen Bericht des Bevollmächtigen der Aktion "Brot für die Welt" über Hilfesendungen des Bundes nach Chile entgegen.

Im Zusammenhang mit der 5. Vollversammlung des ÖRK ist eine Kontaktaufnahme mit afrikanischen Kirchen, vor allem mit denen in den ehemaligen portugiesischen Kolonien geplant. Der Bund wird sich am Bau eines Kinderkrankenhauses in Warschau als Gedenkstätte für die während des zweiten Weltkrieges in Polen umgekommenen Kinder beteiligen.

2.4 Kirche und Gesellschaft

2.4.1 In die Berichtszeit fiel die 30. Wiederkehr des 8. Mai 1945. Die Konferenz verabschiedete dazu auf ihrer März-Tagung "Gesichtspunkte", mit denen sie Impulse für die persönliche Besinnung und Hilfen für Gespräche unter Christen und mit Nichtchristen bis zur Gemeindeebene geben wollte. Sie gab eine Predigtmeditation zum 8. Mai heraus (MBI.

Am 15. April 1975 fand auf Einladung des Staatssekretärs für Kirchenfragen und des Nationalrates der Nationalen Front eine Veranstaltung statt, an der Vertreter aller Kirchen-

leitungen teilnahmen.

2.4.2 Die Konferenz sprach durch drei Beauftrage dem Staatsskretär für Kirchenfragen zu seinem 70. Geburtstag am 12. April und dem Vorsitzenden des Ministerrates zu seinem 60. Geburtstag am 5. September die Glückwünsche des Bundes aus.

- 2.4.3 Beschwernisse auf dem Bildungssektor beschäftigten die Konferenz mehrfach. Im Auftrag ihrer Synode wandte sich die Kirchenleitung der Kirchenprovinz Sachsen am Sonntag Lätare, 9. März 1975, mit einer Kanzelabkündigung an die Geminden. Die Konferenz und die Leitungen der Gliedkirchen nutzten alle sich bietenden Gelegenheiten, um die Situation der christlichen Kinder und Jugendlichen an Schulen und Ausbildungsstätten zu verbessern. In Gesprächen mit Staatsvertretern auf allen Ebenen traten die Mitglieder der Konferenz für die Belange der jungen Menschen ein. Die Konferenz legt bei ihren Überlegungen besonderen Wert auf die geistliche Bewältigung dieser Problematik.
- 2.4.4 Die 2. Tagung der Synode des Bundes 1974 übertrug der Konferenz die Aufgabe, in Verbindung mit dem Ausschuß "Kirche und Gesellschaft" zwei Fragen zu behandeln:

- Wie wird das Evangelium über die Motivation hinaus für das Engagement von Christen

im gesellschaftlichen Leben wirksam?

- Wie ist das Verhältnis von christlichem Glauben zu Ideologien zu bestimmen? Der neu zusammengesetzte Ausschuß hat gemeinsam mit der Theologischen Studienabteilung die Arbeit an den Fragen aufgenommen.
- 2.4.5 Auf ihrer März-Tagung nahm die Konferenz zustimmend Kenntnis von den geplanten kirchlichen Aktivitäten im Internationalen Jahr der Frau 1975. Vorgesehen sind:
- 1. Eine Tagung vom 9. bis 12. Oktober 1975 in Berlin: "Eva und Adam neuorientiert". Verantwortlich: FAK Zusammenarbeit von Mann und Frau.
- 2. Herausgabe einer dritten Orientierung des FAK unter dem Thema "Erziehung zur Partnerschaft".
 - 3. Programm zur Vorbereitung auf die 5. Vollversammlung des ÖRK.

4. Spezifische Vorhaben der Frauenhilfe.

5. Kirchliche Aktivitäten im Zusammenhang mit dem in Berlin stattfindenden Weltkon-

greß im Internationalen Jahr der Frau.

6. Vortragstätigkeit und Vermittlung von Referaten und Literatur, Koordinierung. 2.4.6 Mit dem Regionalausschuß der Christlichen Friedenskonferenz fanden im Dezember 1974 und Februar 1975 Sachgespräche statt. Zur Tagung des Fortsetzungsausschusses der CFK im September in Ungarn entsandte die Konferenz zwei Beobachter.

2.5 Öffentlichkeitsarbeit des Bundes

Auf ihrer März-Tagung beschäftigte sich die Konferenz eingehend mit der Öffentlichkeitsarbeit der Kirche und beriet über Mittel und Wege für eine effektivere Information der Kirchen, U.a. wurde erwogen, zu bestimmten Anlässen Schnellinformationen herauszugeben. Von dieser Möglichkeit wurde erstmals im Zusammenhang mit den Veranstaltungen am 15. April 1975 Gebrauch gemacht.

Darüber hinaus beriet der Vorstand über wirksame Wege einer Ausbildung publizisti-

schen Nachwuchses für die Kirchen.

Durch Verhandlungen mit den zuständigen staatlichen Stellen konnte erreicht werden, daß für das Gemeindeblatt "Frohe Botschaft" wieder Bestellungen – über die Redaktion - möglich sind.

3.1 Rechtsfragen

3.1.1 Pfarrerdienstrecht

Nach mehreren Beratungen beschloß die Konferenz im Juli die Weiterarbeit an einem gemeinsamen Pfarrerdienstrecht. Sie schlug die Bildung eines "Gemeinsamen Ausschusses" vor und bat den Bischofskonvent, an den theologischen Fragen im Blick auf das Verhältnis von Pfarrern und Mitarbeitern in der Gemeinde weiter zu arbeiten. Für die Übergangszeit wurden EKU und VELK gebeten, Gesetzesänderungen an den geltenden Pfarrergesetzen nur in gegenseitiger Absprache und sachlicher Übereinstimmung vorzunehmen.

Die Konferenz stellte fest, daß die Arbeit des Gemeinsamen Ausschusses im Rahmen der Verantwortung des Rechtsausschusses der Konferenz geschieht. Der Ausschuß wurde beauftragt, das Pfarrerdienstrecht so zu gestalten, daß es sich in ein zu konzipierendes

Mitarbeiterrecht einfügt.

Die personelle Zusammensetzung des Gemeinsamen Ausschusses wurde auf der September-Tagung der Konferenz beschlossen.

3.1.2 Rechtsordnung für Institutionen und Werke

3.1.2.1 Auf der Januar-Tagung wurde das Konfessionskundliche Arbeits- und Forschungswerk (Ev. Bund) als Werk des Bundes anerkannt und die von der Zentralen Arbeitsleitung am 5. Februar 1974 beschlossene Ordnung des Konfessionskundlichen Arbeits- und Forschungswerkes bestätigt.

3.1.2.2 Auf ihrer März-Tagung stimmte die Konferenz der Ordnung der Berliner Missions-

gesellschaft zu und erkannte die Berliner Mission als Werk des Bundes an.

3.1.2.3 Die Konferenz verabschiedete auf ihrer Tagung im November 1974 gemäß Art. 5 Abs. 2 der Bundesordnung die vorläufige Ordnung des Dienstes der Gemeindehelferin.

- 3.1.2.4 Nach mehreren Beratungen beschloß die Konferenz einige Änderungen in der Arbeitsvertrags- und Vergütungsordnung und stimmte ihrer Übernahme durch die diakonischen Werke zu.
- 3.1.2.5 Die Konferenz stimmte im November 1974 dem 4. Nachtrag zum Abkommen zur Regelung der Vergütung der Heil- und Heilhilfsberufe in evangelischen Gesundheits- und Sozialeinrichtungen zu.
- 3.1.2.6 Vereinbarung betr. evangelische Krankenpflegeschulen (vgl. 1.5).

3.1.3 Staatliche Gesetzgebung

- 3.1.3.1 Im Auftrag der Konferenz fanden Gespräche mit Vertretern des Ministeriums der Justiz und des Staatssekretärs für Kirchenfragen über Auswirkungen des neuen Zivilgesetzbuches für die Kirchen statt.
- 3.1.3.2 Die Kirchen bildeten eine Zentrale Arbeitsgruppe, um die mit der Erfassung des kirchlichen Kulturgutes zusammenhängenden Fragen einheitlich zu behandeln.

3.2 Organisationsfragen

3.2.1 Sonderausschuß der Synode

Auf ihrer Juli-Tagung führte die Konferenz ein Gespräch mit Vertretern des Sonderausschusses der Synode über Fragen der Wahrnehmung der gemeinsamen Verantwortung von Konferenz und Synode für die Arbeit des Bundes. Der Sonderausschuß legt der Synode einen eigenen Bericht vor.

3.2.2 Sekretariat

Die Konferenz beschäftigte sich auf verschiedenen Sitzungen mit Fragen des Sekretariats, u.a. im Zusammenhang mit der Neuberufung der Referenten und Sekretäre der Komissionen und Ausschüsse.

3.3 Finanzfragen

3.3.1 Kirchbau

Die Konferenz nahm dankbar zur Kenntnis, daß auch der zweite Bauabschnitt des Sonderbauprogramms für 1976 bis 1980 gesichert ist. Die Arbeiten des ersten Bauabschnitts gehen zügig voran. Das Sonderbauprogramm ermöglicht es, etwa 50 für die gegenwärtige und künftige kirchliche Arbeit wichtige Kirchen und andere Gebäude im Bereich des Bundes zu rekonstruieren und in einigen Fällen auch neu bauen.

3.3.2 Etat für ökumenische Beziehungen

Die Konferenz beriet im Januar 1975 über Sparmaßnahmen im Etat für ökumenische Beziehungen. Ausreisende Delegationen sollen künftig zahlenmäßig klein gehalten werden. Weitere Vorschläge wird der Haushaltsausschuß zu beraten haben.

3.3.3 Haushalt der Theologischen Studienabteilung (ThSA)

Auf ihrer Mai-Tagung beschloß die Konferenz den Haushalt der ThSA. Bisher konnten noch nicht alle Planstellen besetzt werden. Es besteht Aussicht, daß dieses in absehbarer Zeit möglich wird. In der Berichtszeit zeigte sich, daß die Einrichtung der ThSA sinnvoll und nützlich war (vgl. 2.3.2).

Die ThSA wird Anfang 1976 einen eigenen Arbeitsbericht herausgeben.

3.3.4 Kirchensteuer

Die Bemühungen um ein einheitliches Kirchensteuerverfahren gehen weiter. Verschiedene Modelle werden diskutiert. Die Einführung der Netto-Steuer-Tabelle in der Ev.-Luth. Landeskirche Sachsens hat sich im ganzen bewährt. Aufgrund dieser Erfahrungen wird an einer Kombination von Brutto- und Netto-Steuertabelle gearbeitet.

3.3.5 Besoldungsregelung

Im Juli beriet die Konferenz erstmals Grundsätze für eine einheitliche Besoldungsregelung. Nach Eingang der Stellungnahmen aus den Gliedkirchen sollen die Verhandlungen fortgesetzt werden. Es wird eine einheitliche Besoldung in allen Gliedkirchen angestrebt.

3.3.6 Land- und Forstwirtschaft

Am 7. November 1974 führte der Vorsitzende der Konferenz beim Staatssekretär für Kirchenfragen Verhandlungen mit Vertretern der zuständigen Ministerien über Fragen der kirchlichen Land- und Forstwirtschaft. Die dort begonnenen Verhandlungen wurden auf anderen Ebenen fortgeführt.

Die Hitze und Trockenheit des Sommers 1975 führte in der kirchlichen Landwirtschaft namentlich in den nördlichen Gebieten zu erheblichen Ausfällen.

II. Leitsätze zum konfirmierenden Handeln

Der Bericht der Konferenz notiert die Verabschiedung von "Leitsätzen zum konfirmierenden Handeln" in Form einer Empfehlung. Verfahrensmäßig sind die Gliedkirchen gebeten worden, zu den Empfehlungen Stellung zu nehmen. Die Leitsätze wurden auch im Mitteilungsblatt bekanntgegeben 18. Dabei fällt auf, daß der letzte Satz der von der Konferenz verabschiedeten Leitsätze nicht mit veröffentlicht worden ist. Dieser lautet: "Zur Interpretation werden die von der Konferenz überarbeiteten Papiere des FAK Konfirmation und das Votum der Theologischen Kommission als Anlagen beigefügt". Auch ohne konkrete Hinweise wird man für die Streichung des letzten Satzes und damit für das Fehlen eines Hinweises auf die weiteren Informations- und Problempapiere Verständnis aufbringen. In diesen weiteren Informationsmaterialien wird eine sehr viel offenere Sprache gesprochen als in den Leitsätzen und in der Empfehlung. In ihnen heißt es vorsichtig umschreibend, daß die Kirchen eine "notvolle Erfahrung" auf diesem Gebiet gemacht haben und daß die "Konfirmationspraxis der Situation der Gemeinde nicht mehr gerecht wird". Im Klartext geht es um das Gegenüber und Gegeneinander von Konfirmation und Jugendweihe. Die "schmerzlichen Unterschiede in der Konfirmationspraxis" in den Gliedkirchen werden konkret sichtbar, wenn Entscheidungen in bezug auf die Jugendweihe gefällt werden müssen. Mit Recht hebt die Theologische Kommission in ihrer Stellungnahme hervor. daß die "vorgelegten Papiere des FAK Konfirmation ... das Problem Jugend-

^{18.} MBI 2/3, 1975, S. 13f.

weihe nicht aus der Welt schaffen" können. Genau hier liegt das Problem. Und genau dieses Problem hat sich besonders die Ausarbeitung des FAK Konfirmation zum Thema "Konfirmierendes Handeln in der christlichen Gemeinde innerhalb der sozialistischen Gesellschaft der DDR gestellt. Sehr ungeschminkt wird die Bedeutung der Jugendweihe und besonders des Jugendweihegelöbnisses in der "rückhaltlosen Bindung" der Jugendlichen "an den Sozialismus mit den daraus folgenden ethischen und gesellschaftspolitischen Konsequenzen" gesehen. Von den Jugendlichen wird dabei nicht erwartet, daß sie auf "die kirchliche Konfirmation verzichten, sondern noch vorhandene Bindungen an den christlichen Glauben und die Kirche bewußt lösen". In früheren Jahren hatte die Kirche geglaubt, die Konfirmationstreue der Gemeinden durch ein Unvereinbarkeitsdogma mit der Jugendweihe stärken zu können. Und einzelne Landeskirchen vermögen sich von diesem Dogma auch jetzt noch nicht zu lösen. So steht in einer Anlage zu einem Kirchengesetz betr. die Erprobung einer Rahmenordnung für eine veränderte Konfirmationspraxis der Ev.-Luth, Kirche Sachsens vom Oktober 1974 noch lapidar der Satz: "Der Inhalt der biblischen Botschaft und des christlichen Glaubens einerseits und die weltanschauliche Konzeption der Jugendweihe andererseits sind nicht miteinander vereinbar"19. Im ganzen aber müssen sich die Kirchen darauf einrichten, daß sie es mit Jugendlichen zu tun haben, die fast ausnahmslos die Jugendweihe mitmachen. So hat das "Neue Deutschland" am 26.5.1975 gemeldet, daß 96,7 Prozent aller 14jährigen (297000 Jungen und Mädchen) mit dem Gelöbnis zur Jugendweihe ihr Gelöbnis zum sozialistischen Staat ablegen. Natürlich können die Kirchen angesichts dieser Umkehrung der Wirklichkeit nicht einfach ihre frühere Ablehnung der Jugendweihe als überholt zu den Akten schreiben. Aber ein starres Festhalten an der Unvereinbarkeit von Jugendweihe und Konfirmation kann auch nicht die Lösung der Zukunft sein. Die Leitsätze und die sie erläuternden Anlagen wollen den Gliedkirchen helfen, nach neuen Wegen zu suche, die theologisch verantwortbar der Realität Rechnung tragen.

Es kann nicht verwundern, wenn die "Neue Zeit" durch Abdruck eines Aufsatzes von Prof. Dr. H. Jenssen "Junge Christen und Jugendweihe" 20 schon sehr früh versucht hat, in die Diskussion zu Gunsten einer großzügigen Handhabung der kirchlichen Praxis einzugreifen. Jenssen spricht sich für eine "Teilnahme in evangelischer Freiheit" aus und dies "mit gutem Gewissen". Einleitend stellt er fest:

"Viele sozialistische Staatsbürger christlichen Glaubens hatten in den letzten Jahren den Eindruck, daß die evangelischen Landeskirchen zunehmend eine positive Rolle zur Frage der Jugendweihe entwickeln würden. Leider sind solche Erwartungen … vorerst enttäuscht worden."

Er nimmt Bezug auf die Arbeit des FAK Konfirmation und die Stellungnahme der Theologischen Kommission und fährt fort:

"In der betreffenden Ausarbeitung wird – ungeachtet des Versuchs, sich für seelsorgerliche Einzelentscheidungen eine gewisse Freiheit zu bewahren – prinzipiell an der Unver-

^{19.} Mbl H. 1 1976, S. 23. Es ist erfreulich, daß ein Gesetz dieses Inhaltes im Mitteilungsblatt veröffentlicht werden konnte.

^{20.} NZ vom 2.3.1974.

einbarkeit von Teilnahme an der Jugendweihe und christlicher Glaubensentscheidung festgehalten."

Dann geht er auf die Bedeutung des Gelöbnisses ein und führt dabei aus:

"Das bei der Jugendweihe abzulegende Gelöbnis (ist) … in keiner Weise eine Absage an den christlichen Glauben und die christliche Kirche … Überdies ist durch den Zentralausschuß für Jugendweihe … gegenüber dem Bund evangelischer Pfarrer in der DDR, gegenüber der CDU und bei weiteren Gelegenheiten in ausdrücklicher Zurückweisung der Auslegung des Gelöbnisses durch die Kirchenleitungen wiederholt klargestellt werden, daß er das Gelöbnis nicht als atheistische Bekenntnishandlung … interpretiert. Die Kirchen sollten dies endlich zur Kenntnis nehmen und daraus die entsprechenden Konsequenzen ziehen."

Nimmt man das vom Zentralen Ausschuß für Jugendweihe herausgegebene Handbuch zur Jugendweihe ²² als Maßstab für eine richtige Interpretation des Jugendweihegelöbnisses, so versteht man das bei den Kirchen gebliebene Mißtrauen. Die Jugendweihe wird ungeachtet des Postulats ihrer "Freiwilligkeit" als ein fester Bestandteil der sozialistischen Bildung und Erziehung gekennzeichnet (S. 11). In den Jugendstunden sollen die Kinder "im Geiste unserer sozialistischen Weltanschauung" erzogen werden und zu einem "sozialistischen Bewußtsein mit einer ausgeprägten sozialistischen Moral". Es geht im Ganzen um die "Herausbildung und Festigung der ideologischen Überzeugungen" (S. 19), was natürlich eine gründliche "politisch-ideologische Arbeit" verlangt (S. 12).

Die nun vorliegenden Leitsätze zum konfirmierenden Handeln stellen den Abschluß eines langen Überlegungsprozesses innerhalb der Kirchen in der DDR dar. Im Jahr 1972 legte der FAK Konfirmation eine "Positionsbeschreibung" zum Thema "Das konfirmierende Handeln der Gemeinde" vor²³. Diese Arbeit wurde im folgenden Jahr unter dem Thema "Das konfirmierende Handeln der christlichen Gemeinde angesichts der Jugendweihe" zusammen mit einem theologischen

^{21.} Das Gelöbnis hat folgenden Wortlaut: "Seid Ihr bereit, als junge Bürger unserer DDR mit uns gemeinsam getreu der Verfassung, für die große und edle Sache des Sozialismus zu arbeiten und zu kämpfen und das revolutionäre Erbe des Volkes in Ehren zu halten, so antwortet: Ja, das geloben wir! Seit Ihr bereit, als treue Söhne und Töchter unseres Arbeiter- und Bauernstaates nach hoher Bildung und Kultur zu streben, Meister Eures Faches zu werden, unentwegt zu lernen und all Euer Wissen und Können für die Verwirklichung unserer großen humanistischen Ideale einzusetzen, so antwortet: Ja, das geloben wir! Seid Ihr bereit, als würdige Mitglieder der sozialistischen Gemeinschaft stets in kameradschaftlicher Zusammenarbeit, gegenseitiger Achtung und Hilfe zu handeln und Euren Weg zum persönlichen Glück immer mit dem Kampf für das Glück des Volkes zu vereinen, so antwortet: Ja, das geloben wir! Seit Ihr bereit, als wahre Patrioten die feste Freundschaft mit der Sowjetunion weiter zu vertiefen, den Bruderbund mit den sozialistischen Ländern zu stärken, im Geiste des proletarischen Internationalismus zu kämpfen, den Frieden zu schützen und den Sozialismus gegen jeden imperialistischen Angriff zu verteidigen, so antwortet: Ja, das geloben wir! Wir haben Euer Gelöbnis vorgenommen. Ihr habt Euch ein hohes und edles Ziel gesetzt. Feierlich nehmen wir Euch auf in die große Gemeinschaft des werktätigen Volkes, das unter Führung der Arbeiterklasse und ihrer revolutionären Partei, einig im Willen und im Handeln, die entwickelte sozialistische Gesellschaft in der DDR errichtet. Wir übertragen Euch eine hohe Verantwortung. Jederzeit werden wir Euch mit Rat und Tat helfen, die sozialistische Zukunft schöpferisch zu gestalten."

^{22.} Handbuch zur Jugendweihe, eine Anleitung für Mitglieder der Ausschüße für Jugendweihe und Jugendstundenleiter, herausgegeben vom Zentralen Ausschuß für Jugendweihe in der DDR, Volk und Wissen, Volkseigener Verlag Berlin DDR 1974.

^{23.} Vgl. epd.-Dok. 31/1973.

Gutachten des Ausschusses Theologie zur Diskussion gestellt 24. Der Bund hoffte, nach weiteren Überlegungen und nach einer Auswertung von Praxiserfahrungen zu einer für alle Gliedkirchen verbindlichen Rahmenordnung zu kommen. Um ein möglichst klares Bild von der konfirmierenden Praxis zu erhalten, wurde 1974 eine Fragebogenaktion "Zur Situation der kirchlichen Kinderarbeit und Konfirmandenarbeit" durchgeführt. Das Ergebnis wurde der Konferenz in einem Bericht vorgelegt. Ein erster Abschnitt der Auswertung gibt einen Überblick über Zahlen und Fakten und versucht dann, "Gesichtspunkte zur Beurteilung der Situation in der Christenlehre und in der Konfirmandenarbeit" zusammenzustellen. Die Zahlen belegen, daß im Vergleich zu 1965 im Jahr 1973 35% weniger Jugendliche konfirmiert worden sind. Im gleichen Zeitraum gingen die Taufen um 46% und die Zahl der Kinder in der Christenlehre um 34% zurück. Es wird festgestellt. daß "keine stabilisierenden Tendenzen" sichtbar sind. Der zahlenmäßige Schwund würde also ein Stück kirchlicher Realität bleiben. In den "Gesichtspunkten" wird weiter hervorgehoben, daß sich am stärksten die intensive ideologische Erziehung in der Schule nachteilig für die Christenlehre und die Konfirmandenpraxis auswirkt:

Der ideologische Druck in der Schule, die Vereinzelung christlich gebundener Kinder in den Klassengruppen, Beeinflussung durch die Lehrer, die Hortsituation (Kinder werden nur auf Grund einer schriftlichen Erklärung aus dem Hort entlassen), die Einrichtung zentraler Schulen auf dem Lande, die weithin in Geltung stehende Alternativistuation: entweder christlicher Glaube oder marxistisch-leninistische Ideologie mit allen Konsequenzen für Bildungsund Ausbildungschance, kennzeichnen die Situation an den Schulen. Die Gleichgültigkeit der Eltern und Familien, deren Angst vor inneren Spannungen, in die die Kinder gelangen könnten, die Sorge um die Zukunft der Kinder, bezeichnen ebenfalls Aspekte der Situation.

Im März 1975 fand die langjährige Arbeit ihren vorläufigen Abschluß. Die Konferenz verabschiedete auf ihrer 35. Tagung am 7./9. März 1975 in Buckow/Märk. Schweiz eine kurze Empfehlung mit Leitsätzen zum konfirmierenden Handeln. Die ursprünglich geplante "Rahmenordnung" kam nicht zustande. Es ist nun Aufgabe der Gliedkirchen, auf der Grundlage der Leitlinien und der sie interpretierenden Arbeitspapiere des FAK Konfirmation u.a. die Praxis des konfirmierenden Handelns einheitlicher zu gestalten. Dabei – das ist das eigentlich weiterführende an den Leitlinien und den anderen Arbeitsergebnissen – sollen die Gliedkirchen an die positiven Erfahrungen mit Jugend- und Konfirmandenarbeit in den verschiedenen Kirchengebieten anknüpfen und aus ihnen Konsequenzen für neue Arbeitsformen zu ziehen versuchen. Im folgenden werden die Empfehlung der Konferenz mit den Leitsätzen zum konfirmierenden Handeln und den Anlagen zu den Leitsätzen dokumentiert ²⁵.

^{24.} Vgl. KJ 1973, S. 247

^{25.} Die Texte sind veröffentlicht in: epd-Dok. 32/75, S. 34ff.

Zur Problematik der Konfirmationspraxis in der DDR und ihrem Verhältnis zur Jugendweihe vgl. Gerhard Schmolze: Nach 20 Jahren Jugendweihe in der DDR, in: KiS, H. 3, 1975, S. 18ff.; ders.: Vom "Muß' zur Freiwilligkeit, Probleme der Jugendweihe und Konfirmation in der DDR, in: LM 1975, S. 315ff.; ders.: Wegweiser zum sozialistischen Gelöbnis, in: FAZ vom 23.5.1975; Heinrich Frickel: Stationen einer 20jährigen Entwicklung. Konfirmandenunterricht und Konfirmation in der DDR, eine Problemskizze, in: KiS, H. 3/1975, S. 9ff.

EMPFEHLUNG DER KONFERENZ DER EVANGELISCHEN KIRCHENLEITUNGEN IN DER DDR ZUM KONFIRMIERENDEN HANDELN IN DER GEMEINDE MIT JUGENDLICHEN IM KONFIRMANDENALTER (12 BIS 15 JAHRE)

Vom 7./9. März 1975

In allen Gliedkirchen des Bundes der Evangelischen Kirchen in der DDR wurde die notvolle Erfahrung gemacht, daß die durch lange Zeit geübte Konfirmationspraxis der Situation der Gemeinden nicht mehr gerecht wird. Das hat dazu geführt, die Aufgabe der Kirche
an ihren Heranwachsenden neu zu bedenken. Diese Überlegungen und die unterschiedlichen
Erfahrungen in den Gliedkirchen werden seit einigen Jahren ausgetauscht und gemeinsam
weiter bearbeitet.

Der Facharbeitskreis Konfirmation hat hierzu der Konferenz der Evangelischen Kirchenleitungen sein Ergebnis unter der Überschrift "Das konfirmierende Handeln der Gemeinde mit Jugendlichen im Konfirmandenalter (12 bis 15 Jahre)" vorgelegt.

Teilergebnisse hatte er bereits den Gliedkirchen zugeleitet und von ihnen geäußerte An-

fragen eingearbeitet.

Davon ausgehend hat die Konferenz der Evangelischen Kirchenleitungen die nachfolgenden Leitsätze erarbeitet. Sie gibt diese Leitsätze zum konfirmierenden Handeln an die Gliedkirchen weiter mit der Bitte, in ihren gesetzgebenden Organen darüber zu beraten und zu beschließen, wieweit diese Leitsätze als Grundlage für eine von allen Gliedkirchen im Rahmen des Bundes (Synode des Bundes) verantwortete Rahmenordnung für das konfirmierende Handeln der Gemeinde dienen können.

Die Konferenz der Evangelischen Kirchenleitungen hofft, mit den Leitsätzen auch für die Weiterarbeit an diesen Fragen in den Gliedkirchen eine Hilfe zu geben.

LEITSÄTZE ZUM KONFIRMIERENDEN HANDELN DER GEMEINDE MIT JUGENDLICHEN IM KONFIRMANDENALTER (12 BIS 15 JAHRE)

Erarbeitet vom Facharbeitskreis Konfirmation beim Bund der Evangelischen Kirchen in der DDR zur Vorlage auf der 35. Tagung der Konferenz der evangelischen Kirchenleitungen in der DDR am 7./9. März 1975 in Buckow/Märk. Schweiz

1. Der Auftrag der Gemeinde Jesu Christi

- 1.1 Zum Auftrag der Gemeinde Jesu Christi gehört es, Kinder und Jugendliche zu einem altersgemäßen Verstehen und Annehmen des Lebensangebotes Jesu Christi in seinem Wort und in den Sakramenten zu führen, sie darin zu befestigen und damit zu befähigen, als Glieder der christlichen Gemeinde in der sozialistischen Gesellschaft verantwortlich vor Gott zu leben.
- 1.2 Dieser Auftrag ist begründet im Missionsbefehl Jesu Christi (Matth. 28,19f.) und schließt die getauften und ungetauften Kinder und Jugendlichen ein.
- 1.3 Dieser Auftrag wird wahrgenommen, indem sich die ganze Gemeinde für den Dienst an den Kindern und Jugendlichen verantwortlich fühlt; indem dieser Dienst über die Arbeit mit den Jüngsten, die Christenlehre und die Konfirmandenzeit hinaus geschieht; indem sich die Gemeinde dem ganzen Menschen (Intellekt, Gefühls- und Willensleben, Motorik) und seiner spezifischen Situation zuwendet und entsprechende Arbeitsformen entwickelt; indem Eltern und Paten in diesen umfassenden Prozeß einbezogen werden.

Eine solche umfassende Zuwendung zu Kindern und Jugendlichen bezeichnen wir als

konfirmierendes Handeln der Gemeinde.

2. Konfirmierendes Handeln mit Jugendlichen im Konfirmandenalter

2.1 Die Arbeit mit Jugendlichen im Konfirmandenalter erstreckt sich auf 2 bis 3 Jahre. Dazu werden getaufte und ungetaufte Jugendliche eingeladen.

2.2.1 Der Beginn der Konfirmandenzeit sollte besonders gestaltet werden (z.B. Gottes-

dienst, Rüstzeit, Konfirmandentag).

2.1.2 Gegen Ende der Konfirmandenzeit findet in der Regel ein Gottesdienst zur Vor-

stellung der Konfirmanden statt, der soweit als möglich von ihnen selbst gestaltet wird. In ihm wird ein Gespräch über den Glauben und das Leben als Christ mit den Konfir-

manden geführt.

2.2 Der Konfirmandengottesdienst ("Einsegnungsgottesdienst") ruft die Jugendlichen an der Schwelle des Erwachsenenalters zum Zeugnis und Dienst in der Gemeinde und in der Gesellschaft. Der Konfirmandengottesdienst ist ein Abendmahlsgottesdienst. Die Verkündigung vergegenwärtigt das in der Taufe persönlich zugeeignete Heil. Das Einstimmen der Jugendlichen in das Glaubensbekenntnis der Gemeinde und die Fürbitte der Gemeinde für die Jugendlichen haben in diesem Gottesdienst besonderes Gewicht. Mit einem Bibelwort und unter Handauflegung wird den Jugendlichen der Segen Gottes zugesprochen.

Durch den Konfirmationsgottesdienst ("Einsegnungsgottesdienst") soll auch eine erneute und besondere Hinführung zur Jungen Gemeinde erreicht werden. Die Wahrnehmung kirchlicher Rechte und Pflichten wird durch die Ordnung des kirchlichen Lebens geregelt.

3. Die Zulassung zum Heiligen Abendmahl innerhalb des konfirmierenden Handelns der Gemeinde

3.1 Der Zugang zum Heiligen Abendmahl setzt die Taufe voraus. Er beruht auf der Einladung des Evangeliums. Er wird gewährt, wenn ein dem Alter entsprechendes Verständnis des Evangeliums vorhanden und die persönliche Bereitschaft des einzelnen, der Einladung zum Heiligen Abendmahl zu folgen, gegeben ist.

3.2 Da sich die Wirklichkeit des Heiligen Abendmahls wesentlich erst im Vollzug erschließt, kann die Hinführung schon in der Konfirmandenzeit im wiederholten Abendmahlsempfang in der Gruppe bestehen, der durch Unterweisung und Seelsorge vorbereitet und ständig

begleitet wird.

3.3 Die Eröffnung des Zugangs zum Heiligen Abendmahl liegt in der seelsorgerlichen Verantwortung von Pfarrer und Gemeindekirchenrat. Sie prüfen, ob dazu die Voraussetzungen gegeben sind und sprechen die Zulassung zur Feier des Heiligen Abendmahls aus.

3.4 Vor dem ersten Abendmahl ist in Einzelgesprächen oder in Gesprächen mit der Gruppe zu bedenken:

Im Abendmahl lädt Jesus Menschen in seine Gemeinschaft, an seinen Tisch, damit sie durch ihn und mit ihm zusammen leben sollen. Die Gemeinschaft mit ihm ist immer mehr, als der einzelne versteht und erlebt. Jeder kann kommen, wie er ist, wenn er nicht bleiben will, wie er ist, sondern möchte, daß es bei ihm neu wird.

Darum gehört zur Einladung zum Abendmahl die Warnung, an ihm teilzunehmen, wenn man diese Erneuerung nicht will. Mit denen, die an der Jugendweihe teilgenommen haben oder teilnehmen werden, muß über diese Gefahr in besonderer Weise gesprochen werden. 3.5 Das erste Heilige Abendmahl sollte mit den Jugendlichen, den Eltern und der Jungen

Gemeinde vorbereitet werden.

Zur Interpretation werden aus der Arbeit des Facharbeitskreises Konfirmation und dem Votum der Theologischen Kommission Anlagen beigefügt:

DAS KONFIRMIERENDE HANDELN DER GEMEINDE MIT JUGENDLICHEN IM KONFIRMANDENALTER (12 BIS 15 JAHRE)

(Anlage 1 zu den "Leitsätzen" des Facharbeitskreises Konfirmation) – (Auszug)

1.1 Seit langem sind theologische und pädagogische Überlegungen darüber im Gange, wie die Gemeinde Jesu Christi ihren missionarischen Auftrag an Kindern und Jugendlichen besser wahrnehmen kann. Im Zusammenhang damit sind die zahlreichen bis in die letzten spannungsreichen Jahre hin unternommenen Versuche zu sehen, die Konfirmation neu zu ordnen. Dabei wurde aber zu wenig berücksichtigt, daß die mit der Konfirmationsfrage aufgebrochenen Nöte nicht in erster Linie durch eine Ordnung behoben werden können, auch nicht nur durch neue Bestimmung der Funktion des Konfirmationsgottesdienstes. Zudem vollzog sich die Arbeit mit Konfirmanden oft isoliert von den übrigen

Äußerungen des Gemeindelebens und auch zu einseitig unter dem Gesichtspunkt des Unterrichts.

- 1.2 Demgegenüber ist zu betonen: eine umfassende Zuwendung der Gemeinde zu allen Kindern und Jugendlichen in ihrer heutigen Welt ist nötig! ...
- 4.1 Konfirmierendes Handeln als umfassende Zuwendung der Gemeinde zu den Kindern und Jugendlichen schließt ein:
- 4.1.1 Ernstnehmen der Taufgespräche mit den Eltern und Paten sowie konkrete Information und Hilfe für die Eltern zur Wahrnehmung ihres Erziehungsauftrages, insbesondere ihres Auftrages einer Erziehung der Kinder im Glauben: die Arbeit mit den Eltern auf örtlicher und übergemeindlicher Basis bleibt der Gemeinde kontinuierlich aufgegeben.
- 4.1.2 Sammlung der getauften und ungetauften Kinder im vorschulpflichtigen Alter, Sammlung der Sechs- bis Zwölfjährigen zu einer regelmäßigen alters- und situationsgerechten Christenlehre. Wo sich das als unmöglich erweist, sind andere Formen der Unterweisung zu entwickeln.
- 4.1.3 Zuwendung zum ganzen Menschen, Beanspruchung nicht nur seines Intellekts, sondern auch seines Gefühls- und Willenslebens und seiner Motorik; entsprechende Gestaltung der kirchlichen Arbeit mit Kindern (Christenlehre, Kindernachmittage, Kinderfahrten, Kinderrüsten, Jugendarbeit), aktive Beteiligung von Christenlehregruppen am Kinder- und am Familiengottesdienst sowie an altersgerechten diakonischen Aufgaben; Thematisierung der Fragen und Nöte heutiger Kinder mit dem Ziel, Hilfe zur Lebensbewältigung im Glauben zu bieten; partnerschaftlicher Umgangsstil.
- 4.1.4 Konkretes Engagement der Gesamtgemeinde für ihre Kinder und jungen Menschen: Einrichtung zeitgemäßer Unterrichtsräume, die möglichst nur für Unterrichtszwecke verwandt werden; Bereitstellung von Finanzmitteln für Anschauungsmaterial und außerunterrichtliche Vorhaben; Begründung eines Ezziehungs- und Jugend-Ausschusses als Initiativ-Organ der Gemeinde oder der Kreissynode für alle Kinder- und Jugend-Arbeit; Kooperation von Pfarrern, Katecheten, hauptamtlichen Mitarbeitern und anderen Gemeindegliedern; Koordination und Kooperation mit Nachbar-Gemeinden auf regionaler und ephoraler Ebene. Teamarbeit.
- 4.2 Die Zuwendung der Gemeinde zu den jungen Menschen im Konfirmandenalter ist ein Teil des konfirmierenden Handelns der Gemeinde. Der Dienst der Gemeinde an ihren jungen Gliedern findet nach dem Konfirmandenalter seine Fortsetzung in dem Geleit der Jugendlichen in der Jungen Gemeinde und in den Formen der Arbeit mit Erwachsenen, z.B. Gemeinde-Seminare.

KONFIRMIERENDES HANDELN IN DER CHRISTLICHEN GEMEINDE INNERHALB DER SOZIALISTISCHEN GESELLSCHAFT DER DDR

(Anlage 2 zu den "Leitsätzen" des Facharbeitskreises Konfirmation)

Konfirmierendes Handeln der christlichen Gemeinde muß jeweils auch der gesellschaftlichen Situation Rechnung tragen. Es hat zu berücksichtigen, in welcher Weise Kinder und Jugendliche im jeweiligen Stadium der gesellschaftlichen Entwicklung beansprucht und auch geprägt werden.

I. Situation

Die ursprüngliche punktuelle Konfrontation von Konfirmation und Jugendweihe entspricht nicht mehr dem gegenwärtigen Verständnis vom konfirmierenden Handeln der Gemeinde. Noch viel weniger wird sie dem gegenwärtigen Stand der Entwicklung in der sozialistischen Gesellschaft gerecht.

Im geltenden einheitlichen sozialistischen Bildungssystem ist die Jugendweihe eingegliedert in dem umfassenden Prozeß der Erziehung sozialistischer Persönlichkeiten auf der Grundlage des Marxismus-Leninismus, der den Anspruch der Ausschließlichkeit erhebt und in unversöhnlichem Widerspruch zu jeder anderen Weltanschauung steht. Seine Vermittlung nutzt alle kognitiven, emotionalen und pragmatischen Möglichkeiten und for-

dert die parteiliche Stellungnahme heraus.

Daraus kann die Erwartung folgen, daß junge sozialistische Persönlichkeiten nicht nur auf die kirchliche Konfirmation verzichten, sondern noch vorhandene Bindungen an den christlichen Glauben und die Kirche bewußt lösen. Wo dieser Erwartung nicht entsprochen wird, hat dies auch zu administrativen Maßnahmen geführt, die den Besuch weiterführender Bildungseinrichtungen erschweren oder verwehren.

Im Rahmen des umfassenden sozialistischen Erziehungsprozesses ist die Jugendweihe ein Höhepunkt, herausgehoben durch die Situation an der Schwelle des Jugendalters und die rückhaltlose Bindung durch das Jugendweihegelöbnis an den Sozialismus mit den darauf

folgenden ethischen und gesellschaftspolitischen Konsequenzen.

Das in der Jugendweihe geforderte Gelöbnis ist kein isolierter Akt, sondern wird verstanden als feierliche Bezeugung einer Grundhaltung der sozialistischen Persönlichkeit. Daneben stehen immer wiederkehrende Erwartungen des eindeutigen Bekenntnisses im Verlauf des Unterrichts, in der sozialistischen Jugendorganisation und in anderen Einzelsituationen.

Durch die neue Funktion der Jugendweihe innerhalb des sozialistischen Erziehungsprozesses wird das von der Kirche bezeugte Nein zu ihr nicht überholt, sondern bestätigt. In ihrem Bekenntnis zu Jesus Christus als dem Herrn muß sich die Kirche umfassender mit dem Bestreben der sozialistischen Erziehung auseinandersetzen, das eine sozialistische Bekenntnishaltung erzielen will und damit die Bindung an den christlichen Glauben und die Gemeinde überhaupt zu überwinden sucht.

II. Aufgabe

1. Konfirmierendes Handeln der Gemeinde steht angesichts des umfassenden Prozesses der Erziehung sozialistischer Persönlichkeiten in und außerhalb der Schule vor einer erschwerten Aufgabe.

Während alle Kinder und Jugendlichen dem sozialistischen Erziehungsprozeß notwendig unterworfen sind, beruht ihre Einbeziehung in das konfirmierende Handeln der Gemeinde auf der Freiwilligkeit. Die Einbeziehung in beide Prozesse versetzt Kinder und Jugendliche in die ständige Spannung zwischen beiden. Das nötigt sie zu eigenständiger Auseinandersetzung. Dazu müssen sie befähigt werden.

Während das sozialistische Erziehungshandeln getragen ist durch die äußere Autorität der herrschenden Arbeiterklasse, ihrer Partei und ihres Staates, bezieht sich das konfirmierende Handeln der Gemeinde allein auf die geistliche Autorität des Evangeliums. Die Gemeinde und besonders die Eltern sind gerufen, es den Kindern und Jugendlichen durch

Wort und Leben glaubhaft zu bezeugen.

Die Gemeinde kann von Kindern und Jugendlichen, die in gespannter Situation zu konkreten Entscheidungen genötigt sind, nicht erwarten, daß ihr Verhalten vorgeprägten Normen und Erwartungen der Gemeinde entspricht. Sie kann nur bestrebt sein, das ihre zu tun, um durch lebendiges Zeugnis und bergendes Geleit zu ermöglichen, daß Kinder und Jugendliche Entscheidungssituationen erkennen und sich darin bewähren. Anwendung kirchlicher Ordnung, die ein bestimmtes Verhalten zum Maßstab macht, gerät notwendig in die Gefahr der Gesetzlichkeit und widerspricht dem Evangelium.

2. Die Begründung des konfirmierenden Handelns der Gemeinde in dem Missionsbefehl Jesu Christi trägt der Tatsache Rechnung, daß in der Diasporasituation getaufte und ungetaufte Kinder und Jugendliche zunächst meist in loser Verbindung zum Evangelium und zur Gemeinde stehen, sich in Fragehaltung befinden und zu Glaubens- und Gewissensentscheidung

erst befähigt werden müssen.

Vornehmste und vordringlichste Aufgabe des konfirmierenden Handelns ist es daher, ihnen in situationsgerechter und dem Alter angemessener Weise das Evangelium zu bezeugen, durch das sie voraussetzungslos angenommen sind. Die befreiende Kraft des Evangeliums allein vermag sie zu befähigen zu gewisser Glaubensüberzeugung, zu klaren Entscheidungen und zu unerschrockenem Bekenntnis mit Wort und Haltung. Es widerspricht dem Evangelium, sie mit Erwartung vorgeprägter christlicher Verhaltensweisen zu konfrontieren, zu denen notwendige Voraussetzungen noch fehlen.

Das eindeutige Nein der Kirche gegenüber der Jugendweihe und jeder Erwartung einer Bekenntnishaltung, die dem christlichen Glauben widerspricht, berechtigt nicht zu einem Urteil über Kinder und Jugendliche, die nicht in der Lage und bereit sind, dieses eindeutige Nein durch ihre persönliche Entscheidung mit zu vollziehen. Gesetzliche Handhabung kirchlicher Ordnung widerspricht dem Evangelium.

3. Die Arbeit mit Kindern und Jugendlichen in ihrer spannungsvollen Situation erfordert besondere seelsorgerliche Bemühung, die eine gemeinsam zu verantwortende Entscheidung vor Christus sucht. Sie wird gefördert durch eine Gemeinde, die ihnen sowohl Geborgen-

heit als auch Freiheit bietet, und deren Glieder ihnen Vorbild zu sein vermögen.

Seelsorgerliche Bemühung wird die jungen Menschen ernstnehmen als eigenständige Gesprächspartner unter dem Evangelium und in ihrer Teilnahme an Unterweisung, Jugendarbeit und Leben der Gemeinde ein Zeichen ihres Bekenntnisses zum Glauben erkennen.

Sie wird verstehen, daß ihr Denken und Verhalten entscheidend mitbestimmt wird durch die Gruppe, zu der sie gehören, mit deren Normen sie sich identifizieren oder kritisch aus-

einandersetzen, aus der sie aber nicht herausfallen wollen.

Sie wird verstehen, daß unterschiedliche und zum Teil gegensätzliche Einflüsse auf sie eindringen (Elternhaus, Schule, Kirche, Freundschaften, Berufsstreben, Hobbys), deren Gewicht abhängig ist von ihrer Qualität und ihrer Wertigkeit für die Zukunft. Sie wird Jugendliche verstehen und dabei ermuntern, wenn sie als Christen mit der in Schule und Berufsausbildung erworbenen fachlichen Zurüstung dazu bereit sind, ihre Kraft und Fähigkeit in einer sozialistisch geprägten Gesellschaft einzusetzen. Sie wird aber auch die tiefe Enttäuschung verstehen und teilen, die zu ernstlichen Krisen führen kann, wenn die Bereitschaft und Entschlossenheit beargwöhnt und die Entfaltung der Kräfte und Fähigkeiten gehindert wird wegen ihrer Bindung an den christlichen Glauben und die Gemeinde.

Seelsorgerliche Bemühung wird sich dessen bewußt sein, daß junge Menschen im Übergangsstadium ihrer Entwicklung nicht in der Lage sind zu generellen, sie in der Zukunft total bindenden Entscheidungen. Daher wird sie bereits getroffene Entscheidungen dieser Art (z.B. Jugendweihegelöbnis) in Frage stellen und ihrerseits solche nicht erwarten. Sie wird aber ermutigen und zurüsten zu aktuellen Einzelentscheidungen, zu denen junge

Menschen fähig sind und bereit gemacht werden können.

Seelsorgerliche Bemühung wird mit unterschiedlichen Entscheidungen junger Menschen rechnen müssen. Sie wird sich dem stellen müssen, ohne diejenigen, die sich nicht in der Lage sehen, dem Zwang der gesellschaftlichen Verhältnisse zu widerstehen, persönlich abzuwerten. Sie wird bestrebt sein, junge Menschen mit unterschiedlichen Entscheidungen in einer Gemeinschaft zusammenzuhalten zu gemeinsamem Gespräch unter dem Evangelium, das zum Hören aufeinander, zu gegenseitiger Annahme und Mitverantwortung füreinander anleitet und bestärkt in dem Willen, als Glieder der christlichen Gemeinde in der sozialistischen Gesellschaft verantwortlich vor Gott zu leben.

4. Auch bei unterschiedlichen Entscheidungen der Jugendlichen in ihrer Situation zwischen gegensätzlichen Einflüssen und Anforderungen gründet sich die Gewährung des Zu-

gangs zum Abendmahl auf die voraussetzungslose Einladung des Evangeliums.

Dabei ist einerseits zu berücksichtigen, daß Abendmahl Entlastung und Stärkung für die Nachfolge ist, die Angefochtenen nicht vorenthalten werden kann, und daß der Herr des Abendmahls Schwache und Schuldiggewordene in seiner Gemeinschaft hält.

Andererseits ist zu berücksichtigen, daß Abendmahl die Gemeinschaft derer, ist, die sich zum Herrn des Abendmahls bekennen, und die wissen, daß seine Zuwendung und

Gnade zur Buße leitet und bereit macht zu ernstlicher Nachfolge.

Mit Jugendlichen, die an der Jugendweihe teilgenommen haben, oder sich darauf vorbereiten, wird vor dem Abendmahlsgang ein klärendes Gespräch zu führen sein, das in konkreter Situation die Bedeutung des Abendmahls herausstellt und vor seiner Mißachtung bewahrt. Ergebnis dieses Gesprächs kann sein, daß einzelne oder um ihretwillen die ganze Gruppe zeitweise auf die Teilnahme am Abendmahl verzichtet.

STELLUNGNAHME DER KOMMISSION FÜR THEOLOGIE ZU DEN VORLAGEN DES FACHARBEITSKREISES KONFIRMATION

(Anlage 3 zu den "Leitsätzen" des Facharbeitskreises Konfirmation)

I.

Positiv zu werten ist unseres Erachtens an den Überlegungen des Facharbeitskreises: 1. die Herausarbeitung des prozessualen konfirmierenden Handelns gegenüber dem punktuellen Konfirmationsverständnis,

2. die Betonung der Verantwortung der ganzen Gemeinde für ihre jungen Glieder,

3. die ganzheitliche Konzeption (Einbeziehung des ganzen Menschen),

4. das Ernstnehmen gruppenpädagogischer Gesichtspunkte und die Intention, Gruppen auch bei verschiedenen Voraussetzungen und Verhaltensweisen ihrer Glieder beieinander zu halten.

5. die Prävalenz der seelsorgerlichen Aufgabe vor dem Ordnungsproblem,

6. die Betonung der geistlichen Hilfe im Abendmahlsempfang für Gruppe, Familie und Gemeinde,

7. die Einbeziehung der Ungetauften in die Überlegungen.

H.

Die Vorschläge des FAK Konfirmation treffen auf eine Situation in den Kirchen, die weiterhin durch schmerzliche Unterschiede in der Konfirmationspraxis gekennzeichnet ist.

Diese Unterschiede haben sich ergeben als verschieden akzentuierte Reaktion auf den Zusammenbruch der volkskirchlichen Sitte der Konfirmation, wobei gemeindliche Gegebenheiten noch zusätzlich variiert wirken.

Es erscheint gegenwärtig nicht möglich, diese Unterschiede durch neue Ordnungsbemühungen auszugleichen, auch wo sie in benachbarten Gemeinden und Kirchenkreisen besonders belastend wirken.

HT.

Die vorgelegten Papiere des FAK Konfirmation können das Problem der Jugendweihe nicht aus der Welt schaffen. Sie erweisen sich aber darin als theologisch legitim, daß sie einen unabweisbaren Auftrag der Kirche auch angesichts des sozialistischen Erziehungsprozesses unverkürzt markieren. Dieser Auftrag der Kirche an der jungen Generation besteht darin, "Kinder und Jugendliche zu einem altersgemäßen Verstehen und Annehmen des Lebensangebotes Jesu Christi in Wort und Sakrament zu führen, sie darin zu befestigen und damit zu befähigen, als Glieder der christlichen Gemeinde in der sozialistischen Gesellschaft verantwortlich vor Gott zu leben", und damit auch "die Würde und Freiheit der von Gott geschaffenen Menschen" zu bezeugen. Das Bekenntnis zu Christus unter den gegenwärtigen gesellschaftlichen Lebensbedingungen zu lernen, zu übernehmen und durchzuhalten, übt in die Freiheit ein, es im Entscheidungsfall auch gegen gesellschaftliche und andere konkurrierende Bindungen zu bezeugen und ein total bindendes Gelöbnis abzuweisen. Von seiten der Gemeinde wird das Bekenntnis zu Christus auch darin erkennbar, daß sie die Glieder, die sich nicht in der Lage sehen, eine solche Entscheidung zu treffen, trägt und begleitet. Es kann nicht ausgeschlossen werden, daß die vorgelegten Papiere trotz gegenteiliger Absicht des FAK im Sinne einer Verharmlosung des Problems mißverstanden werden. Demgegenüber ist zu betonen, daß diesem Problem letztlich nicht durch Ordnungsmaßnahmen, sondern durch intensive seelsorgerliche Bemühung im umfassenden Sinn begegnet werden kann, d.h. durch die Bemühung, das Wachstum im Glauben und Bekennen in allen situationsbedingten Anfechtungen zu unterstützen. Diesem seelsorgerlichen Bemühen darf sich die Gemeinde nicht entziehen.

IV

Den unseres Erachtens theologisch notwendigen Intentionen allen konfirmierenden Handelns – den Jugendlichen zum eigenständigen Bekennen zu helfen und ihnen das Abend-

mahl als geistliche Hilfe anzubieten – hat der FAK in zweifacher Weise Rechnung zu tragen gesucht, indem er den Abendmahlsempfang schon in die Unterweisungszeit hineinnimmt. Er hat also die uneingeschränkte Gleichsetzung von Konfirmation und Erstabendmahl aufgegeben. Wir halten diesen Vorschlag für eine legitime Möglichkeit. In der heutigen Diasporasituation, in der die Menschen durch gesellschaftliche Machtkonsultationen und -ansprüche neu gefordert werden, sind differenziertere Lösungen unvermeidbar, aber auch akzeptabel.

Allerdings muß auf jeden Fall folgendes theologisch verantwortlich gesichert werden: Die Bemühungen, um eine frühere Teilnahme am Abendmahl, auch wenn sie theologisch legitim und pädagogisch einsichtig ist, sind vor Mißbrauch, vor Minimalisierung der unabdingbaren Voraussetzungen zum Abendmahlsempfang in einer Zeit abnehmbarer biblischer Kenntnisse zu schützen.

Dem Konfirmationsgottesdienst als Einsegnungsgottesdienst kann theologisch nur dann Legitimität zuerkannt werden, wenn es gelingt, ihm zunehmend Zeichen der Berufung der Jugendlichen an der Schwelle des Erwachsenenalters zum Zeugnis und Dienst in der Gemeinde und in der Gesellschaft zuzuweisen.

Die Freigabe des neuen Weges, wie ihn der FAK vorschlägt, enthält gewiß ein Risiko, aber auch eine erhebliche Chance. Hier wird versucht, das "konfirmierende Handeln der Gemeinde" zum tragenden Gesichtspunkt der Konfirmationspraxis zu machen. Dieser Gesichtspunkt wird auch angesichts unterschiedlicher Ordnungen zur Geltung kommen können und müssen. Damit verliert das Nebeneinander verschiedener Ordnungen die trennende Schärfe.

In der Kommission ist mit Nachdruck auch auf folgendes hingewiesen worden: Die Vorverlegung des Erstabendmahls, soweit sie doch nur unter Abstrichen an der Abendmahlsunterweisung realisiert werden kann, vergrößert die Gefahr eines sakramentalistischen Mißverständnisses des Abendmahls. Zugleich kann sie dazu führen, daß das Verständnis und die Praxis der Konfirmation als Erstabendmahl doch generell preisgegeben werden.

c) Der Bischofskonvent

Nur selten tritt der Bischofskonvent als Gremium des Bundes der Kirchen in der DDR in Erscheinung. Das entspricht der Bundesordnung, nach der der Bischofskonvent nicht zu den leitenden Organen zählt. Er ist ein Beratungsgremium ohne eigentliche Leitungsfunktion. Von Zeit zu Zeit jedoch werden Entscheidungen von dem Bischofskonvent verantwortet und auch als solche bekanntgegeben. In der Regel ist dies der Fall, wenn es um die Klärung einer sehr schwierigen Frage geht oder die Verantwortung für eine Stellungnahme im politischen Bereich von der Gemeinschaft der leitenden Geistlichen getragen werden soll. Die grundsätzliche Zurückhaltung des Bischofskonventes bringt seine Autorität um so mehr zur Geltung, wenn er dann einmal die Initiative oder das Wort ergreift. Im Jahr 1975 hatte er zweimal aus unterschiedlichen Anlässen in den Gang der Kirchengeschäfte eingegriffen. Das eine Mal gedrängt und gebeten, das andere Mal mehr im Bewußtsein, die Verantwortung übernehmen zu müssen und nicht abwarten zu können, ob ein anderes Leitungsorgan handeln würde. Der erste Fall betraf die Bemühungen der Gliedkirchen des Bundes und der Konferenz, zu einem einheitlichen Ordinationsformular zu kommen. Der zweite Fall betraf die Zionismus-Resolution der Vollversammlung der UNO vom 10. November 1975.

I. Gemeinsames Ordinationsformular

Der gemeinsame Ausschuß Ordination hatte im Jahr 1973 Thesen "zum Verständnis des ministerium verbi divini" zusammen mit Entwürfen für Ordinationsformulare und einen Arbeitsbericht der Kirchenleitung der VELK und dem Rat vorgelegt. Die von der VELK und der EKU eingeholten Stellungnahmen ihrer Gliedkirchen zu dem Arbeitsergebnis fielen so unterschiedlich aus. daß keine Aussicht auf eine gemeinsame Regelung in dieser Sache blieb. In dieser Situation wandte sich die Konferenz Ende 1974 an den Bischofskonvent und bat, um eine Lösung bemüht zu sein. Dem Bischofskonvent gelang der kaum noch erwartete Kompromiß, so daß die Konferenz im Mai 1975 den Gliedkirchen den Entwurf eines vom Bischofskonvent gebilligten Ordinationsformulars zusammen mit einem Bericht zur endgültigen Beschlußfassung übersenden konnte. Es ist ganz eindeutig, daß in diesem Fall der Bischofskonvent eingeschaltet wurde, nachdem die Leitungsorgane des Bundes und der kirchlichen Zusammenschlüsse (EKU und VELK) in ihren Bemühungen um eine gemeinsame Regelung am Widerstand einzelner Gliedkirchen gescheitert waren. Es stellte sich heraus, daß der Weg über den Bischofskonvent der richtige war. Gegen das Votum des Bischofskonventes, in dem jede Gliedkirche durch ihren leitenden Geistlichen vertreten ist, wird es für die Gliedkirchen sehr viel schwerer sein, ihren Widerstand aufrechtzuerhalten. Die Konferenz übersandte das Beratungsergebnis den Gliedkirchen und den kirchlichen Vereinigungen mit der Bitte, das von dem Bischofskonvent erarbeitete Ordinationsformular zu prüfen und zur Endabstimmung freizugeben. In dem Anschreiben heißt es: "Es ist erfreulich, daß sich der Bischofskonvent so weit hat einigen können. Natürlich gab es Wünsche, die nicht erfüllt wurden. Sie wurden aber um des Ganzen willen zurückgestellt." Der im folgenden dokumentierte Bericht des Bischofskonventes soll den erreichten Kompromiß erläutern und die Leitlinien aufzeigen, die bei der Einigung auf gemeinsame Formulierungen maßgebend gewesen sind, Gegenstand des Beschlusses der Kirchenleitungen der Gliedkirchen und später der Organe des Bundes wird nun das Ordinationsformular selbst sein.

BERICHT DES BISCHOFSKONVENTES ZUR FRAGE EINES GEMEINSAMEN ORDINATIONSFORMULARES

1. Der Gemeinsame Ausschuß, Zustandekommen und Ergebnis seiner Arbeit

1. Die Kirchenleitung der VELK-DDR erklärte sich mit Schreiben vom 15.1.1971 mit der Bildung eines Arbeitskreises "Amt und Gemeinde" einverstanden unter der Voraussetzung, daß der Arbeitskreis seine Arbeit auf das Thema "Ordination" eingrenzt.

2. der Rat der EKU (Bereich DDR) stimmte unter dem 8.12.1970 ebenfalls der Bildung eines gemeinsamen Ausschusses zur Frage von "Amt und Gemeinde" zu. Er wies auf die bereits angelaufene Arbeit und das Drängen der Gliedkirchen in Sachen Ordinationsformular, speziell den Ordinationsvorhalt hin.

3. Die KdKL nahm in der Sitzung am 9.1.1971 das Angebot von VELK-DDR und EKU dankbar an, einen gemeinsamen Ausschuß für die Fragen von Amt und Gemeinde zu bilden. Jeder Zusammenschluß wird 8 Mitglieder entsenden. Die KdKL stimmt zu, daß dieser Gemeinsame Ausschuß zugleich für den Bund die Fragen von Amt, Gemeinde und Ordi-

nation bearbeitet. Das Sekretariat wird beauftragt, Geschäftsführung und Koordination der Arbeit zu übernehmen.

4. Der Gemeinsame Ausschuß Ordination beendete seine Arbeit im Herbst 1972 und trug seine Ergebnisse der KL der VELK und dem Rat der EKU Anfang 1973 vor. Es handelt sich um Thesen "Zum Verständnis des ministerium verbi divini", um das Ordinationsformular Entwurf I: Ordination in Verbindung mit der Einführung oder Vorstellung, und um das Ordinationsformular Entwurf II: Ordination eines oder mehrerer Pfarramtskandidaten, sowie um einen Arbeitsbericht des Ausschusses. Diese Materialien wurden den Kirchenleitungen der Gliedkirchen zur Stellungnahme zugeleitet; die Stellungnahmen wurden bis zum 1.6.1973 erwartet. Die Frist ist später bis zum 1.12.1973 verlängert worden.

2. Das Echo auf das Ergebnis der Arbeit des Gemeinsamen Ausschusses

2.1 Die Beurteilung durch die Kirchenleitungen der Gliedkirchen

Eine Reihe von Kirchenleitungen, auch solche, die dem Entwurf inhaltlich kritisch gegenüberstanden, würdigten, daß das Formular in verständlicher Sprache abgefaßt sei, daß es einen vorwiegend paränetischen Charakter habe und daß die Gemeinde einbezogen sei.

Kritisch wurde vermerkt, daß sich ein Trend zur Funktionalisietung bemerkbar mache, der das Gegenüber Amt – Gemeinde verwische (Gö.). Dies zeigt sich z.B. schon an der Bezeichnung "Ordinierendem" statt des üblichen "Ordinator". Mehrere Kirchenleitungen sahen die Gefahr, daß das Formular die Unsicherheit in den Grundfragen fördere und damit zur Polarisierung beitrage (Sa., M. Th.).

Der ökumenische Kontext dürfe nicht außer Acht gelassen werden (Sa., Th.). Ordination und Einführung müßten deutlicher unterschieden werden, als es das Formular nahelegt (Gö.). Daß der Dienst, zu dem ordiniert werde, nicht präzis genug bezeichnet werde, unterstrichen einige Voten (KL VELK, Gr.). Andere wollten diesen Dienst mit "Amt der Kirche" bezeichnet wissen (M., Th.)

Fast alle Kirchenleitungen kritisierten die Auswahl der Schriftstellen: Matth. 28 und 2. Kor. 5 dürften nicht fehlen. Zu der Formulierung des Vorhaltes gab es eine Reihe von Verbesserungsvorschlägen (B.B., Gr., M.).

In der Ordinationsfrage wurde eine verbindlichere Inanspruchnahme der Person vermißt (VELK) – verständlich dort, wo der Vorhalt nicht in Gebrauch ist. Der Wunsch, die Handauflegung obligatorisch zu machen, wurde mehrfach ausgesprochen (VELK, Gö., Gr., Sa.). Für das Sendungswort wurde die trinitarische Formel und sie obsignatio crucis gefordert (M., Sa.).

2.2 Folgerungen

Wie ist diese Kritik zu beurteilen? Festzustellen ist, daß zwei Kirchen (Th., und Gö.) das Formular ausdrücklich ablehnen, eine (Sa.) erhebliche Bedenken anmeldet, andere reagieren — wenigstens vorwiegend — positiv. Der Ausschuß sah sich daraufhin nicht in der Lage, an dem Formular weiterzuarbeiten — ein verständlicher Entschluß, wenn man in Betracht zieht, daß das erstellte Formular das Ergebnis langer intensiver Arbeit war und daß seine Erarbeitung natürlich auch an die Kompromißbereitschaft der Ausschußmitglieder erhebliche Anforderungen gestellt hatte. Es zeigt sich, daß es nicht gut ist, den Gliedkirchen erst die Endergebnisse einer Ausschußarbeit zur Prüfung vorzulegen.

In der Konferenz der Kirchenleitungen und auch sonst wurden die kritischen Stellungnahmen als Scheitern eines voller Hoffnung begonnenen Projektes empfunden. In dieser Situation nahm die Konferenz der Kirchenleitungen die Anregung auf, den Bischofskonvent um eine Klärung der Situation und, wenn möglich, um Weiterführung der Arbeit zu bitten (s. Protokoll der KdKL vom 11./12.1.1974, TOP 3.2.1 Beschluß: KKL bittet den Rat der EKU (Bereich DDR) und die KL der VELK, keine eigenen Regelungen zu verabschieden, bevor ihre Leitenden Geistlichen in gemeinsamer Beratung geprüft haben, ob noch Aussicht besteht, ein für alle Gliedkirchen gemeinsames Ordinationsformular zu erarbeiten). Der Bischofskonvent konnte sich dieser Bitte nicht entziehen, zumal die meisten Bischöfe selber die Hauptverantwortung für die Ordination innerhalb ihrer Kirchen haben.

3.1 Die Arbeit des Bischofskonventes

Der Bischofskonvent konnte in zwei Sitzungen die wichtigsten Sachfragen soweit vorklären, daß ein Ausschuß (Fränkel, Krusche, Schönherr) die Grundaussagen formulieren und ein weiterer (Braecklein, Jungklaus, Zeddies, Schönherr) das Formular selbst entwerfen konnte. Die Arbeit beider Ausschüsse wurde dann vom Bischofskonvent endgültig geprüft und verabschiedet.

3.2 Allgemeines

In seinen Besprechungen wurde es dem Bischofskonvent erneut deutlich, daß an die Behandlung der Ordinationsfrage darum so große Erwartungen geknüpft werden, weil sie eine Schlüsselfrage des Amts- und damit des Kirchenverständnisses überhaupt ist. Wenn hier nicht wenigstens in den Grundlagen eine Übereinstimmung erzielt wird, ist die Aussciht, sich in den anderen ekklesiologischen Fragen nahezukommen, nicht groß. Darum durfte die Arbeit an dem Problem der Ordination nicht einfach aufgegeben werden.

3.3 Die Notwendigkeit eines neuen Formulars

Es stellte sich bei dem Vergleich zwischen den in Geltung befindlichen Ordinationsformularen heraus, daß zwischen ihnen in den Grundfragen keine wichtigen Unterschiede bestehen. Es ist weiter darauf hinzuweisen, daß die Gliedkirchen ihre Ordination, nicht erst nach der Zustimmung zur Leuenberger Konkordie, wechselseitig anerkennen. Aber sowohl im Bereich der evangelisch-lutherischen Kirchen wie in dem der anderen besteht das Bedürfnis nach einem neuen Ordinationsformular. Das geht aus den Beschlüssen, die in 1.1-3 aufgeführt sind, eindeutig hervor. Auch in der BRD wird daran gearbeitet. Für Überarbeitung des Ordinationsformulars sprechen neugewonnene Erkenntnisse (z.B. die NT-Forschungen über Charisma und Dienst, Erkenntnisse aus der Zeit des Kirchenkampfes über die Verantwortung der Gemeinde für die reine Lehre und über die Verantwortung des einzelnen Christen in der auf uns zukommenden Diaspora-Situation), neue praktische Notwendigkeiten (neben dem parochialgebundenen der überparochiale Dienst, Präzisierung des Inhaltes des Pfarrdienstes und Verhältnisse zu den anderen Diensten) und nicht zuletzt sprachliche Gründe. Da die Gemeinde den Ordinationsgottesdienst bewußt mitfeiern und die Ordinanden durch ihre Fürbitte mittragen soll, muß die Sprache des Ordinationsformulars unmittelbar verständlich sein. Sie muß auch für den Ordinanden ohne große hermeneutische Anstrengungen akzeptabel sein. Außerdem sind Auswucherungen und Doppelungen, auch wenn sie ehrwürdigen Alters sind, abzubauen.

Ein neues Ordinationsformular sollte gemeinsam für die Gliedkirchen der DDR konzipiert werden. Mit der Arbeit daran und der Rezeption ihres Ergebnisses wäre das als Nacharbeit der Leuenberger Konkordie in Aussicht genommene Gespräch über "Amt und Gemeinde" bereits in vollem Gange. Wenn sich eine solche Nacharbeit nicht nur in der Theorie, sondern auch angesichts eines konkreten Vorhabens vollziehen würde, wäre das dem Gespräch zweifellos förderlich.

Verschiedene landeskirchliche und überlandeskirchliche Traditionen müssen und sollen dabei berücksichtigt werden (z.B. ob ein formulierter "Vorhalt" geboten werden soll, oder in welcher Art die Bekenntnisbindung vorgenommen wird). Aber diese Sondertraditionen machen es nicht unmöglich, ein einziges Formular, wenn auch mit Variationsmöglichkeiten, zu erstellen.

3.4 Erwägungen des Bischofskonventes zu den Grundfragen

Vor allen solchen Überlegungen hatte der Bischofskonvent aber zu klären, ob in seiner Mitte Übereinstimmung über die Grundfragen besteht. Nur dann war es sinnvoll, an die Arbeit an einem Ordinationsformular zu gehen.

3.4.1 Auftrag und Dienst der Kirche als ganzer. Der Herr hat seiner Kirche den Auftrag

gegeben, das Evangelium in Bindung an das apostolische Zeugnis zu allen Menschen zu bringen. Das Evangelium hat die Kirche als ganze geschaffen und beruft jeden einzelnen. Um ihres Auftrages willen lebt die Kirche und wird sie erhalten. Unter diesem Auftrag ist jeder Christ, durch die Taufe Glied des Leibes Christi, zum Zeugnisdienst berufen. 3.4.2 Der Dienst der Wortverkündigung. Die Kirche gehorcht diesem ihr gegebenen Auftrag, indem sie einzelne in den Dienst der Verkündigung des Evangeliums beruft in der Gewißheit, daß der Herr selbst durch die Austeilung von Gnadengaben der Berufende ist. Mit solchen Berufungen ist die Gemeinde nicht aus der Verantwortung für den ihr übertragenen Auftrag entlassen. Wohl gilt den zum Dienst der Verkündigung Berufenen die Zusage des Herrn, daß er selbst in ihrem Wort durch sein Wort gegenwärtig sein will. Darum stehen sie im Vollzug ihres Dienstes der Gemeinde gegenüber, die im Wort ihrer Amtsträger das Wort ihres Herrn hören und suchen darf. Die Gemeinde hat wiederum das Zeugnis ihrer Amtsträger an der Schrift zu prüfen und ihnen mit Zuspruch, Rat und Mahnung zu dienen und falscher Lehre zu widerstehen.

"Die verschiedenen Ämter in der Kirche begründen keine Herrschaft des einen über den anderen, sondern die Ausübung des der ganzen Gemeinde anvertrauten und befohlenen Dienstes" (Barmen IV). Die Ämter und Dienste sind geistlichen gleichrangig, wohl

aber in ihren Tätigkeiten und Verantwortungsbereichen unterschieden.

3.4.3 Der Dienst der öffentlichen Wortverkündigung. Die Proklamierung des Evangeliums schließt die besondere Verantwortung für die Bindung an die apostolische Tradition, wie auch für das auf das Ganze der Gemeinde zu beziehende Zeugnis und für die rechte Verwaltung der für den Aufbau der Gemeinde konstitutiven Taufe und des für die Erhaltung und Stärkung der Gemeinde konstitutiven Herrenmahls ein. Diese besondere Verantwortung bezeichnen die Bekenntnisschriften als Dienst der "öffentlichen Wortverkündigung und Verwaltung der Sakramente" (CA XIV "publice docere aut sacramenta administrare"). Er kommt vor allem als Dienst an der zum Gottesdienst versammelten Gemeinde zum Ausdruck. An dem Begriff der "öffentlichen Wortverkündigung", in dem die Verantwortung für die Verwaltung von Taufe und Abendmahl einbeschlossen ist, sollte festgehalten werden, obwohl die tatsächliche "Öffentlichkeit", verstanden als Wirksamkeit im allgemeinen Bewußtsein der Gesellschaft, heute ungleich geringer ist als in der Reformationszeit.

Dennoch behält der Begriff des "Öffentlichen" einen guten Sinn. Einmal bedeutet er: Dem Gottesdienst als der am meisten an die Öffentlichkeit tretenden Veranstaltung der Gemeinde zugeordnet. Was im Gottesdienst geschieht, gibt dem, was in der Gemeinde veranstaltet wird, Maß und Profil. Hier wird exemplarisch deutlich, daß die Gemeinde creatura verbi ist, vom Wort getragen und zurechtgewiesen, überführt und getröstet, durch das Wort zubereitet zum Dienst. Die gottesdienstliche Gemeinde ist das Zeichen, dafür, daß die Zeugen Christi Glieder an seinem Leibe sind, und daß der Leib konkret Gestalt gewinnen will durch die Versammlung, in der ihr das Leben schaffende Wort gesagt wird.

"Öffentlich" bedeutet sodann: Wer dazu beauftragt ist, dies Wort zu sagen, hat eine besondere Verantwortung für den Zusammenhang mit dem apostolischen Zeugnis und mit dem der Gesamtkirche, für die Taufe, die in den Leib Christi einverleibt, und für das Abendmahl, das die Glieder als familia Dei am Tisch ihres Herrn versammelt, und damit

für die Gemeinschaft der Gemeinde und der Gemeinden.

In diese besondere, persönliche Verantwortung der "öffentlichen Wortverkündigung", in die die Verantwortung für die "Verwaltung" von Taufe und Abendmahl immer einbe-

griffen ist, beruft die Kirche durch die Ordination.

3.4.4 Die Ordination. Der Bischofskonvent meinte, auf die Formulierung einer eigenen Definition der Ordination verzichten zu können. Er vermag sich die Sätze über Wesen und Vollzug der Ordination, die der EKU-Synode im Februar 1968 vorgelegen haben (als Teil I der "Leitsätze zum theologischen Verständnis und zu Rechtsfragen der Ordination") zu eigen zu machen:

"In der Ordination beauftragt und ermächtigt die Kirche im Gehorsam gegen den Auftrag, den Jesus Christus seiner Gemeinde gegeben hat, im Namen des dreieinigen Gottes zum ständigen Dienst der öffentlichen Verkündigung des Wortes Gottes und der Verwaltung der Sakramente. Die Kirche sendet und segnet zu diesem Dienst in der Zuversicht,

daß der Herr durch seinen Heiligen Geist den Ordinanden berufen hat, und ihm Vollmacht und Gaben für sein Amt verleiht.

Der Ordinand erklärt durch sein Ja, daß er entschlossen ist, im Vertrauen auf Gottes Gnade diesen Dienst auf sich zu nehmen.

Die Ordination wird im Gottesdienst der Gemeinde unter Gottes Wort und Fürbitte mit Handauflegen vollzogen."

Der Bischofskonvent fügt diesen Sätzen den "Versuch einer Definition" an, den Landesbischof Dr. Hempel in seinem Vortrag "Das kirchliche Amt im Kontext von Einheit und Erneuerung" beim 8. Internationalen Ökumenischen Seminar im Ventre D'Etudes Oecumeniques in Strasbourg vorgetragen hat. Diese Definition ist eine wichtige Erklärung, weil in ihr die christologische Komponente besonders deutlich zum Ausdruck kommt.

Die Ordination ist das einem Menschen – aufgrund seiner (im Rahmen menschlicher Möglichkeiten ausgewiesenen) Eignung und persönlichen Bereitschaftserklärung – durch den in der Gemeinde gegenwärtigen Christus zuteil werdende Berufungs-, Sendungs- und Segnungsgeschehen zum Dienst der verantwortlichen Wortverkündigung und Sakramentsverwaltung in einer konkreten Gemeinde.

Die Pointen hierbei sind: Christus beruft; aber er beruft durch die communio sanctorum, in welcher er zwar nicht aufgeht, aber gegenwärtig ist; ... Die Berufung erfolgt zu dem besonderen, exemplarischen Amt der verantwortlichen Wortverkündigung und Sakramentsverwaltung. Da solche Berufung prinzipiell "mehr" voraussetzt als menschliche Qualitäten, gehört zur Ordination die Segnung, d.h. der Zuspruch des Evangeliums ad personam ordinandam, ... Die Sendung bringt zum Ausdruck, daß das Amt, zu dem ordiniert wird, um der communio sanctorum willen gegeben ist und nicht um seiner selbst willen ..."

3.4.5 Der Bischofskonvent empfiehlt, grundsätzlich von der Bezeichnung "Ordination zum Dienst der öffentlichen Wortverkündigung und der Verwaltung von Taufe und Abendmahl" auszugehen. Nicht so eindeutig erscheinen die Begriffe "Amt der Kirche" und "Predigtamt", die traditionell gebraucht werden. Auch von dem Begriff des "Priestertums aller Gläubigen" sollte tunlichst Abstand genommen werden, da er zu verschiedenen Inhalten gefüllt werden kann.

II. Die Erklärung der Leitenden Geistlichen vom 27. November 1975^{25a}

Während in Nairobi die V. Vollversammlung des ÖRK tagte (die DDR war mit einer starken Delegation vertreten), wurde die UNO-Resolution bekannt, die den Zionismus als eine Form des Rassismus verurteilte. Die Vertreter der DDR hatten auf der Vollversammlung der UNO für die Annahme der Resolution gestimmt. Den Kirchen war klar, daß sie durch die UNO-Resolution herausgefordert waren und nicht schweigen durften. Ihnen war ebenso klar, daß sie schnell reagieren mußten. Auch in diesem Fall schien es ratsam, nicht die Konferenz handeln zu lassen. Die Leitenden Geistlichen traten zusammen und verfaßten eine Erklärung, die trotz ihres maßvollen Inhaltes bei staatlichen Stellen — wie erwartet — Mißfallen erregte. Wie empfindlich der Staat selbst auf diesen leisen Widerspruch reagierte, zeigte sich darin, daß sich Bischof Schönherr genötigt sah, in einem epd-Interview am 5.12.1975 zu erklären, mit der Erklärung hätten die Leitenden Geistlichen nicht für die konkrete Politik Israels eintreten wollen.

Die Erklärung war auch Gegenstand einer Aussprache mit dem Staatssekretär für Kirchenfragen. Sicher war es für die Verhandlungen mit dem Staat eine Hilfe,

²⁵a. epd-Dok. 9/76, S. 22.

daß die Autorität der Bischöfe hinter der kirchlichen Stellungnahme stand. Dem Staat wurde damit eindeutig signalisiert, daß es sich hier um ein sehr ernstes geistliches Anliegen der Kirchen in der DDR handelt. Es sieht so aus, als habe der Staat dieses Signal begriffen. Die mögliche und vielleicht hier und da erwartete laute Schelte blieb aus. Die Kirchen ihrerseits verzichteten darauf, die Erklärung betont hochzuspielen. Allerdings blieb das Thema Israel auf der Tagesordnung der Kirchen in der DDR. Nur wenige Monate später legte eine ad-hoc-Gruppe im Auftrag des Bundes eine Ausarbeitung zum Thema "Israel im Nahen Osten" vor, die den Gemeinden eine Orientierung zu den brennenden Fragen und um Israel geben sollte. Die Erklärung der Leitenden Geistlichen vom 27. November 1975 hatte folgenden Wortlaut:

Die Vollversammlung der Vereinten Nationen hat am 10. November 1975 in einer Resolution festgestellt, daß Zionismus eine Form von Rassismus und Rassendiskriminierung ist.

Wir haben diese Mehrheitsentscheidung mit ernster Besorgnis zur Kenntnis genommen. In unseren Gemeinden sind durch sie viele Fragen ausgelöst worden. Wie immer man den Zionismus in der Welt beurteilen mag, die Verurteilung des Zionismus als Rassismus macht uns tief betroffen. Wir haben nicht zu vergessen:

 als Christen sind wir nach dem Zeugnis der Bibel in die Geschichte Gottes mit dem Volk Israel gestellt,

 als Deutsche haben wir in der Vergangenheit das Existenzrecht des j\u00fcdischen Volkes in einem erschreckenden Ma\u00dfe verneint,

als Kirchen in der DDR haben wir uns nachdrücklich für das Programm des Ökumenischen Rates zur Bekämpfung des Rassismus eingesetzt.

Wir sind für das klare Wort des Generalsekretärs des Ökumenischen Rates der Kirchen, Dr. Philip Potter, zu der UNO-Resolution dankbar. Mit diesem Wort ist unzweideutig klargestellt, daß wir die Gleichsetzung von Rassismus und Zionismus nicht mitvollziehen können.

Der Generalsekretär der ÖRK hat mit großem Ernst darauf hingewiesen, daß der UNO-Beschluß zum Zionismus dazu führen kann, die bereits explosive Situation im Nahen Osten zu verschärfen. Demgegenüber muß die Kirche Jesu Christi für Entspannung und einen Frieden eintreten, der die Lebensrechte aller Beteiligten gewährleistet.

d) Kommissionen und Ausschüsse

I. Aus der Arbeit - Übersicht und Bewertung

Nachdem die Synode auf ihrer Tagung 1974 die bestehenden Kommissionen und Ausschüsse bestätigt bzw. neu gebildet hatte ²⁶, faßte die Konferenz Beschlüsse über ihre Aufgaben, Arbeitsweise und personelle Zusammensetzung²⁷. Auf der Tagung 1975 erließ die Synode gemäß Art. 9 Abs. 1 BO Richtlinien für die Arbeit der Kommissionen, die an die Stelle der 1969 von der Konferenz beschlossenen Richtlinien ²⁸ traten. Die Richtlinien gelten auch sinngemäß für die von der Konferenz eingesetzten Ausschüsse²⁹. Die Facharbeitskreise werden

^{26.} Vgl. MBI, H. 5/6, 1974, S. 73f.

^{27.} MBI Heft 4/1075, S. 38ff, 1974. 28. MBI, Heft 1/1971, S. 7 – außer Kraft gesetzt durch Konferenzbeschluß vom 13.3.1976, vgl. MBI, Heft 3/4 1976, S. 31.

^{29.} Beschluß der Konferenz vom 13.3.1976, MBl, Heft 3/4, 1976, S. 31.

nach den Richtlinien für die Arbeit der Kommissionen von diesen der Konferenz zur Bestätigung vorgeschlagen (§ 5 Abs. 3 der Richtlinein). 1975 wurde die Arbeitsperiode für alle bestehenden Facharbeitskreise auf Vorschlag der Kommissionen bis zum 30.6.1976 verlängert.

Durch alle Arbeiten, die von Kommissionen, Ausschüssen, Facharbeitskreisen u.a. vorgelegt worden waren, zieht sich wie ein roter Faden das Nachdenken über die gegebene neue Situation der Kirchen in der DDR, die sich daraus ergebenden Aufgaben und die Möglichkeiten ihrer Bewältigung. Das ist ein Drei-Schritt: Verstehen der Situation - Erkennen der Aufgabe - ihre methodische Bewältigung. Die Arbeiten können mehr grundsätzlich theologisch angelegt sein (Diaspora-Studie der ThSA), zu einer gesellschaftlichen Einzelfrage Stellung nehmen (Orientierung III - Partnerschaft), das Verhältnis Staat/Kirche betreffen (Gesichtspunkte zum 8. Mai; Menschenrechtsvorlagen), die Konzeption der Ausbildung oder Aufbau und Gestalt der Gemeinde im Blick haben, alle sind sie in der genannten Art konzipiert. Die Kirche in der DDR ist weiter auf dem Weg, theologisch und praktisch ihren Standort in ihrer spezifischen Situation zu finden und zu definieren. Dabei ist sie bereit, alte kirchliche Traditionen in Frage zu stellen und nach neuen Formen des Kirche-Seins zu suchen 30. Als theologische Leitlinie wird dabei deutlich, daß die Kirchen in der DDR in der Sammlung und Sendung ihre Grundfunktionen sehen. Eine Kirche ohne Sammlung (Gemeinschaft unter Wort und Sakrament) würde sich schnell in einem krampfhaften Aktio nismus auflösen. Eine Kirche ohne die Kraft zur Sendung (Diakonie und missio) würde bald in ein Getto-Dasein geraten, sich nicht "gesund", sondern "tot"schrumpfen.

Eine Übersicht – in Auswahl – wichtiger Arbeiten aus den Kommissionen u.a. ergibt folgendes Bild;

ThSA

- Diaspora. Untersuchung zum gegenwärtigen Gebrauch des Begriffes. Dezember 1975.
- Vorbereitungsmaterial Nairobi. 6 Beiträge zu den Sektionen 1–6 Oktober/
 November 1975.

Gemeindekommission / Ausbildungskommission:

- Arbeitspapier über die Konzeption für die Ausbildung kirchlicher Mitarbeiter im Gemeindedienst³¹.
- Abschlußbericht der Kommission ,Zeugnis und Gestalt der Gemeinde' mit den in der Zeit von 1970 bis 1975 erarbeiteten Arbeitspapieren³².

Ausschuß Kirche und Gesellschaft:

- Gesichtspunkte zum 8. Mai.

^{30.} Bischof Hempel stellte seinen Bericht auf der Tagung der Synode der Evang.-Luth. Landeskirche Sachsens im Oktober 1975 unter das Thema "Merkmale kirchlich-geistlicher Entwicklungen". Besonders ging er auf die belastende und verunsichernde Wirkung von Wandlungsprozessen im kirchlichen Leben ein (vgl. epd-Dok. 9/76, S. 51ff.).

^{31.} Sie ist oben in der Kurzfassung dokumentiert.

^{32.} Die Papiere sind über das Sekretariat des Bundes zu beschaffen. Die Auflistung der Arbeitspapiere ist bekanntgegeben in MBI, H. 5/6 1976, S. 78.

Gemeinsame Arbeitsgruppe des Ausschusses Kirche und Gesellschaft und des Sekretariats zum Thema Menschenrechte:

- a) zur theologischen Relevanz der Menschenrechte 33.
- b) Die Menschenrechte in der Rechtsordnung der DDR.
- c) Die Menschenrechte in der Literatur der DDR.
- d) Bibliographie über die Menschenrechtsliteratur der DDR und anderer sozialistischer Staaten.

FAK Zusammenarbeit von Mann und Frau in Kirche, Familie und Gesellschaft:

- Orientierungen (3) Partnerschaft³⁴.

FAK Konfirmation:

- Arbeitspapiere zum konfirmierenden Handeln der Gemeinde (s.o.).

Zu den Vorbereitungsbeiträgen der Theologischen Studienabteilung für Nairobi wird in Zusammenhang mit der Ökumene einiges ausgeführt und dokumentiert. Im folgenden sollen zwei Arbeiten kurz gewürdigt und auszugsweise dokumentiert werden.

II. Diaspora-Studie 35

Die Studie legt eine kritische Untersuchung zum gegenwärtigen Gebrauch des Begriffs Diapsora vor. Besonders setzt sie sich dabei mit Ausführungen von Werner Krusche und Johannes Hempel 35 a auseinander und nimmt Bezug auf den Abschlußbericht der Gemeindekommission. Ihre Überlegung beginnt mit der Feststellung, daß der Begriff Diaspora zum Schlüssel- und Leitbegriff der Kirchen in der DDR geworden ist, die Bedeutung des Begriffs dabei aber neue Akzente erhalten hat.

"Wir werden kleiner". Der Prozeß, der sich seit Jahren vollzieht, tritt gegenwärtig stärker in das Bewußtsein der Kirchen. Die Kirchen in der DDR werden zur Minderheit. Das Leben der Minderheit stellt die Kirche vor neue Probleme und Aufgaben. Der Schrumpfungsprozeß ist Anlaß, sich mit der ererbten Gestalt kirchlichen Lebens (z.B. Volkskirche, Lebensordnungen) einerseits und den Zielsetzungen für die kirchliche Arbeit … andererseits auseinanderzusetzen. Voraussetzung dafür aber ist eine nüchterne Analyse der Situation. Ein wichtiger Begriff dabei ist "Diaspora" …, der in letzter Zeit zum Schlüsselbegriff wurde.

Im Unterschied zum üblichen Sprachgebrauch (Diaspora als Leben von evangelischen und katholischen Gemeinden unter Christen anderer Konfessionen) bezeichnet Diaspora in diesen Äußerungen die Existenz von Christen in einer nichtchristlichen Umwelt, die besonders gekennzeichnet ist durch den Versuch, die Gesellschaft nach den Prinzipien des Marxismus-Leninismus zu gestalten. Dabei soll durch die betonte Aufnahme des Diasporabegriffs nicht nur die zunehmende Minderheitssituation in den Blick gerückt werden, sondern zugleich eine theologische Wertung dieser Situation ermöglicht werden."

^{33.} Vgl. KJ 1974, S. 495.

^{34.} Gekürzt veröffentlicht in MBI 1/2 1976, S. 4ff.

^{35.} Diaspora. Untersuchung zum gegenwärtigen Gebrauch des Begriffs. Beiträge A 1 Gemeinde, Dezember 1975, hg. von der ThSA.

³⁵a. Werner Krusche: Die Gemeinde Jesu Christi auf dem Weg in die Diaspora, 1973, vgl. KJ 1973, S. 167; Johannes Hempel: Richtungszeichen für die nächsten Jahre, Tätigkeitsbericht III vor der Synode der Ev.-Luth. Landeskirche Sachsens 1973. Den am 24. April 1975 von Werner Krusche gehaltenen Vortrag "Die Vielfalt der Evangeliumsverkündigung in der Diaspora" (vgl. epd-Dok. 9/1976, S. 36ff.) wertet die Studie nicht aus.

Die Studie geht dann dem Begriff der Diaspora nach und versucht, ihn trotz seiner Vieldeutigkeit und mangelnden Schärfe sowohl religionssozilogisch als auch theologisch zu erläutern. Dabei wird zwischen einer "Diaspora im engeren Sinne" (unter Rückgriff auf die Entstehung der jüdischen Diaspora) und einer "Diaspora im weiteren Sinne" (das neue Verständnis nach dem 2. Weltkrieg) unterschieden. Die typischen Merkmale der Diaspora im engeren Sinne sind:

1. Statistische Minderheitssituation mit religiösen Sonderrechten.

2. Feste Bindung der Minderheit an ein Kernland.

 Situation der vorwiegend religiösen, aber auch politischen Auseinandersetzung mit der anders geprägten Umwelt.

Diese Merkmale lassen sich zwar auch beim Diaspora-Begriff im weiteren Sinne feststellen; zusätzlich werden aber Momente der gegenwärtigen kirchlichen Situation in diese Merkmale eingetragen. Dadurch ergibt sich ein verändertes Verständnis der Diaspora im weiteren Sinne.

"1. An die Stelle der gegebenen statistischen Minderheitssituation … tritt das neue Problem der Minorisierung bisheriger Mehrheitskirchen …

2. Das Merkmal der festen Bindung der Minderheit an ein Kernland spielt (nur) in der Anwendung des Diaspora-Begriffs innerhalb der Missionswissenschaft vereinzelt eine Rolle ... (Mutterkirche, Missionskirche).

3. Die Kirche, die bisher in einer religiösen ... Auseinandersetzung mit der Mehrheit stand, hat ein neues Gegenüber erhalten: die säkularisierte Umwelt. Dabei wird die spezifische Zuspitzung der Säkularisierung näher gekennzeichnet:

Für die westlichen Länder durch den Pluralismus ("pluralistische Diaspora") ...

für die sozialistischen Länder durch den Versuch einer einheitlichen ideologischen Prägung der Gesellschaft im Sinne des Marxismus-Leninismus (,ideologische Diaspora ...)."

Zur Funktion des Diaspora-Begriffs in der gegenwärtigen Diskussion der kirchlichen Lage in der DDR stellt die Studie fest. Es geht darum:

1. Die gegebene kirchliche Situation zu beschreiben mit dem Ziel, die realen Bedingungen gegenwärtigen Christ- und Kircheseins in den Blick zu bekommen,

2. diese Situation theologisch zu deuten mit dem Ziel, sie im Glauben anzunehmen,

3. aus der so gedeuteten Situation Konsequenzen für Zeugnis, Dienst und Gestalt der Kirche zu ziehen.

In der Diskussion um die Diasporasituation in der DDR wäre es nach der Studie verfehlt, die Probleme mit Kurzformeln erledigen zu wollen etwa in dem Sinne:

1. Wir werden kleiner.

2. Im Kleinerwerden liegt eine von Gott gesetzte Chance.

3. Kleiner-Werden heißt sich konzentrieren können.

Die Minorisierung kann auf diese Weise verharmlost und geistlich mit einer falschen Rechtfertigung versehen werden. Kirchen können auch sterben und Prozesse des Kleiner-Werdens können anzeigen, daß eine Kirche ihren Auftrag und ihre Verheißung verfehlt. Darum möchte die Studie in den Diaspora-Begriff in angemessener Weise die Missio einbezogen wissen. Nur so werden Fehldeutungen und dann auch für das Leben und die Gestalt der Kirche in der DDR Fehlentscheidungen vermieden. Im Hinblick auf die Situation in der DDR werden in einem abschließenden Teil der Studie Schlußfolgerungen gezogen und offene Fragen gestellt:

4. Schlußfolgerungen und offene Fragen

Im Hinblick auf die kirchliche Situation in der DDR soll dies abschließend herausgestellt werden.

4.1 Eine Grenze des Diasporabegriffes wird deutlich in seiner Verwendung als Leitbegriff (vgl. oben 2.1.). Leitbegriffe werden in der kirchlichen Praxis gebraucht, um die Situation zu charakterisieren und bewußt zu machen ("so ist es"). Leitbegriffe werden andererseits gebraucht, um eine Orientierung für die kirchliche Arbeit zu geben ("so soll es sein"). Obwohl der Diaspora-Begriff stärker im ersten Sinne verstanden wird – und von dort ausgehend besonders seelsorgerliche Funktion hat – wird er gleichzeitig als

Orientierungsbegriff aufgenommen. Damit aber verdrängt Diaspora Leitbegriffe wie z.B. "mündige Gemeinde", "missionarische Gemeinde" oder "Kirche für andere", die wesentlich am Auftrag der Kirche orientiert sind, durch einen Begriff, der wesentlich die gegenwärtige Situation zur Geltung bringt.

Es kommt zu einer problematischen Akzentverschiebung von der Orientierung an Auftrag und Adressat des Evangeliums zur Reflexion kirchlichen Selbstverständnisses und

einer stärkeren Binnenorientierung kirchlicher Arbeit.

4.2 Die durch den Diasporabegriff vermittelte Situationsbeschreibung hebt wichtige Kennzeichen der Minderheitssituation hervor. Es scheint jedoch notwendig, die Situation weitaus differenzierter zu sehen, um zu einer entsprechenden pluralen Strategie kirchlicher Arbeit zu kommen.

(1) Der Minorisierungsprozeß in den evangelischen Kirchen in der DDR ist durch eine starke *Ungleichzeitigkeit* in der Entwicklung gekennzeichnet. Neben Gemeinden mit fast geschlossener volkskirchlicher Struktur und ausgesprochenen Minderheitsgemeinden (z.B. in Neustädten) als Grenzwerten gibt es in der Mehrheit Gemeinden, die einerseits noch durchaus volkskirchlich geprägt sind, aber andererseits deutliche Minorisierungstendenzen zeigen.

Die Ungleichzeitigkeit in der Entwicklung erklärt auch den unterschiedlichen Stellenwert, den die Fragen der Minorisierung haben. Typisch dafür ist, daß dort, wo schon heute eine Minderheitssituation besteht, wie z.B. in den Neustädten, und dort, wo ein existentieller Bezug zu einer früheren kirchlichen Mehrheitssituation nicht mehr besteht, wie z.B. bei Jugendlichen und auch der jüngsten Theologengeneration, die Probleme der Minorisierung

wesentlich weniger stark empfunden werden.

(2) Gegenüber einer einseitigen Betonung des ideologischen Aspektes ("ideologische Diaspora") im Verhältnis der Kirche zu ihrer gesellschaftlichen Umwelt ist auf die eigentümliche Zwischenstellung der Kirche hinzuweisen. Während einerseits in marxistischer Sicht der gegenwärtige Minorisierungsprozeß der Kirchen als Zeichen für das gesetzmäßige Absterben der Religion gewertet und die Überwindung religiöser Überreste gefordert wird, werden andererseits Glaubens- und Gewissensfreiheit wie auch die Existenz der Kirchen verfassungsrechtlich geschützt. Während eine ideologische Koexistenz von christlichem Glauben und marxistischer Weltanschauung eindeutig verneint wird, wird eine gesellschaftliche Mitarbeit der Christen und in begrenztem Maße auch der Kirchen durchaus erwartet. Aus dieser Zwischenstellung ergibt sich für die Kirche die Frage, wie sie sich in diesem gesellschaftlichen Kontext selbst versteht.

4.3 Auch in der theologischen Reflexion der Minderheitssituation im Zusammenhang mit dem Diasporabegriff werden Elemente sichtbar, die kritisch aufgenommen werden

können.

(1) Bei aller deutlichen Betonung, daß auch die kleine Gemeinde sich als Gemeinde Gottes unter der Verheißung sehen darf, muß klar hervorgehoben werden, daß der Minderheit an sich kein theologischer Rang zukommt. Dies gilt besonders im Blick auf die Gefahr einer Überbewertung der Minderheitssituation der Kirche (Ideologisierung der "kleinen Herde", totale Auflösung der Kirche in missionarische Gruppen) einerseits und einer "stolzeitären Ekklesiologie" (Minderheit als sektenhaft mißverstandener heiliger Rest) andererseits.

(2) Gegenüber einer einseitigen Betonung des Aspektes der Verheißung für die kleiner werdende Gemeinde ist auf die Dialektik von Kreuz und Auferstehung, Gericht und Gnade hinzuweisen. Dies erscheint nicht nur theologisch im Blick auf eine theologia crucis wichtig, sondern auch pädagogisch/psychologisch im Blick auf eine Auseinandersetzung und Aufarbeitung z.B. des volkskirchlichen Erbes bzw. des Minorisierungsprozesses notwendig.

(3) Wichtig ist die Herausstellung des Gedankens der Fremdlingschaft des Christen und der Gemeinde. Dies gilt sowohl im Blick auf die eschatologische Differenz zwischen Kirche und Reich Gottes, als auch im Blick auf die Zwischenstellung von Christ und Gemeinde. Die Fremdlingschaft kann in Abweisung der Gefahren der Weltfremdheit wie einer falschen Anpassung den konkreten Weltbezug des Glaubens wiederentdecken helfen: Die Welt als Adressat des Evangeliums der in die Welt gesandten Christenschar.

4.4 Für die Weiterarbeit an der Thematik dieser Untersuchung halten wir es für not-

wendig, einzelne Probleme einer Kirche in der Minderheit genauer zu verfolgen. Dabei sollte der Aspekt der Minderheit nicht einseitig bestimmend sein. Vielmehr müssen die gegenwärtigen Erfahrungen der Minorisierung in den Gemeinden im Zusammenhang der elementaren Frage, vor der die Gemeinde steht, bedacht werden:

Was haben wir heute in unserer gesellschaftlichen Situation als Evangelium weiterzu-

sagen:

Welche Lebensweise des einzelnen wie der Gemeinde entspricht heute dem Evangelium und kann zum Zeugnis für unsere Umwelt werden?

Welches Selbstverständnis, welche Funktionen und welche Gestalt ergeben sich heute aus

dem Auftrag der Kirche?

Als besondere Probleme für die Weiterarbeit seien genannt: das Verhältnis von Macht und Machtlosigkeit der Kirche bzw. von Selbstbehauptung und Dienst, das Problem von Intoleranz und Toleranz oder von Geschlossenheit und Offenheit der Gemeinde mit der Frage nach den Grenzen der Gemeinde. Dabei ist es nötig, die Einengung der Fragestellung auf unsere Situation durch die Einbeziehung der ökumenischen Dimension zu überwinden.

III. Abschlußbericht der Kommission "Zeugnis und Gestalt der Gemeinde" (GmK des Bundes der Evangelischen Kirchen in der DDR)^{35 b}

Der Abschlußbericht mit seinen 16 Anlagen gibt eine Übersicht über die fünfjährige Arbeit der Kommission mit Ergebnissen und Zwischenergebnissen, die im Laufe der Jahre Gliedkirchen, Gemeinden und Interessenten zum weiteren Nachdenken vorgelegt waren. Der Bericht zeigt, daß die Kommission eine ganze Reihe von Überlegungen zum Aufbau und Gestalt der Gemeinde von morgen zur Diskussion gestellt, sich maßgebend an der Vorbereitung des Konzeptionspapiers für die Ausbildung beteiligt hat und verantwortlich für die Vorbereitung und Durchführung von Gemeindeseminaren gewesen ist. Die Kommission hat dabei ähnliche Fragen aufgegriffen, wie sie in der Diaspora-Situation erarbeitet worden sind. Die Kommission wollte die Situation der kirchlichen Gemeindearbeit unter den Bedingungen der DDR reflektieren und aus ihnen praktische Folgerungen ziehen. Dabei kam auch die Ausbildungsfrage in den Blick, weil die herkömmliche Ausbildung den Anforderungen der Gegenwart nicht mehr zu entsprechen scheint. Gerade die praxisbezogene Arbeit der Kommission (sie selbst führte Qualifikationskurse für Mitarbeiter aus 11 Gemeinden modellhaft durch und besuchte über 20 Gemeinden, um sich ein Bild von der örtlichen Situation zu machen) hat es ihr ermöglicht, in ihren Vorschlägen das Feld der Theorie zu verlassen und unter Beachtung der tatsächlichen Gegebenheiten neue Vorstellungen zu konzipieren. Um der Nähe zur Praxis willen hat die Kommission auch darauf verzichtet, zunächst einen theologischen Konsens als Basis für ihr Arbeitskonzept zu formulieren. Die theologische Pluralität auch innerhalb der Kommission nahm sie als Aufgabe aber auch als Chance an. Thematisch ging es bei den einzelnen Arbeitsschritten um folgende Bereiche:

- 1. Theologische Überlegungen
- 2. Seelsorgeerwägungen
- 3. Diakonie und Sammlung der Gemeinde
- 4. Ausbildungsfragen

³⁵b. Siehe Anm. 32.

5. Vorbereitung und Durchführung von Gemeindeseminaren

Die theologische Konzeption ³⁶ versucht von der verstehenden Liebe Christi auszugehen und fragt nach Notwendigkeit und Möglichkeit einer verstehenden Liebe der Gemeinde in der DDR. Die überkommenen Gemeinde- und Gottesdienststrukturen werden unter diesem Gesichtspunkt kritisch betrachtet. Zum Schlüsselwort des theologischen Nachdenkens wird der Begriff "Umkehr". Auch die Gemeinde in einer Diaspora-Situation hat den Auftrag der Sammlung und Sendung. Diesen gilt es situationsgerecht zu erfüllen.

In den Seelsorgeerwägungen 37 sind eine Reihe von Merkmalen genannt, die Leben und Bewußtsein der Gemeinden in Neustädten bestimmen. Es fehlen die alten Menschen, die Ehepartner leisten weithin Schichtarbeit, die Kinder werden durch Krippe, Hort und Kindergarten geprägt. Die Menschen kapseln sich ab, sie scheuen organisierte Kontakte, ihre Erwartungen erschöpfen sich in materiellen Wünschen, sie träumen von einem glücklichen Familienleben. Mit dem Verlassen ihrer bisherigen Wohnung und den Umzug in die "Neustadt" treten sie aus dem Raum geprägter Traditionen heraus. Sie leben in den neuen Wohnstädten abgeschnitten von christlicher Tradition, sie sind "entkirchlicht" und dann auch "entchristlicht". Sie lernen, daß man Jahre ohne Kirche auskommen kann. Es bleibt aber eine gewisse Bereitschaft, sich auf Glaubensfragen ansprechen zu lassen. Schwierig bleibt jedoch, sie für die christliche Gemeinde zu gewinnen. Zu stark wirken sich Gleichgültigkeit und Sorge um Nachteile aus. Die Kommission zieht aus der Situationsanalyse den Schluß, daß Gemeindeglieder in einer Neustadtgemeinde in eine bewußte Glaubensentscheidung geführt werden, der sie sich stellen müssen. Ein Mitschwimmen im Strom der vielen gibt es nicht. Dies hat zur Folge, daß die Gemeinde nach neuen Formen der Sammlung suchen muß.

Die Ausbildungsprobleme ³⁸ werden in dem Gesamtbericht für die Qualifizierungskurse angesprochen. Sie stehen im engen inhaltlichen Kontext zu den anderen Überlegungen. "In der DDR ist es nicht möglich, jahrhundertealte Strukturen in die neue Stadt zu übertragen." Auf die Neustadt-Situation sind die meisten hauptamtlichen kirchlichen Mitarbeiter nicht vorbereitet. Die Probleme, die sich hier stellen, kommen in der Ausbildung nicht vor. Die Gemeinden stehen hier vor einer "kirchengeschichtlich neuen Aufgabe", die es zu bewältigen gilt. Die Ausbildung ehrenamtlicher und hauptamtlicher Mitarbeiter muß als Ziel vor Augen haben:

^{36.} Dazu gehören folgende Anlagen: Zwischenbericht der Ökumenischen Arbeitsgemeinschaft für Strukturfragen "Gemeinde in der DDR"; Theologische Arbeitshypothese der Gemeindekommission; Beitrag für die "Theologische Zwischenbesinnung" der Gemeindekommission; Gesprächsbeitrag zur Diskussion in der Gemeindekommission.

^{37.} Dazu zählen die Anlagen: Erwägungen zur Seelsorge im Blick auf die auf uns zukommende Herausforderung in der Stadt- und Landgemeinde (vgl. KJ 1974, S. 519, Auszug); Erwägungen im Blick auf Zeugnis und Gestalt der Gemeinde von morgen in den Städten; Erwägungen im Blick auf Zeugnis und Gestalt der Gemeinde von morgen in den ländlichen Gebieten; Fragenkatalog für die Besuche in Neustadtgemeinden.

^{38.} Zu diesem Themenbereich gehören die Anlagen: Gesamtbericht über den Qualifikationskurs für kirchliche Mitarbeiter in Städtischen Ballungszentren mit drei Teilberichten (Einzelberichte über den Verlauf von drei Kursen über jeweils eine Woche); Arbeitspapiere über die Konzeption für die Ausbildung kirchlicher Mitarbeiter im Gemeindedienst.

- "1. Die Situation in den Ballungsgebieten (Neustädten) besser verstehen zu lernen.
 - 2. die daraus sich für die Gemeinde ergebenden Aufgaben erkennen lernen,

3. die Fähigkeit erhalten, sie methodisch zu bewältigen."

In den Überlegungen der Kommission zur Versammlung der Gemeinde ³⁹ werden die früheren Ergebnisse aufgenommen und verarbeitet. Die Aufgabe der Gemeinde wird mit traditionellen Begriffen umschrieben. Besondere Akzente in der Arbeit sollen dabei der Situation Rechnung tragen. Angesichts einer "allgemeinen" und einer "speziellen" Herausforderung müssen Gemeindeformen gefunden werden, die dem gebliebenen Auftrag der Kirche gerecht werden, aber dem Menschen in seiner neuen Welt entsprechen. Wie konkret die Kommission ihre Vorstellungen entwickelt hat, sei mit einigen Beispielen aus der Studie belegt:

AUSARBEITUNG: DIE VERSAMMLUNGEN DER GEMEINDE (AUSZUG)

2.2 Um alle Gemeindeglieder dem Auftrag Christi und der örtlichen und soziologischen Situation entsprechend in das Leben der Gemeinde einzubeziehen, sind die folgenden Spannungsfelder und Gesichtspunkte bei der Planung und Durchführung von Versammlungen der Gemeinde (einschl. Gottesdiensten) zu berücksichtigen.

Die Versammlungen der Gemeinde müssen den unterschiedlichen Wünschen nach Verbindlichkeit oder Distanz und Anonymität, nach Bindung und Freiheit, nach dauern-

dem oder befristetem Engagement entsprechen.

 Bei Versammlungen der Gemeinde soll darauf geachtet werden, daß zwei Elemente miteinander im Gleichgewicht sind: auf Aktivität ausgerichtete (Information, Zurüstung, Schulung, Multiplikation, Seminar usw.) und stärker rezeptive (Bedürfnis nach Ruhe, Geborgenheit, Meditation und Gemeinschaft).

 Es müssen kleine Gruppen, die Gespräch, Dialog, Seelsorge aneinander ermöglichen, auf ihnen gemäße Weise zusammenkommen, und es sollte das Angebot größerer Gemeindezusammenkünfte mit mehr monologischem Charakter in geordneter Form bestehen.

 Partnerschaftliche Gestaltung schließt die Autorität des einen Wortes Gottes nicht aus, sondern lebt von ihr. Wo die Arbeit der Gemeinde partnerschaftlich gestaltet wird, haben auch monologische Formen und festgelegte Strukturen ihr Recht.

3.1 Versammlungen der Gemeinde haben neue Kontakte nach dem Wechsel der sozialen Bezüge anzubieten bzw. die negativen Folgen der Fluktuation abzufangen. (Stichworte: Gespräch, "Nestwärme", überschaubare Gruppen, gemeinsames Essen, Zusammenspiel von Offenheit und Geborgenheit.)

3.2 Versammlungen der Gemeinde haben Gemeinschaftsformen anzubieten, die die "Familie Gottes" darstellen (Stichworte: alt und jung, Arbeiter und Akademiker, Verheiratete und Unverheiratete, Partner aus weltanschaulich- und konfessionsverschiedenen Ehen usw.).

3.3 In der angespannten Situation, in der die Familien mit ständigen Trennungen fertig werden müssen (Schule, Studium, Fernstudium, Ferienlager, Qualifizierung, Berufstätigkeit beider Ehepartner usw.), muß es Versammlungen der Gemeinde geben, die die ganze Familie ansprechen (Stichworte: Familienrüstzeiten, Familiengottesdienste, Gemeindetage usw.).

3.4 Versammlungen der Gemeinde haben dem allgemeinen Streben nach Anonymität Rechnung zu tragen und auch der Sehnsucht nach verbindlicher Gemeinschaft (Stichworte: Offenheit und Zwanglosigkeit mit freiwilligem Angebot stärkerer Integration, Veranstaltungen "betreuenden Charakters", anschließende Möglichkeit des Zusammenseins usw.).

^{39.} Arbeitspapier: Die Versammlung der Gemeinde (veröffentlicht im ABI, der Ev.-Luth. Landkirche Sachsens, Nr. 23/1975 B 85).

3.5 Versammlungen der Gemeinde haben mit speziellen Erscheinungen der Urbanisierung zu rechnen (vgl. Stadtpapier 2.1.3 und Landpapier 2.1.-2.4; Stichworte: theologische Reflexion vordringlicher Lebensfragen aus den Bereichen Ehe, Erziehung, verantwortliche Arbeit, gesellschaftliches Engagement usw.).

3.6 Versammlungen der Gemeinde sehen sich sowohl traditionell wie auch vom Herkömmlichen völlig losgelösten Erwartungen gegenüber (Stichworte: traditionsbestimmte Veranstaltungen mit Agende und Lutherbibel, "traditionslose" Veranstaltungen, Veranstaltungen, die beide Gruppen zugleich ansprechen und ein gemeinsames Gemeindebewußtsein mög-

lich machen).

3.7 Versammlungen der Gemeinde haben der Funktion des Evangeliums als "Ruhespender", "Erholungshilfe" Rechnung zu tragen, angesichts der notwendigen Entspannung und Erholung des werktätigen Menschen am Wochenende (Stichworte: Fest- und Feiercharakter, Tischabendmahl, Unterhaltung usw.).

3.8 Versammlungen der Gemeinde haben ihre Funktion in der Zurüstung der Gemeindeglieder, daß sie ihren missionarischen Auftrag wahrnehmen können (Stichworte: Seminare,

Gruppenbibelarbeit usw.).

- 4.1 Die Redeweise der Kirche in ihren Versammlungen steht heute vor allem unter der Frage nach einer neuen Übersetzung der biblisch überlieferten Botschaft in die veränderten Lebensverhältnisse der Gesellschaft. Dies bedingt eine starke Einbeziehung des Hörers in den Prozeß der Übersetzung und damit in den Vorgang der Verkündigung. "Der Christ muß sich selber als der andere begreifen, den Jesus gesucht und gefunden hat und täglich neu sucht und findet. Von daher lernt die Gemeinde verstehen, daß die anderen genau so von Jesus gesucht und gefunden werden wie sie selbst. Deshalb muß das Nachdenken über ihre Gestalt bei dem Nachdenken über die anderen beginnen. Sie muß Probleme, Sprache, Denkgewohnheiten ihrer Umwelt beherrschen, um das Evangelium sachgemäß in diese Umwelt übersetzen zu können." (Sachstandbericht des Bundes auf der 3. Tagung der 1. Synode, Seite 5.) Daraus folgt, daß die Aufgabe, das Wort-Zeugnis neu zu übersetzen (zu "transformieren"), eine dialogisch zu erfüllende ist. Um dieses Dialoges willen ist für die Wortverkündigung vorrangig eine entsprechende Gestalt der Versammlungen der Gemeinde zu suchen.
- 4.2 Dialogfähigkeit ist besonders der Kleingruppe eigentümlich. Sie weist zugleich eine Reihe von Zügen auf, die in der heutigen Situation hilfreich sind für die Verkündigung und eine ihr entsprechende Gemeinschaft. Sie nimmt eine Mittelstellung ein zwischen Vereinsamung und Vermassung, sie ist übersichtlich, sie bietet Entfaltungsmöglichkeiten für alle, die ihr angehören, sie verlangt Partnerschaft, sie ist offen für Spiel, Feste, Feier, sie eignet sich zur Weitergabe für Informationen und kann relativ leicht für Aufgaben und Dienste angesprochen werden usw.

Der Abschlußbericht der Gemeindekommission (GmK) stellt eine wichtige gesellschaftliche Dokumentation über eine langjährige Arbeit einer Kommission dar, die dem Ziel des Bundes, die Gemeinschaft der Gliedkirchen in Zeugnis und Dienst zu fördern, hat dienen wollen und wohl auch gedient hat. Der Abschlußbericht wird im folgenden in seinen wesentlichen Abschnitten abgedruckt:

ABSCHLUSSBERICHT DER KOMMISSION 'ZEUGNIS UND GESTALT DER GEMEINDE' (AUSZUG)

1.1 Auf der dritten Vollversammlung des Ökumenischen Rates der Kirchen in Neu Delhi wurde im Bericht der Sektion "Zeugnis" der dringende Appell an alle Gemeinden und Kirchen gerichtet, die Strukturen ihres kirchlichen Lebens neu (zu) überprüfen, um die Anforderungen und Möglichkeiten der neuen Zeit zu erfassen". Der Ökumenische Rat der Kirchen entsprach diesem Auftrag mit der Untersuchung über die "missionarische Struktur der Gemeinde". Im Rahmen dieser Untersuchung wurden regionale Arbeits-

gruppen gebildet. In der DDR entstand die "Ökumenische Arbeitsgemeinschaft für Strukturfragen der Gemeinde in der DDR" (ÖKAG). Es stellte sich bald heraus, daß Mitarbeiter und Gemeinden in der DDR gerade an dieser Untersuchung des Ökumenischen Rates der Kirchen besonders interessiert waren, weil eine Untersuchung der Strukturen in der gewandelten Umwelt in der DDR dringend erforderlich war. Durch diese Untersuchung wurde ein Umdenkungsprozeß in unseren Kirchen in Gang gesetzt, der bis heute seine Auswirkungen hat. Dieser Prozeß betraf nicht nur spezielle Arbeitsgremien, sondern ebenso kirchenleitende Gremien wie die Gemeinden in der Basis. Im Frühjahr 1966 wurde die Arbeit an der Studie vorläufig abgeschlossen und das Ergebnis in einem "Zwischenbericht der Gemeinde in der DDR" (Anl. 1) niedergelegt.

Die Ökumenische Arbeitsgemeinschaft empfahl den Gemeinden und Kirchen in der DDR,

folgende Probleme weiter zu bedenken:

(1) Das Selbstverständnis der Kirche (Überprüfung der notae ecclesiae – CA VII; Verwandlung der "Volkskirche" in eine "Minderheitskirche"; die "rechte" Verkündigung des Evangeliums und die "rechte" Verwaltung der Sakramente; die Gestalt der Gemeinde als Kriterium dafür, daß richtig verkündigt und die Sakramente richtig verwaltet werden).

(2) Das Selbstverständnis des Pfarrers und der Gemeinde (Überprüfung der Bilder von Hirt und Herde; Betreuungsstruktur und wanderndes Gottesvolk; Pfarrer als theologischer

Fachmann der Gemeinde).

Die ÖKAG empfahl, daß künftig Modelle und Experimente nicht als "Sonderformen", sondern als Chance und Versuche einer neuen sachgemäßen Orientierung angesehen und von den Kirchen gefördert werden. Für die Weiterarbeit sah sie folgende Schwerpunkte:

- Analysen im Blick auf "Raumschiffen"

- Überprüfung des gegenwärtigen Systems der Pfarrstellenbesetzung

- Überprüfung der Examina der künftigen Pastoren

- Überprüfung der gesamten Ausbildung kirchlicher Mitarbeiter
- Untersuchungen zu einer besseren Kooperation der "missionarischen Werke"

- Situationsbezogenheit der Gemeindestrukturen.

1.2 Kongreß, "missio heute". Nach Abschluß der Arbeit der ÖKAG schien die Arbeit an diesem Problem zunächst beendet. Jedoch 1967 griffen die Missionsgesellschaften und die "missionarischen" Werke die Anregung auf und veranstalteten gemeinsam mit kirchlichen Gruppen, die bis dahin allein diese Arbeit getragen hatten, einen Kongreß "missio heute". Dieser Kongreß war insofern beachtenswert, als herkömmlicherweise die Missionsgesellschaften, die volksmissionarischen Gruppierungen und die kirchlichen Institutionen ziemlich getrennt voneinander arbeiten. Der Kongreß "missio heute" unternahm den Versuch, unter der Fragestellung der Strukturen einer missionierenden Gemeinde, diese herkömmliche Trennung zu überwinden. Er versuchte eine Bewußtseinsbildung auf breiter Ebene: Einmal wurde deutlich, daß nicht nur das Wort-, sondern auch das Tatzeugnis missionarischen Charakter hat und als solches unaufgebbar ist. Zum anderen wurde deutlich, daß der Auftrag die Gestalt der Gemeinde entscheidend bestimmt.

Die über 200 Teilnehmer setzten sich zum größten Teil aus Mitarbeitern zusammen, die in irgendeiner kirchenleitenden Verantwortung standen. Die Kirchen sind seitdem für

Experimente offen und auch selbst experimentierfreudiger geworden.

1.3 Situation 1970. Nach der Bildung des Bundes der Evangelischen Kirchen in der DDR im Jahre 1969 überlegte die Konferenz der Kirchenleitungen im März 1970, an welchen Stellen Prioritäten für die gemeinsame Arbeit gesetzt werden müßten. Eine dieser Prioritäten waren die Weiterarbeit an den Fragen des Gemeindeaufbaus. Damit nahm die Konferenz der Kirchenleitungen die Impulse der Arbeit an der ökumenischen Studie und die Anregungen durch den Kongreß "missio heute" auf. Heute ist noch stärker als etwa zehn Jahre zuvor deutlich, daß die ehemals große Volkskirche in einem sehr raschen Prozeß in eine Minderheitskirche übergeht. (Rückgang der Zahlen, Rückgang der Kirchensteuerkonten und damit der finanziellen Mittel, Rückgang der Zahl von Studierenden an kirchlichen Ausbildungsstätten). Hinzu kommt, daß die Kirchen mehr und mehr ein schlechtes Gewissen haben wegen der Inanspruchnahme von "finanziellen Fremdmitteln", d.h. der Inanspruchnahme staatlicher und ökumenischer Zuschüsse zur eigenen Arbeit. Eigentlich

müßten sich die Gemeinden selbst erhalten. Doch im Unterschied zu Freikirchen oder Diasporakirchen haben die Kirchen in der DDR aus der Zeit der großen Volkskirche eine Reihe von "Lasten" ererbt, die nicht ohne weiteres abgeworfen werden können (Kirchgebäude, landwirtschaftliche und forstwirtschaftliche Betriebe, umfangreiche diakonische Einrichtungen, eine große Anzahl von kirchlichen Mitarbeitern im Ruhestand, eine Vielzahl von kirchlichen Werken und Aktivitäten aus dem 19. und 20. Jahrhundert). Bei der Schrumpfung der Zahlen, die im wesentlichen durch den raschen Säkularisierungsprozeß in unserer Umwelt bedingt ist, werden diese Lasten von Jahr zu Jahr größer. Es ist schon heute vorauszusehen, daß unsere kleiner werdenden Gemeinden diese Lasten nicht tragen können. Da sie sich jedoch nicht einfach abschütteln lassen, sind hier intensive Überlegungen notwendig.

3. Arbeitsschritte

3.1 Erster Schritt. Bei ihren analytischen Überlegungen, die mit Gemeinden diskutiert wurden, sah die Kommission die Situation der Welt von morgen in der Gegenwart am deutlichsten vorgebildet in geschlossenen Neustadtvierteln (mindestens etwa 10000 Einwohner) und in den Landgemeinden, in denen die industriemäßige Produktion der Landwirtschaft am stärksten vorangeschritten ist. Dies hat zu zwei Ausarbeitungen geführt, die deutlich machen, daß Neustädte und ihre Gemeinden exemplarische Bedeutung haben. In ihnen treten heute schon Probleme offen zutage, die in alten Städten noch verdeckt sind. Ähnliches gilt für die Landgemeinden, die in ihrer Entwicklung besonders weit vorangeschritten sind.

Der Kommission lag von Beginn an sehr daran, nicht nur ein Studienkreis "am grünen Tisch" zu sein, sondern das Nachdenken stets mit konkreten Modellen zu verbinden und in ständigem Kontakt mit Gruppen auf Gemeindeebene zu sein.

So wurden z.B. während der Arbeit an der Analyse der Situation etwa 20 Neustadtgemeinden und mehrere Arbeitskreise auf dem Lande besucht oder um schriftliche Stellung-

nahmen gebeten (vgl. Anl. 6).

Da als dringend notwendig eine bessere Vorbereitung kirchlicher Mitarbeiter auf die Situation in Neustädten angesehen wurde, führte die Kommission in Verbindung mit der Ausbildungskommission einen dreiteiligen (je eine Woche) Qualifizierungskurs für kirchliche Mitarbeiter in städtischen Ballungszentren durch, bei dem an den jeweiligen Wochenenden die Gemeindeglieder dabei waren und bestimmten, an welchen Punkten ihre kirchlichen Mitarbeiter qualifiziert werden sollten (vgl. Anl. 7). 1975 ist eine zweite Folge solche Neustadtkurse im Gange mit insgesamt 26 Gemeinden.

- 3.2 Zweiter Schritt, Aus den Erkenntnissen des ersten Schrittes (Analyse der Situation) wurden dann Konsequenzen gezogen für:
- "Diakonie der Gemeinde" (Anl. 8),
- "Seelsorge" (Anl. 9),

- "Versammlungen der Gemeinde" (Anl. 10).

Auch in dieser Phase der Arbeit ergaben sich Möglichkeiten für Konkretion. So regte die Gmk an, in allen Gliedkirchen des Bundes "Gemeindeseminare" zum Thema "Heil heute" anzubieten und die Materialien dafür zentral zu erarbeiten. Ein gesonderter Ausschuß (unter Leitung von Mitgliedern der Kommission) erarbeitete die Materialien und "trainierte" Leiter für solche Seminare, die dann ihrerseits in den Gliedkirchen andere einübten, und gab Anregungen zu regionaler Kooperation. Die Seminare wurden im Winter 1973/74 in etwa 400 Gemeinden der DDR durchgeführt (vgl. Anl. 11). Inzwischen ist ein neuer Zentraler Vorbereitungsausschuß Gemeindeseminare eingesetzt worden, der für 1976/77 Gemeindeseminare erarbeiten soll.

3.3 Dritter Schritt. (1) Aus den beiden ersten Schritten wurden Konsequenzen für Tätigkeitsfelder künftiger kirchlicher Mitarbeiter und die dafür nötige Ausbildung gezogen. Diese Arbeit geschah in Zusammenarbeit mit der Ausbildungskommission, da die Synode des Bundes 1973 die Ausbildungs- und die Gemeindekommission beauftragt hat, für die Synode 1975 ein Gesamtkonzept für die Ausbildung kirchlicher Mitarbeiter vorzulegen. Eine Problemskizze ist von der Koordinierungsgruppe aus den beiden Kommissionen erarbeitet worden und wird von den Synodalen des Bundes diskutiert werden (Anl. 12).

Die Gmk war sich darüber im klaren, daß in der Ausbildung der Mitarbeiter von morgen heute so rasch wie möglich die Weichen gestellt werden müssen.

(2) Über die Fragen des Kirchbaus hat die Gmk bisher selbst noch nicht nachgedacht. Sie hat sich beteiligt an der Vorbereitung einer Kirchbautagung und wird überlegen müssen, in welcher Weise diese Fragen von der nächsten Gmk übernommen werden können.

3.4 Koordinierung der Werke und Aktivitäten. Erst im letzten Stadium der Arbeit hat die Gmk den Auftrag der Koordinierung der Werke und Aktivitäten auf dem Gebiet des Gemeindeaufbaus angefaßt. Sie hatte bereits in den Jahren zuvor mit einer Reihe von Werken und Aktivitäten Gespräche über deren Arbeit geführt. Dabei hatte sich ein Fragenkatalog ergeben, der eine Reihe von Kriterien für die künftige Koordinierung enthielt. Die Gmk hat diesen Fragenkatalog im Frühjahr 1974 an verschiedene Werke und Aktivitäten gesandt mit der Bitte, darauf zu reagieren. Eine Ideenkonferenz aus Vertretern der Gmk und einiger Werke und Aktivitäten zog daraus Konsequenzen, so daß die Gmk 1974 in der Lage war, einen Vorschlag für eine "verbindliche Kooperation" der Werke und Aktivitäten vorzulegen. Die Synode hat aufgrund dieses Vorschlags einen Beschluß gefaßt, der z.Zt. realisiert wird. Dieser Beschluß sieht vor, daß eine verbindliche Kooperation angestrebt werden soll. Als Instrumentarium für eine solche Kooperation wurde eine Kooperationsgruppe gebildet, die in enger Zusammenarbeit und Verzahnung mit der Gmk arbeiten wird.

4. Kritische Einschätzung, offene Fragen

- 4.1 Theologische Probleme. Die Gmk entschloß sich, sich nicht nur in theologischen Grundsatzfragen, sondern in ganz praktischen Handreichungen zu äußern. Das hat seinen Grund darin, daß die Gemeinden in der DDR nach solchen Handreichungen verlangten. Ein Teil der Mitglieder der Gmk war darüber hinaus der Meinung, der Versuch eine Einigung in der theologischen Grundkonzeption zu erreichen, würde unter Umständen die Gmk so sehr beschlagnahmen, daß sie zu praktischer Gemeindeberatung gar nicht kommen könne. Außerdem wurde auf dem Hintergrund der Gliedkirchen des Bundes theologische Verschiedenheit nicht nur als Not, sondern auch als Chance gesehen. Die Arbeit der Gmk könnte auf diese Weise geradezu Modell sein für die Zusammenarbeit von Gliedkirchen unterschiedlicher theologischer Prägung. Reaktionen auf die Papiere der Gmk gaben dieser Meinung ein gewisses Recht. Die Erfahrung zeigt, daß gerade verschiedene theologische Ansätze zu einer verhältnismäßig breiten Übereinstimmung im Blick auf Leitlinien und konkrete Modelle für die Gemeinde von morgen führen können. Die Nötigung, den theologischen Ansatz der Arbeit der Gmk weiter zu durchdenken, bleibt trotzdem unbestritten ...
- 4.2 Probleme der Arbeitsweise. Weitgehend offen bleibt die Frage, wieweit die Gmk den ihr gestellten Auftrag erfüllt hat. Im Laufe der Arbeit der Gmk hat sich herausgestellt, daß eins der Hauptprobleme die Frage der Kommunikation zwischen den Kommissionen und der Basis darstellt. Die Rückäußerung auf die Ausarbeitungen ist zu gering. Die Information von der Basis in die Gmk ist ebenfalls zu gering. Hier müssen Strukturen für eine sachgerechte Kommunikation und Information entwickelt werden, die sehr viel stärker Strukturen ausnutzen sollte, die bereits vorhanden sind. Dazu gehört z.B. eine verbindliche Zusammenarbeit mit den Arbeitsgruppen in den Gemeinden, die sich mit Struktur- und Reformfragen befassen, mit den entsprechenden Synodalausschüssen und den Ämtern für Gemeindedienst, aber auch die Aufnahme von Anregungen der Synodalen, die die Arbeitspapiere verwenden, und der Konferenz der Evangelischen Kirchenleitungen.

3. DIE ÖKUMENISCHE ARBEIT

a) Übersicht und Einschätzung

Die ökumenische Arbeit des Bundes und seiner Gliedkirchen wie auch der EKU und der VELK hat eine starke Ausweitung erfahren. Ein Überblick über ökume-

nische Reisen von Delegationen oder Einzelpersonen aus der DDR in das Ausland und umgekehrt zeigt, daß das ökumenische Programm fast für ieden Monat Begegnungen, Tagungen und Reisen vorgesehen hat und dabei kaum ein Land in der Welt ausließ. Die Beziehungen zu Kirchen in sozialistischen Ländern hatten wie auch 1974 für den Bund der Evangelischen Kirchen eine besondere Bedeutung. Die Verbindungen zum ÖRK, zum LWB und zum RWB sowie zur KEK wurden gehalten und auch verstärkt. Die jeweiligen Tagungen und Begegnungen wurden in Berichten ausgewertet, in der ena gemeldet und in kirchlichen Zeitungen besprochen. Für die Berichterstattung wurden bei Treffen mit Kirchenleitungen aus sozialistischen Ländern Kommuniqués abgesprochen, die in der ihnen eigenen Sprache verschlüsselt zu erkennen gaben, ob und welche Differenzen in Einzelfragen aufgetreten sind. Es ist schon ein Unterschied, ob es zu einem "Dialog" zwischen dem Bund und der Bulgarischen Orthodoxen Kirche kam, "wobei es im wesentlichen zur Erläuterung der beiderseitigen Situationen und Standpunkte kam" (ena vom 21.5.1975), oder ob Gespräche beim Ökumenischen Rat der Kirchen in Ungarn , zu der gemeinsamen Erkenntnis (geführt haben), daß hinsichtlich der Einstellung zu den Grundfragen des Dienstes der Christen in der Welt Einmütigkeit besteht" (sowohl für eine Friedensverantwortung der Kirche als auch für die Bejahung der Mitarbeit der Christen in der sozialistischen Gesellschaft) (ena vom 15.10.1975). Die Beziehungen des Bundes zum Polnischen Ökumenischen Rat waren immer schon besonders intensiv. Eine Delegation unter Leitung von Bischof Schönherr war im Dezember Gast des Polnischen Ökumenischen Rates. Die Bundesdelegation wurde während ihres Aufenthaltes im Gebäude des Ministerrates vom Minister des Büros des Vorsitzenden des Ministerrates empfangen. Bei der Gelegenheit teilte Bischof Schönherr den Beschluß der Konferenz mit, für die Fertigstellung des "Gesundheitszentrums" in Warschau einen Betrag von "vorläufig" 500000,- M zur Verfügung zu stellen. Das Kinderkrankenhaus soll an die im Zweiten Weltkrieg umgekommenen Kinder erinnern (ena vom 17.12.1975). Der theologische Dialog mit der Russisch-Orthodoxen Kirche, der 1974 in Sagorsk begonnen hatte, soll in der DDR (Erfurt) fortgeführt werden.

Die ökumenischen Reisen führten auch in westliche Länder. So wurden die im Rat der Kirchen in den Niederlanden zusammengeschlossenen Kirchen besucht. Die Auswertung der Gespräche führte zu der Anregung, jährlich einen "Arbeitsbesuch" vorzusehen. Ausführlich geht ein ena-Bericht (vom 11.6.1975) auf den Besuch einer Delegation in Schweden ein. Diesem Besuch kam eine besondere Bedeutung zu: es war der erste offizielle Besuch einer Kirchendelegation des Bundes in dem Land. Der König gab sich die Ehre, den deutschen Teilnehmern eine Audienz zu gewähren. In der ena-Berichterstattung konnte natürlich der Hinweis nicht aufgenommen werden, daß die Planung dieser Reise auf Schwierigkeiten stieß. Ein erster Versuch, für die vorgesehenen Teilnehmer Ausreisepapiere zu erhalten, scheiterte. Es bedurfte eines zweiten Anlaufs und vorher natürlich einiger Gespräche. Probleme dieser Art traten aber nur vereinzelt auf. So stieß in einem anderen Fall die Einreise einer Delegation der schottischen presbyterianischen Kirche auf staatlichen Widerstand. Gegen den Besuch aus Schottland hatte der Staat nichts einzuwenden (im Gegenteil), aber die Absicht, auch das Oberseminar

in Naumburg in das Besuchsprogramm aufzunehmen, wurde nicht gebilligt. Die Kirchen weigerten sich, den Wünschen des Staates nachzugeben. Der Besuch wurde

abgesagt 40.

Im übrigen aber konnten die Kirchen in der DDR ihr ökumenisches Programm in einer erstaunlichen Freiheit abwickeln. Selbst Reisen (von Einzelpersonen) in die Bundesrepublik wurde häufiger. Zwar wurde Bischof Schönherr bei Gelegenheit "eröffnet", daß er nicht mit einer Ausreise zur Teilnahme am Frankfurter Kirchentag rechnen könnte 41. Aber zu Einführungen von Bischöfen bzw. Kirchenpräsidenten, zu Beerdigungen (Propst Grüber in West-Berlin) und zu anderen Gelegenheiten gab es Ausreisen auch in die Bundesrepublik. Grundsätzlich läßt jedoch eine im Bund 1975 aufgestellte Regelung erkennen, daß solchen Reisen Grenzen gesetzt sind. Nach der Regelung dürfen Reisen in die Bundesrepublik nur im Zusammenhang mit internationalen ökumenischen Begegnungen angetreten werden. Die staatliche Abgrenzungspolitik der DDR verlangt auch von den Kirchen Opfer. Der Satz vom Sekretär der ökumenischen Kommission, OKR Pabst, in einem Kommentar im Radio DDR, "die ökumenische Arbeit macht an den Staatsgrenzen nicht Halt"42, gilt in Beziehung auf die deutsch-deutsche Grenze nur bedingt. Wie gesagt waren aber auch hier deutliche Anzeichen einer Lockerung erkennbar. Das galt natürlich besonders für Reisen in die DDR. So konnte 1975 zum ersten Mal offiziell (oder besser offiziös) ein Gespräch zwischen Vertretern des Rates und des Vorstandes der Konferenz geplant und durchgeführt werden. Inoffizielle Kontakte zwischen Kirchen und Christen in beiden deutschen Staaten gab und gibt es schon immer. Sie haben aber privaten Charakter und können den gewünschten verantwortlichen Meinungsaustausch auf der kirchlichen Leitungsebene nicht

Dieser scheint um so nötiger, als auf beiden Seiten eine zunehmende Diskrepanz in der theologischen Wertung von zentralen Fragen des Kirche-Seins empfunden wird. Nur selten wird dies so offen (und öffentlich) ausgesprochen, wie es Christoph Hinz (Gnadau) in einem Aufsatz getan hat: "Obgleich uns eine gemeinsame Geschichte und eine gemeinsame Sprache verbindet, also eine ganz einzigartige Voraussetzung für ökumenische Begegnungen gegeben ist, macht sich der unterschiedliche politische Kontext immer wieder, vielleicht immer mehr in gegensätzlichen Urteilen über politische und andere Vorgänge bemerkbar. Wie oft redet man aneinander vorbei, korrigiert Vorurteile, wie schnell ermüdet man an Mißverständnissen." ⁴³ Der o.a. Rundfunkkommentar des Sekretärs der ökumenischen Kommission stellt den Beziehungen zwischen den Kirchen in der DDR und den Kirchen in der Bundesrepublik eine günstige Prognose: Sie "konnten weiter ausgebaut werden". In der Tat kann man feststellen: Die Entwicklung war befriedigend, das Ergebnis (noch) nicht ausreichend. In früheren Jahren sprach man von "besonderen ökumenischen Beziehungen", die zwischen den Kirchen in

^{40.} Vgl. KiS, H. 5/1975, Chronik zum 20.10.1975.

^{41.} Dennoch sollen etwa 70 Christen aus der DDR in Frankfurt mit dabeigewesen sein (Meldung in epd-ZA vom 11.6.1975, Nr. 109).

^{42.} Vgl. ena vom 3.9.1975 und epd-Dok. 9/1976, S. 20f.

^{43.} Zitiert nach epd-Dok. 9/76, S. 35. Englisch in: Ecumenical Review 3/75.

der DDR und den Kirchen in der Bundesrepublik entwickelt werden sollen. 1975 bestand die Besonderheit darin, daß sie im Vergleich zu ökumenischen Beziehungen der Kirchen in der DDR zu anderen Ländern ein deutliches Minus auswies.

b) DDR-spezifische Probleme der ökumenischen Arbeit

I. Konzeption der ökumenischen Arbeit

Mit der Ausweitung der ökumenischen Arbeit wurden die Fragen nach einer Konzeption drängender. Der Konferenzbericht erwähnt, daß an einer solchen gearbeitet worden ist. Erste Überlegungen zeigen die Richtung für mögliche Leitgedanken einer verantwortbaren ökumenischen Arbeit des Bundes an. Die Überlegungen setzen in einem ersten Abschnitt mit Grundsatzfragen ein, nennen in einem weiteren Abschnitt die Bewährungsfelder ökumenischer Arbeit und versuchen in einem Schlußteil, Prioritäten zu setzen:

ÜBERLEGUNGEN ZU EINER KONZEPTION FÜR DIE ÖKUMENISCHE ARBEIT (AUSZUG)

I. Grundsätzliches

Schon immer haben Christen die Annahme des Glaubens an Jesus Christus als Befreiung verstanden. "Wenn Euch der Sohn frei macht, so seid Ihr frei" (Joh. 8,36). Auch heute sollte mit der Verwendung dieses Begriffes sowohl der Glaube an das rechtfertigende Handeln Gottes als auch der gesellschaftliche Bezug dieses Handelns zum Ausdruck gebracht werden, und zwar beides unmißverständlich. Es bleibt eine Aufgabe, Grunderkenntnisse, wie sie etwa von der Dritten Vollversammlung des Lutherischen Weltbundes 1957 in Minneapolis (USA) zum Thema "Christus befreit und eint" verabschiedet worden sind, situationsbezogen zu verifizieren und zu praktizieren. Die Synode des Bundes hat sich bei einer ihrer Tagungen mit diesen Fragen beschäftigt und versucht, konkret und verständlich zu sagen, daß sie die Freiheit, zu der Christus befreit, auch in einem Dasein für andere verwirklicht sehen will. Die Freiheit, zu der Christus befreit, ist ein Datum geschichtlicher Existenz. Diese Tatsache muß in verschiedenen Bereichen und Bezügen bewährt werden. Für eine ökumenische Orientierung und im Blick auf die Sachbeiträge der Kirchen in der DDR innerhalb der ökumenischen Bewegung ist die Betrachtung dieser Bewährungsfelder wichtig, auch wenn dabei keine abschließenden Richtlinien für das Verhalten der Christen in der DDR formuliert werden können.

II. Bewährungsfelder

1. Die Kirchen in der DDR stehen in einem Entwicklungsprozeß, der seine Ursachen unter anderem in der Säkularisierung des Lebens und in der Trennung von Staat und Kirche hat. Die Christen und die Kirchen sehen sich an vielen Stellen – und dies nicht nur in einer sozialistischen Gesellschaftsordnung – als eine Minderheit in einer nichtchristlichen Umwelt. Für die Zukunft der Christen in der DDR wird entscheidend viel davon abhängen, wie diese Situation angeommen wird. In dieser Lage wird es zur Aufgabe christlicher Existenz, die Befreiung durch arechtfertigende Handeln Gottes in Offenheit zu bewähren. Offenheit wird als Dialog- und Kommunikationsfähigkeit erkennbar. Sie läßt sich nicht erzwingen. Doch kann man Gespräch und Kommunikation einüben. Die Kirchen in der DDR wissen, daß sie Brüder und Schwestern in der Welt haben, denen ähnliche Probleme aufgegeben sind. Sie würden es deshalb für begrüßenswert halten, wenn in den Programmen des ÖRK

und anderer ökumenischer Organisationen dem Gespräch über solche Fragen stärker Rechnung getragen würde. Wenn die Christen in der DDR und an jedem anderen Ort die ihnen im Glauben geschenkte Befreiung ernst nehmen, werden von einer erneuerten Kirche auch

neue missionarische Impulse ausgehen.

2. Im Bund versuchen die Kirchen, eine Gemeinsamkeit zu verwirklichen, in der sie sich gegenseitig in ihrem Zeugnis und Dienst helfen wollen. Sie gehen davon aus, daß ihre Gemeinschaft durch Christi Kreuz und Auferstehung begründet ist. Damit stehen sie vor der gleichen Aufgabe wie die ökumenische Bewegung als ganzes: Formen der Gemeinschaft zu finden, in denen die Identität gewahrt bleibt und doch zugleich die Fülle der Gnadengaben aufeinander bezogen und miteinander eingesetzt werden. Bei der Verwirklichung der Zeugnisund Dienstgemeinschaft in der DDR bedarf es eines gegenseitigen Nehmens und Gebens mit anderen Kirchen in der ökumenischen Bewegung und einer gewissenhaften Mitarbeit in ihren Zusammenschlüssen. Die Beschäftigung z.B. mit der Leuenberger Konkordie und die Bemühungen um die Verwirklichung von Kirchengemeinschaft sollten auch in diesem Zusammenhang gesehen und verstärkt werden.

3. Zu den gegenwärtig vorrangig diskutierten Themen der ökumenischen Bewegung gehört in der DDR das Programm zur Bekämpfung des Rassismus. Wir ordnen dieses Programm in größere Zusammenhänge ein. 'Die Kirchen in der DDR haben erkannt, daß sich die Christenheit in Deutschland, besonders im 19. Jahrhundert, am Industrieproletariat schuldig gemacht hat. Darum ist es für sie auch Aufarbeitung ihrer eigenen Vergangenheit, daß sie sich intensiv an dem Programm des ÖRK zur Bekämpfung des Rassismus beteiligen' (D. Schönherr, Mitteilungsblatt des Bundes, 1.2.74) Wie in vielen anderen Ländern beschäftigt man sich in den damit zusammenhängenden Diskussionen mit der Frage nach der Bedeutung des Freiheitskampfes junger Nationen und der nationalen Befreiungsbewegung. Die ökumenische Diakonie in der DDR empfängt aus gesellschaftlichen Kontexten neue Anstöße für ihr Verständnis und für ihre Aktionen. Dazu hat uns die Gemeinschaft im ÖRK sensibilisiert. In dem Votum der Konferenz der Evangelischen Kirchenleitungen zur Erneuerung des Mandats für das Antirassismusprogramm vom Juli 1974 heißt es:

"Die aktive Beteiligung an einem zentralen Programm des Ökumenischen Rates der Kirchen hat die Gemeinden in der DDR zu bewußteren Partnern in der ökumenischen Gemeinschaft werden lassen. Innerhalb der Kirchen des Bundes, unter den Verantwortlichen, den kirchlichen Mitarbeitern und Laien hatte das Programm eine hilfreiche und klärende Funktion im Blick auf die politische Verantwortung der Christen in der Welt heute. Themen, wie der verantwortliche Gebrauch der Macht, die Bedeutung struktureller Gewalt, die Frage der Gerechtigkeit und der Versöhnung und Solidarität als Ausdruck von Nächstenliebe, wurden in diesem Zusammenhang theologisch reflektiert und diskutiert. An kritischen Stimmen und Auseinandersetzungen hat es nicht gefehlt. Manchen schien das Engagement für die fernen Nächsten angesichts eigener Probleme oder eine Solidaritätsaktion, die im eigenen Lande opportun ist, fragwürdig. Dadurch wurden die Kirchen in der DDR immer wieder vor die Frage gestellt, wie sie zugleich in der eigenen Situation und in der ökumenischen Gemeinschaft Christus als den

Herrn aller bezeugen können."

4. Weitreichend sind die Fragen, die sich in der Kooperation von Christen und Marxisten im Dienst für den Frieden ergeben. Friedensarbeit ist eine Aufgabe, die alle angeht. Die Orientierungen, die dafür in den Kirchen erarbeitet werden, müssen konkret und für den einzelnen praktikabel sein auf der Grundlage des Auftrags der Kirche. Diese Orientierungen sollten zugleich ökumenisch, d.h. im weltweiten Bezug und im Gespräch mit Christen aller Konfessionen erarbeitet werden. Es gibt kein Thema, das so sehr gemeindenah und weltweit zugleich ist wie die Friedensarbeit. Theoretische Erörertungen dürften dabei besonders insoweit interessant und relevant sein, als sie in praktischen Einsätzen und Stellungnahmen Bewährung finden. Die Christen in der DDR möchten, daß ihr Friedensdienst in der Ökumene wirksam wird; d.h. unsere Erkenntnisse und Erfahrungen sollten sowohl in die Ökumene als auch in internationale Gremien eingebracht werden (z.B. Kontakte zur Christlichen Friedenskonferenz). In diesem Zusammenhang ist die den Bund repräsentierende Beteiligung am Weltkongreß der Friedenskräfte in Moskau und an seiner Weiterarbeit zu sehen. Eng verbunden mit den Problemen des Friedens stehen die Erörterungen der Menschenrechte, die ökumenisch wachsende Aufmerksamkeit finden. Im Oktober 1974 fand eine Konsultation

der Kommission der Kirchen für Internationale Angelegenheiten zur Frage "Menschenrechte und christliche Verantwortung" statt; an deren Vorbereitung und Durchführung sich der Bund aktiv beteiligte. Sie ist ein starker Anstoß zu noch eingehenderer Beschäftigung mit dieser Frage. Dies gilt besonders auch hinsichtlich des weltweiten Problems der Verwirklichung der Menschenrechte.

III. Prioritäten

Auf Grund der bisherigen Überlegungen ergeben sich für den Bund und seine Gliedkirchen Prioritäten in der ökumenischen Arbeit.

1. Ökumenische Arbeit in der DDR heißt:

- 1.1 Von erstrangiger Bedeutung ist die Reflektion und die Praktizierung der Ökumene am Ort.
 - 1.2 Die Gemeinsamkeit zwischen Kirchen der reformatorischen Tradition ist zu fördern,
- 1.3 Auch im Blick auf die Zusammenarbeit mit der römisch-katholischen Kirche darf es keinen Stillstand geben.

2. Die Kirchen in der DDR können auf eine längere Kooperation mit den ökumenischen Gremien zurückblicken und auch von gewissen Fortschritten in dieser Kooperation sprechen.

Um diese Zusammenarbeit fortzusetzen, sind u.a. folgende Schritte nötig:

2.1 Die Kirchen in der DDR sollten sich künftig schwerpunktmäßig stärker in der Mitarbeit in Gremien und Programmen des ÖRK beteiligen. Die Konkretion wird von den Entscheidungen der Fünften Vollversammlung des ÖRK abhängen, so daß hier auf die Aufzählung von Einzelheiten verzichtet wird.

2.2 Es soll versucht werden, im ÖRK Programme zu entwickeln, welche die Fragen von

Kirchen in sozialistischen Ländern stärker berücksichtigen.

- 3. Tradition und Situation der Kirchen in der DDR erfordern größere Initiativen auf der Basis der Konferenz Europäischer Kirchen.
- 3.1 Um die gesamteuropäischen Initiativen zu fördern (auch im Blick auf die Konferenz für Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa).
 - 3.2 Um die bilateralen Beziehungen zwischen den Kirchen in Europa zu verstärken.
- 3.3 Um die eigenen Beiträge im interkonfessionellen Gespräch noch besser einbringen zu können.

4. Ökumenische Arbeit als Dienst am Frieden (s. II.4.).

5. Um die Gemeinden aktiv am ökumenischen Geschehen teilnehmen zu lassen, müssen die Kirchen dafür Sorge tragen, daß gut funktionierende Organe für die notwendigen Lernprozesse zur Verfügung stehen. Dazu ist sachbezogene und methodische hilfreiche Fachkenntnis erforderlich. Der Bund und seine Gliedkirchen haben die wichtige Aufgabe, solche Kenntnisse zu vermitteln.

Ökumenische Gäste und Delegationen müssen, soweit irgend möglich, den Gemeindebezug

berücksichtigen.

6. Ökumenische Arbeit darf nicht allein vom Engagement einzelner abhängig sein. Eine sorgfältige und langfristige Personalplanung macht sich nötig (z.B. Beschickung ökumenischer Konferenzen, Mitgliedschaft in ökumenischen Gremien, Übertragung einschlägiger Funktionen in den eigenen Kirchen und Stabsfunktionen in Genf).

Gleichzeitig ist die wechselseitige Beziehung zwischen Bund und ÖRK bei der Auswahl

und Vorbereitung solcher Mitarbeit stärker zu beachten.

7. Planung und Auswertung bilateraler Beziehungen des Bundes sind zu intensivieren; dabei ist eine Rangfolge zu finden:

Austausch von offiziellen Delegationen,

Sachkontakte auf verschiedenen Ebenen kirchlicher Arbeit,

Austausch-Programme,

Gemeinsame Arbeit an theologischen Themen.

8. Auch partnerschaftliche Beziehungen zu außereuropäischen Kirchen sind von wechselseitiger Bedeutung für den Bund und sollten im Rahmen der personellen, finanziellen und zeitlichen Kapazität gepflegt und fruchtbar gemacht werden.

9. Erforderlich ist die Beobachtung des missionarisch-evangelischen Geschehens, das

organisatorisch mit dem ÖRK nicht verbunden ist.

Die Überlegungen gehen auf einige Kernprobleme der ökumenischen Arbeit nicht ein. Diese haben einen gesellschaftspolitischen und innerkirchlichen Aspekt. Ganz zu trennen sind die beiden Problembereiche nicht, sie greifen auch ineinander. Aus Gründen der Systematik läßt sich aber eine getrennte Darstellung rechtfertigen.

II. Der innerkirchliche Aspekt

(1) Innenverantwortung.

Bischof Hempel ist in seinem mündlichen Bericht vor der Synode des Bundes auf einen innerkirchlichen Aspekt der ökumenischen Arbeit eingegangen. Die entscheidenden Stichworte heißen "Innenverantwortung" und "Empfangsund Nahstruktur" ökumenischer Kontakte. Er führt dazu aus:

Die Möglichkeit ökumenischer Reisen zu Kirchen anderer Länder bringt auch eine Innen-Verantwortung mit sich, die der Rücksichtnahme auf die, die nicht fahren können, nämliches möchten wahrscheinlich immer mehr fahren, als faktisch fahren können. Das bedeutet für die, die fahren können, praktisch: sie müssen sich prüfen, ob sie für die Tagung, um die es geht, ein ausweisbares Interesse anderen glaubhaft machen können; jeder sollte zusehen, daß er als einzelner nicht zu viel reist; und schließlich muß jeder, der reist, sich für eine gründliche Berichterstattung nach der Rückkehr zur Verfügung halten.

Ökumenische Kontakte haben vom Evangelium her wesensmäßig auch eine Empfangsund Nah-Struktur. Es ist gut und sachgemäß, daß wir Christen anderer Länder auch bei

uns empfangen können. -

Und: Ökumenische Kontakte haben auch im eigenen Land große Bedeutung, insbesondere solche mit der katholischen Kirche und mit verschiedenen Freikirchen.

Der Prüfstein für den Sinn ökumenischer Kontakte ist, ob die durch sie ermöglichten außergewöhnlichen Lernerfahrungen und hinsichtlich der Gewißheit des uns hier und in der Situation "zu Hause" gebotenen Weges stärken oder nicht.

Die Synode hat das Stichwort "Innenverantwortung" in dem Beschluß zum Bericht der Konferenz aufgenommen und ausgeführt, daß sie "so wahrzunehmen (ist) daß die Gemeinden an den Ergebnisprozessen und Aufgabenstellungen in der Ökumene hineingenommen und befähigt werden, an den Fragen und Aufgaben der Weltchristenheit mitdenkend und mitarbeitend teilzunehmen". Die Erfahrungen haben gezeigt, daß es der ökumenischen Arbeit des Bundes und der Gliedkirchen nicht gelungen ist, die Gemeinden für diesen wichtigen Zweig des Kircheseins zu engagieren. Die Kontakte blieben — so wird das in der DDR gesehen — "zu häufig auf kirchenleitende Gremien beschränkt und dringen nicht so in das Leben der Gemeinde ein, daß sich ihr Bewußtsein verändert. Ökumene wird vielfach als Sache kirchlicher Leitungsfunktionäre empfunden, als Angelegenheit kirchlicher Berufsspezialisten." ⁴⁴ Das soll nun anders werden.

(2) Ökumenische Reisekader.

Wahrscheinlich sind die zuletzt beschriebenen Erfahrungen der ökumenischen Arbeit des Bundes weniger DDR-spezifisch als einige kritische Fragen an die Ökumeniker in der DDR: "Bei jedem Bericht eines Delegierten von einer ökumenischen Reise steht das Empfinden unausgesprochen mit im Raum: Er ist

^{44.} Vgl. Christoph Hinz, a.a.O. epd-Dok. 9/1976, S. 31.

ein Privilegierter; er hat ins Ausland reisen dürfen. "⁴⁵ Hier wird ein ernstes Problem angesprochen. Auslandsreisen — besonders natürlich solche ins westliche Ausland — sind in der DDR nur ausgewählten Personen vorbehalten. Es stellt sich bei den Privilegierten die Frage nach der Gemeinschaft mit den Nichtprivilegierten. Kann Gemeinschaft zerbrechen, wenn es dem äußeren Anschein nach an einer Solidarität zwischen den Gliedern in der Gemeinschaft fehlt? Solche Fragen stehen nicht nur "unausgesprochen mit im Raum". Sie werden hier und da sehr offen angesprochen. So heißt es z.B. in einem Brief:

Es ist offensichtliches Ziel des Staates, die Kirche zu spalten. Unter diesem Aspekt ist die Reisetätigkeit der Kirche in das westliche Ausland kritisch zu hinterfragen. Jeder Reisende erweckt den Anschein, als sei die DDR ein normaler Staat mit normalen zwischenstaatlichen Beziehungen und Verbindungen, erweckt den Eindruck einer heilen Welt. Jede Reise dient damit "gewollt oder ungewollt" der Propaganda. Jede solche Reise vergrößert die Kluft zwischen "Reisekadern" und anderen. Jeder Reisende desolidarisiert sich von denen, die nicht reisen dürfen, nicht einmal in dringenden Familienangelegenheiten. Kirche für andere, das müßte bedeuten: Solange Lieschen Müller nicht fahren darf, fahren wir auch nicht.

Für solche scharfen Fragen haben die leitenden Kirchenmänner in der DDR ein offenes Ohr. Sie wissen, daß es in der Tat ein Problem ist, wenn zwischen Christen solche trennenden Vergünstigungen treten. Aber welche Alternative bietet sich an? Sollen die Kirchen auf ökumenische Kontakte und die mit ihnen gegebenen Lernerfahrungen und Informationen verzichten? Dies würde sich letztlich nachteilig auch für die Gemeinde auswirken (auch für das christliche Lieschen Müller). Lernerfahrungen und Informationen könnten dann von dem zahlenmäßig begrenzten Kreis der Ökumeniker nicht weitergegeben werden. Die Gemeinden und die Christen wären von wesentlichen Möglichkeiten, sich informieren zu lassen, abgeschnitten. Die Verantwortlichen in den Kirchen und die Kirchenleitungsgremien nutzen zu Recht die ihnen gebotenen Möglichkeiten aus, um den kirchlichen Auftrag einer ökumenisch ausgerichteten Arbeit gerecht zu werden. Sie muten dabei ihren Christen und Gemeinden zu, ohne Neid und ohne Mißtrauen die Privilegierung einzelner hinzunehmen. Darüber hinaus aber wird versucht, den "Reisekader" nicht nur zahlenmäßig zu erweitern, sondern auch ständig personell auszuwechseln.

(3) Vertrauenskrise?

Im Zusammenhang mit den Fragen nach der Privilegierung des Reisekaders steht die Frage nach dem Preis, der für solches Entgegenkommen eingefordert wird. Ist der Preis das Schweigen über Mißstände im eigenen Land oder noch mehr laute Propaganda für die DDR und ihre Politik? Beides gibt es: Das Schweigen und das opportunistische Reden. Das kann nicht verwundern, braucht aber — da es sich um Einzelfälle handelt — nicht Gegenstand ernsthaften Nachdenkens zu sein. So etwas gibt es immer — in der Kirche und anderswo. Die Frage nach den Möglichkeiten der Kritik an Zuständen im eigenen Land — auf ökumenischen Veranstaltungen ebenso wie zu Hause — hat die Kirchen in der DDR immer wieder beunruhigt. Dies hat auch zu Spannungen zwischen Staat und Kirche und zu

^{45.} Christoph Hinz, a.a.O.

Auseinandersetzungen innerhalb der Kirchen geführt. Als vor Jahren H. Falcke auf der Synode des Bundes 1972 die Frage nach einem "verbesserlichen Sozialismus" zu stellen wagte ⁴⁶, ging ein heftiges Erschrecken durch das Land. Begriffe wie "kritische Solidarität" wurden mißtrauisch auf ihren möglicherweise konterrevolutionären Gehalt geprüft. Nun, nach wenigen Jahren, kann man immerhin feststellen: es darf nach Möglichkeiten der Kritik am eigenen Lande gefragt werden. Das ist noch nicht die Freigabe der Kritik selbst aber doch immerhin schon merklich mehr, als vor Jahren möglich war. Und es wird gefragt, sehr direkt und auch ganz offen. Solche Fragen müssen sich auch die Ökumeniker und die Kircher leitenden Persönlichkeiten stellen, wenn man ihnen vorhält, sie hätten es an der notwendigen Kritik bei ihrem Auftreten in der Öffentlichkeit und vor Vertretern des Staates missen lassen. Dies geht so weit, daß von einem gebrochenen Vertrauensverhältnis zwischen Basis und Leitung gesprochen wird:

Ein gebrochenes Vertrauensverhältnis, das bei uns besteht, zwischen gewissen ... Engagierten ... Gruppierungen und Einzelpersönlichkeiten einerseits und einer Vielzahl von Christen (ich vermute: der großen Mehrheit) andererseits.

Der genannte Bruch im Vertrauensverhältnis rührt, soweit ich sehe, daher, daß einige Persönlichkeiten und Gruppen häufig den Eindruck aufkommen lassen, als sei ihr Engagement gestissentlich ausschließlich auf die Kritik von Zuständen außerhalb der eigenen Landesgrenzen gerichtet. Das hat zur Folge, daß der einzelne Christ, der für das Engagement gegen die in der Welt wirklich brennenden Ungerechtigkeiten gewonnen werden soll, nicht abgeholt wird aus der Situation, in der er sich besindet. Denn zu dieser Situation gehören ... auch die Probleme der geistlichen Existenz, die aufgeworfen werden durch das einheitliche sozialistische Bildungssystem unter der Führung der marxistisch-leninistischen Partei. Wie soll sich ein Christ, der das 1. Gebot ernst zu nehmen versucht, verhalten gegenüber dem Anspruch, daß seinen Kindern "die Moral der grenzenlosen Ergebenheit gegenüber den Idealen des Kommunismus" (Minister Margot Honecker auf der II. Konferenz der Pädagogen sozialistischer Länder, Berlin, August 1974) anerzogen wird, zu denen erklärtermaßen die Iliminierung seines Glaubens gehört?

Das notwendige Bemühen, mehr Christen in unserem Staat für das Engangement gegen die in der Welt wirklich brennenden Ungerechtigkeiten zu gewinnen, schadet seinem eigenen Ziel, wenn es den Eindruck erweckt, die genannten Beschwernisse zu ignorieren und damit die angesprochenen nicht vollständig in ihrer Situation abholt⁴⁷.

Fragen an die Redlichkeit der kirchlichen Stellungnahmen zu Fragen der Situation in der DDR dieser Art sind vielleicht verständlich aber nicht überzeugend. Es kann überhaupt kein Zweifel sein, daß die Sprecher der DDR-Kirchen z.B. die Bildungspolitik auf Synoden und in kirchlichen Verlautbarungen 1975 wie in den Vorjahren kritisch angesprochen haben und es dabei an Deutlichkeit nicht fehlen ließen. Offensichtlich ist es aber den Kirchenleitungen und ihren Repräsentanten in der DDR nicht gelungen, für jeden Christen und jede Gemeinde deutlich genug ihre Kritik an belastenden Zuständen im eigenen Lande zu artikulieren. Unter den Christen erwartet niemand von seiner Kirche eine politische Opposition, die sich im Stil einer westlichen Opposition laut und überdeutlich zu Wort meldet. Das wäre in der DDR selbstverständlich auch un-

^{46.} Vgl. KJ 1972, S. 242-245.

^{47.} Aus einem nicht veröffentlichten Brief Frühjahr 1975.

möglich, läge aber auch nicht auf der Linie des Selbstverständnisses der Kirchen in der DDR als Kirchen im Sozialismus. Vielleicht aber entsteht hier und da der Eindruck, daß besonders in den ökumenischen Themenbereichen die Grenze zwischen kirchlich als legitim empfundenen Stellungnahmen und einer der Kirche nicht zukommenden politischen Parteilichkeit nicht immer eingehalten wird. Das betrifft den zweiten Aspekt der DDR-spezifischen Probleme der ökumenischen Arbeit.

III. Der gesellschaftspolitische Aspekt

Die Problemfelder der weltweiten ökumenischen Diskussion lagen auch 1975 auf Gebieten, die in der Außenpolitik eine herausragende Rolle spielten. Es versteht sich von selbst, daß der sozialistische Staat der DDR seine Kirchen hier besonders aufmerksam und sicher auch gelegentlich mißtrauisch beobachtete. Darüber hinaus hatte der DDR-Staat auch klare Vorstellungen und Wünsche. wie die DDR-Kirchen ihre ökumenische Arbeit auszurichten haben und sprach dies ungeniert aus. So wurden die Kirchen richtungweisend gemahnt, gelobt und korrigiert. Sie wurden aufgefordert, ihre Haltung gegenüber der CFK zu überdenken und sich zur "kooperativen Mitarbeit" zu entschließen 48. Die Reaktion des Bundes auf eine Einladung zum Fortsetzungsausschuß der CFK (der Bund hatte nur Beobachter entsandt) wurde von der Dienststelle des Sekretariats für Kirchenfragen als eine Unterbewertung der Arbeit der CFK bewertet. Günter Wirth⁴⁹ wies mit Deutlichkeit darauf hin, daß gesellschaftliche Verantwortung von Pfarrern vom Standpunkt der sozialistischen Gesellschaft aus wahrzunehmen sei. E. Klages (kirchenpolitischer Redakteur der NZ) forderte die Unterstützung der politischen und gesellschaftlichen Ziele der Staatsführung in offiziellen kirchlichen Stellungnahmen⁵⁰. In diesen Kontext fügt sich die Aufforderung ein, sich kirchlicherseits an dem Protest über die konterrevolutionären Vorgänge in Portugal zu beteiligen. Gerald Götting (Vorsitzender CDU/DDR) versichert, daß Christen unter sozialistischen Bedingungen ihren Dienst am Nächsten wahrnehmen können, sie können so .. für den Frieden der Völker" eintreten und den "konsequenten Friedenskurs der sozialistischen Staatengemeinschaft" fördern und teilnehmen am Wettkampf um "Sicherheit und friedliche Koexistenz", "Rüstungsbegrenzung", "Abrüstung" und "am Wettkampf der Völker um Freiheit und nationale Unabhängigkeit" und ihren Platz in der "antiimperialistischen Solidarität" finden⁵¹. Der Staatssekretär für Kirchenfragen hat sich auf einer Veranstaltung des Nationalrates der Nationalen Front am 15. April 1975⁵², zu der auch Vertreter der Kirchen geladen und gekommen waren, in seinem Schlußwort

^{48.} Max Sefrin vor dem Hauptvorstand der CDU vgl. Meldung in epd-ZA Nr. 244 vom 18.12.1975.

^{49.} Standpunkt 8/1975.

^{50.} NZ vom 18.10.1975.

^{51.} Diskussionsbeitrag auf der Erweiterten Tagung des Nationalrates der Nationalen Front der DDR am 9.1.1976, in epd-Dok. 9/1976, S. 64.

^{52.} Über die Veranstaltungen s.u. 4 (c) I. (2)

lobend über die Arbeit der Kirchen ausgesprochen. Ausgehend von der Hoffnung, daß "der Ertrag (der) … Begegnung … geeignet (ist), den Gliedkirchen (des) Landes Erkenntnishilfe zu sein" führt er aus:

ANSPRACHE VON STAATSSEKRETÄR SEIGEWASSER (AUSZUG)

Vom 15. April 1975 53

Mit großer Genugtuung sehen wir, daß der Bund der Evangelischen Kirchen in der DDR sich seiner Verantwortung für die integrierte Mitwirkung in der weltweiten Friedensbewegung der Völker bewußt ist und in aktiver Weise den Moskauer Weltkongreß der Friedenskräfte mitgestaltete.

... Mit großer Hochachtung und in aufrichtiger Anerkennung stelle ich fest, in welch ... parteinehmender Weise die Christen und Kirchen in der DDR, auch in Gestalt "Brot für die Welt" und in verantwortungsvoller Wahrnehmung ökumenischer Verpflichtungen ihr antimperialistisches Engagement glaubhaft vorlegen.

Es erweist sich immer deutlicher, daß die Kirchen in der DDR in dem Maße als interessierte Partner und Teilhaber an der ökumenischen Arbeit gefragt sind, in welchem sie ihre positiven Erfahrungen als Kirche im Sozialismus artikulieren.

Wir stimmen mit den Kirchen in der DDR überein in der Erkenntnis von der notwendiger praktischen und wirksamen antiimperialistischen Parteinahme ...

Der konsequente Einsatz der Kirchen der DDR für das Anti-Rassismus-Programm, für die erfolgreiche Beendigung der Konferenz über europäische Sicherheit und Zusammenarbeit und gegen jede Form rassistischer Diskriminierung in Südafrika, Namibia und den USA nötigen ebensolche Hochachtung ab wie die umfangreiche, unendlich schwere und fleißige diakonische Arbeit ... Solche Aktivitäten (fügen sich) harmonisch in das Bild unserer Gesellschaft sein.

Wir sind gemeinsam unserer internationalen Verantwortung treu geblieben.

Zweifellos wird es auch die Profilbildung der Kirchen in der DDR günstig beeinflussen, wenn in bisheriger Weise die freundschadtlichen Beziehungen zur Russischen Orthodoxen Kirche mit Sorgfalt gepflegt werden.

Dieser Redebeitrag zeigt Tendenzen, die kirchliche ökumenische Arbeit staatlicherseits nicht nur zu tolerieren, sondern in das staatliche Konzept der sozialistischen Außenpolitik einzubeziehen. Von einer "integrierten Mitwirkung in der weltweiten Friedensbewegung", einer "gemeinsamen internationalen Verantwortung", einer "antiimperialistischen Parteinahme" ist die Rede und davon, daß sich die ökumenischen Aktivitäten der Kirche "harmonisch in das Bild unserer Gesellschaft einfügen". Es kann schon sein, daß Gemeinden und Christen irritiert werden, wenn sie solche Ansprachen in Zeitungen lesen und keine kirchliche Korrektur oder Richtigstellung erfolgt. Sie können dann wohl glauben, daß sich die Kirche "vereinnahmen" läßt und den von ihr geforderten Preis für die Freizügigkeit in der ökumenischen Arbeit nicht schuldig bleibt. Ein sorgfältiges Studium aber der kirchlichen Papiere zu den von Seigewasser aufgeführten ökume-

^{53.} NZ vom 17.4.1975 - hier zitiert nach epd-Dok. 20/1975, S. 20.

nischen Themen zeigt, daß es eine volle Übereinstimmung zwischen Staat und Kirche in der Beurteilung der internationalen Probleme und ihrer Lösungen nicht gibt. Das läßt sich an Hand der thematischen Problemfelder aufzeigen.

- Das Antirassismus-Programm ist für die Kirchen nicht ein Programm zur Unterstützung von nationalen oder sozialen Befreiungsbewegungen im revolutionären Weltprozeß mit dem Ziel, das Kräfteverhältnis zu Gunsten der sozialistischen Weltgemeinschaft zu verändern. Den Kirchen in der DDR geht es nicht um Revolution im sozialistischen Sinne. Ihnen geht es um die Verwirklichung von Menschenrechten; sie sehen in dem Antirassismus-Programm einen "Modellfall des Kampfes für Menschenrechte"54, "ein demonstratives Zeichen für eine Mission der Kirche, die an dem leiblich-politischen Elend der Menschen nicht vorübergehen kann, sondern ihm die Bruderschaft Christi, des brüderlichen Menschen schlechthin, bewähren muß"55. Auch zu der Frage der Gewalt nehmen die Kirchen ganz anders Stellung als die Politiker. Sie fragen – aber haben keine fertigen Antworten. Sie fragen "ob nur die Gewalt der Regierenden und nicht vielleicht auch die der Unterdrückten legitim sein kann"56. Sie wissen auch, daß viele Pfarrer, kirchliche Mitarbeiter und Christen in der DDR eine Befreiung mit Waffengewalt als unvereinbar mit dem christlichen Gewissen ablehnen und darum die Unterstützung der Befreiungsbewegungen durch die Kirchen in der DDR und den ÖRK nicht mitvollziehen können 57. Gerade der Zusammenhang zwischen den Menschenrechten und den Befreiungsbewegungen hat die Kirchen veranlaßt, nicht nur Anteilnahme, Solidarität und Hilfe für die im Kampf stehenden Bewegungen zu zeigen, sondern sich verpflichtet zu fühlen, auch anderswo auf Benachteiligungen und Unterdrückungen zu achten und dies auch und gerade im eigenen Lande der sozialistischen DDR. Um der ökumenischen Glaubwürdigkeit der Solidarität der Kirchen mit den Befreiungsbewegungen wird es für notwendig erachtet, daß sich die Kirche auch zu Hause in der Lage sieht, Kritik zu üben 58.

So einfach läßt sich eine Gleichung: "Anti-Rassismus-Programm der Kirche = Politische Unterstützung der Befreiungsbewegungen durch die sozialistischen Länder' nicht aufstellen.

Das Eintreten der Kirchen in der DDR für die KSZE und den Frieden bedeutet nicht die kritiklose Übernahme des sozialistischen Friedensbegriffes mit seiner Formel von der friedlichen Koexistenz. Der sozialistische Friede schließt den antiimperialistischen Klassenkampf im internationalen Maßstab ein. Zu den Kampfformen gehören Begriffe wie: Unversöhnlichkeit, Feindschaft, Haß und Erziehung zum Haß u.a. Genau hier aber hört der Gleichschritt zwischen dem sozialistischen Staat und einer Kirche im Sozialismus auf. Der Unversöhnlichkeit im Denkschema des Klassenkampfes steht die Versöhnung im Denkschema des

55. Christoph Hinz, a.a.O.

^{54.} Fränkel vor der Görlitzer Synode, vgl. ena vom 14.4.1976.

^{56.} Schönherr: Welche unerledigten Aufgaben ergeben sich aus dem Stuttgarter Schuldbekenntnis? in: epd-Dok. 9/1976, S. 43ff. (45).

^{57.} Fränkel, a.a.O.

^{58.} Vgl. G. Krusche: Zum Sektionsthema V, in: Beiträge der ThSA Ökumene, C V S. 8.

Glaubens gegenüber. "Versöhnung hebt nicht einfach die Gegensätze, wohl aber

die Feinschaft in den Gegensätzen auf"60.

- Der letzte Hinweis von Seigewasser, die freundschaftlichen Beziehungen zur Russisch-Orthodoxen Kirche sorgfältig zu pflegen, ist möglicherweise ein Hinweis auf die politische Freundschaft zwischen der DDR und der UdSSR. Wird hier eine Entsprechung im kirchlichen Bereich gefordert? Soll dem Bruderbund zwischen den Staaten eine ökumenische Freundschaft zwischen den Kirchen in diesen Staaten folgen? Die sozialistische Staatengemeinschaft ist den Prinzipien des sozialistischen bzw. proletarischen Internationalismus verpflichtet 61. Der "entscheidende Prüfstein" für das richtige politische Verhalten im Rahmen des proletarischen Internationalismus ist das Verhältnis der sozialistischen Staaten zur Sowjetunion mit einer besonderen Treueverpflichtung, aus der die auch im sozialistischen Lager umstrittene eingeschränkte Souveränität der Gliedstaaten entwickelt worden war. Mit den Prinzipien soll die Einheit im sozialistischen Lager stabil gehalten werden. Dem Ziel dient die Koordinierung der Politik in kollektiven oder bilateralen Beratungen u.a. Sollen die Kirchen in den sozialistischen Staaten nun auch zu einer gewissen Einheit geführt werden und diese in kollektiven und bilateralen Gesprächen abstimmen? Und soll es hier auch eine Führungsposition der Russisch-Orthodoxen Kirche geben? Anzeichen für staatliche Versuche, der Kirche in der DDR diesen Weg als den richtigen zu zeigen, könnte in der "Ökumenischen Konsultation von führenden Vertretern in sozialistischen Ländern lebender Mitgliedskirchen des ÖRK" in Budapest zu sehen sein.

c) Ökumenische Tagungen/Begegnungen/Konsultationen

Die herausragenden ökumenischen Ereignisse waren 1975 für die Kirchen der DDR eine KEK-Tagung in Buckow/DDR und die V. Vollversammlung des ÖRK in Nairobi. Die Thematik dieser Tagungen, aber auch anderer ökumenischer Begegnungen, stand unter dem Zeichen der KSZE-Schlußakte und der hier angeschnittenen Probleme nach Frieden, Sicherheit, Abrüstung und der Verwirklichung von Menschenrechten, Innerhalb dieser Themenbereiche wurde immer wieder die Frage nach der Freiheit der Kirchen erörtert. Arbeitspapiere und Verlaufsprotokolle von Verhandlungen weisen dies deutlich aus. Die Frage nach der Freiheit der Kirchen war ebenso durch die Gesamtthematik der V. Vollversammlung des ÖRK (Jesus Christus befreit und ein) als auch durch den 30. Jahrestag des Kriegsendes (Tag der Befreiung) vorgegeben, der in der DDR nicht an den Kirchen vorbei "gefeiert" wurde. Die Kirchen hatten also Anlaß genug, über Religionsfreiheit und die "Befreiung der Kirchen" nachzudenken. Im folgenden werden Berichte, Texte und Überlegungen zu den wichtigsten ökumenischen Tagungen inner- und außerhalb der DDR vorgelegt, soweit sie für das kirchliche Leben in der DDR von Bedeutung sind.

^{60.} Werner Krusche.

^{61.} Vgl. Art. ,Proletarischer Internationalismus', in: Kleines politisches Wörterbuch, Dietz-Verlag Berlin (DDR) 1973; D. Meissner, in: ROW 1975, S. 1ff.

I. Die ökumenische Konsultation von Budapest

Auf sie wurde bereits oben hingewiesen. Sie fand in der Zeit vom 16. bis 17. Oktober 1975 statt und führte die etwas verschroben klingende Bezeichnung: "Ökumenische Konsultation von führenden Vertretern in sozialistischen Ländern lebender Mitgliedskirchen des ÖRK". Diese kompliziert klingende Konferenzbezeichnung hatte sozusagen ihre Geschichte. In ihr drücken sich Besorgnisse des Bundes aus, in einer nicht gewollten Weise auf einer kirchlichen Ebene politisch an die Kette gelegt zu werden. Der Bund aber achtet sorgfältig darauf, daß ökumenische Beziehungen auch zwischen den Kirchen in sozialistischen Ländern nicht in politische Bündnisse umfunktioniert werden. Dieser Gefahr wird um so sorgfältiger Beachtung geschenkt, je mehr die ökumenischen Partner zu politischen Ereignissen Stellung nehmen. In seiner Eigenschaft als Präsident des Ökumenischen Rates der Kirchen in Ungarn hatte Bischof Tibor Bartha Bischof Schönherr den Plan unterbreitet, auf einer ökumenischen Begegnung leitender Persönlichkeiten aus Kirchen sozialistischer Länder aktuelle Fragen des ökumenischen und internationalen Lebens zu erörtern. Er wies darauf hin, daß von einer solchen Begegnung Anstöße für die Einheit der Kirche und den Frieden der Welt ausgehen könnten. Es müsse eine selbstverständliche Bestrebung sein, daß die Kirchen, die ihren Dienst in der sozialistischen Gesellschaft erfüllen wollen, von Zeit zu Zeit ihre Erfahrungen und Erkenntnisse austauschen und ihren Standpunkt darlegen und beraten. Die Kirchen in der DDR zeigten zunächst eine gewisse Zurückhaltung. Sie wollten sichergestellt wissen, daß zu der Begegnung auch Vertreter des ÖRK geladen werden und daß es bei einem Meinungsaustausch bleibt und nicht zu Meinungsfestlegungen kommt und schließlich daß ausschließlich kirchliche Repräsentanten aus den beteiligten Kirchen entsandt werden. Diese Bedingungen zeigten die Besorgnis an, daß die geplante Begegnung ein Gefälle zu einer nicht gewünschten politischen Steuerung haben könnte. Dem Versuch einer "Gleichschaltung" der Kirchen in sozialistischen Ländern möchten die DDR-Kirchen widerstehen. Die Sorgen wurden behoben; die Tagung fand statt. Ein Bericht über die Tagung gibt über den Verlauf Auskunft.

BERICHT ÜBER DIE ÖKUMENISCHE KONSULTATION VON FÜHRENDEN VERTRETERN IN SOZIALISTISCHEN LÄNDERN LEBENDER MITGLIEDSKIRCHEN DES ÖRK VOM 16. BIS 17. OKTOBER 1975 IN BUDAPEST (AUSZUG)

Teilnehmer:

Delegierte (jeweils 3-6 Personen) von den Kirchen aus Bulgarien, DDR, Jugoslawien, Polen, Sowjetunion, Tschechoslowakei, Ungarn. Der ÖRK hatte Dr. Konrad Raiser als Beobachter entsandt. Dr. Toth (Generalsekretär der CFK) war als einer der Vertreter der ungarischen Kirchen anwesend.

1. Eröffnungsansprache (Bischof Dr. Bartha).

Das Programm war ganz auf eine gemeinsame Vorbereitung der Fünften Vollversammlung abgestimmt. Diese Vorbereitung geschah in vier Teilen:

Vortrag "Die Kirchen- und die Weltprobleme" (Metropolt Juvenalij).
 Vortrag "Das friedliche Zusammenleben in Europa und anderen Teilen der Welt" (János Nagy, Stellvertretender Außenminister der Ungarischen Volksrepublik).

Vortrag "Der Kampf der afrikanischen Staaten gegen Imperialismus und Neokolonialismus" (Robert, Garai, Stellvertretender Außenminister der Ungarischen Volksrepublik).

3. Überlegungen zu den Themen der Sektionen der Fünften Vollversammlung des ÖRK

zu Sektion 1 (Bischof D. Káldy, Ungarn),

zu Sektion 2 (Generalbischof Dr. Michalko, Tschechoslowakei)

zu Sektion 3 (OLKR v. Brück, DDR),

zu Sektion 4 (Prof. Dr. Benedyktowicz, Polen),

zu Sektion 5 (Dr. Bujavszkij, Sowjetunion), zu Sektion 6 (Prof. Dr. Sauer, Bulgarien).

4. Diskussion der Überlegungen und Schlußbesprechung.

Die Eröffnungsansprache von Bischof Dr. Bartha war wesentlich darauf ausgerichtet, im Zusammenhang mit den Vorbereitungsdokumenten des ÖRK für die Fünfte Vollversammlung die Frage nach dem Verhältnis der Kirchen in sozialistischen Ländern zum ÖRK und seiner Arbeit anzusprechen. Dr. Bartha griff dabei inhaltlich die Betonung der Relevanz des "Kontextes" für die Arbeit Kirchen in der theologischen Arbeit des ÖRK auf und bejahte die damit verbundene "Erkenntnis, daß es unerläßlich ist, daß die Christen einer Region ihre Ansichten untereinander zur Diskussion stellen: wie sie im gegebenen Kontext und unter den gegebenen Umständen ihre Berufung, ihr christliches Zeugnis und ihren im Namen Christi zu leistenden Dienst auffassen".

Allerdings, so betonte Dr. Bartha, ist "die tiefste Quelle unserer Gemeinschaft nicht der einzelne Kontext, sondern der eine Herr Jesus Christus". Dort liegt auch die eigentliche Quelle der Zusammenarbeit der Kirchen in sozialistischen Ländern, nicht in regionalen oder politischen Faktoren. Differenziert gesagt, bedeutet dies, daß die "gemeinsamen Bemühungen um ein neues Verständnis des Evangeliums Jesu Christi" die Erklärung dafür bieten, daß "es trotz Abweichungen in der Lehre, Verschiedenheiten der Organisation, unterschiedlicher Traditionen und Frömmigkeitsformen dennoch möglich ist, die Liebe und Treue zum Herrn Christus gemeinsam zum Ausdruck zu bringen und die Antwort auch weiter hin gemeinsam zu suchen auf die Frage, was der Herr heute sagt und was er von seinen Nachfolgern in unseren Tagen wünscht".

Im Blick auf das Verhältnis der Kirchen in sozialistischen Ländern zum ÖRK wies Dr. Barth darauf hin, daß sich der ÖRK den wirklich wesentlichen Fragen zugewandt habe, die heute von der Weltchristenheit im Hinblick auf ihre Weltverantwortung wahrgenommen werden müßten. Hier würden die Kirchen aus den sozialistischen Ländern nicht abseits stehen wollen, sondern sich voll engagieren. Damit sprach Dr. Bartha die Ansicht aus, daß sich das Verhältnis zum ÖRK eben wegen dieses Engagements in den wesentlichen Fragen wesentlich verbessert habe. Das läge auch daran, daß heute klar sei, daß der ÖRK sich als Vertreter aller Kirchen und nicht nur der Kirchen einer Hemisphäre verstehe. Die Kirchen in den sozialistischen Ländern gehen mit großen Erwartungen nach Nairobi und sind bereit, ihr Zeugnis in Wort und Tat dort in die Gemeinschaft der Weltchristenheit einzubringen.

Metropolit Juvenalij breitete in einem umfangreichen Referat die heutigen Weltprobleme und die damit zusammenhängende Verantwortung der Weltchristenheit aus für: Friede und Sicherheit, friedliche Koexistenz, Abrüstung, Krisenherde, Kampf gegen Kolonjalisierung

und Rassismus, ökologische Probleme.

Die beiden stellvertretenden Außenminister der VR Ungarn informierten über die KSZE und über die Situation in Afrika. In beiden Referaten wurde deutlich, wie eng die Probleme Europas mit den Problemen in den Entwicklungsländern zusammenhängen. Die Diskussion über diese Fragen war so intensiv, daß die Sitzung um eine Stunde verlängert werden mußte.

Die Konsultation beschäftigte sich dann intensiv mit der Arbeit der für die Fünfte Vollversammlung geplanten sechs Sektionen. In der Diskussion wurde deutlich, daß in einigen wesentlichen Fragen die Vertreter von Kirchen aus sozialistischen Ländern tatsächlich von ihrem Kontext her spezielle Gesichtspunkte einzubringen haben, z.B. dadurch, daß sie andern klarzumachen versuchen, daß christliche Existenz in offiziell-nichtchristlicher Gesellschaft möglich ist; daß es die Erfahrung dieser Kirchen ist, daß heute Gegensätze der Ideen (ideologische Gegensätze) nicht mit Gewalt ausgetragen werden müssen.

Hingewiesen wurde auch darauf, daß unsere Kirchen darauf hinwirken müßten, zu über-

legen, wie den Entwicklungsländern wirksam geholfen werden kann.

In der Schlußsitzung informierte Dr. Raiser über die geplante Fünfte Vollversammlung. Der größte Teil der Delegierten nimmt erstmals an einer Vollversammlung teil. Daher kann zur Zeit noch gar nicht genau gesagt werden, wo die Schwerpunkte liegen werden. Doch gerade aus einer solchen Ausgangsposition heraus wird eine wirkliche Begegnung geschehen können. Die Weltprobleme werden ganz wesentlich zur Sprache kommen, vor allem aber werden die Kirchen sich gegenseitig ihr ökumenisches Miteinander bekräftigen. Die Vollversammlung wird zu sehen sein als

1. eine Art ökumenischer Kirchentag (alle Veranstaltungen werden als Gottesdienst angesehen; vielseitige Praxis von christlicher Bruderschaft)

2. eine Art Konferenz, in der es um wesentliche Sachfragen geht

3. eine Art Synode (Kirchen, die sich zusammengefunden haben, brauchen ein repräsen-

tatives Organ, das auch Beschlüsse fassen kann).

Zur Frage, was speziell auf die Delegierten aus den Kirchen aus sozialistischen Ländern zukommt, führte Dr. Raiser aus, daß auch diese Delegierten für die anderen Kontinente aus
dem kritisch betrachteten Europa kommen. Man wird offen zuhören, wenn die Delegierten
ein Zeugnis nach Nairobi bringen, wenn sie erklären, wie es in ihren Kirchen aussieht. Man
wird sehr hellhörig sein, wenn sie aus ihrer speziellen Situation etwas zu den ausstehenden
Fragen, z.B. zur Qualität des geistlichen Lebens, sagen. Man sollte aber auch alles vermeiden, was so wirken könnte, als gäbe es noch immer Lehrmeister aus Europa.

In der sich daran anschließenden Diskussion ging es dann um die Frage, wo die Spezifika der Situation in den sozialistischen Ländern liegen und wie diese ins Gespräch in Nairobi eingebracht werden könnten. Etwas strittig war dabei die Frage, wieweit man kritische

Punkte auch außerhalb des eigenen Kontextes aussprechen sollte.

Alle Delegationen bekräftigten, daß sie sehr dankbar wären für die Diskussion und die Möglichkeit, sich auf dem Wege nach Nairobi in dieser Weise "gemeinsam unterwegs" zu treffen.

Im Zusammenhang mit einem Empfang des ÖRK der Kirchen Ungarns am Schluß der Begegnung dankte der Delegationsleiter der DDR-Kirchenvertreter, OLKR v. Brück für diese Tage der Begegnung und regte an, eine weitere Begegnung nach Nairobi durchzuführen, um die dort verhandelten Probleme theologisch weiter zu bearbeiten. Die DDR-Kirchen würden sich dabei um die Einladung zu einer solchen Begegnung bewerben.

Schlußbemerkung: Die Vertreter der DDR-Kirchen waren darin einig, daß es gut war, daß sich dieses Mal die DDR-Kirchen beteiligt hatten. Die Begegnung war sowohl von ihrem Inhalt als auch von den Möglichkeiten der Begegnung zwischen Vertretern verschiedener Kirchen her lohnend.

II. Konsultation der Konferenz Europäischer Kirchen (KEK)

Zum Thema "Die KSZE und die Kirchen" vom 27. bis 31. Oktober 1975
in Buckow/DDR⁶²

Über die Konsultation hat der Bund einen Bericht erarbeiten lassen und diesen den Gliedkirchen und ökumenisch interssierten Gruppen, Arbeitskreisen und Personen zugeschickt. Dem Bericht waren das Referat von Prof. Dr. Hans Ruh, die Ansprache von Bischof Krusche im Eröffnungsgottesdienst und weitere Materialien beigefügt. Auf diese Weise sorgte der Bund dafür, daß die Tagung auch in den Gemeinden bekannt wurde und an Hand der wichtigsten Texte diskutiert und reflektiert werden konnte.

Niemandem konnte verborgen bleiben, daß die Tagung der KEK ein hochpolitisches Unternehmen war, dem die DDR hohe Beachtung schenkte. Das

^{62.} Die Ansprachen, Referate und Arbeitsergebnisse sind dokumentiert in: Studienheft Nr. 7 der KEK 1976.

Ost-West-Spiel mit all seinen spannungsreichen Gegensätzen fand seinen Niederschlag in den Vorbereitungen, in den Verhandlungen und in Veranstaltungen am Rande. Mit Erstaunen und kritischer Verwunderung stellte man (im Westen) fest, daß Bischof Werner Krusche an der Vorbereitung der Konsultation nicht beteiligt worden war, obwohl er Sitz und Stimme im Präsidium der KEK hatte. Zwar übertrug man ihm die Aufgabe, im Eröffnungsgottesdienst eine Ansprache zu halten. Den Vorsitz während der Verhandlungen aber bot man ihm nicht an (wohl aber Bischof Schönherr, der nicht Mitglied des Präsidiums der KEK war). Solche formalen Mängel waren sicher keine zufälligen oder organisatorischen Pannen, sondern politische Entscheidungen, die auf die DDR Rücksicht nehmen sollten und dem ramponierten Ansehen des Bischofs Krusche in der DDR Rechnung trugen. Auch die Behandlung der von der EKD entsandten Teilnehmer zur Tagung kann nicht als zufällig eingestuft werden. Sie selbst jedenfalls haben es nicht so empfunden. Unter "den aus Platzmangel nicht geladenen Delegierten beim Empfang des Staatssekretärs für Kirchenfragen" befanden sich natürlich auch die EKD-Vertreter. Und der Besuch einer Gemeinde in Potsdam von Delegierten konnte entgegen ursprünglicher Planungen und vorliegender Anmeldungen nicht von allen Interessierten, sondern nur von einer kleinen Gruppe wahrgenommen werden. Zu dieser Gruppe zählte wieder kein Delegierter aus der Bundesrepublik. Auch das Geplänkel am Rande über die Zahl der Delegierten und die Zahl der Länder, aus denen die Delegierten kamen, hatte politisches Gewicht. Während das Kommuniqué z.B. über 70 Delegierte aus 14 Ländern meldete. zählte der Kommentar in der NZ vom 6.11.1975 15 Länder. Im Bericht des Bundes sind es 54 Delegierte aus 13 Ländern, nach einem Bericht eines Teilnehmers aus der Bundesrepublik waren es 55 Delegierte. Natürlich war das Berlin-Problem der Hintergrund für das komplizierte Zahlenspiel. In den Verhandlungen machte sich die überstarke Repräsentanz der Delegierten aus sozialistischen Ländern ebenso bemerkbar wie eine starke Bereitschaft, sich auf Formeln der sozialistischen Außenpolitik bei der Interpretation der KSZE-Beschlüsse einzulassen. Es bedurfte einiger Anstrengungen der westlichen Teilnehmer, um zu verhindern, daß die Konsultation zu einem Propagandastück des Sozialismus wurde.

In dem vom Bund verschickten Bericht werden all diese Probleme nicht im Klartext vorgetragen: sie klingen aber an 62a. Für einen westlichen Leser hat der Bericht die Spannungen am Rande als unwesentlich vermerkt. Die Menschen in der DDR sind es gewohnt, auf Randnotizen und Zwischentöne zu achten. Ihnen vermittelt der Bericht darum gerade auch zwischen den Zeilen Informationen über den Grad der Schwierigkeiten des Verhandlungsverlaufs und der Verhandlungsergebnisse. Es sei noch vermerkt, daß der Bericht als die wichtigsten Dokumente der Tagung die Ansprache von Bischof Krusche und das Referat von Prof. Ruh herausgehoben hat.

⁶²a. Der Bericht ist in der DDR vervielfältigt und interessierten Persönlichkeiten vorgelegt worden.

KONFERENZ ÜBER DIE KONSULTATION DER KONFERENZ EUROPÄISCHER KIRCHEN (KEK) ZUM THEMA "DIE KSZE UND DIE KIRCHEN" VOM 27. BIS 31. OKTOBER 1975 IN BUCKOW/DDR (AUSZUG)

6.5 Sachlicher Ertrag

6.5.1 Allgemeine Einschätzung

Beim Versuch einer Gesamteinschätzung der Konsultation und ihrer Ergebnisse ragen folgende Punkte aus dem Ablauf der Arbeit heraus: Die Ansprache von Bischof Dr. Krusche im Eröffnungsgottesdienst, das bereits erwähnte Referat von Prof. Dr. Ruh, die Arbeit der Gruppen und die Empfehlungen.

Bischof Dr. Kursche hat in seiner Ansprache zu Beginn konkrete Gesichtspunkte für eine fruchtbringende Auseinandersetzung der Kirchen mit den KSZE-Ergebnissen genannt. Da die Auseinandersetzung auf der Konsultation nur ansatzweise in Gang gekommen ist, behalten diese Gesichtspunkte für die weitere Beschäftigung der Kirchen mit der KSZE ihre Bedeutung.

Das Referat von Prof. Ruh hat eine Problemdiskussion angestoßen, die über eine bloße Würdigung der Helsinki-Beschlüsse weit hinausgeht. Es hat gezeigt, wo für die Kirchen von ihren spezifischen Voraussetzungen aus die relevanten Probleme bei der Auseinandersetzung mit den KSZE-Beschlüssen liegen und welches Maß an intensiver Denkarbeit auf diesem Feld noch zu leisten ist. Die Konsultation war nicht in der Lage, diese Anstöße in der für das Referat kennzeichnenden Ansatzhöhe des Problembewußtseins in das vorgezeichnete Konzept der vier Arbeitsgruppen zu integrieren. Damit bleibt auch hier ein Überschuß unbewältigter Probleme zurück.

Hervorzuheben ist die konstruktive und im wesentlichen streng sachbezogene Arbeit in den vier Gruppen. Die Teilnehmer waren bemüht, im Bereich ihrer Aufgabenstellung zu gemeinsamen Ergebnissen zu kommen. Der Katalog der Empfehlungen spiegelt das in den Gruppen Erreichte wider. Er läßt erkennen, was den Kirchen derzeit auf dem Gebiet konkreter Friedensverantwortung, in Bewußtseinsbildung und Aktion zugemutet werden kann. Der Wert der Empfehlungen liegt für die Konsultation nicht allein in der jeweiligen Sachaussage. Er wird erst sichtbar, wenn man bedenkt, daß sie das Ergebnis eines Gespräches zwischen Vertretern verschiedenster kirchlicher und theologischer Tradition sind und daher bereits ein Stück "Frieden im Prozeß" darstellen. Wenn die Ergebnisse von allen beteiligten Kirchen akzeptiert und wenigstens ansatzweise umgesetzt werden, hat die Konsultation ein wichtiges Ziel erreicht.

6.5.2 Inhaltliche Gesichtspunkte und offene Fragen

In den Plenardiskussionen und Arbeitsgruppen der Konsultation sind einzelne Aspekte der KSZE-Problematik besonders hervorgehoben, während andere kaum oder gar nicht in das Blickfeld der Teilnehmer geraten sind.

Auf dem Hintergrund einer grundsätzlich positiven Würdigung der Schlußakte und dem Bestreben, alles den Kirchen Mögliche zur ihrer Verwirklichung zu tun, lassen sich an Verlauf und Ergebnissen der Konsultation die folgenden übereinstimmenden Überzeugungen ablesen:

- (1) Die Schlußakte insgesamt als auch die 10 Prinzipien der friedlichen Koexistenz bilden eine unteilbare Einheit. Jedes Prinzip muß im Lichte aller anderen Prinzipien interpretiert werden
- (2) Mit Prinzip VII kommt in den Beziehungen der europäischen Staaten zueinander ein neues qualitatives Element zum Tragen. Mit ihm wird die "Sicherheit des menschlichen Lebens" (KEK-Seminar 1973) zum Maßstab und zur kritischen Instanz für alle politischen und minoritärischen Sicherheitsbemühungen.
 - (3) Abrüstung muß wesentliche Folge der politischen Entspannung sein.
- (4) Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa dürfen nicht zu einer Gefährdung für Sicherheit und Entwicklung der jungen Nationalstaaten in der Dritten Welt werden. Auf der anderen Seite ließ die Konsultation manche Fragen offen, denen sich gerade die Kirchen nach Helsinki zu stellen hätten.

(5) Eine kritische sachliche Auseinandersetzung mit den Aussagen der Schlußakte erfolgt

(6) Der Zukunftsaspekt der Helsinki-Beschlüsse ist nicht genügend deutlich herausgearbeitet worden: Welcher Trend auf eine neue europäische Ordnung zu ist mit der KSZE manifest geworden und was können Kirchen zur Unterstützung dieses Trends beitragen?

(7) Das spannungsreiche Verhältnis von Prinzip VI zu Prinzip VII des ersten Teils der Schlußakte sollte ausführlich untersucht werden, da in diesem Punkt ein Schlüsselprobel für

die Verwirklichung der KSZE-Beschlüsse liegt.

(8) Das zentrale Problem der bestehenden "Rahmenbedingungen" (vgl. Referat von Prof. Ruh) und die Frage ihrer Veränderbarkeit durch die Kirchen wurde nicht ausreichend reflektiert

(9) Unbeantwortet blieb die Frage, mit welcher 'Sprache' die Kirchen sich über bestehende Grenzen hinweg gegenseitig 'prophetisch' anreden können, ohne sich dem Verdacht der

Einmischung in innere Angelegenheiten' auszusetzen.

(10) Die Konsultation hat sich an keiner Stelle expressis verbis zum Komplex der humanitären Fragen (Teil III) in der Schlußakte von Helsinki geäußert.

III. Zweites Forum der Vertreter der Europäischen Öffentlichkeit für Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa (26. bis 29. April 1975 Lüttich)

Dieses Forum war keine kirchlich-ökumenische Veranstaltung aber wurde auch von Kirchen und ökumenischen Gremien beschickt. Auch der Bund war vertreten, genauer gesagt: die DDR hatte eine 18köpfige Delegation entsandt. Darunter befand sich ein Delegierter, Dr. Günter Krusche, der vom Bund der Evangelischen Kirchen in der DDR für die DDR-Delegation benannt war. Die praktische Zusammenarbeit geht hier - wie schon 1973 auf der Weltfriedenskonferenz in Moskau⁶³ – zwischen Christen (Kirche) und Sozialisten (Staat) also so weit, daß kirchliche Vertreter in eine staatliche Delegation eingegliedert werden. Natürlich wissen die Kirchen in der DDR und weiß der Bund, daß solche Grenzverwischungen nicht unproblematisch sind. In der Beteiligung von kirchlichen Vertretern an internationalen Tagungen innerhalb einer staatlichen DDR-Delegation kann aber auch die Chance liegen, kirchliche Vorstellungen zur Geltung zu bringen. Der Staat will es natürlich umgekehrt: die kirchlichen Vertreter sollen als "Transmissionsriemen" sozialistischer Interessen sowohl auf den Tagungen als dann auch zu Hause in ihren Kirchen und Gemeinden wirken. Gefahr und Chance - unter diesem Aspekt verdient der Bericht über das Forum Beachtung 64.

DER DIALOG GEHT WEITER

Zweites Forum der Vertreter der europäischen Öffentlichkeit für Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa, Bericht (Auszug)

Die Zusammenarbeit der Teilnehmer (Vertreter aus 30 europäischen Ländern sowie von 47 internationalen Organisationen) spiegelt das Fortschreiten des Entspannungsprozesses in Europa wider. Obwohl die Zahl der Teilnehmer kleiner als 1972 war (offenbar auch

^{63.} Vgl. KJ 1973, S. 191ff.

^{64.} Der Bericht wurde an ökumenisch interessierte Personen in der DDR versandt.

hier eine Folge des knappgewordenen Geldes), war das Spektrum der vertretenen politischen Meinungen, Parteien und Organisationen breiter als beim 1. Forum. So waren die politischen Parteien Belgiens fast ausnahmslos vertreten, die Labour-Party Großbritanniens hatte Vertreter entsandt, auch bürgerliche Friedensorganisationen und -institute (so das Internationale Institut für den Frieden in Wien) und namhafte Einzelpersönlichkeiten (wie der Friedens-Nobelpreisträger 1974, Seab Mc Bride) kamen zu Wort. Die Delegationen aus den sozialistischen Staaten waren in ihrer Zusammensetzung freilich stärker repräsentativ für die gesellschaftliche Öffentlichkeit im ganzen, während die Gruppen aus den nichtsozialistischen Ländern stärker von persönlichen Initiativen der Teilnehmer bestimmt waren. Auch kirchliche Organisationen (im Status nichtsaatlicher internationaler Organisationen) waren diesmal stärker offiziell vertreten als 1972. In den Repräsentanten des Ökumenischen Rates der Kirchen und der Konferenz Europäischer Kirchen begegnete man guten Bekannten aus der Ökumene. Ebenso ging es mit Vertretern der CFK und der Berliner Konferenz. Ich nahm im Auftrag des Bundes der Evangelischen Kirchen in der DDR an diesem Forum teil und war darum Mitglied der offiziellen DDR-Delegation, die aus 18 Mitgliedern bestand, Vertretern der Blockparteien und Massenorganisationen, Journalisten und Künstlern. Die ausgesprochen partnerschaftliche und sachbezogene Arbeit in diesem Kreis von Delegierten, der auch im Verlauf des Forums persönlichen Kontakt pflegte, hat mir sehr gefallen. So ähnlich stelle ich mir verantwortliche Zusammenarbeit von Christen und Nichtchristen auf der Basis von Gleichberechtigung und Kompetenz vor. Demzufolge funktionierte auch die Kommunikation und das Zusammenspiel während der Tagung und vor allem in den einzelnen Kommissionen.

Wenn ich die Beratungen charakterisieren soll, dann möchte ich den breiten Konsensus der Beteiligten in den Grundfragen der politischen Zukunft Europas als das hervortretende Merkmal dieses 2. Forums bezeichnen. Natürlich ist diese Übereinstimmung, wie bei derartigen Konferenzen überhaupt, durch einen gewissen Grad an Allgemeinheit erkauft. Ich könnte mir vorstellen, daß bei intensiver Diskussion mancher Dissensus hervorgetreten wäre. In der Frage der Gestaltung politischer oder gesellschaftlicher Verhältnisse, in der Beurteilung des vorhandenen Rüstungspotentials und auch in der Bestimmung des Verhältnisses von Europa und der sog. "Dritten Welt" gibt es noch tiefgreifende Differenzen, die zwar manchmal anklagen, aber zu ihrer Aufarbeitung geduldiger Klärung bedurft hätten.

Dennoch bedeutet der positive Verlauf des Forums eine Ermutigung und Stärkung für alle diejenigen, die für den Frieden arbeiten und wissen, daß die Arbeit für den Frieden nur Fortschritte machen kann, wenn der Friede in Europa erhalten bleibt und die Kriegsgefahr immer mehr eingedämmt wird. Deshalb war von der Unumkehrbarkeit des Entspannungsprozesses viel die Rede. Der Verlauf der Konferenz gab ein Beispiel für friedliche Koexistenz und Kooperation. Deshalb stimme ich dem Generalsekretär des DDR-Komitees für europäische Sicherheit, Prof. Stefan Doernberg, gern zu, wenn er bei der Auswertung dieses Forum ein "sehr wichtiges Ereignis" im Kampf für den Frieden in Europa genannt hat.

Nun wird es darauf ankommen, daß die Impulse nicht versanden!

d) Nairobi – V. Vollversammlung des ÖRK (23.11. bis 10.12.1975)

Die V. Vollversammlung des ÖRK in Nairobi wurde in den Kirchen der DDR ebenso gründlich vorbereitet wie im Anschluß an die Tagung nachgearbeitet. Daß die Teilnehmer (24 Vertreter der DDR-Kirchen und 12 Teilnehmer des Bundes 65) mit der Thematik und dem Vorbereitungsmaterial vertraut gemacht

^{65.} Vgl. Meldung des epd vom 18.11.1975.

wurden, versteht sich von selbst, wie auch die politische Begleitmusik. Der Staat hatte ein großes Interesse an dieser internationalen Veranstaltung. Das zeigte sich nicht nur in der zahlenmäßig starken Präsenz von Presseorganen in Nairobi, sondern auch beim Aufbruch der Delegation. Der Staatssekretär für Kirchenfragen gab vor der Abreise einen Empfang, der den politischen Rang der ökumenischen Veranstaltung unterstrich. Die Reiseroute der DDR-Delegation mußte über Moskau gewählt werden, von wo aus sie zusammen mit der Delegation der Russisch-Orthodoxen Kirche weiterreiste. Sicher ist dieser Reiseweg kein Zufall - ursprünglich war er anders geplant. Die Vorbereitung der kirchlichen Delegation wurde mit Sorgfalt betrieben, die staatlichen Steuerungen gelassen hingenommen. Für den Bund lag der Schwerpunkt seiner Arbeiten auf dem Versuch, die Kirchen und Gemeinden in umfassender Weise an dem ökumenischen Ereignis von Nairobi teilnehmen zu lassen. Dazu wurden Materialien zur Vorbereitung für die Gemeinden bereitgestellt und die Anregung aufgenommen, die für 1976/77 geplanten Gemeindeseminare unter das Thema von Nairobi zu stellen. Dem Bund war bei seinen Bemühungen klar, daß er nur dann auf eine Breitenwirkung hoffen konnte, wenn es ihm gelang, in seinen angebotenen Arbeitsmaterialien eine Brücke von Nairobi zur DDR zu schlagen. Darum mußten sich die Materialien besonders der Frage stellen: Nairobi und wir. Damit wurde zugleich eine Intention des ÖRK aufgenommen, der gerade diese Beziehung zwischen dem Thema von Nairobi und der Kirche am Ort wünschte.

"Jede Kirche soll von ihrem eigenen Kontext her zum Gespräch in den Sektionen beitragen und damit die Ergebnisse der Sektionen bearbeiten. Dazu ist es wichtig, daß wir die Themen der Sektionen mit unserem eigenen so oder so gearteten Leben und Denken als Christen, Gemeinden und Kirchen in Verbindung bringen. Wir möchten, daß auch Sie sich an diesem Vorgang beteiligen. Als Anregung und Orientierungshilfe für Ihre eigene Arbeit haben wir Beiträge aus der DDR zusammengestellt, in denen überlegt wird, was bei den Themen von Nairobi für unsere Gemeinden wichtig ist und von und her in das Gespräch über diese Themen eingebracht werden sollte."66

Für die Kirchen, Gemeinden und Christen standen als Informations- und Arbeitshilfen folgende Materialien in der DDR zur Verfügung:

Nairobi 1975: Jesus Christus befreit und eint, Vorbereitungshilfe zur V. Vollversammlung des ÖRK. EVA Berlin 1975 (zu beziehen über die Landeskirchen).

 Mitteilung des Bundes der Evangelischen Kirchen in der DDR Nr. 4/75 S. 43-48: Bußtagsmeditation (Dr. Forck).

 Zeichen der Zeit: ab Heft 4/1 975 (Aufsätze und Auszüge aus den Dossiers für die Sektionen).

- Die kirchlichen Zeitungen berichten seit einigen Monaten regelmäßig.

 Auszüge aus den Dossiers zu den 6 Sektionen als Vervielfältigung der Theologischen Studienabteilung des Bundes der Evangelischen Kirchen in der DDR.

 Vorbereitungsmaterial (Beiträge aus der DDR) für die 6 Sektionen in: "Beiträge C Ökumene 1-6", herausgegeben von der Theologischen Studienabteilung des Bundes der Evangelischen Kirchen in der DDR⁶⁷.

Eine besondere Beachtung verdienen die sechs Vorbereitungshefte der Theolo-

^{66.} Vorbemerkung in den Beiträgen Ökumene C1-6.

^{67.} Information des Bundes der Evangelischen Kirchen in der DDR vom 30.10.1975, "Nairobi 1975". Material zur Fürbitte (vervielfältigter Text SD ...).

gischen Studienabteilung 68. Jedes Heft bearbeitet eins der sechs Sektionsthemen. Das Schema ist immer das gleiche:

- Hinweis auf allgemeines Vorbereitungsmaterial zur Vollversammlung

 Darstellung der bisherigen ökumenischen Diskussion zum Themenbereich der Sektion.

 Überlegungen, Thesen, Skizzen, Ausführungen von Einzelpersonen oder Gruppen (Gemeindegruppen, Dozentengruppen u.a.) zum Themenbereich unter besonderer Berücksichtigung der Situation der Kirchen in der DDR.

Die Bedeutung dieser Vorbereitungshefte kann kaum unterschätzt werden. Das beginnt schon bei der Überlegung, daß sie jedermann in der DDR zur Verfügung standen. Angesichts der Schwierigkeiten auf dem Gebiet des Drucks, der Beschaffung und Einfuhr theologischer Literatur hat hier der Bund den Gliedkirchen, Gemeinden, kirchlichen Mitarbeitern und Christen eine entscheidende Hilfe angeboten. Inhaltlich bieten die Beiträge ein breites Spektrum verschiedener Themen. Die Verfasser garantieren Pluralität. Ihre Analysen und Lösungsvorschläge sind nur selten deckungsgleich. Die Vielfalt der Meinungen in einer solchen Breite und Spannung in einem von der einen Kirche verantworteten Heft anzubieten, bedeutet Mut in einem doppelten Sinn: Kann eine Kirche eine solche Pluralität hinnehmen, ohne ihre Gemeinschaft zu gefährden? Und wie werden die staatlichen Stellen reagieren, die mit der ihnen gewohnten Sorgfalt jeden Satz lesen und abwägen. Diese Frage stellt sich besonders, weil in den Beiträgen das Verhältnis Staat-Kirche kritisch, zum Teil sehr kritisch beleuchtet wird. Man kann sich nur wundern und freuen, daß diese Beiträge der ThSA in der sozialistischen DDR nicht gestoppt worden sind, sondern den Interessenten zur Verfügung gestellt werden konnten. Und man muß hinzufügen; hier wird den Kirchen in der DDR in einer für sozialistische Staaten ungewöhnlichen Weise ein Stück Freiheit der Meinungsbildung und Meinungsäußerung eingeräumt. Noch vor wenigen Jahren wäre dies in der DDR noch genauso unmöglich gewesen, wie es heute noch in der UdSSR und in anderen sozialistischen Staaten unmöglich ist. Die Kirchen registrierten dann auch den ihnen hier eingeräumten Freiraum mit Dankbarkeit aber ohne Unterwürfigkeit. Das theologische und politische Gewicht der Beiträge verdient eine ausführlichere Darstellung, zumal nur wenige der Beiträge in Zeitschriften der westlichen Ökumene oder in Sonderdrucken erschienen sind 69.

(1) Beiträge der ThSA C 1 Ökumene (Sektion 1)

- Eine Gruppe in Potsdam

Hier spricht eine Gruppe von unbekannten Christen und Gemeindegliedern, die sicher nicht aus Angst in der Anonymität bleiben, sondern ihre Namen nicht nennen, weil sie keine Bedeutung haben. Gerade dies macht den Beitrag interessant. Mit ihm kommt die kirchliche Basis zu Wort. Der Beitrag zeichnet sich durch eine klare Beschreibung der Situation der Kirchen in der DDR aus und zeigt einen Respekt vor der sozialistischen Hoffnung auf eine

68. Beiträge C1-C6 Ökumene, Oktober/November 1975.

^{69.} Im folgenden wird nur jeweils auf den Teil 2 der Hefte eingegangen, in dem DDR-Verfasser zu dem Sektionsthema aus ihrer DDR-Situation etwas aussagen.

neue Welt und einen neuen Menschen. Die Verfasser bekennen einen Glauben, der sich nicht scheut, auf sein Unvermögen, sein "ich kann nicht" einzugehen, aber nur um so überzeugender das "ich kann" zu formulieren. "Wir reden von Gott mehr durch unsere Taten als mit Worten." Wir sehen die hoffnungsvolle Arbeit der Gesellschaft "ohne die Sorge, daß Gott arbeitslos wird". Wir müssen "oft provokativ sein, aber ohne "hämische Besserwisserei"." Wir können es nicht unterlassen, "alle Übel, unter denen Menschen leiden müssen, zu nennen und hoffnungsvoll aufzuarbeiten".

(Auszug)

Teil 2: Beiträge zur Studie "Rechenschaft über die Hoffnung, die in uns ist"

1. Situation unseres Bekennens. Beschreibung der Situation.

1. Wenn wir aufgefordert sind, Auskunft zu geben von dem Glauben und der Hoffnung, die uns Christen bestimmen und leiten, dann begegnet uns am häufigsten ein allgemeiner Materialismus, der einmal ganz praktischer Art ist und sich auf ein möglichst sicheres und erfolgreiches Fortkommen des einzelnen richtet, der aber auch den Bereich des Erkennens betrifft und dann als "Wissenschaftsgläubigkeit" bezeichnet werden kann: wirklich ist nur, was sich wissenschaftlich nachweisen, analysieren und erklären und dadurch auch beherrschen läßt. Es scheint ausgemacht, daß der christliche Glaube zu diesem Wissenschaftsdenken in Gegensatz steht und zu dem Problem und Herausforderungen, die das moderne von Wissenschaft und Technik geprägte Leben an uns stellt, nichts zu sagen hat. Dieser allgemeine Materialismus begegnet uns immer wieder, nur selten ein spezieller dialektischer Materialismus.

Wir leiden darunter, daß wir und unsere Kirchen nur schwer verdeutlichen können, wie der christliche Glaube das Leben in der technischen Welt bestimmt und was er für diese Welt,

in der Menschen ihre Kraft und Leistungsstärke erfahren, bedeutet.

2. Gleichzeitig erfahren wir, daß es viele persönliche Lebensfragen gibt, die dazu führen, daß auch wir Christen gefragt werden, ob wir etwas wüßten, was in diesen Problemen und Fragen helfen kann: das sind Probleme des Krankseins, des Alterns, des Sterbens, der Erziehung, der Erfolglosigkeit und des Versagens.

Wenn wir ausdrücklich gefragt werden, dann sind es meist solche "Grenzsituationen". Wir wollen nicht auf Schwachheit und Versagen des Menschen hinweisen als Beweis dafür, daß der Mensch doch Gott zur Lebensbewältigung nötig hat. Aber wir denken doch, daß wir sagen sollten, daß unser Glaube eine Lebenshilfe ist, eine bessere Möglichkeit des Lebens. Wenn uns das gelingt, dann können wir auch für die christliche Überlieferung eher Verständnis wecken.

3. Wir begegnen einmal Menschen, die sich vom christlichen Glauben entfernt haben aus vielerlei Gründen: die christliche Sprache erscheint ihnen fremd, als leere Formel; die christliche Lehre begegnet ihnen als Gegensatz zum wissenschaftlichen Denken; oder die Lebensformen der Kirchen, die Lebensführung der Christen hat sie enttäuscht.

Wir begegnen aber auch, zunehmend in der jüngeren Generation, Menschen, die mit dem christlichen Glauben und christlicher Tradition gar keine persönliche Berührung hatten und ihn nur aus der kritischen Beurteilung durch andere, etwa durch den Marxismus kennen und dann einfach nach anderer, originaler Information fragen.

4. Wie sollen wir uns angesichts dieser Situation verhalten? Wir haben starke Vorbehalte gegen einen missionarischen Aktivismus, der mit der Tür ins Haus fällt und das Wort ergreift, wenn er gar nicht danach gefragt ist. Es sollte vielmehr unsere Art zu leben Anstoß für unser Wortzeugnis sein. Wo christliches Leben provozierend wirkt, da werden wir auch nach unserem Glauben gefragt.

Christlicher Glaube an Gott.

- 2. Dieser Glaube bestimmt unser Verhalten im und zum modernen Weltverständnis.
- 2.1 Die Welt, in der wir leben, ist historisch geworden und wird auch in Zukunft sich ständig verändern. Hinter dem Weltverständnis des modernen Menschen, das wir in der

Situationsbeschreibung als "Wissenschaftsgläubigkeit" und "allgemeinen Materialismus" bezeichnet haben, steht eine große Hoffnung auf eine neue Gesellschaft ("Kommunismus" – oder einfach Orientierung am Lebensstandard der westlichen Industrienationen) und einen neuen Menschen ("die harmonisch und allseitig entfaltete sozialistische Persönlichkeit" oder einfach der "glückliche Mensch, der in Wohlstand und Frieden lebt".).

Das Anliegen des modernen Atheismus (marxistischer oder praktischer Art) ist in erster Linie nicht so sehr eine Verneinung Gottes, sondern positiv eine radikale Bejahung des Menschen und seiner Zukunft. Doch ist unsere moderne Welt nicht nur fähig zum Besten sondern auch zum Schlimmsten (Atomkraft und -bombe/Frieden und Krieg/Zusammenarbeit und Abgrenzung). Diese gesellschaftliche Schwäche unserer Welt greift zerstörerisch in das Leben vieler Menschen ein, die unter dieser Schwäche leiden müssen, ihre Opfer werden. Jeder kennt aber auch persönliche Probleme (Krankheit, Ehefragen, Verlust geliebter Menschen).

2.2 Wir Christen stehen nicht außerhalb dieser Welt. Wir gehören dazu. Wir hoffen ebenfalls auf ein Neuwerden dieser Erde und des Menschen und halten an der Gemeinsamkeit dieser Hoffnung mit Nichtchristen fest, auch wenn diese uns die Gemeinschaft verweigern und unseren Glauben in einen privaten Ghettobereich verweisen wollen. Unsere Hoffnung für diese Welt ergibt sich aus dem Bewußtsein, daß Gott die Welt liebt: Er hat sich mit Jesus den Menschen ganz ausgeliefert bis zur Hinrichtung am Kreuz. Darum ist unsere Welt nicht unseren Unzulänglichkeiten ausgeliefert. Wir wissen, daß sich diese Hoffnung nicht automatisch realisiert ("Gott wird es schon machen"), sondern unsere freie Entscheidung für eine bewußte Mitarbeit fordert ("Gott braucht Menschen"). Wir können die Welt mit ihren hoffnungsvollen Perspektiven und ihren Schwächen bejahen und müssen uns für die Zukunft aller Menschen einsetzen und engagieren. Wir müßten mit unseren Kirchen Zeichen und Werkzeug für die Einheit der ganzen Menschheit in der Zukunft sein.

2.3 Die Kraft dieser Hoffnung äußert sich mehr in unserem Verhalten als im bloßen

Reden. Wir reden von Gott mehr durch unsere Taten als mit Worten.

2.3.1 Um der Hoffnung willen, die wir durch Jesus aus dem Glauben an Gott haben, sehen wir die hoffnungsvolle Arbeit der Gesellschaft ohne die Sorge, daß durch ihre Erfolge Gott arbeitslos wird. Mag auch unsere Gesellschaft hoffen, daß durch ihren Fortschritt der christliche Glaube ganz überflüssig wird. Wir suchen mit allen in Dialog und Zusammenarbeit einzutreten, die am Menschen und seiner Zukunft interessiert sind – also auch und gerade mit den Atheisten.

2.3.2 Die Kraft unserer Hoffnung besteht nicht in einem Besserwissen oder Besserkönnen, sondern wir bemühen uns um ein gemeinsames Suchen oder um Vertiefung der Fragen, die den Menschen betreffen. Die Kraft unserer Hoffnung zeigt sich gerade darin, daß wir die Schwächen und Unzulänglichkeiten uns nicht zu verbergen brauchen, sondern sie in den Blick fassen können, ohne um die Hoffnung zu fürchten: wir sehen sie im Kreuz Jesu be-

siegt; das Kreuz ist der Realismus unserer Hoffnung.

2.3.3 Das führt dann natürlich dazu, daß wir oft provokativ sein müssen, wie Jesu Armut provokativ war für alle, die Erfolg und Befriedigung ihrer eigenen Bedürfnisse als höchstes Ziel ansehen. Das offene Wort, das das bequemere Schweigen bricht, aus der Zerstreuung zur Besinnung hilft, ist keine hämische Besserwisserei. Aber auch wenn es so empfunden wird, können wir es nicht unterlassen, alle Übel, unter denen Menschen leiden müssen, zu nennen und hoffnungsvoll aufzuarbeiten.

- Dienstgruppe "Weltanschauung und Nachbarstaaten" der Ev. Martinsgemeinde Erfurt

Diese – auch anonyme – Dienstgruppe versucht, in Stichworten zu kennzeichnen, wie im Dialog zwischen Christen und Marxisten Hoffnung und Glaube bewahrt werden müssen. Es wird ausgeführt, daß man Glaube und Hoffnung nicht als Formel parat hat, die man nur weitersagen muß. Wer als Christ auf Fragen antworten will, muß sich auch und zunächst selbst fragen und infrage stellen lassen. In seinen Antworten muß er eine Sprache finden, die den Adressaten erreicht ohne den Inhalt des Evangeliums zu verfälschen. Das Vertrauen von Marxisten zu Christen muß in Gesprächen erst aufgebaut werden, weil es durch eine lange und schwere Geschichte gegenseitiger Verdächtigungen belastet ist.

- Günter Jacob: Bekenntnis zu Gott

Hier wird auszugsweise ein Vortrag abgedruckt, den G. Jacob 1974 in Sagorsk während einer theologischen Konsultation gehalten hat ⁷⁰.

- Hallenser Jugendkreise

Verschiedenen Jugendkreisen in Halle wurde die Aufgabe gestellt, in einer Skizze, einem Plakat-Entwurf oder in einem anschaulichen Symbol darzustellen, wie jeder aus seiner Erfahrung die christliche Hoffnung sieht. Das Ergebnis der Arbeiten und die sie auswertenden Gespräche wurde wie folgt zusammengefaßt:

Was wir hoffen, ist wie eine Sonne.

Auf fast allen Zeichnungen wird unsere Hoffnung mit einer Sonne veranschaulicht, die über der Welt des Unfriedens, des Hasses, der Abgrenzung und der Gleichgültigkeit leuchtet. Die Erwartungen der Gruppe richten sich auf eine glückliche Menschheit: Wir leben von der Hoffnung, daß der Weltfriede in ferner Zukunft möglich ist. Statt Grenzen und Trennung wird es glückliche Menschen geben, die durch den Frieden vereint sind, obwohl sie früher einmal Gegner waren. Panzer und Stacheldraht, Unterdrückung und Unfreiheit werden verschwinden; unser Leben wird menschlicher, freier und gerechter werden. Einer wird für den anderen da sein. Bis dahin ist es noch weit. Aber wir Christen haben die Kraft geschenkt bekommen, Menschlichkeit vorzuleben. Wir sind eigentlich in der Lage, dem leidenden Mitmenschen zu helfen und nicht gleichgültig an der Not vorüberzugehen. Wir können auch einen Anfang mit dem Abbau von Grenzen machen, indem wir die Grenzen zwischen den verschiedenen Konfessionen aufheben. Eine geeinte Christenheit ist stärker. Wir können deutlich machen, daß Nächstenliebe Grenzen überwindet. Darum braucht uns die Welt.

- Gruppe von Assistenten am Katechetischen Oberseminar in Naumburg: "Wir hoffen mit dem Neuen Testament"
- Gruppe von Theologiestudenten und wissenschaftlichen Mitarbeitern an der Sektion in Halle:

Gegenwart der Hoffnung: Anfang und Ende jeder Hoffnung

Die Thesen der beiden Gruppen sind kontrovers. Die Gruppe aus Halle wehrt sich gegen den ihrer Meinung nach überzogenen eschatologischen Bezug der christlichen Hoffnung in den Thesen der Naumburger. Ein theologischer Disput, der in dieser Weise in der DDR mehr als einen nur theologischen Meinungsstreit signalisiert. Welchem Rang kommt der Gegenwart zu und dem sozialistischen Bemühen, eine bessere Welt zu bauen und aus dem Menschen einen besseren zu machen. Illusion oder Chance – das ist die (auch politische) Frage, an der sich hier die theologischen Geister scheiden.

R. Buhly (Pastor in Naumburg), U. Kühn (Leipzig): Gemeinde als Bruderschaft und Dienstgruppe

Welchen Auftrag hat die Gemeinde in der DDR. Sechs kritische und (nicht nur für die DDR typische) Fragen an die Kirche werden gestellt (Was denkt man von der Kirche?). Sechs Antworten werden gegeben. Auf die kritische Anfrage, ob die Gemeinde Jesu nicht unter anderen gesellschaftlichen Bedingungen gegründet und darum überflüssig geworden ist, und ob die Gemeinde Jesu nicht hinter geschlossenen Türen an einer vergangenen Welt festhält, wird die Antwort gegeben: Die Gemeinde ist eine Gemeinschaft offenen Fragens. Ihre äußeren Formen sind für einen Wandel offen und verlangen nach ständigem Suchen und Fragen. In der sozialistischen Gesellschaft der DDR kann dies problematisch werden:

"Besonders in einer Gesellschaft, die eine bestimmte Ideologie zur maßgebenden Meinung und Lehre erklärt hat, sind wir herausgefordert zu bezeugen und als Gemeinschaft zu ver-

^{70.} Der vollständige Text ist veröffentlicht in: Günter Jacob: Der Geist in der sozialistischen Gesellschaft, Stuttgart 1975.

wirklichen, daß die Verpflichtung einer Wahrheit gegenüber nicht mit Intoleranz verwechselt werden darf, daß eine Offenheit für echtes Fragen und Hinterfragen in allen Bereichen des Lebens nötig ist, und vor allem: daß solches offene Fragen mit keiner administrativen Maßnahme unterbunden werden darf,"

Auf eine andere Frage nach der Berechtigung des sozialen Dienstes der Kirche in und neben der Konkurrenz zu dem staatlichen Dienst auf diesem Sektor wird geantwortet:

"Sodann müssen wir fragen, ob nicht der soziale Dienst – besonders an Alten und geistig Behinderten – im tiefsten eine Zweckfreiheit und eine sich preisgebende Hingabe nötig macht, die ohne die Kräfte des Evangeliums gar nicht möglich wäre. Auch das Eintreten für die Armen und Entrechteten in aller Welt muß ohne politische Nebenabsicht erfolgen, wozu kein Staat wirkliche Freiheit hat.

Schließlich weiß sich die Gemeinde an die gewiesen, die in einem gesellschaftlichen System – und sei es das beste – Unrecht leiden, denen gesellschaftliche Nachteile erwachsen, die deklassiert sind. Deshalb tritt sie gegen alle Absolutheitsansprüche auf, sei es die einzelner, die von Parteien oder Gesellschaftssystemen, verteidigt die Menschen gegen jede Art von Imperialismus. Übersall, wo die Würde von Menschen zugunsten ideologischer und imperialistischer Ziele zurückgestellt wird, wo Menschen versagt wird, über sich selbst zu bestimmen, wo Menschen als Eigentum von Menschen oder Staaten betrachtet werden, tritt solche Gemeinde für sie ein. Selbst wenn sie damit in Konflikt mit bestehenden gesellschaftlichen Verhältnissen geraten kann, nimmt sie diesen Dienst gern wahr und erträgt die etwaigen Folgen, weil sie sich darin in der Nachfolge Christi weiß.

(2) Beiträge der ThSA C 2 Ökumene (Sektion IV)

 Roland Degen (Dresden): Erziehung – Befreiung – Gemeinschaft (Anmerkungen zur Thematik von Sektion IV)

Der Verfasser fragt nach der pädagogischen Dimension des Gesamtthemas von Nairobi und der speziellen Thematik der Sektion IV. Dabei streift er am Rande die Problematik des Begriffes "Befreiung". Dieser Begriff impliziert auch Trennung, wenn es um die Befreiung von etwas geht. So kann Befreiung auch gegen Gemeinschaft stehen, wenn gerade sie um einer Befreiung willen aufgesprengt werden muß. Er fragt kritisch, zu welcher Befreiung und zu welcher Freiheit konkret aufgerufen werden soll. Diese Begriffe mit dem Wert eines Inflationsgeldes bedürfen der theologischen Profilierung. Angesichts der Realitäten in den unterschiedlichen gesellschaftlichen Situationen mit ihren offenen und verdeckten erzieherischen Manipulationsmechanismen kann mit solchen Formeln Unheil angerichtet werden. Im Blick auf die pädagogische Dimension der Thematik sollte man sich darum darauf besinnen, daß junge Menschen, wenn sie nicht Opfer von werbewirksamen Schlagworten werden sollen, Orientierungen brauchen, die ihnen ein kritisches Bewußtsein ermöglichen. Für die Begriffe Erziehung-Befreiung-Gemeinschaft müssen von der Kirche gerade in einer sich marxistisch-leninistisch verstehenden Gesellschaftsordnung jesusspezifische Kriterien festgehalten und den jungen Menschen vermittelt werden. Auf diese Weise können sie lernen, als Christen im Sozialismus zu leben.

"Das viel zitierte "Kirche in der DDR – nicht Kirche neben, nicht gegen, sondern im Sozialismus" bedeutet in seiner Konkretion für die kirchliche Kinder- und Jugendarbeit, daß Heranwachsende das Evangelium von Jesus Christus nicht als Restaurations-, Redaktions-, Assimilations- oder Emigrationsideologie erfahren, sondern als ein befreiendes Angebot im (!) Kontext andersartiger Orientierungen."

Dabei darf sich der pädagogische Prozeß der Kirche nicht auf Unterrichtsformen beschränken. Zu lernendes Verhalten muß eingeübt und in Gemeinschaft erprobt und bewährt werden.

"Da die christliche Gemeinde … nicht nur ein Ort ist, in dem "Befreiung" evangeliumsspezifisch … bedacht wird, sondern ein Freiraum, ein Spielfeld (ist), in dem entsprechende Verhaltensweisen in der Gemeinschaft erprobt und geübt werden, dürfte der kognitive Lernprozeß wesentliche Ergänzungen durch … handlungsorientierte Erfahrungen … in (verschiedenen) Gemeinschaftsformen finden. Derartiges wird in den Gemeinden der DDR dort erkennbar, wo die eigene Situation nicht als Verhängnis, sondern als Chance verstanden wird; wo Gemeinde ... sich als "Gemeinschaft von Lernenden" begreift und von vergangenheits-orientierten Fixierungen zur Freiheit befreit wird."

Siegfried Schmutzler (Leipzig):
 Erziehung und Bildung zu Befreiung und Gemeinschaft

Dieser Beitrag fordert zu kritischen Rückfragen heraus. Es scheint, daß sich der Verfasser in Frage und Antwort des gleichen Schemas bedient hat. Auf der Frageseite steht ein einerseits und andererseits. Die Antwortseite benutzt das sowohl-als-auch. Konkret soll es einerseits gleiche Bildungschancen für alle (auch für die Christen im Lande) geben aber andererseits keine "Jesus-Ideologie". Daraus folgt dann sowohl Konfirmation und Christenlehre als auch Mitgliedschaft in sozialistischen Kinder- und Jugendverbänden und natürlich auch die Jugendweihe.

- Peter Domke (Premnitz): Gedanken zum Thema der Sektion IV

Bewußt vermeidet der Verfasser ein Eingehen auf gesellschaftspolitische Fragen und beschränkt sich auf Problemskizzen des kirchlichen Bereichs (Fragen an die Gemeindeglieder, Situation der Pastoren, Situation der Laien in der Gemeinde).

(3) Beiträge der ThSA C 3 Ökumene (Sektion II)

- Ulrich Kühn (Leipzig): Einheit in der Vielfalt über die Bedeutung des ökumenischen Modells der ,Konziliarität'
- Horst Lahr (Potsdam): Wie können wir "die Einheit, die wir suchen" beschreiben?

Beide Beiträge befassen sich mit der Bedeutung der Leuenberger Konkordie bzw. dem ökumenischen Modell der Konziliarität und deren Anwendbarkeit auf die konkrete Situation der Kirchen in der DDR besonders im Blick auf die Diskussion über das Arbeitsergebnis "Zwischen Konkordie und Kirche", das auf der Synode des Bundes 1976 zur Verhandlung ansteht.

(4) Beiträge der ThSA C 4 Ökumene (Sektion VI)

- Sabine Rachow (Berlin): Einige Überlegungen zum Thema der Sektion VI.
 Menschliche Entwicklung die Zwiespältigkeit von Macht und Technologie und die "Oualität des Lebens"
- Heino Falcke (Erfurt): Überlegungen zum Thema der Sektion VI der 5. Vollversammlung des Ökumenischen Rates der Kirchen in Nairobi

Sabine Rachow stellt fest, daß auch in der DDR ein Wachstumszwang herrscht, der seine Ursache in dem Wettbewerb zwischen sozialistischen und kapitalistischen Gesellschaftssystemen hat. Dabei sind die Daten des jeweiligen Wirtschaftswachstums der maßgebende Vergleichsfaktor der unterschiedlichen Gesellschaftsordnungen:

"Auch in unserer sozialistischen Gesellschaft herrscht ein Wachstumszwang aus dem Effektivitätsvergleich zwischen kapitalistischen und sozialistischen Gesellschaftssystemen. Die bevorzugte Maßeinheit für diesen Vergleich ist der Lebensstandard, ausgedrückt in Pro-Kopf-Verbrauch an Konsumgütern."

Daran schließt sie eine zweite Feststellung: die Wachstumsorientierung hat "überwiegend materiell bestimmte Handlungsweisen in unserer Gesellschaft gefördert und zwar auch in den primär nicht ökonomischen Bereichen". Hier sieht sie eine entscheidende Aufgabe

der Kirche, die ausgehend von dem Begriff der Gottesebenbildlichkeit des Menschen andere Lebenswerte als bloß ökonomische und andere Verhaltensweisen herausstellen sollte. Die Kirche muß mit einer "veränderten "Prioritätenliste" … etwas davon deutlich machen, daß der Mensch Gottes Partner ist".

Auch H. Falcke behandelt das Thema unter dem Gesichtspunkt, daß Ost und West in entscheidenden Fragen auf derselben Anklagebank sitzen. Das gilt sowohl für eine gebotene aber nicht praktizierte Solidarität innerhalb der Weltgemeinschaft, die längst zu einer Schicksalsgemeinschaft geworden ist, und vor der Überlebensfrage steht, als auch von der "Vergötzung des quantitativen Wachstums", dem beide Seiten verfallen sind. Der Mensch bedarf einer "befreienden Erneuerung", um ein neues Verhältnis zur Natur zu gewinnen (vom Ausbeuter und Zerstörer der Natur zu ihrem bewahrenden Haushalter) und eine neue Lebenshaltung der Solidarität zu lernen. Solche Umorientierung "von der Quantität auf die Qualität des Lebens" erfordert "tiefe Veränderungen im Kern des Menschen". "Das ist eine Bildungsaufgabe von ungeheurem Ausmaß". Und hier sieht H. Falcke Aufgaben und Chancen für die Kirchen und Gemeinden in der DDR.

(5) Beiträge der ThSA C 5 Ökumene (Sektion V)

In dem ersten Abschnitt des Beitrags, der eine Übersicht über die ökumenische Diskussion zum Thema der Sektion V gibt, werden die Hauptthemen genannt, um die es in diesem Zusammenhang geht und weiter in Nairobi gehen soll:

Kampf für die Wahrung der Menschenrechte,

Kampf der Frauen,

Kampf gegen Rassendiskriminierung.

Die Beiträge aus der DDR gehen auf diese Hauptthemen ein.

- Günter Krusche (Rüdersdorf): Strukturen der Ungerechtigkeit und Kampf um Befreiung
- Herbert Küstner (Schöneiche): Stellungnahme zum Thema V der ÖRK-Vollversammlung: Strukturen der Ungerechtigkeit und Kampf um Befreiung,
- Udo Semper (Oranienburg): Strukturen der Ungerechtigkeit und Kampf um Befreiung.

Besondere Beachtung verdienen die Ausführungen von G. Krusche, der seine persönlichen Überlegungen im Zusammenhang mit Überlegungen und Arbeitsergebnissen des Ausschusses "Kirche und Gesellschaft" stellt. Es ist also nicht jedenfalls nicht nur - die Meinung eines einzelnen, die hier zu Wort kommt, sondern zugleich die Meinung eines Ausschusses, der sich ständig mit den Themen befaßt hat. Es geht G. Krusche um spezielle Erfahrungen und Fragestellungen der Kirche in der DDR als einer Kirche in einer sozialistischen Gesellschaft. In der DDR haben Christen, Gemeinden und Kirchen die Relevanz der gesellschaftlichen Struktur für sozial-ethische Aussagen erkannt und sich darum der gesellschaftlichen Verantwortung gestellt (Abschnitt 1). Die Probleme des gesellschaftlichen Engagements der Christen sind aber nicht alle gelöst. Besonders bleiben Spannungen, die sich daraus ergeben, daß es zwischen Christen und Marxisten keine ideologische Koexistenz gibt (Abschnitt 2). Die Rolle der Kirche muß neu definiert werden, weil Fragen, die sich aus der politisch programmierten Trennung von Kirche und Staat einerseits und der Welt-Verantwortung der Kirche mit dem sich daraus ergebenden (aber nicht unbestrittenen) Recht zu politischen Äußerungen andererseits ergeben, ungeklärt

sind (Abschnitt 3). Sozialethische Stellungnahmen im politischen Bereich setzen in hohem Maße Sachkenntnis voraus. Fehlt es an ihr, so hat die Kirche zu schwei gen (Abschnitt 5). Die Solidarität mit dem Befreiungskampf unterdrückter Völker als Ausdruck eines christlichen Eintretens für Benachteiligte stellt die Kirchen in der DDR vor die Frage, ob und wie sie im eigenen Land für benachteiligte Gruppen eintreten will und kann (Abschnitt 6).

Die folgenden Reflexionen sind aus der Arbeit im Ausschuß "Kirche und Gesellschaft" erwachsen. Sie stellen den Versuch dar, einige Erfahrungen aus der sozialistischen Gesellschaft in das ökumenische Gespräch einzubringen. Das scheint um so notwendiger, als die Reflexionen von Christen aus sozialistischen Ländern in der Ökumene noch wenig bekannt aber

gefragt sind.

(1) Die Relevanz der gesellschaftlichen Struktur für sozialistische Aussagen steht außer Frage. Aber erst seit der Studienkonferenz "Kirche und Gesellschaft" 1966 ist das Strukturproblem recht eigentlich in das ökumenische Bewußtsein gedrungen. Damit ist die Einsicht gemeint, daß sozialethische Verantwortung nicht nur den Bereich individueller Entscheidung und persönlichen Engagements umfaßt, sondern auch das weite Feld gesellschaftlicher Strukturen, und das heißt: die Zusammenhänge im politischen, ökonomischen, kulturellen Bereich, soweit sie für eine Gesellschaft maßgebend, bestimmend sind.

Die "strukturelle Gewalt" muß daher ebenso infragegestellt werden wie alle Gewaltanwendung überhaupt. Damit ist auch die Machtfrage angesprochen, an der vorbei kein verantwort

liches Handeln in der Gesellschaft führt.

Gesellschaftliche Strukturen werden dann besonders bedeutsam, wenn – aufgrund bestehenden Unrechts – eine Veränderung bestehender gesellschaftlicher und politischer Verhältnisse ansteht. Daß auch die (notfalls gewaltsame) Veränderung der Verhältnisse nicht außerhalb christlicher Verantwortung liegt und die Beteiligung der Christen herausfordert, hat in der "Theologie der Revolution" – wenn auch zugespitzt – Ausdruck gefunden. Sozialethische Verantwortung kann – das ist die bleibende Lehre aus der Diskussion über "Theologie der Revolution" – nicht abseits politischer Bereiche wahrgenommen werden. Sie hat immer auch die Strukturen der Gesellschaft kritisch anzugehen.

Dieser Appell zur gesellschaftlichen Verantwortung fand in unseren Kirchen und Gemeinden starken Widerhall. Er entsprach dem Willen zu gesellschaftlicher Mitarbeit auch unter veränderten politischen Verhältnissen. Je stärker sich die Einsicht durchsetzte, daß die Verantwortung der Christen auch in einer unumkehrbar sozialistischen, unter dem Führungsanspruch einer marxistisch-leninistischen Partei stehenden Gesellschaft nicht beendet ist, um so bereitwilliger öffnete man sich den sozialethischen Impulsen aus der Ökumene: Als Frage nach der guten bzw. besseren Gesellschaftsordnung wurde die Strukturfrage bei uns diskutiert. Denn wenn die sozialistische Gesellschaft als eine Gesellschaft für den Menschen begriffen wird, dann verdient sie den vollen Einsatz der Christen, die in ihr leben.

Mit dem gesellschaftlichen Engagement der Christen in der DDR sind aber einige Fragen au

geworfen, die noch nicht als gelöst angesehen werden können.

(2) Das Engagement von Christen in einer sozialistischen Gesellschaft ist problematisch, denn es gibt "keine ideologische Koexistenz" zwischen Christen und Marxisten und zwar nach dezidierter Überzeugung beider Seiten. Insofern hat der "Dialog" der 60er Jahre keine echte Annäherung gebracht und konnte sie wohl auch nicht bringen, da er die Machtfrage nicht berücksichtigte. Wäre der ideologische Bereich der einzige, in dem gesellschaftliche Mitverantwortung geleistet werden kann, gäbe es weder Raum noch Recht für ein christliches Engagement und für eine verfaßte Kirche. Doch auch nach marxistischem Verständnis ist ein Staat für alle Bürger da, unbeschadet ihrer weltanschaulichen und religiösen Überzeugung. Zwar nicht zur Akklamation, sondern zum Aufbau einer menschlichen Gesellschaft sind die Christen aufgefordert, und dazu sind sie auch von ihrem Glauben her gerufen.

(3) Die Rolle der Kirche als Institution muß in einer sozialistischen Gesellschaft neu definiert werden. Die erklärte Trennung von Staat und Kirche, die so selbstverständlich ist, daß sie in der Verfassung der DDR von 1968 nicht einmal mehr Erwähnung findet, macht alle "konstantinischen Reflexe" unmöglich und verwehrt der Kirche direkten Zu-

gang zu politischer Macht und gesellschaftlicher Einflußnahme. Auch als öffentlich-rechtliche Körperschaft oder Interessenverband spielt die Kirche keine Rolle mehr. Trotzdem bleibt sie als Institution garantiert (Art. 39 der Verf. der DDR) und als solche frei zur Gestaltung ihrer Strukturen und zur Ausrichtung ihres Dienstes. Es gehört zu den im ökumenischen Gespräch gewonnenen Einsichten, daß die Kirche ihre Weltverantwortung, auch dann nicht aufgeben kann, wenn ihr das Recht zu politischen Äußerungen bestritten wird. Es konnte nicht ausbleiben, daß es um die Abgrenzung des kirchlichen Verantwortungsbereichs Differenzen zwischen Staat und Kirche gab. "Kirche muß Kirche bleiben". Dieser an sich richtige Satz kann nicht dazu dienen, die Kirche auf den binnenkirchlichen oder gar kultischen Bereich festzulegen. Das Kirche-sein der Kirche hängt an der Wahrnehmung, ihres Dienstauftrages, also daran, ob sie sich als "dienende Kirche" versteht oder nicht.

(4) Die Entdeckung der Laien als der in die Gesellschaft hineinverwickelten Glieder des Leibes Christi (auch diese "Wiederentdeckung" verdanken wir dem ökumenischen Dialog) hat gerade für die Wahrnehmung sozialer Verantwortung zu einer wichtigen Differenzierung geführt. Was der Kirche von ihrem Auftrag und ihrer institutionellen Bindung her nicht möglich ist, das ist den Gliedern der Kirche sehr wohl möglich, ja oft wird es unvermeidlich sein: Die Beteiligung an gesellschaftlichen Prozessen, die Übernahme politischer Verantwortung, das Eingehen in die Mißverständlichkeit von Ermessensspielräumen. In der Undurchschaubarkeit von Entscheidungssituationen bedürfen die Glieder der Kirche in der Gesellschaft des Beistandes der Kritik der Gemeinde, die ihnen diesen Dienst nicht leisten kann, wenn sie sich bewußt abseits hält – in vermeintlicher Ausrichtung auf ihr "proprium". Den hier notwendigen Lernprozeß haben ökumenische Impulse (vor allem die Nacharbeit der Genfer Konferenz und der Streit um das Antirassismusprogramm des ÖRK) immerhin in Gang gebracht.

(5) Die Notwendigkeit einer Strategie für politisches Handeln ist erwiesen. Das hat besonders die ökumenische Studie über "Gewalt, Gewaltfreiheit und der Kampf um soziale Gerechtigkeit" deutlich in unser Bewußtsein gebracht. Die Erarbeitung einer politischen Strategie erfordert jedoch Sachkunde, "operationale Kriterien" (Hartmut Weber). Wir müssen zugeben, daß sich kirchliche Appelle und Äußerungen zu diesem Thema oft nicht durch Sachkenntnis auszeichnen. Wir haben es uns hierin oftmals zu leicht gemacht, und den politischen Charakter solcher Aussagen zu wenig reflektiert. Die marxistische Gesellschaftsstrategie nötigt uns dazu, konkrete Vorstellungen zu entwickeln – oder zu schweigen. Nicht durch Kritik allein ist gesellschaftlicher Wandel zu bewirken. Dazu bedarf es – neben dem Engagement – der Kenntnis der gesellschaftlichen Zusammenhänge, die auch in der

"Theologie der Revolution" nicht genügend Würdigung erfahren haben.

(6) Der Befreiungskampf unterdrückter Völker oder benachteiligter Gruppen in der Welt verlangt unsere Solidarität. Die Kirchen in der DDR verfolgen deshalb mit Anteilnahme (und dort auch mit konkreten Hilfeleistungen) den Kampf von Befreiungsbewegungen. Appelle und Kundgebungen aus konkretem Anlaß unterstreichen den Willen der Kirchen und Gemeinden zur Solidarität. Aber in diesem Zusammenhang tritt — wie auch die Diskussion um die Menschenrechte in St. Pölten gezeigt hat — ein noch zu klärendes Problem auf: Wie verhalten sich solche Stellungnahmen zum Engagement im eigenen Verantwortungsbereich? Befreit Christus die Christen nicht auch zu Stellungnahmen gegenüber der politischen Wirklichkeit der DDR, und zwar zu zustimmender und kritischer Stellungnahme? Zustimmung allein bedeutet Akklamation, an der auch der sozialistischen Gesellschaft und ihren Vertretern nichts liegen kann, nur Kritik führt ins gesellschaftliche Abseits.

Als zum politischen Zeugnis befreite Gesellschaft müßte die Kirche in der DDR in der Lage sein, Kritik zu üben, ohne sich von den Menschen in dieser Gesellschaft zu distanzieren, und Zustimmung zum Ausdruck zu bringen, wo dies mit gutem Grund (und es gibt gute Gründe dafür) geschieht. Nur wenn dies der Fall ist, wird auch unsere ökumenische

Solidarität glaubwürdig sein.

(6) Beiträge ThSA C 6 Ökumene (Sektion 3)

Die drei Einzelbeiträge gehen - ähnlich wie der o.a. Beitrag von G. Krusche - auf grundsätzliche Fragen des Verhältnisses von der Kirche in der DDR zur sozialistischen Gesellschaft ein und reflektieren die Spannung von Christen und Marxisten. Gerade in diesen Beiträgen wird deutlich, mit welcher Freiheit die Kirchen in der DDR ihre Situation beschreiben und zur Diskussion stellen. Eine politische Opposition, die man sich in einigen westlichen Kreisen von den Kirchen in der DDR erhofft, wird auch hier nicht sichtbar. Wohl aber die freimütige Inanspruchnahme eines Rechtes, neben das staatswohlgefällige Ja zu dieser oder jener Entwicklung das durch ein gebundenes Gewissen notwendige Nein zu stellen. Das Ja der Christen und Kirchen in der DDR buhlt nicht um den Beifall des Staates. Manchen fällt gerade um dieses höchst unwillkommenen Beifalls ihr Ja bisweilen schwerer als ihr Nein. Dieses aber sucht weder die Zustimmung der anderen (westlichen) Seite noch fürchtet es die Folgen des verärgerten staatlichen Partners in der DDR. Versteckte Drohungen, Repressalien, Verunglimpfungen - durch nichts haben sich die Kirchen in der DDR beirren lassen, einen evangeliumsgemäßen Weg als Kirche im Sozialismus zu suchen. Die Suche ist nicht beendet, aber manche Kennzeichen einer Kirche Jesu Christi unter den Bedingungen eines sozialistischen Staates mit einer bewußt atheistischen Prägung lassen sich jetzt schon klarer aufzeigen, als noch vor wenigen Jahren. In der westlichen Beurteilung kirchlicher Vorgänge in der DDR wird dem Weg der Kirchen und ihrer Suche nach einer situationsgerechten Identität Verständnis entgegengebracht. Die Beiträge sind sehr unterschiedlich, fast kontrovers. Jeder gibt auf seine Weise einen Teilausschnitt der Diskussion um den rechten Weg einer Kirche im Sozialismus in typischer Weise wieder. Insgesamt geben sie zusammen mit dem o.a. Beitrag von G. Krusche einen guten Überblick über den Stand der Diskussion in der DDR.

Eine Dokumentation aller Beiträge kann an dieser Stelle nicht erfolgen, obwohl sie in ihrem Nebeneinander interessante Vergleichspunkte bieten. Im folgenden werden die Inhalte skizziert bzw. gekürzt wiedergegeben, soweit sie in westlichen Zeitschriften veröffentlicht sind; ein nicht veröffentlichter Beitrag wird voll abgedruckt.

Christa Grengel: Dialog und die Suche nach Gemeinschaft 71

Christa Grengel fragt nach der Bedeutung des Begriffs "Dialog" im Unterschied zu dem christlich gängigen Ausdruck "Gemeinschaft". Sie fragt weiter, ob der Begriff "Dialog" zutreffend und ausreichend christliches Sein definiert. Wenn die Dialogbereitschaft ein Sich-Öffnen bedeutet, dann muß die Frage nach einem legitimen Sich-Verschließen bzw. Abgrenzen beantwortet werden. Wie soll z.B. der "Dialog" mit Anhängern des Rassismus geführt werden oder zwischen Unterdrückten und Unterdrückern? Und wie steht es mit einem möglichen "Dialog" zwischen Weltanschauungen, die einander ausschließen (Marxismus/Christentum)? In der DDR wird seitens der Marxisten ein ideologischer Dialog ausdrücklich abgelehnt. Wohl aber wird die Zusammenarbeit gefördert. In ihr wird ein Stück Gemeinschaft (aber nicht "Einheit") praktiziert, über die beide Seiten auch

^{71.} Der volle Text ist veröffentlicht in: One World, Juni 1975, H. 7.

nachdenken müssen. Im praktischen Miteinander kann es auch zu Akten der Verständigung kommen, wobei jede Seite ihre Sicht der Dinge möglichst glaubwürdig darstellen muß. Gemeinschaft im praktischen Handeln und eine nachdenkende Verständigung über die Möglichkeiten und Grenzen einer praktizierten Gemeinschaft decken aber nicht das ab, was unter "Dialog" im Sinne eines christlichen Existierens gemeint ist.

Jürgen Ziemer: Auf der Suche nach Gemeinschaft – Gesichtspunkte für Christen in der DDR

1. Was ist "Gemeinschaft"?

- 1.1 Der Begriff "Gemeinschaft" ist im Deutschen nicht eindeutig. Er kann einerseits sehr formal gebraucht werden etwa im Sinne von engl. association und bezeichnet dann einen Verband der sich ausschließlich auf eine die Mitglieder verbindende Sache bezieht (Sportgemeinschaft, Produktionsgemeinschaft usw.). Andererseits kann mit "Gemeinschaft" etwas sehr Nahes und Umfassendes angezeigt werden: Lebensgemeinschaft, die eheliche Gemeinschaft. Man denke dabei auch an das Erlebnis von "Gemeinschaft" in pietistischen Gruppen, bei Jugendbewegungen usw. Schließlich können wir nicht davon absehen, daß besonders seit der letzten Apostolikum-Revision "Gemeinschaft" das Äquivalent für communio/koininia ist, also die eschatologische Gemeinschaft der Glaubenden meint, die in der eucharistischen Gemeinschaft vorab dargestellt ist.
- 1.2 Schwieriger ist nun freilich noch die theologische Bestimmung von "Gemeinschaft". Worum es in einer Sekte geht, das hat m.E. keine direkten Entsprechungen in der biblischen und nachbiblischen Tradition bis zur Neuzeit. Gewiß gibt es am Rande der biblischen Überlieferung ein paar Szenen, die auf Gemeinschaft mit Nichtglaubenden hinweisen, so wenn König Hiram von Tyros von Salomo als "Bruder" bezeichnet wird (1. Kön. 9,3), oder wenn im Buch Esther die Möglichkeit einer friedlichen Existenz von Juden und nichtjüdischer Umwelt angedeutet wird. Und natürlich gibt es eine Beziehung zwischen dem zentralen biblischen Liebes-Gedanken und dem modernen Dialog-Verständnis. Aber die Bibel hat doch diese Konkretion nicht. Wo positiv und voller Hoffnung auf Nichtglaubende gewiesen wird, da geschieht es in der Erwartung, daß die zum "Volk Gottes" finden werden (1. Kön. 8,41-43; Jes. 60,3ff.; Matth. 8,11f.). Wenn die trennenden Schranken zwischen ethischen und sozialen Gruppen aufgehoben werden, dann geschieht das doch um der höheren Gemeinschaft in Christus willen (Gal. 3,29). "Gemeinschaft" im Sinne von Sektion III ist etwas Vorläufiges, das nicht mit der eschatologischen Gemeinschaft in Christus, wie sie das NT sieht, verwechselt werden darf. Es ist m.E. ein Gebot der Redlichkeit, sich darüber in aller Klarheit Rechenschaft zu geben, Ich meine dies keineswegs als einen theologischen Einspruch gegen Gemeinschaft mit Andersdenkenden, gegen Dialog. Ich meine nur, man muß sich davor hüten, sich humanitätsduselig und auf nicht ganz ehrliche Weise Gemeinschaftserfahrungen mit Nichtchristen zu verschaffen, die sich, wenn jeder bei seiner Sache bleibt, über kurz oder lang doch als Täuschungen

Von daher ergeben sich meine besonderen Erwartungen an Nairobi:

- a) Eine klare theologische Präzisierung des Begriffes "Gemeinschaft", insbesondere eine Bestimmung seiner Relation zum Begriff der "Einheit" (Sektion II) sowie zum traditionellen christlichen Missionsgedanken.
- b) Der Versuch zu formulieren, was das Gemeinsame des "gemeinsamen Strebens" ist, sollte unternommen werden. Begriffe wie Humanität oder Sozialismus würden da noch nicht ausreichen, weil sie selten eindeutig gebraucht werden. Wie verhält sich das Gemeinsame des "gemeinsamen Strebens" zu den Weisungen des Evangeliums?

NB: Mir ist nicht klar, daß man nicht mit der "Suche nach Gemeinschaft" so lange warten darf, bis diese Fragen befriedigend beantwortet sind. Aber Gemeinschaft und Dialog können auf die Dauer nicht gelingen, wenn diese Fragen vernachlässigt werden.

2. Zur Situation in der DDR

Wir sind in der DDR natürlich ziemlich fixiert auf eine Situation, die durch das Streben nach ideologischer Geschlossenheit bestimmt ist, und Suche nach Gemeinschaft im Sinne

der Nairobi-Problematik bedeutet primär: Suche nach Gemeinschaft mit den Marxisten. Ich halte dies für reichlich problematisch. Einerseits können wir aus dieser Fixierung nicht heraus – das wäre Flucht –, andererseits stehen wir ständig in der Gefahr, unsere Situation überzubewerten, einfach provinziell zu denken, Weltprobleme einseitig zu beurteilen oder überhaupt nicht zu sehen. Ich hielt es jedenfalls dringend für notwendig, daß für die Nairobi-Vorbereitung und -Nacharbeit in der DDR auch andere Situationen (vgl. Vorbereitungsmaterial zu Sektion III) mit in den Blick kommen. Wachsende Reisemöglichkeiten auch für DDR-Bürger geben Möglichkeiten, andern Religionen (z.B. Islam) und andern Kulturen zu begegnen. Die meisten sind darauf in der Regel unvorbereitet. Ausländische Studenten verschiedenster Prägung, immer breiter werdende wirtschaftliche Kontakte, der ständig zunehmende Touristenstrom in die DDR – das alles läßt für uns immer mehr die Frage nach Gemeinschaft mit Menschen anderer Religionen und Kulturen dringend erscheinen.

Eine solche Öffnung zur Welt darf nicht Vorwand werden, um sich der Pflicht zur Neuordnung unserer Beziehung zu den Marxisten zu entziehen, vielmehr könnte diese eine spürbare Entkrampfung unseres gegenseitigen Verhältnisses zur Folge haben.

Die Suche nach Gemeinschaft mit Marxisten passiert auf verschiedenen Ebenen und

in verschiedenen Intensitätsgraden:

2.1 Man sucht nach einem *modus vivendi*. So vor allem auf der offiziellen Ebene von Staatsstellen und kirchenleitenden Organen. Gemeinschaft erscheint hier weithin als Repräsentier-Gemeinschaft bei Empfängen etc. Die wesentliche Form der Kommunikation auf dieser Ebene ist die *Verhandlung*. Worum es hier geht, ist eher eine Vorform oder eine Voraussetzung für Gemeinschaft, nicht wirklich diese selbst.

2.2 Auf niedrigerer Ebene gibt es nicht selten Gemeinschaft infolge gemeinsamer Aufgaben und Interessen, z.B. bei der Lösung sozialer Probleme oder der Behandlung kommunaler Fragen. In vielen Fällen geschieht solch eine Gemeinschaft durch Mitarbeit von Christen in Sozialausschüssen, Jugendhilfekommissionen, Konfliktkommissionen o.ä. Gemeinschaft in diesem Sinne entsteht im Grunde auch überall dort, wo Christen engagiert ihren Beruf ausüben. Die wesentliche Form der Kommunikation auf dieser Ebene ist die der gemeinsamen Arbeit.

Freilich darf nicht übersehen werden, daß hier Gemeinschaft weithin dadurch zustande kommt, daß man die (ideol.) Unterschiede verschweigt oder vernachlässigt. Ferner muß zugegeben werden, daß Gemeinschaft hier mitunter als Pflichtübung verstanden wird; besonders Christen in leitenden Positionen meinen, ihnen fiele immer wieder die Beweislast dafür zu, daß sie treu zum sozialistischen Staate stehen und trotz ihres Glaubens keine Reaktionäre sind.

2.3 Wirkliche Gemeinschaft mit Marxisten wird in der DDR vermutlich erst dann gelingen, wenn die Generation der heute Zwanzigiährigen maßgebliche Bedeutung gewonnen haben wird. Es scheint da eine Generation heranzuwachsen, die Gemeinschaft, ja Freundschaft mit Marxisten nicht mehr als eine prinzipielle Frage betrachtet, weil sie pragmatisch denkt und frei ist von dem Wahn, immer gleich das Ganze repräsentieren zu müssen, die dabei aber durchaus einen Standpunkt vertritt und Opportunismus verabscheut. Die wesentliche Form der Kommunikation auf dieser Ebene wäre dann einmal die des gemeinsamen Lebens, bei dem aber jedem Freiheit zu Eigenem zugestanden wird. Meine Vermutung wird genährt durch Beobachtungen bei jungen Paaren Christ/Marxist, die zu schaffen scheinen, was von uns vor 20 Jahren oder auch nur vor 10 Jahren als glatte Unmöglichkeit angesehen worden wäre: nämlich miteinander zu leben und Christ bzw. Marxist zu bleiben.

Ob es dann in der DDR zu einem *Dialog* zwischen Christentum und Marxismus kommt, vermag niemand zu sagen. Von unten her wird er geführt, ist er – stockend, stotternd, Mißverständnisse nie ausschließend – wohl immer geführt worden. Ich meine, wir haben allen Anlaß, uns für den Dialog einzuüben – egal in welcher Weise er praktisch möglich sein wird.

Gesichtspunkte für eine "Suche nach Gemeinschaft" für Christen in der DDR
 Bereitschaft zum Engagement im Beruf. Wie das im einzelnen aussieht, kann nicht pauschal gesagt werden, u.U. kann sich das Engagement auch stärker auf Randbedingungen

der Berufsarbeit, z.B. zwischenmenschliche Beziehungen im Kollektiv u.ä. beziehen. Passi-

vität und Indolenz sind in jedem Falle gemeinschaftshemmend.

3.2 Bereitschaft zur Information über den Marxismus und den Sozialismus in der DDR. Wenn man stets nur mit Kritik von anderer Seite operiert, und diese dann ja auch stets irgendwie bestätigt finden kann, darf man nicht erwarten, daß Gemeinschaft zustande kommt. Ein solides Grundwissen in marxistischer Philosophie und im wissenschaftlichen Kommunismus sollte darum in jeder kirchlichen Ausbildung vermittelt werden. Politische Meinungsbildung sollte auf Grund von und in Auseinandersetzung mit DDR-Publikationen erfolgen. Das hört sich sehr selbstverständlich an, aber an diesem einfachen Schritt zur Gemeinschaft fehlt es nicht selten.

3.3 Suche nach Gemeinschaft schließt Kritik in bestem Sinne nicht aus, sondern ein. Wenn Punkt 1 und 2 klar sind, dann sollte Kritik zu den Belastungen gehören, denen eine werdende Gemeinschaft standhalten muß.

Ich glaube, es ist nötig, Kritik gegenüber Marxisten in positiver Grundabsicht offen und frei von Emotionalität zu äußern.

- 3.4 Die Christliche Gemeinde muß um ihre eigene Gemeinschaftsfähigkeit in zweifacher Hinsicht bemüht sein:
- Sie sollte selbst ein Modell für Gemeinschaft darstellen ("wenn wir wie Brüder beieinander wohnten ..." EKG 159,2), in welcher Solidarität praktiziert und der Dialog gepflegt werden.
- Sie sollte versuchen, ihre eigene Sache so zu sagen, daß sie sich Andersdenkenden damit verständlich machen kann.

Es geht um eine gemeinschaftsfähige Sprache.

- 3.5 Echte Gemeinschaft mit Andersdenkenden kann nur gelingen, wenn wir bei unserer Sache bleiben, wenn wir nicht den Ehrgeiz haben, statt Kirche eine politische Organisation zu werden, wenn wir uns der religiösen Form nicht schämen, in der unsere Sache eingekleidet ist. "Nur wer den Mut findet, anders zu sein als andere, kann schließlich für "andere" da sein ..." (J. Moltmann: "Der gekreuzigte Gott", 1972, S. 21; vgl. den ganzen Kontext des Kapitels "Identität und Relevanz des Glaubens", S. 12ff.).
- 3.6 "Suche nach Gemeinschaft" darf unter keinen Umständen beschränkt werden auf das marxistische Gegenüber. Ich halte es für dringend notwendig, daß Gemeinschaft mit anderen Religionen, Ideologien gesucht und vorbereitet wird. Wir können der Entwicklung zu immer größerer Nähe nicht ausweichen, die ausschließliche Fixierung auf DDR-spezifische Probleme werden wir uns nicht mehr lange leisten können. In der kirchlichen Ausbildung sowie auch in der christlichen Erziehung und Verkündigung müssen Religionskunde, Sachinformationen über Befreiungsbewegungen, andere Weltanschauungen etc. einen sehr viel breiteren Raum einnehmen. Wir müssen versuchen, aus unserem Provinzialismus aufzubrechen.

Christoph Hinz: Christliche Gemeinde in der DDR und das Thema von Nairobi⁷² (Auszug)

Der Verfasser nennt drei Schritte, in denen im Laufe der Zeit die Kirche in der DDR ihren

Standort zu finden versucht. Zum dritten Schritt sagt er folgendes:

"Einen dritten Schritt suchen verschiedene Christen und auch Gemeindekreise, deren Stimmen weniger bekannt sind, weil sie in unserer Presse nicht erscheinen. Sie bejahen grundsätzlich den Versuch des Sozialismus, eine gerechtere, menschlichere Gesellschaft aufzubauen und unmenschliche Erscheinungen des Kapitalismus zu überwinden. Sie vollziehen also den zweiten Schritt mit (s.o. 3.2.). Sie sehen aber die sozialistische Gesellschaft auch nach der Revolution mit ungelösten menschlichen Problemen konfrontiert, sehen sie in ihrer geschichtlichen Vorläufigkeit und Relativität, die sie im Licht des gekreuzigten und auferstandenen Christus hat. Auch der Sozialismus ist nicht die Aufrichtung des Reiches Gottes und die Aufhebung geschichtlicher Kreuznachfolge in politischer Auferweckung. Auch er bleibt eine Geschichte von Segen und Schuld, von Erfolg und Versagen, eine menschliche Geschichte unter dem Kreuz. Sie sehen den Sozialismus als einen offenen

^{72.} Der volle Text ist veröffentlicht in der Ecumenical Review 3/75 (englisch), vgl. auch epd-Dok. 9/1976.

Prozeß geschichtlich-gesellschaftlicher Neuordnung an, der sich nach der revolutionären Machtübernahme mit neuen menschlichen Fragen und Nöten auseinandersetzen muß, mit Entfremdungserfahrungen in der Planungsgesellschaft, Fragen nach dem Lebenssinn des einzelnen, den Unterschieden zwischen den Leistungsstarken und den -schwachen, den unterschiedlichen Chancen für ideologisch Überzeugte und Andersdenkende, den Gefahren der materiellen Konsummacht, des Karriere-Egoismus usw., usw. Wenn auch die Geschichte des Sozialismus im Lichte der Weisung Christi, des brüderlichen Menschen steht, dann treten die ideologischen Totalalternativen zurück und das wirkliche Schicksal des wirklichen Menschen wird Anlaß und Anstoß zum Denken und Handeln. Diejenigen, die sich diesem dritten Schritt verpflichtet fühlen, hoffen darum im weitergehenden Prozeß des Sozialismus auf anstehende Veränderungen und Verbeserungen.

Aus dem Glauben an die befreiende Kraft der Auferweckung Christi leitete Falcke 1972 in einem viel diskutierten Referat als gesellschaftliche Entsprechung die Hoffnung und das Engagement für einen "verbesserlichen Sozialismus" ab. Es ist also im Dienst einer Stärkung der weitergehenden Entwicklung des Sozialismus gemeint, wenn in der Konsequenz dieses dritten Schrittes auch die schwachen Punkte der Gesellschaft und die Anliegen der gesellschaftlich Schwachen zur Sprache gebracht werden. Wo das geschieht, ist es zaghaft genug. Allerdings sehen wir, daß bei dem Versuch, die Anliegen dieses dritten Schrittes zum Zuge zu bringen, wir immer wieder an die Grenze unseres politischen Einflusses stoßen, an die Grenzen der Möglichkeit einer wirksamen Mitverantwortung, so daß wir hier unsere Ohnmacht erfahren."

Hinz versucht, aus diesen Überlegungen weitere Leitlinien für das Christsein und das Kirche-

Sein in der DDR aufzuzeigen:

"...Wie wirkt sich der Glauben, daß Christus versöhnt und Zertrennte eint, auf eine sozialistische Anleitung zum Handeln aus, die durch eine Geschichts- und Gesellschaftsanalyse nach dem umfassenden Prinzip des Klassenkampfes entwickelt wird? Im Ursprung wurde der Klassenkampf für das Recht der Entrechteten geführt, in sozialistischen Staaten ist er zum außenpolitischen Gegensatz geworden. Gewiß kann die Versöhnung Christi nicht die Parteinahme für die Entrechteten lähmen und blockieren. Denn in der geschichtlichen Welt fordert eine Versöhnung Christi, die allen gilt und alle Menschen sucht, immer wieder neu den zeichenhaften Einsatz für die Integration der gesellschaftlich Desinteressierten, was Konflikt. Gegensätze und Kämpfe nach sich zieht. "Versöhnung hebt nicht einfach die Gegensätze, wohl aber die Feindschaft in den Gegensätzen auf. Sie bedeutet Versachlichung der Gegensätze und Vermenschlichung ihres Ausgetragenwerdens' (W. Krusche). Die versöhnende Einigung Christi wird darum nicht den geschichtlichen, je situationsbedingten Rechtskampf für die Entrechteten nivellieren, aber sie will auch nicht der Klassenkampfalternative in der Geschichte des alles Regierenden letzte Worte lassen. Sie macht ihn im gewissen Sinne geschichts-vorläufig. Er wird zu einem Antargonismus, der überwunden werden muß. Versöhnung Christi hält in den Christen das Gewissen für die dienlichen Mittel in der Auseinandersetzung wach, das Gewissen dafür, daß sie nicht im Haß zu ,letzten Gegensätzen' aufgeheizt werden. Sie führt uns Christen zu einer "Versachlichung der Gegensätze", die das Gespräch, selbst das Verstehen der anders Engagierten, mit denen man sich auseinandersetzen muß, sucht. Sie zielt nicht ab auf Vernichtung, sondern die zukünftige Gemeinschaft mit dem politischen Segen von heute ...

Wir haben als Christen in der DDR die Last dieser Verständigung am handgreiflichsten in den Gesprächen mit den christlichen Brüdern aus dem westlichen Nachbarland, der Bundesrepublik mit kapitalistischer Gesellschaftsordnung vor Augen. Obgleich uns eine gemeinsame Geschichte und eine gemeinsame Sprache verbindet, also eine ganz einzigartige Voraussetzung für ökumenische Begegnung gegeben ist, macht sich der unterschiedliche politische Kontext immer wieder, vielleicht immer mehr, in gegensätzlichen Urteilen über politische und andere Vorgänge bemerkbar. Wie oft redet man aneinander vorbei, korrigiert Vorurteile, wie schnell ermüdet man an Mißverständnissen. Aber auch in diesen Gesprächen erleben wir, daß Hören, Beharrlichkeit im Gespräch, gedankliches Einwandern in die Situation des Partners, Momente der Bruderschaft hervorbrechen läßt, in der einer die Last des anderen mitträgt (Gal. 6) und mitbedenkt. Am Maßstab der Fragen, die unsere Welt brennend bewegen, ist das bestimmt ein kleinkariertes unwichtiges Beispiel, aber es ist uns hautnah."

4. KIRCHE UND STAAT

Das Verhältnis von Kirche und Staat beschreiben beide Partner mit Formeln, die zum Teil gegenseitig akzeptiert und übernommen werden. So hat der Staat die kirchlicherseits geschaffene Formel von der "Kirche im Sozialismus" akzeptiert und hier und da aufgenommen, während die Kirche die staatliche Formel von der "vertrauensvollen Zusammenarbeit zwischen Marxisten und Christen" in ihren Sprachgebrauch übernommen hat. Beide Partner berufen sich auf die Trennung von Kirche und Staat, die in der Verfassung der DDR festgeschrieben ist und beide gehen von einem ideologischen Gegensatz aus, der Glaube und Marxismus/ Leninismus voneinander scheidet. Wenn es jedoch um die nähere Ausfüllung der Formeln geht und um die Verwirklichung dessen, was in den Formeln beschrieben wird (besonders z.B. die Mitverantwortung von Kirche und Christen in Gesellschaft und Politik), versucht jede Seite, ihre eigenen Vorstellungen zu entwickeln und eigene Schwerpunkte zu setzen. Hier weichen auch die Sprachregelungen voneinander ab und treten in Gegensatz zueinander, und das praktizierte Miteinander ist von Spannungen gekennzeichnet. Natürlich fällt es so unterschiedlichen Partnern wie dem atheistischen DDR-Staat und der Kirche in der DDR nicht leicht, das verbindende "in" in der Formel "Kirche im Sozialismus" zu definieren und zu praktizieren, so daß beide Seiten von ihrem Vorverständnis her das Miteinander rechtfertigen können. Sowohl die Praxis als auch die Stellungnahmen zeigen, daß Kirche und Staat mit dem Problem ihrer Partnerschaft nicht fertig geworden sind. Ebenso aber läßt sich feststellen, daß man beiderseits bemüht ist, sowohl theoretisch als auch praktisch notwendige Klärungen herbeizuführen, um unter Aufrechterhaltung ideologischer Trennungen und Abgrenzungen zu einer Zusammenarbeit und Gemeinsamkeit zu kommen. Im folgenden soll an Schwerpunkten aufgezeigt werden, wie dieser Prozeß der Verständigung und der Abgrenzung verlaufen ist.

a) Politische Mitverantwortung der Kirche im Sozialismus

I. Das gesellschaftliche Engagement der Kirchen

Auf die oben im anderen Zusammenhang dargestellten Beiträge in den Vorbereitungsmaterialien von Nairobi der theologischen Studienabteilung (ThSA), besonders derjenigen von S. Rackow, H. Falcke, G. Krusche, Christa Grengel und J. Ziemer, ist hier noch einmal zu verweisen. Aus ihnen ergibt sich, daß die Kirchen mit ihren Gemeinden und Christen in ihrer Gesellschaft eine Mitverantwortung beanspruchen und auch konkret wahrnehmen. Sie sind bereit, zusammen mit gesellschaftlichen und politischen Kräften an der Lösung von Aufgaben zu arbeiten und die Christen zu ermutigen, in politischen und gesellschaftlichen Organisationen mitzuarbeiten. Im Bund und in den Kirchen in der DDR ist nicht oder kaum noch streitig, daß Politik und Glaube aufeinander bezogen sind. In seinem Bericht vor der Synode des Bundes 1975 stellte Bischof Hempel fest: "Daß politische Ereignisse ... mit dem christlichen Glauben etwas zu tun haben und deshalb eine kirchliche Stellungnahme nötig machen können, wird ... kaum

grundsätzlich in Frage gestellt." 73 In seinem Vortrag vor dem Mitarbeiterkonvent der Evangelischen Kirche in Berlin-Brandenburg formuliert Schönherr ähnlich: Ein umfassender Glaubensgehorsam schließt auch das Politisch ein, und: wenn die Kirche nicht versagen will, dann muß sie "Kirche nicht nur in der Welt, sondern auch für die Welt" sein 74. Die Wahrnehmung politischer Mitverantwortung wollen die Kirchen in der DDR als einen spezifisch kirchlichen Auftrag verwirklichen und dabei weder den verpflichtenden Ruf des Evangeliums überhören, noch die vom Evangelium her gesetzten Grenzen für ihre politische Kompetenz überschre ten 75. Dennoch sehen die Kirchen in der DDR, daß ihre Bereitschaft, sich politisch zu engagieren, problematisch ist. Das "Wie" des Engagements kann im Einzelfall umstritten sein 76. Wohl kann man sich darauf verstehen, für den Frieden einzutreten und zum Friedensdienst zu rufen, Ausbeutung, Völkerhaß und Unterdrückung zu verurteilen, die Verletzung von Menschenrechten anzuklagen und im diakonischen Dienst soziale Aufgaben wahrzunehmen. Es ist aber nicht immer einfach, die Gemeinden und Christen davon zu überzeugen, daß ein Aufgreifen der vom DDR-Staat verfolgten politischen Themen oder Ziele nicht opportunistische Anpassung einer staatsgehörig gewordenen Kirchenführung ist. Das gilt besonders, weil in der Berichterstattung über kirchliche Verlautbarungen kritische Passagen unerwähnt bleiben und damit der Öffentlichkeit das Bild einer akklamierenden Kirche suggiert wird 77. Dem politischen Partner gegenüber ist es schwierig, glaubwürdig darzustellen, daß Kritik an Zuständen im eigenen Land nicht mit einer politischen Opposition zu verwechseln ist, die sich gegen den Führungsanspruch der Partei oder die Macht der Regierung richtet und damit konterrevolutionären Charakter hätte. So waren die Kirchenleitungen bemüht, ihr politisches Engagement in Stellungnahmen u.a. sowohl den Gemeinden und Christen als auch dem staatlichen Partner gegenüber als kirchlich gebotenes Handeln zu erläutern.

Der Bericht der Kirchenleitung der Kirchenprovinz Sachsen vor der Synode im Herbst 1975 geht in einem besonderen Abschnitt auf die "Mitverantwortung der Gemeinde in unserer Gesellschaft" ein und versucht konkret das Eintreten der Kirche für Frieden als "Friedensdienst im Namen unseres Herrn" zu kennzeichnen. Der Kirche ist dieser Dienst als "Erziehung zum Frieden" aufgetragen, womit mehr als ein "Schulprogramm für die Jugend" gemeint ist. Der Bericht bewertet in diesem Zusammenhang unter der Überschrift "Frieden in Europa" auch die Schlußakte von Helsinki. Die Aussage weicht von denen des sozialistischen Lagers deutlich ab. So wird hier nicht die These vertreten, daß die zehn Prinzipien identisch sind mit den Prinzipien der friedlichen Koexistenz als politischem Verhaltenskodex zwischen kapitalistischen und sozialistischen Staaten. Dagegen heißt es:

"Der Frieden ist unteilbar - darum sind die politischen, wirtschaftlichen, kulturellen und humanitären Aspekte in ihrem dialektischen Aufeinanderbezogensein formuliert worden; wir betrachten die Schlußakte als ein Ganzes, aus dem nicht Einzelaussagen willkürlich herausgerissen werden sollten. So sind auch die 10 Prinzipien als Grundsätze einer Friedensordnung einer ganzen Welt gemeint."

Auch zur Bedeutung des Korbes 3 wird keineswegs die These übernommen, daß die DDR

76. Darauf weisen sowohl Hempel als auch Schönherr hin, a.a.O.

^{73.} epd-Dok 49/75, S. 21. 74. epd-Dok 9/76, S. 45.

^{75.} Hempel, a.a.O. epd-Dok, 49/75, S. 23.

^{77.} Diese Feststellung im Bericht der Kirchenleitung der Kirchenprovinz Sachsen aus dem Jahre 1974 gilt auch uneingeschränkt 1975.

in diesem Bereich keinen Nachholbedarf habe, noch weniger wird der Priorität zugestimmt: erst Sicherheit und Abrüstung, dann humanitäre Erleichterungen. Der Kirchenleitungsbericht erkennt zwar an, daß "eine ganze Reihe der Ziele, die in dem letzten Teil der Schlußakte genannt sind ... in der DDR bereits verwirklicht (sind)". Dann aber heißt es: "doch bleiben noch viele Wünsche offen". Für die staatliche Seite ist es bisweilen ärgerlich, daß die Kirche ihren eigenständigen Beitrag mit kritischen Bemerkungen vorträgt. Die Gemeinden und Christen dagegen sind unzufrieden, wenn die Stimme der Kritik nicht mit der erhofften und gewünschten Deutlichkeit zum Ausdruck kommt. Der Weg der Kirchenführungen ist kompliziert und sie sind sich dessen bewußt.

"Unsere Kirche hat viel Mühe aufgewandt, ihren Weg in der sozialistischen Gesellschaft der DDR zu finden und zu gehen. Sie hat sich ihre Entscheidungen wahrhaftig nicht leicht gemacht und ihren Weg immer und immer wieder überdacht. Es lag ihr daran, in der Nachfolge Christi zu bleiben. Darum hat sie sich immer wieder an Jesus Christus zu orientieren gesucht, der nicht den Weg der vielen, sondern seinen eigenen Weg ging und sich dabei weder auf die Seite der sich politisch anpassenden Hierarchie noch auf die Seite der sich feindlich

absetzenden Zeloten ziehen ließ.

Ein Bekenntnis zu unserem Staat und seiner Politik oder zum Sozialismus kann eine Kirche nicht ablegen. Bekenntnis bedeutet für uns eine unbedingte Anerkennung und eine uneingeschränkte Vertrauens- und Gehorsamsbindung ... Etwas anderes ist indessen die Bejahung unseres Staates als des Inbegriffs der gesellschaftlichen Verhältnisse, in denen wir nach Gottes Willen als Christen leben und für die wir uns nach Gottes Gebot mitverantwortlich wissen sollen." 78

II. Der ideologische Gegensatz

Der DDR-Staat nimmt das politische Engagement der Kirchen nicht nur hin, er versucht es für sich und seine Ziele dienstbar zu machen. Die früheren Tendenzen, der Kirche jedes Recht zu eigenen Stellungnahmen im gesellschaftlichen und politischen Bereich streitig zu machen, sind kaum noch spürbar. Statt dessen werden Gemeinsamkeiten zwischen staatlichen und kirchlichen Bemühungen um eine Friedensordnung, den Kampf gegen die Verletzung von Menschenrechten u.a. propagandistisch ausgewertet. Die Christen werden in das Bündnissystem der gesellschaftlichen Kräfte mit einbezogen; ihr Glaube steht der praktischen Gemeinschaft von Marxisten und Christen nicht im Wege. Dies wird dann auch in der theoretischen Diskussion des wissenschaftlichen Atheismus klar ausgesprochen:

"Atheistische Erziehung darf in der Gegenwart nicht außer acht lassen, daß der religiöse Glauben für den Marxisten kein Kriterium ist, um einen Menschen als Gegner oder Feind anzusehen." ... "Im Kampf für Frieden, Menschlichkeit und sozialen Fortschritt ist der christliche Werktätige für den Marxisten ... Freund, Kampfgefährte und Bruder."79

Der "Bruder", "Freund" und "Kampfgefährte" soll natürlich nicht durch eine ihn attackjerende atheistische Propaganda irritiert werden. Sie wird darum publi-

78. Aus dem Bericht der Kirchenleitung der Kirchenprovinz Sachsen 1974. 79. W. Lange zitiert nach Ruth Zander: Die Verstärkung der staatlichen Erziehung seit dem XXIV. Parteitag der KPdSU und dem VIII. Parteitag der SED. Strategie und Tendenzen. Vervielfältigter Maschinenskript des Sekretariats des Bundes der Ev. Kirchen in der DDR (USB 622/75).

315

zistisch zurückgenommen ⁸⁰. Das bedeutet allerdings keinen Verzicht auf die atheistsche Erziehung im Schul- und Universitätsbereich. Als Beispiel sei aus dem Themei bereich 5 eines Lehrprogramms für das Lehrgebiet des wissenschaftlichen Atheismu an den Universitäten und Hochschulen der DDR hingewiesen, das zum Thema "Atheismus, Religion und Kirche im Sozialismus" die Lerninhalte in thesenartigen Sätzen zusammenfaßt. Zu den Lehr- und Lerngebieten gehören:

- (1) "Die Ausbreitung der marxistisch-leninistischen Lehre in der sozialistischen Gesellschaft und ihre sozial-ökonomischen Grundlagen." Bei der Entfaltung dieses Lehrinhaltes ist auf folgende Einzelpunkte einzugehen:
- über das Absterben von Religion und Kirche im Sozialismus/Kommunismus
- über die Bedingungen des Absterbens von Religion und Kirche im Sozialismus
- Die subjektiven Faktoren des Absterbens von Religion und Kirche.
- Der Rückgang von Religiosität und Kirchlichkeit in der DDR.
- Die bürgerliche Verfälschung der Lage von Religion und Kirche in den sozialistischen Ländern.
- Kritik des ,religiösen Sozialismus'.
- Objektive und subjektive Ursachen für die Zählebigkeit der Religion.
- Die Entwicklung der sozialistischen Demokratie und die Veränderung der Religiosität der Bevölkerung.
- (2) "Die Notwendigkeit der wissenschaftlich-atheistischen Bildung und Erziehung im Sozialismus." In diesem Zusammenhang ist auf folgende Einzelheiten eingegangen worden:
- Die Unterordnung der atheistischen Bildung und Erziehung unter die Hauptaufgaben des Kampfes für den Sozialismus und gegen den Imperialismus.
- Die Dialektik von Zusammenarbeit von Marxisten und Christen einerseits und atheistischer Propaganda andererseits.
- (3) "Die Politik von Partei und Regierung gegenüber den Religionsgemeinschaften im Sozialismus." Hierzu gehören folgende Einzelthemen:
- Die Stellung der marxistisch-leninistischen Partei zu Religion und Kirche.
- Die Grundprinzipien der sozialistischen Staatspolitik gegenüber Kirchen und Religionsgemeinschaften.
- Die Trennung von Staat und Kirche, von Schule und Kirche.
- Die Glaubens- und Gewissensfreiheit im Sozialismus (Verfassung).
- Die Freiheit der Religionsausübung in der DDR.
- Die Herausbildung antiimperialistischer Positionen in der Kirche in der DDR und die Abgrenzung von den Kirchen in der BRD.
- Die Entwicklung des politischen Bewußtseins der sozialistischen Staatsbürger christlichen Glaubens.
- Die Vertiefung der Zusammenarbeit von Marxisten und Christen in der DDR81;

Die staatliche Haltung den Kirchen und ihrem politischen Engagement gegenüber ist von einem gewissen Widerspruch gekennzeichnet. Einerseits werden die Kirchen umworben. Man will sie auf eine dem Staat genehme politische Linie verpflichten. Andererseits bleibt ein kämpferischer Gegensatz, der sich besonders – aber nicht nin in den Erziehungsbereich auswirkt. Dieser Widerspruch mit seinem Einerseits und Andererseits findet in der praktischen Arbeit der Kirche seinen Niederschlag.

^{80.} Vgl. R. Henkys Informationsdienst des katholischen Arbeitskreises für zeitgeschichtliche Fragen e.V., Heft 73, 1975, S. 10.

^{81.} Das Lehrprogramm wurde von einem Arbeitskreis des Wissenschaftlichen Beirates für Marxismus-Leninismus beim Ministerium für Hoch- und Fachschulwesen unter Leitung von Olof Klohr erarbeitet (nicht veröffentlicht).

b) Spannungsfelder zwischen Kirche und Staat

I. Bildungsbereich

Auch wo einem Pessimismus oder einer Resignation für das Leben der Christen in der sozialistischen Gesellschaft nicht das Wort geredet wird, weiß man doch, daß für die Kirchen mit ihren Gemeinden und Christen die Begegnung mit dem Marxismus-Leninismus "todernst" ist 82. Besonders auf dem Bildungssektor zeigten sich fortgesetzt Spannungen, die Ende 1974 und 1975 zu einigen spektakulären Schritten der Kirchen in die Öffentlichkeit führten.

(1) Das Kanzelwort der Kirchenleitungen der Kirchenprovinz Sachsen. Vorgeschichte, Wortlaut und Rechenschaftsbericht der Kirchenleitung über die Verabschiedung des Wortes müssen zusammen gesehen werden, wenn man das Wort richtig einordnen und einschätzen will. Bereits auf der Herbst-Synode 1974 gab die Kirchenleitung einen sehr ernsten Bericht über die Situation auf dem Erziehungssektor. Es heißt dort u.a.

Zu den "schwerwiegenden Problemen" gehört noch immer die Situation auf dem Gebiet des Bildungswesens. Fast in jedem Kirchenleitungsbericht mußte davon gesprochen werden, und zwar nicht etwa, weil die Kirchenleitung Freude an der Polemik hätte. Die Lage auf dem Bildungssektor hat für viele christliche Eltern und Kinder etwas Bedrückendes. Wir haben diese Situation immer wieder Vertretern unseres Staates vorgetragen. Wir erhielten dabei stets zur Antwort, es handele sich hierbei um Überspitzungen einzelner, Diskriminierungen christlicher Schüler und Druckausübung auf christliche Eltern sei nicht im Sinne der staatlichen Bildungspolitik, von einem "christenfeindlichen Klima in der Schule" zu sprechen, sei eine an Verleumdung grenzende Verallgemeinerung von Einzelvorkommnissen, die faktisch Wasser auf die Mühlen der gegen die DDR gerichteten Propaganda leite. Wir möchten nicht in Frage stellen, daß diese uns gegebenen Auskünfte den Grundsätzen der staatlichen Bildungspolitik entsprechen, wie sie immer wieder in der Öffentlichkeit ausgesprochen worden sind. Es ist uns auch bekannt, daß es in vielen Schulen keine besonderen Schwierigkeiten für christliche Schüler gibt. Wir danken den Lehrern, die die Glaubenshaltung ihrer Schüler achten. Aber wir können nicht übersehen und verschweigen, daß sich mancherorts unterhalb der Ebene der Öffentlichkeit ein zermürbender Kleinkrieg gegen christliche Eltern und deren Kinder abspielt. Das fängt damit an, daß durch Maßnahmen der Schule der Schulanfängergottesdienst oder die Christenlehre faktisch unmöglich gemacht wird, und geht über primitive Verächtlichmachungen des christlichen Glaubens, denen die Schüler wehrlos ausgesetzt sind, bis zu der Aufforderung an Schüler, sich zwischen Staat und Kirche (!) zu entscheiden. Die Kirchenleitung ist bereit, die Synode über die ihr bekannt gewordenen Fälle zu informieren, wobei zu bedenken ist, daß sie nur einen kleinen Teil derartiger Vorkommniss erfährt, da die Eltern derart verängstigt sind, daß sie aus Sorge, ihren Kindern könnten Nachteile erwachsen, die Pfarrer und Katecheten bitten, nur ja nichts davon weiterzusagen. Wenn unser Staat durch sein einheitliches Bildungssystem ein Zusammenwirken aller Kräfte in unserer Gesellschaft erreichen will, so darf die atheistische Erziehung nicht integrierender Bestandteil dieses Bildungssystems sein. Sonst würde das Gewissen Andersdenkender bedrückt und die Glaubensfreiheit eingeschränkt. Wir sind ratlos: wir sollen (und möchten gern!) am Aufbau einer Gesellschaft mitwirken, in der der Mensch des Menschen Freund sein kann, und erleben es, wie hier Menschen im Innersten gekränkt, verwundet und geängstigt werden, die nichts anders wollen, als mit ihren Kindern frei ihres Glaubens zu leben. Wir möchten die Hoffnung nicht aufgeben, daß es auf seiten der schuli-

^{82.} Schönherr in seinem Wort an die Synode, epd-Dok. 22/75.

schen Stellen zur Einsicht kommt und auch die christlichen Kinder froh, unbedrückt und ungeängstigt leben und lernen können.

Aufgrund des Berichtes erteilte die Synode der Kirchenleitung den Auftrag, ein Wort der Seelsorge und Information an die Gemeinden zu richten. Nach sorgfältiger Vorbereitung wurde das Wort beschlossen und zur Verlesung von den Kanzeln am Sonntag Lätare (9. März 1975) bestimmt. Das Wort hatte folgenden Wortlaut:

GEGEN INTOLERANZ, FÜR ZUSAMMENARBEIT VON CHRISTEN UND MARXISTEN

Ein Kanzelwort der Magdeburger evangelischen Kirchenleitung Vom 9. März 1975

1.1 Die Schulen und Bildungseinrichtungen in der DDR sehen in der ideologischen Erziehung auf der Grundlage der marxistischen Weltanschauung ihre vornehmste Aufgabe. Erklärtes Erziehungsziel ist die sozialistische Persönlichkeit. Gleichzeitig aber gesteht die Verfassung der DDR jedem Bürger "unabhängig von ... seiner sozialen Herkunft und Stellung, seinem weltanschaulichen oder religiösen Bekenntnis, die gleichen Rechte und Pflichten" zu und gewährt allen Bürgern "die Gewissens- und Glaubensfreiheit".

Als Mitglied der UNO bekennt sich unser Staat zu dem Recht der Eltern, "in erster Linie ... die Art der ihren Kindern zuteil werdenden Bildung zu bestimmen". Darum ist es konsequent, daß sich führenden Vertreter unseres Staates im Gespräch mit der Kirchenleitung immer wieder vom Verhalten solcher Lehrer distanzieren, die christliche Kinder in der Schule bedrängt oder benachteiligt haben. Zwischen ideologischer Erziehung, dem Erziehungsrecht der Eltern und der garantierten Gewissens- und Glaubensfreiheit ergeben sich Spannungen, die von Lehrern und Erziehern ein hohes Maß an pädagogischer Verantwortung und Weisheit fordern, damit sie die Schüler anderen Glaubens oder anderer Überzeugungen nicht verletzen, sie nicht in einen Gegensatz zu ihren Eltern bringen und ihre Autorität nicht dazu ausnutzen, die Kinder von der Teilnahme an religiösen Handlungen abzuhalten oder sie zu behindern.

1.2 In der Praxis zeigt sich jedoch, daß das Verhalten einzelner Lehrer und Schulleiter dem nicht entspricht: Unterrichtsstoffe werden vielfach dazu benutzt, den christlichen Glauben und die Kirche herabzusetzen. Da und dort werden Kinder, die am kirchlichen Unterricht teilnehmen, genötigt, sich vor der Klasse zu melden. Eltern und Kindern wird immer wieder wohlmeinend geraten, die Teilnahme am kirchlichen Leben aufzugeben, um sich nicht weitere Bildungs- und Berufschancen zu verbauen. Gelegentlich werden Eltern und Kinder kurzfristig vor die Entscheidung gestellt, entweder Konfirmation oder Erweiterte Oberschule. Von Schülern, die leitende Funktionen in der FDJ oder der Pionierorganisation ausüben, wird erwartet, daß sie nicht mehr am Leben der Gemeinde teilnehmen. Christliche Eltern sind mancherorts in Elternvertretungen unerwünscht.

Diese beschwerliche Situation entmutigt viele Eltern und Kinder. Was immer wieder in Einzelfällen geschieht, spricht sich schnell herum und bestätigt bei vielen Gemeindegliedern den Eindruck, daß praktizierter Glaube trotz garantierter Glaubensfreiheit Benachteiligungen zur Folge hat,

- 1.3 Wir bedauern jegliche Diskriminierung junger Menschen in Schule und Beruf. Deshalb wollen wir allen Betroffenen Mut machen: Nehmt Eure verfassungsmäßigen Rechte wahr! Wir bitten Euch Eltern und Kinder: Nehmt es nicht unwidersprochen hin, wenn Kirche und christlicher Glaube entstellt und verkürzt dargestellt werden! Sucht das Gespräch mit den betreffenden Lehrern! Wenn das neue Jugendgesetz ausschließlich von sozialistischer Jugend und sozialistischer Persönlichkeit spricht, ist aufgrund der Verfassung dieses Wort so weit zu fassen, daß es eine gesellschaftliche Mitverantwortung aus christlichem Glauben mit einschließt.
- 2.1 Vor allem sollen wir uns von Jesus Christus Mut machen lassen. Wo er Menschen auf seinen Weg rief, erschien das oft als Zumutung. Die ihm aber folgten, haben immer wieder erfahren, daß sich gerade so sinnvolles Leben für sie auftat. Wenn wir damit rech-

nen, wird es zu einer zweitrangigen Frage, ob unseren Kindern und Jugendlichen eine Ausbildung gewährt wird, die ihren Gaben und Leistungen entspricht, oder ob sie ihnen versagt bleiben.

Wenn wir unsere Kinder so anleiten, als Christen zu leben, bringen wir sie nicht in einen prinzipiellen Gegensatz zur sozialistischen Bildung. Wir sollen aber auch keine Angst vor Konflikten haben, sondern mit unseren Kindern prüfen, welche Entscheidungen in der Orientierung an Christus zu treffen sind.

2.2 Das ist oft nicht leicht. Darum laßt uns als Gemeinde den Eltern und Jugendlichen beistehen. Bei uns sollen sie das beratende Gespräch finden und in Unsicherheit Begleitung, in Hilflosigkeit Geborgenheit, bei Fehlentscheidungen Verständnis und Bruderschaft er-

2.3 Ihr Eltern, isoliert Euch nicht, sondern sucht mit Euren Kindern das Angebot solcher Gemeinschaft. Laßt Euch nicht zu vorschnellen Festlegungen drängen, sondern haltet Euch die Möglichkeit zum Bedenken und zur Beratung offen. Nehmt Euch selber Zeit für Eure Kinder, denn die Jugend braucht Weggefährten, mit denen sie sprechen kann und die mitgehen. Bevormundet Eure Kinder nicht, sondern helft ihnen zu Entscheidungen, die sie selbst bejahen können. In dieser Weggemeinschaft mit Christus wachsen uns die Kräfte zu, die unsere Jugend braucht, um an Konflikten nicht zu zerbrechen, sondern an ihnen zu wachsen. Ihr Eltern, verunsichert Eure Kinder nicht durch Ängstlichkeit oder Resignation. Laßt Euch nicht in die Passivität drängen, arbeitet mit in Elternaktiven. weist die Lehrer auf Probleme in den Klassen hin. Setzt Euch nicht nur für Eure Kinder ein, sondern kümmert Euch um Leistungsschwache und Benachteiligte. Laßt keine Möglichkeit ungenutzt, Eure Kinder auch in der Schule zu begleiten.

2.4 Ihr Jugendlichen, überlegt gemeinsam mit Euren Eltern, erfahrenen Gemeindegliedern und mit Eurem Jugendkreis, wie ihr als Christen in Schule und Beruf leben könnt. Prüft Eure Begabungen, aber laßt Euch auch von Eurer Verantwortung für die Gesellschaft leiten, indem Ihr auch solche Berufe in Eure Überlegungen einbezieht, die für die Gesellschaft gerade heute besonders nötig sind. Laßt Euch nicht nur von materiellem Wohlstand und sozialem Ansehen bestimmen. Wenn Euch Euer Berufs- oder Studienwunsch versagt wird, dann prüft, welche Motive Euch leiten. Seid offen für andere Möglichkeiten und Vorschläge, soweit sie Euren Fähigkeiten entsprechen. Wenn sich ein Weg vor uns verschließt, werden uns in der Nachfolge oft überraschend neue sinnvolle Wege aufgetan. Laßt Euch deshalb nicht in schlechte Alternativen drängen. Jesus befreit uns zur Offenheit. Er macht uns erfinderisch, christliche Veranwortung in unserer Gesellschaft zu leben.

3. Unsere Jugend wächst in die Welt von morgen hinein, für die sich Aufgaben größten Ausmaßes abzeichnen. Nicht nur, daß unsere sozialistische Gesellschaft verantwortlich denkende und tolerante Menschen brauchen wird, damit "der Mensch des Menschen Freund sein" kann. Der Konflikt zwischen den Entwicklungsländern und uns reichen Industrienationen, die wachsende Not der Hungernden in der Welt, die aus der Industrialisierung erwachsende Umweltbedrohung, die Bewahrung und Herstellung des Weltfriedens werden die heranwachsende Generation vor große Anforderungen stellen. Unsere Frage muß sein, was Elternhaus, Schule und Gemeinde miteinander tun können, um unsere Jugend auf diese Aufgabe vor-

Weil es um die Einübung in diese Aufgaben geht, an denen Christen und Marxisten zusammenarbeiten müssen, ist ideologische Intoleranz, Bedrängung und Verletzung der Gewissen rückständig und zukunftsgefährdend. Wir bitten alle christlichen Eltern, das Gespräch und die Zusammenarbeit mit Lehrern und Schule zu suchen, damit in allen Spannungen Wege gefunden werden, wie wir die Verantwortung für die Jugend miteinander statt gegeneinander wahrnehmen und die Jugend in ihre Verantwortung für die Welt von morgen hineinführen können.

Das Wort wurde überall diskutiert und erregte erhebliches Aufsehen. Auch die kirchenleitenden Organe des Bundes sahen sich veranlaßt, die damit entstandene Spannung zwischen Staat und Kirche zu erörtern und sich in eigener Verantwortung mit staatlichen Stellen ins Benehmen zu setzen. Diese waren verärgert und

versuchten, den politischen Schaden möglichst klein zu halten. Die Kirchenleitung der Kirchenprovinz Sachsen legte vor der Herbstsynode 1975 über ihre Maßnahmen im Zusammenhang mit der Durchführung des synodalen Auftrags Rechenschaft ab. In dem Bericht heißt es u.a.:

BERICHT DER KIRCHENLEITUNG DER KIRCHENPROVINZ SACHSEN (AUSZUG)

... Die Kirchenleitung wollte den Gemeinden mit diesem Wort eine Hilfe geben. Es ging um die Klärung der Situation; es ging darum, darauf hinzuweisen, daß örtliche Übergriffe nicht dem erklärten Willen der staatlichen Organe entsprechen; es ging darum, Mut zu machen zu einem geraden Weg im Bekenntnis des Glaubens und zugleich darum, seelsorgerlich zu zeigen, daß sich in der Nachfolge Jesu neue Wege eröffnen, wo eigene Wünsche unerfüllt blieben. Es sollte deutlich werden, daß für den Christen die Verantwortung für die Zukunft im Mittelpunkt der Überlegungen zu stehen habe. Ausdrücklich betonte die Kirchenleitung, daß sie ermutigen wolle zur Zusammenarbeit von Familie, Schule und Gemeinde.

Gegen die Verlesung dieses Wortes haben staatliche Organe Einspruch erhoben. Die Kirchenleitung wurde offiziell aufgefordert, das Wort zurückzuziehen; Superintendenten ist erklärt worden, daß sie das Wort nicht an die Pfarrer weitergeben sollten. Der Grund für diese Intervention war die Auffassung, daß sich die Kirchenleitung mit einem solchen Kanzelwort in Bildungsfragen einmische, die allein staatlicher Aufsicht unterlägen, daß die Kirchenleitung mit einer solchen Überschreitung ihrer Kompetenz sich des Verfassungsbruchs schuldig mache; daß sie unzulässig Einzelfälle verallgemeinere und durch die Verlesung des Wortes in Kirchenkreisen, in denen keine Beschwerden vorlagen, den falschen Eindruck erwecke, als habe es auch dort derartige Vorfälle gegeben; daß die Kirchenleitung mit einem solchen Wort, zwei Monate vor dem 30. Jahrestag der Befreiung vom Faschismus, eine Stellungnahme gegen das sozialistische Bildungssystem abgebe; daß mit dem Verfahren der kurzfristigen Ausgabe und der Bezugnahme auf den Predigttext aus Galater 5 auf Praktiken der 50iger Jahre zurückgegriffen werde.

Die Kirchenleitung hat sich am 7.3.1975 mit diesen Vorwürfen eingehend befaßt. Der Vorwurf, dies Wort sei verfassungsfeindlich, mußte zurückgewiesen werden. Die Kirchenleitung hat in der ihr aufgetragenen eigenen Verantwortung für die kirchliche Erziehung und die Berufsfindung junger Christen das Gespräch mit den Kirchengemeinden gesucht. Aus dem Wortlaut ging hervor, daß es sich nicht um einen Angriff auf das sozialistische Bildungssystem handelte. Ebensowenig ist dieses Wort eine politische Stellungnahme in der Zeit der Vorbereitung auf den 30. Jahrestag der Befreiung vom Faschismus gewesen. Daß es erst in der Passionszeit verlesen werden konnte, lag an dem Verfahren. Reiflich mußte auch erwogen werden, ob das Wort auch in den Kreisen verlesen werden sollte, aus denen keine Beschwerdefälle bekannt geworden waren. Die Kirchenleitung fühlte sich in dieser Entscheidung gebunden an den Beschluß der Synode, der eine Anrede an alle Gemeinden vorsah; sie war der Überzeugung, daß diese Frage um der Gemeinschaft in unserer Kirche willen alle angehe. Da die Kirchenleitung also nach genauester Prüfung erklären mußte, daß die Interpretation des Wortes durch die staatlichen Stellen die Absicht und den Charakter des Wortes verkenne, hat sie ihre Entscheidung festgehalten, daß das Wort von allen Kanzeln in der Kirchenprovinz Sachsen verlesen werden sollte.

Im ganzen ist dieses Wort von den Gemeinden richtig verstanden worden. Die Kirchenleitung hat eine große Anzahl von zustimmenden Äußerungen erhalten. In etwa 95% der
Kirchengemeinden ist das Wort bekanntgegeben worden. Gespräche darüber sind in Gang
gekommen. Die Kirchenleitung hat die Anregung gegeben, daß in diesem Winter Elternseminare stattfinden sollen, die Gelegenheit geben werden, Fragen der christlichen Erziehung und Elternverantwortung zu besprechen. Dazu wurden von der Praxisberatung
(in Zusammenarbeit mit einem Expertenkreis) Arbeitshilfen vorbereitet, die inzwischen
schon auf Vorbereitungstagen in den Propstsprengeln vorgestellt werden konnten.

Von einzelnen Pfarrern und Gemeindekirchenräten wurde der Aufforderung zur Verlesung nicht Folge geleistet. Es kam dabei zu sehr intensiven Gesprächen, weil hier Grundsatzfragen berührt wurden. Wo das Wort nicht verlesen wurde, geschah es meist in Berufung auf die Eigenverantwortung der Gemeindeleitungen, die die örtliche Situation besser kenne und also besser als eine zentrale Instanz beurteilen könne, ob ein solches Kanzelwort hilfreich sei oder auch nicht. In manchen Fällen berief sich auch ein Pfarrer auf sein Gewissen, das ihn zu einem solchen Widerspruch veranlasse. Diskutiert wurde weiter, ob eigentlich eine Kirchenleitung ein "Hirtenwort" erlassen könne: ein Kanzelwort des Bischofs sei legitim, aber nicht eines der Kirchenleitung.

Die Kirchenleitung hat die Absicht, die Frage des Bildungswesens nicht zum Dauerthema zu machen. Wir hoffen, daß ein besseres Verstehen im Lebensprozeß unserer Gesellschaft wächst. Dies wird hoffentlich dazu führen, daß Christen nicht nur da, wo sie im Produktionsprozeß stehen, sondern auch dort, wo sie lehren und lernen, in ihrem Christ-Sein voll anerkannt werden. In dieser Erwartung sind wir uns einig mit der Synode des Bundes der Evangelischen Kirchen in der DDR, die die Konferenz der Kirchenleitungen gebeten hat, "Sachgespräche mit kompetenten staatlichen Gesprächspartnern zu führen" unter der Grundsatzfrage, wie im sozialistischen Bildungssystem die Respektierung des Andersdenkenden besser verwirklicht werden kann.

(2) Brief der Synode der Evangelischen Kirche in Berlin-Brandenburg an die Gemeindekirchenräte.

In den übrigen Gliedkirchen war die Lage nicht viel anders. Aus dem Bereich der Ev.-Luth. Landeskirche Sachsens waren Beschwerden bekanntgeworden und staatlichen Stellen bereits Ende 1974 vorgetragen. Auch in dem Kirchengebiet Görlitz kam es zu Auseinandersetzungen zwischen Staat und Kirche.

Die Synode der Evangelischen Kirche in Berlin-Brandenburg hat sich ausführlich mit dem Problem der Benachteiligung junger Christen auf den Schulen, Universitäten und den anderen Ausbildungsstätten befaßt. Es lagen zu diesem Problembereich eine Reihe von Anträgen aus Kreissynoden vor, die von der Unruhe in den Gemeinden Zeugnis ablegten. Der Bericht der Kirchenleitung nahm das Thema auf und sprach von "Schwierigkeiten und Belastungen … für christliche Eltern, Kinder und Jugendliche auf dem Gebiet der Volksbildung"83. Die Ursache wird in dem erklärten Erziehungsziel gesehen, das in der "Herausbildung der sozialistischen Persönlichkeit (liegt), die fest auf der Grundlage des Marxismus-Leninismus steht und diese Überzeugung aktiv verficht." Auch Bischof Schönherr ging in seinem Wort vor der Synode auf das Problem ein und bedauerte die "harte Durchsetzung des sozialistischen Erziehungszieles". Die Synode beschloß einen Brief an alle Gemeindekirchenräte, der im Wortlaut dem Staatssekretär für Kirchenfragen mit einem Begleitschreiben bekanntgegeben werden sollte. Der Brief an die Gemeindekirchenräte und das Begleitschreiben hat folgenden Wortlaut 84:

Liebe Schwestern und Brüder!

Vom 4. bis 8. April sind wir in Berlin zu unserer diesjährigen gesamtkirchlichen Synodaltagung zusammen gewesen. Aus unseren Beratungen wollen wir Ihnen mit diesem Brief zugleich einen Teilbericht geben. Wir bitten Sie, ihn in Ihren nächsten Gemeindekirchenratssitzungen ausführlich zu besprechen. Darüber hinaus sollen auch alle Kreise in der Gemeinde, die es an-

^{83.} epd-Dok. 22/75, S. 27. 84. epd-Dok. 22/75, S. 49ff.

geht, mit dem Inhalt dieses Briefes vertraut gemacht werden. Zu Ihrer eigenen Beratung wird also auch gehören, dafür geeignete Möglichkeiten ausfindig zu machen.

Es geht um folgende Fragen:

Wie können wir unseren Kindern, Jugendlichen und deren Eltern in den Schwierigkeiten und Belastungen auf dem Gebiet des Bildungswesens und der Berufsausbildung beistehen?

Wie können und sollen wir uns alle miteinander in den Erziehungsfragen als lebendige Gemeinde des Herrn bewähren?

Welchen Auftrag haben wir da in der Nachfolge Christi als Bürger des sozialistischen Staates, in den wir gestellt sind und in dem wir leben?

Zu diesen Fragen haben die Synode des Bundes der Evangelischen Kirchen in der DDR und ebenso unsere eigene Berlin-Brandenburger Synode in den vergangenen Jahren schon mehrfach verbindliche Erklärungen abgegeben.

Auf unserer gegenwärtigen Tagung lagen uns auch besondere Anträge aus mehreren Kreissynoden vor. Diese Anträge hatten zum Inhalt, daß wir als oberstes Leitungsorgan unserer Kirche während dieser Tagung zu den weiteren Ereignissen und Entwicklungen auf dem ge-

nannten Gebiet Stellung nehmen.

Diesen Anträgen haben wir entsprochen. Die Synode hat sich mit den genannten Fragen in dem Maß, wie es ihr möglich war, befaßt. Ein besonderer Tagungsausschuß für Erziehungsfragen hat ihr darin zugearbeitet. Die Beratungen bestätigen, daß diese Fragen unsere ganze Kirche betreffen. Die Anträge haben also eine Situation beleuchtet, die tatsächlich einen erneuten Versuch gesamtkirchlicher Orientierung und Hilfestellung dringend erforderlich macht.

Schon im Bericht der Kirchenleitung ist darauf hingewiesen worden, daß für christliche Eltern, Kinder und Jugendliche weithin Schwierigkeiten und Belastungen auf dem Gebiet des Bildungswesens und der Berufsausbildung bestehen. Sie ergeben sich daraus, daß unser Staat das erklärte Erziehungsziel hat, sozialistische Persönlichkeiten heranzubilden, die fest auf der Grundlage des Marxismus-Leninismus stehen. Christliche Eltern und Jugendliche können und dürfen nicht verleugnen, daß Jesus Christus allein Herr ihres Lebens ist. Damit sind unvermeidliche Konflikte gegeben, die freilich zum Teil in gemeinsamer Bemühung von Christen und Marxisten unter voller Ausschöpfung der Möglichkeiten der staatlichen Gesetzgebung im Bildungssektor gelöst werden konnten. Der Lösung solcher Konflikte galten auch vielfach Verhandlungen des Bischofs und die regelmäßigen Gespräche des Präsidenten und der Dezernenten des Konsistoriums sowie der Generalsuperintendenten mit den Räten der Bezirke und dem Magistrat von Berlin.

Der Bericht der Kirchenleitung stellt als wichtigste Aufgaben der Gemeinde in dieser Lage heraus: "Die Gemeinde hat dreierlei zu tun:

1. Kindern, Jugendlichen und ihren Eltern in jeder Weise beizustehen;

2. überzeugend werden zu lassen, daß es uns dabei nicht um bürgerliche Vorrechte oder Privilegien für die Kirche geht, sondern um Gerechtigkeit für alle, auch in den Fragen der Bildungs- und Berufsmöglichkeiten, nämlich sowohl um der einzelnen Menschen willen, als auch zum besten unserer Gesellschaftsordnung im ganzen; wir haben aber auch

3. nicht vergessen, daß Gott, wenn unsere Möglichkeiten an die gegebenen Grenzen ge-

stoßen sind, immer noch Wege sinnerfüllten Lebens eröffnen kann."

Mit Dank wird dann durch die Kirchenleitung festgestellt, "daß Jugendliche da sind, die auch nach harten Brüchen in ihrer Ausbildung den Glauben nicht aufgegeben haben, sondern auf den Berufswegen, die sie sich nicht selbst haben wählen können, Gottes Führung neu entdeckten".

Wir nehmen diese Ausführungen der Kirchenleitung gerne auf und geben sie als Dank für alle erwiesene Treue und als Ermutigung für alle Eltern, Kinder und Jugendliche weiter. Unser Bischof hat in seinem Wort an die Synode, das alle Gemeinden lesen sollten, u.a.

gefragt:

"Hat die Begegnung von Christen und Nichtchristen, wie sie sich in der Minderheitensituation ständig ereignet, nicht auch einige erstaunlich positive Seiten? Wir sind aufgefordert, kla herauszustellen, was spezifisch christlich ist, worin wir Gemeinsamkeiten sehen und worin wir verschieden denken. Wir erleben Zusammenarbeit, ohne die Gefahr der Glaubensvermischung. Die Frage wird ständig offengehalten, ob der christliche Glaube aus der Befreiung

durch Christus kommt oder ob er an seinem menschlichen Gegenüber fixiert ist, ob er eine auch den anderen umfassende Hoffnung für alle darstellt und darum in der Liebe konkret wird oder ob er die Ideologie einer Gruppe oder sozialen Schicht der Gesellschaft ist."

Der Bischof hat damit die Schwierigkeiten unseres Daseins als Christen im Sozialismus nicht verharmlosen wollen. Aber er ermutigt uns, die Begegnung mit dem Marxismus-Leninismus ernst zu nehmen, die uns nötigt, durch unser ganzes Leben deutlich zu machen, "woraus wir leben". Er fährt dann fort: "Darum und nicht um irgendwelcher Machtpositionen willen meine ich, daß der christliche Glaube gesellschaftliche Bedeutung hat, mehr als wir vielleicht ahnen, und uns ausrechnen können. Weil – in der Tat – durch uns jedermann erkennen' soll, kann und wird, was es mit Christus ist."

Um den Eltern, Jugendlichen und Kindern in den Gemeinden in diesem Sinne zu helfen, hat die Synode einen Ausschuß beauftragt, Entwürfe zu erarbeiten, die eine Grundlage für die fälligen Gespräche mit den betroffenen Eltern, Kindern und Jugendlichen sein können. Wir erwarten aber, daß Sie in Ihren Gemeinden auch schon selbständig in dieser Richtung arbeiten.

Wir fügen diesem Brief eine Sammlung aller derjenigen in der DDR geltenden gesetzlichen Bestimmungen bei, deren Kenntnis zur Behebung von Schwierigkeiten im Bereich des Bildungswesens und der Berufsausbildung wichtig ist. Sie sollten allen Eltern so zugänglich gemacht und erläutert werden, daß sie sich bei etwa nötigen Verhandlungen mit Vertretern der Schule und des Staates darauf beziehen können.

Bei dem allen geht es uns – wie auch im Kirchenleitungsbericht gesagt – auch um das Beste unserer Gesellschaftsordnung und ihrer weiteren Entwicklung. Unser Hauptauftrag ist, daß wir in ihr lebendige Gemeinde des Herrn sind, die aus seiner Gegenwart lebt und ihm in seinem Dienst an den Menschen folgt.

In dem Gottesdienst, der in der Mitte unserer Synodaltagung stand, ist uns das Wort aus dem Johannis-Evangelium (Kap. 21,12) ausgelegt worden: "Sie wußten, daß es der Herr ist".

Von den Jüngeren ist das gesagt, die in der Begegnung mit dem Auferstandenen zu dieser Erkenntnis kamen. Von daher ist unser Gebet für Sie und uns alle, daß wir in der Erkenntnis des lebendigen Herrn allezeit wachsen. Er ist auch heute und morgen mitten unter uns. Wir dürfen uns ihm ganz und gar anvertrauen.

Sehr geehrter Herr Staatssekretär!

In der Anlage übersenden wir Ihnen einen Brief an die Gemeindekirchenräte unserer Evangelischen Kirche in Berlin-Brandenburg.

Wir bitten Sie, aus diesem Brief zu ersehen, daß in den Gemeinden eine tiefe Unruhe über Schwierigkeiten und Belastungen auf dem Gebiet des Bildungswesens und der Berufsausbildung besteht. Wir sind auf unsere Weise – auch durch den beigefügten Brief – darum bemüht, zur Lösung entstandener Konflikte beizutragen und künftige so weit wie möglich

Wir wären Ihnen dankbar, wenn Sie, sehr geehrter Herr Staatssekretär, auch weiterhin an der grundsätzlichen und praktischen Behebung der Schwierigkeiten mitwirken würden.

Bereits am 17. November 1974 wurde in allen katholischen Gottesdiensten im Gebiet der DDR ein Hirtenbrief der Berliner Ordinarienkonferenz verlesen⁸⁵.

II. Ungeklärte Fragen zwischen Kirche und Staat

Atheismuspropaganda und Benachteiligungen junger Christen waren nicht die einzigen Schwierigkeiten im Verhältnis von Staat und Kirche. Daneben gab es eine ganze Reihe von weiteren Einzelpunkten, die nicht befriedigend gelöst werden konnten. Dazu gehörte das Problem der Literatureinfuhr. Für die Kirchen

^{85.} Herder-Korrespondenz 1975, S. 23ff.

in der DDR hat diese Frage besonderes Gewicht, weil hier die Informationsfreiheit berührt wird. Vorhandene Sondergenehmigungen zur Einfuhr ökumenischer und anderer theologischer Literatur erkannten die Kirchen nicht als ausreichend an. Die Bemühungen führten zu keinem Ergebnis. Auch bei Druckgenehmigungen verliefen die Verhandlungen vielfach ergebnislos. So mußte z.B. die Evangelische Kirche in Berlin-Brandenburg weiterhin auf ein eigenes Amtsblatt verzichten. Die Bibelrüsten konnten auch nicht immer und überall ungehindert durchgeführt werden. In mehreren Gliedkirchen wurde Fälle bekannt, in denen staatliche Stellen der Durchführung Hindernisse in den Weg legten.

Eine Seelsorge für die Angehörigen der Nationalen Volksarmee und für die Abgeordneten in den Volksvertretungen ist (natürlich) nicht vorgesehen. Auf der Synode der Ev.-Luth. Landeskirche Sachsens wurde danach immerhin in aller Öffentlichkeit gefragt. Die Antworten konnten nur nichtssagend ausfallen. Etwas günstiger gestalten sich die Möglichkeiten einer Seelsorge in den Strafanstalten. Eine Reihe von Büchern religiösen Inhaltes sind in die Büchereien der Haftanstalten aufgenommen. In Rostock wurde für die Einrichtung einer Strafanstaltsseelsorge eine Zusage gegeben. Und ein Pastor konnte im Jahresbericht 1975 des Evangelischen Oberkirchenrats (Schwerin) von seiner Tätigkeit als "Strafvollzugseinrichtungs-Seelsorger" in einer Strafanstalt berichten. Das sind Anfänge, die hoffen lassen, daß jedenfalls auf dem Gebiet der Gefangenenseelsorge Staat und Kirche zu Absprachen oder Vereinbarungen kommen.

Ein ebenso zentrales wie ungelöstes Problem ergibt sich für die Kirchen in der DDR im Blick auf die entstehenden "Neubaustädte". Es fehlt an Kirchen, Gemeindehäusern oder auch nur bescheidenen Arbeitsräumen für den kirchlichen Verkündigungsdienst. Verhandlungen mit staatlichen Stellen haben keine Lösungsmöglichkeiten aufgezeigt. Auf dieses Problem geht der Bericht der Kirchenleitung der Evangelischen Kirche in Berlin-Brandenburg 1975 ausführlich ein⁸⁶ und bringt als Beispiel ein geplantes Neubaugebiet, in dem für über 100000 Menschen Wohnungen geplant sind. Für eine Stadt dieser Größenordnung stehen im Normalfall 16 Pfarrer und eine große Anzahl weiterer kirchlicher Mitarbeiter zur Verfügung. Wörtlich heißt es in dem Bericht: Es ..ist ... uns nicht recht verständlich, daß es bisher zu keiner Absprache mit den staatlichen Stellen gekommen ist, die der Kirche einen Platz in einer solchen Stadt einräumt. Noch immer besteht hier keine Verabredung, die eine Einplanung der kirchlichen Belange als möglich erscheinen läßt, obwohl der Bedarf mündlich und schriftlich sowohl beim Oberbürgermeister (Berlin) als auch beim Staatssekretär für Kirchenfragen rechtzeitig angemeldet worden ist."87 Ungelöste Probleme dieser Art stellen die kirchliche Arbeit in ganzen Bereichen in Frage. Praktisch schränken sie die Wirkungsmöglichkeit in einer Weise ein, daß damit die verfassungsmäßig garantierte Versammlungsfreiheit (Artikel 28) im Rahmen der Organisationsfreiheit der Kirche ausgehöhlt wird. Der Kirche wird der Zugang zu den Menschen im Bereich neuer Wohnbaugebiete sowie die Möglichkeit, dort Gemeinde zu sammeln, faktisch - wenn auc nicht verbal - bestritten.

^{86.} epd-Dok. 22/75, S. 19f.

^{87.} A.a.O. S. 20.

Neben zentralen Fragen dieser Art spielen andere eine deutlich untergeordnete Rolle. Wenn z.B. bekannt wird, daß die Sterbeanzeigen im ND weder mit christlichen Symbolen noch mit biblischen Voten erscheinen dürfen, so mag dies als unbedeutend abgetan werden. Allerdings zeigen solche Kleinigkeiten im Alltag des Umgangs von Staat und Kirche, wie sehr der Staat bemüht ist, die Kirche in der Öffentlichkeit nicht als etwas Normales in Erscheinung treten zu lassen.

c) Die vertrauensvolle Zusammenarbeit zwischen Christen und Marxisten

I. Teilnahme von kirchlichen Vertretern bei staatlichen Veranstaltungen

Auf die Problematik der Teilnahme von Repräsentanten der Kirche auf staatlichen Veranstaltungen aus Anlaß von Gedenktagen wurde bereits hingewiesen. Der Staat benutzt solche historischen Jubiläen oder aktuelle politische Daten. um die Schwerpunkte seiner politischen und ideologischen Zielsetzung der Bevölkerung ins Bewußtsein zu prägen. "Jubiläen sind nicht leere Gedenktage. sondern Richtlinien für den Klassenkampf und für Aktionen"88, heißt es in einem Aufsatz in der vom Zentralkomitee herausgegebenen Zeitschrift "Einheit". Die publizistische Begleitung und Auswertung von Jubiläumsveranstaltungen hat darum auch mehr den Charakter einer politischen Propaganda als den einer Berichterstattung. Genau hier stellt sich für die Kirchen das Problem: Nehmen sie an solchen Veranstaltungen teil, so wird ihre Teilnahme propagandistisch ausgewertet; bleiben sie fern, so lassen sie sich ins gesellschaftliche Abseits drängen. Die Angst aber vor einer Ghetto-Situation innerhalb der sozialistischen Gesellschaft ist größer als die Furcht, sich politisch vermarkten zu lassen. Die Kirchen glauben, daß sie innerhalb des ihnen auf solchen Jubiläumsveranstaltungen gewährten Freiraums in angemessener Weise das kirchlich geprägte Wort sagen können. So haben sie Einladungen zu Veranstaltungen der Nationalen Front⁸⁹ oder der CDU90 aus verschiedenen Anlässen angenommen; sie haben sich an Gratulationscouren beteiligt, wenn es z.B. galt, den Staatssekretär für Kirchenfragen (zum 70. Geburtstag) oder den Ministerpräsidenten Sindermann (zum 60. Geburtstag) zu ehren. Bei den staatlichen Veranstaltungen zur Erinnerung an den Bauernkrieg und an Thomas Müntzer waren sie ebenso dabei, wie bei Veranstaltungen aus Anlaß des Internationalen Jahres der Frau. Gerade bei diesen Gelegenheiten haben sie aber nicht nur als Zuschauer oder als geladene Gäste mit kurzen eigenen Beiträgen mitgewirkt, sie haben eigene Veranstaltungen zum gleichen Thema durchgeführt, die teilweise in den Rahmen des staatlichen Programms als kirchliche Veranstaltungen gestellt worden sind 91.

^{88.} Einheit, Heft 10/1975, S. 1150.

^{89.} Z.B. Veranstaltung am 15.4.1975 = s.u.

^{90.} Z.B. Veranstaltung des Hauptvorstandes der CDU in Burgscheidungen am 24.2.1975 zum Thema "Tag der Befreiung – 8. Mai 1945" und Feierlichkeiten zum 30. Jahrestag der CDU am 25.6.1975.

^{91.} Z.B. im Rahmen des Weltkongresses im Internationalen Jahr der Frau in Berlin (20.-24.

(1) Herausragendes Ereignis im Jahr 1975 war die als "Tag der Befreiung" begangene Erinnerung an das 30jährige Ende des Zweiten Weltkrieges⁹². Das Thema bestimmte Ablauf und Charakter ungezählter Veranstaltungen, Schulungen, Feiern u.a. vom Januar bis in den Herbst des Jahres. Die DDR-Führung nahm die Erinnerung zum Anlaß, um die Freundschaft zur Sowjetunion und die von der Sowjetunion verfolgte Friedenspolitik darzustellen. Auch die Kirchen waren aufgefordert, sich dem Gedenken und der speziellen Thematik anzuschließen. Sie nahmen die Aufforderung als eine Herausforderung an, vom Evangelium her ein Wort der Verkündigung zu dem Tag und seiner Thematik zu formulieren.

Diesem Zweck dienten besonders die "Gesichtspunkte zur Besinnung zum 8. Mai". die von der Konferenz der Evangelischen Kirchenleitungen verabschiedet den Gemeinden und Gliedkirchen für ihre Arbeit zur Verfügung gestellt wurden, und eine von dem Bischofskonvent in Auftrag gegebene Predigtmeditation zum 8. Mai (der 1945 auf den Himmelfahrtstag fiel) von Gottfried Voigt (Leipzig)92a. In verschiedenen Gliedkirchen wurden Gottesdienste zum Thema gehalten. Kirchliche Vertreter wurden zu zentralen Veranstaltungen von Staat und Partei entsandt. Ein gutes Beispiel für die Art und Weise, wie das politische Thema der Befreiung in eine Beziehung zu dem Zeugnisdienst der Kirche gestellt worden ist, bietet der Bericht der Kirchenleitung der Ev.-Luth. Kirche Mecklenburgs 92b. Er beschreibt die Situation des kirchlichen Lebens nach dem 8. Mai 1945 unter den neuen Bedingungen und Voraussetzungen. Ohne plakatierende Auffälligkeit werden zentrale Fragen des politischen und kirchlichen Daseins in einem spannungsvollen Gegenüber dargestellt. Der Glaube muß sich mit einem als wissenschaftlich bezeichneten Sozialismus auseinandersetzen; Fragen nach dem Sinn des Lebens, nach der Zukunft und der Bewältigung des Leides kann der Glaube nicht ohne Rücksicht auf entsprechende Thesen des wissenschaftlichen Sozialismus zu diesen Problemen beantworten; für die Kirche ist und bleibt die Bruderschaft Ausdruck einer lebendigen Gemeinschaft und nicht etwa das Kollektiv, das der Sozialismus als angemessene Form von Gemeinschaft verwirklichen will. Die Christenlehre wird in der Kirche als eine "selbständige Unterweisungs- und Erziehungsarbeit" in einem Staat betrieben, der ein einheitliches Bildungs- und Erziehungssystem anstrebt und dabei sich selbst - neben den Eltern - als einzigen Erziehungsträger sieht.

(2) Einen besonderen Rang in der Reihe der Veranstaltungen, bei denen Vertreter von Kirche und Staat gemeinsam das Wort ergriffen, hatte die Veranstaltung am 15.4.1975, die auf Einladung des Nationalrates der NF im Haus der Ministerien in Berlin (DDR) durchgeführt wurde. Die Reden bzw. Referate, die bei diesem Anlaß von Bischof Schönherr, Erzbischof Filaret (Exarch des Moskauer Patriarchen für Berlin und Mitteleuropa) und dem Staatssekretär für Kirchenfragen gehalten worden sind, wurden von der NZ meist im vollen Wortlaut abge-

Oktober 1975) fand ein Gottesdienst am 22.10. in der Sophienkirche statt. In der Marienkirche war während des Kongresses ein Informationszentrum eingerichtet. Am 23.10. wurde ein Empfang für christliche Frauen ausgerichtet.

^{92.} Eine ausführliche Darstellung und kritische Würdigung der kirchlichen Stimmen zum 8. Mai gibt H. J. Röder in KiS 2/1975, S. 11ff.

⁹²a. MBI 1/75, S. 2ff.

⁹²b. epd-Dok. 20/75, S. 33ff.

druckt 92c. Die Betonung der vielfältigen Übereinstimmung in den kirchlichen und staatlichen Redebeiträgen zwischen den Zielen des Sozialismus und der Kirche kann auf den ersten Blick verwirren. Besteht wirklich ein so hohes Maß an Gemeinsamkeit zwischen sozialistischem Staat und Kirche? Muß es nicht überraschen, vielleicht sogar befremden, wenn Schönherr in seinem Referat "Erinnerungen und Vermächtnis – Gedanken eines Christen zum 8. Mai 1945 und 1975" seine speziell christliche Erinnerung mit Briefen eines Kommunisten, eines Christen und noch einmal eines Marxisten belegt und sein christliches Verständnis vom Frieden an Hand von Zitaten aus den Reden Breschnews erläutert?

Auch der Beitrag von Frau Oberkirchenrätin Lewek fügt sich in dieses harmonische Bild ein. Für den flüchtigen Leser gibt es keine Spannungen, keine Gegensätze, sondern lauter Übereinstimmung. Bei genauerem Studium der Texte läßt sich allerdings aufzeigen, daß die Referate und Redebeiträge der kirchlichen Teilnehmer christliche Akzente setzen, die Unterscheidungen zur staatlichen Redeweise deutlich werden lassen.

So heißt es z.B. bei Frau Lewek am Schluß ihres Beitrags:

"Ich sagte eingangs, daß die Besinnung der Kirche nach 1945 sehr stark von dem Gedanken bestimmt war, wovon sie Befreiung erfahren hatte. Zur kirchlichen Orientierung gehört aber wesensmäßig die Reflexion und die Konkretion des Wozu. Wozu hat Christus seine Kirche befreit? Lassen Sie mich zum Abschluß versuchen, dies in vier kurzen Sätzen anzudeuten:

Die Kirche ist befreit zum Freimut im Umgang mit anderen.

Die Kirche ist befreit zum Dienst für andere.

Die Kirche ist befreit zur Zusammenarbeit mit anderen.

Die Kirche ist befreit, neuen Unfreiheiten zu widerstehen.

Wir wissen: Befreiung kann kein punktuelles Ereignis sein, sie ist Aufgabe, Prozeß – ein Prozeß in dem wir ständig neue Chancen entdecken und wahrnehmen können."

Nicht zufällig sind diese zusammenfassenden Gesichtspunkte von der Generalsynode der VELK – DDR aufgenommen und in einer Entschließung als das Entscheidende herausgestellt worden. In unauffälliger Weise hat Frau Lewek in die Frage nach der politischen Befreiung Christus als Subjekt der Befreiung für die Kirche eingebracht und von der Befreiung der Kirche durch ihn gesprochen. Inhaltlich behält sie den gesellschaftlichen Kontext im Blick und beschreibt thesenartig die Bedeutung der Befreiung durch Christus für die Kirche in der DDR. Man wird aber fragen müssen, ob die vorsichtige und behutsame Weise in den kirchlichen Redebeiträgen, christliche Akzente zu setzen, von den Gemeinden, Christen und kirchlichen Mitarbeitern in der DDR verstanden wird, oder ob der Eindruck vorherrscht, in den Reden der Repräsentanten des Bundes wird das Verhältnis von Kirche und Staat in einer grundsätzlichen Harmonie gesehen, die Spannungen allenfalls am Rande kennt.

(3) Die in Verantwortung der Konferenz verabschiedeten Gesichtspunkte werden im folgenden dokumentiert:

⁹²c. Die Reden mit weiteren kirchlichen Stellungnahmen zum Thema sind abgedruckt in epd-Dok. 20/75. In der DDR erschien ein Sonderdruck über die Veranstaltung: Erinnerung und Vermächtnis. Veranstaltung mit kirchlichen Amtsträgern und Theologen am 15.4.1975 in Berlin zum 30. Jahrestag der Befreiung vom Hitler-Faschismus, Staatsverlag der DDR Berlin 1975.

GESICHTSPUNKTE

1. Warum nimmt auch die Kirche den 30. Jahrestag des Endes des 2. Weltkrieges zum Anlaß besonderen Nachdenkens?

Weil wir betroffen sind

Der 8. Mai 1945 ist ein Datum von welthistorischer Bedeutung, dessen Folgen bis heute wirksam sind.

Wir sind Betroffene: als Einzelne, als Staatsbürger, als Kirche.

Weil wir nicht vergessen dürfen

In der Verarbeitung dieses Datums besteht ein historisches Defizit. Echte Auseinandersetzung ist häufig blockiert. Es ist keine Selbstverständlichkeit, von diesem Tag als "Tag der Befreiung" zu sprechen (siehe Teil 2).

Weil wir etwas zu bezeugen haben

Angesichts der vielfältigen Aufnahme des Begriffs "Befreiung" in diesen Monaten ist es nötig, unser eigenes theologisches und pädagogisches Reden von Befreiung näher zu bedenken (siehe Teil 3).

Dies bietet sich besonders auch auf dem Hintergrund der Vorbereitung der V. Vollversammlung des Ökumenischen Rates der Kirchen im Jahre 1975 an: "Jesus Christus befreit und eint".

Also nicht "wir auch", sondern "gerade wir".

- "Befreiung" ist kein einmaliger Akt, sondern ein fortgesetzter, fortzusetzender Prozeß.

- also auch Aufgabe, neue Wege einzuschlagen.

2. Wie ist das Kriegsende 1945 erlebt worden?

Der 8. Mai ist von den Deutschen in sehr unterschiedlicher Weise erlebt worden. Für die einen war es in sinnfälliger Weise "Befreiung": KZ-Häftlinge, politische Gefangene, aus rassischen, religiösen und politischen Gründen Verfolgte, Widerstandskämpfer. Für andere war es Zusammenbruch einer Welt, in der sie sich selbst zu Herren und andere zu Sklaven gemacht hatten. Für viele bezeichnete das Datum des Kriegsendes den Übergang in eine neue katastrophale Situation: Hunger, Krankheit, Obdachlosigkeit, Gefangenschaft, erlittene Gewalt, Trennung, Flucht.

Neue Not verschüttete viel von den Chancen eines neuen Anfangs, stumpfte ab oder bestärkte die Mentalität des Aufrechnens, die jede tiefere Einsicht blockierte. Es trifft nicht zu, daß die meisten Deutschen ab Mai 1945 schlagartig ein neues Lebensgefühl hatten.

Angesichts der notwendigen Differenzierung der verschiedenen Situationen und Erfahrungsweisen, in der Deutsche den 8. Mai 1945 erlebt haben, gilt es festzuhalten und ebenso klar auszusprechen:

Es war in der Tat eine Befreiung: Befreiung von den Schrecken des Krieges, Befreiung von unmittelbarer Todesdrohung, Befreiung von einem verbrecherischen und verführerischen Regime, Befreiung von einer menschenunwürdigen Zukunft.

Diese Befreiung kam von außen, durch die Alliierten. Ihr korrespondierte die Notwendigkeit, sich von innen zu befreien. (Heinrich Heine: "Man muß die Deutschen von innen befreien, von außen hilft nichts"*) 1945 als Datum der Befreiung akzeptieren, heißt, es zugleich als Datum des Beginns eines Erfahrungs- und Lernprozesses innerer Befreiung zu setzen.

Z.B. Begegnung mit der Ökumene: Stuttgart 1945. Beginn der Entwicklung eines neuen ökumenischen Bewußtseins, das in der Folgezeit auch Begegnungen mit Menschen aus Ländern, die 1938 – 1945 unbeschreiblich zu leiden gehabt hatten, als Versöhnte und

^{*}Heinrich Heine: Werke und Briefe, Aufbau-Verlag 1962, S. 379.

Freunde ermöglichte. Befreiung aus Angst, Haß und Hetze. Hier ist vornehmlich an die Länder zu denken, mit denen wir durch die Nachkriegsgeschichte besonders verbunden sind.

Haben die Befreiten die Chance des Neuanfangs benutzt? Sind viele nicht der Gefahr erlegen, wieder da anzufangen, wo vor 1933 aufgehört wurde? Worin lagen die Chancen des Neuanfangs?

Zum Beispiel

- Neue Maßstäbe zu finden, neue Lebensstile zu entwickeln.

- Unser kirchliches Leben, kirchliche Strukturen und kirchliche Arbeitsweisen neu zu ordnen.
- In die gesellschaftliche Zusammenarbeit mit anderen einzutreten.

 Als Teil der weltweiten Christenheit neue Möglichkeiten des menschlichen Miteinander zu praktizieren.

Etwa die Hälfte der Bevölkerung der DDR ist nach dem 8. Mai 1945 geboren oder hat keine aktive Erinnerung an dieses Datum. Aber auch sie stehen in dem Prozeß des Lernens und Erfahrens, der 1945 eröffnet wurde. Wie beziehen wir die Jugend, deren Geschichtsbewußtsein zumeist wenig entwickelt ist, in unser Nachdenken ein?

3. Reflexion zur theologischen Relevanz des Begriffs "Befreiung"

Befreiung / Freiheit ist für den christlichen Glauben kein Thema unter anderen, sondern eine zentrale Botschaft. Gibt es einen Zusammenhang zwischen dieser Freiheitsbotschaft und der "Befreiung", die mit dem Datum 8. Mai 1945 verbunden ist?

Im folgenden werden einige Bibeltexte zitiert und dazu Fragen gestellt, die Impulse für

die theologische Reflexion geben sollen.

"So gibt es nun keine Verdammnis für die, die in Christus Jesus sind. Denn das Gesetz des Geistes, der da lebendig macht in Christus Jesus, hat mich frei gemacht von dem Gesetz der Sünde und des Todes" (Röm. 8, 1.2).

Biblische Freiheitsbotschaft spricht von der Befreiung des Menschen aus der Verstrickung von Sünde und Tod durch den gekreuzigten und auferstandenen Herrn. Sie spricht darin zugleich von der Befreiung des Menschen von allen Dämonisierungen und Vergötzungen kosmischer und geschichtlicher Mächte, von allen Verabsolutierungen und Selbstinthronisierungen des Menschen.

- War das System des Nationalsozialismus nicht die Wiederaufrichtung der Herrschaft des Gesetzes von Sünde und Tod durch Menschen?

Müssen wir die Zerschlagung dieses Systems nicht dankbar als ein Stück der Befreiungsgeschichte, die von Christus ausgeht, annehmen? Hier hat die Rede von Gericht und Gnade ihren Ort, mit der nach 1945 von vielen Christen die Zeichen der Zeit gedeutet wurden.

Die Befreiung durch Christus ist ein Geschenk, das durch alle geschichtliche Entwicklungen und menschliche Verfehlungen hindurch, sich als Wirklichkeit für alle Menschen anbietet. Diese Feststellung ist grundlegend wichtig. Mit der am 8. Mai vollzogenen Befreiung wurde keine der Sünden vergeben, die Menschen in der Zeit des Nationalsozialismus auf sich geladen haben. Aber dieser Tag war eine Herausforderung dazu, die Befreiung durch Christus in Schulderkenntnis und Vergebungsbereitschaft anzunehmen.

"Zur Freiheit hat uns Christus befreit! So steht nun fest und laßt euch nicht wiederum in das knechtische Joch fangen!" ... vielmehr ... "durch die Liebe diene einer dem andern"

(Gal. 5, 1 und 13).

Befreiung durch Christus eröffnet die Möglichkeit neuen Lebens in der Liebe, im Dasein für andere.

- War nicht in der Befreiung von Nationalsozialismus und Krieg solche Möglichkeit konkret eröffnet? Trat nicht an die Stelle von Buße und Vergebung gegenseitiges Aufrechnen der Schuld?
- Wurde die Chance des Neuanfangs in der Kirche nicht erschreckend schnell verspielt, weil nicht der Wille zu neuen Wegen, sondern das Streben nach Restauration vielfach die Oberhand gewann?
- Müßten nicht die Erinnerung an den 8. Mai 1945 Impulse des Evangeliums neu freisetzen? D. h. kritisch zu werden gegenüber allen Situationen, in denen der Tod noch seine

Feste feiert (Nelly Sachs), bereit zu werden, im Dienst für andere zu leben und zu leiden. "Alles ist euer: es sei Paulus oder Apollos oder Kephas, es sei Welt oder Leben oder Tod, es sei Gegenwärtiges oder Zukünftiges, alles ist euer, ihr aber seid Christ, Christus aber ist Gottes" (1.Kor. 3,21-23).

4. Wozu ist die Kirche befreit?

Die Kirche ist befreit zum Freimut im Umgang mit anderen.

Die Kirche ist befreit zum Dienst für andere.

Die Kirche ist befreit zur Zusammenarbeit mit anderen.

Die Kirche ist befreit, neuen Unfreiheiten zu widerstehen.

Was ist auf Grund dieser Befreiung heute Aufgabe der Kirche angesichts der Herausforderung durch die Weltprobleme?

Der 8. Mai 1945 war ein Datum von welthistorischer Relevanz. Die Besinnung darauf weist die Kirche in der Weltlage von 1975 auf ihre Verantwortung für die Zukunft der Menschheit hin:

- Verantwortung für den Frieden
- Verantwortung für soziale Gerechtigkeit
- Verantwortung für eine menschliche Welt

Konkret bedeutet das heute:

Bewußtseinsbildung in den Gemeinden und Gruppen zu den heutigen Weltproblemen; Erziehung zum Frieden als besondere Aufgabe der Eltern und der jungen Erwachsenen. Sie muß das Bewußtsein dafür stärken, daß

- Krieg und Gewalt keine Mittel der Konfliktlösung sind;
- Rüstung und Aufrüstung den Erfolg von Entwicklungsbemühungen wieder zunichte machen:
- Gespräch und Kooperation unabdingbare Voraussetzungen für ein friedliches Zusammenleben bilden;
- die Weltentwicklung in wirtschaftlicher, technischer und sozialer Hinsicht ein ganz neues Problem des Überlebens der Menschheit darstellt, das bis in den konkreten Lebensvollzug des einzelnen Auswirken haben muß;
- praktizierte Solidarität ein Ausdruck christlicher Nächstenliebe und eine Forderung der Gerechtigkeit ist.

Was bedeutet es für die Kirche selbst, wenn sie diese Aufgaben ernst nimmt?

Die Kirche als eine Gemeinschaft von Befreiten und Versöhnten.

- Gehen wir so miteinander um?
- Tragen wir so unsere Konflikte aus?
- Sind wir bereit, uns zu befreien von Strukturen und Arbeitsweisen, die uns an der Erfüllung unserer Aufgaben hindern?
- Haben wir den Mut, uns freimütig zu politischen Fragen zu äußern und politisch zu handeln?
- Widerstehen wir der Versuchung zu politischer Abstinenz und politischem Opportunismus? In der Antwort auf die Fragen, die uns die Besinnung auf den 8. Mai 1945 stellt, wird sich erweisen, ob wir die Hoffnung auf Gottes Reich, die uns trägt, weitertragen.

II. Gespräche zwischen Kirche und Staat

Daß sich eine "vertrauensvolle Zusammenarbeit" zwischen Staat und Kirche einspielt, zeigt sich an den Gesprächen, die auf verschiedenen Ebenen zwischen staatlichen und kirchlichen Gesprächspartnern vereinbart wurden. So fanden in allen

Gliedkirchen Aussprachen zwischen den Räten der Bezirke und den Kirchenleitungen statt. Die Organe des Bundes wurden zu gesonderten Gesprächen u.a. vom Staatssekretär für Kirchenfragen eingeladen. Über solche Treffen wurde in kirchlichen Zeitungen berichtet, Synoden wurden über Thematik und Verlauf der Begegnungen unterrichtet, im ena fanden sich regelmäßig ausführliche Meldungen. Offensichtlich sind Gespräche dieser Art zu einer Art institutionellen Einrichtung geworden, die eine das Verhältnis von Staat und Kirche regelnde Funktion haben. Die kirchlichen Vertreter konnten bei diesen Gelegenheiten Beschwerden vortragen und dies nicht immer ohne Erfolg.

Die staatliche Seite orientierte den kirchlichen Partner über die Leitlinien der Politik (z.B. über die Einschätzung der KSZE-Schlußakte und über wirtschaftliche Probleme) und nahmen die Gelegenheit wahr, um erwünschte Korrekturen der Kirchenpolitik anzumelden (z.B. stärkere Mitarbeit bei der CFK) oder um deutlich zu machen, wo von Staats wegen die Grenzen für kirchliche Arbeitsmöglichkeiten in der DDR gezogen werden müssen. Insgesamt wurde die Arbeit der Kirche auf diese Weise in Gesprächen lobend oder tadelnd begleitet. Für die Kirchen in der DDR liegt die Bedeutung der Institutionalisierung dieser Gespräche in der darin zum Ausdruck kommenden Anerkennung des Bundes mit seinen Gliedkirchen als Gesprächspartner des Staates in kirchlichen Angelegenheiten. Die Auflösung des Pfarrerbundes 1975 ist sicher in diesem Zusammenhang einzuordnen. Der Pfarrerbund hatte seine Funktion verloren; es bedurfte im Verhältnis von Staat und Kirche nicht mehr dieses Scheinpartners ⁹³. Eine Aussage darüber, ob sich die Gespräche bewähren und dazu beitragen, das Verhältnis von Staat und Kirche reibungsloser zu gestalten, wird die Zukunft zeigen müssen.

III. Diakonie

Auf dem Gebiet der Diakonie hat es sich schon lange gezeigt, daß eine Zusammenarbeit zwischen staatlichen und kirchlichen Institutionen möglich ist. Hier nehmen die Kirchen eine anerkannte gesellschaftliche Aufgabe wahr, die den Staat von sozialen Pflichten freihält und ihn finanziell entlastet. Das gilt besonders für die kirchliche Arbeit im Bereich der Behindertenhilfe und der Altenfürsorge. Auch der sozialistische Staat gewährt diesen Menschen natürlich einen Existenzraum; jedoch gilt das Hauptaugenmerk den Gesunden, ihrer Arbeits- und Einsatzfähigkeit. Dabei kommen dann die "Kostgänger" der sozialistischen Gesellschaft zu kurz. Man überläßt sie gerne der Kirche⁹⁴.

94. Über die Arbeit der Diakonie vgl. den Bericht 1974/75, in: epd-Dok. 9/76.

^{93.} Ganz anders liest sich natürlich die Begründung für die Auflösung des Pfarrerbundes durch den ehemaligen Vorsitzenden Georg Schäfer in Standpunkte, Heft 1/1975. Vgl. auch den Kommentar zur Auflösung des Pfarrerbundes von W. Raguse in DA 2/1975.

d) Die Ausbildungsvereinbarungen zwischen Staat und Kirche

Am 2. Juni 1975 unterzeichneten kirchliche und staatliche Bevollmächtigte eine "Vereinbarung über die Ausbildung von mittleren medizinischen Fachkräften für eine Tätigkeit der evangelischen Gesundheits- und Sozialeinrichtungen in der DDR-Ausbildungsvereinbarung"⁹⁵.

Die Notwendigkeit für die diakonischen und sozialen Einrichtungen der IM/HW (DDR), in Verhandlungen mit staatlichen Stellen über die Ausbildung von Krankenschwestern, Krankenpflegern und weiteren pflegerischen Berufen zu treten, ergab sich 1973. In diesem Jahr ordnete der Staat die Ausbildungsgänge des entsprechenden Personals neu. Die Ausbildung sollte auf Fachhochschul-Niveau angehoben werden. In den kirchlichen Einrichtungen erfolgte die Ausbildung als Facharbeiterausbildung. Mit der Anhebung der staatlichen Ausbildung auf das Fachhochschul-Niveau war nicht mehr sichergestellt, daß Abschlußzeugnisse von kirchlichen Ausbildungseinrichtungen die staatliche Anerkennung finden würden. Die Frage war zu klären, ob die evangelischen Krankenpflegeschulen den Status von Fachhochschulen erhalten können oder ob andere Wege zur Anerkennung der kirchlichen Ausbildung gefunden werden mußten. Das Ergebnis ist die Ausbildungsvereinbarung.

Aus den Redebeiträgen von Bischof Schönherr⁹⁶ und des Ministers für Gesundheitswesen⁹⁷ bei Gelegenheit der Unterzeichnung der Vereinbarung sowie aus einem Interview des ena mit dem Direktor der Hauptgeschäftsstelle der IM/HW, OKR Dr. Besinski⁹⁸ ergibt sich, daß der Vereinbarung intensive und schwierige Verhandlungen vorausgegangen waren. Mit dem Ergebnis sind – so wird versichert – beide Vertragspartner voll einverstanden. Bischof Schönherr bezeichnete die Vereinbarung als "nach unserer heutigen Erkenntnis voll befriedigend". Dr. Bosinski schließt sein Interview mit dem Satz: "Ich betone nochmals, daß wir über das Ergebnis froh sind." Ebenso erklärt Professor Mecklinger, daß damit "eine gute Sache zu einem guten Ende" geführt worden ist.

Die positive Einschätzung der Vereinbarung seitens der kirchlichen Partner beruht auf der Tatsache, daß auch unter den neuen Bedingungen die Existenz der kirchlicher Ausbildungsstätten gewährleistet bleibt und die in diesen Einrichtungen Ausgebildeten die staatliche Anerkennung erhalten. Angesichts der Tatsache, daß die Ausbildungskapazität 11000 Plätze umfaßt, wäre ein Scheitern der Verhandlungen in der Tat belastend gewesen. Der staatliche Partner sieht die "Ausbildungsvariante" an den kirchlichen Ausbildungsstätten als eine gute Lösung an, weil sie sicherstellt, daß sie "voll in das einheitliche sozialistische Bildungswesen der DDR integriert ist". Die "Verantwortung des sozialistischen Staates" für die Ausbildung "in den evangelischen Gesundheits- und Sozialeinrichtungen (ist) dokumentiert". Daß Feststellungen dieser Art keine Leerformeln sind, ergibt sich aus dem staatlichen Vor-

behalt, bestimmte Lehrfächer von Lehrkräften der staatlichen Fachschulen unter-

^{95.} MBI 4/75, S. 41ff., und epd-Dok. 9/76.

^{96.} Vgl. epd-Dok. 32/75, S. 56.

^{97.} Prof. Dr. Ludwig Mecklinger, epd-Dok. 9/76, S. 187.

^{98.} epd-Dok. 32/75, S. 57ff.

richten zu lassen und zwar (u.a.): Marxismus/Leninismus, Deutsch, Kulturtheorie-Ästhetik, Russisch, Gesundheitsschutz, Pädagogik, Psychologie, Soziologie,

Die biblisch-diakonische Unterweisung bleibt in der Verantwortung der kirchlichen Ausbildungsstätten. Das Ergebnis ist also ein Kompromiß. Der Staat hat an seinem Ausbildungs- und Erziehungsmonopol festgehalten aber auch den konfessionellen Charakter der kirchlichen Ausbildungseinrichtungen respektiert. In der ausgehandelten doppelten Lehrhoheit an den evangelischen Krankenpflegeschulen wird der Kompromißcharakter der Vereinbarung besonders deutlich.

Noch unter einem anderen Aspekt kann die Vereinbarung richtungweisenden Charakter haben. Sie ist auf der Grundlage des Artikels 39 Abs. 2 der Verfassung der DDR vom 6.4.1968 i.d.F. vom 7. Oktober 1974 getroffen worden. Die Verfassungsbestimmung hat folgenden Wortlaut: "Die Kirchen und anderen Religionsgemeinschaften ordnen ihre Angelegenheiten und üben ihre Tätigkeit aus in Übereinstimmung mit der Verfassung der DDR. Näheres kann durch Vereinbarung geregelt werden."

Mit den Ausbildungsvereinbarungen ist zum ersten Mal zwischen Staat und Kirche eine Sachfrage verbindlich durch eine Vereinbarung nach Artikel 39 Abs. 2 geregelt worden. Wenn noch ein Zweifel an der vollen Anerkennung des Bundes als kirchlicher Partner des Staates bestanden hätte, so wäre dieser hiermit endgültig ausgeräumt. Der Bund gehört zu den Kirchen im Sinne der Verfassungsbestimmung. Es hat eine Zeit gegeben, in der die staatliche Seite als Partner für solche Vereinbarungen nur die Landeskirchen sehen wollte. Professor Mecklinger nennt die Übereinkunft in der Vereinbarung "ein Stück Verfassungswirklichkeit". Darin liegt nicht nur für den Staat, sondern auch für die Kirchen eine Chance für die Zukunft.

Wichtige Ereignisse des Jahres 1975

	Januar
6.	Besuch des FDP-Vorsitzenden Hans Dietrich Genscher beim Rats- vorsitzenden der EKD, Landesbischof D. Helmut Claß.
15.	Aufhebung der gesetzlichen Bestimmung der Bremischen Evangelischen Kirche (1973) über die Beurlaubung von Pfarrern und Kirchenbeamten während der Dauer ihres politischen Mandats durch den Staatsgerichtshof der Freien Hansestadt Bremen.
16.	Ablehnung der Leuenberger Konkordie durch den bayerischen Landesbischof, Hermann Dietzfelbinger.
20.	Konstituierung des Fortsetzungsausschusses des Internationalen Kongresses für Weltevangelisation in Lausanne (1974).
22.	Zustimmung der Rheinischen Landessynode zur Grundordnung der EKD vom 7.11.1974.
24.	Beschluß der Rheinischen Landessynode zur Frage der Beschäftigung Radikaler im kirchlichen Dienst.
	Amtseinführung des neuen Erzbischofs von Canterbury, Dr. Donald Coggan.
30.	Appell des Weltkirchenrats, Genf, an die Regierung der Sowjet- union wegen Zulassung eines Beobachters zum Prozeß gegen den Baptistenführer Georgij Wins.
	Februar
1.	Amtsantritt Dr. Heinz Joachim Helds als Präsident des Kirchlichen Außenamts der EKD.
10.	Verfassungsbeschwerde der Bremischen Evangelischen Kirche gegen die Entscheidung des Staatsgerichtshofs der Freien Hansestadt Bremen in der Frage des politischen Mandats von Pfarrern und Kirchenbeamten.
11.	Gesprächsangebot der VELKD und der Arnoldshainer Konferenz an die Konferenz bekennender Gemeinschaften in den evangelischen Kirchen Deutschlands über den nächsten Kirchentag.
25.	Schreiben von Präses Lic. Karl Immer an die Pfarrer der Evangelischen Kirche im Rheinland zur Frage der Beschäftigung Radikaler im kirchlichen Dienst.
26.	Stellungnahme des Präsidenten des Diakonischen Werkes der EKD, Dr. Theodor Schober, zur Entscheidung des Bundesverfassungsgerichtes in der Frage der Reform des § 218 StGB (Schwangerschaftsabbruch).
	16:

Erklärung des Rates der EKD zur Entscheidung des Bundesverfassungsgerichtes in der Frage der Reform des § 218 StGB (Schwanger-

schaftsabbruch).

Internationales Ökumenisches Seminar des Nationalkomitees des 12.-19.Lutherischen Weltbundes in der Deutschen Demokratischen Republik in Zusammenarbeit mit dem Institut des Lutherischen Weltbunds für Ökumenische Forschung (Straßburg) in Eisenach. April Verabschiedung eines Arbeitspapiers für die Gliedkirchen "Gesichts-7.-9.punkte zur Besinnung zum 8. Mai" durch die Konferenz der Evangelischen Kirchenleitungen in der DDR in Buckow. Zustimmung der Badischen Landessynode zur Grundordnung der 10. EKD vom 7.11.1974. Gründungsversammlung des Komitees "Freiheit für Wort und Dienst 13. in der Kirche" in Frankfurt a.M.

in der Kirche" in Frankfurt a.M.

Referat des Vorsitzenden des DDR-Kirchenbundes, Bischof
D. Dr. Albrecht Schönherr, auf der Veranstaltung des Nationalrates der Nationalen Front zum 30. Jahrestag der Befreiung in
Berlin.

Konsultation zwischen Delegationen der katholischen Deutschen Bischofskonferenz und der Bischofskonferenz der VELKD in der Frage der wechselseitigen Zulassung von Kirchengliedern zu Eucharistie- bzw. Abendmahlsfeiern in Frankfurt a.M.

15.-16. Tagung der Gemeinsamen Konferenz der Kirchen für Entwicklungsfragen und der Arbeitsgemeinschaft christlicher Unternehmer in Bonn.

 Zustimmung des Landeskirchentags der Evangelisch-reformierten Kirche in Nordwestdeutschland zur Grundordnung der EKD vom 7.11.1974.

Wahl des neuen bayerischen Landesbischofs, Dr. Johannes Hanselmann, durch die Landessynode.
 Treffen zwischen dem Generalsekretär des Weltkirchenrats, Philip Potter, und dem DDR-Staatssekretär für Kirchenfragen, Hans Seigewasser, in Berlin.

26.-27. Tagung der Evangelischen Akademie Arnoldshain mit dem Bischof der Evangelisch-Lutherischen Kirche in Polen, Dr. Janusz Narzynski: "Spannungen und Perspektiven in der deutsch-polnischen Begegnung" in Friedberg.

Mai

- Gründung der Luther-Akademie Ratzeburg.
 Wort des Rates der EKD zum 8, Mai 1945.
- 14. Zustimmung der Kurhessisch-Waldeckschen Landessynode zur Grundordnung der EKD vom 7.11.1974.
- 21. Aufruf des Kirchenpräsidenten Dr. Helmut Hild, Darmstadt, zu Kollekten für das Antirassismus-Programm des Weltkirchenrats.
- 22. Bedenken der Hannoverschen Landessynode zum Verfassungsentwurf der Nordelbischen Evangelisch-Lutherischen Kirche.

27. Besuch einer Delegation des DDR-Kirchenbundes beim niederländischen Kirchenrat. 29. Gemeindetag unter dem Wort der Konferenz bekennender Gemeinschaften in den evangelischen Kirchen Deutschlands in Stuttgart. 30. Stellungnahme des Ratsvorsitzenden der EKD. Landesbischof D. Helmut Claß, in einem Telegramm an den Botschafter Südafrikas in der Bundesrepublik Deutschland anläßlich der Erklärung des Christlichen Instituts (CISA) in Südafrika zur "affected organization" durch die südafrikanische Regierung. Juni Stellungnahme des Leitenden Bischofs der VELKD, D. Hans-Otto 2. Wölber in einem Telegramm an den Botschafter Südafrikas in der Bundesrepublik Deutschland anläßlich der Erklärung des Christlichen Instituts in Südafrika (CISA) zur "affected organization" durch die südafrikanische Regierung. 4. Zustimmung der Oldenburgischen Synode zur Grundordnung der EKD vom 7.11.1974. 6. Stellungnahme des Generalsekretärs des Lutherischen Weltbundes. Dr. Carl Mau, anläßlich der Erklärung des Christlichen Instituts in Südafrika (CISA) zur .. affected organization". Zustimmung der Evangelischen Kirche in Berlin-Brandenburg 8. (Berlin-West) zur Grundordnung der EKD vom 7.11.1974. 9. Konstituierung der 2. Synode der Konföderation der evangelischen Kirchen in Niedersachsen. Veröffentlichung der Studie der Kommission Kirche und Juden-10. tum: "Christen und Juden". 11.-15. 16. Deutscher Evangelischer Kirchentag in Frankfurt a.M.: "In Ängsten - und siehe wir leben." 12. Pastorales Wort zur Ämterfrage" der Arbeitsgemeinschaft Christlicher Kirchen in der Bundesrepublik Deutschland und Berlin Tagung der Kommission der Kirchen für internationale Angelegen-16.-20.heiten in Genf.

Handreichung des Rates der EKD zum Nicäa-Gedenktag.

Juli

25.

2.

23.-24.

Amtsantritt des Ratsvorsitzenden der Evangelischen Kirche der 1. Union, Präses Lic. Karl Immer.

September

der EKD vom 7.11.1974.

Zustimmung der Evangelischen Kirche der Union zur Grundordnung der EKD vom 7.11.1974.

Zustimmung der Lippischen Landessynode zur Grundordnung

- 3. Handreichung der Konferenz bekennender Gemeinschaften in den evangelischen Kirchen Deutschlands für die Gemeinden zum Nicäa-Jubiläum 1975.
- Denkschrift der Kammer der EKD für soziale Ordnung: "Sozialethische Überlegungen zum öffentlichen Dienstrecht".
- 18. Schreiben des Generalsekretärs des Lutherischen Weltbundes, Dr.
 Carl Mau, an Präsident Johannes Vorster wegen der systematischen
 Angriffe auf die Kirchen im südlichen Afrika.
- 30. Zustimmung der Braunschweigischen Landessynode zur Grundordnung der EKD vom 7.11.1974.

Oktober

- 1. Aufruf des Rates der EKD zur Fürbitte um eine Lösung der gesellschaftlichen und politischen Konflikte in Spanien.
- 6. Erklärungen des Weltkirchenrats, des Lutherischen Weltbundes und des Kirchlichen Außenamtes der EKD zur Ausweisung des Bischofs der Evangelisch-Lutherischen Kirche, Helmut Frenz, aus Chile.

 Theologisches Gespräch zwischen Vertretern der EKD und des Ökumenischen Patriarchats in Betzdorf/Sieg.
- Wahl von Landesbischof D. Eduard Lohse zum Leitenden Bischof der VELKD.
- 10. Zustimmung der VELKD zur Grundordnung der EKD vom 7.11.1974. Pastoraltheologische Handreichung der Generalsynode der VELKD zur Frage der wechselseitigen Zulassung zu Eucharistiebzw. Abendmahlsfeiern.
- 13.-15. Symposion der Evangelischen Kirche in Deutschland und des polnischen Ökumenischen Rates in Warschau.
- 23.-31. Konsultation der Konferenz Europäischer Kirchen (KEK): "Die Kon renz für Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa (KSZE) und die Kirchen."
- Stellungnahme des Rates der EKD zur schulpolitischen Situation.
 Kontaktgespräch zwischen Vertretern des Rates der EKD und der katholischen Deutschen Bischofskonferenz.

November

- 4. Gründung einer ökumenischen Entwicklungsbank durch den Weltkirchenrat in Rotterdam.
- 5. Wort der EKD-Synode zur Versöhnung mit Polen
- Zustimmung der Pfälzischen Landessynode zur Grundordnung der EKD vom 7.11.1974.
- 15. Änderung der Grundordnung der Evangelischen Kirche in Berlin-Brandenburg (Berlin West): Anpassung der auf das Stadtgebiet Berlin-West verkleinerten Kirchenorganisation.
- November 23. Weltkirchenkonferenz (5. Vollversammlung des Weltkirchenrats) bis Dez. 10. in Nairobi.
- 27. Stellungnahme der Kirchenkanzlei der EKD zur Verfassungsbe-

schwerde der Bremischen Evangelischen Kirche in der Frage des politischen Mandats von Pfarrern und Kirchenbeamten.

Dezember

- 1. Zustimmung der Hessisch-Nassauischen Kirchensynode zur Grundordnung der EKD vom 7.11.1974.
- 4. Kirchengesetz der Evangelisch-Lutherischen Kirche in Bayern über die Berufung der Theologin zum Dienst des Pfarrers.

Von Personen

(Im Jahre 1975 verstorben)

Adam, Alfred, Prof. Dr. theol., geb. 3.6.1899 Hirschberg/Dill, 1928 Landespfarrer für Innere Mission Wiesbaden, 1931 Pfarrer Frankfurt a.M., 1934–1938 und 1948–1949 Lehrbeauftragter für Kirchengeschichte Marburg, 1949 Dozent, 1955 Professor für Kirchengeschichte an der Kirchlichen Hochschule Bethel, gest. 24.10.1975 Berlin.

Allwohn, Adolf, Prof. Lic., Dr. geb. 3.7.1893 Grüningen, 1934 Pfarrer Frankfurt a.M., 1926 Privatdozent, 1932–1941 Professor für Praktische Theologie Gießen, 1953 Frankfurt a.M., Vertreter einer tiefenpsychologisch fundierten Seelsorgelehre, gest. 18.2.1975 Frankfurt a.M.

Bardtke, Hans, Prof. Dr. theol., D. theol., geb. 22.9.1906 Berlin, Gemeindepfarrer in Thüringen, 1932–1934 Studieninspektor am Predigerseminar Eisenach, 1934–1948 Leiter der Borsdorfer Anstalten der Inneren Mission Leipzig, 1948–1972 Professor für Altes Testament Leipzig, Domherr des Hochstifts Meißen, gest. 8.3.1975 Leipzig.

Bizer, Ernst, Prof. D., geb. 19.4.1904 Tailfingen, 1934 Pfarrer Tailfingen, 1947 Professor für Kirchengeschichte Bonn, Lutherforscher, Mitverfasser der Arnolds-

hainer Abendmahlsthesen der EKD, gest. 1.2.1975 Bonn.

Diem, Hermann, Prof. D. theol., geb. 2.2.1900 Stuttgart, 1934–1950 Pfarrer Ebersbach, führender Mann in der Bekennenden Kirche Württembergs, 1950 Lehrauftrag, 1955 Professor für Systematische Theologie Tübingen, gest. 27.2.1975 Tübingen.

Foerster, Werner, Prof. D. theol., geb. 23.7.1897 Rheydt, 1925 Privatdozent, 1931 a.o. Professor, 1959 o. Professor für Neues Testament und neutestamentliche

Zeitgeschichte Münster, gest. 1.1975 Münster.

Grüber, Heinrich, D. Dr. theol., geb. 24.6.1891 Stolberg/Rheinland, 1920 Pfarrer Dortmund, 1925 Leiter der Düsseltaler Anstalten, 1926 Erziehungsdirektor des Waldhofes Templin, 1934 Pfarrer Berlin-Kaulsdorf, Mitglied des Pfarrernotbundes, 1937 Gründer und Leiter der Evangelischen Hilfsstelle für nichtarische Christen ("Büro Grüber"), 1940–1943 Konzentrationslager Sachsenhausen und Dachau, 1945 Propst Berlin (-Ost: St. Nikolai- und St. Marien), 1949–1959 Bevollmächtigter des Rates der EKD bei der Regierung der DDR, gest. 29.11.1975 Berlin.

Haenchen, Ernst, Prof., Dr. theol., geb. 10.12.1894 Scharnikau/Provinz Posen, 1927 Privatdozent Tübingen, 1933–1939 Professor für Systematische Theologie Gießen, 1939–1946 für Neues Testament Münster, gest. 30.4.1975 Münster.

Hammelsbeck, Oskar, Prof. Dr. phil., geb. 22.5.1899 Elberfeld, 1927 Direktor der Volkshochschule Saarbrücken, 1934 Lehrer, 1937 Leiter des Katechetischen Seminars der Bekennenden Kirche Berlin, 1944 Pfarrer Falkenhagen, 1946—1959 Professor und Rektor der Pädagogischen Akademie Wuppertal, 1946—1971 Lehre im Nebenamt an der Kirchlichen Hochschule Wuppertal, 1946—1954 Vorsitzender der Kammer für Erziehung und Unterweisung beim Rat der EKD, viele Jahre Leiter des Arbeitskreises der Pädagogischen Hochschulen in der Bundesrepublik und Präsident des Deutschen Pädagogischen Hochschultages, gest. 14.5.1975 Detmold.

Helbich, Hans-Martin, D., geb. 17.4.1906 Niederfüllbach/Kreis Coburg, 1930 Stadtvikar Fürth, 1934 bei dem widerrechtlichen Eingriff der Reichskirche in die bayerische Landeskirche vorübergehend amtsenthoben, 1934 Pfarrer Bad Steben, 1943 Landesjugendpfarrer in Bayern, 1947 Leiter der Landesjugendpfarrerkonferenz 1956 Dekan Coburg, 1961 Generalsuperintendent Berlin (-West), gest. 8.3.1975 Berlin.

Kurtz, Adolf, geb. 16.8.1891 Berlin, 1922-1948 Pfarrer Berlin, Domherr des Stiftes Brandenburg, 1948-1962 Pfarrer der deutschen evangelischen Gemeinde

Oxford, gest. 25.9.1975 Wembley.

Lohmann, Heinrich, Oberkirchenrat, geb. 19.4.1904 Mennighüfen, Kreis Herford, 1931 Pfarrer Gütersloh, 1949–1964 Superintendent des Kirchenkreises Gütersloh, 1945 Berufung in die Leitung des Männerwerkes der EKD, Herausgeber der Zeitschrift "Kirche und Mann", 1965–1971 Generalsekretär der Evangelischen Arbeitsgemeinschaft für Weltmission in Hamburg, gest. 27.7.1975 Gütersloh.

Nopitsch, Antonie, Dr. oec., geb. 3.8.1901 Traunstein, 1927 Lehrerin für Sozialwissenschaft Nürnberg, 1932 Gründung und 1945 Wiederaufbau des Bayerischen Mütterdienstes der evangelisch-lutherischen Kirche, 1950 Anregung zur Gründung des Müttergenesungswerkes durch Elly Heuß-Knapp, dort Tätigkeit als Geschäftsführerin und stellvertretende Vorsitzende, Mitglied der Leitung der Evangelischen Frauenarbeit in Deutschland, des Präsidiums der Inneren Mission in Bayern, der Synode der EKD und des Deutschen Nationalkomitees des Lutherischen Weltbundes, gest. 10.1.1975 Nürnberg.

Rosenkranz, Albert Eduard, Lic. theol., geb. 2.3.1876 Remscheid, 1903 Pfarrer Voerde, 1908 Liverpool, 1915 Nilvingen (Lothringen), 1921 Kreuznach, 1939-1951

Kirchenarchivar Bonn, gest. 31.7.1975 Düsseldorf-Kaiserswerth.

Rossmann, Siegfried Ernst, geb. 5.2.1917 Kolberg/Pommern, 1936–1945 Jurastudium und Kriegsdienst, 1946–1965 im staatlichen Justizdienst, 1966–1970 juristischer Referent und 1970 Präsident des Oberkirchenrats Schwerin, gest. 15.6.1975 Schwerin.

Ruppel, Erich, geb. 25.1.1903 Wuppertal-Elberfeld, 1931 juristischer Dienst in der Evangelischen Kirche der Altpreußischen Union (Konsistorien Münster und Magdeburg), 1933 Hilfsreferent (Konsistorialrat) im Kirchenbundesamt, 1934 in der Kirchenkanzlei der DEK, 1935 Ministerialrat im Reichskirchenministerium. 1947 Referent in der Kanzlei des hannoverschen Landesbischofs, 1949 Oberlandeskirchenrat, 1952 ordentliches Mitglied, 1958 juristischer Dirigent, 1965–1968 Vizepräsident des Landeskirchenamts Hannover, gest. 7.7.1975 Hannover.

Smend, Rudolf, Prof. Dr. jur., Dr. theol. h.c., geb. 15.1.1882 Basel, 1908 Habilitation Kiel, 1909 Professor für öffentliches und Kirchen-Recht Greifswald, 1911 Tübingen, 1915 Bonn, 1922 Berlin, 1935 Versetzung nach Göttingen, 1945–1955 Mitglied des Rates der EKD, 1945 des Moderamens des Reformierten Bundes, 1945–1969 Leiter des Instituts für Kirchenrecht der EKD, gest. 5.7.1975 Göttingen.

Stählin, Wilhelm, Dr. theol., Dr. phil., geb. 24.9.1883 Gunzenhausen, 1910 Pfarrer Egloffstein, 1916 Würzburg, 1923 Mitbegründer des Berneuchener Kreises,

1926 Professor für Praktische Theologie Münster, 1945–1952 Bischof von Oldenburg, gest. 16.12.1975 Prien/Chiemsee.

Wester, Reinhard, geb. 2.6.1902 Wuppertal-Elberfeld, 1929 Jugendpastor Kiel, 1932 Pfarrer Westerland, im Kirchenkampf Vorsitzender des Landesbruderrats der Bekennenden Kirche von Schleswig-Holstein, in der Kriegsgefangenschaft Lagerpfarrer in Ägypten, 1947–1967 Bischof von Schleswig, 1957–1965 Beauftragter des Rates der EKD für Umsiedler- und Flüchtlingsfragen, 1960–61 Mitglied des Rates der EKD, gest. 16.6.1975 Fissau bei Eutin.

Abkürzungsverzeichnis

AACC All African Church Conference (Gesamtafrikanische Kirchen-

ABI. ... Amtsblatt (mit Angabe der Landeskirche)

ABI.EKD Amtsblatt der EKD, Hannover

AEJ Arbeitsgemeinschaft der Evangelischen Jugend

AEM Arbeitsgemeinschaft Evangelischer Missionen (bis 1968: Konferenz

Evangelischer Missionen)

AGCKD Arbeitsgemeinschaft Christlicher Kirchen in der Bundesrepublik

Deutschland

AGES Arbeitsgemeinschaft Europäischer Stadtmissionen Arbeitsgemeinschaft Kirchlicher Entwicklungsdienst AGKED AGMD Arbeitsgemeinschaft Missionarische Dienste

AKf Arnoldshainer Konferenz

BEK.DDR Bund der Evangelischen Kirchen in der Deutschen Demokrati-

schen Republik

BGB Bürgerliches Gesetzbuch BGB1 Bundesgesetzblatt BGH Bundesgerichtshof

Rh Beiheft

CFK

DS

DÜ

BPA Bildungspolitischer Ausschuß der EKD

BSynEKD Berichte über die Tagungen der Synode der EKD, Hannover

BVerfG Bundesverfassungsgericht CA Confessio Augustana

CCIA Commission of the Churches on International Affairs ([ÖRK-]

Kommission der Kirchen für Internationale Angelegenheiten:

KKIA)

CCPD Commission on the Churches' Participation in Development

> ([ÖRK-]Kommission für Kirchlichen Entwicklungsdienst) Christliche Friedenskonferenz ("Prager Friedenskonferenz")

CIC Codex Iuris Canonici

CICARWS Commission in Inter-Church Aid, Refugee and World Service

([ÖRK-]Kommission für Zwischenkirchliche Hilfe, Flüchtlings-

und Weltdienst)

CVJM Christlicher Verein Junger Männer

Commission on World Mission and Evangelism ([ÖRK-1Kom-CWME

mission für Weltmission und Evangelisation)

Deutscher Evangelischer Kirchentag DEKT

Deutsche Evangelisch-Lutherische Kirche in Südwestafrika DELK

DEMT Deutscher Evangelischer Missions-Tag

Deutsches Allgemeines Sonntagsblatt, Hamburg

Deutsches Pfarrerblatt DtPfrB1

Dienste in Übersee. Arbeitsgemeinschaft evangelischer Kirchen

in Deutschland

Diakonisches Werk (Innere Mission und Hilfswerk) der EKD DW

Evangelische Allianz EA

Evangelische Frauenarbeit in Deutschland **EFD** Evangelisches Kirchenamt für die Bundeswehr EKA Evangelische Kirche in Deutschland

EKD

Kirchliches Außenamt der EKD (s. auch KA) EKD-KA

Kirchenkanzlei der EKD **EKD-KK**

Evangelisches Kirchengesangbuch EKG

Evangelische Kirche von Hessen und Nassau EKHN

Evangelische Kirche im Rheinland EKiR

Evangelische Kirche von Kurhessen-Waldeck EKKW Evangelisches Kirchenlexikon, Göttingen EKI.

Evangelische Kirche der Union EKU Evangelische Kirche von Westfalen **EKvW**

Evangelisches Missionswerk **EMW**

Evangelische Missionszeitschrift, Korntal-Stuttgart EMZ. Evangelischer Pressedienst, Frankfurt am Main end

epd-Dok epd-Dokumentation end Zentralausgabe epd ZA

Ecumenical Press Service (Pressedienst des ÖRK), Genf EPS

The Ecumenical Review, Genf ER ESG Evangelische Studentengemeinde

Evangelisches Soziallexikon, 5. Aufl. 1965 ESL Evangelisches Staatslexikon, 2. Aufl. 1975 **EStL** EvK Evangelische Kommentare, Stuttgart EvTh Evangelische Theologie, München

FAK Facharbeitskreis

FC Formule Concordiae (Konkordienformel)

FDP Freie Demokratische Partei

FEST Forschungsstätte der Evangelischen Studiengemeinschaft **GEP** Gemeinschaftswerk der Evangelischen Publizistik

GG Grundgesetz für die Bundesrepublik Deutschland

GO Grundordnung

HK Herder-Korrespondenz, Freiburg-Basel-Wien idea Informationsdienst der Evangelischen Allianz IDZ. Internationale Dialog Zeitschrift, Wien-Freiburg IKZ Internationale Kirchliche Zeitschrift, Bern

IKathZ Internationale Katholische Zeitschrift (ab Jg. 3, 1974: Internatio-

nale Katholische Zeitschrift "Communio")

Info.-Bek. Informationsbrief der Bekenntnisbewegung "Kein anderes

> Evangelium", Espelkamp Junge Kirche, Dortmund

KA Kirchliches Außenamt der EKD

Konferenz bekennender Gemeinschaften in den evangelischen KbG

Kirchen Deutschlands

KED Kirchlicher Entwicklungsdienst KEK Konferenz Europäischer Kirchen **KiDZ** Kirche in der Zeit, Düsseldorf

KiS Kirche im Sozialismus. Ein Materialdienst

KI Kirchliches Jahrbuch für die Evangelische Kirche in Deutschland

KKL Konferenz der Kirchenleitungen des BEK, DDR **KNA**

Katholische Nachrichten-Agentur, Bonn

KR

Konferenz über Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa **KSZE**

KuD Kervgma und Dogma, Göttingen

I.R Landesbischof

LK Leuenberger Konkordie LKA Landeskirchenamt LKR Landeskirchenrat

LM Lutherische Monatshefte, Hannover LR Lutherische Rundschau, Stuttgart

LThK Lexikon für Theologie und Kirche, 2. Aufl. 1957-1965 LuthGenSyn Lutherische Generalsynode (mit Angabe des Jahres), Bericht

über die Tagung der Generalsynode der VELKD

LWB Lutherischer Weltbund (Lutheran World Federation: LWF) MdKI/MD Materialdienst des Konfessionskundlichen Institus, Bensheim

JK

Mbl.BEK DDR Mitteilungsblatt des Bundes der Evangelischen Kirchen in der DDR NCC

National Council of Churches, oder: National Christian Council ÖR

Ökumenische Rundschau, Korntal-Stuttgart

ÖRK Ökumenischer Rat (bzw. Weltrat) der Kirchen (s. auch WCC)

OKOR Oberkonsistorialrat OKR Oberkirchenrat OLKR Oberlandeskirchenrat

Pastor

PBR Programm [des ÖRK] zur Bekämpfung des Rassismus

= PCR = Programme to Combat Racism

Pfr

Rd.schr Rundschreiben

RGG Die Religion in Geschichte und Gegenwart, 3. Aufl. 1957-1965 Reformierter Weltbund (World Alliance of Reformed Churches: RWB

WARC)

SCM Student Christian Movement (Christliche Studentenbewegung)

StGB Strafgesetzbuch

StZ Stimme der Zeit, Freiburg

Sup Superintendent

ThExh Theologische Existenz heute, München

United Nations Educational, Scientific and Cultural Organisation UNESCO (Organisation der Vereinten Nationen für Erziehung, Wissenschaft

und Kultur)

UNO United Nations Organisation (Organisation der Vereinten Nationen)

VELK Vereinigte Evangelisch-Lutherische Kirche (in der DDR) VELKD Vereinigte Evangelisch-Lutherische Kirche in Deutschland

WCC World Council of Churches (s. auch ÖRK)

WKL Weltkirchenlexikon, Handbuch der Ökumene, 1960

Wissenschaft und Praxis in Kirche und Gesellschaft, Göttingen WPKG

7.47. Zeichen der Zeit, Berlin (Ost)

ZEE Zeitschrift für evangelische Ethik, Gütersloh Zeitschrift für evangelisches Kirchenrecht, Tübingen ZevKR

ZkTh Zeitschrift für katholische Theologie, Wien Zeitschrift für Theologie und Kirche, Tübingen ZThK

Personenregister

Abrassimov, Pjotr Andrejewitsch, Botschafter 233 Adam, Alfred, Prof. für Kirchengeschichte 341 Allwohn, Adolf, Prof. für Praktische Theologie 341

Arias, Mortimer, Bischof 76 Arius, Presbyter 37 Athanasius, Bischof 34

Balthasar, Hans Urs von, Theologe 119 Bardtke, Hans, Prof. für Altes Testament 341

Barth, Karl, Prof. für Systematische Theologie 130 Bartha, Tibor, Bischof 291f. Benedyktowicz, Witold, Prof. 292 Bengsch, Alfred, Erzbischof 141 Beyerhaus, Peter, Prof. für Missionswissenschaft 135 Birch, Charles, Biologe 73

Bizer, Ernst, Prof. für Kirchengeschichte 341 Bloch, Ernst, Philosoph 36

Bonifaz VIII., Papst 130
Bosinski, Gerhard, OKR 332
Braecklein, Ingo, Landesbischof 264
Brandenburg, Albert, Dozent für Dogmatik 120
Breschnew, Leonid, Politiker 327

Brück, Ulrich von, OLKR 292 Buhly, R., Pastor 302 Bujavszkij, Prof. (UdSSR) 292

Campenhausen, Axel von, Prof. für Staatskirchenrecht 62,72
Claß, Helmut, Landesbischof, Ratsvorsitzender 56,58,81f.,335,337
Coggan, Donald, Erzbischof 247,335

Degen, Roland, Landeskatechet 303 Degenhardt, Johannes Joachim, Erzbischof 135,139,142

Demke, Sekretär 240 Diem, Hermann, Prof. für Systematische Theologie 341

Dietzfelbinger, Hermann, Landesbischof 335

Döpfner, Julius, Erzbischof 140,144 Doernberg, Stefan, Prof. (DDR) 297 Domke, Peter, Pfr. 304 Domsch, Kurt, Synodalpräsident 243 Drenkmann, Günter von, Kammergerichtspräsident 13

Eckart, Pastor 247

Falcke, Heino, Propst 286,304f.,312f. Fiebig, Udo, Pfr. 68
Filaret, Erzbischof 326
Foerster, Werner, Prof. für Neues
Testament 341
Fränkel, Hans-Joachim, Bischof 264
Frenz, Helmut, Bischof 243,338
Funcke, Liselotte, Bundestagsvizepräsidentin 68

Garai, Róbert, Stellv. Außenminister 292 Geissler, Heinrich, Sozialminister 73 Genscher, Hans Dietrich, Parteivorsitzender 335 Gienke, Horst, Bischof 247 Götting, Gerald, Parteivorsitzender 287 Graber, Rudolf, Bischof 119,135 Grengel, Christa, Pastorin 308,313 Grüber, Heinrich, Propst 280,341

Gundert, Wilhelm, OKR 140

Haenchen, Ernst, Prof. für Systematische Theologie 341 Halifax, Charles Lindley, Kirchenpolitiker Hammelsbeck, Oskar, Rektor 341 Hanselmann, Johannes, Landesbischof 336 Harms, Hans Heinrich, Bischof 140 Hauschild, Wolf-Dieter, Prof. für Kirchengeschichte 19ff. Helbich, Hans-Martin, Generalsup. 342 Held, Heinz Joachim, Präsident 335 Hempel, Johannes, Landesbischof 234, 239,241,266,268f.,284,313 Herbert, Karl, OKR 122 Heyl, Cornelius von, Rechtsanwalt 144 Hild, Helmut, Kirchenpräsident 336 Hinz, Christoph, Pfr. 280,310 Honecker, Margot, Volksbildungsministerin

Ihmels, Folkert, Rektor 236 Immer, Karl, Präses 335,337

286

Jacob, Günter, Generalsup. 302Jenssen, Hans-Hinrich, Prof. für Praktische Theologie 252 Johannes XXIII., Papst 118
Johannes, Kurt, Präsident 243
Jüngel, Eberhard, Prof. für Systematische
Theologie 17,31
Jung, Hans-Gernot, OLKR 23
Jungklaus 264
Juvenalij, Metropolit 291f.

Kaldy, Zoltan, Bischof 292
Kasper, Walter, Prof. für Dogmatik 118
Kern, Karl-Hans, Pfr. 68
Kimme, August, Missionsdirektor 248
Klages, Eberhard, Redakteur 287
Krusche, Günter, Studiendirektor 296, 305,308,313
Krusche, Werner, Bischof 236,264,269, 293ff.,312
Kühn, Ulrich, Dozent 302,304
Küng, Hans, Prof. für ökumenische
Forschung 118,143
Küstner, Herbert (Schöneiche) 305
Kurtz, Adolf, Pfr. 342
Kusch, Walter, OKoR 243

Lahr, Horst, Generalsup. 304
Lambardakis, Augoustinos, Bischof 142
Lefèbre, Marcel, Erzbischof 115,136
Lehmann, Karl, Prof. für Systematische
Theologie 131,141
Leicht, Robert, Redakteur 69
Lell, Joachim, Pfr. 115ff.
Lewek, Christa, OKR 327
Lilje, Hanns, Landesbischof 19ff.,160
Lingner, Olaf, OKR 227ff.
Link, Christoph, Prof. für Kirchenrecht
62
Lohmann, Heinrich, Sup. 342
Lohse, Eduard, Landesbischof 13ff.,22,
121,338
Lorenz, Peter, Politiker 14

MacBride, Séan, Jurist, Politiker 297
Marty, François, Kardinal 144
Mau, Carl, Generalsekretär 337f.
May, Georg, Prof. für Kanonistik 116
Mecklinger, Ludwig, Gesundheitsminister 332f.
Mercier, Désiré, Erzbischof 141
Meyer, Harding, Forschungsprofessor 130
Michalko, Jan, Generalbischof 292
Müntzer, Thomas, Reformator 234,246, 325

Nagy, János, Stellv. Außenminister 291 Narzynski, Janusz, Bischof 336 Natho, Eberhard, Kirchenpräsident 248 Niemöller, Martin, Pfr. 19ff. Nopitsch, Antonie, Geschäftsführerin 342

Pabst, Walter, OKR 280
Paul VI., Papst 115,119,137
Paulus, Apostel 40f.
Plath, Siegfried, OKoR 243
Potter, Philip, Generalsekretär 247,267, 336

Rachow, Sabine (Berlin) 304,313
Rahner, Karl, Prof. für Dogmatik 117, 143
Raiser, Konrad, Generalsekretär 291,293
Ratzinger, Joseph, Prof. für Systematische Theologie 131
Rohde, Dieter, OKR 147ff.
Rosenkranz, Albert Eduard, Kirchenarchivar 342
Rossmann, Siegfried, Präsident 342
Ruh, Hans, Prof. für Sozialethik 293ff.
Ruppel, Erich, Vizepräsident 342

Sachs, Nelly, Dichterin 329 Sauer, Prof. (Bulgarien) 292 Sauter, Gerhard, Prof. für Systematische Theologie 53 Schäufele, Hermann, Erzbischof 140 Schillebeeckx, Edward, Prof. für Dogmatik 118f. Schleiermacher, Friedrich, Theologe 45 Schmutzler, Siegfried, Pfr. 304 Schober, Theodor, Präsident 74f.,90,335 Schönherr, Albrecht, Bischof 234,247, 264,266,279f.,282,291,294,314, 321f.,326f.,332,336 Schütte, Heinz, Prof. für Dogmatik 130f. Schulze, Hans 84 Schutz, Roger, Prior 144 Seigewasser, Hans, Staatssekretär 288, 290,321ff.,336 Semper, Udo, Geophysiker 305 Sindermann, Horst, Ministerpräsident 325 Smend, Rudolf, Prof. für Öffentliches Recht 342 Sontheimer, Kurt, Prof. für Politische Wissenschaften 143 Stählin, Wilhelm, Bischof 342f.

Tenhumberg, Heinrich, Bischof 131f. Thimme, Hans, Präses 132 Tóth, Károly, Generalsekretär 291

Theologie 53

Steiner, Hugo, Prof. für Staatsrecht 62

Strohm, Theodor, Prof. für Systematische

Ulrich, Heinrich-Hermann, Pfr. 73ff., 197

Vogel, Bernhard, Kultusminister 143 Voigt, Gottfried, Dozent 326 Vorster, Johannes, Ministerpräsident 338 Vries, Wilhelm de, Prof. für Kirchengeschichte 131

Weber, Hartmut 307 Wester, Reinhard, Bischof 343 Wickert, Ulrich, Prof. für Kirchengeschichte 135 Willebrands, Johannes, Erzbischof 115, 135
Wins, Georgij, Baptistenführer 335
Wirth, Günter, Chefredakteur 287
Wölber, Hans Otto, Landesbischof 51, 82,337

Zahrnt, Heinz, Redakteur 143 Zeddies, Helmut, OKR 264 Ziemer, Jürgen, Pfr. 309,313

Orts- und Sachregister

Abendmahl(sgemeinschaft) 36,47,81. 122ff.,128,133f.,143,194,206,216, 246,256,259ff.,265f.,275,336 vgl. auch Eucharistie

Adoption 103 Adventisten 248

Afrika 108f.,112,231,248,292 Altenhilfe 95ff.,160f.,168,219,303,

vgl. auch Diakonie; Sozialarbeit Altenkirchen-Wölmersen 83 Amt, kirchliches 32,45,58ff.,65,67ff., 81,119,121,127,129f.,132ff.,246,

262,264ff.,337

vgl. auch Mandat; Politik und Kirche Antisemitismus 38,43

- vgl. auch Dialog; Juden

Arbeitnehmer, ausländische 27,95,104ff., 142,144f.,179,181,184,189f.

Arbeitsgemeinschaft christlicher Kirchen

- (West) 127,137,144,337

- (Ost) 247f.

Arbeitslosigkeit 73,86,105,108,145 Arianismus 34

Arnoldshain

- Konferenz 17,46,50,52,65f.,120ff.,

Asien 108f.,112

Atheismus 228f.,301,313,315f.,323 Auftrag, kirchlicher 14,21,24ff.,31,59,64, 76f.,81,111,264,274

Augsburg 196

 vgl. auch Confessio Augustana Ausbildungswesen 47f.,52,55f.,87,112, 152ff.,158f.,164f.,170f.,235ff.,243f., 245,249,268,272f.,276ff.,310,332f.

- vgl. auch Erziehung Außenpolitik 228,230f.

- vgl. auch Politik und Kirche

Bad Boll 101 Bad Segeberg 101 Baden

- Ev. Landeskirche 155,170ff.,193f., 198,200ff.,221f.,225,236

Baden-Württemberg 103

– vgl. auch Baden; Württemberg Bangkok

- Weltmissionskonferenz 76,244

Bauernkrieg 234 Bautätigkeit 250,278

- vgl. auch Finanzen; Kirchensteuern

Bayern 192ff..198

- Ev.-Luth. Kirche 57,64,82,109,155, 170ff.,200ff.,221f.,225,336,339 Befreiungsbewegungen 36 Behindertenhilfe 73ff.,81,86,98ff.,303,

331ff.

vgl. auch Diakonie; Krankenhaus, -pflege; Sozialarbeit

Bekenntnis(kirche) 20,24ff.,29,32ff., 37,44,50,63ff.,67,133,259,264

Bekenntnisbewegung vgl. Gemeindetag; Gruppen; Konferenz bekennender Gemeinschaften

Belgien 297

Berlin

- (West) 52,83f.,141,233,246,280, 294,337

- (Ost) 294,297,304,326

Berlin-Brandenburg

- Ev. Kirche (West) 14,109,155, 170ff.,178,184,190,193f.,198, 200ff.,221f.,224f.,338

- Bischof (Scharf) 14

- Ev. Kirche (Ost) 246ff.,263,314,321,

Bestattungen 27,190,204,214 Bethel 75

Biafra-Gabun 197

Bibel(arbeit) 16,21,24,39f.,42ff.,55, 58,67,133f.,195,217f.,275,309,329

vgl. auch Evangelium; Verkündigung Bildung vgl. Ausbildungswesen; Erziehung Böblingen 84 Bolivien

Ev.-methodistische Kirche 76

Bonn 336

Braunschweig - Ev.-luth. Landeskirche 109,155,170ff., 200ff.,221f.,225,338

- Ev. Kirche 60ff.,65,71,109,155, 170ff.,190,193,200ff.,221f.,224f., 335,339

- Staatsgerichtshof 60ff.,65,68,70,335

- vgl. auch Justiz

Brot für die Welt 108,196f.,248,288

 vgl. auch Ökumene Buckow 225,295,336

Konferenz Europäischer Kirchen 290,

Budapest 290f. Bürgerinitiative 13 Bulgarien 291f.

- Orthodoxe Kirche 248,279

- vgl. auch Kirchen, orthodoxe Bundesarbeitsgemeinschaft der Freien Wohlfahrtspflege 74,102

- vgl. auch Wohlfahrt

Bundesrepublik Deutschland 116,135f., 264,280f.,294,312,337

- Bundesregierung 45,99

- Bundeskanzler 107 - Bundestag 13,17,68

Bundesverfassungsgericht 15,62ff.,70,90

- vgl. auch Justiz

Canterbury

- Erzbischof (Coggan) 247,335

Chile 248,338

China 36

Christen und Juden vgl. Dialog; Juden Christlich-Demokratische Union

(West) 14,89(Ost) 253,287

Christliche Friedenskonferenz 231,249, 282,287,291,297,331

Christologie 33,36,118f.,266

Confessio Augustana 34

Darmstadt 336 Demokratie 42,51f.,67 Deutsche Bischofskonferenz vgl. Kirche, römisch-katholische

Deutsche Demokratische Republik 16, 22,227ff.,243,327,336

- Ministerrat 249,279

- Staatssekretär für Kirchenfragen (Seigewasser) 234,244,249,251,266,287, 294,298

Deutscher Caritasverband 74,98,102,107

- vgl. auch Verbände; Wohlfahrt

Deutscher Ev. Kirchentag 15f.,38,75,84, 115,143,196,228,280

Deutscher Ev. Verband für Altenhilfe 95

- vgl. auch Altenhilfe

Diakonie 27,47,71,73ff.,81,86,95ff., 100,102,107,149,151,157,160ff., 168f.,219,228,244,272,277,282,303. 331ff.

vgl. auch Sozialarbeit

Diakonisches Werk 74ff.,77,80,85,88,95, 98ff.,102,107,111f.

- vgl. auch Verbände; Werke

Dialog, jüdisch-christlicher 38.43f..117

- vgl. auch Antisemitismus; Juden

Diaspora 268f.,273,277

Dienst 25f.,28f.,45f.,50f.,77,81,83,119,

121,149,238,241,244,248,250,303,314

Dogmatik 33f.,49f. Dortmund

Kirchentag 196 Dresden 243f.,303

Dritte Welt 45,138,292,295,297,319,

- vgl. auch Entwicklungshilfe; Ökumene Düsseldorf

- Kirchentag 196

Ehe 48.59.116.122f..127ff..156f., 160f.,179f.,183ff.,273ff.

- vgl. auch Trauung

Eisenach 58,235f.,243,336

Ekklesiologie 19,21f.,28,32,38,49,68, 126.264.271

Energieversorgung 13

Entspannung vgl. Konferenz über Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa Entwicklungshilfe 21,108,111f.,196f.,

248,288

vgl. auch Dritte Welt; Ökumene Entwicklungsländer vgl. Dritte Welt Erfurt 245f.,279,301,304 Erziehung 232,245,249,317ff.,326

vgl. auch Ausbildungswesen

Erzväter 39

Eucharistie 122f.,133f.,246,309,336,338 - vgl. auch Abendmahl

Europa 37,111,326

Eutin

- Ev.-Luth. Landeskirche 15,109,155, 170ff.,193,195,198,200ff.,221f.,224f. Evangelikale 15,55,115,135

Evangelisation 76,84,335

- vgl. auch Konferenz bekennender Gemeinschaften

Evangelische Allianz 84

Evangelium 16f., 21, 23, 25, 28, 30, 32, 44, 47,52,64,76,79,235,237,249,256, 258f.,265,271f.,275,284,303,308f., 314,326

vgl. auch Bibel; Verkündigung

Feiertage 191f.

Fernsehen vgl. Massenmedien

Finanzen, kirchliche 18,22,57,244,251

- vgl. auch Bautätigkeit; Kirchensteuern Frankfurt a.M.

- Kirchentag 75,84,143,196,280,337 Frankreich 144

- Prot. Kirchenbund 248

Frauenbewegung 234,249,305,325 Freiburg

- EKD-Synode 14,23,31,140

- vgl. auch Kirche evangelische, EKD

Freie Demokratische Partei 99.335 Freie Deutsche Jugend 318 Freikirchen 81,83f.,109,111,179. 182,186,248,277,284 Freizeit 84ff. Fremdenfeindlichkeit 106

Gastarbeiter vgl. Arbeitnehmer Gemeinde 14,36,46,49ff.,57f.,65f.,68f., 71,76f.,79,83f.,100,106f.,121,133, 138,147ff.,152,175,191,195ff.,217ff., 236f.,241,243f.,255ff.,262f.,265. 271ff.,283ff.,293,298f.,302,310, 314f.,319f.,324,327,337

Gemeindetag unter dem Wort 15,143. 196

- vgl. auch Konferenz bekennender Gemeinschaften

Genf 337

- Konferenz für Kirche und Gesellschaft 307
- vgl. auch Ökumenischer Rat der Kirchen

Gesellschaft(spolitik) 13,16,18,20,26, 28,32,51,57,59,70,98f.,102f.,105,228, 249,258,284,287,301,303,305ff.,313,

- vgl. auch Politik und Kirche; Sozia-

lismus; Verhältnis Gewalt 13,306f.,330 Gewerkschaft 106,109,233 Glaube 17,20,55,63,251ff.,256ff.,271 281f.,286,290,300f.,318,320

Gliedkirchen vgl. Kirche, evangelische, Bund evangelischer Kirchen, Evangelische Kirche in Deutschland; Landeskirchen

Gnadau 280

Görlitz

Ev. Kirche 263,321

Gottesdienst(besuch) 14ff.,25,28,31,40, 47ff.,67,79f.,84,123,126,132,190ff., 205,215,241,255f.,261,264ff.,273, 293ff.,317,323,326

Greifswald

- Ev. Landeskirche 243f.,263 Großbritannien 247f.,297 Grundordnung 15,335ff. - vgl. auch Kirchenverfassung

Grundgesetz 15.50,60,63ff.,69f.

 vgl. auch Bundesverfassungsgericht; Justiz Gruppen, kirchliche 30,33,81,84

Halle 302 Hamburg 143,193 - Ev.-luth. Kirche 15,49,82,109,155, 170ff.,184,190,193,198,200ff., 221f.,224f.

Hannover

- Ev.-luth, Landeskirche 109,155, 170ff.,182,196,200f.,221f.,224f.,336

- Kirchentag 196 Heiliges Jahr 115ff. Hessen und Nassau

- Ev. Kirche 109,155,170ff.,191, 200ff., 221f., 224f., 339 Hofgeismar 17,52,55,122 Humanwisser, schaften 51f., 112

Indien 197 Industriegesellschaft 13 Irrlehre 37 Islam 43,106,142,181,310 Israel 39,42,231,266f.

Juden, Judentum 38ff., 117f., 337 - vgl. auch Antisemitismus; Dialog Jugendarbeit 47,88ff.,102f. - vgl. auch Konfirmation Jugendweihe 251ff.,256ff.,304 Jugoslawien 291 Justiz 15,50,60ff.,62ff.,65,68f.,70,90, 335,339

Kaiserswerth

- Diakonische Konferenz 75f.,95,100 Kapitalismus 304,311f. Katastrophenhilfe 109f. Kerygma 118,120 Kindergarten 89,273 Kirche

- altkatholische 126,179,186,247
- anglikanische 141

- evangelische

- - Bund der Evangelischen Kirchen in der DDR 227,235f.,239,244,247, 250,255,261,267,275ff.,281ff., 288,291,297f.,304,313,319,327, 331,333,336f.
- Synode 234ff.,239f.,284,286,321
- - Konferenz der Kirchenleitungen 234,241ff.,245f.,250,255,262f., 267f., 276, 278, 280, 282, 321, 326f., 336
- Bischofskonvent 261ff., 266, 326
- Gliedkirchen 236f.,239,243,246, 251,254f.,261ff.,272,275,277f., 283f.,288,293,299,326,331
- vgl. auch Berlin-Brandenburg (Ost); Görlitz: Greifswald; Landeskirchen; Mecklenburg; Sachsen; Thüringen

 Evangelische Kirche in Deutschland 13ff., passim

- Rat 15,23,33ff.,45,58,65f.,102, 105,117,120,128,144,227,280, 335,337f.

- Kirchenkanzlei 23,66,69,71,88, 91,140,227,338

- Synode 14,22f.,30ff.,45,68,74, 81f.,90,107,140,142,144,247

- - Außenamt 338

- - Kammer für soziale Ordnung 338

- - Catholica-Ausschuß 120

Gliedkirchen 13,55,60f.,63f.,66,69,
 76,90f.,121,147,150,152f.,175,
 182f.,190ff.,198,200ff.,215ff.,
 221ff.

vgl. auch Baden; Bayern; Berlin-Brandenburg (West); Braunschweig; Bremen; Eutin; Hamburg; Hannover; Hessen und Nassau; Kurhessen-Waldeck; Landeskirchen; Lippe-Detmold; Lübeck; Niedersachsen; Nordelbien; Nordwestdeutschland; Pfalz; Rheinland; Schaumburg-Lippe; Schleswig-Holstein; Westfalen; Württemberg

- Evangelische Kirche der Union

- (West) 32,150,337

- (Ost) 243f.,246f.,250,262f.,265,278

- römisch-katholische 22,29,38,69,74, 82f.,86,106,115ff.,121,123ff.,130, 132ff.,137,139,143,182,184ff.,223, 248,283f.,323

 Deutsche Bischofskonferenz 35,75, 117,121f.,127f.,135,139f.,144,336, 338

- vgl. auch Papst; Rom

Kirchen, orthodoxe 106,112,128,142, 144,179,181f.,186,190,248,279,288, 290,298

Kirchenbeamte 60,63,158f.,166f.,169 Kirchengemeinschaft vgl. Abendmahl; Eucharistie; Ökumene, innerdeutsche

Kirchenkampf 121,264

Kirchenmitgliedschaft 14,19,121,175f., 179,187,189,197f.,200,207f.,210, 221f.,224,248

Kirchenmusik 195,219

Kirchenrecht 49,63,227,245,250

Kirchenstatistik 147ff.

Kirchensteuer 18,223ff.,251

vgl. auch Bautätigkeit; Finanzen
Kirchenverfassung 49,51,239
vgl. auch Grundordnung

Köln

- Kirchentag 196

Koexistenz vgl. Konferenz über Sicherheit

und Zusammenarbeit in Europa; Ökumene; Verhältnis

Kommunalpolitik 69,71

Kommunismus 59,230,301,316,327 – vgl. auch Marxismus; Sozialismus

Konferenz bekennender Gemeinschaften in den evangelischen Kirchen Deutschlands 35ff.,135,335,337f.

vgl. auch Gemeindetag

Konferenz Europäischer Kirchen 231, 247,279,283,290,293ff,297,338

Konferenz über Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa 229f.,233,283, 288ff.,292ff.,314f.,331,338

Konfirmation 27,47,49,182,191,193,202, 212,243,245ff.,251ff.,256ff.,269,304, 318

 vgl. auch Jugendarbeit; Religionsunterricht

Konzentrationslager 328 Krankenhaus, -pflege 73ff.,81,86,101ff., 151,157,162f.,168,303,332

Kuba 247

Kummhennersdorf 245

Kurhessen-Waldeck

- Ev. Kirche 109,155,170ff.,184,193, 198,200ff.,221f.,224f.,336

Laien 236,240,242,282,307 Landeskirchen 15,33,55,62,64,76,78f., 81ff.,89,111,129,132,138,147ff.,155, 170,184,236,239f.,264

 vgl. auch Kirche, evangelische, Bund der Ev. Kirchen, Evangelische Kirche in Deutschland, Gliedkirchen; Ev. Kirche der Union; Vereinigte Ev.-Luth. Kirche (Deutschlands)

Lateinamerika 16,108f.,112

- vgl. auch Südamerika

Lausanne

Int. Kongreß für Weltevangelisation 76,335

Lehrgespräche 132,246f.,248

Leipzig 248,302f.,326

Leuenberger Konkordie (Konkordie reformatorischer Kirchen in Europa) 32,126,140,246,264,282,304,335

Liberalismus 135 Lippe-Detmold

 Ev. Landeskirche 109,155,170ff.,184, 193,198,200ff.,221f.,224f.,337

Liturgie 115f.,142

Löwenstein 101

Lübeck

- Ev.-luth. Kirche 15,49,109,155, 170ff.,184,190,193f.,200f.,221f.,224f.

Luthertum 49f.,52,64,68,123ff.,130, 132,248,264

- vgl. auch Vereinigte Ev.-Luth. Kirche (Deutschlands); Weltbund, lutheri-

Magdeburg 245,318 Mainz 143 Mandat, politisches 59ff.,63f.,66ff., 335,339

- vgl. auch Amt; Politik und Kirche Mariologie 119f.,134,139 Marxismus(-Leninismus) 36,139,229,

254,257,269,271,282,286,303,305ff.,

313,315ff.,321f.,325,333 - vgl. auch Kommunismus; Sozialismus Massenmedien 14,29,69,75,83,85f., 116,147,230,233,252,287,324ff.

- vgl. auch Schrifttum, kirchliches

Mecheln

- Gespräche 141 Mecklenburg

- Ev.-luth. Landeskirche 244,263,324,

Menschenrechte 43,229,231,247,269, 282f.,289f.,305,307,314 Minderheit 269ff.,276,281

Minneapolis 281

Mission 36,44f.,82ff.,164f.,169,248, 250,255,258,270,276,289,300,309 Mitarbeiter, kirchliche 46ff.,50,74,77,

79,83,87f.,97,112,235ff.,241f.,244, 250,272f.,277f.,282,299,332

Moritzburg 236 München 143 Münster

- Bistum 132

Naher Osten 42,45 Namibia 288 Nationale Front 287,325f.,336 Nationalsozialismus 42,99,329 Naturrecht 115,139 Naumburg 302 - Oberseminar 80,202 Neustadtgemeinden 27,271,273f.,277

Neustrelitz 245

Nizäa

- Konzil 32ff.,36f.,135,141,337f. Nichtseßhaftigkeit 73,100 Niederlande 247f.,279,337

Niedersachsen

- Konföderation der ev. Kirchen 337 Nordelbien

- Ev.-luth. Kirche 15,49,51f.,109 Nordwestdeutschland

- Ev.-ref. Kirche 109,155,170ff.,193, 195,198,200ff.,221f.,224f.,336

Ökumene 15f.,21,29,33,35f.,49,74,82, 86,108,111f.,123,164f.,169,195ff., 217f.,228,234,240,243,246,248,251, 276,278,280ff.,285ff.,294,296ff., 303ff.,312,328

- vgl. auch Dritte Welt

- innerdeutsche 115ff..197

- vgl. auch Abendmahl; Arbeitsgemeinschaft christlicher Kirchen; Kirche, römische-katholische; Kirchen, orthodoxe

Ökumenischer Rat der Kirchen 21,29, 36,45,112,116,137,245,247,267,275f., 279,281ff.,289ff.,297f.,307,335f., 337f.

 3. Vollversammlung (Neu-Dehli) 129. 275

- 5. Vollversammlung (Nairobi) 16, 37,45,73,76,82,231,244,247f.,266, 268f.,283,290ff.,297ff.,303ff.,309ff., 313,328,338

Österreich

- ev. Kirche 247f.,336

Oldenburg

- Ev.-luth. Kirche 109,155,170ff.,195, 200ff.,221f.,224f.,337,342

Oranienburg 305 Ordination 50,120f.,243,246,261ff.,266 Orthodoxie vgl. Kirchen, orthodoxe Osnabrück 139

Paderborn

- Erzbischof (Degenhardt) 135,139 Palästina 42 Paritätischer Wohlfahrtsverband 102 vgl. auch Wohlfahrt Parlament 60,63,65,71 - vgl. auch Mandat, politisches

Papst, Papsttum 115,119,125,129ff., 134,137,139

Parteien 14,28,59,61,65,67f.,71,89,99, 106,228f.,232,253,258,286f.,297, 303,326,335

Pastorenkirche 45f.

- vgl. auch Volkskirche

Pfalz 198

- Vereinigte prot. ev. Kirche 109,155, 170ff.,193,198,200ff.,221f.,224f.,338 Pfarrer 27,45ff.,52,54ff.,60f.,65,71,147, 149ff.,160f.,235,237,250,276

Pfarrhaus 57f. Pietismus 57,59,309 Pluralismus, Pluralität 115,270 Politik und Kirche 14,16,59,61,72,228ff.;

vgl. auch Amt; Gesellschaftspolitik;

Mandat

Polen 108,148,291f.,

- Ökumenischer Rat 279,338

- Kirchen 291,336

Portugal 287

Potsdam 294,299,304

Predigt 16,36,51,64,67,70f.,82,121,195, 217f.,245,266

Premnitz 304

Presse vgl. Massenmedien; Schrifttum Protestantismus 15,22,115,117,136,248

Radikalismus 14,335 Rassismus 29,45,135,231,248,266f., 282,288f.,292,305,307f.,328,336 Ratzeburg 336 Rechtfertigungslehre 32,34,124,281 Reformation, Reformatoren 17,24,33, 121,124,126,234,246,265,283,325

Regensburg 136

Religionsunterricht 14,36,57,149,151, 158f.,164f.,169

vgl. auch Konfirmation; Unterweisung Resozialisierung 27

Revolution 16,36,306f.,311f. Rheinland

- Ev. Kirche 77,82,84,109,155,170ff., 200ff.,221f.,224f.,335

Rom 116,130

- Sekretariat zur Förderung der Einheit der Christen 115,130,135,138
- II. Vatikanisches Konzil 38,115,136, 139ff.
- vgl. auch Kirche, römisch-katholische;
 Papst

Rostock 324

Ruanda 247

Rüdersdorf 305

Rumänien 108

Rundfunk vgl. Massenmedien

Sachsen

- Ev. luth. Landeskirche 251f.,263,268, 321,324
- Ev. Kirche der Kirchenprovinz Sachsen 243f.,246,249,314,317

Säkularisierung 139,270,277,281 Sagorsk 279

Sakrament 23,49f.,64,70f.,119ff.,124, 126f.,129,132ff.,255,260,266,268, 276

Sankt Pölten

 Konsultation des Ökumenischen Rats 247,307 Schaumburg-Lippe

 Ev.-Luth. Landeskirche 109,155, 170ff.,184,200ff.,221f.,224f.

Schleswig-Holstein

 Ev.-Luth. Landeskirche 15,109,155, 170ff.,193,195,198,200f.,221f.,225

Schöneiche 305

Schöpfungsordnung 139

Schottland

- Presbyt. Kirche 279

Schrifttum, kirchliches 29,85ff.,116, 119,135f.,139,227,236,249,279,324

Schwanberg 83

Schwangerschaftsabbruch 15,89ff.,115, 335

Schweden 247,279

- Kirche 248

Schwerin 243,247,324

Seelsorge 47ff.,71,82,86,97,156f.,160, 162f.,168,197,256,259f.,172ff.,277, 318,324

Sowjetunion 108,230ff.,248,279,288, 291ff.,298,326,335

 Orthodoxe Kirche 248,279,288, 290,298

- vgl. auch Kirchen, orthodoxe

Sozialarbeit, -wesen 27,48f.,51,73ff., 87f.,98ff.,138,250,303,314,331ff.

- vgl. auch Diakonie

Sozialdemokratische Partei Deutschlands 68,99

Sozialgesetzgebung 98,102f.,105 – vgl. auch Gesellschaftspolitik

Sozialistische Einheitspartei Deutschlands 228,232,253,258,286,326

Sozialismus 16,36,135,227ff.,245, 251ff.,257ff.,270,279,281,283, 286ff.,296f.,299,302ff.,314ff.,323, 325ff.,331f.

vgl. auch Kommunismus; Marxismus
 Spanien 338

Staatsgerichtshof vgl. Bremen; Bundesverfassungsgericht

Sterilisation 98f.

Stipendien, kirchliche 112f.

Stockholm 14

Strafanstalten 324

Straßburg

 Institut für ökumenische Forschung 130,266,336

Stuttgart

- Kirchentag 196

- Schuldbekenntnis (1945) 20

Südafrika 288,337f.

Südamerika 231

- vgl. auch Lateinamerika

Synode 14,22f.,30ff.,45,56,66,68,74,81f., 90,107,117,119,122,126,139f.,142, 144,234ff.,239f.,247,284,286,321, 324,335ff.

Taizé 16,144 Taufe 25,27,32,41,81,121,175ff.,179ff., 201,211,246,255,260,265f. Telefonseelsorge 86f.,156f.,160f.,168,197

- vgl. auch Seelsorge

Templin 245

Theologie 17,20f.,25,30,34ff.,45,49, 52ff.,61,112,115,243,251f.,254, 256,260f.,272,278,339

Theologiestudenten 56ff.

 vgl. auch Ausbildungswesen Thüringen

- Ev.-luth. Landeskirche 243f.,263 Trauung 27,183ff.,203,213

- vgl. auch Ehe

Trennung von Staat und Kirche vgl. Verhältnis

Tschechoslowakei 291f. Tübingen 143

Umsiedler 108f. Umwelt(schutz) 13,73,292,305,319 Ungarn 249,291ff.

Ökumenischer Rat 248,279 Unterweisung 47,49f.,256,259

- vgl. auch Konfirmation; Religionsunterricht

Utrecht 115,135

Vatikan vgl. Rom

Verbände 74,95,98,100,102,107 - vgl. auch Diakonie; Werke; Wohlfahrt Verhältnis von Kirche und Staat 62,68, 228f.,231,240,268,281,285,296,299,

305f.,313ff.,316ff.,330ff. **

 vgl. auch Mandat; Gesellschaftspolitik; Politik und Kirche; Sozialismus Vereinigte Evangelisch-Lutherische Kirche

(Deutschlands)

- Bundesrepublik 17,32,46,50,52,120, 122ff.,129f.,150,243,335ff.

DDR 243f.,246f.,250,262f.,278,327

Vereinigte Staaten von Nordamerika 131,248,288

Vereinte Nationen 42f.,45,233,261, 266f.,318

Verfassung 65

 vgl. auch Grundgesetz; Grundordnung; Kirchenverfassung

Verkündigung 25f.,34f.,40,49ff.,61,64ff., 77,80,82f.,121f.,134,141,228,235ff., 265ff.,265f.,275f.,324,326

vgl. auch Bibel; Evangelium

Vietnam 13,196f.,231

Volkskirche 14,18ff.,32,45,52,56,58,69, 81f., 269f., 276

Volksmission 81f.,162f.,168

vgl. auch Diakonie; Mission

Waldenser 248 Warschau 248,279,338 Weinsberg 101 Weltbund

- Lutherischer 110f.,135,142,279,281,
- vgl. auch Luthertum; Vereinigte Ev.-Lutherische Kirche (Deutschlands)

- Reformierter 279

Weltfriedenskonferenz 288,296 Weltkirchenrat vgl. Ökumenischer Rat der

Kirchen Werke, kirchliche 242,244,277f.

- vgl. auch Diakonisches Werk; Verhände

Westfalen

- Ev. Kirche 58,77,109,132,155, 170ff.,198,200ff.,221f.,224f.

- Int. Institut für den Frieden 297 Wohlfahrt 74f., 98, 102, 107 Württemberg

- Ev. Landeskirche 56f.,84,109,155, 170ff.,184,192f.,198,200ff.,221f.,

 vgl. auch Baden; Baden-Württemberg Würzburg

- Synode 117,119,122,126,139f.

- vgl. auch Kirche, römisch-katholische

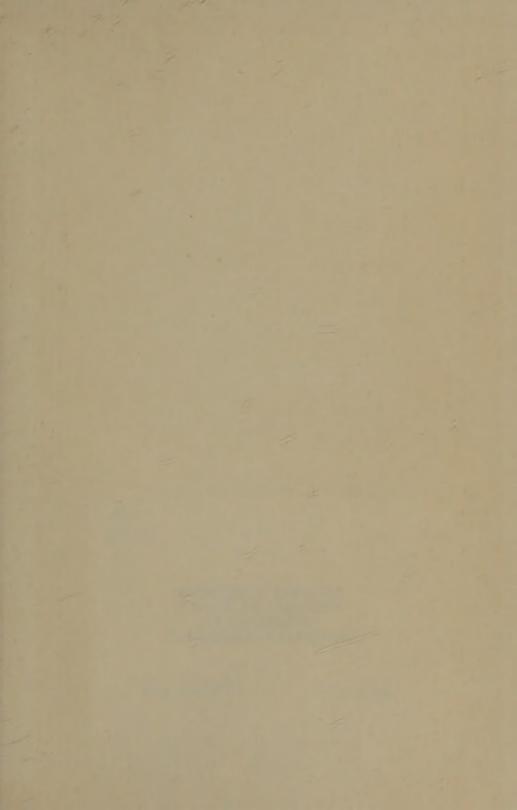
Zentralismus 239f.,242 Zionismus 45,261,266f. Zölibat 58,117 Zwei-Reiche-Lehre 246 Zweiter Weltkrieg

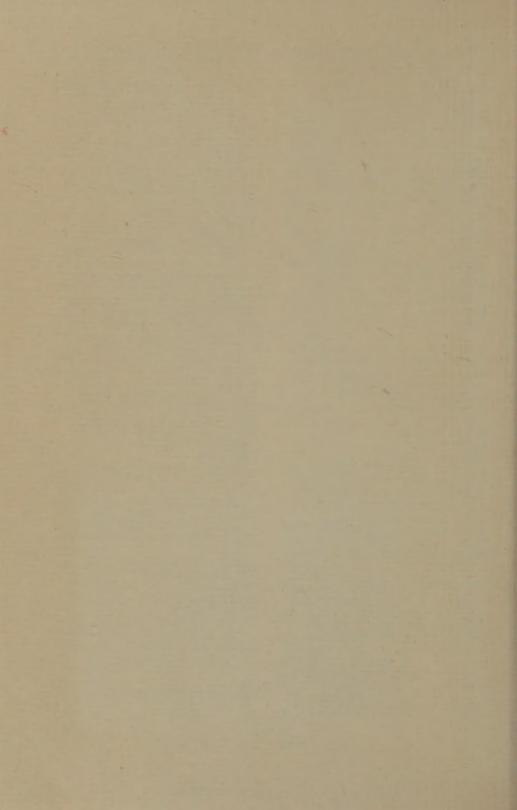
Jahrestag der Beendigung 234,290, 320,326,328ff.,336 Zwickau 246

Theology Library

SCHOOL OF THE OGY AT CLAREMONT

LAYERS





BX 8020 A2 K5 V-102

THEOLOGY LIBRARY
SCHOOL OF THEOLOGY
AT CLAREMONT
CLAREMONT, CALIFORNIA

333704

23-262-002

